

Entwurf Haushalt 2019

Anlagen - Teil 1 (Seite 1 - 644)

- 1. Kölner Tragfähigkeitsbericht
- Stellenplan
- Wirtschaftspläne mit Lageberichten

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Kölner Tragfähigkeitsbericht	7
STELLENPLAN 2019	33
WIRTSCHAFTSPLÄNE	
- e.E. Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln	145
- Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln	155
- Veranstaltungszentrum Köln	157
- Familie-Ernst-Wendt-Stiftung	177
- Gebäudewirtschaft der Stadt Köln	179
- Beihilfekasse der Stadt Köln	197
- Bühnen der Stadt Köln	199
- Gürzenich-Orchester	255
- Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud	269
WIRTSCHAFTSPLÄNE MIT LAGEBERICHTEN	
- Stadtwerke Köln GmbH	273
AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH	317
Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (AVG)	339
AVG Kompostierung GmbH	355
AVG Ressourcen GmbH	363
AVG Service GmbH	373
Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH	381

	<u>Seite</u>
- GEW Köln AG	395
RheinEnergie AG	411
AggerEnergie GmbH	445
ENERGOTEC Energietechnik GmbH	461
ENTALO GmbH & Co. KG	467
GT HKW Niehl	477
RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG	485
RheinEnergie Biokraft Verwaltungs GmbH	493
RheinEnergie Express GmbH	499
RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH	507
RheinEnergie HKW Rostock GmbH	513
RheinEnergie Solar GmbH	521
RheinEnergie Trading GmbH	529
RheinEnergie Windkraft GmbH	545
Rheinische NETZGesellschaft mbH	555
NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH	571
Haubner IT GmbH	591
NetAachen GmbH	603
NetRegio GmbH	619
BRUNATA-METRONA GmbH	627
METRONA GmbH	637
- Kölner Verkehrs-Betriebe AG	645
Kölner Seilbahn-Gesellschaft mbH	675
Westigo GmbH Eisenbahnverkehrsunternehmen	687
KSV - Kölner Schulbusverkehr GmbH	695
DKS Dienstleistungsgesellschaft für Kommunikationsanlagen des Stadt- und Regionalverkehrs mbH	705

Schilling Omnibusverkehr GmbH	713
K - B - S Busreisen GmbH	725
K.R.B.-Busreisen GmbH	737
- Häfen und Güterverkehr Köln AG	749
HTAG Häfen und Transport AG	769
RheinCargo GmbH & Co. KG, Neuss	781
Rheinland Cargo Schweiz GmbH, Basel	795
RheinCargo Verwaltungs-GmbH Neuss	797
Rheinfähre Köln-Langel/Hitdorf GmbH	801
NESKA Schifffahrts- und Speditionskontor GmbH	809
CTS Container-Terminal GmbH Rhein-See-Land-Service	819
KCG Knapsack Cargo GmbH, Hürth	829
- KölnBäder GmbH	833
- Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AÖR	847
- GAG Immobilien	873
GAG Servicegesellschaft mbH	901
GBA Projektentwicklung GmbH	911
- Grund und Boden GmbH	923
- modernes köln GmbH (mk)	943
- Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft	953
- KölnKongress Betriebs- und Service GmbH	969
KölnKongress Gastronomie GmbH	983
- Koelnmesse GmbH	993
Koelnmesse Ausstellungen GmbH	1013
- KölnTourismus GmbH	1025
- Sozial-Betriebe-Köln GmbH	1037
- Kliniken der Stadt Köln GmbH	1041
- RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik GmbH	1067
- AchtBrücken GmbH	1077

	<u>Seite</u>
- AG Zoologischer Garten	1087
Kölner Zoo Shop GmbH	1107
Zoo Gastronomie GmbH	1119
- Kölner Sportstätten GmbH	1131
- Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i. L.	1145
- Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH	1153
- Jugendzentren Köln Gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH	1163
- BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG	1171
- BioCampus Cologne Managment GmbH	1181
- moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH	1187
- RTZ Rechtsrheinisches Technologie und Gründerzentrum Köln GmbH	1201
- Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH	1213
- Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH	1223
- Butzweilerhof Verwaltung GmbH	1269
- Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG	1279
- KölnMusik Betriebs-und Servicegesellschaft mbH	1289
Bericht über die Einhaltung des öffentlichen Zwecks bei Unternehmen des privaten Rechts, an denen die Stadt Köln mit mehr als 50 % beteiligt ist	1301
Verzeichnis der Vereinsmitgliedschaften	1307

1. Kölner Tragfähigkeitsbericht

1. Kölner Tragfähigkeitsbericht

Materielle Nachhaltigkeit der Kölner Stadtfinanzen

Berechnungen auf Grundlage des Haushalts 2018

Im Auftrag der



Juli 2018

Autoren: Dr. Bernhard Koldert und Dr. Michael Thöne

Das Wichtigste in Kürze

Die aktuellen Rahmenbedingungen städtischer Finanzpolitik sind sehr gut; aus Sicht der fiskalischen Nachhaltigkeit sogar zuweilen trügerisch gut. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur sorgt für sprudelnde Steuereinnahmen; zugleich sind die Zinsen extrem niedrig, so dass die Lasten der öffentlichen Verschuldung vergleichsweise leicht zu tragen sind. Wie der Bund und die meisten Länder zeigen auch viele Städte und Gemeinden kräftige Haushaltsüberschüsse, selbst in Nordrhein-Westfalen stehen die aktuellen Kommunalfinanzen deutlich weniger schlecht da als noch vor wenigen Jahren. Aber die Konjunktur ist sprichwörtlich wechselhaft und ein Ende der langen Niedrigzinsphase ist absehbar. Hinzu kommen Investitionsrückstände bei der kommunalen Infrastruktur und ein demografischer Wandel, der auch in der wachsenden Stadt eine deutliche Alterung mit sich bringen wird.

Tragfähige kommunale Finanzpolitik ist eine Politik, die derartige Vergangenheitslasten annimmt, die finanziellen Zukunftsaufgaben ins Auge nimmt und bei alldem die Gegenwart nicht vernachlässigt. Dazu muss sie diese Lasten und Risiken, die Zukunftsaufgaben und auch die kommenden Chancen gut und vollständig kennen. Die Aufgabe des vorliegenden **1. Kölner Tragfähigkeitsberichts** ist es, die aktuelle Finanzpolitik des städtischen Haushalts in ein vollständiges Bild aus der Vergangenheit übernommener Lasten, gegenwärtiger finanzieller Risiken und Chancen sowie der heute schon absehbaren Zukunftsaufgaben und –lasten für die kommenden 25 Jahre einzubetten. Dabei wird stets die Perspektive auf den „Konzern Stadt Köln“ (der Stadt Köln mit ihren Beteiligungen) eingenommen.

Dazu bietet die Tragfähigkeitsrechnung eine ganzheitliche Vorausberechnung der Finanzen des „Konzerns Stadt Köln“ von 2018 bis 2043 mit allen Erträgen und Aufwendungen. Grundlage sind die Plandaten des Haushaltsjahres 2018. Der Berechnungen werden durchgeführt als sog. Business-as-usual-Projektion mit den zentralen **Annahmen**:

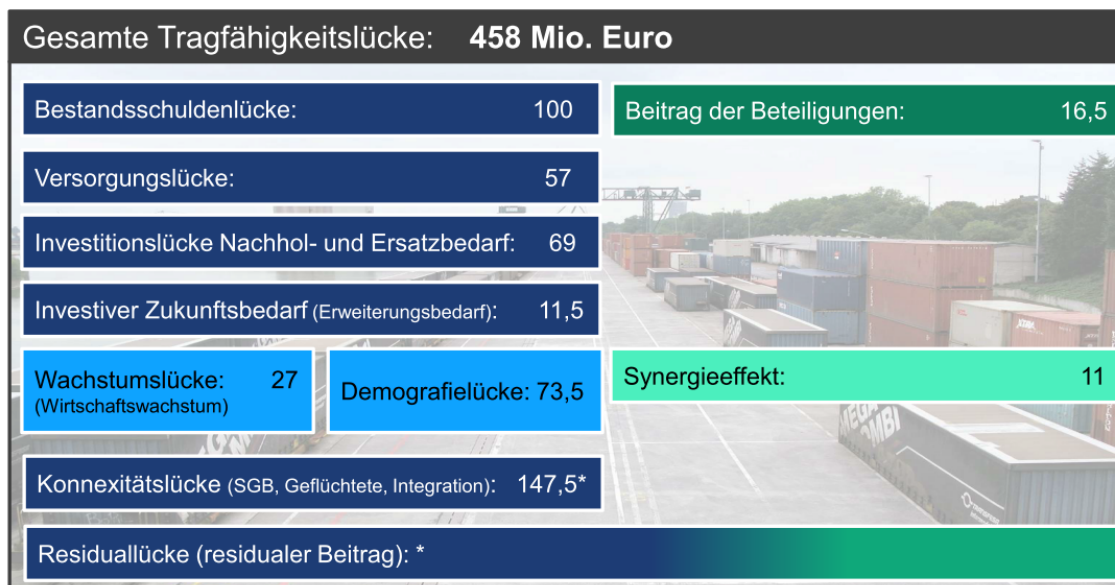
- Städtische Leistungen bleiben in Struktur, Qualität und Effizienz der Erstellung gleich – weder besser noch schlechter.
- Bevölkerung u. Alterung: Standardszenario Stadt Köln Var. 1 (bis 2040; fortgeschrieben auf 2043. Bev.: rd. 1,2 Mio.).

- Makroökonomik: Wachstum: Köln +0,8% pro Erwerbsperson (NRW +0,8%; Deutschland: 1,2%); Zins steigt bis 2022 auf 3%. Beschäftigung: Konstante Beschäftigtenquote.
- Verwaltung wächst und schrumpft mit den Leistungsbeziehern.
- Einnahmeentwicklung analog zum städtischen BIP („Aufkommenselastizität = 1,0“).
- **Tragfähigkeitsziele:**
 - Kernhaushalt: Erhalt des realen Eigenkapitals (von 2017) im Jahr 2043.
 - Beteiligungen: Erhalt einer konstanten Quote Eigenkapital zu Anlagevermögen.
- **Tragfähigkeitslücke:** Um diesen Betrag müssen ab sofort die jährlichen Erträge erhöht, Aufwendungen gesenkt und/oder Effizienz verbessert werden, um das Tragfähigkeitsziel zu erreichen.

Die zentralen Ergebnisse zur Tragfähigkeitslücke

Auf Grundlage der Plandaten des Haushaltsjahres 2018 ergibt sich eine **Tragfähigkeitslücke von 458 Millionen Euro**. In der Mechanik dieser Betrachtung müsste die Stadt Köln diesen Betrag in jedem Jahr ab 2019 bis 2043 in Form von höheren Erträgen und/oder reduzierten Aufwendungen erwirtschaften bzw. einsparen, um das Tragfähigkeitsziel zu erreichen. Diese Tragfähigkeitslücke entspricht einem Anteil der Aufwendungen des Haushalts 2018 in Höhe von 9,7 Prozent.

Tragfähigkeitslücken und –beiträge auf einen Blick



* Anm.: Die Residuallücke wird vorerst integriert mit der Konnexitätslücke ausgewiesen.
Eigene Darstellung (Bildquelle: Axel Hartmann, via Wikimedia Commons).

Um eine große Tragfähigkeitslücke handhabbar zu machen und Ansatzpunkte zu ihrer Bewältigung zu formulieren, wird sie im Kölner Konzept in verschiedene Teillücken – einschließlich *positiver* Teilbeiträge – aufgeteilt, die die unterschiedlichen Quellen des summarischen Befundes erkennen lassen. Folgende Teillücken und Teilbeiträge werden ausgewiesen:

- **Bestandsschuldenlücke (100 Mio. Euro):** Als Bestandsschulden werden die zum Startzeitpunkt bestehenden städtischen Schulden bezeichnet (ohne Beteiligungen).
- Die **Versorgungslücke (57 Mio. Euro)** erfasst die noch nicht durch Rückstellungen abgesicherten Pensions- und Versorgungslasten, die im kommunalen Haushalt bis zum Startjahr der Tragfähigkeitsrechnung akkumuliert wurden.
- Die **Demografielücke (73,5 Mio. Euro)** entsteht, weil Köln als Stadt *wächst und altert*. Die Aufwandsseite des kommunalen Haushalts entwickelt sich im Zuge demografischer Verände-

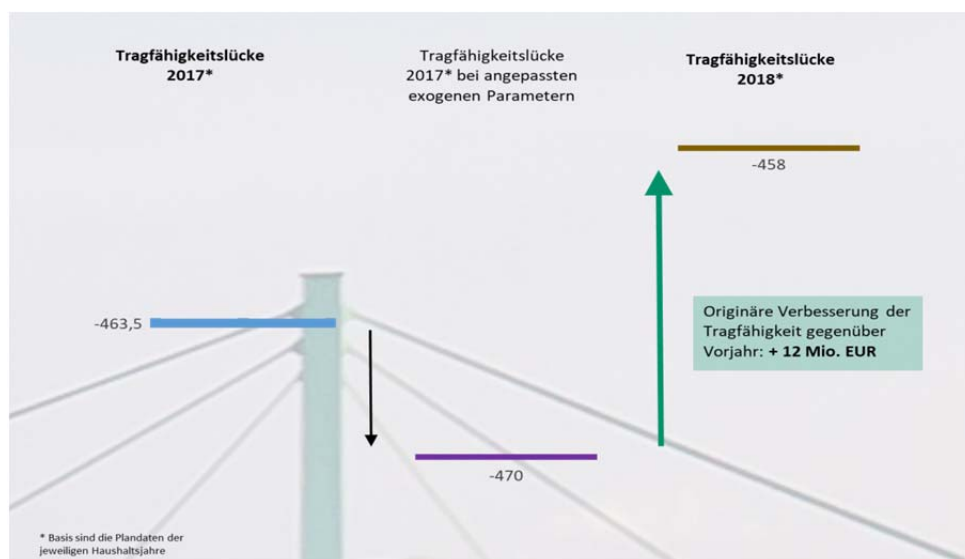
rungen dynamischer als die Ertragsseite. Dies gilt insbesondere, wo das Bevölkerungswachstum von einer Zunahme der älteren Bevölkerung geprägt ist.

- Die wirtschaftliche **Wachstumsücke (27 Mio. Euro)** besteht, weil Köln und Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt der vergangenen Jahre eine unterdurchschnittliche wirtschaftliche Dynamik im Vergleich zum Bund gezeigt haben.
- Die kombinierte **Investitionsücke bei den Nachhol- und Ersatzbedarfen** beträgt **69 Mio. Euro**. Die **Investitionsücke bei den Erweiterungsbedarfen** der wachsenden Stadt beträgt **11,5 Mio. Euro**.
- Die **Konnexitätsücke** (SGB, Geflüchtete, Integration) (**147,5 Mio. Euro**) hat erheblichen Anteil an der Gesamtlücke. Sie basiert auf der Frage, um wie viel kleiner die Tragfähigkeitsücke wäre, wenn die Stadt Köln für die Erfüllung der konnexitätsrelevanten sozialen Aufgaben komplett durch einen Dritten entschädigt werden würde. Allerdings kann beim gegenwärtigen Forschungsstand keine belastbare Aussage darüber getroffen werden, welcher Teil der Zuschussbedarfe von einem Dritten übernommen werden sollte. Denn ein einzelgemeindlich nicht ohne weiteres identifizierbarer Teil der Aufwendungen im SGB-Bereich wird durch den Soziallastenansatz im kommunalen Finanzausgleich abgedeckt. Daher wird die Konnexitätsücke vorerst gemeinsam mit der **Residualücke** ausgewiesen. Sie drückt aus, welcher Teil der Tragfähigkeitsücke durch die gegenwärtige städtische Politik zu verantworten ist und bezieht sich insofern auf die Erträge und Aufwendungen im aktuellen Haushalt, die sich nicht den ausgewiesenen Teillücken zuordnen lassen. Formal ergibt sich diese „Policy-Lücke“ als Restbetrag, nachdem alle anderen Teillücken abgezogen wurden. Grundsätzlich kann hier auch heute ein **Residualbeitrag** vorliegen, d.h. eine gegenwärtige Haushaltsführung wäre mehr als ausgeglichen.

Neben diesen Teillücken werden im Business-as-usual-Szenario auch zwei positive Teilbeiträge im Volumen von 27,5 Mio. Euro ausgewiesen, die den Belastungen entgegengerechnet werden.

Die gezeigten Teillücken zeigen und beziffern potenzielle Handlungsfelder einer Finanzpolitik zur nachhaltigen Verbesserung der Tragfähigkeit einer *materiell* nachhaltigen Finanzpolitik. Politische *Lösungen* formulieren sie damit noch nicht. Ebenso wenig werden damit *alle* Ansatzpunkte für Tragfähigkeitsverbesserungen ausgewiesen. Beispielhaft sei hier nur auf Effizienzgewinne durch Maßnahmen der Verwaltungsreform verwiesen.

Tragfähigkeitseffekte im Vergleich der Haushalte 2017 und 2018



Eigene Darstellung (Bilddetail: Raimond Spekking / CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons).

Als eine zentrale Neuerung bietet das Kölner Tragfähigkeitskonzept auch eine Methode, mit der Veränderungen der Tragfähigkeitslücken im Zeitablauf getrennt nach städtischen Erfolgen und exogenen Einflüssen ausgewiesen werden. Hierzu werden die Tragfähigkeitslücken zweier aufeinander folgender Jahre schrittweise vergleichbar gemacht; konkret wird die aktuelle Rechnung mit den Berechnungen aus dem Grundmodell verglichen (vgl. Koldert und Thöne, 2018). Der erste Effekt ergibt sich aus einer Aktualisierung der exogenen Parameter, u.a. Zinsniveau, wirtschaftliche Entwicklung und Preisniveau für die Berechnungen des Jahres 2017. Damit wird die Tragfähigkeitslücke des Vorjahres 2017 fiktiv an die Rahmenbedingungen des aktuellen Jahres 2018 angepasst. Die resultierende Rechengröße (470 Mio. Euro) bietet die Grundlage, an der sich die städtische Tragfähigkeitspolitik messen lassen muss. Die Differenz zwischen 470 Mio. und der aktuellen Tragfähigkeitslücke von 458 Mio. Euro ist der originäre Beitrag städtischer Finanzen. Somit hat das Handeln der Stadt (einschließlich Beteiligungen) aktuell einen kleinen positiven **Beitrag zur Schließung der Tragfähigkeitslücke von 12 Mio. Euro geleistet**.¹

Diese Verringerung der Tragfähigkeitslücke speist sich unterschiedlich aus den Teillücken. Der Zuwachs bei den investiven Nachhol- und Ersatzbedarfen ergibt sich insbesondere durch die unterlassenen Investitionen der Stadt im Zeitraum von 2015 bis 2017, die sich hier nun als zusätzliche Nachholbedarfe niederschlagen. Diese überlagern die Konsolidierungseffekte bei den Bestandsschulden sowie den höheren Beitrag der Beteiligungen zur Tragfähigkeit. Hier wird deutlich, dass sich die Tragfähigkeitslücke der Stadt Köln insgesamt um rund 12 Mio. Euro reduziert hat, aber auch dass sich Konsolidierungseffekte in einzelnen Teilbereichen zu Lasten anderer Teillücken - und insbesondere des wichtigen investiven Bereiches – ergeben haben. Die negativen Langfristwirkungen nicht gedeckter Investitionsbedarfe auf das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial und die Lebensqualität in der Stadt müssen hierbei hervorgehoben werden.

Tragfähigkeitsmodelle bilden die Eigendynamik öffentlicher Finanzen im Zeitablauf ab. Die Tragfähigkeitslücke versteht sich als der Betrag, der auf Aufwands- und Ertragsseite *ab sofort* aufgebracht werden müsste, um im Business-as-usual-Szenario eine intergenerativ gerechte, materiell nachhaltige Situation zu erhalten bzw. herzustellen. Das ist bei einer Lücke von 9,7% der laufenden Aufwendungen in der Praxis kurzfristig nahezu unmöglich erreichbar bzw. die einzig möglichen Maßnahmen (massive Steuererhöhungen) wären unsinnig. **Tragfähigkeitslücken in dieser Größenordnung sind Indikatoren, keine Handlungsempfehlungen.** Doch das Wissen, dass eine solche Lücke nicht direkt geschlossen werden kann, darf nicht als Signal der Entspannung aufgenommen werden. Denn der Preis des Wartens kann hoch sein: Der Tragfähigkeitsbericht beziffert exemplarisch solche „Adventseffekte“: Es werden die Tragfähigkeitslücken ausgewiesen, die sich bei einem späteren Beginn der Konsolidierung ergeben würden. Unterbleiben für ein Jahr jegliche Anstrengungen zum Lückenschluss, wächst die Tragfähigkeitslücke *überproportional* von 9,7% auf 10,3% der Aufwendungen an. Bei fünf weiteren Jahren des Wartens beträgt die Lücke schon 14,1% der jährlichen Aufwendungen. Je später man beginnt, desto schwieriger wird es, intergenerative Gerechtigkeit noch zu erlangen. Diese Betrachtung macht deutlich, **dass die in der Langfristbetrachtung ermittelten Tragfähigkeitsbefunde, auch wenn es paradox klingt, vor allem zur Eile anspornen.**

¹ Der auf den ersten Blick naheliegende Vergleich der Tragfähigkeitslücke des Vorjahres (463,5 Mio. Euro) mit der aktuellen Tragfähigkeitslücke (458 Mio. Euro) würde den originären städtischen Beitrag erheblich unterschätzen und die verantwortlichen Akteure für Effekte in Haftung nehmen, die die städtische Politik nicht beeinflussen kann.

Inhaltsverzeichnis

1	Hintergrund: Tragfähige, materiell nachhaltige Stadtfinanzen	6
2	Das Kölner Tragfähigkeitskonzept.....	9
2.1	Konzept und Methodik.....	9
2.2	Annahmen und Daten im Business-as-usual-Szenario.....	11
3	Ergebnisse des Business-as-usual-Szenarios.....	13
3.1	Projektion der städtischen Finanzen.....	13
3.2	Tragfähigkeitslücken und -beiträge auf einen Blick	16
3.3	Tragfähigkeitseffekte: Vergleich zum Vorjahr.....	20
4	Sensitivitätsanalysen	22
4.1	Demografische Entwicklung.....	22
4.2	Tragfähigkeitsziel.....	23
4.3	Wirtschaftliche Entwicklung.....	23
	Literatur	24

1 Hintergrund: Tragfähige, materiell nachhaltige Stadtfinanzen

„Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Zugleich muss sie Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen.“

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formuliert die Grundregel nachhaltiger Entwicklung, für die der Brundtland-Bericht von 1987 die Grundlage gelegt hatte, als eingängiges Postulat intergenerativer Gerechtigkeit. Demografisch gerechte Politik hinterlässt keine Altlasten; außerdem trifft sie Vorsorge. Das Ziel ist ein Anspruchsvolles: Jede Generation – d.h. jeder Mensch beliebigen Alters – soll (ungefähr) die gleichen Lebenschancen und –pflichten haben.

An dieser Regel kann auch nachhaltige kommunale Finanzpolitik ausgerichtet werden. In ihrer Rolle als finanzieller Ermöglicher aber auch als natürlicher Begrenzer des finanziell Machbaren ist nachhaltige kommunale Finanzpolitik eine entscheidende Bedingung für in der Gänze nachhaltige und intergenerativ gerechte städtische Politikgestaltung.

Die aktuellen Rahmenbedingungen städtischer Finanzpolitik sind sehr gut; aus Sicht der fiskalischen Nachhaltigkeit sogar zuweilen trügerisch gut. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur sorgt für sprudelnde Steuereinnahmen, gerade die besonders konjunktursensible kommunale Gewerbesteuer eilt in vielen Städten von einem Aufkommensrekord zu nächsten. Zugleich sind die Zinsen sehr niedrig, so dass die Lasten bestehender öffentlicher Schuld und neuen Kredits vergleichsweise leicht zu tragen sind. Wie der Bund und die meisten Länder zeigen auch viele Städte und Gemeinden (außerhalb Nordrhein-Westfalens) kräftige Haushaltsüberschüsse. Auch in NRW stehen die aktuellen Kommunalfinanzen deutlich weniger schlecht da als noch vor wenigen Jahren.

Wenn solche Bedingungen auf Dauer in die Zukunft fortgesetzt werden könnten, wäre es um die finanzielle Tragfähigkeit der kommunalen Finanzen vielerorts sehr gut bestellt. Aber die Konjunktur ist sprichwörtlich wechselhaft und mit einem Ende der langen Niedrigzinsphase werden alte Lasten aus früher akkumulierter Verschuldung wieder schwerer zu tragen sein. Hinzu kommen Investitionsrückstände in der kommunalen Infrastruktur, die schon bald nicht mehr aufschiebbar sind, und ein demografischer Wandel, der auch in der wachsenden Stadt eine deutliche Alterung der Bevölkerung mit sich bringen wird. Tragfähige kommunale Finanzpolitik ist eine Politik, die derartige Vergangenheitslasten annimmt, die finanziellen Zukunftsaufgaben ins Auge nimmt und bei alledem die Gegenwart nicht vernachlässigt.

Dazu muss sie diese Lasten und Risiken, die Zukunftsaufgaben und auch die kommenden Chancen zunächst einmal gut und vollständig kennen. Aufgabe des vorliegenden 1. Kölner Tragfähigkeitsberichts ist genau das: Er bettet die aktuelle Finanzpolitik des städtischen Haushalts in ein vollständiges Bild aus der Vergangenheit übernommener Lasten, gegenwärtiger finanzieller Risiken und Chancen sowie der heute schon absehbare Zukunftsaufgaben und –lasten für den kommenden 25 Jahre ein. Der Bericht schafft damit – auf der Basis der Entwicklungsarbeiten des Difu-FiFo-Projekts „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert“² – ein informatorisches Fundament für eine materiell nachhaltige Finanzpolitik, die eine finanzielle und infrastrukturelle Vor- und Nachsorgeperspektive nahtlos mit dem Blick auf den aktuellen Haushalt integriert.

Der 1. Kölner Tragfähigkeitsbericht setzt dazu das für die kommunale Sicht entwickelte „Kölner Tragfähigkeitskonzept“³ in die Praxis um. Allgemein gilt die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen⁴ als zentraler Maßstab für die langfristige finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gebietskörper-

² Vgl. dazu insbesondere Klug/Schneider/Thöne (2017), Maruda/Schneider (2018) sowie Koldert/Thöne (2018).

³ Vgl. Koldert/Thöne (2018).

⁴ Grundlegend für Tragfähigkeitsanalysen ist die Arbeit von Blanchard (1990) für die OECD; die Generationenbilanzierung wurde mit der Untersuchung von Auerbach/Gokhale/Kotlikoff (1991) eingeführt. Beispielhafte Arbeiten aus Deutschland (zum Teil aus

schaft. Bestehende oder unzureichende Tragfähigkeit ist damit auch ein wichtiger Frühindikator für die Zukunftsfähigkeit einer aktuellen Politik und Verwaltungspraxis. Bei näherer Betrachtung der etablierten Tragfähigkeitsrechnungen, so wie sie z.B. auch in den Analysen des Bundes verwendet werden,⁵ wird allerdings deutlich, dass diese sowohl wichtige vergangenheits- als auch zukunftsbezogene Risiken der Finanzpolitik unberücksichtigt lassen. Insofern bilden diese Analysen lediglich einen Teilbereich – wenn auch gewiss einen bedeutsamen – der Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen ab, wie Abbildung 1 illustriert.

Abbildung 1: Erfasste Tragfähigkeitsrisiken bei materiell nachhaltiger Finanzpolitik

Erfasste Tragfähigkeitsrisiken	Schuldenbremse (= kameraler Haushaltsausgleich)	Konventionelle Tragfähigkeits- rechnungen	Doppischer Haushaltsausgleich	Materiell nachhaltige Finanzpolitik
Vergangenheitslasten				
Explizite Schuldenlasten	X	X	X	X
Versorgungs- und Pensionslasten		X	X	X
Abschreibungen getätigter Investitionen			X	X
Unterlassene Investitionen (Investitionsrückstand)				X
Gegenwartslasten (d.h. t_0 repräsentativ für Zukunft)				
Defizite bei aktueller Aufgabenwahrnehmung	X	X	X	X
Ersatz /Erneuerung aktueller Investitionen	X	X	X	X
Aktuell eingegangene Zukunftspflichten	X	X	X	X
Zukunftslasten /-entlastungen				
Aufgabenlasten ändern sich demografisch		X		X
Infrastrukturbedarfe ändern sich demografisch				X
Zukunftsaufgaben ändern sich strukturell		ggf.		X
Zukunftsinfrastruktur ändert sich strukturell				X

Quelle: Boller/Thöne (2018).

Materiell nachhaltige Finanzpolitik kann nur in einem Rahmen angestrebt werden, der Vergangenheits-, Gegenwarts- und Zukunftslasten vollständig und methodisch integriert erfasst, wie die Abbildung illustriert. Abbildung 1 zeigt darüber hinaus, dass die „Schwarze Null“ und auch der doppelte Haushaltsausgleich zwar einige Tragfähigkeitsrisiken erfassen, aber ebenfalls wichtige Herausforderungen einer zukunftsorientierten Finanzpolitik nicht abbilden können. Kameral oder doppelt ausgeglichene Haushalte mögen auf den ersten Blick im Sinne tragfähiger Finanzen sein. Aber nur die Methodik fortentwickelter Tragfähigkeitsrechnungen wie des Kölner Tragfähigkeitskonzepts gewährleistet aber, dass über den eingeschränkten Horizont einer solchen „Schwarzen Null“ hinaus auch die weiteren Tragfähigkeitsrisiken stets im Blick sind.

dem FiFo Köln): Raffelhüschen (1999), Manzke (2002), Thöne (2005), Fuest/Thöne (2007), Fuest/Thöne (2009), Gerhards/Goerl/Thöne (2012), Werding (2014), Goerl/Schneider/Thöne (2014), Bonin (2015), Werding (2016), Bahnsen/Mantel/Raffelhüschen (2016), Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2017), Koldert/Thöne 2018.

⁵ Vgl. beispielhaft Bundesministerium der Finanzen (2016): Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen; European Commission (2018): Debt Sustainability Monitor 2017; Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): Zweite Fortschreibung des Zweiten Berichtes über die Nachhaltigkeit des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 2013.

Das ist von Bedeutung, da gerade die blinden Flecken der „Schwarzen Null“ von großer wirtschafts- und finanzpolitischer Relevanz sind. Das Kölner Tragfähigkeitskonzept⁶, das die Grundlage für die folgenden Berechnungen ist, hat den Anspruch, alle vergangenheits-, gegenwarts- und zukunftsbezogenen Risiken einer materiell nachhaltigen Finanzpolitik für die Dauer einer Generation, also 25 Jahre, zu erfassen und damit die „grüne Null“ anzustreben. Dazu war eine Reihe von Innovationen notwendig:

- Ziel ist die materiell nachhaltige Finanzpolitik: Finanzen und investive Standortqualität der zukunftsfähigen Stadt. Dazu werden Investitionsbedarfe und Investitionslücken erfasst.
- Zeitgemäße Basis ist die Doppik (NKF; HGB).
- Neben dem Kernhaushalt ist der integrierte Blick auf den „Konzern Stadt“ möglich.
- Neben den langfristigen Indikator der Tragfähigkeitslücke tritt ein neuer Ergänzungsindikator, der auch kurzfristige Tragfähigkeitserfolge bemessen kann.
- Schließlich ist das Kölner Tragfähigkeitskonzept nicht nur diagnostisches Tool, sondern bietet über seine vielfältige Szenariofähigkeit auch Unterstützung für Planungsprozesse.

Durch diese Erweiterungen wird das im Folgenden vorgestellte Konzept einer doppisch basierten Tragfähigkeitsrechnung für die Stadt Köln grundsätzlich alle Risiken im Hinblick auf eine materiell nachhaltige Finanzpolitik erfassen und abbilden, wie Abbildung 1 mit der rechten Spalte in Abgrenzung zu anderen, schmaler aufgestellten Konzepten (partiell) fiskalischer Tragfähigkeit darstellt.

Die Grundfrage jeder Tragfähigkeitsanalyse angewandt auf die Finanzen eines Stadtkonzerns, hier Köln, lautet: Kann die Stadt bei Fortführung der heutigen Politik – unter Berücksichtigung u.a. wirtschaftlicher und demografischer Dynamiken – das heutige Niveau von Eigenkapital, Verschuldung und Anlagevermögen dauerhaft erhalten? Falls nein: Welche zusätzlichen Mittel müsste die Stadt jährlich aufbringen und/oder welche Einsparungen leisten, um diese Ziele zu erreichen?

In Kapitel 2 werden die Methode und die Annahmen der doppisch basierten, auf materielle Nachhaltigkeit zielenden Tragfähigkeitsrechnung entwickelt. Das Kapitel 3 stellt die zentralen Ergebnisse der Tragfähigkeitsrechnung auf Basis des städtischen Haushaltes für 2018 dar. Kapitel 4 beinhaltet verschiedene Sensitivitätsanalysen.

⁶ Für eine ausführliche Darstellung vgl. Koldert und Thöne 2018.

2 Das Kölner Tragfähigkeitskonzept

2.1 Konzept und Methodik

Die Grundfrage der doppisch basierten Tragfähigkeitsrechnung ist, ob die Stadt bei Fortführung der heutigen Politik – unter Berücksichtigung u.a. wirtschaftlicher und demografischer Dynamiken – das heutige Niveau von Eigenkapital⁷, Verschuldung und Anlagevermögen dauerhaft erhalten beziehungsweise entsprechend der vorab definierten Tragfähigkeitsziele ausbauen kann. Falls diese Frage mit „nein“ zu beantworten ist, wird ermittelt, welche zusätzlichen Mittel die Stadt jährlich aufbringen und/oder welche Einsparungen sie leisten müsste, um diese Ziele zu erreichen.

Die erste Frage jeder Tragfähigkeitsbetrachtung richtet sich, auch wenn sie eine Generation in die Zukunft rechnet, auf die Gegenwart: Ist die *aktuelle* Finanzpolitik in dem Sinne tragfähig, dass sie in ihren Strukturen und Prioritätensetzungen in eine sich ändernde Zukunft fortgesetzt werden kann, ohne dass die gesetzte Bedingung intergenerativer Gerechtigkeit verletzt wird? Mit anderen Worten: Können wir so weitermachen wie bisher? Wenn ja, ist die Finanzpolitik zukunftsfest und insofern generationengerecht: Was sich die heutige Generation mit Blick auf städtische Leistungen erlauben kann (und ggf. schon vorherige Generationen erlauben konnten), wird auch der kommenden Generation unter vergleichbaren Finanzierungslasten möglich sein. Deswegen – und weil Finanzpolitik angesichts eines Übergewichts an unflexiblen Pflichtaufgaben eine starke Beharrungskraft von einem zum nächsten Jahr zeigt – wird jede Tragfähigkeitsrechnung in einem sog. **Business-as-usual-Szenario (BAU)** berechnet. Die mit der Berechnung überprüfte Frage, ob die gegenwärtige Finanzpolitik zukunftsfähig ist, unterstellt damit keineswegs, dass es in irgendeiner Weise erstrebenswert sein könnte, aktuelle Politik lediglich dem demografischen Wandel anzupassen, aber ansonsten unverändert für 25 Jahre in die Zukunft zu fortzuführen. Zukunft macht aktiven Wandel erforderlich, egal ob ein Tragfähigkeitsproblem vorliegt oder nicht. Aber Wandel kommt angesichts der Eigengravitation einen überwiegend mit Pflichtaufgaben okkupierten kommunalen (Finanz-) Politik nicht von allein zustande – im Gegenteil.

Tragfähigkeitsrechnungen in BAU-Szenarien werden in diesem Wissen durchgeführt. Die fiktive Fortführung aktueller Politik in eine sich wandelnde Zukunft ist kein Petitum für eine solche Strategie, sondern genau das Gegenteil: Sofern eine Tragfähigkeitslücke ausgewiesen wird (was für Köln der Fall ist), belegt die Rechnung eindeutig, dass Business-as-usual *keine* Option, weil im Rahmen der Tragfähigkeitsbedingung unmöglich ist. Gerade wenn eine Tragfähigkeitslücke eine merkliche Größe erreicht hat, verbindet sich mit dem BAU-Szenario *nicht* die implizite Empfehlung, *diese* Finanzpolitik tragfähig zu machen. Implizit wird vielmehr gefordert, mit der nicht-tragfähigen Finanzpolitik schnellstmöglich aufzuhören, in dem man deutlich vom Business-as-usual abweicht. Dass dies in der realen Finanzpolitik mitunter nicht so schnell und gründlich funktionieren kann, wie es eine große Tragfähigkeitslücke naheulegen scheint, wird damit nicht bestritten. Eine große Tragfähigkeitslücke ist ein Indikator für dringenden und baldigen Handlungsbedarf; aber noch keine umsetzbare Empfehlung für einen machbaren Übergangspfad hin zur materiell nachhaltigen Finanzpolitik.

⁷ Das Eigenkapital ist gemäß § 41 der nordrhein-westfälischen Gemeindehaushaltsverordnung die Differenz zwischen den Aktivposten der Bilanz und dem Fremdkapital sowie den Sonderposten und Rückstellungen. Das kommunale Eigenkapital umfasst die allgemeine Rücklage, die Sonderrücklagen, die Ausgleichsrücklage sowie den Jahresüberschuss bzw. den Jahresfehlbetrag. Die allgemeine Rücklage ist insofern von zentraler Bedeutung, als dass sie zum einen den mit Abstand größten Teil des Eigenkapitals umfasst, und zum anderen der Erhalt der allgemeinen Rücklage entscheidendes Kriterium für den doppischen Haushaltsausgleich ist.

Für die Tragfähigkeitsrechnung werden zunächst **Basisprojektionen** für die demografischen und wirtschaftlichen Treiber sowie weitere absehbare zukünftige Entwicklungen durchgeführt. Neben der erwarteten demografischen Entwicklung in Bevölkerungsgröße, Gender- und Altersstrukturen werden hier auf den örtlichen Erfahrungen beruhenden Fortschreibungen für Beschäftigung, Wirtschaftswachstum, Zins und Inflation umgesetzt. Dahinter verbirgt sich, wie in Tragfähigkeitsmodellen üblich, ganz bewusst kein komplexes makroökonomisches Modell, das eine die gesamtstädtische Entwicklung in all ihren Interaktionen und Unwägbarkeiten für einen 25-Jahres-Zeitraum in die Zukunft *prognostizieren* wollte. Dergleichen wäre, wenn denn überhaupt machbar, für die Zwecke von Tragfähigkeitsrechnungen unbrauchbar. Hier benötigt man vielmehr robuste, empirisch basierte Projektionen, die mit einer bewusst einfach gehaltenen Modellierung der makroökonomischen Struktur hinterlegt werden.

Anhand dieser Basisprojektionen erfolgt im nächsten Schritt eine **Fortschreibung der Aufwendungen und Erträge des städtischen Haushaltes** auf Ebene der Produktgruppen. Die Fortschreibung orientiert sich ausgabenseitig zumeist an den demografischen Treibern, die Einnahmeseite folgt stärker der wirtschaftlichen Entwicklung (BIP), wird aber um Konjunktoreffekte bereinigt. Wenn in einzelnen Produktgruppen zusätzliche offensichtliche Treiber eine Rolle spielen, so werden diese hier berücksichtigt.

Der Aufwand für Zinsen und die damit verbundenen Auszahlungen werden modellendogen aus der jährlichen Verschuldung (Bestandsschulden plus eventuell notwendige Neuverschuldung bzw. abzügl. Tilgungsleistungen) ermittelt. Die Neuverschuldung (bzw. ein Überschuss) wiederum folgt unmittelbar aus den Projektionen sämtlicher Aufwendungen und Erträge und damit auch der Einzahlungen und Auszahlungen des städtischen Haushaltes, die für jedes Jahr im Projektionszeitraum umgesetzt werden.

Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten ergeben sich endogen aus der Investitionstätigkeit. Die Investitionsbedarfe wiederum basieren auf den Schätzungen des Deutschen Instituts für Urbanistik, die im Difu-FiFo-Projekt „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln“ (hier: Maruda und Schneider 2018) ermittelt worden sind.

Der Aufwand und Ertrag, der sich aus den Verflechtungen des Kernhaushaltes mit den **Beteiligungen** ergibt, wird ebenfalls separat betrachtet. Es erfolgt eine getrennte Betrachtung und Fortschreibung der Beteiligungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Investitionsbedarfe und bilanziellen Anforderungen, typischerweise eine konstante Quote des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Daraus ergeben sich dann die finanziellen Anforderungen der Beteiligungen zur nachhaltigen und materiell tragfähigen Erfüllung ihrer Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Unter Berücksichtigung dieser Anforderungen werden die Finanzbedarfe und -überschüsse der Beteiligungen abgeschätzt und in die Projektion des Kernhaushaltes integriert.

Im dritten und letzten Schritt werden mit Fokus auf das doppelte Eigenkapital des Kernhaushaltes **Tragfähigkeitslücken** ermittelt. Diese Tragfähigkeitslücken drücken aus, welche jährlichen Konsolidierungsanstrengungen erforderlich wären, um ein gegebenes Tragfähigkeitsziel im Zieljahr zu erreichen. Dieses Tragfähigkeitsziel ist für den Kernhaushalt als Erhalt des realen Eigenkapitals definiert.

Zudem werden verschiedene **Teillücken** ausgewiesen. Diese Teillücken und -beiträge basieren auf der Frage: Wie groß wäre die Tragfähigkeitslücke, wenn das jeweilige Teilrisiko nicht existierte, und wie unterscheidet sich diese von der ursprünglichen Lücke? Am Beispiel der Bestandsschulden⁸ würde dies bedeuten, eine fiktive Tragfähigkeitslücke zu ermitteln, bei der die Verschuldung

⁸ Als „Bestandsschulden“ werden hier die zum Startzeitpunkt der vermögensorientierten Simulationsrechnung (Stichtag 31.12.2017; Preise 2018) schon bestehende Verschuldung im Kernhaushalt bezeichnet. Sie lehnt sich an die oben etablierte Un-

im Kernhaushalt im Startjahr der Projektion 0 Euro betragen würde. Diese Lücke wird dann der „vollen“ Tragfähigkeitslücke gegenübergestellt. Die Differenz der beiden Lücken zeigt, welchen Beitrag die Bestandsschulden als Teilrisiko auf die Tragfähigkeit der Finanzen des Konzerns haben. Die einzelnen Lücken sind naturgemäß Annäherungen, auch überlappen sie sich teilweise ein wenig. So beeinflusst beispielsweise die demografische Lücke auch die Lücke der investiven Erweiterungsbedarfe und die Konnexitätslücke, die im Folgenden noch erläutert werden. Solche Überlappungen werden im Kölner Tragfähigkeitskonzept als Synergieeffekt ausgewiesen.

2.2 Annahmen und Daten im Business-as-usual-Szenario

Ein zentraler Einflussfaktor für die projizierten Trends ist die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Köln, in Nordrhein-Westfalen und im Bund. Im Modell wird eine empirische Grundlage genutzt; es wird angenommen, dass das kommende Wirtschaftswachstum je Erwerbsperson sich an dem Durchschnitt des Zeitraums 2001 bis 2015 orientiert. Hierzu wurden Daten des nominalen BIP der Jahre 2001 bis 2015 herangezogen, die für Köln und NRW vom IT.NRW und für den Bund vom Statistischen Bundesamt stammen. Die Inflationsraten 2001 bis 2015 in NRW werden von IT.NRW bereitgestellt, für den Bund vom Statistischen Bundesamt.

Zur Abschätzung der künftigen demografischen Entwicklung in Köln wurde die Variante 1 der aktuellen Bevölkerungsprojektion des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln in das Modell einbezogen. Zusätzlich wird auch eine Bevölkerungsprojektion des IT.NRW für die kreisfreien Städte und Kreise für die Sensitivitätsanalysen genutzt. Für das Land NRW werden die Bevölkerungsvorausrechnungen im Zeitraum 2014 bis 2040/60 nach Altersjahren und Geschlecht (kreisfreie Städte und Kreise - Stichtag) aus dem Jahr 2015 zugrunde gelegt. Für den Bund wurde Variante 4 EJ der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung genutzt.

Für die finanziellen Daten wird auf Zahlen aus der Kämmerei der Stadt Köln zurückgegriffen. Grundlage der Analyse ist der durch den Rat beschlossene Haushalt 2018. Basis sind im Wesentlichen die Plandaten des Jahres 2018. Darunter fallen auch Sonderposten und die Verflechtungen des Kernhaushaltes mit den Beteiligungen. Die Kämmerei hat zudem die Steuereinnahmen seit 1998 bereitgestellt. Ebenfalls von der Kämmerei bereitgestellt wurden der vorläufige Jahresabschluss 2017 sowie der Anlagenspiegel der Stadt Köln zum Stichtag 31.12.2017. Die zukünftigen Investitionsbedarfe der Stadt Köln beruhen auf detaillierten Befunden des Difu-FiFo-Projekts (hier: Maruda und Schneider 2018). In den Jahren 2015 bis 2017 auf Grundlage der Difu-Schätzungen notwendige Investitionen, die unterlassen wurden, werden den Jahren 2018-2020 als Nachholbedarfe zugeschlagen.

Die Projektion der Beteiligungen stützt sich überwiegend auf die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen sowie der Bilanzen nach HGB-Struktur, so wie sich im Beteiligungsbericht 2016 der Stadt Köln abgebildet sind. Eine Abschätzung der zukünftigen Pensionsempfänger und der daraus resultierenden Versorgungsauszahlungen wurde vom Personal- und Organisationsamt der Stadt Köln zur Verfügung gestellt. Die folgende Tabelle fasst alle zentralen Prämissen des Business-as-usual-Modells auf einen Blick zusammen.

Tabelle 1: Übersicht über die Prämissen

Parameter	Prämisse
Zins	Bis 2022 linearer Anstieg des Realzins auf 3%; ab 2022 konstanter Realzins von 3%
Wirtschaftswachstum je Erwerbsperson p.a.	Köln: 0,8%
	NRW: 0,8%
	Bund: 1,2%
Bevölkerungsentwicklung	Köln: Amt für Stadtentwicklung und Statistik Köln, Variante 1
	NRW: IT.NRW
	Bund: Destatis
Inflation	1,9%
Arbeitsmarkt	Konstante Beschäftigtenquote
Einnahme-Elastizitäten	1,0
Tragfähigkeitsziel	Kernhaushalt: Erhalt des realen Eigenkapitals
	Beteiligungen: Erhalt einer konstanten Quote von Eigenkapital und Anlagevermögen

Abgesehen von der positiven Entwicklung beim Wirtschaftswachstum je Erwerbsperson in Köln (0,8% anstelle von 0,5% in der Berechnung für 2017) wurden die Annahmen der Berechnungen im Difu-FiFo-Projekt „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln“ (Koldert und Thöne, 2018) für die aktuelle Situation bestätigt und entsprechend weitergenutzt.

3 Ergebnisse des Business-as-usual-Szenarios

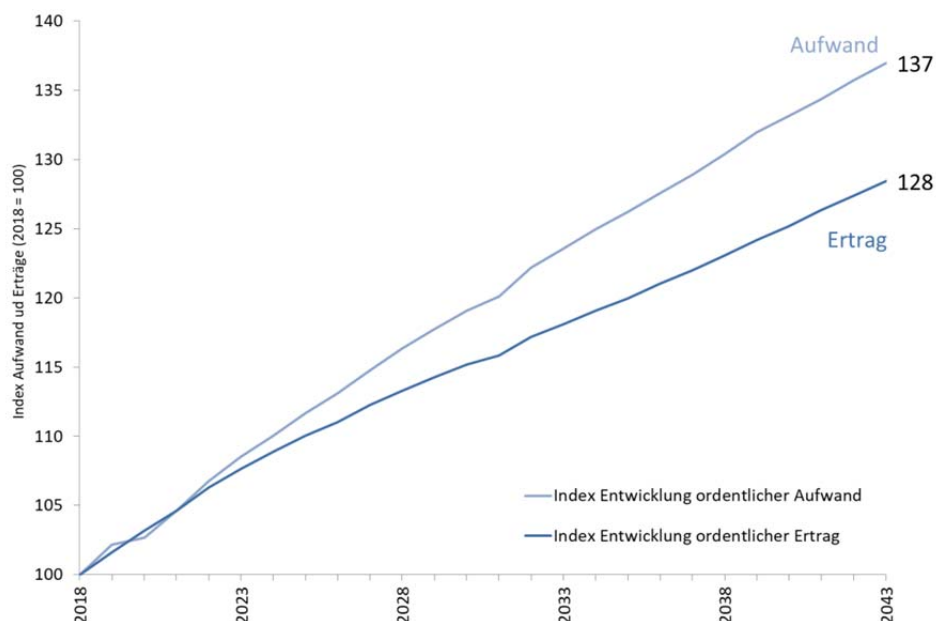
Im Folgenden werden die Ergebnisse der Tragfähigkeitsrechnung im Business-as-usual-Szenario auf Grundlage des Haushaltes 2018 vorgestellt. Die zugehörigen Annahmen und Datengrundlagen wurden im vorangegangenen Kapitel diskutiert. Zunächst werden die deskriptiven Ergebnisse der Projektionen der Finanzen des Konzerns Stadt Köln einschließlich der Auswirkungen auf die Bestandsgrößen wie Eigenkapital und Verschuldung dargestellt. Die Tragfähigkeitslücke einschließlich ihrer Bestandteile wird als Kern der Analyse in Kapitel 3.2 diskutiert. In Kapitel 3.3 werden die kurzfristigen Tragfähigkeitseffekte ausgewiesen.

3.1 Projektion der städtischen Finanzen

Zunächst bietet die Tragfähigkeitsrechnung die Möglichkeit, Projektionen verschiedener Stromgrößen vorzunehmen und diese grafisch abzubilden. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung von Aufwand und Ertrag sowie das resultierende Jahresergebnis. Daraus abgeleitet werden auch die Entwicklung verschiedener Bestandsgrößen wie Eigenkapital, Verbindlichkeiten und Anlagevermögen dargestellt.

Folgende Abbildungen verdeutlichen die projizierte Entwicklung von Aufwand und Ertrag im Zeitablauf in Form eines Index' (Basisjahr 2018: Indexwert 100).

Abbildung 2: Projektion von ordentlichem Aufwand und ordentlichem Ertrag



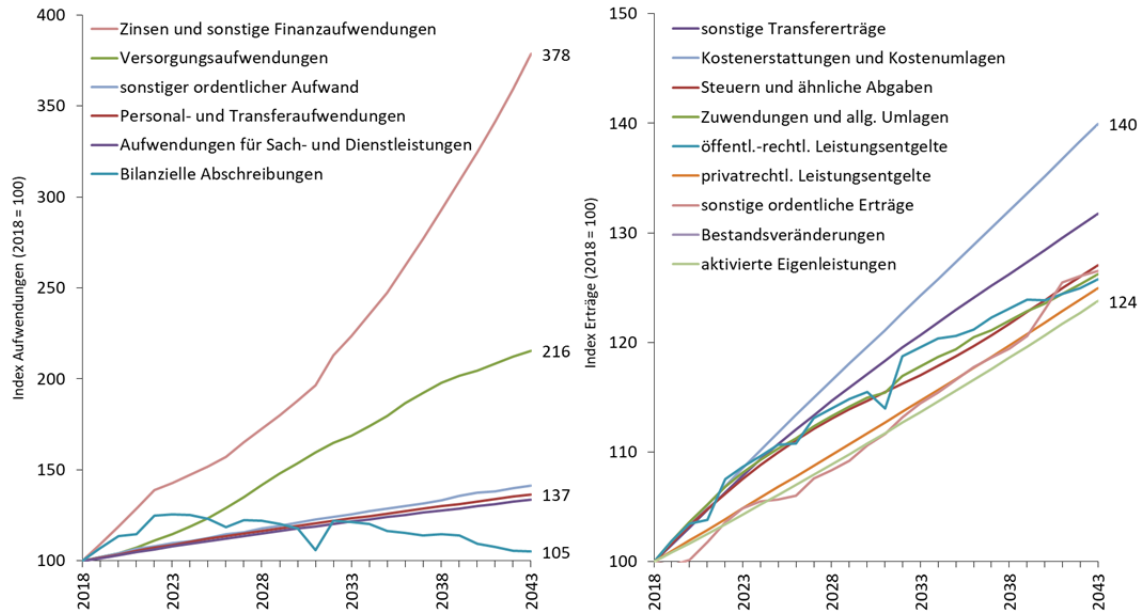
Quelle: Stadt Köln, eigene Berechnung.

Es wird deutlich, dass sowohl ordentlicher Aufwand als auch ordentlicher Ertrag gemäß der Projektion wachsen. Allerdings wachsen die Aufwendungen wesentlich dynamischer als die Erträge.

Bei einer nach Arten differenzierten Betrachtung von Aufwand und Ertrag zeigt sich, dass die Erträge zwar mit unterschiedlichen Dynamiken, aber dennoch linear ansteigen. Bei den Aufwendungen hingegen fällt die starke Dynamik der Zinsaufwendungen und in etwas schwächerer Form der Versorgungsaufwendungen auf. Die bilanziellen Abschreibungen folgen hier einem eher un-

gleichmäßigen Pfad, dahinter stehen im Wesentlichen die im Difu-FiFo-Projekt ermittelten Investitionspfade (hier: Maruda und Schneider 2018). Auch bei den Investitionen ergeben sich entsprechende ungleichmäßige Verläufe.

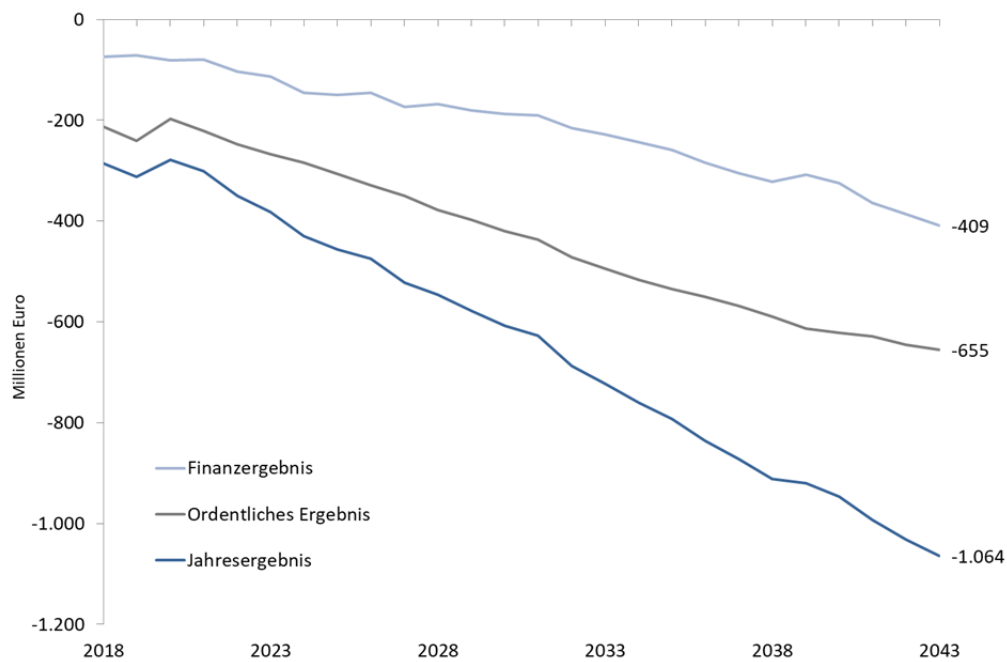
Abbildung 3: Aufwand (links) und Ertrag (rechts) nach Arten



Quelle: Stadt Köln, eigene Berechnung.

Bei Vergleich der Indices für Aufwände und Erträge in Abbildung 3 ist auf die massiv unterschiedlichen vertikalen Skalen rechts und links zu achten, mit denen die für das Startjahr 2018 auf 100 normierten Pfade unterlegt sind.

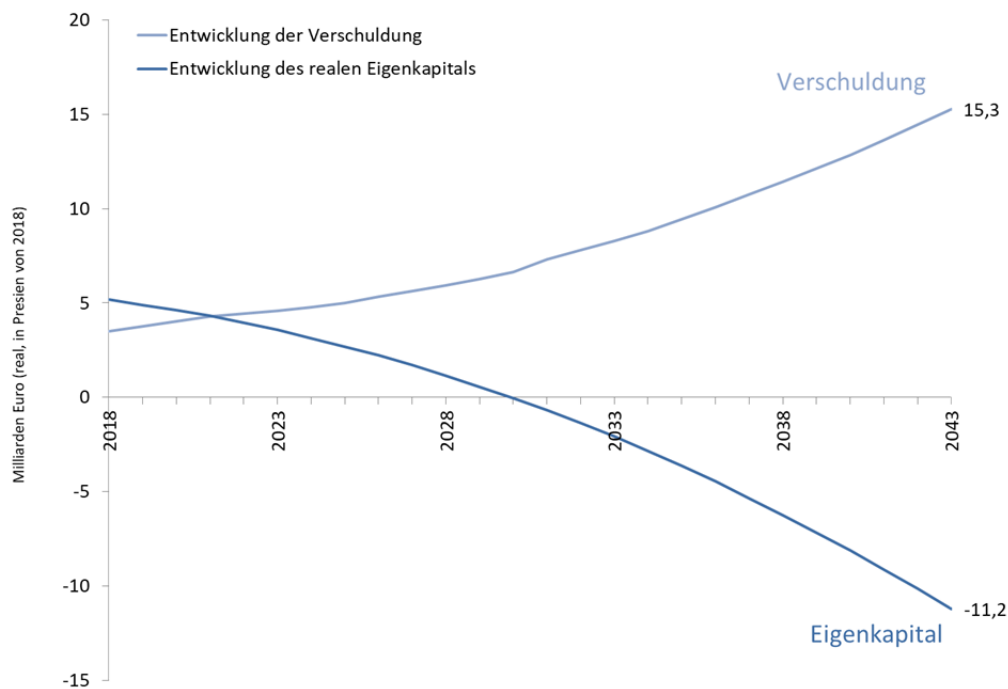
Die dauerhaft dynamischere Entwicklung des ordentlichen Aufwands im Vergleich zu den Erträgen schlägt sich entsprechend im Jahresergebnis und im ordentlichen Ergebnis der Stadt Köln nieder, wie folgende Abbildung zeigt.

Abbildung 4: Jahresergebnis, ordentliches Ergebnis und Finanzergebnis

Quelle: Stadt Köln, eigene Berechnung.

So verändert sich das ordentliche Ergebnis von -240,5 Mio. Euro in 2019 auf -655 Mio. Euro in 2043. Das Jahresergebnis entwickelt sich defizitär sogar noch dynamischer von -312 Mio. Euro in 2019 auf -1.064 Mio. Euro in 2043, da hier das Finanzergebnis mit einfließt. Grund hierfür ist die steigende Zinslast aus den in der Projektionsrechnung stark anwachsenden städtischen Verbindlichkeiten.

Aus den dargestellten Projektionen der Stromgrößen lassen sich Aussagen über die Entwicklung der zentralen Bestands- beziehungsweise Bilanzgrößen ableiten. Folgende Abbildung verdeutlicht die Entwicklung von realem Eigenkapital und realer Verschuldung auf Grundlage der Projektionen.

Abbildung 5: Entwicklung von Eigenkapital und Verschuldung

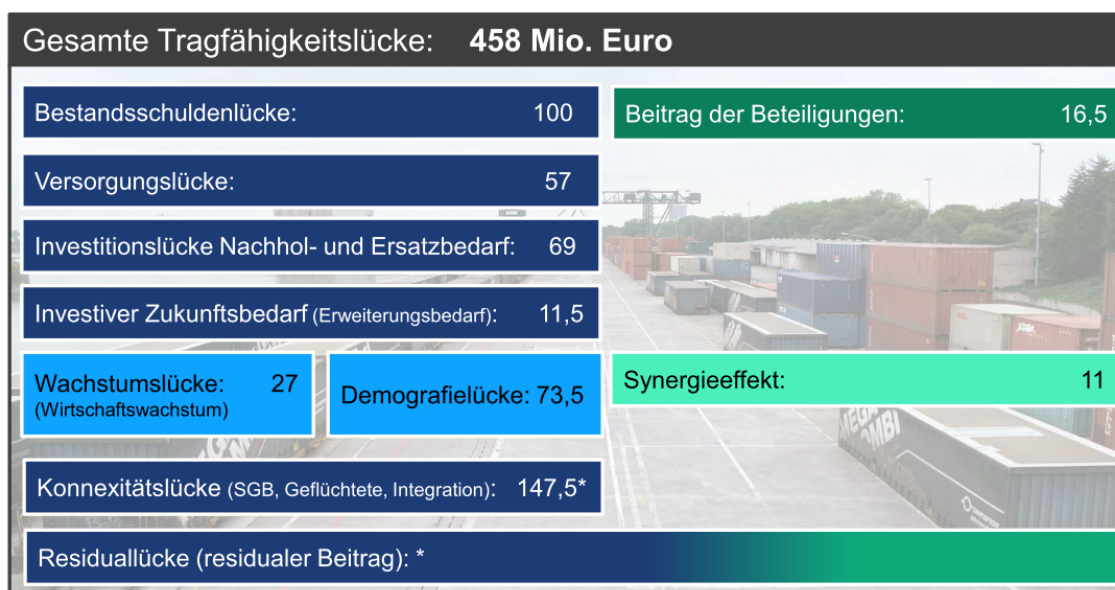
Quelle: Eigene Berechnung.

Das Eigenkapital schrumpft in der BAU-Projektionsrechnung bis 2043 mit zunehmender Geschwindigkeit, was das wachsende Defizit im Kölner Jahresergebnis widerspiegelt. Im Jahr 2030 wird nach dieser Projektion das Eigenkapital des Kernhaushaltes aufgezehrt sein. Gegenläufig zum Eigenkapital entwickeln sich die städtischen Verbindlichkeiten, die sich im Modell auf rund 15,3 Mrd. Euro im Jahr 2043 steigern.

3.2 Tragfähigkeitslücken und -beiträge auf einen Blick

Die Grundfrage der Tragfähigkeitsanalyse auf Köln angewandt, lautet: Kann die Stadt bei Fortführung der heutigen Politik – unter Berücksichtigung u.a. wirtschaftlicher und demografischer Dynamiken – das heutige Niveau von Eigenkapital, Verschuldung und Anlagevermögen dauerhaft erhalten? Falls nein: Welche zusätzlichen Mittel müsste die Stadt jährlich aufbringen und/oder welche Einsparungen leisten, um diese Ziele zu erreichen? In der Zusammenschau resultiert daraus folgendes Bild:

Auf Grundlage der Plandaten des Haushaltsjahres 2018 ergibt sich eine Tragfähigkeitslücke von 458 Millionen Euro. Wie oben beschreiben müsste die Stadt Köln diesen Betrag in jedem Jahr ab 2019 bis 2043 in Form von höheren Erträgen und/oder reduzierten Aufwendungen einschließlich analoger Einzahlungen und Auszahlungen generieren, um das Tragfähigkeitsziel – Erhalt des realen Eigenkapitals – zu erreichen.

Abbildung 6: Tragfähigkeitslücken und –beiträge auf einen Blick

Eigene Darstellung (Bildquelle: Axel Hartmann, via Wikimedia Commons).

* Anm.: Die Residuallücke wird vorerst integriert mit der Konnexitätslücke ausgewiesen. Letztere kann nur mit zusätzlicher, aktuell geplanter Forschung quantifiziert werden; entsprechend auch das Residuum erst dann. Der jetzt bei der Konnexitätslücke ausgewiesene Betrag ist als Nettobetrag/die Summe aus Konnexitäts- und Residuallücke zu verstehen.

Um eine große Tragfähigkeitslücke handhabbar zu machen und Ansatzpunkte zu ihrer Bewältigung zu formulieren, wird sie im Kölner Konzept in verschiedene Teillücken – einschließlich *positiver* Teilbeiträge – aufgeteilt, die die unterschiedlichen Quellen des summarischen Befundes erkennen lassen. Folgende Teillücken und Teilbeiträge werden ausgewiesen:

- **Bestandsschuldenlücke (100 Mio. Euro):** Als Bestandsschulden werden die zum Startzeitpunkt bestehenden städtischen Schulden bezeichnet (ohne Beteiligungen). Der Begriff lehnt sich an die Unterscheidung von Tragfähigkeitsrisiken nach ihrer zeitlichen Genese an (Vergangenheits-, Gegenwarts- und Zukunftslasten). Die Bestandsschuldenlücke wird informatorisch separat ausgewiesen. Eine auf Stärkung der Tragfähigkeit ausgerichtete Finanzpolitik hat Einfluss auf den Schuldenstand – *ohne* Unterscheidung auf die zeitliche Genese der Schulden.
- Die **Versorgungslücke (57 Mio. Euro)** erfasst die noch nicht durch Rückstellungen abgesicherten Pensions- und Versorgungslasten, die im kommunalen Haushalt bis zum Startjahr der Tragfähigkeitsrechnung akkumuliert wurden. (*Kommende* Versorgungslasten werden in der Modellrechnung durch ausreichend kalkulierte Rückstellungen ausfinanziert.)
- Die **Demografielücke (73,5 Mio. Euro)** entsteht, weil Köln als Stadt *wächst und altert*. Die Aufwandsseite des kommunalen Haushalts entwickelt sich im Zuge der demografischen Entwicklungen dynamischer als die Ertragsseite. Dies gilt insbesondere, wo das Bevölkerungswachstum von einer Zunahme der älteren Bevölkerung geprägt ist.
- Die wirtschaftliche **Wachstumslücke (27 Mio. Euro)** besteht, weil Köln und Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt der vergangenen Jahre eine unterdurchschnittliche wirtschaftliche Dynamik im Vergleich zum Bund gezeigt haben. Wird dieser Wachstumsrückstand in der Zukunft nicht behoben, entsteht eine Teillücke, weil viele Ausgabenelemente dynamischer wachsen als die Ertragsseite. Gegenüber der ersten Berechnung zum Kölner Tragfähigkeitskonzept sind hier allerdings merkliche Verbesserungen festzustellen, da mittlerweile schon der Wachstumsrückstand Kölns gegenüber dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt aufgeholt worden ist.

- Die kombinierte **Investitionslücke bei den Nachhol- und Ersatzbedarfen** beträgt **69 Mio. Euro**.
- Die **Investitionslücke bei den Erweiterungsbedarfen** der wachsenden Stadt beträgt **11,5 Mio. Euro**.
- Die **Konnexitätslücke** (SGB, Geflüchtete, Integration) (**147,5 Mio. Euro**) hat erheblichen Anteil an der Gesamtlücke. Sie basiert auf der Frage, um wie viel kleiner die Tragfähigkeitslücke wäre, wenn die Stadt Köln für die Erfüllung der konnexitätsrelevanten sozialen Aufgaben komplett durch einen Dritten entschädigt werden würde. Allerdings kann beim gegenwärtigen Forschungsstand keine belastbare Aussage darüber getroffen werden, welcher Teil der Zuschussbedarfe in den SGB-Produktgruppen von einem Dritten übernommen werden sollte. Denn ein einzelgemeindlich, nicht direkt identifizierbarer Teil der Aufwendungen im SGB-Bereich wird durch den Soziallastenansatz im kommunalen Finanzausgleich abgedeckt. Da zum jetzigen Stand noch keine belastbaren Aussagen getroffen werden können, wird die Konnexitätslücke vorerst gemeinsam mit der Residuallücke ausgewiesen.
- Eine **Residuallücke** drückt aus, welcher Teil der Tragfähigkeitslücke durch das gegenwärtige städtische Handeln zu verantworten ist, und ist damit das gegenwartsbezogene Element der Tragfähigkeitsrechnung. Sie bezieht sich insofern auf die Erträge und Aufwendungen im aktuellen Haushalt, die sich nicht den ausgewiesenen Teillücken zuordnen lassen. Formal ergibt sich diese „Policy-Lücke“ als Restbetrag, nachdem alle anderen vergangenheits- und zukunftsbezogenen genauso wie die exogenen Teillücken (u.a. Demografielücke) abgezogen wurden. Grundsätzlich kann hier auch ein **Residualbeitrag** vorliegen, d.h. eine gegenwärtige Haushaltsführung wäre mehr als ausgeglichen. Dieser Beitrag würde aber in der Gesamtbetrachtung „untergehen“.

Neben diesen Teillücken werden im Business-as-usual-Szenario auch zwei positive Teilbeiträge im Volumen von 27,5 Mio. Euro ausgewiesen, die den Belastungen entgegengerechnet werden:

- Der **Beitrag der Beteiligungen** beträgt rund 16,5 Mio. Euro. Die Beteiligungen leisten – unter Sicherstellung ihrer eigenen Tragfähigkeit – im Business-as-usual-Szenario einen kleinen Beitrag, die Tragfähigkeitslücke des Kernhaushaltes zu schließen. Der damit abgebildete Nettozufluss an den Kernhaushalt liegt jedoch absehbar unter der marktüblichen Rendite, die nach der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung von Beteiligungen erwartet werden soll. Insofern könnte auch hier – „trotz“ positivem Beitrag – durchaus ein Handlungsfeld zur Verbesserung der finanziellen Tragfähigkeit im „Konzern Stadt“ liegen.⁹
- Schließlich besteht noch ein rechnerischer **Synergieeffekt** von 11 Mio. Euro. Er ergibt sich, weil sich die verschiedenen Teillücken teilweise überlappen (z.B. Demografie-Lücke mit investiven Zukunftsbedarfe oder auch Konnexität) und tritt ein, wenn alle Teillücken simultan bzw. in parallelen Schritten abgebaut werden.

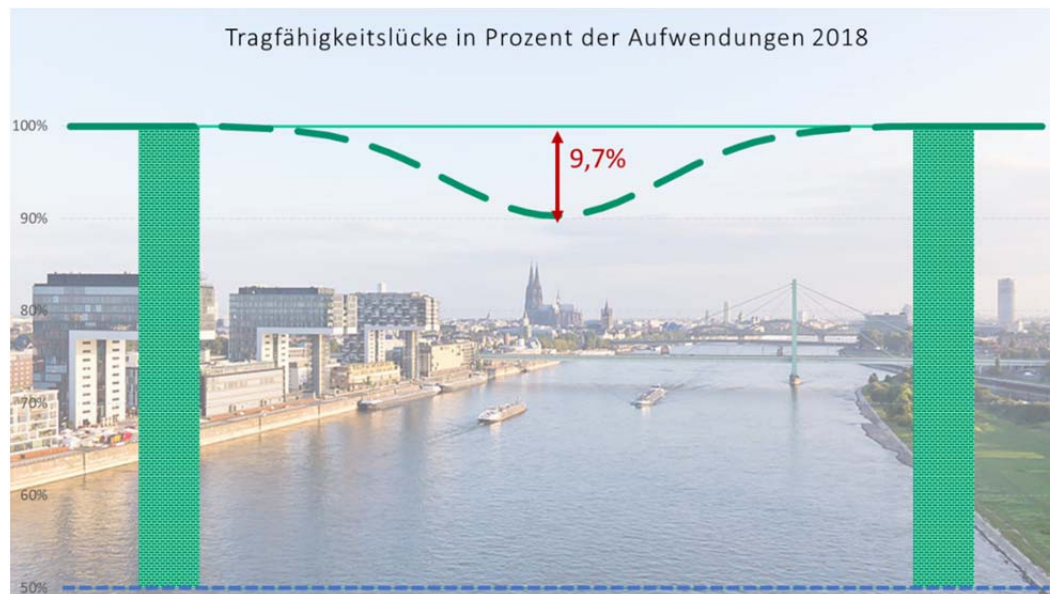
Die gezeigten Teillücken zeigen und beziffern potenzielle Handlungsfelder einer Finanzpolitik zur nachhaltigen Verbesserung der Tragfähigkeit mit dem Ziel einer *materiell* nachhaltigen Finanzpolitik. Politische *Lösungen* formulieren sie damit noch nicht. Ebenso wenig werden damit *alle* Ansatzpunkte für Tragfähigkeitsverbesserungen ausgewiesen. Beispielhaft sei hier nur auf Effizienzgewinne durch Maßnahmen der Verwaltungsreform verwiesen. Derartige Querschnittsmaß-

⁹ Dies stellt entsprechend keine Empfehlung dar, den Nettogeldfluss zwischen Beteiligungen und Kernhaushalt für die nächsten Jahrzehnte auf diesen Betrag festzulegen. 16,5 Mio. Euro sind ein Bruchteil der durchschnittlichen Rückführungen an die Stadt; der Betrag dürfte auch i.d.R. unter der marktüblichen Rendite liegen, die nach § 109 Abs. 2 GO NRW von Beteiligungen erwartet werden soll. Bei einer Tragfähigkeitslücke von 458 Mio. Euro für den „Konzern Stadt Köln“ liegt auf der Hand, dass „business as usual“ finanzpolitisch keine Zukunftsoption ist. So wie in den anderen Handlungsfeldern die hier ausgewiesenen Teillücken geschlossen werden müssen, um materiell nachhaltige Stadtfinanzen zu erreichen, so mögen sich die Bemühungen zur Verbesserung der Tragfähigkeit bei den Beteiligungen darin ausdrücken, dass ein nachhaltiger Beitrag der Beteiligungen angestrebt wird, der die Anforderungen von § 109 Abs. 1 und von § 109 Abs. 2 GO NRW in Einklang bringen kann und das Ziel hat, materiell nachhaltige Finanzen unter besonderer Berücksichtigung der Investitionsbedarfe konzernweit zu gewährleisten.

men können im Tragfähigkeitsmodell hinsichtlich ihrer potenziellen Beiträge zum Tragfähigkeitsziel durchgerechnet werden – eine „Effizienzlücke“ wird gleichwohl im gegenwärtigen Modell nicht ausgewiesen.

Die Tragfähigkeitslücke von 458 Mio. Euro entspricht einem Anteil der Aufwendungen des Jahres 2018 in Höhe von 9,7 Prozent. Dieser Anteilswert wird als eine wichtige zentrale Orientierungsgröße für eine mehrjährige Beobachtung der Tragfähigkeitslücke empfohlen. Die Abbildung visualisiert die Tragfähigkeitslücke in Prozent der Aufwendungen des Haushalts 2018.

Abbildung 7: Tragfähigkeitslücke als Anteil der aktuellen Aufwendungen



Eigene Darstellung (Bildquelle: Raimond Spekking / CC BY-SA 3.0 (via Wikimedia Commons)).

Tragfähigkeitsmodelle bilden die Eigendynamik öffentlicher Finanzen im Zeitablauf ab, dazu berechnen sie für jedes einzelne Jahr bis zum Ende des Betrachtungszeitraums einen kompletten Haushalt und verketteten diesen dann dynamisch. Die Tragfähigkeitslücke versteht sich, wie oben erläutert, als der Betrag, der auf Aufwands- und Ertragsseite *ab sofort* aufgebracht werden müsste, um im BAU-Szenario eine intergenerativ gerechte, materiell nachhaltige Situation zu erhalten. Das ist bei einer Lücke von 9,7% der laufenden Aufwendungen in der Praxis kurzfristig nahezu unmöglich erreichbar bzw. die einzig möglichen Maßnahmen (massive Steuererhöhungen) wären unsinnig. Tragfähigkeitslücken in dieser Größenordnung sind Indikatoren, keine Handlungsempfehlungen. Doch das Wissen, dass eine solche Lücke nicht direkt geschlossen werden kann, darf nicht als Signal der Entspannung aufgenommen werden. Denn der Preis des Wartens kann hoch sein: Die nachstehende Tabelle 1 zeigt solche „Adventseffekte“. Dort werden die Tragfähigkeitslücken für einige exemplarische Jahre ausgewiesen, die sich bei einem späteren Beginn der Konsolidierung ergeben würden. Unterbleiben für ein oder mehrere Jahre jegliche Anstrengungen zum Lückenschluss, wächst die Tragfähigkeitslücke *überproportional* an. Neben der Verkürzung der verbleibenden Zeit wirken hier Zinseszinsseffekte. Die Darstellung macht deutlich, dass in der Langfristbetrachtung ermittelte Tragfähigkeitsbefunde, auch wenn es paradox klingt, zur besonderen Eile anspornen.

Tabelle 2: Tragfähigkeitslücken und Adventseffekt

Beginn der angenommenen Konsolidierung (Zieljahr jeweils 2043)	Lücke in Mio. Euro	Veränderung im Vergleich zu 2019 in Mio. Euro	Lücke als Anteil der Aufwendungen des Jahres 2018
2019	458	0	9,7%
2020	485	27	10,3%
2025	665	207	14,1%
2030	977	519	20,8%
2035	1.643	1.185	34,9%
2040	3.989	3.531	84,8%
2043	16.688	16.230	354,7%

Quelle: Stadt Köln, eigene Berechnung.

Es zeigt sich nicht nur, dass der jährliche Aufwand zur Erreichung des Tragfähigkeitsziels umso größer ist, je später die Konsolidierung beginnt. Es wird auch deutlich, dass der jährliche Mittelbedarf überproportional steigt. Grund hierfür sind vor allem Zinseszinsseffekte. Die Veränderung im Vergleich zum Jahr 2019 bildet den *Preis des Wartens* ab.

Werden kürzere Zeithorizonte betrachtet als der Zeitraum 2019-2043, wirkt sich dies ebenfalls auf die Tragfähigkeitslücke aus, wie folgende Tabelle zeigt:

Tabelle 3: Tragfähigkeitslücke bei verschiedenen Zieljahren

Zieljahr (Startjahr jeweils 2019)	Tragfähigkeitslücke in Mio. Euro	Tragfähigkeitslücke als Anteil der Aufwendungen des Jahres 2018
2026	368,5	7,8%
2031	394,5	8,4%
2041	450,0	9,6%
2043	458,0	9,7%

Quelle: Stadt Köln, eigene Berechnung

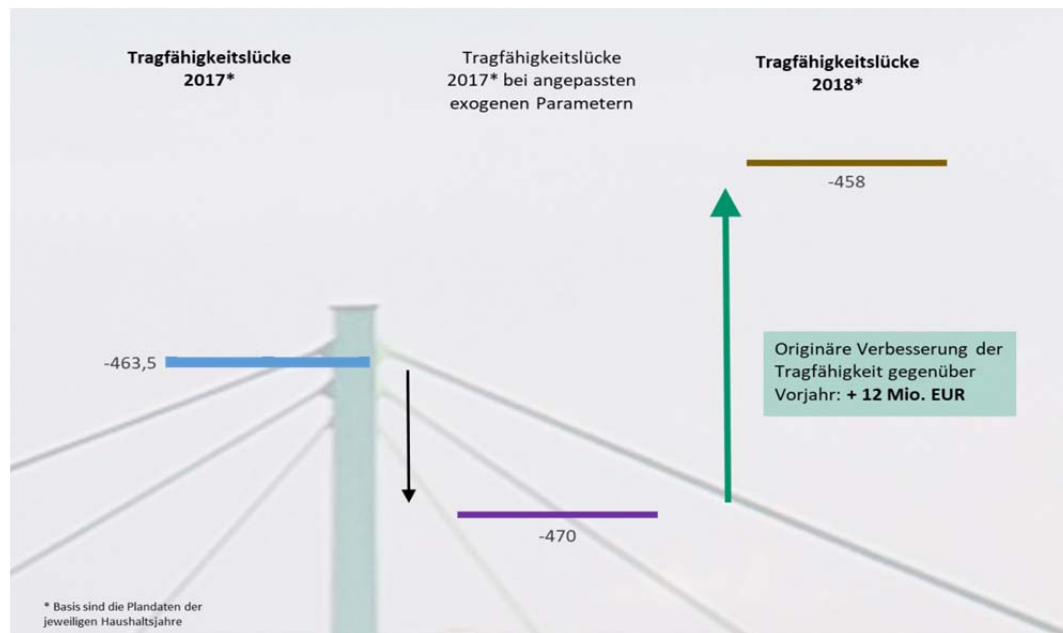
Somit wird die Tragfähigkeitslücke größer, je weiter der Blick in die Zukunft reicht. Auch hier spielen natürlich Zinseszinsseffekte bei der Verschuldung eine Rolle. Allerdings trägt auch die demografische Entwicklung dazu bei, dass sich die Tragfähigkeitsrisiken mit zunehmendem Blick in die Zukunft vergrößern.

3.3 Tragfähigkeitseffekte: Vergleich zum Vorjahr

Die bisherige Betrachtung war ausschließlich statisch in dem Sinne, dass alle Ergebnisse auf Grundlage einer einmaligen Tragfähigkeitsrechnung für das Jahr 2018 und einem Beginn der Konsolidierung ab 2019 ausgewiesen wurden. Zudem bietet das Kölner Tragfähigkeitskonzept auch eine neuartige Methode, bei der Veränderungen der Tragfähigkeitslücken im Zeitablauf getrennt

nach eigenen städtischen Erfolgen und exogenen Einflüssen ausgewiesen werden. Hierzu werden die Tragfähigkeitslücken schrittweise vergleichbar gemacht, wie Abbildung 8 zeigt.¹⁰

Abbildung 8: Tragfähigkeitseffekte der Haushalte 2017 auf 2018



Eigene Darstellung (Bildquelle: Raimond Spekking / CC BY-SA 3.0 (via Wikimedia Commons)).

Der erste Effekt ergibt sich aus einer Aktualisierung der exogenen Parameter im Modell, wie beispielsweise dem Zinsniveau oder der wirtschaftlichen Entwicklung in Köln, NRW und im Bund, aber auch dem Preisniveau. Gewissermaßen wird damit die Tragfähigkeitslücke des Vorjahres an die Annahmen des aktuellen Jahres angepasst. Dieser Effekt ist kurzfristig nicht durch städtische Politik beeinflussbar und dient in erster Linie dazu, die Tragfähigkeitslücken des Vorjahres und des aktuellen Jahres auf einen „gemeinsamen Nenner“ zu bringen und somit eine Vergleichbarkeit herzustellen. Nach den notwendigen Aktualisierungen bei den exogenen Parametern würde sich die Tragfähigkeitslücke des Vorjahres von 463,5 Mio. Euro auf 470 Mio. Euro verändern. Diese eher geringfügige Veränderung von 6,5 Mio. Euro ergibt sich aus verschiedenen gegenläufigen Effekten. So bewirkt die angepasste Laufzeit des Modells (statt 2017-2040 nun 2018-2042) eine Vergrößerung der Tragfähigkeitslücke um rund 40,5 Mio. Euro auf 504 Mio. Euro. Dem steht die angepasste Annahme über die Entwicklung des Produktivitätswachstums (0,8% anstatt 0,5%) gegenüber, die sich in einer Reduzierung der Lücke auf 461 Mio. Euro niederschlägt. Zuletzt vergrößert sich die Tragfähigkeitslücke durch die Anpassung des Preisniveaus auf das Jahr 2018 um rund 9 Mio. Euro auf 470 Mio. Euro.

Diese 470 Mio. Euro sind die Zahl, an der sich die städtische Politik und Verwaltung messen lassen muss. Die Differenz zwischen 470 Mio. und der aktuellen Tragfähigkeitslücke von 458 Mio. Euro ist der originäre Beitrag städtischer Finanzen. Somit hat das Handeln der Stadt (einschließlich Beteiligungen) aktuell einen kleinen positiven Beitrag zur Schließung der Tragfähigkeitslücke von 12 Mio. Euro geleistet. Ein auf den ersten Blick naheliegender Vergleich der Tragfähigkeitslücke des Vorjahres (463,5 Mio. Euro) mit der aktuellen Tragfähigkeitslücke (458 Mio. Euro) würde den ori-

¹⁰ In der Abbildung sind die Tragfähigkeitslücken aus grafischen Gründen mit negativen Vorzeichen dargestellt. So wird erreicht, dass eine Verbesserung *nach oben* weist. Im Text bleibt es bei der eingeführten Konvention, dass die dargestellten *Lücken* von der Sache her negativ genug sind, aber ohne negatives Vorzeichen berechnet werden.

ginären städtischen Beitrag erheblich unterschätzen und die verantwortlichen Akteure für Effekte in Haftung nehmen, die die Stadt nicht wesentlich beeinflussen kann.

Interessant ist darüber hinaus eine Betrachtung der Veränderung der Teillücken. Die deutliche Verkleinerung der Wachstumsücke ist aufgrund der angepassten Annahmen in Bezug auf das Wirtschaftswachstum im Vergleich zur Rechnung für 2017 (Kölner Wachstum je Erwerbstätigen: 0,8% anstatt 0,5%) wenig überraschend. Der deutliche Zuwachs bei den investiven Nachhol- und Ersatzbedarfen ergibt sich insbesondere durch die unterlassenen Investitionen der Stadt im Zeitraum 2015-2017, die sich hier nun als zusätzliche Nachholbedarfe niederschlagen. Diese überlagern die Konsolidierungseffekte bei den Bestandsschulden sowie den höheren Beitrag der Beteiligungen zur Tragfähigkeit. Hier wird deutlich, dass sich die Tragfähigkeitsücke der Stadt Köln insgesamt um rund 12 Mio. Euro reduziert hat, aber auch dass sich Konsolidierungseffekte in einzelnen Teilbereichen zu Lasten anderer Teillücken - und insbesondere des wichtigen investiven Bereiches – ergeben haben. Die negativen Langfristwirkungen nicht gedeckter Investitionsbedarfe auf das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial und die Lebensqualität in der Stadt müssen hierbei hervorgehoben werden. Die Demografielücke und Versorgungslücke sind im Wesentlichen unverändert geblieben.

4 Sensitivitätsanalysen

Im Rahmen einer Tragfähigkeitsrechnung sind vielfältige Annahmen im Hinblick auf die ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und demografischen Rahmenbedingungen zu treffen, die von der jeweiligen Gebietskörperschaft kurzfristig nicht oder nur in geringem Maße beeinflusst werden können. Insbesondere die in die Zukunft gerichteten Annahmen sind jedoch stets mit einer mehr oder minder großen Unsicherheit behaftet. Daher hat es sich etabliert, im Rahmen von Tragfähigkeitsanalysen verschiedene Sensitivitätsanalysen durchzuführen, in denen die im Business-as-usual Szenario getroffenen Annahmen aufgehoben oder abgeändert und die daraus resultierenden Implikationen für die Tragfähigkeitsücke bestimmt werden. Diese Sensitivitätsanalysen sind zudem wertvoll, um die Bedeutung der sich ändernden Rahmenbedingungen auf die Tragfähigkeit der städtischen Finanzen abzuschätzen.

4.1 Demografische Entwicklung

Für die Stadt Köln liegen mehrere Einwohnerprognosen aus unterschiedlichen Quellen vor. Diese Prognosen weisen bis zum Jahr 2020 eine starke Ähnlichkeit auf, weichen in den darauffolgenden Jahren jedoch zunehmend voneinander ab (Stadt Köln, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, 2015). In der Prognose der Stadt Köln ergibt sich im Vergleich zu den Daten der Statistikstelle des Landes NRW (IT.NRW, 2015) eine schwächere Bevölkerungsdynamik insbesondere in den Jahren ab 2025. Dieses konservativere Ergebnis im Hinblick auf die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich nach Aussage des zuständigen Amtes bei der Stadt Köln unter anderem daraus, dass die Stadt Entwicklungstendenzen auf Stadtteilebene berücksichtigt und somit gewissermaßen „Bottom-Up“ vorgeht, während bei den Prognosen des IT.NRW gewissermaßen „Top-Down“ die Bevölkerungsdynamik für das Land NRW insgesamt herangezogen und auf der Grundlage vergangener Entwicklungen auf die Kommunen verteilt wird.

Die Rechnungen im Business-as-usual-Szenario basieren auf der Variante 1 der Bevölkerungsprojektion der Stadt Köln. Dem wird nun die „optimistischere“ Fortschreibung des IT.NRW gegenübergestellt. Während sich unter Verwendung der Bevölkerungsfortschreibung der Stadt Köln eine Tragfähigkeitsücke von 458 Mio. Euro ergibt, umfasst die Tragfähigkeitsücke auf Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung des IT.NRW eine Tragfähigkeitsücke von 509,5 Mio. Euro. Mit

anderen Worten führt eine dynamischere Entwicklung der Bevölkerung und die damit verbundenen Veränderungen in der Altersstruktur zu einer Vergrößerung der Tragfähigkeitslücke um 51,5 Mio. Euro.

4.2 Tragfähigkeitsziel

Wie oben diskutiert sind letztlich verschiedene Tragfähigkeitsziele denkbar. Im Business-as-usual-Szenario wurde für den Kernhaushalt der Erhalt des realen Eigenkapitals, für die Beteiligungen der Erhalt einer konstanten Quote des Eigenkapitals relativ zum Anlagevermögen als notwendig unterstellt.

In dieser Konstellation ergab sich eine Tragfähigkeitslücke in Höhe von 458 Mio. Euro. Würde man stattdessen für den Kernhaushalt das rechtlich hinreichende, aber materiell unzureichende Ziel eines Erhalts des *nominalen* Eigenkapitals wählen, so würde sich daraus eine geringere Tragfähigkeitslücke von 399,5 Mio. Euro ergeben.

Würde man für den Kernhaushalt ein konstantes reales Eigenkapitalniveau je Einwohner fordern, würde sich die Tragfähigkeitslücke auf 474 Mio. Euro erhöhen. Eine konstante Quote aus Eigenkapital und BIP als Tragfähigkeitsziel für den Kernhaushalt würde zu einer Tragfähigkeitslücke von 495,5 Mio. Euro führen.

4.3 Wirtschaftliche Entwicklung

Auch die Auswirkungen sich ändernder wirtschaftlicher Entwicklungen können berücksichtigt werden. Im Folgenden werden die Annahmen im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum pro Erwerbsperson modifiziert, so wie es bereits bei der Ermittlung der Wachstumslücke in Kapitel 3 geschehen ist. Im Folgenden werden exemplarisch die Ergebnisse verschiedener optimistischer und pessimistischer Szenarien vorgestellt. Es wird deutlich, dass vor allem Wachstumsdisparitäten Kölns zu Bund und Land die Tragfähigkeitslücke noch einmal massiv erhöhen würden.

Tabelle 4: Tragfähigkeitslücken unter veränderten wirtschaftlichen Entwicklungen

Reales Wachstum pro Erwerbsperson	Tragfähigkeitslücke (Mio. EUR)
Köln: 0,0%; Land und Bund unverändert (0,8% bzw. 1,2%)	575
Köln: 1,0%; Land und Bund unverändert (0,8% bzw. 1,2%)	426
Alle: 0,0%	429
Alle: 1,0%	431

Quelle: Eigene Berechnung

Literatur

- Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2016). Einwohnerprognose 2015. Abgerufen am 23. 05 2016.
- Arbeitskreis Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen der Länder (04.2014). Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014.
- Arbeitskreis Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen der Länder (04.02.2016). VGR der Länder: Brutto-inlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen (7) der WZ 2008 - kreisfreie Städte und Kreise - Jahr (ab 2000). Von Angebot des Landesbetriebs Information und Technik Nord-rhein-Westfalen (IT.NRW) abgerufen.
- Auerbach, A. J., Gokhale, J. und Kotlikoff L.J. (1991). Generational Accounts: A Meaningful Alternative to Deficit Accounting. In: Tax Policy and the Economy, Vol. 5 (1991), pp. 55-110.
- Bahnsen, L. C., Manthei, G. und Raffelhüschen, B. (2016). Die langfristigen Auswirkungen der Flucht-migration auf die fiskalische Nachhaltigkeit in Deutschland. Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 14(4), 483-502.
- Blanchard, O.J. (1990). Suggestions for a New Set of Fiscal Indicators. OECD Economics Department Working Papers, No.79, Paris.
- Boller, D. und Thöne, M. (2018). Die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik im doppelten Haushalt – Ein Vergleich zentraler Fiskalregeln und Nachhaltigkeitsindikatoren. FiFo Discussion Paper, *im Erscheinen*.
- Bonin, H. (2015). Langfristige fiskalische Erträge künftiger Zuwanderung nach Deutschland. Wirtschaftsdienst, 95. Jahrgang, S. 262-268.
- Bundesministerium der Finanzen (2016). Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Berlin.
- European Commission (2018): Debt Sustainability Monitor 2017, European Economy Institutional Paper 071, January 2018, Brussels.
- Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2015). Zweite Fortschreibung des Zweiten Berichtes über die Nachhaltigkeit des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 2013. In: Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 79 ff., Düsseldorf.
- Fuest, C. und Thöne M. (2007). Tragfähige Finanzpolitik. Ein weiter Weg für Deutschland. IW-Positionen 25, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Deutscher Instituts-Verlag.
- Fuest, C. und Thöne, M. (2009). Staatsverschuldung in Deutschland: Wende oder Anstieg ohne Ende? In: Günther G. Schulze (Hrsg.): Reformen für Deutschland - die wichtigsten Handlungsfelder aus ökonomischer Sicht, Reihe: Handelsblatt-Bücher, Stuttgart, S. 149-172.
- Gerhards, E., Goerl C. und Thöne M. (2012). Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Eine Bestandsaufnahme national und international praktizierter Methoden der langfristigen Budgetanalyse. FiFo-Berichte Nr. 14, Köln.
- Goerl, C., Schneider, S., und Thöne, M. (2014). Generationengerecht und handlungsfähig bei leistungsfähiger Infrastruktur: Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt. Difu-Impulse 3, Berlin.
- Klug, G. C. (2016). Generationengerecht und handlungsfähig bei leistungsfähiger Infrastruktur – Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt Köln, in: der gemeindehaushalt 4/2016, S. 86-89.
- Klug, G.C, Schneider, S., Thöne, M. (2017). Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt Köln: Handlungsfähig bleiben, Infrastruktur stärken, Tragfähigkeit erreichen; in: der gemeindehaushalt 05/2017, S. 97-104.
- Koldert, B. und Thöne, M. (2018). Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln: Tragfähigkeitskonzept für die Stadt Köln.
- Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2015). Bevölkerungsvorausberechnungen 2014 bis 2040/2060 nach Altersjahren (91) und Geschlecht - kreisfreie Städte und Kreise. Abgerufen am 04. 02 2016.
- Manzke, B. (2002). Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung. Diskussionspapier 10/02, Volkswirtschaftliches Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank.
- Maruda, T. und Schneider, S. (2018). Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln: Infrastrukturbedarfsschätzungen.
- Raffelhüschen, B. (1999). Generational Accounting in Europe. In: The American Economic Review, Papers and Proceedings, 89(2), S. 167-170.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2017). Jahresgutachten 2017/18 – Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, Wiesbaden.
- Stadt Köln (2015). Beteiligungsbericht 2016.
- Stadt Köln (2017). Haushalt 2018.
- Stadt Köln (2018). Entwurf Jahresabschluss 2017.
- Statistisches Bundesamt (2015). Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland von 2014 bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung - Variante 4 EJ.
- Thöne, M. (2005). Tragfähigkeit der Finanzpolitik bei Lenkungsbesteuerung, Köln.
- Thöne, M. (2014). Öffentliche Finanzen in NRW 2020. Schuldenbremse und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. 4. Sitzung der Enquetekommission zur Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demografischen Wandels in der Dekade 2020 bis 2030 (Enquetekommission III) am 6. Februar 2014 im nordrhein-westfälischen Landtag; Information 16/270, Landtag Nordrhein-Westfalen; Düsseldorf.
- Werdning, M. (2014). Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Modellrechnungen für die mittlere und lange Frist. Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, ifo Forschungsberichte 64.
- Werdning, M. (2016). Modellrechnungen für den vierten Tragfähigkeitsbericht. FiFo-Bericht Nr. 20, Köln.

Stellenplan 2019

Inhaltsverzeichnis

- 1. Einleitung**
- 2. Übersicht der Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (inkl. Herleitungstabelle)**
- 3. Kämmereiverwaltung**
 - 3.1 Stellenplan
 - 3.1.1 Teil A: Beamte
 - 3.1.2 Teil B: Beschäftigte und Beschäftigte (gewerblich-technisch)
 - 3.2 Stellenübersichten
 - 3.2.1 Teil A: Aufteilung nach Teilplänen
 - 3.2.2 Teil B: Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit
 - 3.2.3 Teil C: Personalkredite und befristete Planstellen
- 4. Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen (Sondervermögen mit Sonderrechnung)**
 - 4.1 Stellenplan für die Beamten, Beschäftigte und Beschäftigte (gewerblich-technisch) der Zusatzversorgungskasse (einschl. Beihilfekasse)
 - 4.2 Stellenplan für die Beamten, Beschäftigte und Beschäftigte (gewerblich-technisch) der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
 - 4.3 Stellenplan für die Beamten, Beschäftigte und Beschäftigte (gewerblich-technisch) des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
 - 4.4 Stellenplan für die Beamten, Beschäftigte und Beschäftigte (gewerblich-technisch) der Bühnen der Stadt Köln
 - 4.5 Stellenplan für die Beamten, Beschäftigte und Beschäftigte (gewerblich-technisch) des Gürzenich Orchesters - Kölner Philharmoniker der Stadt Köln
 - 4.6 Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit in eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen
 - 4.7 Personalkredite und befristete Planstellen in eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen
- 5. Stellenplan der zur Dienstleistung**

bei dem	Verein Region Köln/Bonn e.V.
bei dem	Rheinischen Studieninstitut
bei der	Gemeinsamen Betriebskrankenkasse
bei der	KölnVorsorge-Sterbekasse VVaG
bei der	KölnTourismus GmbH
bei den	Freien Trägern der Bürgerzentren
bei der	Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH
bei den	Kliniken der Stadt Köln gGmbH
bei der	Sozial-Betriebe Köln gGmbH (SBK)
bei den	Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR (StEB)
bei der	Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB)

abgeordneten / beurlaubten / zugewiesenen Beamten und gestellten Beschäftigten.

Einleitung

Der nachfolgende Entwurf zum Stellenplan 2019 beinhaltet alle bis einschließlich 20.07.2018 im IT-Verfahren SAP-HCM (OM) eingepflegten Veränderungen.

Die nach derzeitigem Stand geplanten Stellenzusetzungen (ohne Nachwuchskräfte) verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Dezernate:

Dez.	Anz. unbefr. Mehrstellen	Anz. befr. Mehrstellen	Summe
OB	7,00	0,00	7,00
I	51,77	9,50	61,27
II	21,50	8,00	29,50
III	10,00	0,00	10,00
IV	42,38	3,00	45,38
V	28,15	6,00	34,15
VI	24,00	1,00	25,00
VII	14,75	4,75	19,50
VIII	68,00	0,00	68,00
Su.:	267,55	32,25	299,80

Die vorgesehenen Mehrstellen entfallen auf folgende Schwerpunktthemen:

Anz. Stellen	Aufgabe (u.a) und Amt
25,50	Themenfeld Digitalisierung (12, 37, 66, 67, 69)
50,00	Strategische Leitprojekte, u.a.
20,50	„Qualität im Rechnungswesen“ (20, 23, 66)
12,00	„Köln aufräumen“, Umsetzung des Gestaltungshandbuches (61, 62, 66, 67)
10,00	„Museen, Menschen, Medien – neue Strategien für den Standort Köln“ (4522)
Andere Themen	
16,00	Bau von Lichtsignalanlagen (64)
12,00	Musikschullehrer (40)
11,00	Verbundprojekt zur Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen (12, 23, 57, 63)
8,50	Überwachung der neu eingeführten Erlaubnispflicht für Wohnimmobilienverwalter (32)
8,00	Einrichtung der Tunnel- und Verkehrsleitzentrale (64, 69)
6,00	Stärkung des Bereiches „Steuerberatung“ (20)
5,00	Verpflichtung zu Integrationskursen für Asylbewerber/innen mit positiver Bleibeperspektive (33)
4,00	Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit in der Domumgebung (VI/4)
4,00	Umsetzung des Projektes „Bleibereichtsperspektive für langjährig geduldete Menschen“ (33)

Der nachfolgende Stellenplanentwurf berücksichtigt folgende Stellenabsetzungen (Stand 20.07.2018):

Dez.	Anz. unbefr. Wenigerstellen	Anz. befr. Wenigerstellen	Summe
OB	0,00	0,00	0,00
I	1,75	0,00	1,75
II	0,00	0,00	0,00
III	0,00	0,00	0,00
IV	0,14	0,00	0,14
V	0,00	0,50	0,50
VI	0,00	1,00	1,00
VII	0,00	1,50	1,50
VIII	0,00	0,00	0,00
Su.:	1,89	3,00	4,89

Die dargestellten Wenigerstellen resultieren aus Absetzungen befristeter Stellen (Projektbeendigung), dauerhaften Wenigerbedarfen oder Auslösungen von KW-Vermerken, die in vorangegangenen Stellenplänen angebracht wurden.

Aufgrund eines dauerhaft bestehenden Bedarfs ist vorgesehen, insgesamt 7,77 befristete Stellen in unbefristete Stellen umzuwandeln. Außerdem ist aufgrund der Notwendigkeit, den ursprünglich festgesetzten Befristungszeitraum zu verlängern, beabsichtigt, bei 85,72 Stellen das Befristungsdatum zu verlängern. Die Entfristungen und Befristungsverlängerungen (Stand 20.07.2018) verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Dezernate:

Dez.	Entfristungen	Befristungsverlängerungen
OB	1,00	3,00
I	0,00	6,00
II	0,00	7,50
III	0,00	0,00
IV	3,00	1,00
V	1,00	4,50
VI	0,00	6,50
VII	2,77	51,22
VIII	0,00	6,00
Su.:	7,77	85,72

Die Änderungen der Stellenpläne 2019 gegenüber den Stellenplänen 2018 zeigen folgende Übersichten:

	2019	2018
Kämmereiverwaltung (einschl. Zusatzversorgungs- und Beihilfekasse stellenmäßige Aufteilung dieser Sondervermögen siehe Detailtabellen):		
Beamte	6.252,02	6.161,31
Beschäftigte	10.137,87	9.964,83
Beschäftigte (gewerblich-technisch)	1.409,14	1.421,96
Summen:	17.799,03	17.548,10
Gebäudewirtschaft der Stadt Köln		
Beamte	117,67	126,17
Beschäftigte	489,21	468,21
Beschäftigte (gewerblich-technisch)	63,50	42,00
Summen:	670,38	636,38
Bühnen der Stadt Köln		
Beamte	15,50	15,50
Beschäftigte	366,22	366,22
Beschäftigte (gewerblich-technisch)	299,85	299,85
Summen:	681,57	681,57
Gürzenich Orchester Kölner Philharmoniker der Stadt Köln		
Beschäftigte	145,50	145,50
Beschäftigte (gewerblich-technisch)	5,00	5,00
Summen:	150,50	150,50
Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud		
Beamte	4,00	4,00
Beschäftigte	15,50	15,50
Beschäftigte (gewerblich-technisch)	2,00	2,00
Summen:	21,50	21,50

Herleitung der in der Übersicht der Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zu den im Stellenplan 2019 genannten unbefristeten Mehr-/Wenigerstellen

	Stadt Köln Kernverwaltung	Sondervermögen Gebäudewirtschaft	Sondervermögen Bühnen	Sondervermögen Orchester	Sondervermögen Wallraf Museum	Gesamt- summe
Gesamtsumme unbefristete Planstellen 2018 (s.Anlage 7 Pkt. 1)	17.548,10	636,38	681,57	150,50	21,50	19.038,05
+ unbefristete Mehrstellen (nach Stellenplan 2019 Anlagen 2-5)	267,55	0,00	0,00	0,00	0,00	267,55
- unbefristete Wenigerstellen (nach Stellenplan 2019 Anlagen 2-5)	-1,89	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,89
+ Absetzungen von unbefristeten Planstellen bei den Sollbeständen von "Zugewiesenen"; wirken sich nicht auf die Kernverwaltung aus und müssen daher wieder addiert werden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Übertragungen von unbefristeten Planstellen aus den Sollbeständen der "Zugewiesenen" in den Bereich der Kernverwaltung der Stadt Köln (Diese Vorgänge wirken sich in der Gesamtsumme der unbefr. Planstellen jeweils wie Mehr- bzw. Wenigerstellen aus, ohne als solche in den Stellenplänen gezählt zu werden)	6,50	0,00	0,00	0,00	0,00	6,50
+/- Übertragungen von unbefristeten Planstellen aus den Sollbeständen der Kernverwaltung der Stadt Köln in einen Sollbestand der Sondervermögen	-30,00	30,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Übertragung aus den Sollbeständen der Nachwuchskräfte in einen Sollbestand der Kernverwaltung der Stadt Köln	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
+ Umwandlung von befristeten Planstellen in <u>un</u> befristete Planstellen (Dieser Vorgang wird nicht als Mehrstelle in den Stellenplänen gezählt, führt aber aufgrund der Tatsache, dass in der Übersicht der Veränderungen nur unbefristete Planstellen eingerechnet werden, zu einer Erhöhung der Gesamtsumme unbefr. Planstellen)	7,77	5,00	0,00	0,00	0,00	12,77
- Umwandlung von <u>un</u> befristeten Planstellen in <u>be</u> fristete Planstellen (Dieser Vorgang wird nicht als Weniger in den Stellenplänen gezählt, führt aber aufgrund der Tatsache, dass in der Übersicht der Veränderungen nur unbefristete Planstellen eingerechnet werden, zu einer Verringerung der Gesamtsumme unbefr. Planstellen)	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
Gesamtsumme unbefristete Planstellen 2019	17.799,03	670,38	681,57	150,50	21,50	19.322,98
Differenz Stellenplan 2019 gegenüber Stellenplan 2018	250,93	34,00	0,00	0,00	0,00	284,93

Kämmereiverwaltung

Stellenplan

Teil A: Beamte

Abkürzungen:

ku = künftig umzuwandeln bei Stellenvakanz
kw = künftig wegfallend bei Stellenvakanz

Beamte (Teil I)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Wahlbeamte B11	1,00	1,00	0,98	
B8	4,00	4,00	3,96	
B7	4,00	4,00	2,96	
Summen Wahlbeamte	9,00	9,00	7,90	
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt B5	1,00	1,00	0,00	
B3	3,00	3,00	2,98	1,00 ku B2
B2	23,00	23,00	17,32	
A16	37,00	36,00	30,26	1,00 Feuerwehrrzulage
A15	80,50	78,00	58,82	5,00 Feuerwehrrzulage
A14	171,74	168,28	126,85	5,00 Feuerwehrrzulage 4,00 kw 2,00 ku A13_22
A13_22	130,35	131,35	86,54	2,00 Feuerwehrrzulage 0,50 kw 1,00 ku A13_21 1,00 ku E13
Summen 2. Einstiegsamt	446,59	440,63	322,77	13,00 Feuerwehrrzulage
1. Einstiegsamt A13_21	189,15	183,50	139,89	12,00 Feuerwehrrzulage 1,00 ku A11 6,50 ku A12 2,00 AZ
A12	484,46	465,36	377,29	22,00 Feuerwehrrzulage 6,00 kw 9,00 ku A11
A11	962,07	922,82	705,03	59,00 Feuerwehrrzulage 5,75 kw 9,00 ku A10
A10	1.208,21	1.119,18	758,19	32,00 Feuerwehrrzulage 5,50 kw 2,00 ku A7 0,50 ku S12
A9_21	99,11	172,89	41,91	
Summen 1. Einstiegsamt	2.943,00	2.863,75	2.022,31	125,00 Feuerwehrrzulage

Beamte (Teil II)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 1				
2. Einstiegsamt A9_12	504,36	493,61	409,40	216,00 Feuerwehrrzulage 1,00 kw 1,00 ku E10 1,00 ku S11 2,00 ku A8 2,00 ku A9_21 1,00 ku A7 150,28 AZ
A8	1.369,67	1.358,52	1.104,86	538,50 Feuerwehrrzulage 1,00 kw 1,00 ku A9_21 1,00 ku E5 1,50 ku A7 1,00 ku E9A 0,50 ku A6/E4
A7	816,75	820,65	582,73	242,00 Feuerwehrrzulage 3,00 kw 1,00 ku A6/E4 2,50 ku A6/E5
A6	162,65	175,15	97,02	2,17 kw 1,00 ku A6/E3
Summen 2. Einstiegsamt	2.853,43	2.847,93	2.194,01	996,50 Feuerwehrrzulage

Summen Beamte	6.252,02	6.161,31	4.546,99	1.134,50 Feuerwehrrzulage

Kämmereiverwaltung

Stellenplan

Teil B: Beschäftigte und Beschäftigte (gewerblich-technisch)

Abkürzungen:

ku = künftig umzuwandeln bei Stellenvakanz
kw = künftig wegfallend bei Stellenvakanz

Beschäftigte (Teil I)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
AT-B2, AT-B3, AT-Fest	13,00	13,00	12,00	
TGR. I - IV Ärzte VKA	61,75	61,75	41,96	
AT-A16	25,00	25,00	24,08	1,00 ku E14
E15	106,51	106,51	90,70	1,00 kw
E14	134,19	124,38	104,84	3,75 kw 2,00 ku E13
E13	276,96	262,34	216,00	12,01 kw 1,00 ku E12 1,00 ku E11
E12, S18, P16	272,20	261,72	214,57	2,00 kw 1,00 ku E10 9,00 ku E11
E11, S17, P14, P15	679,96	640,66	499,55	3,00 kw 1,00 ku E9B 1,00 ku S15 1,00 ku S12 2,00 ku E11
E9C, E10, S14-S16, P12, P13	1.439,26	1.282,63	1.172,22	7,00 kw 27,00 ku S13 1,82 ku E9B 3,00 ku S12 3,00 ku E9C 8,00 ku S15
E9B, S11B-S13, P11	749,89	862,14	570,61	3,50 kw 3,00 ku E9A 1,00 ku E10 5,00 ku S9 3,00 ku S11B
E9A, S9 - S11A, P9, P10	792,47	544,47	599,59	3,00 kw 1,00 ku E6 1,00 ku E9A 1,50 ku E7 1,00 ku E8 1,00 ku S8A
E8, S6 - S8B, P8, N	2.428,73	2.465,23	2.305,05	2,84 kw 1,00 ku E9A 37,25 ku S8A 2,00 ku E6 1,00 ku A7 0,50 ku S4 1,50 ku E7
E7, P7	686,01	845,99	535,72	5,50 kw 1,00 ku A10 2,77 ku E5 2,00 ku E4 8,00 ku E6
E5, E6, S4, S5	1.436,70	1.425,34	1.016,20	6,27 kw 4,00 ku E6 11,25 ku S3 2,00 ku E3 6,50 ku E4 1,00 ku E5
E3, E4, S3, P5, P6	1.001,18	1.008,11	841,40	18,66 kw 4,00 ku E5 1,50 ku E4 1,00 ku E1 3,65 ku E3
E2, S2	18,06	19,56	14,41	5,00 kw 1,50 ku E1
sonstige (TVK,NVB,PUPP)	16,00	16,00	16,01	

Summen Beschäftigte	10.137,87	9.964,83	8.274,91	

Beschäftigte (gewerblich-technisch) (Teil I)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E7	23,00	30,00	21,87	
E6	331,00	327,50	308,18	
E5	345,00	349,00	311,89	
E4	366,44	368,94	329,67	
E3	91,92	94,74	80,17	
E1, E2	251,78	251,78	199,83	

Summen Beschäftigte (gew.-techn.)	1.409,14	1.421,96	1.251,61	

Kämmereiverwaltung

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach Teilplänen

		B E A M T E B e s o l d u n g s g r u p p e n							
		Wahl- Beamte	Laufbahngruppe 2 (2. Einstiegsamt)						
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	B11 B9 B8 B7	B5	B3	B2	A16	A15	A14	A13_22
OB-Büro der OB	0101	1,00			1,00	4,00	7,50	14,50	7,50
14-Rechnungsprüfungsamt	0102				1,00		2,00	5,00	2,00
I/2-Gesundheitsmanagement u. Arbeitsschu	0103								
I/8-Stellenpool Haushaltskonsolidierung	0103							1,00	
11-Personal- und Verwaltungsmanagement	0103				1,00	2,00	2,00	13,00	11,00
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	0103								
43-Stadtbibliothek	0103								
4511-Museum Ludwig	0103								
4523-KMB und RBA	0103								
69-Amt f. Brücken u. Stadtbahnbau	0103								
12-Amt für Informationsverarbeitung	0104				1,00	1,00		2,00	5,00
1000-Zentrale Dienste	0106					1,00		1,00	
34-Bürgerdienste	0106					1,00	1,00	2,00	2,00
30-Rechts- u. Versicherungsamt	0107				1,00	1,00		12,28	1,00
23-Liegenschaftsverwaltung	0108								1,00
21-Steueramt	0109					1,00	1,00		4,50
20-Kämmerei	0110					1,00	5,00	12,00	4,00
13-Amt f. Presse- u. Öffentlichkeitsarb.	0111						1,00	2,00	2,00
GPR-Gesamtpersonalrat	0111					1,00		1,00	1,00
I-Dezernat Stadtdirektor	0111	1,00					2,00	4,00	2,00
I/1-Amt f. Gleichst. v. Frauen u. Männ.	0111					1,00			1,00
27-Zentrales Vergabeamt	0111				1,00		2,00	1,00	2,00
II-Dezernat II	0111	1,00						1,00	1,00
III-Dezernat III	0111	1,00						2,00	
IV-Dezernat IV	0111	1,00						2,00	
V-Dezernat V	0111	1,00						2,50	
VI-Dezernat VI	0111	1,00				1,00	1,00	1,00	
VII-Dezernat VII	0111	1,00					1,00		

B E A M T E (Forts.) B e s o l d u n g s g r u p p e n											
Laufbahngruppe 2 (1. Einstiegsamt)					Laufbahngruppe 1					Summen Beamte	
A13_21 u. A13_21AZ	A12	A11	A10	A9_21	A9_12AZ	A9_12	A8	A7	A6		
8,43	10,50	3,00	5,00	4,00	1,00	1,00	4,00	1,00			73,43
6,00	12,00	12,00	2,00				1,00				43,00
1,00	2,00	13,00	2,00								18,00
											1,00
26,00	44,73	59,67	38,76	9,00	9,00	3,00	15,73	17,00	1,73		253,62
9,00	28,00	31,50	25,00	5,00	2,00	3,00	5,50	3,50			121,50
2,65	2,00	3,00	3,50		1,00		6,00	3,50	1,00		24,65
1,00	4,50	10,50	4,50	1,00		2,00	5,00	2,00			36,50
	2,74	4,00	2,00	1,00			1,00				26,02
2,00	11,00	20,00	16,50				2,00				52,50
3,00	8,00	15,00	16,50	1,00		4,00	18,50	57,00	5,00		134,50
5,50	34,00	56,00	25,00	1,00	1,00	9,00	72,68	37,00			263,18
2,00	7,00	7,00	2,00		1,00		1,00				25,00
2,00	2,00	2,00			1,00	1,00	3,00				14,00
1,00	9,00	2,00		1,00							22,00
2,00	2,50	0,50									7,00
	1,00	5,50	0,50			3,00	4,50	1,50			22,00
1,00	1,00										5,00
1,00											4,00
2,00	4,00										9,00
1,00	4,00										8,50
5,00	2,00	1,50									12,50
1,00	2,00	2,00	1,00								8,00

		B e s c h ä f t i g t e E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	AT-FEST AT-B3 AT-B2 AT-A16 I - IV TV Ärzte (VKA)	E15	E14	E13	E12 S18 P16	E11 S17 P14,P15	E10 S15,S16 P13	E9C S14 P12
0B-Büro der OB	0101		2,00	3,00	7,00	2,00	2,50	4,00	1,00
14-Rechnungsprüfungsamt	0102			2,00	1,00	16,00		1,00	
I/2-Gesundheitsmanagement u. Arbeitsschu	0103		1,00	7,50	2,00		6,50	1,00	
I/8-Stellenpool Haushaltskonsolidierung	0103			0,75	2,00	1,00			
11-Personal- und Verwaltungsmanagement	0103			2,00	3,91	2,00	1,00	4,00	2,50
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	0103								
43-Stadtbibliothek	0103								
4511-Museum Ludwig	0103								
4523-KMB und RBA	0103								
69-Amt f. Brücken u. Stadtbahnbau	0103								
12-Amt für Informationsverarbeitung	0104		1,00	1,00	10,00	9,00	81,50	111,84	3,00
1000-Zentrale Dienste	0106					1,00	2,00	1,00	6,00
34-Bürgerdienste	0106						1,00	1,00	3,00
30-Rechts- u. Versicherungsamt	0107						2,26	1,31	1,77
23-Liegenschaftsverwaltung	0108		1,00	1,00					2,00
21-Steueramt	0109				1,00		2,00	2,00	
20-Kämmerei	0110		1,00	5,00	1,00	4,50	1,00	5,00	2,00
13-Amt f. Presse- u. Öffentlichkeitsarb.	0111		1,00	1,00	1,00	3,00	1,00	3,00	3,00
GPR-Gesamtpersonalrat	0111			1,00		5,00	6,00	4,00	1,00
I-Dezernat Stadtdirektor	0111			1,00	1,00				
I/1-Amt f. Gleichst. v. Frauen u. Männ.	0111			0,50					1,00
27-Zentrales Vergabeamt	0111			1,00		4,00	9,00		
II-Dezernat II	0111				1,00	1,00			
III-Dezernat III	0111			1,00			1,00		
IV-Dezernat IV	0111			2,00	0,64		2,00		
V-Dezernat V	0111			2,00	1,00				
VI-Dezernat VI	0111			1,00	3,00		1,00	2,00	
VII-Dezernat VII	0111		1,00	1,00		1,00	1,00		1,00

B e s c h ä f t i g t e (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n												
										Summen Beschäftigte		
E9B S11B-S13 P11	E9A S9-S11A P9, P10	E8 S6-S8B P8, N	E7 P7	E6 S5	E5 S4	E4 S3 P6	E3 P5	E2 S2	Sonst. TVK NVB PUPP			
1,00	9,00	4,00	3,00	2,00	2,00						42,50	
			2,00			0,50					22,50	
3,00		0,50	1,00		7,00		0,50				30,00	
											3,75	
2,00	3,00	6,00	6,50		2,14	3,00	1,00				39,05	
		2,00	21,00		1,00						241,34	
2,00	2,00	8,50	11,99	1,00	11,00	3,71	1,67				51,87	
	7,00	8,62	1,00	90,04	1,00		1,00				113,66	
		0,87	2,00		3,74	1,00	0,50				13,45	
1,00	1,00	1,00	6,50	1,50	0,50	2,00					17,50	
		4,00	23,50		7,00	1,50	2,00				43,00	
1,00	8,00	17,82	3,00	39,00	4,00	1,00	1,00				94,32	
1,00	0,50		2,00	1,00							18,50	
1,00	4,00	3,00	6,77		1,00						32,77	
1,00	2,50		1,00								6,50	
			0,50								2,00	
	3,00		1,77	1,50	3,23	1,00					24,50	
	3,00										5,00	
	1,00		1,00								4,00	
	1,00		2,00								7,64	
	1,00		2,00								6,00	
	1,00		2,00	1,00		1,00					12,00	
	1,00		1,00								7,00	

		B e s c h ä f t i g t e (g e w e r b l i c h - t e c h n i s c h) E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	E9A	E8	E7	E6	E5	E4	E3	E2
OB-Büro der OB	0101				3,00	4,00	2,00		
14-Rechnungsprüfungsamt	0102								
I/2-Gesundheitsmanagement u. Arbeitsschu	0103				1,00		8,00		
I/8-Stellenpool Haushaltskonsolidierung	0103								
11-Personal- und Verwaltungsmanagement	0103								
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	0103								
43-Stadtbibliothek	0103								
4511-Museum Ludwig	0103								
4523-KMB und RBA	0103								
69-Amt f. Brücken u. Stadtbahnbau	0103								
12-Amt für Informationsverarbeitung	0104								
1000-Zentrale Dienste	0106				4,00	5,00	13,04	4,50	115,12
34-Bürgerdienste	0106							2,00	
30-Rechts- u. Versicherungsamt	0107								
23-Liegenschaftsverwaltung	0108								
21-Steueramt	0109								
20-Kämmerei	0110								
13-Amt f. Presse- u. Öffentlichkeitsarb.	0111								
GPR-Gesamtpersonalrat	0111			1,00	4,00				
I-Dezernat Stadtdirektor	0111					1,00			
I/1-Amt f. Gleichst. v. Frauen u. Männ.	0111								
27-Zentrales Vergabeamt	0111								
II-Dezernat II	0111					1,00			
III-Dezernat III	0111					1,00			
IV-Dezernat IV	0111					1,00			
V-Dezernat V	0111					1,00			
VI-Dezernat VI	0111					1,00			
VII-Dezernat VII	0111					1,00			

Besch. (gew.-techn.) (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n				Gesamtsummen					
	Summen Besch. (gew.-techn.)				Beamte	Beschäft.	Besch.gew	Insgesamt	
E1									
		9,00			73,43	42,50	9,00	124,93	
					43,00	22,50		65,50	
		9,00			18,00	30,00	9,00	57,00	
					1,00	3,75		4,75	
					253,62	39,05		292,67	
					121,50	241,34		362,84	
		141,66			24,65	51,87	141,66	218,18	
		2,00			36,50	113,66	2,00	152,16	
					26,02	13,45		39,47	
					52,50	17,50		70,00	
					134,50	43,00		177,50	
					263,18	94,32		357,50	
					25,00	18,50		43,50	
		5,00			14,00	32,77	5,00	51,77	
		1,00			22,00	6,50	1,00	29,50	
					7,00	2,00		9,00	
					22,00	24,50		46,50	
		1,00			5,00	5,00	1,00	11,00	
		1,00			4,00	4,00	1,00	9,00	
		1,00			9,00	7,64	1,00	17,64	
		1,00			8,50	6,00	1,00	15,50	
		1,00			12,50	12,00	1,00	25,50	
		1,00			8,00	7,00	1,00	16,00	

		B E A M T E B e s o l d u n g s g r u p p e n							
		Wahl- Beamte	Laufbahngruppe 2 (2. Einstiegsamt)						
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	B11 B9 B8 B7	B5	B3	B2	A16	A15	A14	A13_22
VIII-Dezernat VIII	0111	1,00							
32-Amt f. öffentliche Ordnung	0201				1,00		1,00	2,00	1,00
324-Ordnungsdienst	0201								
321-Gewerbeangelegenheiten	0202							1,00	
23-Marktwesen	0203							1,00	
322-Straßenverkehrsangelegenheiten	0204						1,00	1,00	
34-Verkehrs- und KFZ-Wesen	0204								
324-Ordnungsdienst	0205						1,00	1,00	
57-Umwelt- u. Verbraucherschutzamt	0206						3,00	5,00	
02-1-BA Innenstadt	0207								
02-2-BA Rodenkirchen	0207					1,00			
02-3-BA Lindenthal	0207					1,00			
02-4-BA Ehrenfeld	0207					1,00			
02-5-BA Nippes	0207					1,00			
02-6-BA Chorweiler	0207				1,00				
02-7-BA Porz	0207								
02-8-BA Kalk	0207					1,00			
02-9-BA Mülheim	0207					1,00			
34-Einwohnerangelegenheiten	0207						1,00		1,00
34-Personenstandswesen	0208							1,00	
33-Ausländeramt	0209					1,00	1,00	0,50	1,00
333-Zentrale Ausländerbehörde (ZAB)	0209							1,00	
153-Statistik u. Informationsmanagement	0210								
34-Wahlen	0211								
37-Berufsfeuerwehr	0212			1,00		1,00	6,00	6,00	2,00
02-Bürgerämter - Schulen	0301								

B E A M T E (Forts.) B e s o l d u n g s g r u p p e n											
Laufbahngruppe 2 (1. Einstiegsamt)					Laufbahngruppe 1					Summen Beamte	
A13_21 u. A13_21AZ	A12	A11	A10	A9_21	A9_12AZ	A9_12	A8	A7	A6		
1,00	1,00	1,00									4,00
1,00	6,00	7,00	17,50	2,00	1,00		61,15	32,00	10,00		142,65
	2,00		2,00		9,00	9,00	0,50				22,50
		5,00	1,00			1,00	14,50	3,00	1,00		26,50
		1,00	2,00				1,00	1,00			6,00
	1,78	4,00	6,00		1,00	2,00	7,00	8,50			32,28
1,00					1,00	4,00	5,00	18,48	1,50		30,98
2,00	2,00	2,00	6,50			3,50	2,00				20,00
			5,00				1,00				14,00
	1,00	1,00	2,50			1,00	2,00	1,00	1,50		10,00
	1,00		2,50			1,00			1,50		7,00
	1,00		2,50			1,00	1,00		1,00		7,50
	1,00		1,50			1,00		1,00	1,00		6,50
	1,00		2,50			1,00		2,00	0,50		8,00
			2,50			1,00			0,50		5,00
	1,00		3,50						1,25		5,75
	1,00		1,50			1,00	2,00	1,00			7,50
	1,00		2,50			1,00	1,00		2,00		8,50
	3,00	2,00	6,00		8,00	9,00	22,00	73,00	47,50		172,50
	2,00	5,50	22,50		1,00	1,00		6,50	7,00		46,50
	6,00	16,00	40,00	4,00	3,00	12,00	150,50	9,50	5,00		249,50
1,00	2,00	4,00	15,00			5,00	18,00	21,00			67,00
						1,00		3,00			4,00
	2,00	1,00	3,00			1,00	1,00				8,00
14,00	24,00	67,00	44,61		91,00	214,00	543,00	256,23	0,50		1.270,34
								0,35			0,35

		B e s c h ä f t i g t e E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	AT-FEST AT-B3 AT-B2 AT-A16 I - IV TV Ärzte (VKA)	E15	E14	E13	E12 S18 P16	E11 S17 P14,P15	E10 S15,S16 P13	E9C S14 P12
VIII-Dezernat VIII	0111		1,00	1,00			1,00		
32-Amt f. öffentliche Ordnung	0201							3,50	6,00
324-Ordnungsdienst	0201								1,00
321-Gewerbeangelegenheiten	0202					3,00		1,00	2,00
23-Marktwesen	0203								
322-Straßenverkehrsangelegenheiten	0204								
34-Verkehrs- und KFZ-Wesen	0204							1,00	
324-Ordnungsdienst	0205							1,00	4,00
57-Umwelt- u. Verbraucherschutzamt	0206		1,00	20,65					1,00
02-1-BA Innenstadt	0207	1,00							
02-2-BA Rodenkirchen	0207								
02-3-BA Lindenthal	0207								
02-4-BA Ehrenfeld	0207						1,00		1,00
02-5-BA Nippes	0207								
02-6-BA Chorweiler	0207					1,00			
02-7-BA Porz	0207	1,00							
02-8-BA Kalk	0207								1,00
02-9-BA Mülheim	0207								
34-Einwohnerangelegenheiten	0207							1,00	1,00
34-Personenstandswesen	0208								3,00
33-Ausländeramt	0209		0,50		2,00		3,00	6,00	17,00
333-Zentrale Ausländerbehörde (ZAB)	0209								8,00
153-Statistik u. Informationsmanagement	0210	1,00	1,00	4,00	5,50	2,00	1,00	1,00	
34-Wahlen	0211								1,00
37-Berufsfeuerwehr	0212	62,75		1,00	1,00	1,00	15,00	23,00	1,00
02-Bürgerämter - Schulen	0301								4,50

B e s c h ä f t i g t e (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n												
										Summen Beschäftigte		
E9B S11B-S13 P11	E9A S9-S11A P9, P10	E8 S6-S8B P8, N	E7 P7	E6 S5	E5 S4	E4 S3 P6	E3 P5	E2 S2	Sonst. TVK NVB PUPP			
	1,00		1,00								5,00	
2,00	20,50	18,00	27,00	5,00	12,00	1,00	12,50				107,50	
	215,50	1,00									217,50	
1,00	5,00			6,00							18,00	
		1,00	7,00		11,00						19,00	
	3,00	3,00	2,65	4,00	6,65						19,30	
	5,00	5,00	35,71		2,00	0,62	1,00				50,33	
		15,00	12,00	290,10	6,00	15,00					343,10	
4,00	20,00	3,00	5,00	1,00	1,00						56,65	
	1,00	1,50	2,00	0,50	1,00	1,00	0,50	1,00			9,50	
	1,00		1,00	3,00	1,00		1,00				7,00	
	1,00		1,00		1,00		1,75				4,75	
	1,00		1,00		1,00		1,00				6,00	
	1,00		1,00	2,75	1,00						5,75	
	1,00		2,00	4,00	1,00		1,00				10,00	
1,00	1,00	1,00	2,00	2,00			2,00	1,00			11,00	
	1,00		1,00		1,00		1,00				5,00	
	1,00		1,00		2,00		1,00	1,00			6,00	
	7,00	10,00	22,50	16,50		5,00	2,00				65,00	
	1,00	2,00	1,00	1,00	0,50	3,25	2,00				13,75	
5,00	6,00	58,00	10,50	4,50	4,00		3,50				120,00	
		17,00	20,00				2,00				47,00	
1,00		1,00	2,00								19,50	
											1,00	
4,00	2,00	4,77	8,50	1,00		7,50		2,00			134,52	
4,00	15,00		149,20	166,88	205,44	7,15	4,00				556,17	

		B e s c h ä f t i g t e (g e w e r b l i c h - t e c h n i s c h) E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	E9A	E8	E7	E6	E5	E4	E3	E2
VIII-Dezernat VIII	0111					1,00			
32-Amt f. öffentliche Ordnung	0201						1,00		
324-Ordnungsdienst	0201								
321-Gewerbeangelegenheiten	0202								
23-Marktwesen	0203			1,00	1,00	4,00		2,00	
322-Straßenverkehrsangelegenheiten	0204								
34-Verkehrs- und KFZ-Wesen	0204								
324-Ordnungsdienst	0205								
57-Umwelt- u. Verbraucherschutzamt	0206								
02-1-BA Innenstadt	0207						3,10		
02-2-BA Rodenkirchen	0207						1,50		
02-3-BA Lindenthal	0207						1,00		
02-4-BA Ehrenfeld	0207						1,50		
02-5-BA Nippes	0207						2,00		
02-6-BA Chorweiler	0207						1,00		
02-7-BA Porz	0207				3,00		1,50	0,50	
02-8-BA Kalk	0207						2,52		
02-9-BA Mülheim	0207						2,00	1,00	
34-Einwohnerangelegenheiten	0207								
34-Personenstandswesen	0208								
33-Ausländeramt	0209								
333-Zentrale Ausländerbehörde (ZAB)	0209								
153-Statistik u. Informationsmanagement	0210								
34-Wahlen	0211								
37-Berufsfeuerwehr	0212			7,00	10,00				
02-Bürgerämter - Schulen	0301				7,00		12,18	4,43	4,61

Besch. (gew.-techn.) (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n				Gesamtsummen					
	Summen Besch. (gew.-techn.)				Beamte	Beschäft.	Besch.gew	Insgesamt	
E1									
		1,00			4,00	5,00	1,00	10,00	
		1,00			142,65	107,50	1,00	251,15	
					22,50	217,50		240,00	
					26,50	18,00		44,50	
		8,00			6,00	19,00	8,00	33,00	
					32,28	19,30		51,58	
					30,98	50,33		81,31	
					20,00	343,10		363,10	
					14,00	56,65		70,65	
		3,10			10,00	9,50	3,10	22,60	
		1,50			7,00	7,00	1,50	15,50	
		1,00			7,50	4,75	1,00	13,25	
		1,50			6,50	6,00	1,50	14,00	
		2,00			8,00	5,75	2,00	15,75	
		1,00			5,00	10,00	1,00	16,00	
		5,00			5,75	11,00	5,00	21,75	
		2,52			7,50	5,00	2,52	15,02	
		3,00			8,50	6,00	3,00	17,50	
					172,50	65,00		237,50	
					46,50	13,75		60,25	
					249,50	120,00		369,50	
					67,00	47,00		114,00	
					4,00	19,50		23,50	
					8,00	1,00		9,00	
		17,00			1.270,34	134,52	17,00	1.421,86	
		28,22			0,35	556,17	28,22	584,74	

		B E A M T E B e s o l d u n g s g r u p p e n							
		Wahl- Beamte	Laufbahngruppe 2 (2. Einstiegsamt)						
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	B11 B9 B8 B7	B5	B3	B2	A16	A15	A14	A13_22
40-Amt für Schulentwicklung	0301				1,00	1,00		1,00	1,50
401-Schulamt f. die Stadt Köln	0301							1,00	
VII/4-Museumsreferat	0401								1,00
4511-Museum Ludwig	0402								
4512-Römisch-Germanisches Museum	0403				1,00				
4513-Rautenstrauch-Joest-Museum	0404								
4514-Museum f. angewandte Kunst	0405					1,00			
4515-Museum f. ostasiatische Kunst	0406								
4516-Museum Schnütgen	0407								
4518-Kölnisches Stadtmuseum	0408								
4523-KMB und RBA	0409								
4520-NS-Dokumentationszentrum	0410								
4522-Museumsdienst	0411							1,00	
44-Historisches Archiv	0412				1,00	1,00	1,00	2,00	1,50
VII/3-Archäologische Zone	0413								
42-Amt f. Weiterbildung, VHS	0414						1,00		1,00
403-Rhein. Musikschule	0415							1,00	
41-Kulturamt	0416							1,00	
4101-Puppenspiele	0417								
43-Stadtbibliothek	0418								1,00

B E A M T E (Forts.) B e s o l d u n g s g r u p p e n											
Laufbahngruppe 2 (1. Einstiegsamt)					Laufbahngruppe 1					Summen Beamte	
A13_21 u. A13_21AZ	A12	A11	A10	A9_21	A9_12AZ	A9_12	A8	A7	A6		
4,00	11,00	51,50	13,38		3,00	3,00	5,54	1,78	1,00		98,70
	2,00	2,00	11,00				3,50	1,73			21,23
1,00											2,00
	1,00										1,00
	1,00							1,00			3,00
	1,00										1,00
							1,00				2,00
			1,00								1,00
					1,00			1,00			2,00
		0,65	2,50								3,15
			1,00								1,00
					1,00						2,00
	2,00	7,50	2,00				1,00				19,00
2,00	1,00	4,00	2,00		1,00		5,75	3,00			20,75
		2,60						1,00			4,60
		2,00	1,50				1,00				5,50
					1,00						1,00
1,00		6,00	5,50	1,00				4,00			18,50

		B e s c h ä f t i g t e E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	AT-FEST AT-B3 AT-B2 AT-A16 I - IV TV Ärzte (VKA)	E15	E14	E13	E12 S18 P16	E11 S17 P14,P15	E10 S15,S16 P13	E9C S14 P12
40-Amt für Schulentwicklung	0301			1,00	3,00	8,00	10,00	2,00	4,00
401-Schulamt f. die Stadt Köln	0301								1,00
VII/4-Museumsreferat	0401				2,00				
4511-Museum Ludwig	0402	1,00	1,00	4,00	6,00	1,00	1,00	3,00	2,00
4512-Römisch-Germanisches Museum	0403		1,00		1,00	1,00			
4513-Rautenstrauch-Joest-Museum	0404	1,00	1,00	1,00	5,00		4,50		
4514-Museum f. angewandte Kunst	0405				3,00			3,00	1,00
4515-Museum f. ostasiatische Kunst	0406	1,00		1,00	2,50			1,00	
4516-Museum Schnütgen	0407	1,00		1,00	2,50			1,50	
4518-Kölnisches Stadtmuseum	0408	1,00	1,00		1,00			3,00	1,00
4523-KMB und RBA	0409		1,00		2,50		0,82		3,50
4520-NS-Dokumentationszentrum	0410	1,00		1,00	5,50		1,27		
4522-Museumsdienst	0411	1,00		1,00	12,25	3,00	2,00	1,00	
44-Historisches Archiv	0412				2,00	6,00		5,00	6,00
VII/3-Archäologische Zone	0413			1,00	1,00				
42-Amt f. Weiterbildung, VHS	0414	1,00	4,00	2,00	28,75	3,00	1,00		1,00
403-Rhein. Musikschule	0415		1,00				1,00	13,67	
41-Kulturamt	0416	1,00		6,00			1,00	3,50	1,50
4101-Puppenspiele	0417								
43-Stadtbibliothek	0418	1,00		4,00	4,00	1,00		6,30	15,00

B e s c h ä f t i g t e (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n												
										Summen Beschäftigte		
E9B S11B-S13 P11	E9A S9-S11A P9, P10	E8 S6-S8B P8, N	E7 P7	E6 S5	E5 S4	E4 S3 P6	E3 P5	E2 S2	Sonst. TVK NVB PUPP			
1,50	1,00		6,65	4,00	8,00		21,00				70,15	
		2,00	1,50								4,50	
	2,00		1,00								5,00	
2,50	3,00	0,50	3,50	1,00	0,50						30,00	
1,78	5,00		4,00		1,00	1,00					15,78	
1,00			3,50								17,00	
0,50	1,00	1,50	2,50	1,00	1,00						14,50	
		1,00	2,50								9,00	
0,50	1,50		2,00								10,00	
1,00	0,50		1,50		2,00						12,00	
	3,00	4,50	2,50	0,50	1,00	3,00					22,32	
2,25			1,50								12,52	
	1,00	2,00	1,75	4,25							29,25	
1,00	15,00	8,00	4,50		9,50	43,00					100,00	
											2,00	
5,83	3,00	10,25	19,15		2,00	1,00	9,94	1,20			93,12	
70,68	0,47	1,00	3,00			1,00					91,82	
			1,50			1,00					15,50	
1,00	3,00		0,50	4,00					16,00		24,50	
18,50	3,00	1,00	12,27		45,33		6,00	7,50			124,90	

		B e s c h ä f t i g t e (g e w e r b l i c h - t e c h n i s c h) E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	E9A	E8	E7	E6	E5	E4	E3	E2
40-Amt für Schulentwicklung	0301							1,00	
401-Schulamt f. die Stadt Köln	0301								
VII/4-Museumsreferat	0401								
4511-Museum Ludwig	0402				2,00		3,00	1,60	
4512-Römisch-Germanisches Museum	0403						5,00		
4513-Rautenstrauch-Joest-Museum	0404			1,00	1,00		2,00		
4514-Museum f. angewandte Kunst	0405								
4515-Museum f. ostasiatische Kunst	0406						2,00		
4516-Museum Schnütgen	0407						1,00		
4518-Kölnisches Stadtmuseum	0408						4,00	3,00	
4523-KMB und RBA	0409			1,00				3,00	
4520-NS-Dokumentationszentrum	0410				1,00		1,00		
4522-Museumsdienst	0411								
44-Historisches Archiv	0412					4,00	2,00	1,00	
VII/3-Archäologische Zone	0413								
42-Amt f. Weiterbildung, VHS	0414							0,54	
403-Rhein. Musikschule	0415						1,00		
41-Kulturamt	0416								0,34
4101-Puppenspiele	0417			1,00					
43-Stadtbibliothek	0418				2,00	1,00	2,00		

Besch. (gew.-techn.) (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n				Gesamtsummen					
	Summen Besch. (gew.-techn.)				Beamte	Beschäft.	Besch.gew	Insgesamt	
E1									
		1,00			98,70	70,15	1,00	169,85	
					21,23	4,50		25,73	
					2,00	5,00		7,00	
		6,60			1,00	30,00	6,60	37,60	
		5,00			3,00	15,78	5,00	23,78	
		4,00			1,00	17,00	4,00	22,00	
					2,00	14,50		16,50	
		2,00			1,00	9,00	2,00	12,00	
		1,00				10,00	1,00	11,00	
		7,00			2,00	12,00	7,00	21,00	
		4,00			3,15	22,32	4,00	29,47	
		2,00			1,00	12,52	2,00	15,52	
					2,00	29,25		31,25	
		7,00			19,00	100,00	7,00	126,00	
						2,00		2,00	
		0,54			20,75	93,12	0,54	114,41	
		1,00			4,60	91,82	1,00	97,42	
		0,34			5,50	15,50	0,34	21,34	
		1,00			1,00	24,50	1,00	26,50	
		5,00			18,50	124,90	5,00	148,40	

		B E A M T E B e s o l d u n g s g r u p p e n							
		Wahl- Beamte	Laufbahngruppe 2 (2. Einstiegsamt)						
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	B11 B9 B8 B7	B5	B3	B2	A16	A15	A14	A13_22
50-Amt für Soziales und Senioren	0501						2,00	4,00	2,00
5000-Jobcenter Köln	0502				1,00		1,00		
502-AsylbLG und UVG	0503								
50-Köln Pass	0504								
5001-Diversity	0504								2,00
02-6-Schwerbehindertenrecht	0505						1,00	1,00	1,00
50/2-Bürgerzentren/-häuser	0507							1,00	
50-BuT	0508								
5111-Kinder- u. Jugendpädagog. Einr. d.S	0601								1,00
02-6-Bundeselterngeld	0602								
513-Tageseinr. u. -betreuung f. Kinder	0603								
40-Schulsozialarbeit	0604								
51-Amt f. Kinder, Jugend u. Familie	0604				1,00		1,00		2,00
5110-Familienberatung u. Schulpsych. D.	0605								2,00
515-Bezirksjugendämter	0606								
53-Gesundheitsamt	0701			1,00			4,00	1,00	
52-Sportamt	0801					1,00	1,00	1,00	
VI-Dezernat VI	0901								
61-Stadtplanungsamt	0901					3,00		4,00	17,00
15-Amt f. Stadtentw. u. Statistik	0902							2,50	1,00
23-Amt f. Liegensch., Verm. u. Kataster	0903				1,00		5,00	4,00	3,00

B E A M T E (Forts.) B e s o l d u n g s g r u p p e n											
Laufbahngruppe 2 (1. Einstiegsamt)					Laufbahngruppe 1					Summen Beamte	
A13_21 u. A13_21AZ	A12	A11	A10	A9_21	A9_12AZ	A9_12	A8	A7	A6		
5,00	24,50	76,03	174,05	2,50		0,75	16,25	21,00	4,50		332,58
8,00	24,00	134,05	139,64	13,00		2,00	53,50	7,50	7,00		390,69
	1,00	8,50	17,50	13,00			24,50	1,00	1,00		66,50
1,50	1,50	1,00	2,00	0,50							8,50
		5,00	1,00				3,00				12,00
1,00		1,00	3,00	1,00		1,00		1,50			9,50
		4,50	4,50				2,00	13,00	1,00		25,00
		2,00	2,00				2,50	0,78			8,28
	1,00		3,50		1,00		9,50				15,00
	2,00	2,00	9,50				1,00	10,50	1,00		26,00
			1,00								1,00
3,00	9,50	58,25	35,50	2,50	1,00	4,00	23,00	60,00	1,00		201,75
	1,00	0,68						1,00			4,68
		15,00	102,50					37,00			154,50
0,74	2,00	5,00	9,00			1,50	2,50	4,00	0,50		31,24
2,00	1,00	1,00	7,00			2,00	1,00				17,00
	1,00	1,50	1,00				1,00				28,50
1,00	14,00	7,50	3,50				1,00	1,00			31,50
6,00	27,50	19,50	11,00				1,00	1,00	1,50		80,50

		B e s c h ä f t i g t e E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	AT-FEST AT-B3 AT-B2 AT-A16 I - IV TV Ärzte (VKA)	E15	E14	E13	E12 S18 P16	E11 S17 P14,P15	E10 S15,S16 P13	E9C S14 P12
50-Amt für Soziales und Senioren	0501	1,00	1,00		1,00	4,00	4,00	22,82	69,71
5000-Jobcenter Köln	0502					3,00	2,00	22,50	85,57
502-AsylbLG und UVG	0503								9,00
50-Köln Pass	0504								
5001-Diversity	0504			1,00	2,00	3,00	4,23	3,00	
02-6-Schwerbehindertenrecht	0505						1,00		6,00
50/2-Bürgerzentren/-häuser	0507					1,00	3,00	3,00	1,00
50-BuT	0508					1,00			
5111-Kinder- u. Jugendpädagog. Einr. d.S	0601	1,00				3,00	10,52	13,75	3,40
02-6-Bundeselterngeld	0602			1,00					1,00
513-Tageseinr. u. -betreuung f. Kinder	0603		1,00			1,50	15,00	213,67	1,00
40-Schulsozialarbeit	0604						1,00	6,00	
51-Amt f. Kinder, Jugend u. Familie	0604	1,00		1,00		4,00	35,78	28,50	36,50
5110-Familienberatung u. Schulpsych. D.	0605	3,00		1,00	30,90		3,21	13,02	1,00
515-Bezirksjugendämter	0606			1,00		9,00	35,25		281,00
53-Gesundheitsamt	0701	2,00	62,01	11,50	4,50	1,00	10,00	5,00	14,50
52-Sportamt	0801					3,00	7,50	2,50	1,00
VI-Dezernat VI	0901				2,00				
61-Stadtplanungsamt	0901	1,00		1,00	14,00	12,00	18,00		
15-Amt f. Stadtentw. u. Statistik	0902	2,00	2,00	6,00	17,00	3,70			4,00
23-Amt f. Liegensch., Verm. u. Kataster	0903				1,00	24,50	36,00	23,50	0,50

B e s c h ä f t i g t e (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n												
										Summen Beschäftigte		
E9B S11B-S13 P11	E9A S9-S11A P9, P10	E8 S6-S8B P8, N	E7 P7	E6 S5	E5 S4	E4 S3 P6	E3 P5	E2 S2	Sonst. TVK NVB PUPP			
58,50	1,00	4,00	6,25	4,50	2,40	10,50	3,50				194,18	
15,78	2,50	66,53	11,50	14,00	1,00	1,00	4,50				229,88	
2,00		3,50			9,50	1,50	1,00				26,50	
				5,00							5,00	
1,91	0,50		2,00								17,64	
	16,00					7,00	1,00				31,00	
9,00	1,00	2,00	2,00								22,00	
		1,00		22,50			2,00				26,50	
62,97	1,00	142,92	3,65	1,00	2,10						245,31	
	5,00			1,00		2,00	1,00				11,00	
87,85	94,75	1.851,75		10,60	115,75	633,57					3.026,44	
56,50	1,00				1,00						65,50	
56,28	2,50	7,50	32,85	2,62	3,26	5,00	3,00				219,79	
	2,00		8,00		0,28						62,41	
46,00				17,50		14,50					404,25	
27,08	25,00	6,00	7,00	7,50	58,13	1,50	5,50	1,00			249,22	
1,50	3,50	2,00	2,00		1,00	1,00		0,86			25,86	
											2,00	
2,00	2,00	6,50	1,00	2,00			1,50				61,00	
1,00			2,00			1,00					38,70	
2,00	47,50	4,00	22,50	9,00	11,41		1,00				182,91	

		B e s c h ä f t i g t e (g e w e r b l i c h - t e c h n i s c h) E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	E9A	E8	E7	E6	E5	E4	E3	E2
50-Amt für Soziales und Senioren	0501							0,50	
5000-Jobcenter Köln	0502								
502-AsylbLG und UVG	0503								
50-Köln Pass	0504								
5001-Diversity	0504								
02-6-Schwerbehindertenrecht	0505							1,00	
50/2-Bürgerzentren/-häuser	0507				2,00		2,79		
50-BuT	0508								
5111-Kinder- u. Jugendpädagog. Einr. d.S	0601				5,50		3,31	30,69	
02-6-Bundeselterngeld	0602								
513-Tageseinr. u. -betreuung f. Kinder	0603							2,00	1,50
40-Schulsozialarbeit	0604								
51-Amt f. Kinder, Jugend u. Familie	0604							1,00	
5110-Familienberatung u. Schulpsych. D.	0605								
515-Bezirksjugendämter	0606								
53-Gesundheitsamt	0701				3,00		2,00	0,16	
52-Sportamt	0801					63,50	20,50	2,50	
VI-Dezernat VI	0901								
61-Stadtplanungsamt	0901								
15-Amt f. Stadtentw. u. Statistik	0902								
23-Amt f. Liegensch., Verm. u. Kataster	0903				4,00	4,00			

Besch. (gew.-techn.) (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n				Gesamtsummen					
	Summen Besch. (gew.-techn.)				Beamte	Beschäft.	Besch.gew	Insgesamt	
E1									
		0,50			332,58	194,18	0,50	527,26	
					390,69	229,88		620,57	
					66,50	26,50		93,00	
						5,00		5,00	
					8,50	17,64		26,14	
		1,00			12,00	31,00	1,00	44,00	
		4,79			9,50	22,00	4,79	36,29	
					25,00	26,50		51,50	
		39,50			8,28	245,31	39,50	293,09	
					15,00	11,00		26,00	
114,50		118,00			26,00	3.026,44	118,00	3.170,44	
					1,00	65,50		66,50	
		1,00			201,75	219,79	1,00	422,54	
					4,68	62,41		67,09	
					154,50	404,25		558,75	
		5,16			31,24	249,22	5,16	285,62	
		86,50			17,00	25,86	86,50	129,36	
						2,00		2,00	
					28,50	61,00		89,50	
					31,50	38,70		70,20	
		8,00			80,50	182,91	8,00	271,41	

		BEAMTE Besoldungsgruppen							
		Wahl- Beamte	Laufbahngruppe 2 (2. Einstiegsamt)						
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	B11 B9 B8 B7	B5	B3	B2	A16	A15	A14	A13_22
63-Bauaufsichtsamt	1001				1,00	1,00		6,00	5,00
4512/2-Archäolog. Bodendenkmalpflege	1002								
48-Konservator	1002					1,00		1,00	
56-Amt für Wohnungswesen	1003				1,00		2,00		
56-Wohnraumversorgung	1004						1,00		
502-Fachstelle Wohnen	1005								
V/6-Eigenbetriebsäbnl. Einrichtung AWB	1101							1,00	1,00
62-Bauverwaltungsamt	1201					1,00	1,00	3,00	
64-Amt für Verkehrsmanagement	1201								
66-Amt f. Straßen u. Verkehrsentwicklung	1201				1,00		1,00		1,00
69-Amt f. Brücken u. Stadtbahnbau	1202						3,00	1,00	
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	1301			1,00				1,00	1,00
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	1303							1,00	
V/7-Koordinationsstelle Klimaschutz	1401								
57-Umwelt- u. Verbraucherschutzamt	1401							2,50	2,00
08/8-Medien- und Internetwirtschaft	1501							1,00	
80- Amt f. Wirtschaftsförderung	1501				1,00		2,00		2,50
I/7-Zentraler Personalreserveplan	9999		1,00		5,00	4,00	14,00	28,96	28,85
1100-Zusatzversorgung	9999							1,00	
1100/3-Beihilfekasse	9999								
Gesamtsumme aller TPL		9,00	1,00	3,00	23,00	37,00	80,50	171,74	130,35

B E A M T E (Forts.) B e s o l d u n g s g r u p p e n											
Laufbahngruppe 2 (1. Einstiegsamt)					Laufbahngruppe 1					Summen Beamte	
A13_21 u. A13_21AZ	A12	A11	A10	A9_21	A9_12AZ	A9_12	A8	A7	A6		
2,00	5,00	7,00	26,00	0,50			1,50	1,50			56,50
					0,78						0,78
							1,00				3,00
2,00	4,00	8,50	17,45		2,00	13,00	44,15	3,50	0,50		98,10
3,00		4,00	26,00			1,00	24,00		2,00		61,00
		2,00	10,50		1,00		8,50	0,50			22,50
	1,00	0,50	1,00				0,65				5,15
	5,00	14,23	8,00			2,00	3,00	1,50			38,73
1,00	2,00	5,00	11,00				11,00				30,00
1,00	6,00	14,50	13,50				1,00	1,00	2,00		42,00
1,00	2,00	6,00	4,00				1,00	2,00			20,00
2,50	4,00	6,00	6,50					3,00			25,00
1,00	1,00	1,00	2,00				1,00	2,50			9,50
		3,00									3,00
1,00	5,00	8,00	4,11			2,00	3,00	4,50			32,11
	1,35						0,50				2,85
3,00	13,75	4,00	6,25								32,50
31,83	47,61	86,91	161,92	35,11	6,50	22,33	115,77	63,90	50,17		703,86
	3,00	7,00	4,50	1,00		1,00	6,00				23,50
1,00	1,00	1,00	1,54			2,00	15,50				22,04
189,15	484,46	962,07	1.208,21	99,11	150,28	354,08	1.369,67	816,75	162,65		6.252,02

		B e s c h ä f t i g t e E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	AT-FEST AT-B3 AT-B2 AT-A16 I - IV TV Ärzte (VKA)	E15	E14	E13	E12 S18 P16	E11 S17 P14,P15	E10 S15,S16 P13	E9C S14 P12
63-Bauaufsichtsamt	1001			1,00	6,00	15,50	40,50	26,50	2,50
4512/2-Archäolog. Bodendenkmalpflege	1002			2,00	3,00				
48-Konservator	1002		1,00		10,19		0,50		1,63
56-Amt für Wohnungswesen	1003					2,00		5,00	6,00
56-Wohnraumversorgung	1004					4,00	17,00	26,00	4,00
502-Fachstelle Wohnen	1005					1,00	2,00		12,50
V/6-Eigenbetriebsäbnl. Einrichtung AWB	1101								
62-Bauverwaltungsamt	1201					1,00			1,00
64-Amt für Verkehrsmanagement	1201	1,00		1,00	2,00	3,00	28,00	1,50	2,00
66-Amt f. Straßen u. Verkehrsentwicklung	1201		4,00	3,00	10,00	25,00	62,50	10,50	2,00
69-Amt f. Brücken u. Stadtbahnbau	1202	1,00	3,00	5,00	10,00	21,00	54,00	6,00	3,00
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	1301	1,00		2,00	5,00	5,00	27,00	7,00	2,00
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	1303						4,00	1,00	
V/7-Koordinationsstelle Klimaschutz	1401		1,00	1,00	3,00	1,00	2,00		
57-Umwelt- u. Verbraucherschutzamt	1401	1,00	2,00	5,00	8,00	12,00	34,50	44,80	1,00
0B/8-Medien- und Internetwirtschaft	1501		1,00	2,00			1,00		
80- Amt f. Wirtschaftsförderung	1501	1,00		3,00	1,00	1,00	3,00		0,50
I/7-Zentraler Personalreserveplan	9999	1,00	1,50	4,79	24,32	27,00	50,62	54,30	8,70
1100-Zusatzversorgung	9999	1,00		1,00	1,00		1,00	1,00	2,00
1100/3-Beihilfekasse	9999							1,00	1,00
Gesamtsumme aller TPL		99,75	106,51	134,19	276,96	272,20	679,96	759,48	679,78

B e s c h ä f t i g t e (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n												
										Summen Beschäftigte		
E9B S11B-S13 P11	E9A S9-S11A P9, P10	E8 S6-S8B P8, N	E7 P7	E6 S5	E5 S4	E4 S3 P6	E3 P5	E2 S2	Sonst. TVK NVB PUPP			
1,00	17,00		8,00	7,00	0,50	5,00	2,75	1,00			134,25	
	1,00	6,00									12,00	
		1,00	1,00		1,00						16,32	
	10,25	4,75	5,00	2,00	2,00	1,00	0,75				38,75	
53,00	24,50	7,00			1,50	34,00					171,00	
	2,00	3,50	1,00		2,00		2,00				26,00	
			1,50		2,00						3,50	
		2,00	4,00				1,00				9,00	
13,00	6,50	7,00	3,00	4,00	1,00	1,00		1,00			75,00	
11,50	30,00	24,00	10,00	13,00	0,80	6,50	0,50				213,30	
19,00	1,00	9,00	2,00	2,50		3,00					139,50	
9,00	49,50	6,00	6,50	1,00	1,00	1,00	1,00	0,50			124,50	
1,00	13,00		8,50		1,00						28,50	
			1,00								9,00	
	9,00	2,00	1,00	0,50		2,00	1,00				123,80	
						0,50					4,50	
			3,50	2,00	1,00						16,00	
67,48	21,50	26,45	35,35	36,23	19,07	48,02	0,50				426,83	
1,50			1,00		1,00	1,00					11,50	
	1,50	3,00									6,50	
749,89	792,47	2.428,73	686,01	825,47	611,23	886,82	114,36	18,06	16,00		10.137,87	

		B e s c h ä f t i g t e (g e w e r b l i c h - t e c h n i s c h) E n t g e l t g r u p p e n							
Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	E9A	E8	E7	E6	E5	E4	E3	E2
63-Bauaufsichtsamt	1001								
4512/2-Archäolog. Bodendenkmalpflege	1002						3,00		
48-Konservator	1002								
56-Amt für Wohnungswesen	1003								
56-Wohnraumversorgung	1004				5,00		56,00		
502-Fachstelle Wohnen	1005								
V/6-Eigenbetriebsäbnl. Einrichtung AWB	1101								
62-Bauverwaltungsamt	1201					0,50			
64-Amt für Verkehrsmanagement	1201								
66-Amt f. Straßen u. Verkehrsentwicklung	1201			2,00	33,00	62,50	4,00		
69-Amt f. Brücken u. Stadtbahnbau	1202				10,00				
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	1301			7,00	179,50	135,50	74,00	16,00	
67-Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	1303			2,00	50,00	53,00	120,50	13,50	
V/7-Koordinationsstelle Klimaschutz	1401								
57-Umwelt- u. Verbraucherschutzamt	1401								
08/8-Medien- und Internetwirtschaft	1501								
80- Amt f. Wirtschaftsförderung	1501								
I/7-Zentraler Personalreserveplan	9999						5,00		15,71
1100-Zusatzversorgung	9999								
1100/3-Beihilfekasse	9999								
Gesamtsumme aller TPL				23,00	331,00	345,00	366,44	91,92	137,28

Besch. (gew.-techn.) (Forts.) E n t g e l t g r u p p e n				Gesamtsummen					
	Summen Besch. (gew.-techn.)				Beamte	Beschäft.	Besch.gew	Insgesamt	
E1									
					56,50	134,25		190,75	
		3,00			0,78	12,00	3,00	15,78	
					3,00	16,32		19,32	
					98,10	38,75		137,35	
		61,00			61,00	171,00	61,00	293,00	
					22,50	26,00		48,50	
					5,15	3,50		8,65	
		0,50			38,73	9,00	0,50	48,23	
					30,00	75,00		105,00	
		101,50			42,00	213,30	101,50	356,80	
		10,00			20,00	139,50	10,00	169,50	
		412,00			25,00	124,50	412,00	561,50	
		239,00			9,50	28,50	239,00	277,00	
					3,00	9,00		12,00	
					32,11	123,80		155,91	
					2,85	4,50		7,35	
					32,50	16,00		48,50	
		20,71			703,86	426,83	20,71	1.151,40	
					23,50	11,50		35,00	
					22,04	6,50		28,54	
114,50		1.409,14			6.252,02	10.137,87	1.409,14	17.799,03	

Kämmereiverwaltung

Stellenübersichten

Teil B: Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit

Beamte zur Anstellung

Amt bzw. Dienststelle.	Tpl.	Anzahl		besetzt am 30.06.2018	Bes.-Gr./Stellenbezeichnung
		2019	2018		
Dezernat I I/5 Dienstkräfte in der Probezeit	0103				
		26,00	26,00	0,00	A13_22 Städt. Rechtsrat/rätin z.A.
		26,00	26,00	0,00	Summe Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt
		0,00	0,00	0,00	Summe Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt
		0,00	0,00	0,00	Summe Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt
Gesamtsumme:		26,00	26,00	0,00	

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl		besetzt am 01.10.2017	Stellenbezeichnung
			2019	2018		
Dez. I						
I/4	0103	Dienstkräfte in d. Ausbild.	1,00 3,00 22,00 19,00 28,00 408,00 367,00 287,00 8,00 215,00	1,00 3,00 22,00 19,00 28,00 408,00 367,00 287,00 8,00 215,00	0,00 0,00 2,00 8,00 1,00 320,99 218,47 246,90 2,51 3,00	Städt. Rechtsrat/rätin Verwaltungsbeschäftigte/r Stadtamtsinspektor/in Stadthauptsekretär/in Stadtobersekretär/in Stadtinspektoranwärter/in Stadtsekretäranwärter/in Auszubildende/r Praktikant/in Auszubildende/r (gew.tech.)
02	0301	Bürgerämter - Schulen	6,00 3,00 3,00	6,00 3,00 3,00	0,00 0,00 0,00	Praktikant/in Auszubildende/r Auszubildende/r (gew.tech.)
37	0212	Berufsfeuerwehr	15,00	13,00	3,41	Praktikant/in
379	0212	Berufsfeuerwehr - Nachwuchskräfte	9,00 2,00 144,00 10,00 2,00 60,00	9,00 2,00 144,00 10,00 2,00 60,00	9,00 0,00 106,00 11,00 2,00 40,00	Hauptbrandmeister/in Auszubildende/r (gew.tech.) Brandmeisteranwärter/in Brandoberinspektoranwärter/in Brandreferendar/in Auszubildende/r
Dez. III						
23	0903	Amt f. Liegensch., Verm. u. Kataster	3,00 13,00 3,00	3,00 13,00 3,00	0,00 0,00 0,00	Stadtvermessungsinspektoranwärt Auszubildende/r Praktikant/in
Dez. IV						
51	0604	Amt f. Kinder, Jugend u. Familie	30,00	30,00	14,05	Praktikant/in
513	0603	Tageseinr. u. -betreuung f. Kinder	260,00	260,00	148,21	Praktikant/in
5111	0601	Kinder- u. Jugendpädagog. Einr. d.St. K.	23,00	23,00	15,27	Praktikant/in
Dez. V						
53	0701	Gesundheitsamt	0,00	1,00	0,00	Praktikant/in
Dez. VI						
67	1301	Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	3,00	3,00	0,00	Praktikant/in
67	0103	Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.	27,00	27,00	0,00	Auszubildende/r (gew.tech.)
Dez. VII						
VII/4	0401	Museumsreferat	5,00	4,00	0,00	Volontär/in
4101	0417	Puppenspiele	1,00	1,00	0,00	Volontär/in
43	0103	Stadtbibliothek	7,00	7,00	0,00	Auszubildende/r
4511	0402	Museum Ludwig	3,00 2,00 1,00 1,00	3,00 2,00 0,00 0,00	1,79 1,01 0,00 0,00	Praktikant/in Volontär/in befristet bis 31.12.2022 Volontär/in befristet bis 30.06.2020 Volontär/in befristet bis 31.12.2020
4511	0103	Museum Ludwig	3,00	3,00	0,00	Auszubildende/r (gew.tech.)
4518	0408	Kölnisches Stadtmuseum	1,00	1,00	0,00	Volontär/in
4523	0409	KMB und RBA	2,00	2,00	0,00	Praktikant/in
4523	0103	KMB und RBA	5,00	5,00	0,00	Auszubildende/r (gew.tech.)

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl		besetzt am 01.10.2017	Stellenbezeichnung
			2019	2018		
Dez. VIII			1,00	1,00	0,00	Auszubildende/r
69	0103	Amt f. Brücken u. Stadtbahnbau	4,00	4,00	0,00	Auszubildende/r (gew.tech.)
Summen:			2.010,00	2.006,00	1.154,61	

Kämmereiverwaltung

Stellenübersichten

Teil C: Personalkredite und befristete Planstellen

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
Dez OB					
OB	0101	Büro der OB	0,50		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r KOORDINIERUNG DES EU-PROJEKTES "GROWSMARTER" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			0,50		A12 - Stadtdamtsrat/rätin MITARBEIT IM FÖRDERPROJEKT "EINWANDERUNG GESTALTEN NRW" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DES FÖRDERPROJEKTES, DERZEIT befristet bis 31.03.2019
			0,50		E12 - Verwaltungsbeschäftigte/r TEILNAHME AM GEFÖRDERTEM PROJEKT "KOORDINATION KOMMUNALER ENTWICKLUNGSPOLITIK" befristet bis 31.12.2020
			1,50		A14 - Städt. Oberverwaltungsrat/rätin PROJEKTKOORDINATION IM FÖRDERPROJEKT "EINWANDERUNG GESTALTEN NRW" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DES FÖRDER- PROJEKTES, DERZEIT befristet bis 31.03.2019
80	1501	Amt f. Wirtschaftsförderung	1,00		A13_21 - Städt. Verwaltungsrat/rätin REGIONALAGENTUR KÖLN IN TRÄGERSCHAFT DER STADT KÖLN BEFRISTET FÜR DIE VOM RAT BESCHLOSSENE DAUER DER MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			1,00		A12 - Stadtdamtsrat/rätin REGIONALAGENTUR KÖLN IN TRÄGERSCHAFT DER STADT KÖLN BEFRISTET FÜR DIE VOM RAT BESCHLOSSENE DAUER DER MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in UMSETZUNG VON PROJEKTEN I.R.D. STADT- VERSCHÖNERUNGSPROGRAMMS "WIN-WIN FÜR KÖLN" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			1,00		E4 - Verwaltungsbeschäftigte/r UMSETZUNG VON PROJEKTEN I.R.D. STADT- VERSCHÖNERUNGSPROGRAMMS "WIN-WIN FÜR KÖLN" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			1,00		E14 - Verwaltungsbeschäftigte/r UMSETZUNG DES PROJEKTES KOMPETENZZENTRUM FRAU UND BERUF, BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 30.04.2022
			1,00		A8 - Stadthauptsekretär/in UMSETZUNG DES PROJEKTES KOMPETENZZENTRUM FRAU UND BERUF, BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 30.04.2022
			0,50		E12 - Verwaltungsbeschäftigte/r UMSETZUNG DES PROJEKTES KOMPETENZZENTRUM FRAU UND BERUF, BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 30.04.2022

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (FÜR MAßNAHMEN I.R.D. STADTVERSCHÖNERUNGSPROGRAMMS) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			1,00		E10 - Ingenieur/in UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (FÜR MAßNAHMEN I.R.D. STADTVERSCHÖNERUNGSPROGRAMMS) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
Summe Dez OB			11,50		
Dez I					
I	0111	Dezernat Stadtdirektor	0,50		E11 - Verwaltungsbeschäftigte/r FACHLICHE PROJEKTLEITUNG IN ZUSAMMENHANG MIT DEM EU-PROJEKT "GROWSMARTER" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
02-6	0602	Bundeselterngehd	2,50		A8 - Stadthauptsekretär/in RÜCKSTANDBEARBEITUNG LEISTUNGSGEWÄHRUNG BUNDESELTERNGELD befristet bis 31.12.2019
02-7	0207	BA Porz		8.692	PK FUER HELFERTÄTIG- KEITEN BEI KULTURELLEN VERAN- STALTUNGEN, HILFSHANDWERKER/ PLATZANWEISER E3
			1,00		E6 - Installateur/in AUFGABEN IM RAHMEN DER SANIERUNGSMÄßNAHMEN IM BR PORZ, DERZEIT befristet bis 31.12.2022
12	0104	Amt für Informationsverarbeitung	1,00		E11 - IKT-Beschäftigte/r NEUENTWICKLUNG VON LÖSUNGEN IM AUFTRAG VON 50, PFLEGE DIESER NEUENTWICKELTEN LÖSUNGEN UND ÜBERGABE DER LÖSUNGEN NACH ABNAHME UND PRODUKTIVSETZUNG befristet bis 31.12.2019
			3,00		A10 - Stadtoberinspektor/in UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (VERNETZUNG DER SCHULEN) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			3,00		E10 - IKT-Beschäftigte/r UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (PRÜFUNG ANTRÄGE IT- AUSSTATTUNG) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			2,00		A11 - Stadtamtmann/frau UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (BESCHAFFUNGEN) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
27	0111	Zentrales Vergabeamt	1,00		E11 - Ingenieur/in RÜCKSTANDSSACHBEARBEITUNG VON VERGABEN UND NACHTRAGSFORDERUNGEN BEI 272 - VERGABECENTER VOB befristet bis 31.12.2019
321	0202	Gewerbeangelegenheiten	1,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r ZUR ABDECKUNG DES MEHRBEDARFES FÜR DIE ADMINISTRATION VON NAVIGAWEB befristet bis 31.12.2019
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in ZUR ABDECKUNG DES MEHRBEDARFES FÜR DIE UMSETZUNG D.PROSTITUIERTENSCHUTZGESETZES befristet bis 31.12.2019
			3,00		A8 - Stadthauptsekretär/in ZUR ABDECKUNG DES MEHRBEDARFES FÜR DIE UMSETZUNG D.PROSTITUIERTENSCHUTZGESETZES befristet bis 31.12.2019
			6,50		A8 - Stadthauptsekretär/in ZUR ABDECKUNG DES MEHRBEDARFES DURCH DIE EINFÜHRUNG EINER ERLAUBNISPFICHT FÜR WOHNIMMOBILIENVERWALTER befristet bis 31.12.2019
			2,00		A9_21 - Stadtinspektor/in ZUR ABDECKUNG DES MEHRBEDARFES DURCH DIE EINFÜHRUNG EINER ERLAUBNISPFICHT FÜR WOHNIMMOBILIENVERWALTER befristet bis 31.12.2019
37	0212	Berufsfeuerwehr	1,00		E10 - IKT-Beschäftigte/r FÜR DIE ADMINISTRATION UND DOKUMENTATION DER SOFTWARE befristet bis 31.12.2018
			1,00		A11 - Brandamtmann/frau PLANUNG UND EINFÜHRUNG EINES GEFAHREN- ABWEHRPLANES BEI STROMAUSFÄLLEN befristet bis 31.12.2018
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in FÜR UMZÜGE UND BESCHAFFUNGEN FÜR DIE GENERALSANIERUNG BRANDDIREKTION UND FEUERWACHE 5 befristet bis 31.12.2019
			1,00		A12 - Brandamtsrat/rätin ZUR EINFÜHRUNG EINES NEUEN EINSATZ- LEITSYSTEMS befristet bis 31.12.2020
			1,00		A11 - Brandamtmann/frau ZUR BESCHAFFUNG VON FAHRZEUGEN UND AUS- RÜSTUNG befristet bis 31.12.2018
Summe Dez I			32,50	8.692	
Dez II					
II	0111	Dezernat II	1,00		E12 - Verwaltungsbeschäftigte/r ZUR MITARBEIT IM FORSCHUNGSPROJEKT URBANRURAL SOLUTIONS, BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER FÖRDERUNG, DERZEIT befristet bis 31.03.2019

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
20	0110	Kämmerei	8,00		A8 - Stadthauptsekretär/in ZUR RÜCKSTANDSSACHBEARBEITUNG IM BEREICH VOLLSTRECKUNG DURCH EINFÜHRUNG DES NEUEN KASSENVERFAHRENS PSCD befristet bis 31.12.2021
			1,00		E6 - Kassenbeschäftigte/r BUCHHALTUNG IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERKEHRSÜBERWACHUNG DER RHEIN- BRÜCKE LEVERKUSEN BAB 1. befristet bis 31.12.2020
			0,50		E8 - Kassenbeschäftigte/r HAUPTBUCHHALTUNG IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERKEHRSÜBERWACHUNG DER RHEIN- BRÜCKE LEVERKUSEN BAB 1. befristet bis 31.12.2020
			0,50		A7 - Stadtobersekretär/in BUCHUNGSDISPOSITION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERKEHRSÜBERWACHUNG DER RHEIN- BRÜCKE LEVERKUSEN BAB 1. befristet bis 31.12.2020
			0,50		A8 - Stadthauptsekretär/in ZUR RÜCKSTANDSSACHBEARBEITUNG IN DER AUSLANDSVOLLSTRECKUNG befristet bis 31.12.2019
			1,00		E6 - Kassenbeschäftigte/r BUCHHALTUNG IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERKEHRSÜBERWACHUNG DER RHEIN- BRÜCKE LEVERKUSEN BAB1. befristet bis 31.12.2020
			2,00		A12 - Stadtratsrat/rätin MITARBEIT IM PROJEKT "STEIGERUNG DER QUALITÄT IM RECHNUNGSWESEN" befristet bis 31.12.2020
			2,00		A11 - Stadtratsmann/frau UMSETZUNG DES KOMMUNALINVESTITIONS- FÖRDERUNGSGESETZES befristet bis 31.12.2019
21	0109	Steueramt	1,00		A12 - Stadtratsrat/rätin TEAMLEITUNG ZWEITWOHNUNGSSTEUER befristet bis 31.12.2019
			4,00		A7 - Stadtobersekretär/in RÜCKSTANDSABBau VERANLAGUNG GELDSPIELGERÄTE befristet bis 31.12.2019
Summe Dez II			21,50		
Dez III					
III	0111	Dezernat III	1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r PLANUNG GROßMARKTVERLAGERUNG UND NEUBAU FRISCHEZENTRUM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 30.09.2019
23	0108	Liegenschaftsverwaltung	1,00		A11 - Stadtratsmann/frau ABWICKLUNG EHEMALIGES AURELISGELÄNDE befristet bis 31.12.2020

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
			1,00		A8 - Stadthauptsekretär/in ABWICKLUNG EHEMALIGES AURELISGELÄNDE befristet bis 31.12.2020
			1,00		E11 - Ingenieur/in ABWICKLUNG EHEMALIGES AURELISGELÄNDE befristet bis 31.12.2020
Summe Dez III			4,00		
Dez IV					
40	0301	Amt für Schulentwicklung	1,00		E10 - Verwaltungsbeschäftigte/r OBJEKTKOORDINATION IM RAHMEN DES PROJEKTS BILDUNGSLANDSCHAFT ALTSTADT NORD befristet bis 31.12.2022
			1,00		A12 - Stadtamtsrat/rätin LEITUNG DES PROJEKTS BILDUNGSLANDSCHAFT ALTSTADT NORD befristet bis 31.12.2022
			1,00		A13_22 - Städt. Verwaltungsrat/rätin PROJEKT- UND FINANZCONTROLLING IM RAHMEN DES PROJEKTS BILDUNGSLANDSCHAFT ALTSTADT NORD befristet bis 31.12.2022
			1,00		A7 - Stadtobersekretär/in RECHERCHE ALTERNATIVER SPORTSTÄTTEN AUFGRUND FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG befristet bis 31.12.2019
			1,00		A8 - Stadthauptsekretär/in SCHÜLERSPEZIALVERKEHR AUFGRUND FLÜCHTLINGSSITUATION befristet bis 31.12.2019
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r KOMMUNALE KOORDIN. DER BILDUNGSANGEBOTE F. NEUZUGEWANDERTE BEFRISTET F. D. DAUER D. VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME BZW. F. D. DAUER D. DURCH DEN FÖRMITTELGEBER GENEHMIGTEN PROJEKTLAUFZEIT, DERZEIT befristet bis 30.06.2019
			2,00		A11 - Stadtamtmann/frau UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (PRÜFUNG ANTRÄGE IT- AUSSTATTUNG) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			1,00		A9_12 - Stadtamtsinspektor/in UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (U.A. RECHNUNGS- PRÜFUNG) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (CONTROLLING/ FINANZEN) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			1,00		A7 - Stadtobersekretär/in UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (ANLAGENBUCHHALTUNG) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
			1,00		A7 - Stadtobersekretär/in UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (BUCHUNGEN) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			1,00		A12 - Stadtratsrat/rätin UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (KOORDINATION UND STEUERUNG) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in UMSETZUNG DES LANDESFÖRDERPROGRAMMS "GUTE SCHULE 2020" (VERGABE UND BEWIRTSCHAFTUNG) BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2021
			0,70		E11 - Verwaltungsbeschäftigte/r ELTERNBERATUNG INKLUSION BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER FINANZIERUNG DERZEIT befristet bis 31.12.2018
401	0301	Schulamt f. die Stadt Köln		15.645	PK FÜR GENERALIEN DER DER SCHULRÄTE
42	0414	Amt f. Weiterbildung, VHS	1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r PROJEKTL EITUNG "BERUFSBEZOGENE SPRACHFÖRDERUNG" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			2,00		S11B - Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in JOB COACH IM PROJEKT "BERUFSBEZOGENE SPRACHFÖRDERUNG" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			2,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r PROJEKTSACHBEARBEITUNG SPRACHFÖRDERMAß- NAHMEN IM PROJEKT "BERUFSBEZOGENE SPRACHFÖRDERUNG" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			1,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r PROJEKTSACHBEARBEITUNG ÜBERGEORDNETE AUFGABEN IM PROJEKT "BERUFSBEZOGENE SPRACHFÖRDERUNG" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			1,00		E5 - Verwaltungsbeschäftigte/r PROJEKTASSISTENZ IM PROJEKT "BERUFSBEZOGENE SPRACHFÖRDERUNG" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			1,50		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r BUNDESPROGRAMM "GESAMTPROGRAMM SPRACHE (GPS); AUFGABEN IM RAHMEN DER HUTTRÄGER- SCHAFT; BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
51	0604	Amt f. Kinder, Jugend u. Familie	1,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r ERSTATTUNG VON FAHRTKOSTEN / ABRECHNUNG MIT MITTELGEBERN befristet bis 31.12.2019
			2,00		A11 - Stadtamtmann/frau ZUR UMSETZUNG DER GEFÄHRDUNGSANALYSE IN STÄDTISCHEN KITAS GEM. VV-BESCHLUSS VOM 04.07.2017 befristet bis 31.12.2022
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in ZUR ABARBEITUNG DER ANPASSUNGEN IN KIT OFFICE befristet bis 31.12.2021
			0,50		A7 - Stadtobersekretär/in FÜR DIE FEHLERKORREKTUR AN DER SCHNITTSTELLE LITTLE BIRD ZU KIT OFFICE befristet bis 31.12.2019
513	0603	Tageseinr. u. -betreuung f. Kinder	49,00		S8B - Erzieher/in FÜR DIE SPRACHFÖRDERUNG IM RAHMEN DES BUNDESPROGRAMMES "SPRACH-KITAS: WEIL SPRACHE DER SCHLÜSSEL ZUR WELT IST" befristet bis 31.12.2019
			3,50		S17 - Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in FÜR DIE SPRACHFÖRDERUNG IM RAHMEN DES BUNDESPROGRAMMES "SPRACH-KITAS: WEIL SPRACHE DER SCHLÜSSEL ZUR WELT IST" befristet bis 31.12.2019
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in FÜR DEN ABSCHLUSS DES U3-AUSBAUPROGRAMMS BIS ZUM ENDE DES KITA-JAHRES 2020/2021 BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.07.2021
			1,00		E12 - Verwaltungsbeschäftigte/r ZUR UMSETZUNG DER GEFÄHRDUNGSANALYSE IN STÄDTISCHEN KITAS befristet bis 31.12.2022
			0,50		S12 - Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in FÜR DAS BUNDESPROGRAMM "KITA-EINSTIEG: BRÜCKEN BAUEN IN FRÜHE BILDUNG" befristet bis 31.12.2020
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in FÜR DIE KONZEPTION UND DIE DURCHFÜHRUNG DES VERGABEVERFAHRENS FÜR DAS KITA-CATERING befristet bis 31.12.2019
			1,00		A7 - Stadtobersekretär/in ZUR SICHERSTELLUNG DES BETRIEBS DES FACHVERFAHRENS LITTLE BIRD befristet bis 31.12.2020
			0,50		A10 - Stadtoberinspektor/in ZUR SICHERSTELLUNG DES BETRIEBS DES FACHVERFAHRENS LITTLE BIRD befristet bis 31.12.2020
Summe Dez IV			85,20	15.645	

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
Dez V					
V/7	1401	Koordinationsstelle Klimaschutz	0,50		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r LEITUNG D. ARBEITSPAKETES 3 "INTEGRIERTE INFRASTRUKTUREN" I.Z.M. DEM EU-PROJEKT "GROWSMARTER" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
50	0501	Amt für Soziales und Senioren	4,00		A10 - Stadtoberinspektor/in ZUR BEARBEITUNG VON RÜCKSTÄNDEN IM BEREICH DER LEISTUNGSGEWÄHRUNG NACH DEM SGB XII IN HEIMEN UND ANSTALTEN befristet bis 31.12.2019
			2,00		A11 - Stadtamtmann/frau ZUR INTENSIVIERUNG DES FALLMANAGEMENT SGB XII INNERHALB DER RESO-DIENSTE KÖLN befristet bis 31.12.2021
50/2	0507	Bürgerzentren/-häuser		113.000	PK-EURO ZUR GERINGF. BESCHÄFTIGUNG V. BESCH. I.D.T.V. KINDERPFLEGERN/INNEN M. STAATL. ANERK. S2 TVÖD, VB EG 3 TVÖD, BESCHÄFTIGTE IN EINFACHSTEN TÄTIGKEITEN EG 1 TVÖD NRW
				45.000	PK-EURO ZUR GERINGF. BESCHÄFTIGUNG V. BESCH. I.D.T.V. KINDERPFLEGERN/INNEN M. STAATL. ANERK. S2 TVÖD, BESCHÄFTIGTE IN EINFACHSTEN TÄTIGKEITEN EG 1 TVÖD NRW
			0,50		A6 - Stadtsekretär/in FÜR RAUMVERGABEN IM BÜRGERHAUS KALK befristet bis 31.12.2020
502	1005	Fachstelle Wohnen	1,00		E5 - Verwaltungsbeschäftigte/r ZUR RÜCKSTANDSBEARBEITUNG DER ABRECHNUNG VON HOTELRECHNUNGEN (UNTERBRINGUNGEN NACH DEM OBG) FÜR DIE DAUER VON ZWEI JAHREN, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
5001	0504	Diversity	0,75		A12 - Stadtratsrat/rätin GESAMTKOORDINATION IM PROJEKT BONVENA BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			2,00		S17 - Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in DURCHFÜHRUNG DES PROGRAMMS "KOMM-AN NRW" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2023
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r KOORDINATION DER BILDUNGSANGEBOTE FÜR NEUZUGEWANDERTE BEFRISTET F. D. DAUER D. VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME BZW. F. D. DAUER DER DURCH DEN FÖRDERMITTELGEBER GENEHMIGTEN PROJEKTLAUFZEIT, DERZEIT befristet bis 30.06.2019
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r KOORDINATION DER BILDUNGSANGEBOTE FÜR NEUZUGEWANDERTE BEFRISTET F. D. DAUER D. VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME BZW. F. D. DAUER D. DURCH DEN FÖRDERMITTELGEBER GENEHMIGTEN PROJEKTLAUFZEIT, DERZEIT befristet bis 30.06.2019

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
56	1003	Amt für Wohnungswesen	2,00		A10 - Stadtoberinspektor/in EINFÜHRUNG DER WOHNRAUMSCHUTZSATZUNG befristet bis 30.06.2019
			1,00		E6 - Verwaltungsbeschäftigte/r EINFÜHRUNG DER WOHNRAUMSCHUTZSATZUNG befristet bis 30.06.2019
57	0206	Umwelt- u. Verbraucherschutzamt		10.000	FÜR DIE STUNDEN- U. STÜCKLOHN- VERGÜTUNG DER IN DER FLEISCH- BESCHAU TÄTIGEN TIERÄRZTE UND FLEISCHKONTROLLEURE
Summe Dez V			15,75	168.000	
Dez VI					
61	0901	Stadtplanungsamt	2,00		E10 - Ingenieur/in ZUR UMSETZUNG DES WERBENUTZUNGSVERTRAGES befristet bis 31.12.2019
			0,50		A11 - Stadtamtmann/frau ZUSCHUSSBETREUUNG DER STÄDTEBAULICHEN PROJEKTE VIA CULTURALIS, QUARTIERE DER DOMUMGEBUNG, ERNEUERUNG DES STADTTEILZENTRUMS CHORWEILER befristet bis 31.12.2019
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in ABBAU RÜCKSTAND IM VERWALTUNGSBEREICH befristet bis 31.12.2020
63	1001	Bauaufsichtsamt	1,00		E9A - Techniker/in (staatlich geprüft) UMSETZUNG DES WERBENUTZUNGSVERTRAGES befristet bis 31.12.2019
			3,00		E10 - Ingenieur/in UMSETZUNG WERBENUTZUNGSVERTRAG befristet bis 31.12.2019
67	1301	Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.		652	TORSCHLIEßER IM ROSENGARTEN MTL 54,32 EUR, LGR. 2/3/3A
				767	TORSCHLIEßER BOLZPLATZ VERNICHER STR. LGR. 2/3/3A
67	1303	Amt. f. Landschpfl. u. Grünfl.		1.533	TORSCHLIEßER FRIEDHOF WEIDEN 127,82 EURO MTL. 1533,88 P.A. (LGR. 2/3/3A)
				552	PERSONALKREDIT FRIEDHOFSTOR- SCHLIEßER IN PORZ (WAHN) 46,02 EURO MTL./552,20 P. A. (LGR. 2/3/3A)
				552	PERSONALKREDIT FRIEDHOFSTOR- SCHLIEßER IN PORZ (LIBUR) 46,02 EURO MTL./552,20 P. A. (LGR. 2/3/3A)
				552	PERSONALKREDIT FRIEDHOFSTOR- SCHLIEßER IN PORZ (OBERZÜN- DORF) 46,02 EURO MTL./552,20 P. A. (LGR. 2/3/3A)
				552	PERSONALKREDIT FRIEDHOFSTOR- SCHLIEßER IN PORZ (ENSEN) 46,02 EURO MTL./552,20 P. A. (LGR. 2/3/3A)

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
				1.625	PERSONALKREDIT TORSCHLIESSER FRIEDHOF KALK 135,49 EURU MTL./1625,91 P. A. (LGR. 2/3/3A)
				766	PERSONALKREDIT: TORSCHLIESSER 63,91 EURO MTL. /766,94 P.A. (LGR. 2/3/3A)
				766	TORSCHLIEßER FRIEDHOF JUNKERS- DORF 63,91 EURO MTL. 766,94 P.A. (LGR. 2/3/3A)
Summe Dez VI			7,50	8.317	
Dez VII					
VII	0111	Dezernat VII	1,00		E9B - Verwaltungsbeschäftigte/r MITARBEIT BEI DER UMSETZUNG UND FORTENT- WICKLUNG DES KULTURENTWICKLUNGSPLANS befristet bis 31.12.2020
VII/3	0413	Archäologische Zone	0,72		E8 - Verwaltungsbeschäftigte/r FÜR DIE MITARBEIT IM PROJEKT "ARCHÄOLOGISCHE ZONE" befristet bis 31.12.2021
			1,00		E8 - Restaurator/in PROJEKT "ARCHÄOLOG. ZONE" befristet bis 31.12.2021
			4,00		E9A - Restaurator/in FÜR GRABUNGSARBEITEN IM RAHMEN DER ARCHÄOLOGISCHEN ZONE befristet bis 31.12.2021
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r FÜR GRABUNGSARBEITEN IM RAHMEN DER ARCHÄOLOGISCHEN ZONE befristet bis 31.12.2021
			1,00		A12 - Stadtratsrat/rätin UNTERSTÜTZUNG DER PROJEKTL EITUNG befristet bis 31.12.2021
			1,00		E8 - Restaurator/in STEINRESTAURIERUNG IM RAHMEN DER ARCHÄOLOGISCHEN ZONE befristet bis 31.12.2021
			1,00		E8 - Restaurator/in SICHERUNGSARBEITEN IM RAHMEN DER ARCHÄOLOGISCHEN ZONE befristet bis 31.12.2021
			1,00		E6 - Restaurator/in SICHERUNGSARBEITEN IM RAHMEN DER ARCHÄOLOGISCHEN ZONE befristet bis 31.12.2021
			0,50		E4 - Restaurator/in MITARBEIT FUNDBEARBEITUNG IM RAHMEN DER ARCHÄOLOGISCHEN ZONE befristet bis 31.12.2021
			2,00		E5 - Restaurator/in GRABUNGSTECHNIKER/IN ARCHÄOLOGISCHE ZONE ZUR DOKUMENTATION DER BEFUNDE befristet bis 31.12.2021

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
4101	0417	Puppenspiele	9,00	40.903	E3 - Hilfsbeschäftigte/r BEFUND- UND/ODER BAUSTELLENSICHERUNG ARCHÄOLOGISCHE ZONE befristet bis 31.12.2021
43	0418	Stadtbibliothek	1,00		PERSONALKREDIT FÜR KÜNSTLERI- SCHES PERSONAL, GAST- UND SONDERHONORARE
			1,00		A12 - Stadtamtsrat/rätin ZUR UNTERSTÜTZUNG DER VERWALTUNGSAB- TEILUNG BEI DER DURCHFÜHRUNG DIVERSE PROJEKTE befristet bis 31.12.2022
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r PROJEKTMANAGER "MAKER INTERKULTURELL" befristet bis 30.06.2022
44	0412	Historisches Archiv	1,00		A12 - Stadtamtsrat/rätin SACHGEBIETSLEITUNG PROJEKT NEUBAU UND PROVISORISCHES ARCHIV BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		A11 - Stadtamtmann/frau STELLV. VERWALTUNGSLEITUNG, PERSONAL UND ORGANISATION BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E8 - Verwaltungsbeschäftigte/r IM RAHMEN DES PROJEKTS EINSCHL. VERGABEN UND TRANSPORTE, AZE-PFLEGE BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		A13_21 - Städt. Verwaltungsrat/rätin VERWALTUNGSLEITUNG BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		A9_21 - Stadtinspektor/in BERICHTSWESEN, SITZUNGSVORBEREITUNG UND GREMIENBETREUUNG BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in INTERNETREDAKTION, BETREUUNG I.-SEITEN DES HIST. ARCHIVS, EINSTELLEN/BEARBEITEN VON TEXTEN UND BILDERN BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		A11 - Stadtamtmann/frau MITARBEIT IM SACHGEBIET NEUBAU UND PROVISORISCHES ARCHIV BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E10 - Restaurator/in RESTAURIERUNGSARBEITEN BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER DRITTMITTEL- FINANZIERUNG, DERZEIT befristet bis 31.12.2020

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
			1,00		E9A - Restaurator/in RESTAURIERUNGSARBEITEN BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER DRITTMITTEL- FINANZIERUNG STIFTUNG STADTGEDÄCHTNIS, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			1,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r SEKRETÄR/IN DER AMTSLEITUNG BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r UNTERSTÜTZUNG IM BEREICH 44/4 UND 44/41 IN ADMINISTRATIVEN AUFGABEN UND VERWALTUNG BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r VERWALTUNGSAUFGABEN IM RDZ (RESTAURIER.- UND DIGITALISIERUNGSZENTRUM) BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2018
			1,00		E8 - Verwaltungsbeschäftigte/r HELFERPLANUNG, ABWICKLUNG V.DIENSTREISEN IM BEREICH BESTANDSZUSAMMENFÜHRUNG (PLANUNG UND BUCHUNG VON REISEN UND UNTERKUNFT) BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			8,00		E4 - Restaurator/in RESTAURIERUNGSARBEITEN BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			13,00		E4 - Restaurator/in RESTAURIERUNGSARBEITEN BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E6 - Verwaltungsbeschäftigte/r MITARBEIT VERWALTUNG BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E9B - Verwaltungsbeschäftigte/r MITARBEIT VERWALTUNG BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			4,00		E4 - Hilfshandwerker/in LAGERIST IM ARCHIVDIENST LAGER- UND TRANSPORTARBEITEN IM RAHMEN DER RESTAURIERUNGSARBEITEN befristet bis 31.12.2020
			3,00		E5 - Fachbeschäftigte/r LAGERIST IM ARCHIVDIENST LAGER- UND TRANSPORTARBEITEN IM RAHMEN DER RESTAURIERUNGSARBEITEN befristet bis 31.12.2020

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
4511	0402	Museum Ludwig	4,00		E4 - Verwaltungsbeschäftigte/r QUALITÄTSSICHERUNG IM RAHMEN DER ERFASSUNGSARBEITEN befristet bis 31.12.2020
			14,00		E4 - Verwaltungsbeschäftigte/r ERFASSUNGSHelfER IM RAHMEN DER RESTAURIERUNGSARBEITEN befristet bis 31.12.2020
			1,00		E4 - Verwaltungsbeschäftigte/r ERFASSUNGSHelfER, DIGITALISIERUNG DER MELDEDATEI befristet bis 31.12.2020
			1,00		E10 - IKT-Beschäftigte/r MITARBEIT ADMINISTRATION UND WEITERENT- WICKLUNG ACTAPRO befristet bis 31.12.2020
			1,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r VERWALTUNGSAUFGABEN IM RDZ (RESTAURIER.- UND DIGITALISIERUNGSZENTRUM) BEFRISTET FÜR DEN ZEITRAUM DER WIEDERAUFBAUPHASE befristet bis 31.12.2020
			1,00		E9A - Restaurator/in RESTAURIERUNGSARBEITEN BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER DRITTMITTEL- FINANZIERUNG STIFTUNG STADTGEDÄCHTNIS, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E9A - Restaurator/in RESTAURIERUNGSARBEITEN FÜR DIE DAUER DER DRITTMITTELFINANZIERUNG (MAX. 2 JAHRE), DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r ASSISTENT/IN DES DIREKTORS befristet bis 31.12.2022
			0,50		E3 - Verwaltungsbeschäftigte/r ZUR UNTERSTÜTZUNG DES DIGITALISIERUNGS- PROJEKTES DER FOTOGRAFISCHEN SAMMLUNG ENTSPRECHEND DER REFINANZIERUNG DURCH DRITTE befristet bis 31.12.2019
			0,50		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r ZUR STÄRKUNG DES BEREICHES RECHNUNGS- WESEN BEFR. FÜR DIE DAUER 1 JAHRES befristet bis 31.12.2019
4512	0403	Römisch-Germanisches Museum	1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r "BERNARD SCHULTZE STELLE"; INSBESONDERE BEARBEITUNG UND GESTALTUNG DES NEUEN WIKIPEDIA BEITRAGES VON BERNARD SCHULTZE SOWIE DIE VERÖFFENTLICHUNG DER PROJEKTE DES KÜNSTLERS IN DEN SOZIALEN MEDIEN befristet bis 31.12.2020
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r I.Z.M. DER HISTORISCHEN MITTE KÖLN BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 30.03.2024

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
4512/2	1002	Archäolog. Bodendenkmalpflege	1,00	200.000	E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r VORZIMMER DER DIREKTION BEFR. FÜR DIE DAUER DER BAU- UND PLANUNGSMAßNAHMEN ARCHÄOLOGISCHE ZONE, GENERALSANIERUNG RGM UND PLANUNGSMAß- NAHMEN HISTORISCHE MITTE befristet bis 31.12.2022
4513	0404	Rautenstrauch-Joest-Museum	0,50		BEFRISTETE BESCHÄFTIGUNG VON MITARBEITERN/MITARBEITERINNEN BEI GRABUNGEN
			0,50		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r ZUR STÄRKUNG DES VERANSTALTUNGS- MANAGEMENTS befristet bis 31.12.2019
4516	0407	Museum Schnütgen	1,00		E8 - Verwaltungsbeschäftigte/r MITARBEIT IM VERANSTALTUNGSMANAGEMENT befristet bis 31.12.2019
			0,75		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r WISSENSCHAFTLICHE INVENTARISATION BEFR. FÜR DEN ZEITRAUM VON 17 MONATEN befristet bis 31.12.2019
4518	0408	Kölnisches Stadtmuseum	1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r WISSENSCHAFTLICHE INVENTARISATION BEFR. FÜR DEN ZEITRAUM VON 17 MONATEN befristet bis 31.12.2019
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r FÜR DIE PERSÖNLICHE ASSISTENZ DER DIREK- TION FÜR DEN ZEITRAUM DER 100%IGEN DRITT- MITTELFINANZIERUNG befristet bis 31.12.2019
4520	0410	NS-Dokumentationszentrum	1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r I.Z.M. DER HISTORISCHEN MITTE KÖLN BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 30.06.2028
48	1002	Konservator	1,00		E9B - Verwaltungsbeschäftigte/r AUSBAU DES DOKUMENTATIONSBEREICHES DES NS-DOKUMENTATIONSZENTRUM FÜR DIE DAUER DER DRITTMITTELFINANZIERUNG DERZEIT befristet bis 31.12.2019
Summe Dez VII			102,97	240.903	
Dez VIII					
64	1201	Amt für Verkehrsmanagement	1,00		E13 - Ingenieur/in KOORDINIERUNG DES EU-PROJEKTS "GROW SMARTER" FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BE- SCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
66	1201	Amt f. Straßen u. Verkehrsentwicklung	1,00		E12 - Ingenieur/in UMSETZUNG DES PROJEKTS "LEBENSWERTES CHORWEILER" BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019

Personalkredite und befristete Planstellen

KÄMMEREIVERWALTUNG

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
69	1202	Amt f. Brücken u. Stadtbahnbau	1,00		A10 - Stadtoberinspektor/in PROJEKT VERWALTUNGSPERSONAL IN TECHNISCHEN BEREICHEN befristet bis 31.12.2019
			2,00		E11 - Ingenieur/in FÜR DIE ABWICKLUNG VON NEUBAUMAßNAHMEN IM STADTBAHNBau befristet bis 31.12.2019
			1,00		E11 - Ingenieur/in BEFRISTET BIS ZUM ABSCHLUSS DER MAß- NAHMEN ZUM BARRIEREFREIEN UMBAU VON STADTBAHNHALTESTELLEN, DERZEIT befristet bis 31.12.2020
			1,00		E12 - Ingenieur/in UNTERSTÜTZUNG EINSATZLEITUNG WAIDMARKT befristet bis 31.12.2019
			1,00		E11 - Ingenieur/in ABBAU UNTERHALTUNGSRÜCKSTAU befristet bis 31.12.2019
			1,00		E12 - Ingenieur/in ABBAU UNTERHALTUNGSRÜCKSTAU befristet bis 31.12.2019
			1,00		A11 - Stadtamtmann/frau UMSETZUNG TOILETTENKONZEPT befristet bis 31.12.2019
Summe Dez VIII			10,00		
Gesamtsumme			290,92	441.557	

Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

(Sondervermögen mit Sonderrechnung)

Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten der
Zusatzversorgungskasse (einschl. Beihilfekasse)

Abkürzungen:

ku = künftig umzuwandeln bei Stellenvakanz
kw = künftig wegfallend bei Stellenvakanz

Beamte (Zusatzversorgungskasse einschl. Beihilfekasse)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
A14	1,00	0,54	0,73	
Summen 2. Einstiegsamt	1,00	0,54	0,73	
1. Einstiegsamt				
A13_21	1,00	1,00	1,00	
A12	4,00	4,00	3,80	
A11	8,00	8,00	6,73	
A10	6,04	6,50	4,98	
A9_21	1,00	1,00	0,00	
Summen 1. Einstiegsamt	20,04	20,50	16,51	
Laufbahngruppe 1				
2. Einstiegsamt				
A9_12	3,00	3,00	2,95	
A8	21,50	21,50	20,92	
Summen 2. Einstiegsamt	24,50	24,50	23,87	
Summen Beamte	45,54	45,54	41,11	

Beschäftigte (Zusatzversorgungskasse einschl. Beihilfekasse)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
AT-A16	1,00	1,00	1,00	
E14	1,00	1,00	1,00	
E13	1,00	1,00	1,00	
E11, S17, P14, P15	1,00	1,00	0,77	
E9C, E10, S14-S16, P12, P13	5,00	5,00	5,00	
E9B, S11B-S13, P11	1,50	1,50	1,67	
E9A, S9 - S11A, P9, P10	1,50	1,50	1,82	
E8, S6 - S8B, P8, N	3,00	3,00	2,23	
E7, P7	1,00	1,00	1,00	
E5, E6, S4, S5	1,00	1,00	0,00	
E3, E4, S3, P5, P6	1,00	1,00	0,78	
Summen Beschäftigte	18,00	18,00	16,27	

Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

(Sondervermögen mit Sonderrechnung)

Stellenplan für die Beamten, Beschäftigten und
Beschäftigten (gewerblich-technisch) der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

Abkürzungen:

ku = künftig umzuwandeln bei Stellenvakanz
kw = künftig wegfallend bei Stellenvakanz

Beamte (Gebäudewirtschaft)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
B2	1,00	1,00	0,98	
A16	2,00	2,00	1,93	
A15	3,00	3,00	1,83	
A14	5,00	5,00	4,88	
A13_22	5,00	5,00	2,83	
Summen 2. Einstiegsamt	16,00	16,00	12,45	
1. Einstiegsamt				
A13_21	7,00	7,00	5,93	
A12	18,00	21,00	16,68	
A11	30,70	30,70	20,92	
A10	12,50	17,50	9,30	
A9_21	1,00	1,00	0,95	
Summen 1. Einstiegsamt	69,20	77,20	53,78	
Laufbahngruppe 1				
2. Einstiegsamt				
A9_12	7,00	7,00	3,02	1,00 AZ
A8	23,75	24,25	18,43	
A7	1,72	1,72	0,72	
Summen 2. Einstiegsamt	32,47	32,97	22,17	
Summen Beamte	117,67	126,17	88,40	

Beschäftigte (Gebäudewirtschaft)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
AT-B2, AT-B3, AT-Fest	1,00	0,00	0,00	
AT-A16	1,00	1,00	1,00	
E15	4,00	4,00	2,00	
E14	26,00	11,00	4,82	
E13	16,00	15,00	11,58	
E12, S18, P16	56,00	55,00	46,04	
E11, S17, P14, P15	137,84	128,84	93,29	
E9C, E10, S14-S16, P12, P13	139,84	148,34	107,72	
E9B, S11B-S13, P11	21,00	18,00	17,53	
E9A, S9 - S11A, P9, P10	26,50	26,00	24,74	
E8, S6 - S8B, P8, N	19,63	19,63	16,23	
E7, P7	19,72	20,72	16,00	
E5, E6, S4, S5	14,28	14,28	11,04	
E3, E4, S3, P5, P6	6,40	6,40	8,00	
Summen Beschäftigte	489,21	468,21	359,99	

Beschäftigte (gewerblich-technisch) (Gebäudewirtschaft)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E7	6,00	0,00	6,02	
E6	57,50	42,00	57,87	
Summen Beschäftigte (gew.-techn.)	63,50	42,00	63,89	

Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

(Sondervermögen mit Sonderrechnung)

Stellenplan für die Beamten, Beschäftigten und Beschäftigten (gewerblich-technisch)
Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

Abkürzungen:

ku = künftig umzuwandeln bei Stellenvakanz
kw = künftig wegfallend bei Stellenvakanz

Beamte (WALLRAF-RICHARTZ-MUSEUM & FONDATION CORBOUD)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt B2	1,00	1,00	1,00	
Summen 2. Einstiegsamt	1,00	1,00	1,00	
1. Einstiegsamt A12	1,00	1,00	1,00	
A10	1,00	1,00	1,00	
Summen 1. Einstiegsamt	2,00	2,00	2,00	
Laufbahngruppe 1				
2. Einstiegsamt A7	1,00	1,00	1,00	
Summen 2. Einstiegsamt	1,00	1,00	1,00	
Summen Beamte	4,00	4,00	4,00	

Beschäftigte (WALLRAF-RICHARTZ-MUSEUM & FONDATION CORBOUD)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E15	1,00	1,00	1,00	
E14	1,00	2,00	1,00	
E13	6,00	5,00	4,87	
E11, S17, P14, P15	2,50	2,50	2,21	
E9B, S11B-S13, P11	1,36	1,36	1,00	
E9A, S9 - S11A, P9, P10	0,64	0,64	0,64	
E8, S6 - S8B, P8, N	1,00	1,00	1,00	
E7, P7	2,00	2,00	2,00	
Summen Beschäftigte	15,50	15,50	13,72	

Beschäftigte (gewerblich-technisch) (WALLRAF-RICHARTZ-MUSEUM & FONDATION CORBOUD)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E4	2,00	2,00	2,00	
Summen Beschäftigte (gew.-techn.)	2,00	2,00	2,00	

Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

(Sondervermögen mit Sonderrechnung)

Stellenplan für die Beamten, Beschäftigten und Beschäftigten (gewerblich-technisch)
Bühnen der Stadt Köln

Abkürzungen:

ku = künftig umzuwandeln bei Stellenvakanz
kw = künftig wegfallend bei Stellenvakanz

Beamte (Bühnen)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
A14	1,00	1,00	1,00	
Summen 2. Einstiegsamt	1,00	1,00	1,00	
1. Einstiegsamt				
A13_21	1,00	1,00	0,97	
A12	3,00	3,00	3,04	
A11	3,00	3,00	1,97	
Summen 1. Einstiegsamt	7,00	7,00	5,98	
Laufbahngruppe 1				
2. Einstiegsamt				
A9_12	2,00	2,00	1,90	1,00 AZ
A8	4,50	4,50	4,38	
A7	1,00	1,00	0,38	
Summen 2. Einstiegsamt	7,50	7,50	6,66	
Summen Beamte	15,50	15,50	13,64	

Beschäftigte (Bühnen)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E14	1,00	1,00	1,00	
E12, S18, P16	7,00	7,00	6,54	
E11, S17, P14, P15	3,00	3,00	2,61	
E9C, E10, S14-S16, P12, P13	14,00	14,00	12,98	
E9B, S11B-S13, P11	9,00	9,00	10,05	
E9A, S9 - S11A, P9, P10	21,00	21,00	19,84	
E8, S6 - S8B, P8, N	14,00	14,00	13,89	
E7, P7	6,50	6,50	4,90	
E5, E6, S4, S5	15,00	15,00	13,90	
E3, E4, S3, P5, P6	5,71	5,71	5,27	
sonstige (TVK,NVB,PUPP)	270,01	270,01	273,39	
Summen Beschäftigte	366,22	366,22	364,37	

Beschäftigte (gewerblich-technisch) (Bühnen)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E7	114,99	116,99	105,90	
E6	86,00	79,00	82,26	
E5	60,14	63,14	57,86	
E4	15,72	17,72	11,73	
E3	23,00	23,00	22,90	
Summen Beschäftigte (gew.-techn.)	299,85	299,85	280,65	

Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

(Sondervermögen mit Sonderrechnung)

Stellenplan für die Beschäftigten und Beschäftigten (gewerblich-technisch)
Gürzenich Orchesters - Kölner Philharmoniker der Stadt Köln

Abkürzungen:

ku = künftig umzuwandeln bei Stellenvakanz
kw = künftig wegfallend bei Stellenvakanz

Beschäftigte (Orchester)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E9C, E10, S14-S16, P12, P13	1,00	1,00	1,00	
E9A, S9 - S11A, P9, P10	1,00	1,00	1,00	
E7, P7	1,50	1,50	1,00	
E5, E6, S4, S5	1,00	1,00	1,05	
sonstige (TVK,NVB,PUPP)	141,00	141,00	131,35	
Summen Beschäftigte	145,50	145,50	135,40	

Beschäftigte (gewerblich-technisch) (Orchester)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E5	4,00	4,00	4,50	
E3	1,00	1,00	1,98	
Summen Beschäftigte (gew.-techn.)	5,00	5,00	6,48	

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

EIGENBETRIEBE

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl		besetzt am 01.10.2017	Stellenbezeichnung
			2019	2018		
26		Gebäudewirtschaft d. Stadt Köln	3,00 3,00	3,00 3,00	0,00 0,00	Auszubildende/r Auszubildende/r (gew.tech.)
4510		Wallraf-Richartz-Museum	4,00	4,00	2,00	Praktikant/in
46		Bühnen der Stadt Köln	15,00 14,00	15,00 14,00	8,01 14,01	Auszubildende/r (gew.tech.) Auszubildende/r
Summen:			39,00	39,00	24,02	

Personalkredite und befristete Planstellen

Sondervermögen

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
26		Gebäudewirtschaft d. Stadt Köln	1,00		E12 - Ingenieur/in BEFRISTUNG BIS ZUM ABSCHLUSS DER BAULICHEN REALISIERUNG DER BILDUNGSLANDSCHAFT ALTSTADT-NORD (BAN) befristet bis 31.12.2022
			1,50		E11 - Ingenieur/in BAULICHE REALISIERUNG DER BILDUNGS- LANDSCHAFT ALTSTADT NORD (BAN) DERZEIT befristet bis 31.12.2022
			1,00		A11 - Stadtamtmann/frau PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT FÜR MAßNAHMEN IM KULTURBEICH befristet bis 31.12.2020
			1,00		E14 - Verwaltungsbeschäftigte/r PLANUNG UND REALISIERUNG DER HISTORISCHEN MITTE FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME DERZEIT befristet bis 31.12.2022
			3,00		E12 - Ingenieur/in PLANUNG UND REALISIERUNG DER HISTORISCHEN MITTE FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME DERZEIT befristet bis 31.12.2022
			1,00		E11 - Verwaltungsbeschäftigte/r PLANUNG UND REALISIERUNG DER HISTORISCHEN MITTE FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME DERZEIT befristet bis 31.12.2022
			1,00		A12 - Stadtamtsrat/rätin FÜR DEN ABBAU DES REGELUNGSSTAUS IM ORGANISATIONSBEREICH befristet bis 31.12.2021
			1,00		E13 - Verwaltungsbeschäftigte/r WISSENSCHAFTLICHE MITARBEIT BEI SONDER- AUSSTELLUNGEN UND WISSENSCHAFTLICHEN SONDERPROJEKTEN VORBEHALTLICH DER 100% FINANZIERUNG AUS DEM SONDERAUSSTELLUNGS- ETAT DES MUSEUMS befristet bis 31.12.2018
4510		Wallraf-Richartz-Museum		12.500	FÜR VERSCHIEDENE AUFGABEN IM RAHMEN VON SONDERAUSSTELLUNGEN UND PROJEKTEN
46		Bühnen/Betriebsleitung	1,00		FEST - Techniker BEFRISTETER EINSATZ IM RAHMEN DES INTERIMS befristet bis 31.12.2019
			1,00		FEST - Leiter/in Öffentlichkeitsarbeit FÜR DAS PROJEKT "SANIERUNG BÜHNENGEBÄUDE OFFENBACHPLATZ" befristet bis 31.12.2019
			1,00		FEST - Techniker FÜR DAS PROJEKT "OPERNSANIERUNG UND NEU- BAU SCHAUSPIELHAUS" befristet bis 31.12.2019
			0,51		E11 - Ingenieur/in FÜR BEFRISTETE SONDERAUFGABEN, DIE DURCH DIE INTERIMSZEIT ANFALLEN befristet bis 31.12.2019

Personalkredite und befristete Planstellen

Sondervermögen

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
461		Verw.-, Pers.-, Orga.abtl.	1,00		E10 - Ingenieur/in FÜR BEFRISTETE SONDERAUFGABEN IM RAHMEN DES INTERIM befristet bis 31.12.2019
			6,00		E12 - Ingenieur/in MEHRBEDARF IM ZUSAMMENHANG MIT DEM INTERIM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT AM 17.11.2016 BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			1,00		FEST - Techniker MEHRBEDARF IM ZUSAMMENHANG MIT DEM INTERIM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT AM 17.11.2016 BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			1,00		FEST - Leiter/in Öffentlichkeitsarbeit MEHRBEDARF IM ZUSAMMENHANG MIT DEM INTERIM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT AM 17.11.2016 BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			1,00		E10 - Ingenieur/in MEHRBEDARF IM ZUSAMMENHANG MIT DEM INTERIM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT AM 17.11.2016 BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			1,00		E11 - Verwaltungsbeschäftigte/r MEHRBEDARF IM ZUSAMMENHANG MIT DEM INTERIM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT AM 17.11.2016 BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			3,00		E9B - Verwaltungsbeschäftigte/r MEHRBEDARF IM ZUSAMMENHANG MIT DEM INTERIM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT AM 17.11.2016 BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
			1,00		A13_22 - Städt. Verwaltungsrat/rätin MEHRBEDARF IM ZUSAMMENHANG MIT DEM INTERIM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT AM 17.11.2016 BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2019
				165.520	PK FÜR DEN EINSATZ VON UNGELERNTEN AUS- HILFEN IN NACH L 2/3/3A BMT-G BEWERTETEN TÄTIGKEITEN
462		Finanz- u. Rechnungswesen		51.129	PK FÜR DEN EINSATZ VON VOLON- TÄREN UND PRAKTIKANTEN
			1,00		E7 - Verwaltungsbeschäftigte/r ERHÖHTER BUCHUNGSAUFWAND AUFGRUND DER GENERALSANIERUNG DER BÜHNEN befristet bis 31.12.2019

Personalkredite und befristete Planstellen

Sondervermögen

Amt bzw. Dienststelle	Tpl.	Bezeichnung	Anzahl Stellen	Betrag in Euro	Stellenbezeichnung
47		Orchester	1,00	60.000	PK FÜR 6 MUSIKPRAKTIKANTEN , 1 PRAKTIKANTEN FÜR ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT SOWIE FÜR AUSHILFSKRÄFTE ZUR DURCHFÜHRUNG DES PROJEKTES "GO LIVE" (RD: 34 000 EURO WERDEN REFINANZIERT)
Gesamtsumme			31,01	289.149	E5 - Orchesterwart/in MEHRBEDARF IM ZUSAMMENHANG MIT DEM INTERIM BEFRISTET FÜR DIE DAUER DER VOM RAT BESCHLOSSENEN MAßNAHME, DERZEIT befristet bis 31.12.2020

Stellennachweis

- Zugewiesene Beamte Verein Region Köln/Bonn e.V.
- Zugewiesene Beamte Rheinisches Studieninstitut
- Zugewiesene Beamte Gemeinsame Betriebskrankenkasse der Stadt Köln (GBK)
- Zugewiesene Beamte KölnVorsorge-Sterbekasse VVaG
- Zugewiesene Beamte Köln Tourismus GmbH
- Personalgestellung an freie Träger der Bürger- Zentren
- Zugewiesene Beamte Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (AWB)
- Zugewiesene Beamte und gestellte Beschäftigte Kliniken der Stadt Köln gGmbH
- Zugewiesene Beamte und gestellte Beschäftigte der Sozial-Betriebe Köln gGmbH (SBK)
- Beurlaubte Beamte Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR (StEB)
- Beurlaubte Beamte und gestellte Beschäftigt Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB)

Zugewiesene Beamte Verein Region Köln/Bonn e.V.

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
1. Einstiegsamt				
A11	0,00	1,00	0,00	
Summen 1. Einstiegsamt	0,00	1,00	0,00	
Gesamt:	0,00	1,00	0,00	

Zugewiesene Beamte Rheinisches Studieninstitut

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
A16	0,00	1,00	0,00	
A14	1,00	1,00	0,00	
Summen 2. Einstiegsamt	1,00	2,00	0,00	
1. Einstiegsamt				
A12	0,00	1,00	0,00	
Summen 1. Einstiegsamt	0,00	1,00	0,00	
Gesamt:	1,00	3,00	0,00	

Zugewiesene Beamte Gemeinsame Betriebskrankenkasse der Stadt Köln (GBK)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
A15	0,00	1,00	0,00	
Summen 2. Einstiegsamt	0,00	1,00	0,00	
Gesamt:	0,00	1,00	0,00	

Zugewiesene Beamte KölnVorsorge-Sterbekasse VVaG

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
A13_22	1,00	1,00	1,00	
Summen 2. Einstiegsamt	1,00	1,00	1,00	
1. Einstiegsamt				
A11	1,00	1,00	1,00	
Summen 1. Einstiegsamt	1,00	1,00	1,00	
Gesamt:	2,00	2,00	2,00	

Zugewiesene Beamte Köln Tourismus GmbH

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
1. Einstiegsamt				
A13_21	1,00	2,00	1,00	
A12	2,00	2,00	2,00	
Summen 1. Einstiegsamt	3,00	4,00	3,00	
Gesamt:	3,00	4,00	3,00	

Personalgestellung an freie Träger der Bürger- Zentren

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E9B, S11B-S13, P11	1,00	1,00	1,00	
E5, E6, S4, S5	0,50	0,50	0,50	
Summen Beschäftigte	1,50	1,50	1,50	
Gesamt:	1,50	1,50	1,50	

Zugewiesene Beamte Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (AWB)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
A16	1,00	1,00	0,98	
A15	1,00	1,00	0,98	
A14	2,00	2,00	1,98	
A13_22	2,00	2,00	1,93	
Summen 2. Einstiegsamt	6,00	6,00	5,87	
1. Einstiegsamt				
A13_21	2,00	2,00	2,91	
A12	5,50	7,00	4,68	
A11	0,50	0,50	0,78	
Summen 1. Einstiegsamt	8,00	9,50	8,37	
Laufbahngruppe 1				
2. Einstiegsamt				
A9_12	4,00	4,00	3,96	1,00 AZ
A8	4,00	4,00	3,24	
Summen 2. Einstiegsamt	8,00	8,00	7,20	
Gesamt:	22,00	23,50	21,44	

Zugewiesene Beamte und gestellte Beschäftigte Kliniken der Stadt Köln gGmbH

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
A14	4,00	4,00	1,98	
A13_22	2,00	2,00	1,98	
Summen 2. Einstiegsamt	6,00	6,00	3,96	
1. Einstiegsamt				
A13_21	2,50	2,50	2,76	
A12	1,00	1,00	1,00	
A11	2,00	2,00	1,80	
Summen 1. Einstiegsamt	5,50	5,50	5,56	
Laufbahngruppe 1				
2. Einstiegsamt				
A9_12	7,00	7,00	6,24	3,00 AZ
A8	6,50	6,50	4,69	
A7	2,00	2,00	1,23	
Summen 2. Einstiegsamt	15,50	15,50	12,16	
Gesamt:	27,00	27,00	21,68	

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E9A, S9 - S11A, P9, P10	1,00	1,00	0,99	
Summen Beschäftigte	1,00	1,00	0,99	
Gesamt:	1,00	1,00	0,99	

Zugewiesene Beamte und gestellte Beschäftigte der Sozial-Betriebe Köln gGmbH (SBK)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
Laufbahngruppe 2				
2. Einstiegsamt				
A14	2,00	2,00	1,98	
Summen 2. Einstiegsamt	2,00	2,00	1,98	
1. Einstiegsamt				
A13_21	3,00	3,00	2,63	
A12	1,00	1,00	0,76	
A11	2,00	2,00	1,44	
Summen 1. Einstiegsamt	6,00	6,00	4,83	
Laufbahngruppe 1				
2. Einstiegsamt				
A9_12	4,00	4,00	3,98	4,00 AZ
A8	1,00	1,00	1,00	
A7	1,00	1,00	0,98	
Summen 2. Einstiegsamt	6,00	6,00	5,96	
Gesamt:	14,00	14,00	12,77	

Beurlaubte Beamte Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR (StEB)

Laufbahn-/Besoldungsgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
1. Einstiegsamt				
A10	1,00	1,00	0,88	
Summen 1. Einstiegsamt	1,00	1,00	0,88	
Gesamt:	1,00	1,00	0,88	

Beurlaubte Beamte und gestellte Beschäftigt Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB)

Entgeltgruppe	Stellenzahl 2019	Stellenzahl 2018	besetzt am 30.06.2018	Vermerke/ Erläuterung
E12, S18, P16	1,00	1,00	1,00	
Summen Beschäftigte	1,00	1,00	1,00	
Gesamt:	1,00	1,00	1,00	

Wirtschaftspläne

WIRTSCHAFTSPLAN
der
e.E. Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

für das Geschäftsjahr 2016
(01.01. - 31.12.2016)

Wirtschaftsplan 2016 der e.E. AWB

ERFOLGSPLAN	Ansatz 2016 Tsd. €
Umsatzerlöse	
Gebühreneinnahmen Straßenreinigung	38.847
zuzüglich städtischer Anteil	12.683
zuzüglich Erweiterung des Winterdienstes	1.152
Zuschuss Stadt Köln für allg. genutzte Flächen	1.236
Gebühreneinnahmen Abfallbeseitigung	153.226
Überschuss Altkleidersammlung	70
Entgelte DSD Standortreinigung und Öffentlichkeitsarbeit	1.549
Gesamtleistung	208.763
 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Entsorgung Hausmüll und Biomüll	57.984
Entsorgung Straßenkehricht	755
Abfallbeseitigung Logistik	75.038
HolSERVICE Papier, Pappe, Kartonagen	7.783
Littering	7.920
Entsorgung von Elektroaltgeräten	1.203
Straßenreinigung Logistik	51.266
Erweiterung Winterdienst	1.152
Reinigung allgemein genutzter Flächen	1.236
Betrieb des Wertstoffhofes	119
Gelbe Tonne plus	1.872
Standortreinigung und Öffentlichkeitsarbeit DSD	1.549
Gesamt	207.877
 sonstige betriebliche Aufwendungen	
Verwaltungskosten	2.837
Finanzergebnis	
Zinsaufwendungen	-15
Zinserträge	1
Betriebsergebnis	-1.965

Bilanz der e.E. AWB

	30.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA				
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen				
Forderungen u. sonst.	4.824	6.282	3.618	4.404
Vermögensgegenstände				
Flüssige Mittel	5.871	6.701	6.433	0
Rechnungsabgrenzung	0	0	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	2.832
Summe	10.695	12.982	10.051	7.236
PASSIVA				
Eigenkapital				
Stammkapital	511	511	511	511
zweckgebundene Rücklagen	4.039	4.039	4.039	4.039
Verlustvortrag	799	-3.864	-5.367	-6.045
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-72	4.663	1.502	-1.338
Bilanzgewinn/-verlust				
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				2.832
Rückstellungen	415	416	111	96
Verbindlichkeiten	5.002	7.216	9.253	7.140
Summe	10.695	12.982	10.051	7.236

GuV der e.E. AWB

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	198.387	199.259	198.055	200.331
Sonst. betriebliche Erträge	442	152	227	3.735
Materialaufwand	196.635	191.960	194.304	203.013
Sonst. betriebliche Aufwendungen	2.256	2.779	2.457	2.331
Zinsen u.ä. Erträge	1	2	12	40
Zinsen u.ä. Aufwendungen	11	10	29	100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-72	4.663	1.502	-1.338
Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-72	4.663	1.502	-1.338
Verlustvortrag	799			
Bilanzgewinn/-verlust	727			

Lagebericht
der
e.E. Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Bereits im Jahre 1993 wurde mit der Fortschreibung des damaligen Abfallwirtschaftskonzeptes entschieden, dass die Restmüllverbrennungsanlage und die Kompostierungsanlage von der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (kurz AVG) betrieben werden sollen.

Um auf eine weitere Liberalisierung der kommunalen Abfallentsorgung vorbereitet zu sein und um dem weiteren Anstieg der Gebühren für Müllabfuhr und Straßenreinigung entgegenzuwirken, wurden auch die operativen Aufgaben von Abfallsammlung und -transport sowie der Straßenreinigung in Köln zum 1. Januar 2001 an die privatwirtschaftlich organisierte Unternehmung, die AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (kurz AWB KG), übertragen, die zum gleichen Zeitpunkt aus der seit dem 01.01.1998 bestehenden eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB ausgegründet wurde. In der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind keine operativen Aufgaben verblieben.

Da sich die Abfallwirtschaft in einem ständigen Wandel befindet, muss kontinuierlich eine Anpassung an neue rechtliche Rahmenbedingungen und die aktuelle Entwicklung der Rechtsprechung erfolgen. So sieht beispielsweise die Abfallrahmenrichtlinie der EU vor, dass ab 2015 eine Verwertungsquote von 65 % erreicht werden muss. Auf nationaler Ebene trat mit der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) zum 01.06.2012 eine weitere Änderung in Kraft. Nach Verabschiedung des KrWG durch den Bundestag (09.02.2012) und den Bundesrat (10.02.2012) ist das Gesetz am 19.02.2012 im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Aus Sicht der Kommunen ist insbesondere die Präzisierung der Gleichwertigkeitsklausel (§ 17 111) zu begrüßen, aufgrund derer eine Verwertung anfallender Wertstoffe durch die Kommunen und eine dadurch zu erzielende Stabilisierung der Abfallgebühren nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände gesichert erscheint. Diese Neueregungen bilden die Grundlage für weitere abfallwirtschaftliche Maßnahmen zur Steigerung der Erfassungs- und Verwertungsquote (z. B. Wertstofftonne).

Die Stadt Köln ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gesetzlich verpflichtet, ihr Abfallwirtschaftskonzept (AWK) alle fünf Jahre zu aktualisieren. Dies ist in 2012 mit Unterstützung der AWB GmbH und der AVG GmbH geschehen. Der Entwurf wurde im März 2012 in die politischen Gremien eingebracht und wurde am 15.05.2012 vom Rat der Stadt Köln beschlossen. Schwerpunkt der Aktualisierung ist eine Steigerung der Wertstoffquoten und damit verbunden eine Reduzierung der Restmüllmengen. Dies wurde u. a. dadurch erreicht, dass in der Gelben Tonne seit dem 01.01.2014 neben Leichtstoffverpackungen auch stoffgleiche Nichtverpackungen sowie Metalle entsorgt werden können (Gelbe Tonne plus). Diese werden dann einer Verwertung zugeführt.

Weiterhin wird seit November 2013 ein System zur kommunalen Erfassung von Altkleidern installiert. Die Zielsetzung besteht einerseits darin, das Stadtbild durch Beseitigung von illegalen Containern und damit verbundenen Müllablagerungen zu verbessern sowie andererseits die Verwertungsquote in der Stadt Köln entsprechend den Forderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu steigern. Die Einführung wurde im ersten Halbjahr 2014 abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, die überschüssigen Erträge vorerst zu gleichen Teilen zwischen gemeinnützigen Trägern und der Stadt Köln aufzuteilen.

In der Kalkulation der Hausmüllgebühren 2014 wurden die Erträge i.H.v. T€ 127 gebührenmindernd berücksichtigt.

Bei allen Optimierungsmaßnahmen wird durchgängig das Ziel verfolgt, die Gebühren möglichst stabil zu halten.

2. Allgemeine Geschäftsentwicklung

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB ist seit 1998 für die Gewährleistung der Abfallbeseitigung und der Straßenreinigung in der Stadt Köln verantwortlich und bedient sich dafür seit 2001 operativ ausschließlich der Leistungen Dritter (vorwiegend der AWB GmbH und der AVG GmbH). Da die eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB Aufgabenträger der Abfallwirtschaft und Straßenreinigung der Stadt Köln ist und nur die Durchführung der operativen Aufgaben und die Entsorgung der Abfälle Dritten übertragen wurde, werden in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung auch weiterhin Umsatzerlöse und Materialaufwendungen ausgewiesen. Auf diesem Wege behält die Stadt Köln ihre Stellung als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger bei und bestimmt nach wie vor die Kölner Abfallpolitik (z. B. Abfallwirtschaftskonzept, Abfallsatzung, Abfallgebührensatzung, Abstimmungen im Rahmen des Dualen Systems Deutschland - DSD) und trägt Sorge für die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung. Entsprechende Kontrollrechte sind vertraglich geregelt.

3. Entwicklung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage Im Geschäftsjahr

Der Jahresabschluss 2014 weist mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 72 gegenüber der Planung ein um T€ 1.853 besseres Ergebnis aus. Ursächlich hierfür waren verschiedene Einflussfaktoren. In verschiedenen Bereichen, u. a. in den sonstigen Erlösen Abfallbeseitigung (DSD) und Gutschriften aus der Verwertung von Elektroaltgeräten und Altkleidern, sind die tatsächlich erzielten Erträge höher ausgefallen als im Wirtschaftsplan angesetzt. Die Positionen Die Abweichungen bei den verschiedenen Erlöspositionen machen insgesamt ein Mehrergebnis gegenüber dem Plan von über T€ 600 aus.

Daneben sind im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge Kostenerstattungen für Vorjahre in Höhe von T€ 210 angefallen, die nicht geplant waren.

Bei den bezogenen Leistungen liegen die geplanten Kosten um rd. T€ 378 über den tatsächlich angefallenen Kosten.

Die Verwaltungskosten (sonstige betriebliche Erträge Aufwendungen) wurden mit T€ 2.789 gegenüber den tatsächlich angefallenen Kosten (T€ 2.256) um T€ 533 und damit deutlich höher geplant.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln weist zum 31. Dezember 2014 bilanziell ein Eigenkapital in Höhe von € 5.277.551,38 aus.

Die Liquidität des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln war in 2014 durch die verfügbaren flüssigen Mittel in Höhe von € 5,9 Mio. und eine Kreditlinie bei der Sparkasse KölnSonn in Höhe von Mio. € 50,0 gesichert.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Anwendung finanzieller Leistungsindikatoren ist zur Beurteilung der Geschäftstätigkeit in 2014 nicht angemessen, da der Eigenbetrieb AWB der Stadt Köln aufgrund der Regelungen der GO NRW und der EigVO NRW verpflichtet ist, ein nach Aufwendungen und Erträgen ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften bzw. anderenfalls einen Ausgleich gegenüber dem Gebührenzahler in nachfolgenden Jahren vorzunehmen. Insofern sind erwirtschaftete Überschüsse nicht regelmäßig als Leistungssteigerung aufzufassen, da sie zunächst ausschließlich eine die bloße Kostendeckung übersteigende Belastung des Gebührenzahlers indizieren.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hat im Jahre 2012 festgestellt, dass eine höhere Überdimensionierung der Restmüllverbrennungsanlage als vom Verwaltungsgericht (VG) Köln in früheren Urteilen angenommen, nicht vorliegt. Das OVG hat ferner zu erkennen gegeben, dass es die vom VG Köln angestellten Berechnungen der Preisrechtskonformität der Verbrennungspreise für unzutreffend hält, aber angeregt, bei der Kalkulation der Verbrennungsentgelte Teilleistungsbereiche nach Vertragspartnern zu bilden. Dieser Anregung folgt die AVG seitdem.

Prozessrisiken bestehen zurzeit aufgrund anhängiger Rechtstreitigkeiten betreffend die Gebührensätze für nachsortierte Restmüllbehälter sowie die Einführung einer kommunalen Altkleidersammlung. Ausgehend von einem 50 %igen Risiko wurden Rückstellungen i. H. v. T€ 400 gebildet. Existenzielle Risiken für den Eigenbetrieb AWB ergeben sich hieraus nicht.

Weitere Risiken für das Wirtschaftsjahr 2014 liegen insbesondere in der Mengenentwicklung im Bereich der Entleerungen und der Sammelmengen von Rest- und Biomüll.

Da mit der Umsetzung operativer Aufgaben externe Dienstleister beauftragt wurden, wurde das Risikomanagement für den Eigenbetrieb AWB als System zur wirtschaftlichen Steuerung auf der Basis von Kennzahlen entwickelt. Das Risikomanagement verfolgt insbesondere die Zielsetzung einer Bewusstmachung der im Wirtschaftszeitraum zu erwartenden Risiken bei allen Führungs- und Durchführungsprozessen.

Wirtschaftliche Risiken für den Eigenbetrieb sind insbesondere in folgenden Bereichen anzutreffen:

- Abweichungen der Ist-Werte bei den zu entsorgenden/zu behandelnden Mengen von den Planwerten, die zu einer Gefährdung des Plan-Ergebnisses führen,
- Entwicklung des Geldmarktzinses,
- Abweichungen der veranlagten Leistungsdaten der Abfallbeseitigung zwischen der AWB KG und dem Kassen- und Steueramt

Zur Risikominimierung wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Einrichtung eines Berichtswesens zur Dokumentation von Mengenentwicklung im Abfallbereich incl. Ursachenanalyse und kontinuierlicher Fortführung der Prognose,
- Kontinuierliche Beobachtung des Geldmarktzinses und Ausnutzung von Zinsdifferenzen,
- Abgleich der Leistungsdaten zwischen dem operativen Bereich der Kölner Abfallwirtschaft und der Dienststelle, der das Gebühren-Inkasso obliegt.

Preisänderungsrisiken sind für die Wirtschaftlichkeit des Eigenbetriebes nicht gegeben, da Entgeltanpassungsbegehren von Dienstleistern aufgrund der bestehenden vertraglichen Regelungen bereits im Vorjahr mitzuteilen sind und in der Gebührenkalkulation des entsprechenden Wirtschaftsjahres Berücksichtigung finden können. Die Refinanzierung des aus Preisänderungen resultierenden Mehraufwandes über Gebühreneinnahmen ist damit sichergestellt.

Ausfallrisiken aus offenen Forderungen gegen Dritte wurden über entsprechende Wertberichtigungen berücksichtigt.

Liquiditätsrisiken werden durch angemessene Rahmenvereinbarungen mit verschiedenen Geschäftsbanken abgesichert, die bei Bedarf die kurzfristige Bereitstellung von Liquidität sicherstellen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung für den Eigenbetrieb AWB nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres liegen nicht vor.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Da der Eigenbetrieb nicht operativ tätig wird, reduziert sich der Einfluss des Eigenbetriebes AWB auf die Beauftragung privater Leistungsanbieter (im Berichtsjahr i. W. AWB GmbH und AVG Köln mbH) bzw. auf die Überwachung und Steuerung der Leistungserstellung im Einzelfall. Die Leistungen der AWB KG werden entsprechend den vertraglichen Regelungen nach den tatsächlich geleerten Behältern und gereinigten Flächen bzw. den auf der Grundlage der Straßenreinigungssatzung veranlagten Frontmetern entgolten. Weitere Leistungen wie die Beseitigung von wilden Müllablagerungen im öffentlichen Raum werden auf der Grundlage der geltenden vertraglichen Regelungen abgegolten. Von der AVG werden die Entsorgungspreise für Restmüll und kompostierbare Abfälle jährlich entsprechend den Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP) neu kalkuliert. Gleichzeitig bleibt der Einfluss der Stadt Köln auf alle abfallwirtschaftlichen Entscheidungen durch ihre Vertretung in den entsprechenden Aufsichtsgremien erhalten.

Bei dem Eigenbetrieb AWB waren im Berichtsjahr keine Mitarbeiter unmittelbar beschäftigt. Die Aufgaben des Eigenbetriebes AWB wurden durch Bedienstete des Dezernates für Soziales, Integration und Umwelt wahrgenommen.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
Zusatzversorgungskasse Köln
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der Zusatzversorgungskasse Köln

	2018	2017
<u>Erträge und Aufwendungen</u>	€	€
Verdiente Beiträge	153.508.796	144.223.648
Erträge aus Kapitalanlagen	37.282.000	35.306.000
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-99.980.196	-99.227.400
Aufwendungen der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	-86.725.800	-76.470.148
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-2.560.500	-2.259.500
Aufwendungen für Kapitalanlagen	-860.800	-922.800
Versicherungstechnisches Ergebnis	663.500	649.800
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	-411.200	-400.000
Jahresüberschuss/Einstellung in Verlustrücklage	-252.300	-249.800
Jahresüberschuss	0	0

WIRTSCHAFTSPLAN

der

Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
Veranstaltungszentrum Köln
für das Wirtschaftsjahr 2018

(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der e.E. Veranstaltungszentrum Köln

Erfolgsplan

	2018	2017
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Umsatzerlöse	2.885,7	603,6
Sonstige betriebliche Erträge	10.174,7	10.147,9
Abschreibungen	-3.650,0	-3.750,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.419,1	-2.380,6
Sonstige Zinsen u.ä. Erträge	0,0	0,0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-5.234,2	-5.275,7
Ergebnisübernahme KölnKongress GmbH	-1.369,0	-1.998,0
Zinsen u.ä. Aufwendungen	-4.160,0	-4.355,0
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-4.771,9	-7.007,8
 Sonstige Steuern	 0,0	 0,0
 Jahresergebnis	 -4.771,9	 -7.007,8

Finanzplan

	2018	2017
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Mittelbedarf		
Investitionen		
Betriebsteil Gürzenich	270,0	250,0
Betriebsteil Tanzbrunnen/Rheinterrassen	400,0	380,0
Betriebsteil Flora	0,0	0,0
Betriebsteil Philharmonie	2.947,3	3.639,2
Jahresfehlbetrag	4.771,9	7.007,8
Kreditwirtschaft	7.100,0	6.170,0
 Summe Mittelbedarf	 15.489,1	 17.446,9
Mittelherkunft		
Liquide Mittel zum 01.01.2015	441,5	-5.189,2
Eigenfinanzierung aus Abschreibg.	3.650,0	3.750,0
Schuldendienst Stadt (Tilgungsanteil)	1.463,4	1.152,6
Kreditaufnahme	10.000,0	18.000,0
 Summe Mittelherkunft	 15.554,9	 17.713,4
 Finanzüberschuss (+)/ Unterdeckung (-)	 65,8	 266,4

Bilanz der e.E. Veranstaltungszentrum Köln

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Aktiva					
Anlagevermögen:					
Immat. Vermögensge-					
genstände	0,1	0,4	0,7	1,0	1,2
Sachanlagen	97.731,1	96.807,2	99.429,3	88.415,5	82.152,0
Finanzanlagen	237.659,9	237.947,4	238.009,1	238.131,6	238.007,0
Umlaufvermögen:					
Forderungen	57.333,7	57.601,2	688,9	790,9	978,0
Flüssige Mittel	0,0	768,5	0,0	5.913,9	0,0
	392.724,9	393.124,7	338.128,0	333.252,8	321.138,2
 Passiva					
Eigenkapital:					
gezeichnetes Kapital	21.000,0	21.000,0	21.000,0	21.000,0	21.000,0
Kapitalrücklage	176.066,9	176.055,3	179.553,3	181.845,1	185.802,6
Verlustvortrag	-21.612,8	-21.830,6	-21.316,3	-20.031,3	-21.075,6
Jahresverlust	-4.809,9	-4.598,9	-5.016,0	-4.302,5	-3.490,7
 Sonderposten f. Landes-					
zuschüsse	2.219,8	2.604,9	2.991,9	3.378,0	3.764,1
 Rückstellungen	58.284,1	58.541,9	1.793,3	1.159,5	942,7
Verbindlichkeiten	161.576,8	161.302,6	159.121,8	150.204,0	134.195,2
Rechnungsabgr.posten	0,0	48,5	0,0	0,0	0,0
	392.724,9	393.124,7	338.128,0	333.252,8	321.138,2

GUV der e.E. Veranstaltungszentrum Köln

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	587,9	694,4	490,9	465,9	1.313,0
Sonst. betriebliche Erträge	10.114,7	67.333,1	9.476,5	10.143,8	8.019,3
Abschreibungen	-3.562,8	-3.624,5	-3.003,4	-2.378,3	-2.382,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.736,1	-58.967,9	-1.956,6	-2.791,2	-1.571,9
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	30,0	0,0
Zinsen und ähnliche Erträge	0	0,1	0,1	93,0	0,1
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-5.366,2	-5.040,8	-5.004,0	-5.502,1	-3.851,1
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-693,8	-669,8	-642,9	0,0	-444,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.153,7	-4.323,6	-4.375,7	-4.369,5	-4.563,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.809,9	-4.598,9	-5.015,2	-4.309,5	-3.481,5
Steuern von Einkommen u. Ertrag	0,0	0,0	0,0	10,7	0,0
Sonstige Steuern	0,0	0,0	-0,1	-3,7	-9,3
Jahresfehlbetrag	-4.809,9	-4.598,9	-5.016,0	-4.302,5	-3.490,7

Lagebericht 2016
der
eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Rahmenbedingungen

Geschäftsverlauf

Das Veranstaltungszentrum nimmt - mit Ausnahme der Vermietung bzw. Verpachtung der betriebsnotwendigen Immobilien an die Betriebsgesellschaften - keine eigenen geschäftlichen Tätigkeiten wahr. Seine wirtschaftliche Situation im Wirtschaftsjahr 2016 wird - wie auch in den Vorjahren - im Wesentlichen durch die Ergebnisse, die sich aus dem Betrieb der Objekte Gürzenich, Tanzbrunnen und Philharmonie sowie - seit Inbetriebnahme zum 1. Juli 2014 - der Flora durch die jeweiligen Betriebsgesellschaften ergeben, bestimmt. Die im Wege der Verpachtung an die Betriebsgesellschaften KÖLNMUSIK GmbH und KölnKongress GmbH sowie aus der Bestellung der Erbbaurechte an die Koelnmesse GmbH erzielten Umsatzerlöse reichten nicht aus, um die aus der Sanierung des Gürzenichs, der Generalinstandsetzung der Flora und der Renovierung des Tanzbrunnens resultierenden Zins- und Abschreibungs- sowie die laufenden Instandsetzungsaufwendungen zu kompensieren.

Durch die Erträge aus der gemeinsam mit der Koelnmesse GmbH durchgeführten US-Lease-Transaktion konnte letztmalig im Jahre 2002 ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Trotz eines Zuschusses aus dem städtischen Haushalt in Höhe von 3,0 Mio. Euro hat die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln mangels weiterer nachhaltiger Erträge in 2016 einen Verlust in Höhe von rd. 4,8 Mio. Euro (Vorjahr: 4,6 Mio. Euro) erwirtschaftet, der das Eigenkapital vermindert.

Zum Geschäftsverlauf der Beteiligungsgesellschaften ist Folgendes auszuführen:

Koelnmesse GmbH

Die **Koelnmesse GmbH** schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von 4.656 Tsd. Euro nach Steuern ab. Bezogen auf das Vorjahresergebnis von 34.124 Tsd. Euro ergibt sich eine Ergebnisminderung um 38.780 Tsd. Euro. Im Wirtschaftsplan 2016 war für die GmbH ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von 21.152 Tsd. Euro veranschlagt. Bezogen auf diese ursprüngliche Prognose wurde ein um 16.496 Tsd. Euro höheres Jahresergebnis erwirtschaftet.

Im Geschäftsjahr 2016 besonders hervorzuheben sind folgende Sachverhalte:

Die im Zusammenhang mit den ursprünglichen Mietzahlungen für die Nordhallen und der derzeit gemäß **Interimsvereinbarung** reduzierten Nutzungsentschädigung verbleibenden möglichen Restzahlungen wurden im Jahresabschluss wiederum in voller Höhe zurückgestellt (nunmehr 35.547 Tsd. Euro). In 2016 wurde zwischen den Vertragspartner Stadt Köln, Koelnmesse und Grundstücksgesellschaft KölnMesse 15-18 GbR ein Vergleich ausgehandelt, dem alle zuständigen Gremien der betroffenen Parteien zugestimmt haben und der derzeit noch der EU-Kommission zur beihilfen- und vergaberechtlichen Prüfung vorliegt. Der Vergleich sieht aus Sicht der Koelnmesse rückwirkend zum 01.08.2010 eine dauerhafte Reduzierung der Mietzahlungen vor. Sofern die EU-Kommission dem Vergleich zustimmt, ergeben sich durch die Auflösung von nicht mehr benötigten Mietrückstellungen für die Koelnmesse GmbH deutliche Ertragschancen.

In 2015 wurde das umfangreiche Modernisierungsprogramm Koelnmesse 3.0 gestartet, das in erster Linie im Südgelände bis zum Jahre 2030 Investitionen von über 600 Mio. Euro vorsieht. Schwerpunkte des Programms in 2016 lagen neben dem Baubeginn des neuen Parkhauses, auf Bestandssanierungen und Planungsmaßnahmen.

Die Umsatzerlöse der Koelnmesse GmbH haben sich um insgesamt 53.163 Tsd. Euro oder 18,7% auf 231.132 Tsd. Euro reduziert. Der Umsatzrückgang resultiert im Wesentlichen aus dem turnusmäßig veranstaltungsschwächeren Veranstaltungsjahr. Dagegen wurde der geplante Umsatz von 221.332 Tsd. Euro um 9.800 Tsd. Euro übertroffen. Im Wesentlichen re-

sultiert der Umsatzrückgang aus den turnusbedingt gesunkenen Erträgen aus der Vermietung von Hallen, Ständen, Kongressräumen und Freigelände (-41.933 Tsd. Euro oder -24,8%). So hat die Koelnmesse GmbH 2016 in Köln 25 eigene Messen und Ausstellungen organisiert (Vj.: 29). Gegenüber den jeweiligen Vorveranstaltungen konnte jedoch insgesamt ein preis- und mengenmäßiges Wachstum erzielt werden, weshalb der geplante Umsatz deutlich überschritten wurde.

Der veranstaltungsbezogene Aufwand hat sich gegenüber der Umsatzentwicklung deutlich unterproportional nur um 5.680 Tsd. Euro bzw. 3,3% auf 164.048 Tsd. Euro verringert. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Veranstaltungsaufwandsquote dadurch um 11,3%-Punkte auf 71,0%. Dies erklärt sich zum einen durch die margenschwächeren Veranstaltungen im geraden Messejahr 2016, zum anderen durch den hohen Fixkostenanteil der veranstaltungsbezogenen Aufwendungen (hier insbesondere die unverändert hohen Mieten für Gelände und Hallen). Bezogen auf den Wirtschaftsplan 2016 liegen die veranstaltungsbezogenen Aufwendungen um 7.198 Tsd. Euro über dem Planwert von 156.850 Tsd. Euro (+4,6%).

Der Personalaufwand erhöhte sich um 2.901 Tsd. Euro oder 7,4% auf 42.057 Tsd. Euro. Der Anstieg resultiert aus Tarifsteigerungen bzw. einer Einmalzahlung sowie aus einem Personalszuwachs von rd. 26 Mitarbeitern.

Die übrigen Betriebsaufwendungen haben sich nach Abzug der neutralen Posten im Vergleich zum Vorjahr um 2.722 Tsd. Euro oder 10,3% auf 23.747 Tsd. Euro verringert. Das Betriebsergebnis fällt mit -13.165 Tsd. Euro gegenüber dem Vorjahresergebnis damit um 48.107 Tsd. Euro niedriger aus.

Das Finanzergebnis in Höhe von 7.261 Tsd. Euro (Vorjahr: 5.546 Tsd. Euro) beinhaltet die Ergebnisabführung der Koelnmesse Ausstellungen GmbH in Höhe von 6.313 Tsd. Euro (Vorjahr: 7.206 Tsd. Euro) sowie das (von Sondereinflüssen bereinigte) Zinsergebnis in Höhe von -702 Tsd. Euro (Vorjahr: -1.660 Tsd. Euro). Darüber hinaus erzielte die Koelnmesse Erträge aus der Beteiligung an der Koelnmesse Inc., Chicago, USA, in Höhe von 1.872 Tsd. Euro (Dividendenzahlung in Höhe von 2.000 Tsd. US-\$). Dagegen mussten Abschreibungen auf Finanzanlagen durch die Abwertung der Beteiligung an der Koelnmesse Co. Ltd., Bangkok, Thailand, in Höhe von 105 Tsd. Euro sowie durch Kursverluste bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von 117 Tsd. Euro verbucht werden. Bei den Wertpapieren handelt es sich um Fonds, die im Laufe des Geschäftsjahres 2016 im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition angeschafft wurden und deren Marktwert sich zum 31.12.2016 entsprechend reduziert hat.

Bei dem neutralen Ergebnis von 1.351 Tsd. Euro (Vj.: -369 Tsd. Euro) stehen den Erträgen von 2.306 Tsd. Euro, im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen, Umsatzsteuererstattungen aus Vorjahren und Erlösen aus der Veräußerung von Verbrauchsgütern, Aufwendungen von 955 Tsd. Euro gegenüber, die sich in erster Linie aus der Ausbuchung von Forderungen und aus Steuereffekten der Umsatzsteuererstattung aus Vorjahren ergeben.

KÖLNMUSIK GmbH

Die **KÖLNMUSIK GmbH** hat das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.726 Tsd. Euro (Vorjahr: 5.041 Tsd. Euro) abgeschlossen, so dass der im Wirtschaftsplan 2016 veranschlagte Jahresfehlbetrag von 5.166 Tsd. Euro um 440 Tsd. Euro unterschritten wurde.

Entsprechend dem vom Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 11.02.2014 beschlossenen Betriebskostenzuschuss an die KölnMusik GmbH für 2016 hat die Stadt Köln/Veranstaltungszentrum Köln unterjährig einen Zuschuss in Höhe von 5.079 Tsd. Euro an die KölnMusik GmbH gezahlt. Die KölnMusik hat die unterjährigen Zahlungen in voller Höhe in die Kapitalrücklage eingestellt und den Verlust 2016 durch eine entsprechende Entnahme ausgeglichen.

In der Erfolgsrechnung der KölnMusik GmbH stehen den Erträgen in Höhe von 10.558 Tsd. Euro (Vorjahr: 10.136 Tsd. Euro) Aufwendungen in Höhe von 15.284 Tsd. Euro (Vj.: 15.177 Tsd. Euro) gegenüber.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Umsatzerlöse um 664 Tsd. Euro bzw. 7,2% auf 9.894 Tsd. Euro erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung ist im Wesentlichen die gestiegene Anzahl von Veranstaltungen (2016: 402, 2015: 391, 2014: 404), wobei sich der Erlösanstieg gleichermaßen auf Eigenveranstaltungen (+315 Tsd. €) wie auf Koproduktionen (+304 Tsd. Euro) verteilt, sowie die höherpreisige Programmgestaltung. Aufgrund der höheren Veranstaltungszahlen, wodurch die Möglichkeiten zur Vermietung des Konzertsaals eingeschränkt wurden, sind die Erlöse aus der Konzertsaalvermietung rückläufig (-143 Tsd. Euro).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen steigen im Vergleich zur Umsatzentwicklung deutlich unterproportional um lediglich 30 Tsd. Euro bzw. 0,5% auf 6.065 Tsd. Euro. Damit sinkt ihr Anteil an der Gesamtleistung von im Vorjahr 65,4% auf nunmehr 61,3%. Verantwortlich hierfür ist der Rückgang der durchschnittlich pro Veranstaltung gezahlten Künstlerhonorare. Im Ergebnis verbesserte sich der Rohertrag im Vorjahresvergleich damit um 634 Tsd. Euro (+19,8%) auf 3.829 Tsd. Euro.

Auch die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich infolge höherer Zuschüsse und Sponsoringlöhne um 56 Tsd. Euro auf 630 Tsd. Euro erhöht.

Der Anstieg des Personalaufwands um 54 Tsd. Euro auf nunmehr 5.373 Tsd. Euro resultiert im Wesentlichen aus Tarifierhöhungen. Auch bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein leichter Anstieg um 26 Tsd. Euro auf 3.490 Tsd. Euro zu verzeichnen. Hier haben sich die Betriebskosten des Konzertsaals im Wesentlichen bedingt durch höhere Instandhaltungsaufwendungen um 60 Tsd. € auf 634 Tsd. Euro erhöht. In der Summe steigt das Betriebsergebnis um 608 Tsd. Euro bzw. 11,7% auf -4.584 Tsd. Euro.

Das Finanzergebnis ist aufgrund der hohen Festgeldanlagen unter Verrechnung von Aufwendungen aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen und aus der Abwertung von Wertpapieren mit 4 Tsd. Euro weiterhin positiv. Das neutrale Ergebnis in Höhe von -146 Tsd. Euro setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (23 Tsd. Euro) sowie aus Aufwendungen aus nicht abziehbarer Vorsteuer (165 Tsd. Euro).

Wie bereits in den Vorjahren werden die Mittel für den Zuschuss an die KÖLNMUSIK GmbH aus dem allgemeinen städtischen Haushalt bereitgestellt und über das Veranstaltungszentrum an die Gesellschaft weitergeleitet, wodurch sich für das Veranstaltungszentrum insoweit keine wirtschaftliche und finanzielle Belastung ergibt.

KölnKongress GmbH

Das Geschäftsjahr 2016 der **KölnKongress GmbH**, mit der eine steuerliche Organschaft besteht, schließt vor Ergebnisübernahme durch das Veranstaltungszentrum Köln mit einem Jahresfehlbetrag von 694 Tsd. Euro ab. Verglichen mit dem Vorjahresverlust von 670 Tsd. Euro bedeutet dies eine Verschlechterung des Ergebnisses um 24 Tsd. Euro. Bezogen auf den im Wirtschaftsplan 2016 veranschlagten Planverlust von 710 Tsd. Euro ergibt sich eine leichte positive Abweichung von 16 Tsd. Euro.

Das Jahresergebnis 2016 der KölnKongress GmbH ist geprägt von zwei Sondereffekten: Zum einen führt die Übernahme der Anlaufverluste der neu gegründeten KölnKongress Gastronomie GmbH zu einer Ergebnisbelastung in Höhe von 72 Tsd. Euro. Zum anderen wurde in 2016 mit der Umsetzung des vom Aufsichtsrat beschlossenen Maßnahmenpaketes zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Gürzenich und im Tanzbrunnen begonnen. Hierdurch wurde das Ergebnis 2016 mit rd. 100 Tsd. Euro zusätzlichen Instandhaltungsaufwendungen belastet.

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.233 Tsd. Euro (+9,8%) auf 13.751 Tsd. Euro erhöht. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Mieterlöse (+751 Tsd. Euro) und der Erlöse aus Weiterbelastungen an Dritte (+543 Tsd. Euro) zurückzuführen.

Der veranstaltungsbezogene Aufwand hat sich analog zur Umsatzentwicklung um 10,0% bzw. 882 Tsd. Euro auf 9.746 Tsd. Euro erhöht. Dadurch verbesserte sich der Rohertrag im Vergleich zum Vorjahr absolut um 351 Tsd. Euro bzw. 9,6% auf 4.005 Tsd. Euro. Die Materialaufwandsquote ist durch die gleichförmige Entwicklung von Umsatz und veranstaltungsbezogenem Aufwand mit 70,9% nahezu unverändert (Vj.: 70,8%).

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr bei leicht rückläufigen Betriebs- und Vertriebsaufwendungen (-25 Tsd. Euro bzw. -23 Tsd. Euro) die Verwaltungsaufwendungen um 83 Tsd. Euro bzw. 22,7% erhöht. Der Personalaufwand erhöhte sich bei einem konstanten Mitarbeiterbestand durch die Tarifierhöhung zum 01.01.2016 von 2,6% und infolge Höhergruppierungen, Stundenaufstockungen und der Übernahme einer Auszubildenden um 147 Tsd. Euro bzw. 4,8% auf 3.204 Tsd. Euro. Im Saldo beläuft sich das Betriebsergebnis auf -552 Tsd. Euro und hat sich damit gegenüber dem Vorjahreswert um 88 Tsd. Euro verbessert.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis hat sich durch die Übernahme des Anlaufverlustes der KölnKongress Gastronomie GmbH in Höhe von 72 Tsd. Euro auf -84 Tsd. Euro verschlechtert. Das periodenfremde Ergebnis in Höhe von -58 Tsd. Euro wird in erster Linie bestimmt von Nebenkostenabrechnungen aus Vorjahren sowie einer drohenden Pachtnachzahlung für das Staatenhaus aus 2014.

An dem Jahresergebnis (vor Ergebnisübernahme durch das Veranstaltungszentrum Köln) sind die unterschiedlichen Sparten der KölnKongress GmbH wie folgt beteiligt:

	Congress-Centrum Tsd. €	Gürzenich Tsd. €	Tanzbrunnen Tsd. €	Flora Tsd. €	Staatenshaus Tsd. €	Sonstige Objekte Tsd. €	Gesamt Tsd. €
Umsatzerlöse	5.810	2.477	3.232	2.210	0	51	13.780
Materialaufwand	-3.317	-2.008	-2.904	-1.545	-21	-36	-9.831
Rohrertrag	2.493	469	328	665	-21	15	3.949
Sonst. betr. Erträge	14	7	2	6	6	0	35
Personalaufwand	-1.426	-596	-712	-465	0	-5	-3.204
Abschreibungen	-19	-54	-69	-145	0	0	-287
Sonst. betriebl. Aufw.	-383	-204	-308	-168	0	0	-1.063
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	-72	0	0	0	0	-72
Zinsen u.ä. Erträge	0	0	0	0	0	0	0
Zinsen u.ä. Aufw.	-3	-1	-1	-7	0	0	-12
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigk.	676	-451	-760	-114	-15	10	-654
Sonstige Steuern	-4	-21	-3	-12	0	0	-40
Jahresergebnis	672	-472	-763	-126	-15	10	-694
Anzahl Veranstaltungen	1.278	191	413	197	0	43	2.122
Anzahl Besucher/Teilnehmer	214.000	142.000	522.000	61.000	0	5.000	944.000

Das Jahresergebnis wird im Wesentlichen bestimmt von dem positiven Deckungsbeitrag des Geschäftsbereiches Congress-Centrum Koelnmesse von 672 Tsd. Euro (Vorjahr: 519 Tsd. Euro), der sich im Vergleich zum Vorjahr um 153 Tsd. Euro (+29,5%) verbessert hat. Bei nur leicht gestiegenen Veranstaltungszahlen ist der Umsatzzuwachs durch qualitativ hochwertigere Veranstaltungsprogramme zu erklären. Das geplante Ergebnis von 733 Tsd. Euro wurde jedoch um 61 Tsd. Euro unterschritten.

Im Betriebsteil Gürzenich bewegt sich der Spartenverlust bei leicht gesunkener Anzahl an Veranstaltungen mit 472 Tsd. Euro nahezu auf Vorjahresniveau, obwohl die in 2016 erstmalig angefallenen Anlaufverluste der neu gegründeten Tochter KölnKongress Gastronomie GmbH diesem Geschäftsbereich zugeordnet werden und Instandhaltungsmaßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in Höhe von 39 Tsd. Euro durchgeführt wurden. Das (negative) Ergebnis wird u.a. auch davon bestimmt, dass im Betriebsteil Gürzenich aufgrund der Bestimmungen des Bescheides über die Bewilligung von Städtebaufördermitteln im Zusammenhang mit der Generalinstandsetzung bei bürgernahen Veranstaltungen nur reduzierte Mietsätze gefordert werden dürfen. Auch gegenüber der Planung wurde der Verlust um 80 Tsd. Euro unterschritten. Da im Wirtschaftsplan 2016 die Gründung der KölnKongress Gastronomie GmbH noch nicht berücksichtigt war, wird die Planung um diesen Sondereffekt bereinigt sogar um 152 Tsd. Euro unterschritten.

Im Geschäftsbereich Tanzbrunnen hat sich das Spartenergebnis um 219 Tsd. Euro auf -763 Tsd. Euro verschlechtert. Belastet wird das Ergebnis von hohen Instandhaltungsaufwendungen, die zu einem überproportionalen Anstieg der veranstaltungsbezogenen Kosten und damit zu einer Verschlechterung des Rohertrages trotz gestiegener Umsatzzahlen führten. Die in 2016 umgesetzten Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Tanzbrunnen führten zu zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von 61 Tsd. Euro.

Nach der Wiedereröffnung der Flora im Juni 2014 fand im Berichtsjahr nun der zweite ganzjährige Betrieb statt. Es kam in dem Geschäftsbereich zu einem weiteren Anstieg der Umsätze (+188 Tsd. Euro bzw. +9,3%) bei nur unterproportional gestiegenem Materialaufwand (+64 Tsd. € bzw. +4,3%). In der Summe schloss die Sparte mit einem Verlust von 126 Tsd. Euro (Vorjahr: -211 Tsd. Euro) ab, der damit um 100 Tsd. Euro niedriger ausfiel als im Wirtschaftsplan prognostiziert.

B. Erläuterungen zur Ertrags- und Vermögenslage des Veranstaltungszentrums

Ertragslage

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln hat das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von 4.809.872,86 Euro (Vorjahr: 4.598.913,90 Euro) abgeschlossen. Den Aufwendungen von 15.512.497,53 Euro (Vorjahr: 72.626.561,35 Euro) standen dabei Erträge von 10.702.624,67 Euro (Vorjahr: 68.027.647,45 Euro) gegenüber. Geplant war ein Jahresfehlbetrag von rd. 5.700 Tsd. Euro.

Als wesentlicher Geschäftsvorfall im Wirtschaftsjahr 2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung war die Einigung im Rechtsstreit Messehallen zwischen der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15 - 18 GbR, der Koelnmesse GmbH und dem Veranstaltungszentrum Köln hervorzuheben (siehe C. Risikobericht). Der ausgehandelte Vergleichsentwurf, der der Europäischen Kommission noch zur Prüfung vorliegt, führte im Rahmen der hälftigen Schadensübernahme im Jahr 2015 zu einer Effektivbelastung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in Höhe von 57,2 Mio. Euro, für die im Jahresabschluss 2015 eine entsprechende Rückstellung berücksichtigt wurde. Da der ausgehandelte Schadenersatzanteil der Stadt Köln die Finanzkraft der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung übersteigt, sollen die zurückgestellten Mittel im Rahmen des Verlustausgleiches gemäß § 10 Abs. 6 EigVO aus dem allgemeinen städtischen Haushalt bereitgestellt werden. Hierfür wurde im Jahresabschluss 2015 eine entsprechende Ausgleichsforderung bilanziert.

Die Erträge des abgelaufenen Wirtschaftsjahres setzen sich zusammen aus Umsatzerlösen (Mieten bzw. Pachten, Erbbauzinsen) von 588 Tsd. Euro und sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 10.115 Tsd. Euro. Die sonstigen betrieblichen Erträge des abgelaufenen Wirtschaftsjahres beinhalten im Wesentlichen die Betriebskostenzuschüsse der Stadt Köln für die KÖLNMUSIK GmbH (5.079 Tsd. Euro), das Veranstaltungszentrum Köln (3.000 Tsd. Euro) und dem Zinsanteil des aus dem städtischen Haushalt zu leistenden Schuldendienstes (1.526 Tsd. Euro) sowie Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Landeszuschüsse für die Sanierung des Gürzenichs (386 Tsd. Euro). Im Vorjahr waren die sonstigen betrieblichen Erträge bestimmt von der Einbuchung des Ausgleichsanspruchs gegen die Stadt Köln aus dem Vergleich Messehallen in Höhe von 57,2 Mio. Euro.

Auf der Aufwandseite stehen den vorgenannten Erträgen Abschreibungen auf Sachanlagen von 3.563 Tsd. Euro, Zinsen in Höhe von 4.154 Tsd. Euro, Abschreibungen auf Finanzanlagen (Anteile an der KÖLNMUSIK GmbH) von 5.366 Tsd. Euro sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 1.736 Tsd. Euro gegenüber. Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme der KölnKongress GmbH erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 694 Tsd. Euro (Vj.: 670 Tsd. Euro). Die Abschreibung auf Finanzanlagen resultiert zum einen aus dem Jahresfehlbetrag der KölnMusik GmbH in Höhe von 4.726 Tsd. Euro. Zum anderen hatte der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 01.10.2013 beschlossen, dass eine Zuschussüberzahlung der KölnMusik GmbH aus dem Jahre 2012 in Höhe von 841 Tsd. Euro für die Achtbrücken GmbH zur Finanzierung der Festivalausgaben in den Jahren 2016 und 2017 verwandt werden soll. Für das Festival 2016 wurde auf Basis des genehmigten Wirtschaftsplans der AchtBrücken GmbH aus der Rücklage der KölnMusik GmbH ein Betrag von 640 Tsd. € bereitgestellt. Die Rücklagenentnahme führt zu einer entsprechenden Abwertung der Finanzanlage der KölnMusik GmbH. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten als größte Posten die Energiekosten in Höhe von 604 Tsd. Euro (Vj.: 650 Tsd. Euro), Instandhaltungs- und Baubetreuungsaufwendungen von 549 Tsd. Euro (Vj.: 530 Tsd. Euro) sowie die Bewachungskosten des Heinrich-Böll-Platzes von 185 Tsd. Euro (Vj.: 168 Tsd. Euro). Im Vorjahr waren die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wesentlich von der Einbuchung der Rückstellung für den Messehallen-Vergleich in Höhe von 57,2 Mio. Euro geprägt.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 400 Tsd. Euro auf 392.725 Tsd. Euro.

Das Sachanlagevermögen hat sich bei Zugängen von 4.486 Tsd. Euro und Abschreibungen in Höhe von 3.562 Tsd. Euro im Saldo um 924 Tsd. Euro auf 97.731 Tsd. Euro erhöht. Größter Zugang im Jahr 2016 war die Übertragung des Grundstückes Brügelmannstraße/Pfälzischer Ring aus dem allgemeinen Liegenschaftsvermögen in das Sondervermögen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln mit der Absicht, das Grundstück der Koelnmesse GmbH zur Errichtung eines Parkhauses zu verpachten (Ratsvorlage-Nr. 2078/2016). Die Übertragung erfolgte zum 01.07.2016 im Wege der Einlage zum Buchwert von 3.934 Tsd. Euro. Mit der Koelnmesse GmbH wurde ebenfalls mit Wirkung zum 01.07.2016 ein Vertrag zur vorzeitigen Besitzüberlassung geschlossen. Mittelfristig ist geplant, das Grundstück im Rahmen der Verlängerung der mit der Koelnmesse GmbH bereits bestehenden Erbbaurechtsverträge in die neue Vertragskonstruktion mit einzubeziehen.

Das Eigenkapital hat sich aufgrund der Einlagen in die Kapitalrücklage von 3.934 Tsd. Euro durch die Übertragung des Grundstückes Brügelmannstraße sowie in Höhe von 895 Tsd. Euro für den Tilgungsanteil des aus dem städtischen Haushalt zu leistenden Schuldendienstes trotz des Jahresfehlbetrages von 4.810 Tsd. Euro im Saldo um rd. 19 Tsd. Euro leicht erhöht. Das Fremdkapital hat sich - ohne Berücksichtigung des Sonderpostens – im Saldo leicht um rd. 32 Tsd. Euro reduziert. So haben sich zwar die Verbindlichkeiten durch den Ausgleich einer im Vorjahr mit den Verbindlichkeiten verrechneten Forderung gegen die Stadt Köln in der Summe erhöht (+274 Tsd. Euro), gegenläufig hierzu verminderten sich jedoch die Rückstellungen (-258 Tsd. Euro) sowie der Rechnungsabgrenzungsposten (-48 Tsd. Euro). Der Rechnungsabgrenzungsposten war im Vorjahr wegen einer Überzahlung der Stadt Köln im Zusammenhang mit der Schuldendiensthilfe gebildet worden, die in 2016 verrechnet wurde.

Da der Jahresfehlbetrag des Veranstaltungszentrums vorerst nicht aus städtischen Haushaltsmitteln ausgeglichen wird, ist dieser auf neue Rechnung vorzutragen. Unter Berücksichtigung der Verlustvorträge aus Vorjahren von 21.613 Tsd. Euro ergibt sich damit zum Bilanzstichtag 31.12.2016 ein kumulierter Gesamtverlust von 26.423 Tsd. Euro.

Grundsätzlich ist der Vortrag eines Jahresverlustes auf neue Rechnung nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) zulässig. Jedoch bestimmt § 10 Absatz 6 Satz 3 der EigVO NRW, dass ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden soll, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt. Ansonsten ist der Verlust aus Haushaltsmitteln auszugleichen.

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde entsprechend dieser Vorschrift mit Genehmigung durch Ratsbeschluss vom 22.09.2016 ein durch Gewinnvorträge aus Vorjahren bzw. Gewinnen aus Folgejahren oder durch Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt nicht abgedeckter Verlust aus dem Jahre 2010 von rd. 4.817 Tsd. Euro durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Durch diesen Verlustausgleich ergibt sich insgesamt keine Minderung des Eigenkapitals, da zwar einerseits die Kapitalrücklage des Veranstaltungszentrums in Höhe des vorstehend genannten Betrages reduziert wird, andererseits jedoch ein entsprechend geringerer Verlustvortrag mit dem übrigen Eigenkapital verrechnet wird.

Das Eigenkapital des Veranstaltungszentrums beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2016 170.644.254,11 Euro, wobei 21.000.000,00 Euro auf das Stammkapital und 176.066.880,13 Euro auf die Kapitalrücklage des Veranstaltungszentrums entfallen, denen zum Bilanzstichtag der kumulierte Gesamtverlust in Höhe von 26.422.626,02 Euro gegenüberstand.

Sofern die negativen Jahresergebnisse auch zukünftig auf neue Rechnung vorgetragen bzw. ohne Mittelzuführung von außen mit der Kapitalrücklage verrechnet werden, ist wie in den Vorjahren mit einer weiteren kontinuierlichen Verminderung des Eigenkapitals zu rechnen.

Investitionen

Mit der Einbringung der Flora in das Vermögen des Veranstaltungszentrums hat der Rat zugleich die Generalsanierung dieses Objektes sowie dessen Finanzierung durch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beschlossen. Mit Beschluss des Rates vom 07.10.2010 wurde für die Generalsanierung Flora das Gesamtbudget auf maximal 27 Mio. Euro einschließlich MwSt. limitiert, wobei der Rat mit Beschluss vom 14.07.2011 zur Kenntnis genommen hat, dass sich bei den Ausschreibungen einzelner Gewerke Kostenüberschreitungen ergeben haben, die zu einer Erhöhung der Baukosten auf bis zu 36,0 Mio. € führen können. Diese Ausschreibungen wurden aufgehoben und neu durchgeführt. Um den Baubeginn in 2011 nicht zu gefährden, wurde ferner den Ausschreibungen mit wirtschaftlichem Ergebnis die Freigabe erteilt. Über die Kostenentwicklung wurde dem Betriebsausschuss fortlaufend berichtet; zuletzt mit Mitteilung vom 07.04.2014. Die zu erwartenden Brutto-Gesamtkosten beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf rd. 39,6 Mio. Euro.

Im Juni 2014 wurde die Flora termingerecht eröffnet. Da noch nachgehende Arbeiten zu erledigen waren, liegt eine Schlussrechnung noch nicht vor. Im Berichtsjahr 2016 wurden noch Investitionen im Rahmen der Generalsanierung der Flora bzw. der Errichtung der (barrierefreien) Außenrampe in Höhe von rd. 134 Tsd. Euro getätigt. Insgesamt beträgt das bis zum 31.12.2016 getätigte Netto-Investitionsvolumen für das Bauvorhaben 37,8 Mio. Euro. Nach endgültiger Abrechnung können sich hiervon noch Abweichungen ergeben.

Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt in Anbetracht der finanziellen Situation des Veranstaltungszentrums kreditweise. Seit Baubeginn im Wirtschaftsjahr 2011 wurden bisher drei Darlehenstranchen in Höhe von jeweils 10 Mio. Euro aufgenommen, so dass sich das zur Finanzierung des Bauvorhabens aufgenommene Fremdkapital zum 31.12.2016 auf 30,0 Mio. Euro beläuft. Der hieraus resultierende Schuldendienst der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung wird aus Mitteln des städtischen Haushaltes im Einlagewege (Einzahlung in die Kapitalrücklage) und durch Zuschüsse erstattet. Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit und die Einlagen der Stadt reichen nicht aus, um den Schuldendienst insgesamt bedienen zu können. Die Finanzplanung sieht daher in der Zukunft weitere Kreditaufnahmen vor.

C. Risiko- und Chancenbericht, Risikofrüherkennungssystem

Beteiligungsrisiken

Da die eigenbetriebsähnliche Einrichtung sich als Besitzunternehmen grundsätzlich nur im Rahmen von Vermietungen und Verpachtungen der von Betriebsgesellschaften bewirtschafteten Grundstücke und Gebäude wirtschaftlich betätigt, liegen die wesentlichen Unternehmensrisiken bei den Betriebsgesellschaften, bei denen die für den Betrieb erforderlichen Felder der Risikobetrachtung im Mittelpunkt des jeweiligen Risikomanagements stehen und in Abstimmung mit dem Veranstaltungszentrum überwacht werden.

Unternehmensrisiko

Wesentliche Risiken aus dem operativen Geschäft bestehen für das Veranstaltungszentrum lediglich aus der seinerzeit zusammen mit der Koelnmesse GmbH durchgeführten US-Cross-Border-Transaktion für bestimmte Messehallen sowie aus der Weitervermietung der neuen Messehallen an die Koelnmesse GmbH. In beiden Fällen steht das Veranstaltungszentrum in ständiger enger Abstimmung mit der Geschäftsführung der Koelnmesse GmbH, damit sowohl die Geschäftsführung als auch die Betriebsleitung und der Betriebsausschuss wesentliche Risiken frühzeitig erkennen und geeignete gegensteuernde Maßnahmen einleiten können. Hinsichtlich der Auswirkungen des Urteils des EuGH vom 29.10.2009 zum Bau der Nordhallen wird auf die Ausführungen im Abschnitt b) Übernahme der Nordhallen verwiesen.

a) US Lease

Die aus der gemeinsam mit der Koelnmesse GmbH am 19. September 2002 im Zusammenhang mit der US-Cross-Border-Transaktion mit dem amerikanischen Investor abgeschlossenen Leasing-Gesamtvereinbarung auch für das Veranstaltungszentrum als Vertragspartner resultierenden Verpflichtungen bestehen gegenüber dem Vorjahr unverändert fort. Von besonderer Bedeutung ist hier die Verpflichtung der beiden Vertragsparteien Koelnmesse GmbH und Stadt Köln - eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum, bei Eintritt bestimmter Ereignisse (im Vertrag "Equity Collateral Trigger Event" genannt) weitere Sicherheiten stellen zu müssen. In diesem Zusammenhang sieht der Vertrag, z.B. das Absinken des Ratings der Bundesrepublik unter AA bei Standard & Poor's oder Aa2 bei Moody's oder den Eintritt einer wesentlichen Vertragsverletzung als mögliches, eine Sicherheit auslösendes Ereignis vor. Im Jahre 2004 ist mit der Herabstufung der Bonität des Landes Nordrhein-Westfalen ein solches "Trigger Event" eingetreten, das den Investor berechtigt, eine Dienstbarkeit im Grundbuch eintragen zu lassen. Die Eintragung erfolgte 2008. Auswirkungen auf das Veranstaltungszentrum und den operativen Messebetrieb ergeben sich hieraus nicht.

Darüber hinaus verpflichten die abgeschlossenen Verträge die Stadt Köln, im Falle einer Insolvenz der Koelnmesse GmbH ihr in den Erbbaurechtsverträgen abgesichertes Heimfallrecht auszuüben. Weiterhin bestehen Berichtspflichten bei Änderungen und Umstrukturierungen der den Verträgen zugrundeliegenden Rahmenbedingungen. Dem Investor, dem Trustee und den Darlehensgebern sind jährlich Pflichterfüllungsbescheinigungen nebst Anlagen (Auszug aus dem Haushaltsplan, Jahresabschluss der GmbH) vorzulegen. Für die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen in den Folgejahren wurde bereits im Jahresabschluss 2002 eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Bisher sind keine zusätzlichen Verpflichtungen oder Risiken aus der Cross-Border-Transaktion für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung entstanden und momentan auch nicht ersichtlich.

b) Übernahme der Nordhallen

Bedingt durch den Verkauf der Hallen 1, 2, 3 und 5 (Rheinhallen) reduzierte sich die Ausstellungsfläche der Koelnmesse GmbH um rd. 60.000 qm. Ohne die Schaffung entsprechender Ersatzflächen hätten Großmessen wie die Möbelmesse, die Practical-World, spoga, gafa, die Anuga und die Photokina nicht mehr durchgeführt werden können. Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen für das Unternehmen - diese Messen beeinflussen durch ihre positiven Deckungsbeiträge in erheblichen Umfang das Jahresabschlussergebnis - hätte der Verlust dieser Veranstaltungen erhebliche negative Auswirkungen auf die Kölner Wirtschaft und hier insbesondere auf das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie das Handwerk.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat in seiner Sitzung am 18.12.2003 dem Bau von 4 neuen Messehallen zugestimmt, die unmittelbar an die bestehenden Osthallen angrenzen. Die Errichtung der Hallen erfolgte durch einen privaten Investor, der auch Eigentümer der entsprechenden Grundstücke ist. Hauptmieter der neuen Hallen ist die eigenbetriebsähnliche Ein-

richtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln, die die Immobilien an die Koelnmesse GmbH untervermietet hat.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem Urteil vom 29.10.2009 entschieden, dass die Stadt Köln beim Bau der neuen Messehallen (Nordhallen) gegen Europarecht verstoßen hat. Der Vertrag über die Errichtung von vier neuen Messehallen hätte nach Auffassung des EuGH europaweit ausgeschrieben werden müssen. Das Gericht sah das Argument der Stadt Köln und der Bundesregierung, es handele sich nicht um einen Bau-, sondern um einen Mietvertrag, als nicht stichhaltig an, da vorrangiges Ziel des Vertrages die Errichtung der Messehallen gewesen sei. Die Vertreter der EU-Kommission haben erklärt, dass eine Änderung der bestehenden Situation zwingend erforderlich ist. Da die Verhandlungen mit dem Investor nicht den erhofften Erfolg hatten, ist seitens der Stadt Köln die Einrede der Nichtigkeit des bestehenden Vertrages wegen eines Verstoßes gegen das europäische Beihilferecht, hilfsweise die außerordentliche Kündigung zum 01.08.2010 ausgesprochen worden. Seit diesem Zeitpunkt erfolgen keine Mietzahlungen. Im Hinblick auf die aus seiner Sicht bestehenden Mietrückstände hat der Investor den Vertrag zum 01.10.2010 gekündigt. Die Stadt Köln und die Koelnmesse GmbH vertreten die Auffassung, dass sowohl der Miet- als auch der zwischen dem Investor und der Messegesellschaft abgeschlossene Grundstückskaufvertrag nichtig sind, die Koelnmesse GmbH insoweit einen Herausgabeanspruch gegen Wertausgleich gegenüber dem Investor hat. Im Hinblick auf die unterlassenen Mietzahlungen hat der Investor eine Urkundsklage gegen die Stadt Köln auf Zahlung der rückständigen Beträge erhoben. Das Landgericht Köln hat die Klage der Grundstücksgesellschaft in seinem Urteil vom 30.08.2011 als im Urkundenverfahren „unstatthaft“ abgewiesen. Die Klägerin hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, das Oberlandesgericht Köln hat diese jedoch mit Urteil vom 30.03.2012 als unbegründet zurückgewiesen. Daraufhin hat der Investor gegen das Urteil beim Bundesgerichtshof Revision und Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt. Der Bundesgerichtshof hat die Revision mit Urteil vom 12.06.2013 zurückgewiesen. Nachdem sich der Urkundsprozess letztinstanzlich als unstatthafte Verfahrensart erwiesen hat, hat der Prozessgegner nunmehr das Verfahren durch Klage vor dem Landgericht Köln als Eingangsinstanz im gewöhnlichen Zivilverfahren fortgeführt. Zur Durchführung von Sondierungsge- sprächen wurde das Verfahren derzeit ruhend gestellt.

Um der Koelnmesse GmbH in der Zwischenzeit eine rechtssichere Nutzung der Hallen zu ermöglichen, wurde eine Interimsvereinbarung abgeschlossen, die der Koelnmesse GmbH eine Nutzung der Immobilie gegen Zahlung einer Nutzungsentschädigung ermöglicht. Nach der am 7. Juni 2011 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Koelnmesse, der Grundstücksgesellschaft und dem Veranstaltungszentrum wurden rückwirkend ab dem 1. August 2010 die Zahlungen für die Messehallen interimswise auf durchschnittlich 72,6% der ursprünglich vereinbarten Vertragsmiete reduziert. Die Vereinbarung sieht eine Anpassungsverpflichtung der Nutzungsentschädigung für den Fall einer rechtsverbindlichen Entscheidung zur Miethöhe vor. Eine Kündigung der Interimsvereinbarung war erstmals zum 30.06.2014 möglich. Bisher hat keine der Vertragsparteien von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht.

Da der vom EuGH beanstandete Vertrag nicht mehr besteht und derzeit eine Prüfung durch die nationale Gerichtsbarkeit erfolgt, wurde mit Beschluss der EU-Kommission vom 26.04.2012 das Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestellt.

Sollte die Stadt Köln zur Zahlung des rückständigen Betrages verurteilt werden, ist dieser im Rahmen der bestehenden vertraglichen Regelungen von der Koelnmesse zu erstatten. Von Seiten der Stadt Köln wären in diesem Falle jedoch die Prozesskosten (Anwalts- und Gerichtskosten) zu übernehmen. Hierfür wurden vorsorglich Rückstellungen in Höhe von 694 Tsd. Euro gebildet.

Im Vorfeld der hilfsweise ausgesprochenen Kündigung des Mietvertrages mit der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15 - 18 GbR hat sich die Stadt Köln - eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln - gemäß der Vereinbarung mit der Koelnmesse GmbH vom 14.07.2010 verpflichtet, dass sie, sofern die von der Koelnmesse GmbH geltend gemachte Nichtigkeit des Grundstückskaufvertrages bzw. der erklärte Rücktritt rechtlich durchgreift, den Grundbesitz, den die Koelnmesse GmbH von der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15 - 18 GbR damit rückerwirbt, von der Koelnmesse GmbH ankauft. Als Kaufpreis wird für den Grund und Boden der Preis angesetzt, den seinerzeit die GbR an die Koelnmesse GmbH gezahlt hat. Für die aufstehenden Gebäude wird der Betrag vereinbart, den die Koelnmesse GmbH gegenüber der GbR als Wertersatz im Zusammenhang mit der Rückgewähr des Grundstücks zu zahlen hat.

Ferner haben sich für diesen Fall beide Parteien verpflichtet, den zwischen dem Veranstaltungszentrum Köln und der Koelnmesse GmbH bestehenden Mietvertrag bei unveränderter Laufzeit hinsichtlich des Mietzinses anzupassen, sofern der derzeit vereinbarte Mietzins nicht dem marktüblichen Mietzins entspricht.

Soweit die Koelnmesse GmbH aufgrund der geltend gemachten Nichtigkeit oder des erklärten Rücktritts zur Zahlung von Schadenersatz an die GbR verpflichtet ist, erstattet das Veranstaltungszentrum Köln der Koelnmesse GmbH wegen der Einheitlichkeit des Gesamtgeschäftes den entsprechenden Betrag.

Zwischenzeitlich haben sich die Stadt Köln, die Koelnmesse GmbH und die GbR auf einen Vergleichsentwurf zur Beendigung des Rechtsstreites um die Nordhallen geeinigt. Die Gremien der beiden Gesellschaften sowie auch der Rat der Stadt Köln mit Beschluss vom 15.03.2016 (Vorlagen-Nr. 0012/2016) haben dem Vergleichsentwurf zugestimmt. Dieser orientiert sich an folgenden Eckpunkten:

- Die vereinbarte jährliche Miete der Koelnmesse für die Messehallen beträgt nunmehr rd. 15,5 Mio. Euro p.a.
- Im Vergleich zur ursprünglich zwischen der Stadt Köln und der GbR vereinbarten Miete in Höhe von 20,7 Millionen Euro ergibt sich ein Mietausfall über die Vertragslaufzeit aufsummiert von rund 133 Millionen Euro, der hälftig zwischen der Stadt Köln und der GbR geteilt wird.
- Die Stadt Köln ist berechtigt, ihren Schadensanteil von rd. 66,5 Mio. € in einer Summe an die GbR zu zahlen. Durch Abzinsung des in die Zukunft gerichteten Betrages reduziert sich die Belastung der Stadt Köln auf effektiv rd. 51,7 Mio. €.
- Zum Ausgleich der durch Einmalzahlung entstehenden Steuerschäden der GbR zahlt die Stadt Köln darüber hinaus eine Pauschale von rd. 5,5 Mio. €.
- Die Effektivbelastung der Stadt Köln aus der Vergleichsvereinbarung beläuft sich damit insgesamt auf 57,2 Mio. €.

Da der ausgehandelte Schadensanteil der Stadt Köln die Finanzkraft der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung übersteigt, sollen die Mittel im Rahmen des Verlustausgleiches gemäß § 10 Abs. 6 EigVO aus dem allgemeinen städtischen Haushalt bereitgestellt werden. Im Jahresabschluss der Stadt Köln des Haushaltsjahres 2014 – dem Jahr, in dem die Vergleichsverhandlungen aufgenommen wurden – wurde eine Rückstellung in Höhe von 57,2 Mio. Euro berücksichtigt.

Um beihilferechtliche Risiken auszuschließen, wurde die Vergleichsvereinbarung in einem informellen Verfahren der Europäischen Kommission zur Prüfung vorgelegt. Ein Abschluss der Vereinbarung ist erst nach Zustimmung der Kommission geplant. Derzeit liegt noch keine abschließende Rückmeldung aus Brüssel vor.

Gesamtwirtschaftliche Branchenrisiken

Konjunkturelle Entwicklungen der Gesamtwirtschaft können das Geschäft der Betriebsgesellschaften durch eine veränderte Nachfrage der Kunden beeinflussen und sich sowohl positiv als auch negativ auf das jeweilige Umsatz- und Unternehmensergebnis der Betriebsgesellschaft KölnKongress GmbH und KÖLNMUSIK GmbH sowie auf die Beteiligungsgesellschaft Koelnmesse GmbH auswirken. Von diesen Auswirkungen ist dann auch das Veranstaltungszentrum immer unmittelbar betroffen.

Liquiditätsrisiko

Auch wenn das Veranstaltungszentrum organisatorisch und finanziell als selbständiges Sondervermögen auf der Grundlage eines eigenen Wirtschaftsplans seine Geschäfte führt, muss seine Finanzierung über Mittel des städtischen Haushalts sichergestellt werden. Das Risiko einer Illiquidität ist daher als gering anzusehen.

Eigenkapitalverzehr

Werden die auch für die Folgejahre erwarteten Jahresfehlbeträge wie bisher durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage ausgeglichen, wird das Eigenkapital weiter kontinuierlich sinken. Auf mittlere Sicht wird daher bei der derzeitigen Betriebsstruktur ein Verlustausgleich aus Mitteln der Stadt Köln erforderlich werden. Nur damit kann das Veranstaltungszentrum in seiner derzeitigen Struktur seinen Verpflichtungen dauerhaft nachkommen und eine angemessene Eigenkapitalausstattung erhalten.

Rechtliche Risiken

Trotz des Rechtsstreits mit der GbR bezüglich der Nordhallen sind aus heutiger Sicht keine existenziellen Risiken für die zukünftige Entwicklung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu erwarten. Zur Vermeidung von EU-beihilferechtlichen Risiken werden alle Beziehungen zu möglichen Empfängern von Ausgleichsleistungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse überprüft und soweit notwendig, rechtlich angepasst. So hat der Rat der Stadt Köln mit Beschluss vom 30.09.2014 die KölnKongress GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesses betraut. Gegenstand der Betrauung sind der Betrieb und die an den Interessen aller Bevölkerungskreise orientierte Nutzung des Gürzenich, des Tanzbrunnens (inkl. Theater am Tanzbrunnen) sowie der Flora. Die Betrauung trat zum 01.01.2015 in Kraft. Die KÖLNMUSIK GmbH ist als Kultureinrichtung gemäß Artikel 1 Nr. 1 lit. j) der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission) von der Notifizierungspflicht befreit.

Chancen

Nicht zuletzt auf Grund der Inbetriebnahme der Flora liegen Chancen für das Veranstaltungszentrum in verbesserten Vermarktungsmöglichkeiten der Beteiligungsgesellschaften. Diese können sich positiv auf die Jahresergebnisse und Erfüllung des Satzungszwecks auswirken.

Risikofrüherkennungssystem

Das Risikomanagement-System ist als internes Kontrollsystem ausgerichtet auf die Betriebsleitung und den Finanzausschuss des Rates der Stadt Köln als Kontrollorgan. In 2015 wurde ein in sich geschlossenes Risikofrüherkennungssystem implementiert. Dazu wurden ein Leitfaden sowie ein zusammengefasster Bericht zum Risikomanagement vorgelegt. Der Bericht wurde in 2016 aktualisiert.

D. Prüfungsfeststellungen nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM Verhülsdonk GmbH hat auf der Grundlage des unter Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW von der Betriebsleitung am 17.05.2016 erteilten Prüfungsauftrages den Jahresabschluss 2015 des Veranstaltungszentrums Köln geprüft. Der Prüfungsauftrag umfasste nach § 106 Absatz 1 GO NRW in entsprechender Anwendung des § 53 Absatz 1 Nummern 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Prüfung hat Feststellungen ergeben, die die Betriebsleitung zum Anlass für Verbesserungsmaßnahmen genommen hat, insbesondere im Bereich Risikomanagementsystem.

E. Prognosebericht (Weitere Entwicklung)

Der **Wirtschaftsplan 2017** des Veranstaltungszentrums wurde vom Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 14.02.2017 nach Vorberatung im Betriebsausschuss am 13.02.2017 festgestellt. Im Erfolgsplan weist er einen Jahresfehlbetrag von rd. 7.008 Tsd. Euro aus; der Mittelbedarf für die in den Betriebsteilen Gürzenich, Kölner Philharmonie, Rheinterrassen/Tanzbrunnen und Flora vorgesehenen Investitionen beläuft sich insgesamt auf rd. 4.269 Tsd. Euro. Daneben berücksichtigt er auf der Ausgabenseite weitere 7.008 Tsd. Euro für die Abdeckung des o.g. Jahresverlustes sowie 6.170 Tsd. Euro für die Tilgung von Darlehen. Neukreditaufnahmen sind für 2017 in einer Größenordnung von 18.000 Tsd. Euro vorgesehen.

Das Ergebnis des Erfolgsplans berücksichtigt - als durchlaufenden Posten sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite - den seit dem Jahre 2005 wieder aus dem städtischen Haushalt bereitgestellten und über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung an die KÖLNMUSIK GmbH weitergeleiteten Betriebskostenzuschuss von 5.180 Tsd. Euro. Des Weiteren beinhaltet er auch einen direkten Zuschuss der Stadt Köln an das Veranstaltungszentrum in Höhe von 3.000 Tsd. Euro.

Auch in den Folgejahren wird das Veranstaltungszentrum aller Voraussicht nach strukturelle Jahresfehlbeträge erzielen. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist dauerhaft auf Zuschüsse bzw. mittelfristig wie bereits in Abschnitt C. (Eigenkapitalverzehr) ausgeführt auf einen Verlustausgleich durch den städtischen Haushalt angewiesen. Unter dieser Prämisse wurde der Jahresabschluss unter going-concern Gesichtspunkten aufgestellt.

Vor dem Hintergrund der aktuell noch hohen Eigenkapitalquote und der praktizierten bzw. weiter geplanten Finanzierungsmaßnahme über Abschreibungen, Zuschüsse und Kreditaufnahme ist der Bestand des Betriebes nach unserer Einschätzung derzeit nicht gefährdet.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 der **KölnKongress GmbH** schließt vor der Verlustübernahme durch das Veranstaltungszentrum Köln mit einem Jahresfehlbetrag von 1.998 Tsd. Euro ab. Im Vergleich zum Planfehlbetrag des Vorjahres in Höhe von 710 Tsd. Euro ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung um 1.288 Tsd. Euro.

Die Umsatzerlöse für Veranstaltungen in den von KölnKongress bewirtschafteten Objekten sowie die Pachteinahmen der Bastei sind insgesamt mit 11.995 Tsd. Euro veranschlagt und liegen damit leicht (um 55 Tsd. Euro) unter dem Vorjahresansatz. Zurückzuführen ist der Erlösrückgang im Wesentlichen auf den Geschäftsbereich Congress-Centrum. Hier entfallen im Vergleich zum Vorjahr Erlöse durch die Abwanderung der Bayer Hauptversammlung nach Bonn (280 Tsd. Euro). Trotz einer positiven Buchungslage in 2017 können die Erlösausfälle nicht voll kompensiert werden, so dass ein Minderumsatz von 104 Tsd. Euro eingeplant wird. Die Umsatzplanungen in den anderen Geschäftsbereichen bewegen sich nahezu auf dem Vorjahresniveau. Im Bereich Tanzbrunnen wird die Vorjahresplanung trotz unterdurchschnittlicher Buchungszusagen leicht nach oben korrigiert (+66 Tsd. Euro).

Trotz des eingeplanten leichten Umsatzrückgangs steigt der Ansatz des veranstaltungsbezogenen Aufwands um 29 Tsd. Euro auf 8.225 Tsd. Euro. Der Rohertrag verringert sich dadurch im Saldo um 84 Tsd. Euro auf 3.770 Tsd. Euro. Neben dem direkten veranstaltungsbezogenen Aufwand von 5.398 Tsd. Euro (+76 Tsd. Euro) sind hier Raumkosten von 2.596 Tsd. Euro (-54 Tsd. Euro) und Instandhaltungsaufwendungen für Geräte und Mobiliar von 231 Tsd. Euro (+7 Tsd. Euro) berücksichtigt.

Der Anstieg des Personalaufwandes um rd. 7,6% bzw. 240 Tsd. Euro auf 3.390 Tsd. Euro erklärt sich im Wesentlichen durch die Zusetzung von 1,5 Stellen sowie einer tariflichen Erhöhung. Die Stellenzusetzung erfolgt mit einer Stelle im kaufmännischen Bereich zur Abwicklung des Rechnungswesens der KölnKongress Gastronomie GmbH. Die hieraus resultierenden Kosten werden der KölnKongress GmbH erstattet. Ferner soll aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens im Geschäftsbereich Flora eine neue halbe Stelle eingerichtet werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden mit 1.078 Tsd. Euro um 63 Tsd. Euro niedriger geplant als im Vorjahr. Das Finanzergebnis verschlechtert sich durch die Aufnahme eines neuen Darlehens über 350 Tsd. Euro zur Finanzierung der Neuinvestitionen auf -12 Tsd. Euro.

Das Ergebnis aus Unternehmensbeteiligungen weist aufgrund des abgeschlossenen Organisationsvertrages die Ergebnisübernahme der neu gegründeten KölnKongress Gastronomie GmbH aus. Die Geschäftsführung rechnet nach Aufnahme des Betriebes ab April 2017 insgesamt mit Anfangsverlusten in 2017 in Höhe von 774 Tsd. Euro. Diese resultieren bei erwarteten Umsatzerlösen von 2.000 Tsd. Euro aus Gesamtaufwendungen von 2.774 Tsd. Euro.

Der Wirtschaftsplan 2017 der **KÖLNMUSIK GmbH** schließt im Erfolgsplan bei Erträgen in Höhe von 10.167 Tsd. Euro (Vorjahr 10.226 Tsd. Euro) und Aufwendungen in Höhe von 15.443 Tsd. Euro (Vorjahr 15.392 Tsd. Euro) mit einem Planverlust in Höhe von 5.276 Tsd. Euro (Vorjahr 5.166 Tsd. Euro) ab. Grundlage ist das geplante Veranstaltungsprogramm.

Gemäß Beschluss des Rates vom 11.02.2014 beläuft sich der städtische Betriebskostenzuschuss an die KölnMusik GmbH in 2017 auf 5.180 Tsd. Euro. Dementsprechend ist der o.g. Verlust neben dem Zuschuss der Stadt Köln von 5.180 Tsd. Euro durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 95 Tsd. Euro auszugleichen.

Der Wirtschaftsplan der **Koelnmesse GmbH** für das Geschäftsjahr 2017 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 18.280 Tsd. Euro aus.

Bei der Planung geht die Koelnmesse von Umsatzerlösen in Höhe von 291.413 Tsd. Euro aus. Turnusbedingt handelt es sich bei 2017 um ein stärkeres Veranstaltungsjahr.

Der Überschuss soll in das Investitionsprogramm Koelnmesse 3.0, Veranstaltungsentwicklung und Digitalisierung fließen.

**Wirtschaftsplan
der
Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
für das Wirtschaftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)**

Wirtschaftsplan
für das Geschäftsjahr 01.01.-31.12.2018
der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung

<u>ERFOLGSPLAN</u>	Ansatz 2018 Euro	Ergebnis 2017 Euro	Ergebnis 2016 Euro	Ergebnis 2015 Euro	Ergebnis 2014 Euro
Erträge aus der Hausbewirtschaftung	116.600	136.866	118.715	117.464	135.275
Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung	45.000	30.282	31.445	21.571	58.788
Abschreibungen	1.500	1.479	1.479	1.479	1.479
Sonstige betriebliche Aufwendungen	23.000	17.835	19.189	20.956	33.184
Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	65.000	62.481	76.969	85.358	111.584
Sonstige Zinsen u.ä. Erträge	-	921	35	48	1.133
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-	-	20.856	25.339	-
Zinsen u.ä. Aufwendungen	-	-	-	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	112.100	150.672	122.751	133.525	154.542
Außerordentliche Erträge	-	-	-	-	-
Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss	112.100	150.672	122.751	133.525	154.542
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-	-	-	-	-
Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen	-	-	-	-	-
Satzungsmäßige Mittelverwendung	22.420	30.134	24.550	26.705	30.908
Entnahme aus der Substanzerhaltungsrücklage	-	-	-	-	-
Bilanzgewinn/-verlust	89.680	120.537	98.201	106.820	123.633

Bilanz der Gebäudewirtschaft

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Immaterielle Vermögensgegenstände	625	535	371	351	210
Sachanlagen	1.485.346	1.484.373	1.447.489	1.409.067	1.366.871
Finanzanlagen	40.610	38.964	39.087	38.862	38.641
 Umlaufvermögen:					
Vorräte	74.078	64.166	54.154	67.563	71.443
Forderungen	27.389	12.573	108.940	106.096	106.874
Flüssige Mittel	0,2	0,2	1	0,3	0,7
 Rechnungsabgrenzung	442	386	370	504	566
	1.628.491	1.600.997	1.650.412	1.622.443	1.584.605
 PASSIVA					
Eigenkapital:					
Stammkapital	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Kapitalrücklage	111.361	111.354	111.323	111.545	111.615
Gewinnrücklagen	66.605	66.605	25.917	8.840	1.380
Bilanzgewinn	468	589	138.201	136.418	115.709
Sonderposten für Investitionszuschüsse Zum Anlagevermögen	339.776	349.009	358.795	368.443	375.156
Rückstellungen	84.613	68.866	46.117	38.746	41.538
Verbindlichkeiten	1.024.072	1.002.923	968.192	956.067	937.321
 Rechnungsabgrenzung	597	651	867	1.384	886
	1.628.491	1.600.997	1.650.412	1.622.443	1.584.605

GUV der Gebäudewirtschaft

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd.€	Tsd.€	Tsd.€	Tsd.€	Tsd.€
Umsatzerlöse					
aus der Hausbewirtschaftung	253.876	237.037	315.761	311.381	298.216
aus Betreuungstätigkeit	49.963	53.299	57.888	52.481	57.641
aus anderen Lieferungen und Leistungen	4.842	1.283	1.440	1.319	1.338
Bestandsminderung unfertige Leistungen	9.964	9.976	-13.397	-3.797	-3.463
aktivierte Eigenleistungen	3.549	4.149	4.891	4.102	5.178
Sonstige betriebliche Erträge	4.284	17.986	10.158	8.650	8.117
Aufwendungen für bezogene Leistungen	229.131	233.625	227.227	218.007	227.219
Personalaufwand	30.106	30.487	29.707	28.326	26.837
Abschreibungen	37.817	24.744	24.016	19.153	16.935
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.350	7.342	6.172	6.557	5.964
Erträge aus Finanzanlagen	3.666	2.025	2.105	2.101	2.227
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	285	868	687	35	826
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	297	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.551	29.534	27.608	30.432	30.457
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		595	64.455	73.769	62.670
Steuern vom Einkommen und Ertrag	8	5	2	21	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0	0,8
Jahresergebnis	468	589	64.453	73.748	62.669
Gewinnvortrag	0	0	73.748	62.669	53.039
Bilanzgewinn	468	589	138.201	136.418	115.709

Wirtschaftsplan 2018 der Gebäudewirtschaft

	2018 Tsd.€
ERFOLGSPLAN	
Umsatzerlöse aus	
a) Flächenbewirtschaftung Verwaltungs-Kitas und Schulgebäude, Objekte des Grünflächenbereiches.	249.805
b) Baubetreuung und energiewirtschaftliche Serviceleistungen	64.160
c) Andere Lieferungen und Leistungen	8.366
Aktivierete eigene Architekten- und Verwaltungsleistungen	11.960
Bestandsveränderung	19.700
Sonstige betriebliche Erträge	3.060
Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung	200.890
Sachaufwand für städtische Dienststellen	61.047
Personalaufwand	38.247
Abschreibungen	21.300
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.507
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.663
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	25.724
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0
Abführung an den städtischen Haushalt	0
 Jahresüberschuss	 0
FINANZPLAN	
EINNAHMEN	
Eigenmittel aus planmäßigen Abschreibungen	21.300
Landeszuschüsse	21.300
Fremdmittel	270.602
 Summe Einnahmen	 313.201
AUSGABEN	
Investitionen für Baumaßnahmen, Sachanlagen und immaterielle Anlagen	223.443
Kreditwirtschaft (Tilgung)	89.758
Zuschuss (-) bzw. Unterdeckung(+) aus dem Erfolgsplan	0
 Summe Ausgaben	 313.201
STELLENÜBERSICHT	
Beamte	107
Beschäftigte	
davon Angestellte	430
davon Arbeiter	42
Auszubildende	6
Gesamtzahl der Mitarbeiter	585

GEBÄUDEWIRTSCHAFT DER STADT KÖLN
LAGEBERICHT 2016

A. Vorbemerkungen

Im Rahmen einer Lageberichterstattung ist nach den Vorschriften des Handelsrechts und der Eigenbetriebsverordnung NRW auf die künftige Entwicklung eines Eigenbetriebs einschließlich sich bietender Chancen und erkannter Risiken einzugehen. Dieser Verpflichtung ist die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln nachgekommen.

Die Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft hat in den beiden zurückliegenden Jahren - im Rahmen ihrer Möglichkeiten - die personellen und organisatorischen Regelungen getroffen, die notwendig sind, um sowohl den erhöhten gesetzlichen Anforderungen (Betreiberverantwortung, Betriebssicherheitsverordnung usw.) als auch den demographisch/schulpolitisch bedingten Flächenansprüchen und Baubedarfen gerecht zu werden. Zum Abbau von Defiziten und zur nachhaltigen Optimierung von Prozessen und Strukturen sind allerdings weitere, darüber hinaus gehende Maßnahmen erforderlich.

Im nachfolgenden Lagebericht zum Jahresabschluss 2016 wird insbesondere in den Abschnitten D. 5 und 6. eingehend auf den gegenwärtigen Stand der Unterpersonalisierung, auf die hiermit einhergehenden Probleme und Gefahren und auf die seitens der Gebäudewirtschaft und der Kernverwaltung beschlossenen, eingeleiteten und bereits umgesetzten personalwirtschaftlichen bzw. organisatorischen Maßnahmen eingegangen.

B. GRUNDLAGEN

1. Historie, Leitbild und Geschäftstätigkeit

Im Zuge der konzeptionellen Umstrukturierung der traditionellen Gebäudeverwaltung wurde die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 01.01.1997 gegründet.

Nach Übernahme von Verwaltungsgebäuden (Stufe 1) wurden zum 1. Januar 1998 Schulen und Kindertagesstätten aus dem allgemeinen Liegenschaftsvermögen in die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln überführt (Stufe 2). Mit der Übernahme von bislang dem Grünflächenamt zugeordneten Objekten ("sonstige Aufbauten" auf Friedhöfen und Grünanlagen) erfolgte zum 1. Januar 2000 die 3. Stufe der Konzeptumsetzung. Entsprechend ihrem strategischen Leitbild verfolgt die Gebäudewirtschaft folgende Prinzipien bzw. Ziele:

- Der Ansprechpartner des Immobilienbereiches zu sein und den Kunden von fachspezifischen Spezialaufgaben zu entlasten, ihm Planungssicherheit und eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu gewährleisten.

- Die Bündelung von Nutzer-(Mieter-) und Eigentümerinteressen soll ein hohes Maß an Kundenzufriedenheit und Qualität gewährleisten und zugleich zu einer weitgehenden Reduktion von Bewirtschaftungskosten führen. Der Objektnutzer hat im Gegensatz zu früher nur einen Ansprechpartner, seinen Kundenbetreuer. Die Gebäudewirtschaft ist im Rahmen des Facilitymanagements für alle Aufgaben an einer Immobilie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg verantwortlich, konzentriert sich gleichwohl auf Kernbereiche und bedient sich für Ergänzungs- und Unterstützungsleistungen Dritter.

Neben der Bewirtschaftung von eigenen bzw. angemieteten Objekten sowie der Energie- und Baubetreuung städtischer Objekte gehören insbesondere die folgenden Tätigkeiten zum Leistungsspektrum der Gebäudewirtschaft:

- Serviceleistungen für städtische Dienststellen,
- Integration der Energiewirtschaft für einen sparsamen Energieverbrauch,
- Flächenbewirtschaftung zur kritischen-Überprüfung und Kostenreduzierung,
- Externe Anmietungen,
- Projektleitung und Projektsteuerung,
- Planung und Ausführung von Gebäudetechnik (einschließlich aller Architekten- und Ingenieurleistungen),
- Planung und Ausführung von Hochbaumaßnahmen aller Art (einschließlich aller Architekten- und Ingenieurleistungen),
- Wahrnehmung der Betreiberverantwortung als Eigentümer.

2. Rechtliche und organisatorische Struktur des Betriebs

Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln wird als sog. eigenbetriebsähnliche Einrichtung nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, der Eigenbetriebsverordnung NRW und der Betriebssatzung des Eigenbetriebs geführt. Sie stellt ein Sondervermögen dar, das organisatorisch vom allgemeinen Vermögen der Stadt Köln abgegrenzt ist und über eine besondere wirtschaftliche Ausrichtung, aber über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt.

Geleitet wird die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln von der Betriebsleitung. Diese besteht aktuell aus der/dem für die Gebäudewirtschaft zuständigen Beigeordneten als Erster Betriebsleiterin bzw. Betriebsleiter und einer geschäftsführenden Betriebsleiterin bzw. einem geschäftsführenden Betriebsleiter. Die Erweiterung der Geschäftsführenden Betriebsleitung um einen kaufmännischen Betriebsleiter ist vorgesehen (Ratsbeschluss vom 28.09.2017; vgl. D.6)

Die Betriebsleitung ist für die wirtschaftliche Führung des Betriebs verantwortlich. Ihr obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung.

Der Rat der Stadt Köln entscheidet grundsätzlich in allen Angelegenheiten des Betriebes, die ihm durch die Gemeindeordnung, das Eigenbetriebsrecht oder die Hauptsatzung Vorbehalten sind.

Der für die Gebäudewirtschaft zuständige Betriebsausschuss ist der Bauausschuss des Rates der Stadt Köln. Er berät die Beschlüsse des Rates und der Fachausschüsse in baulichen Angelegenheiten vor. Darüber hinaus entscheidet er im Rahmen seiner in

der Satzung konkretisierten Zuständigkeit.

Die Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft wurde durch Ratsbeschluss-vom 08.04.2014 in Teilen neu gefasst. Die Änderungen sind zum 01.01.2015 in Kraft getreten

Mit ihnen verbunden ist u. a. eine

- *Neuordnung des innerstädtischen Finanz- und Abrechnungssystems:*

An die Stelle der bisherigen, objektbezogenen und kalkulatorischen Kostenmiete ist ab 2015 ein Flächenverrechnungspreis getreten, der lediglich nach Sparten (Schulen, Verwaltungsgebäude etc.) bzw. Untersparten (z. B. Schultypen) differenziert und sich im Wesentlichen aus den tatsächlichen Aufwendungen der Gebäudewirtschaft ableitet.

Über einen unmittelbaren Ergebnisausgleich wird sichergestellt, dass positive Spartenergebnisse der Kernverwaltung zustehen, während Spartendefizite grundsätzlich durch die Kernverwaltung auszugleichen sind. Der Ergebnisausgleich hat somit die Aufgabe, bei der vergangenheitsorientierten Verrechnungspreisbildung nicht antizipierte bzw. vorhersehbare Auswirkungen spartenbezogen und mit Wirkung noch für das Geschäftsjahr aufzufangen. Eine planmäßige Abführung bzw. Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt wurde letztmalig für das Geschäftsjahr 2014 in 2015 vorgenommen.

Darüber hinaus werden mit der Satzungsänderung folgende Zielsetzungen verfolgt:

- Schaffung eines Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnisses, bei dem auf Seiten der Auftraggeber (z. B. das Amt für Schulentwicklung) die Projekt- und Finanzverantwortung zusammengeführt werden und sich der Auftragnehmer Gebäudewirtschaft auf die Dienstleistungstätigkeit (Bauen, Bauunterhaltung, baubegleitende Verwaltung, Liegenschafts- und Einrichtungsmanagement) konzentriert,
- Festlegung einheitlicher Bau- und Fachstandards,
 - Vermeidung bzw. Reduzierung der finanziellen Projektrisiken auf ein unumgängliches Minimum über eine gesamtstädtische Steuerung / Priorisierung der Investitionstätigkeit,
- Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit durch Ableitung / Vorgabe von Investitionsbudgets, deren konkrete Höhe von den jährlichen Festlegungen der Haushaltssatzung abhängig sind,
- Aufbau eines mehrstufigen Controlling-Systems, das Verwaltung und Ratsgremien ein zeitnahes Monitoring auch von Einzelinvestitionen erlaubt,
- Schaffung von Transparenz durch klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie Anpassung der Organisation und Verschlinkung der internen Prozesse.

C. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Geschäftsverlauf

Die zurückliegenden Geschäftsjahre und die derzeitige Lage des Betriebes wurden bzw. werden neben der Betreuung der Bestandsimmobilien und der Aufarbeitung des Instandhaltungsstaus weiterhin durch die folgenden, umfassenden und oftmals Termin gebundenen Bauprogramme, Initiativen und Projekte geprägt:

- Öffentliche-Private-Partnerschaft (ÖPP),
- Ganztagsoffensive an weiterführenden Schulen,
- Unterbringung von Flüchtlingen (Service) und
- forcierter Schulbau zur Schaffung dringend benötigter Schülerplätze (u.a. das sog. Container- und das TU/GU Paket). Die angespannte Haushaltslage, die daraus folgenden gesamtstädtischen Konsolidierungsvorgaben und die knappe Personalausstattung machten es im Interesse einer zeitnahen und nachhaltigen Instandsetzung der im Sondervermögen geführten Immobilien erforderlich, auch neue Wege zu beschreiten. Hierzu zählt insbesondere die Sanierung und der Betrieb von Schulen mit einem privaten Projektpartner im Rahmen einer Öffentliche- Private-Partnerschaft bzw. „Public Private Partnership“ (PPP). Politischer Wille war es, stadtweit bis zu 40 Schulen über das ÖPP-Modell instand zu setzen. Das auf diesem Weg mobilisierte private Kapital sollte ursprünglich bis zu EUR 100 Mio. betragen.

Realisierung in Teilschritten [Lösen]

Bereits umgesetzte Projekte:

- Los 1 (sog. Expresspaket)
Im Rahmen des Expresspaketes wurden die Sanierung, der Betrieb und die Unterhaltung von sieben Schulen europaweit ausgeschrieben und vergeben. Seit dem Frühjahr 2005 werden die vorgenannten Schulen für einen Zeitraum von mindestens 25 Jahren durch einen privaten Partner betrieben. Die Sanierung der Objekte wurde in 2007 abgeschlossen. Die Gesamtinvestitionskosten betrugen rd. EUR 30 Mio.
- 2. Los (sog. Handwerkerpaket)
Beim zweiten ÖPP-Teilprojekt, dem Handwerkerlos, sollen die speziellen Belange des Mittelstandes Berücksichtigung finden. Der Vertrag mit dem über eine europaweite Ausschreibung ermittelten Partner läuft seit 2006. Er umfasst neben dem Betrieb und der Bauunterhaltung auch die Sanierung von zwei Schulobjekten. Die Bauarbeiten wurden im Juli 2008 abgeschlossen. Das Investitionsvolumen belief sich auf rd. EUR 5 Mio.
- Gesamtschule Rodenkirchen
Der Vertrag zum Neubau und Betrieb der Gesamtschule Rodenkirchen sowie zum Abriss des alten Gebäudes wurde in 2007 geschlossen und hat eine Laufzeit bis zum Jahr 2034. Die Fertigstellung und anschließende Inbetriebnahme der Schule erfolgte in 2009. Die Bauinvestitionssumme betrug ca. EUR 50 Mio.

3. Los (Aktuelles Projekt):

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 08.04.2014 den Beschluss gefasst, ein drittes Los, es betrifft die Sanierung und den Teilneubau von vier Schulen an drei Schulstandorten, zu realisieren.

Der europaweite Teilnahmewettbewerb wurde Ende 2015 abgeschlossen. Im Februar 2016 wurden die Vergabeunterlagen an die Teilnehmer versandt. Die Einreichung der indikativen Angebote der teilnehmenden Bieter erfolgte im August, die Auswertung im Dezember 2016. Nach Verhandlungsgesprächen mit den zwei besten Bietern im Januar 2017 wurde eine Aktualisierung der Verdingungsunterlagen vorgenommen. Die Auswertung der finalen Angebote wurde im Juli 2017 beendet. Das Vergabeverfahren wurde mit Ratsbeschluss vom 28.09.2017 formal abgeschlossen. Der Vertragsabschluss mit dem Bestbieter konnte planmäßig am 12.10.2017 erfolgen.

Die vor dem Start des Verhandlungsverfahrens aktualisierte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (u.a. wegen Flächenerhöhungen) schließt mit Bauinvestitionskosten von rund EUR 115 Mio. Die barwertigen Gesamtkosten des Projektes inklusive der Betriebskosten, der sonstigen Kosten und solcher der langfristigen Finanzierung belaufen sich über die Vertragslaufzeit (Betrieb während der Bauphase + 25 Jahre) auf rd. EUR 215 Mio.

Der Betrieb der Schulen soll einheitlich ab 01.01.2018 auf den Vertragspartner übergehen. An allen Standorten erfolgen die Baumaßnahmen parallel zum laufenden Schulbetrieb und beinhalten komplexe Interimskonzepte zur Auslagerung auf dem jeweiligen Gelände. Die vertraglich vereinbarten Bauzeiten für die Standorte betragen zwei bzw. vier Jahre.

Evaluierung der ÖPP-Projekte

Die Verwaltung hat, wie von der Politik erbeten, eine Evaluierung der bisher umgesetzten ÖPP-Projekte beauftragt. Die Evaluierung hat das Ziel einer qualifizierten Entscheidungsgrundlage für Verwaltung und Politik im Hinblick auf mögliche weitere ÖPP-Projekte.

Das Ergebnis der Evaluation wurde dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgestellt. Die Bewertung wurde von einem externen Beratungsunternehmen vorgenommen und kommt zu dem Ergebnis, dass die realisierten ÖPP Schulprojekte von den Nutzern, der Gebäudewirtschaft und den Auftragnehmern übereinstimmend als erfolgreich eingestuft werden. Die gesetzten Ziele konnten größtenteils erreicht werden. Der berücksichtigte Lebenszyklus-Ansatz mit langfristig angelegten Instandhaltungs- und Betriebsleistungen haben nach Einschätzung der Schulen auch nach mehreren Betriebsjahren zu einer deutlichen und dauerhaften Verbesserung des Gebäudezustands geführt.

Aufgrund der Erfahrungen können Empfehlungen für die Zukunft abgeleitet werden. ÖPP kann als Beschaffungsvariante mit Fokus auf den Lebenszyklus der Immobilien genutzt werden. Hierzu ist eine Strategie mit Kriterien zu entwickeln, um die Eignung

von ÖPP zur Realisierung im Einzelfall zu prüfen. Neben der Wirtschaftlichkeit müssen auch Aspekte wie z. B. eine hohe Termin- und Kostensicherheit betrachtet werden. Dazu ist eine sorgfältige Grundlagenermittlung erforderlich. Die Projekte müssen, so eine weitere Empfehlung der Berater, auch ohne ÖPP für die Stadt Köln finanzierbar sein.

1.2 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I

Nach dem Ausbau der Offenen Ganztagschulen (OGTS) an Grund- und Förderschulen hat die Erweiterung des Ganztagsbetriebes (GTS) an weiterbildenden Schulen und insbesondere die Schaffung von zusätzlichen Schülerplätzen hohe Priorität.

Die bauliche Umsetzung auf einen Ganztagsbetrieb erfolgt sukzessiv und wird aufgrund notwendiger Bedarfsanpassungen an verschiedenen Schulstandorten durch Neu- und Erweiterungsbauten sowie Optimierungen des Raumprogramms im vorhandenen Bestand ergänzt. Da rund ein Drittel der Schulen der Stadt Köln unter Denkmalschutz steht, besteht in diesen Fällen die Verpflichtung zur Erhaltung und Modernisierung der Bausubstanz im Rahmen von Generalsanierungen unter Berücksichtigung der gestiegenen Anforderungen an den Brandschutz und die Barrierefreiheit der Gebäude.

1.3 Forcierter Schulbau

Containerpaket

Um den zum Schuljahresbeginn 2017/18 drohenden Schulnotstand entgegenzuwirken und zu erreichen, dass allen Kindern und Jugendlichen pflichtgemäß ein Schulplatz zur Verfügung gestellt werden kann, wurde die Gebäudewirtschaft mit Ratsbeschluss vom 14.02.2017 beauftragt, 57 Containereinheiten im Rahmen einer freihändigen Vergabe zu beschaffen und an 19 Standorten zur Nutzung als Vorbereitungsklassen, zur Mehrklassenbildung oder als Interim aufzustellen (sog. Containerpaket). Mit dem Ziel, im Ergebnis 15 Schulbaumaßnahmen an 11 Schulstandorten durch Totalunternehmer (TU) planen und errichten bzw. durch Generalunternehmer (GU) errichten zu lassen, wird die Gebäudewirtschaft beauftragt, ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchzuführen (Dringlichkeitsbeschluss des Rates vom 04.04.2017). Der erste Kostenorientierungswert für das TU/GU-Paket liegt zwischen EUR 240 -340 Mio.

Im Vergleich zur klassischen, d.h. gewerkweisen Vergabe wird durch die Verlagerung und Bündelung von Aufgaben und Prozessen auf einen Total- bzw. Generalunternehmer sowohl von einer Entlastung der betrieblichen Personalressourcen als auch von einer spürbar verkürzten Umsetzung ausgegangen.

Aktuelle Großprojekte im Schulbausegment sind daneben u.a.

- Integrierte Universitätsschule,
- Deutz Campus,
- Gesamtschule Wasseramselweg (mit vorlaufender Ersatzfläche),
- Gesamtschule Innenstadt.

Weitere Gesamtschulen in ähnlicher Größenordnung sind in Vorbereitung, ebenso

diverse Standortuntersuchungen zur Errichtung neuer Gymnasien.

Im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Schülerplätze werden zudem eine genaue Portfolioanalyse (Nachverdichtung) sowie der Zukauf weiterer Grundstücke für Schulneubauten in den Bearbeitungsfokus rücken. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1.1 Vermögens- und Finanzlage

Bilanzsumme / Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der Gebäudewirtschaft beträgt zum Bilanzstichtag EUR 1.628,5 Mio. Sie hat sich damit gegenüber dem 31. Dezember 2015 (EUR 1.601,0 Mio.) um EUR 27,5 Mio. erhöht.

Wie in der Vergangenheit wird die Bilanz auf der Aktivseite im Wesentlichen durch das Grundvermögen geprägt, das mit EUR 1.468,5 Mio. (Vorjahr: 1.449,0 Mio.) 90,0 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 90,5 %) ausmacht. Dem steht auf der Passivseite mittel- und langfristig gebundenes Eigen- und Fremdkapital von -insgesamt EUR 1.424,0 Mio. (87,4 % der Bilanzsumme) gegenüber (Vorjahr: EUR 1.426,5 Mio. bzw. 89,1 %).

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote beträgt unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und vor Ausschüttung 31,9 % (Vorjahr: 33,0 %). Ohne Einbeziehung des Sonderpostens und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Abführung ergibt sich - bezogen auf eine entsprechend gekürzte Bilanzsumme - eine bereinigte Eigenkapitalquote von 13,9 % (Vorjahr: -14,3 %).

Finanzierung / Darlehensportfolio / Liquidität

Die Finanzierung der Investitionstätigkeit der Gebäudewirtschaft erfolgt über erwirtschaftete Abschreibungen (Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit), vor allem aber über die Aufnahme von Darlehen am Kapitalmarkt (Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit).

Das Darlehensportfolio der Gebäudewirtschaft umfasst zum Bilanzstichtag Darlehen (ohne Tagesgeldaufnahmen und Kontokorrentverbindlichkeiten) mit einem Volumen von insgesamt EUR 843,2 Mio. Der Anteil variabel verzinslicher Darlehen beträgt EUR 30,6 Mio. bzw. 3,6 % (Vorjahr: 10,1 %). Die im Bestand befindlichen Darlehen sind - gewichtet mit der jeweiligen Restverbindlichkeit am Bilanzstichtag - durchschnittlich mit 2,21 % p.a. zu verzinsen. Die Zinsbindungsfrist beträgt im Durchschnitt 11,71 Jahre.

Durch Darlehensaufnahmen zu variablen Konditionen ist es der Gebäudewirtschaft in der Vergangenheit gelungen, die Zinssituation auf den Kapitalmärkten für sich zu nutzen. Im Vergleich zu einer gedanklich festverzinslichen Kreditaufnahme konnten seit Mitte 2009 bis Ende 2016 insgesamt Zinsen von knapp EUR 17,5 Mio. eingespart werden. Dem mit einer variablen Kreditaufnahme verbundenen Zinsänderungsrisiko wird durch eine laufende Beobachtung der Märkte im Rahmen des betrieblichen Darlehensmanagements Rechnung getragen.

Die jederzeitige Zahlungsbereitschaft während des Wirtschaftsjahres war gegeben und ist aufgrund der kurz- und mittelfristigen Liquiditäts- und Finanzplanung auch zukünftig sichergestellt.

1.2 Ertragslage

Zusammensetzung der Umsatzerlöse / Ergebnisausgleich

Die Umsatzerlöse von insgesamt EUR 308,7 Mio. (Vorjahr: EUR 299,3 Mio.) betreffen mit EUR 253,9 Mio. bzw. 82,3 % die Hausbewirtschaftung, mit EUR 50,0 Mio. bzw. 16,2 % den Betreuungsbereich und mit EUR 4,8 Mio. bzw. 1,6 % Erlöse aus anderen (Dienst-) Leistungen der Gebäudewirtschaft.

Die Erlöse aus der Hausbewirtschaftung setzen sich im Wesentlichen aus Mieten (EUR 209,5 Mio.) sowie aus Erlösen aus der Abrechnung von Nebenkosten (EUR 43,4 Mio.) zusammen. Von den Mieten betreffen EUR 203,7 Mio. (97,2 %) innerstädtische Nutzer. Lediglich EUR 5,8 Mio. (2,8 %) sind auf Mietverhältnisse mit externen Dritten zurückzuführen. Die Mieterlöse haben sich durch das negative, von der Kernverwaltung auszugleichende Spartenergebnis im Vermietungsbereich (EUR 11,1 Mio.) erhöht.

Die Erlöse aus Betreuungstätigkeit betragen in 2016 insgesamt EUR 50,0 Mio. (Vorjahr: EUR

54,3 Mio.) und resultieren aus der baulichen sowie energiewirtschaftlichen Betreuung städtischer Dienststellen. Die Erlöse haben sich durch das negative, von der Kernverwaltung auszugleichende Spartenergebnis im Betreuungssegment (EUR 3,0 Mio.) verbessert.

Auf die Erläuterungen zur Neuordnung des innerstädtischen Finanz- und Abrechnungssystems ab 2015 unter A. Rechtliche und organisatorische Struktur des Betriebes und auf die Ausführungen zum Ergebnisausgleich im Anhang wird verwiesen.

Ergebnis

Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln schließt das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von EUR 0,5 Mio. (Vorjahr: EUR 0,6 Mio.).

D. AUSBLICK AUF DIE KÜNFTIGE ENTWICKLUNG MIT DARSTELLUNG DER RISIKEN UND CHANCEN

Die Betriebsleitung plant, aufgrund der bereits angespannten Flächenbedarfssituation (Stichwort: Schulnotstand), der langfristigen Auftragslage und der prognostizierten demografischen Entwicklung für die Wirtschaftsjahre 2017 ff. mit einer anhaltend hohen Investitionstätigkeit und geht besonders im Vermietungssegment von einem stetigen Umsatzwachstum aus. Durch das innerstädtische Flächenverrechnungspreismodell und den nachgelagerten Ergebnisausgleich ist sichergestellt, dass auch zukünftig ein ausgeglichenes Gesamtergebnis erzielt wird.

Jenseits dieser finanzwirtschaftlichen Betrachtungen wird die weitere Geschäftstätigkeit durch die nachfolgend unter 2. beschriebenen Ziele, Aufgaben und Risiken bei der

Bewirtschaftung des vorhandenen Objektbestandes (Abbau des Sanierungsstaus etc.) sowie durch die unter 3. bzw. 4. genannten Bau- und Sanierungsprojekte der Gebäudewirtschaft im Sondervermögen und im Servicesegment (Baubetreuung) geprägt.

Von elementarer Bedeutung für die weitere Entwicklung sind allerdings nach wie vor die Probleme bzw. Fortschritte bei der Personalgewinnungserhaltung, bei der Einrichtung von Mehrstellen und bei der organisatorischen Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft. Auf diese zentralen Aspekte wird unter „5. Personal“ und „6. Organisation“ näher eingegangen.

1. Allgemeine Risiken

Im Risikohandbuch der Gebäudewirtschaft werden die wesentlichen Risiken der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung erfasst und entsprechend ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und einer möglichen Schadenshöhe bewertet.

Aufgrund der fachlichen Betreuung durch das städtische Rechts- und Versicherungsamt ist grundsätzlich gewährleistet, dass die Gebäudewirtschaft über einen angemessenen Versicherungsschutz verfügt. Dort, wo dies aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht notwendig erscheint, werden Wertberichtigungen und Rückstellungen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Es sind im Rahmen des existierenden Risikomanagementsystems keine Risiken festgestellt worden, die den Fortbestand der Gebäudewirtschaft gefährden.

Ein besonderes Augenmerk erforderte in der Vergangenheit die Eigenkapitalausstattung des Betriebs. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2016 beträgt 13,9 % (Vorjahr: 14,3 %) der um die passivierten Investitionszuschüsse (Sonderposten) verminderten Bilanzsumme und unterschreitet damit die in der Literatur genannte Eigenkapitalquote von 30 bis 40 v. H. deutlich. •

Infolge der Neuordnung des innerstädtischen Finanz- und Abrechnungssystems und bedingt durch Einführung eines Ergebnisausgleiches ist das bilanzielle Eigenkapital der Gebäudewirtschaft im Wesentlichen festgeschrieben. Abführungen an den Kernhaushalt sind konzeptionell nur noch bei Erträgen aus Grundstücksverkäufen sowie für den Fall vorgesehen, dass es der Gebäudewirtschaft absehbar nicht gelingt, die über den Flächenverrechnungspreis zur Verfügung gestellten Instandhaltungsmittel mittel- bis langfristig zu verausgaben. Es obliegt in diesen Fällen dem Rat der Stadt Köln über die Ergebnisverwendung zu entscheiden. Die künftigen Investitionen, das damit einhergehende Wachstum der Bilanzsumme und die Notwendigkeit zur überwiegenden Fremdfinanzierung der Neubautätigkeit werden - bei weitgehender Konstanz des nominellen Eigenkapitals - in der Tendenz zu einer sinkenden Eigenkapitalquote führen.

2. Bestandsbewirtschaftung

Abbau des Instandhaltungsstaus

Gerade im Vorschul- und Bildungsbereich zeigt sich, dass die Folgewirkungen unterlassener Investitionen nicht nur monetäre, sondern auch weitergehende Konsequenzen, z. B. auf den Bildungserfolg und die Effektivität des Unterrichts, haben.

Der Abbau des (übernommenen) Instandhaltungsschulden an den Objekten des Sondervermögens gehört daher unverändert zu den zentralen Zielsetzungen der Gebäudewirtschaft.

Der Finanzbedarf der Gebäudewirtschaft ist beachtlich. Nach dem Ergebnis einer Untersuchung aus dem Jahre 2007 belaufen sich die notwendigen Sanierungskosten bis zum Jahr 2020 auf rd. EUR 1,1 Mrd. Im politischen Raum ist angesichts dieser Dimension die Überzeugung gewachsen, dass trotz der anhaltend schwierigen Haushaltslage zusätzliche Ressourcen notwendig sind, um nachhaltige Effekte erzielen zu können.

Auch nach Umgestaltung des innerstädtischen Finanz- und Abrechnungssystems und Einführung eines aufwandsbezogenen Flächenverrechnungspreises wird von elementarer Bedeutung sein, welche konkreten finanziellen, vor allem aber welche personellen Möglichkeiten dem Betrieb zum Abbau des Sanierungsschulden eingeräumt werden.

Dichtigkeitsprüfung und Sanierung der Abwasserkanalisation

Nach dem Landeswassergesetz NRW besteht eine Verpflichtung zur Dichtigkeitsprüfung und zur Sanierung der Abwasserkanalisation. Die Fristen zur Durchführung von Dichtigkeitsprüfungen sind gestaffelt und reichen bis ins Jahr 2023. Bedingt durch das Alter der Abwasserrohre von zum Teil weit über 50 Jahren muss realistischer Weise mit einem hohen Risiko der Inanspruchnahme gerechnet werden. Die genauen Kosten der Schadensbeseitigung werden erst nach Abschluss aller Sanierungen feststehen.

Auf der Grundlage der seit 2011 durchgeführten Dichtigkeitsprüfungen und der hierbei gewonnenen Erkenntnisse ist eine immer verlässlichere Abschätzung der Kosten zur Beseitigung von Dichtigkeitsmängeln im Gesamtbestand und der voraussichtlichen Förderung mit öffentlichen Mitteln möglich.

Die Verbindlichkeitsrückstellung zum 31.12.2016 von insgesamt EUR 47,3 Mio. (Vorjahr: EUR

32,2 Mio.) umfasst daher nicht nur für fällige, aber noch ausstehende Prüfungen (EUR 0,09 Mio.; Vorjahr: EUR 0,09 Mio.) und die Kosten der Beseitigung konkret erkannter Undichtigkeiten (EUR 4,6 Mio.; Vorjahr: EUR 4,1 Mio.), sondern im Ergebnis einer Hochrechnung auch die voraussichtlichen Kosten der Schadensbeseitigung im noch nicht überprüften Grundstücksbestand (EUR 42,5 Mio.; Vorjahr: EUR 27,6 Mio.).

Abweichend zur bisherigen Praxis wurde im Berichtsjahr aus bilanzrechtlichen Gründen von einer Saldierung der künftigen Kosten mit Fördermitteln (in einer unterstellten Höhe von 30 Prozent bei noch nicht bewilligten Projektförderungen) abgesehen, da das entsprechende Förderprogramm Ende 2016 auslief und erst im April 2017 wieder aufgelegt wurde. Für 2016 ergibt sich eine Erhöhung der Instandhaltungsaufwendungen um rd. EUR 17,6 Mio., der im Wirtschaftsjahr 2017 eine Ergebnisverbesserung gegenüber stehen dürfte.

Brandschutz ■

Mit hohen Kosten sind auch die Brandschutzaufgaben verbunden, die bei wesentlichen Änderungen im vorhandenen Gebäudebestand (Stichwort: Verlust des Bestandsschutzes) von der Gebäudewirtschaft zu beachten und baulich umzusetzen sind.

Die für entsprechende Aufwendungen gebildete Rückstellung beläuft sich Ende 2016 auf EUR 14,8 Mio. (Vorjahr: EUR 16,3 Mio.).

Aus brandschutztechnischen sowie umweltrechtlichen Gründen (Betriebssicherheitsverordnung, Energieeinsparverordnung u.a.) wurde in 2016 zudem eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von EUR 13,5 Mio. für solche Fertigbaueinheiten und Container notwendig, die den aktuellen Vorgaben nicht mehr oder nur noch eingeschränkt entsprechen.

Datenbasis

Für eine professionelle Bestandsverwaltung ist die Kenntnis der bewirtschafteten Grundstücks- und Gebäudeflächen unerlässlich.

Dies wird beispielsweise bei der flächenabhängigen Bemessung von Bauunterhaltungsmitteln oder beim internen und externen Benchmarking (z. B. Ermittlung von Energiekennwerten/qm) deutlich.

Aufgrund einer Stichprobenuntersuchung, die beachtliche Abweichungen zwischen den tatsächlichen Flächen und den bekannten Mietflächen ergab, hat die Betriebsleitung beschlossen, den Gebäudebestand komplett nach CAD-Grundsätzen zu vermessen. Auch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW hat im Rahmen der überörtlichen Prüfung den Bedarf an exakt erfassten Flächen formuliert.

Ende 2013 wurden die Gebäudeaufmaße der Objekte, bei denen noch keine CAD-basierten Flächendaten Vorlagen, in drei Losen beauftragt. Unter Berücksichtigung des Projektumfangs und der verfügbaren Kapazitäten ist das Projekt auf fünf Jahre angelegt worden. Parallel zu der externen Datenerfassung wird sichergestellt, dass die aus eigenen Projekten der GW gewonnenen Bestandsaufmaße und Ausführungspläne in den CAD-Datenbestand integriert werden.

Zum 30.04.2017 ergibt sich folgendes Flächenportfolio (in Klammern Stand 31.12.2015):

Mietflächen: 2.197.100 qm (2.156.000 qm)
davon auf CAD umgestellt: 1.407.500 qm (1.282.000 qm)

Weitere 337.000 qm vermessene und gezeichnete Flächen sind von den beauftragten Firmen geliefert worden. Davon sind 270.000 qm geprüft und abgenommen. Aus Kapazitätsgründen konnten sie noch nicht in die betrieblichen Flächenstammdaten überführt werden. Weitere 67.000 qm vermessene und gezeichnete Flächen befinden sich in der Prüfung und Qualitätssicherung durch unsere Bauzeichnerinnen.

An Grundstücksflächen bewirtschaftet die GW bei ihren Eigentumsobjekten 3.940.000 m². Dazu kommen noch die Grundstücksflächen von Anmietungen (hauptsächlich Kitas und Verwaltungsgebäude), bei denen der Mietvertrag die Unterhaltung durch die GW vorsieht.

Die Verbesserung der Objektdaten ist weiterhin priorisiertes Ziel als Grundlage zur Wahrnehmung der gesetzlichen Betreiberverantwortung. Umfang und Ort der technischen und baulichen Anlagen nach DIN 276 wurden je Wirtschaftseinheit bereits aufgenommen und sind inzwischen als Datensatz in das CAFM-Programm „etask“ eingelesen.

Der spezifische Zustand der technischen Anlagen und der Immobilien insgesamt im Sondervermögen bzw. deren Instandsetzungssatz wird sich zukünftig aus Datenblättern der einzelnen Anlagen ergeben. Ziel ist, bis Ende 2018 über einen belastbaren Datenbestand mit den entsprechenden Datenblättern und Attributen der einzelnen Anlagen in digitaler Form zu verfügen. Um den Datenbestand bei Neubauten direkt digital einlesen zu können, den gesetzlichen Vorgaben entsprechend dokumentiert zu haben und direkt für das Wartungs- und Prüfungsmanagement nutzen zu können, wird ein sog. Inbetriebnahmemanagement eingeführt. Die Struktur der digitalen Datenerfassung durch Externe wurde festgelegt und wird ebenfalls Vertragsbestandteil aller Ingenieurs- oder (General,-/Total-) Unternehmerverträge

Betreiberverantwortung

Aufgrund der Vielzahl der Objekte, ihrer heterogenen technischen Ausstattung und einer wachsenden und sich ändernden Gesetzeslage ist das Betreiben von eigenen bzw. angemieteten Liegenschaften mit sehr hohen Anforderungen verbunden.

Um den stetig steigenden Ansprüchen vollumfänglich zu genügen, wurde, wie zuvor beschrieben, mit der strukturierten Erfassung von Anlagen und Anlagenteilen begonnen. Eine CAFM-Software (Computer-Aided Facility Management) mit Datenbankfunktion und zur elektronisch gesteuerten Wiedervorlage der Wartungs- und Prüffristen von technischen und baulichen Anlagen (Fristenmanagement) sowie weiterer Controlling-Optionen wurde zur optimierten Wahrnehmung der Betreiberverantwortung beschafft. Sie wird zurzeit implementiert und die ersten Mitarbeiter des Objektmanagements in den CAFM-Prozess eingebunden.

Bereits implementiert ist das Regelwerk-Informationssystem REG-IS, das alle relevanten gesetzlichen Regelungen nach Maßgabe der DIN 276 systematisch abbildet, so dass sich die jeweiligen Objektverantwortlichen unmittelbar über Änderungen der Rechtslage informieren können.

Abgerundet werden soll das skizzierte Maßnahmenpaket im Bereich der Betreiberverantwortung durch die Bündelung von Zuständigkeiten und der Kontrollfunktion in einer eigenen Organisationseinheit „Technisches Gebäudemanagement“ (TGM). Hinzu kommt aufgrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels die Ausschreibung und Vergabe des Wartungs- und Prüfungsmanagements an einen oder mehrere Facilitymanagement- Dienstleister. Die

hierzu bestehenden konzeptionellen Lösungen müssen noch in der Gesamtorganisation der Gebäudewirtschaft verankert werden.

3. Bautätigkeit

Aus der Vielzahl laufender und geplanter Investitionen sind insbesondere folgende Projekte aus Sicht der Betriebsleitung von herausgehobener Bedeutung:

Verwaltungsgebäude / Gebäude mit Sondernutzungen

- Bezirksrathaus Rodenkirchen
- Bürgeramt Chorweiler (Generalinstandsetzung)
- Neubau des historischen Archivs
- Sanierung der Zentralbibliothek
- Schaugewächshaus

Schulbauprojekte

- Neubau einer Schule am Standort „Im Weidenbruch“
- Europaschule Zollstock
- IGS Burgwiesenstraße
- GS Nippes
- Erweiterung des Humboldtgyrnasiums am Kartäuser Wall
- Inklusive Universitätsschule / Köln-Ehrenfeld
- Modulbauprojekt Grundschulen (diverse Standorte)
- Modellprojekt Bildungslandschaft Altstadt - Nord
- Neue Historische Mitte

4. Baubetreuung (Service)

- Oper/Schauspiel (bis 4/2016),
- MiQua (Archäologische Zone/Jüdisches Museum),
- Flüchtlingsunterbringung (diverse Standorte),
- Begleitung der Mängelauflarbeitung des Kulturzentrums am Neumarkt,
- Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums und Fondation Corboud,
- Neubau des Feuerwehr technischen Zentrums in Kalk (FWZK) einschließlich Feuerwache 10,
- Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg (Maßnahme ruht zur Zeit),
- Generalinstandsetzung und Erweiterung der Feuerwache Weidenpesch (FW 5),
- Erweiterung der Feuerwache 6 in Volkhoven-Weiler,
- Bau der Rettungswache Dellbrück sowie
- Generalinstandsetzung der Feuerwache 1 (nach Abschluss des FWZK).

5. Personal

Probleme bei der Personaleinsatzplanung/ Restriktiver Stellenplan

Trotz ihrer organisatorischen Sonderstellung als eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln nach wie vor in vielfältiger Weise in die verwaltungsmäßigen Abläufe der Kernverwaltung eingebunden und innerstädtischen Regelungen unterworfen. Besonders deutlich wird dies in den Bereichen Personaleinsatzplanung und Stellenbewertung.

Neue Wege bei der Personalgewinnung und -erhaltung

Die Gebäudewirtschaft beschreitet auf dem Gebiet der Personalgewinnung und -erhaltung neue Wege. Seit dem Frühjahr 2017 unterstützt ein externer Personaldienstleister die Gebäudewirtschaft bei der Akquise von Fach- und Führungskräften im technischen Bereich sowie bei der Durchführung entsprechender Auswahlverfahren. Ursächlich für diese Entscheidung ist vor allem die enorme Anzahl von aktuell vakanten (>70) und noch hinzukommenden Stellen (alleine über 40 Mehrstellen für den Bereich der Projektleitung und -Steuerung in der Abteilung „Planen und Bauen“). Gleichzeitig erfolgt eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne der Gebäudewirtschaft in diversen fachspezifischen Printmedien und in den einschlägigen Onlineportalen, um das Bewerberaufkommen möglichst zu erhöhen. Vorhandene Dauerausschreibungen wurden sowohl inhaltlich als auch vom Layout her grundlegend überarbeitet. Ebenfalls wird die Präsenz bei Personalmessen für technisches Personal erhöht sowie die Kooperationen mit technischen Hochschulen / Fachhochschulen ausgeweitet. Parallel zur zeitlich befristeten externen Unterstützungsmaßnahme wurde der Personalbereich ressourcenmäßig gestärkt und wird zurzeit neu ausgerichtet, um mittelfristig wieder vollumfänglich und eigenständig die Aufgaben wahrnehmen zu können. Durch die neu eingerichtete Stelle zum Thema „Personalentwicklung“ wird zudem momentan ein umfassendes Einarbeitungskonzept für neue (technische) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzipiert. Es bestehen bereits einzelne Bausteine im Sinne von „training near the job“, diese gilt es aber zu überarbeiten und zu harmonisieren. Ferner soll die berufliche Weiterentwicklung von technischem Personal, analog der modularen Qualifizierung im Verwaltungsbereich bzw. des bestehenden Technikerkonzeptes beim Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, gemeinsam mit dem Amt für Personal, Organisation und Innovation vorangetrieben werden, da das Aufzeigen von beruflichen Perspektiven einen klaren Wettbewerbsvorteil gegenüber Mitbewerbern darstellt.

6. Organisation

In seiner Sitzung am 02.02.2016 hat der Rat der Stadt Köln einen Beschluss zur „Stärkung der Gebäudewirtschaft“ gefasst und einen umfassenden Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt. Ziel ist es letztlich eine größere Handlungsfähigkeit für die Gebäudewirtschaft zu ermöglichen. Unter Einbindung von externer Expertise wurde mit der Umsetzung des Prüfauftrages begonnen.

Aufgrund einer stark gestiegenen Auftragslage einerseits, sowie einer Vielzahl an

vakanten Stellen andererseits, sieht sich die Gebäudewirtschaft zudem dazu veranlasst, neue Wege bei der Realisierung von Bauprojekten, vor allem im Schulbau, zu beschreiten. So wurde am

04.04.2017 ein Ratsbeschluss erwirkt, der für ein vorher durch die Schulverwaltung und die Gebäudewirtschaft gemeinsam definiertes Maßnahmenpaket erstmalig die Vergabe an mehrere General- bzw. Totalunternehmer (GUTTU) ermöglicht. Durch diese bisher nicht praktizierte Vergabeform soll sich zudem die Bauzeit der Schulen von bisher mindestens acht auf fünf Jahre reduzieren. Um dieses rd. EUR 350 Mio. umfassende Maßnahmenpaket mit Pilotcharakter adäquat steuern zu können, ist eine besondere Organisationsstruktur inklusive Multiprojektmanagement erforderlich und stellt eine große Herausforderung dar.

Der Ratsbeschluss sah zudem vor, weitere Realisierungsmöglichkeiten zur Beschleunigung der Planungs- und Bauaktivitäten wie z.B. durch Gründung einer Schulbau-GmbH, auf die eine bestimmte Anzahl an Bauprojekten zur parallelen Abwicklung übertragen werden könnte, zu prüfen.

Im Juli 2017 wurde durch die Oberbürgermeisterin eine Projektgruppe von erfahrenen Verwaltungskräften unter Vorsitz des Stadtdirektors ins Leben gerufen, mit dem Ziel, kurz- und mittelfristige Optimierungsmöglichkeiten zur innerbetrieblichen Organisation der Gebäudewirtschaft sowie zu einer beschleunigten Projektabwicklung und Leistungserbringung vor allem im Schulbau und bei den Kulturbauten zu erarbeiten.

Die in den Monaten Juli, August und September 2017 erarbeiteten (Zwischen-) Ergebnisse der vorgenannten Projektgruppe mündeten in einer weiteren, umfassenden Beschlussvorlage, die am 28.09.2017 vom Rat der Stadt Köln verabschiedet wurde.

Kernpunkte des Ratsbeschlusses sind:

Änderung der Satzung der Gebäudewirtschaft verbunden mit der Einrichtung einer kaufmännischen und einer technischen Betriebsleitung, die gemeinsam die geschäftsführende Betriebsleitung bildet. Somit gibt es künftig eine Doppelspitze im Bereich der geschäftsführenden Betriebsleitung.

- Beauftragung eines Interimsmanagers für die Gebäudewirtschaft für einen Zeitraum von bis zu 3 Jahren, der auf Dezernatsebene losgelöst vom operativen Geschäft die künftige Ausrichtung der Gebäudewirtschaft forcieren soll.
- Verlagerung des Bereichs Kulturbau von Dezernat VII zur Gebäudewirtschaft
- Verzicht auf eine Detailuntersuchung zu einer möglichen selbstständigen Organisationsform nach einem GmbH-Modell für den Schulbau. Gleichzeitiger Auftrag, die beim GU-/TU Modell angewandte Projektorganisation weiterzuverfolgen und auch bei anderen Schulbauprojekten anzuwenden bzw. in diesem Zuge weiterzuentwickeln.
- Bedarfsfeststellung zur Beauftragung eines externen Dienstleisters für den Aufbau eines Technischen Gebäudemanagements.
- Verschiedene personalwirtschaftliche Maßnahmen, u.a. die sofortige Bereitstellung von 15 Stellen für Ingenieure in der Wertigkeit EG 13 und EG 14 TVöD sowie die Zusage zur Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten im technischen Dienst.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
Beihilfekasse Köln
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der Beihilfekasse der Stadt Köln

ERFOLGSPLAN

	2018	2017
Umlagen für Versorgungsempfänger	22.460.032	21.539.972
Umlage für aktive Beamte	16.478.384	16.365.730
Erstattung Beihilfen	230.000	200.000
Kostenerstattung Abwicklung Beihilfe	564.729	585.311
Sonstige betriebliche Erträge	199.784	110.914
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Summe Erträge	39.932.929	38.801.927
Beihilfezahlungen an Versorgungsempf.	21.573.062	20.613.058
Beihilfezahlungen an aktive Beamte	15.827.636	15.661.476
Personalaufwand	1.933.280	1.910.913
Abschreibungen	14.800	13.050
Sonstige betriebliche Aufwendungen	584.151	603.430
Summe Aufwendungen	39.932.929	38.801.927

Wirtschaftsplan 2018/19
der
Bühnen der Stadt Köln

Wirtschaftsplan Bühnen für die Spielzeit 2018/19

	Plan 2018/19
	Gesamt in T€
Plan Spielbetrieb Bühnen	
Umsatzerlöse	9.812,0
Sonstige betriebliche Erträge	4.471,0
Materialaufwand	-16.100,3
Personalaufwand	-47.288,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.890,4
Betriebsergebnis	-57.995,8
Investitionsergebnis	-911,4
Finanzergebnis	-431,8
Neutrales Ergebnis	47,5
Jahresverlust (vor Spartenumlage)	-59.291,5
Übernahme Verlust Tanz durch Service	
Spartenumlage Service	0,0
Jahresverlust Spielbetrieb	-59.291,5

Plan Interim	
Umsatzerlöse	-4.119,0
Sonstige betriebliche Erträge	0,0
Materialaufwand	0,0
Personalaufwand	18,5
Abschreibungen	-747,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.846,8
Betriebsergebnis	-9.695,2
Finanzergebnis	-15,5
Steuern	0,0
Jahresverlust Interim	-9.710,7
Spartenumlage Service	0,0
Jahresverlust Interim	-9.710,7

Plan Sanierungsmaßnahmen	
Offenbachplatz	-750,0
Produktionszentrum (Werkstätten, Kooperation mit WDR)	0,0
Orchesterproberaum (Stolberger Str.)	0,0
Sanierungsmaßnahmen gesamt	-750,0

Gesamtplan Bühnen	-69.752,2

Betriebskostenzuschuss der Stadt	
Zuschuss Spielbetrieb	58.605,1
Übernahme TL-Steigerung > 2%	0,0
Zuschuss Interim	9.710,7
Zuschuss Sanierungsmaßnahmen/Spielstätte Schauspiel	949,0
Zuschuss Betrieb Offenbachplatz (ehem. Actori)	

BKZ gesamt	69.264,8

Bühen der Stadt Köln, Köln
Bilanz zum 31. August 2015

Aktiva

	31.8.2015 EUR	31.8.2014 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	104.927,00	41.922,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	27.072.064,00	26.358.151,00
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	1.399.157,00	1.281.351,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.029.444,00	2.863.948,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	210.548.951,53	106.850.576,05
	<u>243.049.626,53</u>	<u>137.354.026,05</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN	243.154.553,53	137.395.948,05
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	387.116,00	429.796,00
2. Unfertige Leistungen	2.909.100,00	2.356.800,00
	<u>3.296.216,00</u>	<u>2.786.596,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	363.765,54	907.303,00
2. Forderungen gegen die Stadt Köln	5.665.019,32	6.235.819,34
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.404.255,89	1.289.149,64
	<u>7.433.040,75</u>	<u>8.432.271,98</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.209.319,25	222.726,11
	<u>14.938.576,00</u>	<u>11.441.594,09</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	418.649,96	477.427,89
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG	0,00	2.144.964,10
	<u>258.511.779,49</u>	<u>151.459.934,13</u>

Passiva

	31.8.2015 EUR	31.8.2014 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	50.000,00	50.000,00
II. Gewinnrücklagen	0,00	4.991.688,14
III. Bilanzgewinn/-verlust	3.979.151,27	-7.186.652,24
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	2.144.964,10
	<u>4.029.151,27</u>	<u>0,00</u>
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN	25.319.517,34	26.432.432,90
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen	4.525.968,00	4.393.533,00
2. Sonstige Rückstellungen	6.354.215,00	6.462.291,00
	<u>10.880.183,00</u>	<u>10.855.824,00</u>
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	142.500.000,00	102.100.000,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.776.593,60	9.391.571,91
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Köln	55.413.519,19	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber Eigenbetrieben	724.594,45	725.314,38
5. Sonstige Verbindlichkeiten	407.444,85	292.797,47
	<u>217.822.152,09</u>	<u>112.509.683,76</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	460.775,79	1.661.993,47
	<u>258.511.779,49</u>	<u>151.459.934,13</u>

Bühnen der Stadt Köln, Köln
Gewinn- und Verlustrechnung für 2014/2015

	<u>2014/2015</u> EUR	<u>2013/2014</u> EUR
1. Umsatzerlöse	6.515.886,23	6.126.518,23
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	552.300,00	512.900,00
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	307.700,00	290.300,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	66.512.718,93	69.366.950,02
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.794.994,76	1.808.046,03
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>12.869.283,15</u>	<u>11.899.892,16</u>
	14.664.277,91	13.707.938,19
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	29.721.122,02	29.111.679,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>8.160.581,25</u>	<u>7.581.051,35</u>
	37.881.703,27	36.692.730,46
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.460.667,95	2.883.372,83
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.246.681,74	13.028.055,45
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.710,17	393,83
- davon Erträge aus der Veränderung der Abzinsung: EUR 3.310,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	459.080,25	497.588,45
- davon Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung: EUR 406.514,00 (Vorjahr: EUR 440.273,00)		
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>6.180.904,21</u>	<u>9.487.376,70</u>
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.028,85	3.352,75
13. Sonstige Steuern	<u>4.759,99</u>	<u>68.762,49</u>
14. Jahresüberschuss	6.174.115,37	9.415.261,46
15. Verlustvortrag	-7.186.652,24	-16.601.913,70
16. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	<u>4.991.688,14</u>	<u>0,00</u>
17. Bilanzgewinn/-verlust	<u><u>3.979.151,27</u></u>	<u><u>-7.186.652,24</u></u>

LAGEBERICHT
FÜR DAS WIRTSCHAFTSJAHR
1. SEPTEMBER 2014 BIS 31. AUGUST 2015

I. SPIELZEITVERLAUF UND LAGE DER BÜHNEN IM WIRTSCHAFTSJAHR 2014/2015

1. Die wirtschaftliche und kulturpolitische Situation der Bühnen in der Bundesrepublik Deutschland in der Spielzeit 2014/2015

Wie bereits in den Vorjahren haben auch in der Spielzeit 2014/2015 die finanziellen Verhältnisse der öffentlichen Haushalte einen hohen Konsolidierungsdruck auf die deutschen Bühnen bewirkt. Als personalintensive Einrichtungen mit einem hohen Anteil fixer Personalkosten und dadurch begrenzten kurzzeitig realisierbaren Konsolidierungspotentialen sind die öffentlichen Theater und Orchester hiervon in besonderem Maße betroffen. Wegen des notwendigen Finanzbedarfs der Kultureinrichtungen stehen deshalb gerade die Fragen der Wirtschaftlichkeit dieser Einrichtungen unverändert im Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit.

Die Auswertung der Spielzeitdaten¹ zeigt für 2014/2015 stabile Verhältnisse: So sind die Besucherzahlen der öffentlich getragenen Theater einschließlich der Gastspiele mit rd. 21 Mio. Zuschauern stabil geblieben. Während die Zahl der Vorstellungen leicht um 0,4 % auf 67.437 zurückging, konnten die Einnahmen in Höhe von rd. 535 Mio. Euro um 1,6 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist das prozentuale Einspielergebnis von 18,4 % auf 18,2 % leicht gesunken. Dagegen erhöhten sich die öffentlichen Zuschüsse an die Theater und Orchester von rd. 2,37 Mrd. Euro um rd. 2,7 % auf 2,43 Mrd. Euro. Zugleich weist der Anstieg der Personalausgaben um 3,5 % darauf hin, dass die Einkommen der Mitarbeiter angehoben wurden. Die Zahl der fest angestellten Theatermitarbeiter - befristet und unbefristet - stieg dabei leicht von 39.235 auf 39.399.

Infolgedessen bleibt der hohe Konsolidierungsdruck auf alle Kultureinrichtungen in Deutschland unverändert bestehen, Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Kultureinrichtungen werden von Politik und Öffentlichkeit weiterhin kritisch hinterfragt. Trotzdem sollte das übergeordnete Ziel der Theater und Orchester, nicht gewinnorientiert zu arbeiten, sondern eine Aufgabe für die Allgemeinheit zu erfüllen, nicht aus den Augen verloren werden. Vor diesem Hintergrund bleibt es abzuwarten, ob es gelingt, die öffentliche Kulturförderung als Pflichtaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen zu verstehen und gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Stabilität den Kulturbereich adäquat zu schützen.

* Quelle: Theaterstatistik 2014/2015 des deutschen Bühnenvereins, Heft 50

2. Der rechtliche Rahmen der Bühnen in der Spielzeit 2014/2015

Gegenstand der seit dem 1.9.2000 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung geführten Bühnen der Stadt Köln ist der Betrieb eines Drei-Sparten-Theaters zur Pflege und Förderung kultureller Aufgaben. Der Einrichtungszweck umfasst dabei insbesondere die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Tanz- und Sprechtheater. Für die künstlerische und wirtschaftliche Führung ist eine aus nunmehr vier Personen bestehende Betriebsleitung gesamtverantwortlich. Der Rat der Stadt Köln und der Betriebsausschuss (personenidentisch mit dem Ausschuss für Kunst und Kultur der Stadt Köln) entscheiden in allen Angelegenheiten der Bühnen, die ihnen durch die GO NRW, die EigVO NRW, die Hauptsatzung der Stadt Köln und die Betriebssatzung der Bühnen vorbehalten sind. Das Wirtschaftsjahr verläuft spielzeitkonform vom 1. September bis zum 31. August.

3. Die künstlerische Bilanz der Bühnen in der Spielzeit 2014/2015

Als wesentlicher Bestandteil der Kulturstadt Köln gehören die Bühnen der Stadt Köln zu den national bedeutendsten wie international renommierten Spielstätten des Sprech- und Musiktheaters.

Im Sinne des qualitativen Anspruchs, welcher der Größe und Bedeutung der Stadt Köln gerecht werden soll, gehören beim Sprechtheater die Klassikerpflege ebenso wie die Präsentation moderner Gegenwartsdramatik und die Realisierung unterschiedlichster Regie- und Ausstattungsstile zu den traditionellen Aufgaben. Nationale und internationale Gastspiele sollen das Programm des Sprechtheaters komplettieren.

Die Oper Köln soll den führenden internationalen Opernhäusern zugerechnet werden. Sie ist Mitglied der internationalen Opernkonferenz, zu der folgende Opernhäuser gehören: Staatsoper München, Staatsoper Unter den Linden Berlin, Deutsche Oper Berlin, Komische Oper Berlin, Staatsoper Wien, Opernhaus Zürich, Staatsoper Dresden, Oper Frankfurt, Staatsoper Hamburg, Deutsche Oper am Rhein Düsseldorf Duisburg, Oper Leipzig und Staatsoper Stuttgart sowie die assoziierten Mitglieder Opera National de Paris und Royal Opera House London. Diese Institutionen sind geprägt von international renommierten Dirigenten, Regisseuren sowie Sängerinnen und Sängern. In diesem Umfeld ist die Oper Köln bereits seit einigen Jahren neben der Komischen Oper Berlin ein Mitglied mit einem der geringsten Betriebskostenzuschüsse. Dieser ist nach Auffassung der künstlerischen Leitung für die Bespielung der Interimspielstätten jedoch gerade noch auskömmlich. Daher hat es die Oper Köln auch in der Spielzeit 2014/2015 wieder geschafft, das angestrebte internationale Niveau zu erreichen und in der Fachwelt eine entsprechend hohe Anerkennung zu finden.

Nach der Auflösung der Tanzcompany pretty ugly tanz köln mit Ende der Spielzeit 2008/2009 wird der Tanz an den Bühnen Köln durch Gastspiele in den Spielplänen von Oper und Schauspiel vertreten.

Bei einer unverändert angespannten städtischen Haushaltslage konnten in der Spielzeit 2014/2015 parallel zu den laufenden Sanierungsmaßnahmen am Offenbachplatz in der Spielstätte Halle Kalk bzw. den Interimspielstätten des Musiktheaters (Oper am Dom einschl. Foyer, Palladium, Trinitatiskirche, Kolumba Museum, Oberlandesgericht, Kölner Philharmonie), der Kinderoper (Altes Pfandhaus) und des Sprechtheaters (Depot 1, Depot 2, Grotte, Foyer des Depots) folgende Inszenierungen realisiert werden:

Titel	Neuinsz. (N)/ Wieder- aufn. (WA)	Spielstätte	Anzahl der Vorstel- lungen	Eigenprod.(EP)/ Koprod.(KP)/ Gastspiel(GS)
Inszenierungen des Sprechtheaters				
Blackflash	N	Halle Kalk	15	EP
Und Pippa tanzt!	N	Halle Kalk	19	EP
Segen der Erde	N	Halle Kalk	6	EP
Gregor Schneider	WA	Halle Kalk (Neuerburgstraße)	72	EP
Die Laube tanzt in den Mai	WA	Schauspiel/Foyer	1	GS
300 Worte Deutsch	N	Depot 1	1	GS
Bejarano und Microphone Mafia	N	Depot 1	1	GS
Das Käthchen von Heilbronn	N	Depot 1	24	EP
Der Kaufmann von Venedig	WA	Depot 1	11	EP
Die Avantgarde der Supernerds	N	Depot 1	12	EP
Die fünfte Jahreszeit	WA	Depot 1	9	EP
Die Göttliche Komödie	N	Depot 1	12	EP
Dogville	N	Depot 1	28	EP
Gardenia	N	Depot 1	1	GS
Genesis	WA	Depot 1	5	EP
Habe die Ehre	WA	Depot 1	3	EP
Heimatlieder	-	Depot 1	1	GS
Hiob	N	Depot 1	21	EP
Kabale und Liebe	WA	Depot 1	20	EP
Parzival	N	Depot 1	18	EP
The Shadow	N	Depot 1	13	EP
Wie es euch gefällt	N	Depot 1	11	EP
Einzelveranstaltungen	-	Depot 1	2	
Amerika	WA	Depot 2	5	EP
Argonauten	N	Depot 2	8	EP
Übertrag:			319	

Titel	Neuinsz. (N)/ Wieder- aufn. (WA)	Spielstätte	Anzahl der Vorstel- lungen	Eigenprod.(EP)/ Koprod.(KP)/ Gastspiel(GS)
Übertrag:			319	
Arthur Russell's Instrumentals		Depot 2	1	GS
Carls Werk - Das Stück		Depot 2	8	EP
Carls Werk - Erster Teil		Depot 2	5	EP
Der gute Mensch von Sezuan		Depot 2	14	EP
Der Menschenfeind		Depot 2	26	EP
Der Sturm Planet Kultur e.V.		Depot 2	2	GS
Die Lücke		Depot 2	25	EP
Die Macht der Poesie		Depot 2	1	GS
Die Präsidentinnen		Depot 2	5	EP
Habe die Ehre		Depot 2	16	EP
Hedda Gabler		Depot 2	20	EP
Hit me Baby - Volume II		Depot 2	9	GS
Hit me Baby one more time		Depot 2	2	GS
If I Can ...		Depot 2	1	EP
Im Kopf von Bruno Schulz		Depot 2	12	EP
Kippenberger!		Depot 2	4	EP
Neues aus dem Trainingslager		Depot 2	1	EP
Reden wir über Vögel		Depot 2	5	EP
Szenen und Lieder		Depot 2	1	EP
Urteile		Depot 2	1	GS
Weihnachtswunderwelt		Depot 2	1	EP
Einzelveranstaltungen		Depot 2	16	
Bartleby der Schreiber		Grotte	10	EP
Die Philosophie im Boudoir		Grotte	13	EP
Die Reise nach Petuški		Grotte	3	
Die roten Schuhe/Eine Liebe.Zwei Menschen		Grotte	9	EP
Herzstück/Mauser		Grotte	8	EP
If I Can ...		Grotte	8	EP
Invasion!		Grotte	15	EP
Revolver-Traum/ Striptease/ Die Liebe ist ein Heckenschütze		Grotte	3	EP
Weihnachtswunderwelt		Grotte	4	EP
			568	

Die Spielzeit 2014/15 - die zweite unter der Intendanz von Stefan Bachmann - fand sanierungsbedingt wie die vorherige in der Interimspielstätte im Depot auf dem Gelände des ehemaligen Carlswerks im rechtsrheinischen Köln-Mülheim statt. Bereits in der ersten Interimspielzeit wurden die neuen Räumlichkeiten Depot 1 und Depot 2 mit ihrer Industriehallencharakteristik sehr gut angenommen. Mit dem Verlauf der zweiten Spielzeit ist es gelungen, die Spielstätte in Mülheim als festen Kulturort zu etablieren. Neben den beiden Hauptspielorten im Depot waren und sind auch der Carlsgarten, der als urban-gardening-Projekt auch in der zweiten Spielzeit fortgesetzt wurde, und die Grotte unter dem Hügel im Carlsgarten prägende Spiel- und Aufenthaltsorte des Schauspiels, die das Gesamtensemble auf dem Carlswerksgelände in kürzester Zeit zu einem der urbansten Orte in der Stadt haben werden lassen.

Das hat nicht nur dazu geführt, dass der neue Spielort des Schauspiels von den Theaterbesuchern besonders gut angenommen wird (die Besucherzahlen konnten im Vergleich zur Vorjahressaison deutlich gesteigert werden) und als ein identifikatorischer Ort betrachtet wird, sondern hat dem Schauspiel auch eine besondere Rolle als Motor einer Stadt- und Quartiersentwicklung in Mülheim zukommen lassen.

Eröffnet wurde die Spielzeit mit einer Adaption des Films „Dogville“ von Lars von Trier in der Regie von Bastian Kraft, der in seiner Inszenierung mit Hilfe eines spektakulären Bühnenbildes Schauspieltheater und filmische Elemente miteinander verband. „Eine sagenhaft raffinierte und dabei doch völlig nachvollziehbare Inszenierung“ schrieb der Kölner Stadtanzeiger anlässlich dieses gelungenen Saisonauftaktes, in dem vor allem auch das Ensemble des Schauspiels zeigte, wie sehr es nach einem Jahr gemeinsamer Arbeit aufeinander eingespielt war. Wenige Tage später folgte eine weitere Inszenierung, die zeigte, dass das Schauspiel zu Beginn der zweiten Spielzeit sehr deutlich auf das Ausprobieren neuer theatraler Erzählformen und -kooperationen setzte: Als eine Koproduktion mit dem Internationalen Sommerfestival in Hamburg entstand eine Arbeit mit dem weltbekannten Jazzpianisten Chilly Gonzales, der Hans-Christian Andersens Erzählung „Der Schatten“ musikalisch überschrieb und gemeinsam mit dem amerikanischen Regisseur Adam Traynor zu dem musikalischen Schattentheaterspiel „The Shadow“ verdichtete. Die Zeitung Die Welt stellte dazu vor allem die besondere internationale und kosmopolitische Weltsicht von Chilly Gonzales heraus, der als Zentrum der Aufführung in jeder Vorstellung selbst am Klavier saß: „Für Chilly Gonzales setzt sich diese Kultur der realen Welterfahrung fort. Auf märchenhafte Weise auch in seinem etwas anderen Musical.“ Komplettiert wurde der Saisonstart mit der Uraufführung von Sibylle Bergs Stück „Viel gut Essen“ in der Halle Kalk in der Regie von Hausregisseur Rafael Sanchez und einer Inszenierung von Kleists „Käthchen von Heilbronn“ in der Regie von Stefan Bachmann in einem ebenfalls spektakulären Bühnenbild von Olaf Altmann, die die dpa zu der Bemerkung veranlasste: „Stefan Bachmann, Kölns Schauspielintendant, ist einer der scharfsinnigsten Regisseure seiner Zeit.“

Insgesamt bestand die Spielzeit aus einer ausgewogenen Mischung von Klassikerinterpretationen und Ur- und Erstaufführungen. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten dabei verschiedene Formen des Erzählens. Neben der Filmadaption zum Spielzeitbeginn waren mehrere Romanadaptionen Teil des Spielplans: Von „Im Kopf von Bruno Schulz“ von Maxim Biller als Uraufführung eines Gegenwartsromans über die „Göttliche Komödie“ als bildstarke Interpretation von Dantes Mammutwerk durch den Regisseur Sebastian Baumgarten bis hin zu Robert Borgmanns Bearbeitung des sperrigen Romans „Segen der Erde“ von Knut Hamsun, für die in der Halle Kalk eigens ein Ölsee als Bühnenbild eingerichtet wurde.

Ein besonderes Ereignis war die Kooperation des Schauspiel Köln mit dem WDR-Fernsehen zum Thema digitale Überwachung. „Die Avantgarde der Supernerds“ für die die Hausregisseurin Angela Richter Interviews mit Whistleblowern und digitalen Dissidenten wie Julian Assange und Edward Snowden führte, wurde zeitgleich als Theaterversion und als WDR-TV-Livesendung konzipiert und gezeigt. Die Zuschauer wurden dabei selbst Teil eines Überwachungsspiels, das eindrücklich vorführte, welchen Mechanismen und digitalen Überwachungsmethoden wir wissentlich und unwissentlich Tag für Tag ausgesetzt sind. Die Premiere, in der Theaterstück und Fernsehsendung interaktiv miteinander verzahnt waren und während der der WDR mit großem Ü-Wagen und eigens eingerichtetem Fernsehstudio auf der Probebühne live aus dem Depot des Schauspiels auf Sendung ging, wurde zum überregional beachteten Kultur- und Medienereignis und zum Vorreiterprojekt auf dem Gebiet der Digitalisierung und der Verbindung von Fernsehen und Theater. Die Süddeutsche Zeitung hob dabei besonders den aufklärerischen Charakter des Projektes hervor: „Der Erwartungsschauer, den diese Ankündigung auslöste, war am Donnerstag überall zu spüren. Würden die IT-Experten der Produktion tatsächlich die Pornoseitenbesuche der Gäste verraten, ihre Kontostände veröffentlichen oder zeigen, wo sie sich kürzlich aufgehalten haben? Supernerds war ein flammendes Plädoyer an uns Digitalnackte.“ Und der Spiegel schrieb über die mediale Aufmerksamkeit, die diesem Theaterprojekt auch außerhalb des normalen Theaterkontextes zu Teil wurde: „Dass #Supernerds phasenweise sogar #GNTM in den Trending Topics bei Twitter überholen, dass ein solches Wagnis überhaupt unternommen werden konnte, war an sich schon ein Gewinn.“

Nachdem die Produktion „Die Lücke“, die der Autor und Regisseur Nuran David Calis anlässlich des 10. Jahrestages des NSU-Nagelbombenanschlags in der Mülheimer Keupstraße gemeinsam mit Anwohnern der Keupstraße erarbeitet hatte, zum Ende der vergangenen Spielzeit zum überregionalen Erfolg und zum Teil des großen Kunst- und Kulturfestes „Birlikte“ geworden war, folgten nun in der Spielzeit 2014/15 zahlreiche hochkarätige Gastspieleinladungen aus ganz Deutschland: So wurde „Die Lücke“ zu den renommierten Autorentheatertagen ans Deutsche Theater nach Berlin eingeladen und war unter anderem bei den Lessingtagen des Thalia Theaters in Hamburg zu Gast und im Programm des Bürgerbühnenfestivals am Nationaltheater in Mannheim zu sehen. Außerdem wurde „Die Lücke“ mit dem Kölner Kurt-Hackenberg-Preis für politisches Theater ausgezeichnet. Ebenfalls ausgezeichnet wurde das Schauspiel Köln als Teil des Bündnisses „Birlikte“: Für sein Engagement anlässlich des stadtweiten Kunst- und Kulturfestes, das im Sommer 2015 mit erweitertem Programm und einem Besucherstrom von rund 80.000 Menschen in Mülheim wiederholt wurde, erhielt das Bündnis den „Kölner Kulturpreis“ für das „Kultureignis des Jahres 2014“. Damit und mit zahlreichen Aktivitäten rund um den Stadtteil Mülheim und einem aufwendigen Beiprogramm zur Produktion „Die Lücke“ stellte das Schauspiel auch in der zweiten Spielzeit unter Stefan Bachmann unter Beweis, dass es sich mit seinem Programm aktiv und aktuell mit den Belangen einer sich entwickelnden Stadtgesellschaft auseinandersetzt und einmischt und dabei auch in der Lage ist, eine große Anzahl von Menschen für diese Themen zu mobilisieren.

Dass auch die Nachwuchsförderung am Schauspiel Köln einen hohen Stellenwert hat, zeigte nicht nur der Erfolg des Schauspielstudios am Schauspiel Köln, mit dem acht Studierende der Leipziger Schauspielschule einen Teil ihrer Ausbildung direkt am Schauspiel Köln absolvieren und das mit dem Projekt „Die Argonauten“ in der Regie von Simon Solberg seine erste abendfüllende eigene Arbeit vorstellte, sondern auch das Programm der Grotte. In der kleinsten Spielstätte des Schauspiel Köln unter dem Grünen Hügel im Carlsgarten inszenierten alle Regieassistenten in der Spielzeit 2014/15 einen eigenen Abend und etablierten die Grotte so zu einem wichtigen Ort der Gegenwartsdramatik in Köln. Die Debütinszenierung der jungen Regisseurin Pinar Karabulut, die „Invasion“ von Jonas Hassen Khemiri inszenierte, wurde dabei gleich zum renommiertesten Festival für Nachwuchsregie „Radikal Jung“ ans Volkstheater nach München eingeladen und erhielt den Nachspielpreis des Heidelberger Stückemarktes. „Die Schärfe und Leichtigkeit, mit der Pinar Karabulut hier inszeniert, die Energie und Chuzpe, mit der Ensemblemitglieder wie Studenten den Text zum Vibrieren bringen, sie erheben diese kleine Produktion zum Hauptereignis“, schrieb der Kölner Stadtanzeiger anlässlich dieses Überraschungserfolges und machte damit auch exemplarisch deutlich, zu welcher Vielfalt das neue Team am Schauspiel Köln in der zweiten Spielzeit im Depot unter den schwierigen Bedingungen des Interims insgesamt fähig war.

Titel	Neuinsz. (N)/ Wieder- aufn. (WA)	Spielstätte	Anzahl der Vorstel- lungen	Eigenprod.(EP)/ Koprod.(KP)/ Gastspiel(GS)
Inszenierungen des Musiktheaters				
Das kleine Ich-bin-Ich	WA	Oper am Dom	1	EP
Advent in der Oper	WA	Oper am Dom	4	EP
Opernführer für Kinder	-	Oper am Dom	2	EP
Heute Abend: Lola Blau	N	Oper am Dom	5	EP
Lieder und Lidele	WA	Oper am Dom	3	EP
Der gestiefelte Kater	WA	Kinderoper	10	EP
Die Hexe Hillary geht in die Oper	N	Kinderoper	19	EP
Die Nachtigall	N	Kinderoper	14	EP
Vom Fischer und seiner Frau	WA	Kinderoper	8	EP
König Arthur	N	Kinderoper	16	EP
Das Tagebuch eines Verschollenen	N	Kolumba Köln	8	EP
La Clemenza di Tito	WA	OLG Köln	6	EP
Madama Butterfly	WA	Oper am Dom	5	EP
Così fan tutte	WA	Oper am Dom	4	EP
Solaris	N	Oper am Dom	6	EP
Die schönsten Opernchöre	-	Oper am Dom	2	EP
Die Zauberflöte	N	Oper am Dom	13	EP
La Damnation de Faust (Fausts Verdammnis)	N	Oper am Dom	3	EP
Sing Halleluja	WA	Oper am Dom	2	GS
Die lustige Witwe	N	Oper am Dom	3	EP
Diva Colonia	WA	Oper am Dom	26	GS
Karneval einmal klassisch 2013	WA	Oper am Dom	1	GS
Der Freischütz	WA	Oper am Dom	5	EP
Il Prigioniero / Ekklesiastische Aktion	N	Oper am Dom	5	EP
Arabella	N	Oper am Dom	7	EP
Carmen	WA	Oper am Dom	6	EP
St. Stephan goes Opera	-	Oper am Dom	1	GS
Otello	WA	Oper am Dom	6	EP
Leucippo	N	Oper am Dom	5	EP
The Turn of the Screw	WA	Trinitatiskirche	5	EP
Einzelveranstaltungen	-		5	
			206	

Die Spielzeit 2014/2015 war geplant in der Annahme, dass es sich um die letzte Spielzeit im Interim der Oper Köln handeln würde. Insgesamt bespielten die Oper Köln bzw. die Kinderoper neun verschiedene Spielstätten; dabei führte eine Gastspielreise die Oper Köln im Februar 2015 in das Royal Opera House Muscat. Insgesamt konnte die Oper Köln 13 Neuproduktionen anbieten, darunter 3 in der Kinderoper; hinzu kamen diverse Wiederaufnahmen.

Die erste Premiere der Saison war eine Koproduktion mit den Schwetzingen Festspielen: „Leucippo“ des Barockkomponisten Johann Adolf Hasse. Dirigent Gianluca Capuano dirigierte ein exzellentes Sängereensemble, den Chor der Oper Köln sowie Concerto Köln, das für die Produktion als Gastorchester engagiert war. Die Regisseurin Tatjana Gürbaca kehrte nach ihrer erfolgreichen Inszenierung von „Così fan tutte“ für „Leucippo“ an die Oper Köln zurück. Eine konzertante Aufführung von Tschaikowskys Oper „Jolanthe“ unter der musikalischen Leitung von Dmitrij Kitajenko in der Kölner Philharmonie sorgte für Beifallsstürme im Publikum und beste Kritiken. „Hier präsentierte [...] ein in Stil und slawischer Stimmfarbe ideal abgestimmtes Ensemble, dem man ohne weiteres Weltniveau attestieren kann“ (Kölner Stadtanzeiger). Mit der Deutschen Erstaufführung von Detlev Glanerts „Solaris“ unterstrich die Oper Köln einmal mehr ihre führende Rolle im Bereich Moderne: „Das Kölner Musikleben hat in Sachen zeitgenössische Musik auf jeden Fall mit Glanerts Oper [...] eine wichtige Belebung erfahren“ (FAZ). Patrick Kinmonth inszenierte das auf dem gleichnamigen Roman von Stanislaw Lem basierende Werk eindrucksvoll in der Oper am Dom. Die musikalische Leitung lag in Händen von Lothar Zagrosek. Das Werk stieß auf sehr große Zustimmung bei Publikum.

Ein Klassiker der Opernliteratur „Die Zauberflöte“ von Wolfgang Amadeus Mozart erzielte in der Regie von Marianne Clément eine fast 100%-ige Auslastung: Zwölf Vorstellungen in knapp 3 Wochen bescherten der Oper Köln knapp 20.000 verkaufte Tickets. Es folgten zwei konzertante Premieren: „La Damnation de Faust“ von Hector Berlioz sowie „Die lustige Witwe“ von Franz Lehár, beides in der Oper am Dom. Beide Vorstellungen waren mit internationalen Sängergrößen hochkarätig besetzt. Für Fausts Verdammnis konnten unter anderem Burkhard Fritz und Vesselina Kasarova gewonnen werden. Anne Schwanewilms und Bo Skovhus gaben die beiden großen Hauptpartien in Lehárs Operettenklassiker.

Eine weitere Premiere stellte dem Kölner Publikum gleich zwei Werke in Kölner Erstaufführung vor: „Il Prigioniero“ verbunden mit „Ekklesiastische Aktion“ von Bernd Alois Zimmermann. Ein anspruchsvoller Abend, in dem Bo Skovhus in beiden Werken den Protagonisten verkörperte: „Der souverän in allen Lagen singende als Akteur hingebungsvoll agierende Bariton Bo Skovhus erweist sich in Köln als Idealbesetzung für die Gefangenenpartie“ (FAZ). Der Dortmunder Generalmusikdirektor Gabriel Feltz sorgte für eine eindruckliche musikalische Umsetzung beider Werke, was durch großen Beifall belohnt wurde. Mit der Premiere „Arabella“ von Richard Strauss folgte im April 2015 eine bildgewaltige Neuproduktion durch die Frankokanadier Renaud Doucet (Regie) und André Barbe (Bühne und Kostüme). Strauss-Kenner und Spezialist Stefan Soltesz sorgte am Dirigentenpult für eine fulminante musikalische Umsetzung, die nicht zuletzt durch ein hochkarätig besetztes Sängereensemble möglich wurde: „Die musikalische Seite ist schlicht glanzvoll. [...] Frisch, unverbraucht, leistungsstark bis in die letzten Minuten hinein [...] agiert das bis in die Nebenrollen ausgezeichnet besetzte [...] Sängereensemble“ (Kölner Stadtanzeiger).

„Ein außergewöhnliches Raumklangerlebnis [...]“ (Theater:Pur in NRW) erlebte das Kölner Publikum im Mai im Museum Kolumba. Hier kombinierte die Oper Köln zwei eher selten gespielte Werke, „Tagebuch eines Verschollenen“ von Leoš Janáček und „Savitrí“ von Gustav Holst. Der Inhalt beider Werke korrespondierte mit dem Thema der Jahresausstellung des Museums Kolumba „Freude“. Die musikalische Leitung des Abends, der durchgehend aus dem Ensemble und dem Opernstudio besetzt war, lag in den Händen von Rainer Mühlbach, musikalischer Leiter des Opernstudios und der Kinderoper Köln. Eine Premiere der besonderen Art ereignete sich im Foyer der Oper Köln. Eike Ecker inszenierte ein Singspiel von Georg Kreisler mit dem Titel „Heute Abend: Lola Blau“. Unter der musikalischen Leitung von Rainer Mühlbach gab Katrin Wundsam eine kongeniale Lola Blau. „Das Stück fordert ganz verschiedene Talente von seinem Star, Wundsam bedient sie alle“ (Kölner Rundschau).

Am 19., 20. und 21. Februar 2015 folgte die Oper Köln einer Einladung des Royal Operahouse Muscat und spielte jeweils vor ausverkauftem Haus den Musikklassiker „My Fair Lady“ in der Inszenierung von Dietrich W. Hilsdorf in englischer Sprache. Es war das erste Mal, dass im Oman ein Musical live auf der Bühne gezeigt wurde.

Wiederaufnahmen von „Madama Butterfly“, „Cosi fan tutte“, „Der Freischütz“, „Carmen“ und „Otello“, jeweils in der Oper am Dom und hochkarätig besetzt, ergänzten das Programm. Auch wurden die außerordentlich erfolgreichen Produktionen „Turn of the Screw“ in der Trinitatiskirche und „La Clemenza di Tito“ im Oberlandesgericht erneut aufgenommen und erreichten jeweils eine Auslastung von über 90%.

Die Kinderoper präsentierte sich mit drei Neuproduktionen: „Hexe Hillary geht in die Oper“ für Kinder ab 5 Jahren, „Die Nachtigall“ von Igor Strawinsky für Kinder ab 7 Jahren und „König Arthur“ von Henry Purcell in einer speziell für Kinder eingerichteten Fassung für Kinder ab 8 Jahren. Auch in der Kinderoper gab es zusätzlich Wiederaufnahmen von bereits bestehenden Produktionen, dies waren „Der gestiefelte Kater“, die Jazzoper „Vom Fischer und seiner Frau“ und eine mobile Produktion für Kindergärten „Das kleine Ich-bin-Ich“ von Elisabeth Naske. Neben einem umfangreichen theaterpädagogischen Programm für Schulen ermöglichte die Oper Köln auch Begleitveranstaltungen für Kinder an Wochenenden. Sowohl beim Opernführer für Kinder als auch der Veranstaltung „Advent in der Oper“ wurden Kindern Opernwerke auf spielerische, unterhaltsame und leicht verständliche Weise nahe gebracht. Die Kinder hatten dabei Gelegenheit selbst in Rollen zu schlüpfen, zu singen, zu tanzen und sich schminken zu lassen.

Einer jahrzehntelangen Tradition folgend beherbergte die Oper Köln des Weiteren 26 Vorstellungen der Cäcilia Wolkenburg mit dem Titel „Diva Colonia“. Fast 40.000 Besucher sahen das kurzweilige, mitreißende Divertissementchen. Liederabende und Matinée-Veranstaltungen rundeten das Programm ab. Erwähnenswert ist zudem eine Sonderveranstaltung mit dem Titel „Die schönsten Opernchöre“, dargeboten an zwei Abenden vom Chor und Extrachor der Oper Köln.

Insgesamt war die Spielzeit 2014/2015 künstlerisch von großem Erfolg gekrönt. Die vielfach gelungene Verbindung von Werk und Aufführungsort macht die dritte Interimspielzeit der Oper Köln für Darsteller und Publikum erneut zu einer sehr lebendigen, abwechslungsreichen und in ihrer Art einmaligen.

Titel	Neuinsz. (N)/ Wieder- aufn. (WA)	Spielstätte	Anzahl der Vorstel- lungen	Eigenprod. (EP) Gastspiel (GS)
Inszenierungen des Tanzes				
Bayerisches Staatsballett		Oper am Dom	2	GS
Sasha Waltz & Guests		Oper am Dom	2	GS
Akrahm Khan & Guests		Depot 1	2	GS
Hofesh Shechter		Depot 1	2	GS
Peeping Tom		Depot 1	2	GS
Corps Étrangers		Depot 2	1	GS
Helder Seabra		Depot 2	2	GS
Mamaza		Depot 2	2	GS
			15	

Die Tanzreihe 2014/2015 begann mit einer Hommage an die legendäre Tanztruppe „Les Ballets Russes“, die vor 100 Jahren den Aufbruch in die Moderne begann. Anlässlich dieses Jubiläums rekonstruierte das Bayerische Staatsballett drei Ballette. Hundert Jahre später choreografierte Sasha Waltz ebenfalls „L'après-midi d'un Faune“ für ihren dreiteiligen Abend. Das Gürzenich Orchester begleitete diese Tanzabende, was ein besonderer Genuss für alle Musikfreunde war. Den Höhepunkt bildete „Sacre du Printemps“. Dazu schrieb die Kölnische Rundschau: „Auf die archaische Energie dieser Choreographie hat das Kölner Publikum gewartet und bejubelt sie ausgiebig“.

Im ausverkauften Depot 1 sorgte der gebürtige Israeli Hofesh Shechter mit seiner politischen Tanzproduktion „Sun“ für Furore.

Für die Tanztheaterfans im Rheinland ist es immer ein ganz besonderes Fest die eigenwillige Kompanie Peeping Tom zu sehen. Vader ist der erste Teil einer Trilogie, der sich mit der Thematik des Alters beschäftigt. Thomas Linden schrieb für die Kölnische Rundschau: „Ein Werk, in dem Tanz und Theater auf besondere Weise verschmelzen.“

Zum ersten Mal gastierte der junge portugiesische Nachwuchschoreograf Helder Seabra mit zwei ausverkauften Vorstellungen im Depot 2. Mit "Eifo Efi" gab es eine zweite Produktion im Depot 2. Ioannis Mandafounis und Fabrice Mazliah, Tänzer der ehemaligen Forsythe Company, sind Teil des Choreografen-Kollektivs Mamaza. In diesem Sprech-Tanzstück erforschen die Performer das Phänomen der mehrschichtigen Wahrnehmung. Nicole Strecker berichtet für den Kölner Stadt Anzeiger: „Ein hinreißendes Stück, frech, charmant, hochvirtuos – die lustvollste Kapitulation der Kognition, die man sich »denken« kann.

Mit Stephanie Thierschs Choreografie „Corps Etrangers“ wurde das NRW Tanzfestival 2015 im ausverkauften Depot 2 eröffnet.

Den Abschluss der Tanzreihe bildete das Gastspiel der beiden außergewöhnlichen Tänzer und Choreografen Akram Khan und Israel Galván, die dem Kölner Tanzpublikum wohl bekannt sind: Ein Experiment zwischen spanischem Flamenco und indischem Kathak. Mit dabei waren vier fantastische Musiker. Der Kölner Stadtanzeiger schrieb: Am Ende zerhäckseln beide ihre ästhetischen Traditionen, stampfen einander der Erschöpfung entgegen, durchleben dialogisch gemeinsam das Glück der Selbstaufgabe, den Kampf um Freiheit.

4. Die wirtschaftliche Lage der Bühnen im Geschäftsjahr 2014/2015

a) Leistungsdaten

Die von den Bühnen in der Spielzeit 2014/2015 realisierten Inszenierungen erbrachten folgende Leistungsdaten:

Spielstätte	angebotene Plätze ¹	Veranstaltung. am Standort	Besucher max.	Besucher Ist	Auslastung %	Erlöse Kartenverk. TEUR
Foyer der Oper am Dom		16	1.789	1.641	91,73	
Eigenproduktionen		1	150	124	82,67	
Einzelveranstaltungen	114	17	1.939	1.765	91,03	21
Kinderoper (Altes Pfandhaus)		67	10.885	8.939	82,12	
Eigenproduktionen		1	135	102	75,56	
Einzelveranstaltungen	162	68	11.020	9.041	82,04	58
Palladium		5	3.015	2.438	80,86	
Eigenproduktionen		1	70	50	71,43	
Einzelveranstaltungen	514	6	3.085	2.488	80,65	70
OLG Köln		6	2.760	2.578	93,41	
Eigenproduktionen	460	6	2.760	2.578	93,41	56
Oper am Dom		65	96.753	70.351	72,71	
Eigenproduktionen		30	49.070	47.598	97,00	
Gastspiele	1.535	95	145.823	117.949	80,89	3.932
Trinitatiskirche		5	1.298	1.221	94,07	
Eigenproduktionen		1	120	107	89,17	
Gastspiele	236	6	1.418	1.328	93,65	24
Kolumba Museum		8	815	708	86,87	
Eigenproduktionen	102					12
Summe Musiktheater	3.123	206	166.860	135.857	81,42	4.173

¹ ermittelt als Durchschnitt der dem Publikum für die einzelnen Vorstellungen maximal angebotenen Plätze

Spielstätte	angebotene Plätze*	Veranstaltung am Standort	Besucher max.	Besucher Ist	Auslastung %	Erlöse Kartenverk. TEUR
Summe Musiktheater	3.123	206	166.860	135.857	81,42	4.173
Halle Kalk Eigen- (Ko-)produktionen	165	40	6.617	4.731	71,50	47
Halle Kalk (Neuerburgstraße) Eigenproduktionen		40	6.617	4.731	71,50	
Foyer des Depots Eigenproduktionen	6	72	432	341	78,94	2
Depot 1 Eigenproduktionen	62	1	62	62	100,00	1
Depot 1 Gastspiele		187	105.587	73.203	69,33	
Depot 1 Einzelveranstaltungen		4	2.225	1.583	71,15	
Depot 1 Einzelveranstaltungen		2	984	454	46,14	
Depot 2 Eigenproduktionen	564	193	108.796	75.240	69,16	902
Depot 2 Gastspiele		157	35.053	26.091	74,43	
Depot 2 Einzelveranstaltungen		16	3.505	2.903	82,82	
Depot 2 Einzelveranstaltungen		16	3.642	1.523	41,82	
Grotte Eigenproduktionen	223	189	42.200	30.517	72,32	290
Grotte Eigenproduktionen	48	73	3.501	2.527	72,18	8
Summe Sprechtheater	1.068	568	161.608	113.418	70,18	1.250
Oper am Dom Gastspiele	1.637	4	6.548	5.196	79,35	150
Depot 1 Gastspiele	540	6	3.242	3.225	99,48	48
Depot 2 Gastspiele	200	5	999	988	98,90	10
Summe Tanztheater	2.377	15	10.789	9.409	87,21	208
Abgrenzungen						-47
Theatercard						24
Summe gesamt	6.568	789	339.257	258.684	76,25	5.608
Theaterpädagogik Projektarbeit mit Schülern		26		263		
Schüler- / Studentenworkshops		121		1.992		
Lehrerworkshops / -fortbildungen		59		1.206		
Kooperationen		21		306		
Führungen		17		300		
Schultheaterwoche		47		1.000		
sonstige Aktivitäten		8		-		
Summe Theaterpädagogik²		299		5.067		
Summe Theater gesamt		1.088		263.751		

¹ ermittelt als Durchschnitt der dem Publikum für die einzelnen Vorstellungen maximal angebotenen Plätze

² Veranstaltungen der Theaterpädagogik ohne Einnahmen

Der Datenvergleich (ohne Theaterpädagogik) der Spielzeit 2014/2015 mit dem Vorjahr zeigt, dass sich die Zahl der Veranstaltungen (im Vorjahr 903) im Verlauf der Spielzeit 2014/2015 insgesamt um 114 bzw. 12,6 % auf 789 vermindert hat. Dies ist im Wesentlichen auf den deutlichen Rückgang der Zahl an Veranstaltungen des Schauspielprojekts „Neuerburgstraße 21“ (72 anstelle von 335 Veranstaltungen im Vorjahr) zurückzuführen. Dementsprechend entfällt die Veränderung der Gesamtzahl an Veranstaltungen mit einer Erhöhung um 21 Veranstaltungen auf das Musiktheater sowie mit der erstmaligen Erfassung von 15 Veranstaltungen auf die Sparte Tanz, denen ein Rückgang der Veranstaltungen im Sprechtheater um 150 gegenübersteht.

Im Rahmen der verschiedenen Interimspielstätten erhöhte sich die Zahl der veranstaltungsbezogen insgesamt angebotenen Plätze gegenüber dem Vorjahr um 2.334 bzw. 55,1 %. Bei einem Anstieg der Besucherzahl um insgesamt 20.331 (8,5 %) verbesserte sich auch die Auslastung gegenüber der Spielzeit 2013/2014 um 1,3%-Punkte.

Die Analyse zeigt, dass die Besucherentwicklung in den einzelnen Sparten infolge der Akzeptanz und Beispielbarkeit der Interimspielstätten unterschiedlich ausfiel. So lag die Besucherzahl im Musiktheater (trotz der leicht erhöhten Zahl der Veranstaltungen um 10.090 bzw. 6,9 %) hinter der Besucherzahl des Vorjahres. Dagegen verzeichnete das Schauspiel einen kräftigen Besucheranstieg um 21.012 bzw. 22,7 %. Der Besucherrückgang im Musiktheater entfiel mit 7.149 Besuchern (-3,0%) auf Eigenproduktionen und mit 6.714 (-11,3 %) auf Einzelveranstaltungen, während die Besucherzahl im Bereich der Gastspiele um 3.773 bzw. 2,5 % anstieg. Die Auslastung im Musiktheater gegenüber dem Vorjahr verschlechterte sich dabei marginal insgesamt um 0,3%. Im Schauspiel entfiel der Zuwachs an Besuchern mit 23.721 (+5,1 %) auf Eigenproduktionen und mit 516 (+5,2 %) auf Einzelveranstaltungen, während die Besucherzahl bei den Gastspielen um 3.225 (-3,5 %) zurückging. Die Auslastungsquote im Schauspiel verbesserte sich dabei insgesamt um 3,8 %.

In der Sparte Tanz, die erstmals gesondert erfasst wurde, wurde in 2014/2015 eine Auslastungsquote von 76,3 % erreicht.

Die durchschnittliche Einnahme je Besucher verminderte sich in der Spielzeit 2014/2015 bei unveränderten Kartenpreisen im Musiktheater und im Sprechtheater von EUR 22,80 im Vorjahr auf EUR 21,68 (-4,9 %). Der durchschnittliche Betriebskostenzuschuss der Stadt je Besucher lag mit EUR 241,58 um EUR 9,00 bzw. 3,6 % unter dem Vorjahreswert (EUR 250,58).

b) Ertragslage: Periodenvergleich / Budgetvergleich

Infolge der Besonderheiten des fortgeführten Betriebs der Interimspielstätten wird die Ertragslage der Bühnen aufgeteilt in die Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Spielbetrieb und den Erträgen und Aufwendungen, die durch den Betrieb der Interimspielstätten bzw. erste Sanierungsmaßnahmen veranlasst wurden.

Periodenvergleich

Gegenüber dem Vorjahr, welches mit einem Jahresüberschuss von TEUR 9.415 abschloss, haben die Bühnen in der Spielzeit 2014/2015 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 6.174 erwirtschaftet. Die Analyse dieses Ergebnisses zeigt, dass sich dieser Gesamtgewinn unter betriebswirtschaftlichen Kriterien im Rahmen des Spielbetriebs zunächst aus einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von TEUR 1.845 (im Vorjahr mit TEUR +2.969), einem negativen Investitionsergebnis von TEUR 794 (im Vorjahr TEUR -878), einem negativen Finanzergebnis von TEUR 440 (im Vorjahr TEUR -460) sowie einem positiven neutralen Ergebnis von TEUR 5.350 (im Vorjahr TEUR +7.345) zusammensetzt.

Der Spielbetrieb trägt so mit einem Überschuss in Höhe von TEUR 5.961 (im Vorjahr Überschuss in Höhe von TEUR 7.345) zum Jahresgewinn bei. Zusätzlich weisen der Betrieb der Interimspielstätten für die Spielzeit 2014/2015 einen Überschuss in Höhe von TEUR 213 (im Vorjahr TEUR 1.915) und der Bereich der Sanierung infolge eines weiteren Zuschussteilbetrags ein ausgeglichenes Ergebnis (im Vorjahr TEUR +155) aus.

	Ertragslage Wj. 2014/2015		Ertragslage Wj. 2013/2014		Abweichung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
<u>Spielbetrieb</u>						
Erlöse						
Kartenverkauf Eigenveranstaltungen	5.608	9,0	5.435	8,9	+173	+3,2
Kartenverkauf Eigenveranstaltungen (kalk.)	300	0,5	-148	-0,2	+448	> -100,0
Kartenverkauf Fremdveranstaltungen	384	0,6	4	0,0	+380	> +100,0
sonstige Bereiche Spielbetrieb	523	0,9	688	1,1	-165	-24,0
Bestandsveränderung unfertige Produktionen	552	0,9	513	0,8	+39	+7,6
andere aktivierte Eigenleistungen	308	0,5	290	0,5	+18	+6,2
sonstige betriebliche Erträge (ohne Betriebskostenzuschüsse)	590	0,9	666	1,1	-76	-11,4
Eigenleistung	8.265	13,3	7.448	12,2	+817	+11,0
sonstige betriebliche Erträge						
Betriebskostenzuschuss Stadt Köln (anteilig)	52.342	84,3	51.902	85,3	+440	+0,8
Betriebskostenzuschuss Land	1.507	2,4	1.507	2,5	+0	+0,0
betriebliche Erträge	62.114	100,0	60.857	100,0	+1.257	+2,1
Material-/Leistungsaufwand	-14.455	-23,2	-13.339	-21,9	-1.116	+8,4
Personalaufwand	-37.882	-61,0	-36.693	-60,3	-1.189	+3,2
Kosten Gebäudebewirtschaftung	-3.577	-5,8	-3.768	-6,2	+191	-5,1
Verwaltungsaufwendungen	-3.048	-4,9	-2.897	-4,8	-151	+5,2
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	-1.116	-1,8	-1.039	-1,7	-77	+7,4
übrige	-191	-0,3	-152	-0,2	-39	+25,7
betriebliche Aufwendungen	-60.269	-97,0	-57.888	-95,1	-2.381	+4,1
Betriebsergebnis	1.845	3,0	2.969	4,9	-1.124	-37,9
Erträge Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.113	1,8	1.186	1,9	-73	-6,2
Erträge aus Anlageabgängen	0	0,0	3	0,0	-3	-100,0
planmäßige Abschreibungen	-1.885	-3,0	-2.067	-3,4	+182	-8,8
Verluste aus Anlageabgängen	-22	0,0	0	0,0	-22	.
Investitionsergebnis	-794	-1,3	-878	-1,4	+84	-9,6
Finanzergebnis	-440	-0,7	-460	-0,8	+20	-4,3
Neutrales Ergebnis	5.350	8,6	5.714	9,4	-364	-6,4
= Ergebnis Spielbetrieb	5.961	9,6	7.345	12,1	-1.384	-18,8

	Ertragslage Wj. 2014/2015		Ertragslage Wj. 2013/2014		Abweichung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
= Ergebnis Spielbetrieb	5.961	9,6	7.345	12,1	-1.384	-18,8
<u>Betrieb Interimspielstätten</u>						
Mehreinnahmen / Einnahmeverluste Oper (kalk.)	-400	-0,6	48	0,1	-448	<-100,0
Einnahmeverluste Schauspiel (kalk.)	-200	-0,3	-200	-0,3	+0	+0,0
Mitfinanzierung Depot aus Schauspieletat	300	0,5	300	0,5	+0	.
Erträge aus Untervermietung	80	0,1	298	0,5	-218	-73,2
Betriebskostenzuschuss Stadt Köln (anteilig)	5.337	8,6	7.668	12,6	-2.331	-30,4
Zinserträge	3	0,0	0	0,0	+3	.
Sonstige Erträge	11	0,0	114	0,2	-103	-90,4
betriebliche Erträge	5.131	8,3	8.228	13,5	-3.097	-37,6
Material-/ Leistungsaufwand	-198	-0,3	-369	-0,6	+171	-46,3
planmäßige Abschreibungen auf Investitionen						
Interimspielstätten	-495	-0,8	-816	-1,3	+321	-39,3
Kosten Gebäudebewirtschaftung	-150	-0,2	-183	-0,3	+33	-18,0
(ersparte) Kosten Gebäudebewirtschaftung	2.550	4,1	2.525	4,1	+25	+1,0
Mieten und Pachten	-6.506	-10,5	-7.317	-12,0	+811	-11,1
sonstige Verwaltungsaufwendungen	-100	-0,2	-112	-0,2	+12	-10,7
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	-1	0,0	-7	0,0	+6	-85,7
Zinsaufwendungen	-18	0,0	-34	-0,1	+16	-47,1
betriebliche Aufwendungen	-4.918	-7,9	-6.313	-10,4	+1.395	-22,1
= Ergebnis Betrieb Interimspielstätten	213	0,3	1.915	3,1	-1.702	-88,9
<u>Sanierung</u>						
Betriebskostenzuschuss Stadt Köln (anteilig)	157	0,3	157	0,3	+0	+0,0
betriebliche Erträge	157	0,3	157	0,3	+0	+0,0
Material-/ Leistungsaufwand	-12	0,0	0	0,0	-12	.
planmäßige Abschreibungen auf Investitionen						
Interimspielstätten	-80	-0,2	0	0,0	-80	.
Verwaltungsaufwendungen	-62	-0,1	0	0,0	-62	.
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	-3	0,0	0	0,0	-3	.
Zinsaufwendungen	0	0,0	-2	0,0	+2	-100,0
betriebliche Aufwendungen	-157	-0,3	-2	0,0	-155	<-100,0
= Ergebnis Sanierung	0	0,0	155	0,3	-155	-100,0
Jahresüberschuss	6.174	9,9	9.415	15,5	-3.241	-34,4
Verlustvortrag	-7.187	-11,6	-16.602	-27,3	+9.415	-56,7
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	4.992	8,0	0	0,0	+4.992	.
Bilanzgewinn / -verlust	3.979	6,4	-7.187	-11,8	+11.166	<-100,0

Im Rahmen des Periodenvergleichs zeigt eine Analyse des Betriebsergebnisses, dass die betrieblichen Erträge im Spielbetrieb um insgesamt TEUR 1.257 bzw. 2,1 % über dem Vorjahreswert lagen. Insbesondere die Umsatzerlöse aus dem Spielbetrieb sind dabei um TEUR 836 bzw. 14,0 % gestiegen. Hierbei sind im Bereich des Schauspiels Mehrerlöse (TEUR 200) für den Interimspielbetrieb sowie ein Abzugsbetrag (TEUR 300) zur Mitfinanzierung der Interimspielstätte Depot kalkulatorisch eingerechnet; auf die Oper entfallen kalkulatorische Mehrerlöse in Höhe von TEUR 400, so dass der Interimspielbetrieb per Saldo mit TEUR 300 belastet wurde. Die Bestandserhöhung bei den zu Herstellungskosten bewerteten unfertigen Produktionen trugen mit TEUR 39, die aktivierten Eigenleistungen im Bereich der Sanierung mit TEUR 18 und die übrigen Erträge mit TEUR -76 zur Veränderung der betrieblichen Erträge bei. Schließlich fiel in 2014/2015 auch der für den Spielbetrieb bestimmte Anteil des städtischen Betriebskostenzuschusses um TEUR 440 (+0,8 %) höher aus als im Vorjahr.

Da sich zugleich mit dem Anstieg der betrieblichen Erträge die betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Geschäftsjahr 2013/2014 insgesamt um TEUR 2.381 bzw. 4,1 % erhöht haben, fiel das Betriebsergebnis 2014/2015 mit TEUR 1.845 zwar positiv aus, verschlechterte sich im Periodenvergleich aber um TEUR 1.124 bzw. rd. 37,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Die in den verschiedenen betrieblichen Aufwandsbereichen eingetretenen Kostenerhöhungen entfielen vor allem auf die Bereiche Material- und Leistungsbezug (TEUR 1.116 bzw. +8,4 %) und den Personalaufwand (TEUR 1.189 bzw. +3,2 %). Die Mehrausgaben im Bereich der Material- und Leistungskosten entfielen mit TEUR 174 (3,2 %) auf die Materialkosten der Bühnenproduktionen und mit TEUR 926 (+18,7 %) auf den laufenden Leistungsbezug (selbständige Gagenkräfte, Gastspiele, Tantiemen und GEMA-Gebühren, Transportkosten, Einsatz von Zeitarbeitnehmern, Kostenerstattung Berufsfeuerwehr u.a.) sowie geringfügig auf die Opernbespielung durch das Gürzenich-Orchester (TEUR 16 bzw. +0,2 %). Gegenläufig wirkten sich reduzierte Aufwendungen der Gebäudebewirtschaftung (TEUR -191 bzw. -5,1 %) aus, die in 2014/2015 kalkulatorische Kosten in Höhe von TEUR 2.550 (im Vorjahr TEUR 2.525) als Gegenposten zu den kalkulierten Kosteneinsparungen in den Interimspielstätten umfassten. Schließlich stiegen die Verwaltungskosten um TEUR 151 bzw. 5,2 %, die Kosten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit um TEUR 77 (+7,4 %) und die übrigen laufenden betrieblichen Aufwendungen um TEUR 39 bzw. 25,7 %.

Mit rd. 61,0 % (im Vorjahr 60,3 %) bezogen auf die Summe der betrieblichen Erträge der Bühnen im Spielbetrieb bilden die laufenden Personalkosten unverändert den größten Aufwandsposten. Im Wirtschaftsjahr 2014/2015 setzten sich diese Kosten wie folgt zusammen:

	2014 / 2015	zum Vgl. Vorjahr
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter, Beamtenbezüge	27.430	26.867
soziale Abgaben	5.341	5.141
Aufwendungen für Altersversorgung	2.122	2.015
Aufwendungen für Unterstützung	498	126
Personalkosten der festangestellten Mitarbeiter	35.391	34.149
Gagenkräfte (einschließlich Sozialabgaben)	2.491	2.544
	37.882	36.693

Die Personalstatistik weist für die festangestellten Mitarbeiter für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 folgende Daten aus:

	30.11.14	28.02.15	31.05.15	31.08.15	Jahres- durch- schnitt	Zum Vergleich internes Budget 2014/2015
Besetzte Stellen						
Beschäftigte nach TVöD	334,00	334,25	328,26	338,29	333,70	
künstlerische Angestellte	261,44	265,56	265,54	271,54	266,02	
Beamte	12,96	12,96	13,64	12,64	13,05	
Auszubildende	14,00	12,00	12,00	18,00	14,00	
	622,40	624,77	619,44	640,47	626,77	
zum Vergleich Vorjahr	(629,48)	(622,60)	(635,71)	(632,37)	(630,04)	
Beschäftigte						
Beschäftigte nach TVöD	386	390	380	391	386,75	407,00
künstlerische Angestellte	275	279	280	286	280,00	294,00
Beamte	14	14	15	14	14,25	15,00
Auszubildende	14	12	12	18	14,00	13,00
	689	695	687	709	695,00	729,00
zum Vergleich Vorjahr	(692)	(686)	(704)	(704)	(696,50)	(714,00)

Die Personalkosten insgesamt sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen (+3,2 %). Während sich die Kosten der festangestellten Mitarbeiter mit einem Zuwachs von TEUR 1.242 bzw. 3,6 % bei einem nahezu unveränderten Mitarbeiterbestand erhöhten, konnten bei den Gagenkräften Einsparungen von TEUR 53 bzw. 2,1 % realisiert werden.

Das Investitionsergebnis ist - da der passive Sonderposten entsprechend den Abschreibungen auf die in den Vorjahren bezuschussten bzw. von der Stadt zum 1.9.2000 übertragenen Anlagegüter kontinuierlich ertragswirksam aufgelöst wird - vor allem mit den Abschreibungsbeträgen auf nicht bezuschusste Anlageinvestitionen belastet.

Den im Spielbetrieb aufgewendeten Fremdkapitalzinsen in Höhe von TEUR 34 (ohne Zinsen für Interiminvestitionen) standen im Rahmen des Finanzergebnisses Zinserträge von TEUR 1 gegenüber. Darüber hinaus wurde das Finanzergebnis in 2014/2015 in Höhe von TEUR 407 (im Vorjahr TEUR 440) mit dem Aufzinsungsaufwand aus langfristigen Personalarückstellungen entsprechend den aktuellen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften belastet.

Das in 2014/2015 erneut deutlich positive neutrale Ergebnis in Höhe von TEUR 5.350 (i.V. TEUR +5.714) wurde vor allem im Bereich der neutralen Erträge (TEUR 5.382, im Vorjahr TEUR 5.869) erzielt. Hier sind im Wesentlichen zwei Faktoren zu nennen: In Höhe von TEUR 3.900 gewährte der Rat der Stadt Köln auf Basis seiner Grundentscheidung vom 17.12.2013 in seiner Sitzung vom 12.5.2015 eine einmalige Erhöhung des Betriebskostenzuschusses zur Entschuldung der Bühnen mit Wirkung für das Wirtschaftsjahr 2014/2015. Zusätzlich wurde den Bühnen als Ausgleich für die Tariflohnsteigerung 2013/2014 im Wirtschaftsjahr 2014/2015 ein Zuschussbetrag von TEUR 757 zuerkannt. In Höhe von TEUR 366 wurden in 2014/2015 nicht mehr zu erfüllende Verbindlichkeiten und in Höhe von TEUR 165 nicht mehr benötigte Rückstellungsbeträge aufgelöst. Schließlich erhöhten Versicherungsentschädigungen (TEUR 183) sowie sonstige perioden- bzw. betriebsfremde Erträge (TEUR 11) den Bereich der neutralen Erträge.

Diesen neutralen Erträgen standen u.a. Forderungsrisiken (TEUR 7), Steueraufwendungen für Vorjahre (TEUR 1) sowie sonstige perioden- bzw. betriebsfremde Aufwendungen in Höhe von rd. TEUR 24 gegenüber.

Das Jahresergebnis des Betriebs der Interimspielstätten wurde erwartungsgemäß wieder maßgeblich von den Mietaufwendungen für die Spielstätten (einschließlich Betriebskosten) in Höhe von insgesamt TEUR 6.506 geprägt, die auf die Oper bzw. Kinderoper mit TEUR 3.691, auf das Schauspiel mit TEUR 1.905 und auf den Servicebereich mit TEUR 910 entfielen (im Vorjahr TEUR 7.317, davon TEUR 4.486 für Oper/Kinderoper, TEUR 1.944 für Schauspiel und TEUR 887 für den Servicebereich). Zusammen mit dem Materialaufwand (TEUR 198, i.V. TEUR 369), den planmäßigen Abschreibungen auf die Investitionen in den Interimspielstätten (TEUR 495, i.V. TEUR 816), den übrigen Verwaltungs- und Werbekosten sowie Fremdkapitalzinsen (insgesamt TEUR 119, i.V. TEUR 153), den Kosten der Bewirtschaftung der Interimspielstätten (TEUR 150, i.V. TEUR 183) und den (kalkulatorisch verrechneten) Einsparungen bei den Kosten der Gebäudebewirtschaftung (TEUR 2.550; im Vorjahr TEUR 2.525) führte der Betrieb der Interimspielstätten in 2014/2015 zu Aufwendungen von TEUR 4.918 (im Vorjahr TEUR 6.313). Der im städtischen Betriebskostenzuschuss enthaltene Anteil für die Interimspielstätten in Höhe von TEUR 5.337 (im Vorjahr TEUR 7.668) konnte zusammen mit den Erträgen aus der kurzzeitigen Untervermietung der Interimspielstätten (TEUR 80; im Vorjahr TEUR 298), den Erträgen aus der Mitfinanzierung der Interimspielstätte Depot aus dem Schauspielbudget (TEUR 300) unter Berücksichtigung der kalkulierten Einnahmeverluste für die Oper (TEUR 400, i.V. Mehreinnahmen in Höhe von TEUR 48) und das Schauspiel (TEUR 200, i.V. ebenfalls TEUR 200) zur Erzielung eines Überschusses von TEUR 213 (im Vorjahr TEUR +1.915) in diesem Bereich führen. Damit bewegte sich das Ergebnis des Interimspielbetriebs in der Spielzeit 2014/2015 im Rahmen des kalkulierten Gesamtbudgets des Interimspielbetriebs von 40,31 Mio. Euro.

Vor dem Hintergrund der im Ergebnisverwendungsbeschluss für 2013/2014 festgelegten Auflösung der bestehenden Gewinnrücklagen (TEUR 4.992) weisen die Bühnen unter Einschluss des Verlustvortrags (TEUR -7.187; im Vorjahr TEUR -16.602) zum 31.8.2015 erstmals wieder einen Bilanzgewinn von TEUR 3.979 (zum 31.8.2014 Bilanzverlust in Höhe von TEUR 7.187) aus.

Budgetvergleich

Eine spartenbezogene Analyse des Ergebnisses 2014/2015 in Form eines Soll-Ist-Vergleichs mit dem vom Rat der Stadt Köln am 8.4.2014 beschlossenen Wirtschaftsplan 2014/2015 zeigt das nachfolgende Ergebnis. Dabei wird auch der Tanz wieder als gesonderte Sparte ausgewiesen.

Bühnen der Stadt Köln, Köln

	Ertragslage 2014/2015						Wirtschaftsplan 2014/2015						Abweichung 2014/2015					
	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt			
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR			
Spielbetrieb																		
Erlöse																		
Kartenverkauf	4.466	1.351	207	-32	5.992	4.517	1.090	148	75	5.830	-51	+261	+59	-107	+162	+2,78		
Kartenverkauf (kalk.)	400	-100	0	0	300	400	-100	0	0	300	+0	+0	+0	+0	+0	+0,00		
Sonstige Bereiche Spielbetrieb	312	187	15	10	524	463	168	12	30	673	-151	+19	+3	-20	-149	-22,14		
Bestandsveränderung unfertige Produkt.	803	-251	0	0	552	0	0	0	0	0	+803	-251	+0	+0	+552			
andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	308	308	0	0	0	0	0	+0	+0	+0	+308	+308			
sonstige betriebliche Erträge	159	88	18	324	589	180	38	0	81	299	-21	+50	+18	+243	+290	+96,99		
(ohne Betriebskostenzuschüsse)	6.140	1.275	240	610	8.265	5.560	1.196	160	186	7.102	+580	+79	+80	+424	+1.163	+16,38		
Eigenleistung	32.889	19.053	400	0	52.342	32.889	19.053	400	0	52.342	+0	+0	+0	+0	+0	+0,00		
sonstige betriebliche Erträge	967	540	0	0	1.507	967	540	0	0	1.507	+0	+0	+0	+0	+0	+0,00		
Betriebskostenzusch. Land	39.996	20.868	640	610	62.114	39.416	20.789	560	186	60.951	+580	+79	+80	+424	+1.163	+1,91		
Material-/ Leistungsaufwand	-10.886	-2.449	-445	-675	-14.455	-10.662	-3.140	-518	-340	-14.660	-224	+691	+73	-335	+205	-1,40		
Personalaufwand	-14.813	-10.426	-2	-12.641	-37.882	-15.579	-10.241	0	-12.280	-38.100	+766	-185	-2	-361	+218	-0,57		
Kosten Gebäudewirtschaftung	-17	-10	0	-3.550	-3.577	-25	0	0	-3.306	-3.331	+8	-10	+0	-244	-246	+7,39		
Verwaltungsaufwendungen	-191	-121	-7	-2.729	-3.048	-440	-48	0	-2.336	-2.824	+249	-73	-7	-393	-224	+7,93		
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	-481	-443	-30	-162	-1.116	-440	-312	-42	-123	-917	-41	-131	+12	-39	-199	+21,70		
übrige	-31	0	0	-160	-191	0	0	0	0	0	-31	+0	+0	-160	-191			
betriebliche Aufwendungen	-26.419	-13.449	-484	-19.917	-60.269	-27.146	-13.741	-560	-18.385	-59.832	+727	+292	+76	-1.532	-437	+0,73		
Betriebsergebnis	13.577	7.419	156	-19.307	1.845	12.270	7.048	0	-18.199	1.119	+1.307	+371	+156	-1.108	+726	+64,88		
Investitionsergebnis	-227	-301	0	-266	-794	-225	-250	0	-125	-600	-2	-51	+0	-141	-194	+32,33		
Finanzergebnis	0	0	0	-440	-440	0	0	0	-90	-90	+0	+0	+0	-350	-350	+100,0		
Neutrales Ergebnis	6.528	-1.960	0	782	5.350	0	0	0	-15	-15	+6.528	-1.960	+0	+797	+5.365			
= Ergebnis Spielbetrieb	19.878	5.158	156	-19.231	5.961	12.045	6.798	0	-18.429	414	+7.833	-1.640	+156	-802	+5.547			
Umlage Spartenenergebnis Service	-12.131	-7.100	0	19.231	0	-11.625	-6.804	0	18.429	0	-506	-296	+0	+802	+0			
Spartenergebnis Spielbetrieb	7.747	-1.942	156	0	5.961	420	-6	0	0	414	+7.327	-1.936	+156	-0	+5.547			

Bühnen der Stadt Köln, Köln

	Ertragslage 2014/2015					Wirtschaftsplan 2014/2015					Abweichung 2014/2015				
	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Spartenergebnis Spielbetrieb	7.747	-1.942	156	0	5.961	420	-6	0	0	414	+7.327	-1.936	+156	-0	+5.547
Betrieb InterimsSpielstätten															
Einnahmeverluste Oper (kalk.)	-400	0	0	0	-400	-400	0	0	0	-400	+0	+0	+0	+0	+0,00
Einnahmeverluste Schauspiel (kalk.)	0	-200	0	0	-200	0	-200	0	0	-200	+0	+0	+0	+0	+0,00
Erträge Mitfinanzierung Depot aus Schauspielstat	0	300	0	0	300	0	300	0	0	300	+0	+0	+0	+0	+0,00
Erträge aus Untervermietung	64	16	0	0	80	100	0	0	88	188	-36	+16	+0	-88	-57,45
Betriebskostenzusch. Stadt Köln (ant.)	4.228	1.109	0	0	5.337	4.228	1.109	0	0	5.337	+0	+0	+0	+0	+0,00
Zinserträge	0	3	0	0	3	0	0	0	0	0	+0	+3	+0	+0	+3
sonstige betriebliche Erträge	9	0	0	2	11	0	0	0	0	0	+9	+0	+0	+2	+11
neutrale Erträge	-1.792	1.792	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.792	+1.792	+0	+0	+0
betriebliche Erträge	2.109	3.020	0	2	5.131	3.928	1.209	0	88	5.225	-1.819	+1.811	+0	-86	+1,80
Material-/ Leistungsaufwand	-13	-133	0	-52	-198	0	0	0	0	0	-13	-133	+0	-52	-198
planmäßige Abschreibungen auf In- vestitionen InterimsSpielstätten	-177	-292	0	-26	-495	-180	-515	0	-26	-721	+3	+223	+0	+0	+226
Kosten Gebäudebewirtschaftung	-69	-53	0	-28	-150	-64	-79	0	-28	-171	-5	+26	+0	+0	+21
(ersparte) Kosten Gebäudebewirtsch., Mieten und Pachten	0	0	0	2.550	2.550	0	0	0	1.592	1.592	+0	+0	+0	+958	+958
sonstige Verwaltungsaufwendungen	-3.691	-1.905	0	-910	-6.506	-3.437	-1.769	0	-889	-6.095	-254	-136	+0	-21	-411
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	-9	-1	0	-90	-100	-60	-60	0	-151	-271	+51	+59	+0	+61	+63,10
Zinsaufwendungen	0	0	0	-1	-1	-28	-29	0	0	-57	+28	+29	+0	-1	+56
betriebliche Aufwendungen	-5	-11	0	-2	-18	0	0	0	-47	-47	-5	-11	+0	+45	+29
	-3.964	-2.395	0	1.441	-4.918	-3.769	-2.452	0	451	-5.770	-195	+57	+0	+990	+852
= Ergebnis Betrieb Interim	-1.855	625	0	1.443	213	159	-1.243	0	539	-545	-2.014	+1.868	+0	+904	+758
Umlage Spartenergebnis Service	910	533	0	-1.443	0	340	199	0	-539	0	+570	+334	+0	-904	+0
Spartenergebnis Betrieb Interim	-945	1.158	0	0	213	499	-1.044	0	0	-545	-1.444	+2.202	+0	+0	+758
															>100,0

	Ertragslage 2014/2015					Wirtschaftsplan 2014/2015					Abweichung 2014/2015				
	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt	Oper	Schau- spiel	Tanz	Service	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Spartenergebnis Spielbetrieb	7.747	-1.942	156	0	5.961	420	-6	0	0	414	+7.327	-1.936	+156	-0	+5.547
Spartenergebnis Betrieb Interim	-945	1.158	0	0	213	499	-1.044	0	0	-545	-1.444	+2.202	+0	+0	+758
<u>Sanierung</u>															> 100,0
Betriebskostenzusch. Stadt Köln (ant.)	0	0	0	157	157	0	0	0	3.764	3.764	+0	+0	+0	-3.607	+95,83
betriebliche Erträge	0	0	0	157	157	0	0	0	3.764	3.764	+0	+0	+0	-3.607	+95,83
Material-/ Leistungsaufwand	0	0	0	-12	-12	0	0	0	0	0	+0	+0	+0	-12	-12
planmäßige Abschreibungen auf In-	0	0	0	-80	-80	0	0	0	0	0	+0	+0	+0	-80	-80
vestitionen Sanierung	0	0	0	-62	-62	0	0	0	0	0	+0	+0	+0	-62	-62
Verwaltungsaufwendungen	0	0	0	-3	-3	0	0	0	-3.764	-3.764	+0	+0	+0	+3.761	+99,92
sonstige Aufwendungen	0	0	0	-157	-157	0	0	0	-3.764	-3.764	+0	+0	+0	+3.607	+95,83
betriebliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	+0	+0	+0	+0	+0
= Ergebnis Sanierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	+0	+0	+0	+0	+0
Umlage Spartenergebnis Service	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	+0	+0	+0	+0	+0
Spartenergebnis Sanierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	+0	+0	+0	+0	+0
Spartenergebnis Bühnen gesamt	6.802	-784	156	0	6.174	919	-1.050	0	0	-131	+5.883	+266	+156	-0	+6.305

Die von den Bühnen in 2014/2015 im Spielbetrieb erwirtschafteten betrieblichen Erträge lagen um TEUR 1.163 bzw. 1,9 % über den geplanten Ansätzen. Dies ist im Wesentlichen auf die nicht budgetierte Ergebnisverbesserung aus der Bestandserhöhung unfertiger Produktionen (TEUR +552) zurückzuführen, die sich als Folge des im Herstellungsaufwand gestiegenen Produktionsvolumens der Oper für die Folgespielzeit eingestellt hat. Des Weiteren waren Mehrerträge vor allem im Bereich der selbst-erbrachten Bauleistungen (TEUR +308) und der sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR +290) zu verzeichnen. Letztere entfielen im Wesentlichen auf höhere Erträge aus Kostenerstattungen. Per Saldo entfiel die Erhöhung der betrieblichen Erträge mit TEUR 580 auf die Oper, mit TEUR 79 auf das Schauspiel, mit TEUR 80 auf den Tanz sowie in Höhe von TEUR 424 auf den Servicebereich.

Infolge der gegenüber der Planung gestiegenen Erträge bei unterproportional angestiegenen Kosten in Höhe von TEUR 437 bzw. 0,7 % fällt das von den Bühnen in 2014/2015 erwirtschaftete Betriebsergebnis mit TEUR +1.845 um TEUR 726 und damit rd. 64,9 % besser aus, als dies der Wirtschaftsplan vorgesehen hat. Die Kostenerhöhungen sind dabei auf die Gebäudebewirtschaftung (TEUR +246), die Verwaltungsaufwendungen (TEUR +224), die Kosten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit (TEUR +199) sowie übrige Aufwendungen (TEUR +191) zurückzuführen, während die Aufwendungen für die Material- und Leistungsbezüge um TEUR 205 und für das Personal um TEUR 218 gegenüber dem Budget reduziert werden konnten.

Die Einsparungen bei den Materialaufwendungen und Aufwendungen für bezogene Leistungen entfielen mit TEUR 150 auf die reinen Materialkosten für Bühnenproduktionen und mit TEUR 187 auf bezogene Leistungen. Bei den gesonderten Leistungen im Zusammenhang mit der Opernbespielung durch das Gürzenich-Orchester mussten von den Bühnen TEUR 132 mehr aufgewendet werden. Im Bereich der Personalaufwendungen verteilten sich die Kosteneinsparungen auf die Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge (TEUR 64) und die angestellten Gagenkräfte (TEUR 254), während die zugehörigen Sozialabgaben bzw. Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung um TEUR 100 anstiegen.

Die gestiegenen Kosten der Gebäudebewirtschaftung waren im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der Ansatz für die kalkulatorischen Kosten in diesem Bereich, denen entsprechende Kostenentlastungen im Interimspielbetrieb gegenüberstehen, an aktuelle Kalkulationen angepasst werden mussten (TEUR +958). Die gebuchten Kosten der Gebäudebewirtschaftung sind dagegen um TEUR 712 zurückgegangen.

Die Kosten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit lagen über den Planansätzen, da im Bereich der Oper (TEUR +41), vor allem aber auch im Schauspiel (TEUR +131) umfangreichere Werbemaßnahmen realisiert wurden.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang noch auf den erneut als gesonderte Sparte geführten Bereich Tanz. Im Rahmen des Spielbetriebs vereinnahmte die Sparte Tanz zusätzlich zum anteiligen Betriebskostenzuschuss (TEUR 400) Erlöse in Höhe von TEUR 240, denen Material- und Leistungsaufwendungen von TEUR 445, geringe Personalaufwendungen von TEUR 2, Verwaltungsaufwendungen von TEUR 7 sowie Werbekosten von TEUR 30 gegenüberstanden, so dass ein Betriebsergebnis von TEUR 156 erzielt werden konnte, obgleich der Wirtschaftsplan hier von einem ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen war.

Spartenbezogen entfielen die betrieblichen Kosteneinsparungen mit TEUR 727 auf die Oper, mit TEUR 292 auf das Schauspiel und mit TEUR 76 auf den Tanz, während der Service Mehrkosten von TEUR 1.532 erforderlich machte. Die von den einzelnen Sparten erwirtschafteten Betriebsergebnisse lagen damit per saldo um TEUR 1.307 (Oper), TEUR 371 (Schauspiel) und TEUR 156 (Tanz) über dem jeweils geplanten Betriebsergebnis, während der Service das budgetierte Defizit vor Umlage auf die Sparten um TEUR 1.108 überschritten hat.

Das geplante Investitionsergebnis von TEUR -600 wurde um TEUR 194 bzw. 32,3 % unterschritten. Hier fielen im Wesentlichen um TEUR 312 geringere Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse an, die nur teilweise durch Rückgänge bei den planmäßig verrechneten Abschreibungen (TEUR -140) kompensiert werden konnten.

Die Überschreitung des Planansatzes für das Finanzergebnis um TEUR -350 ist auch in 2014/2015 wieder auf den in diesem Ergebnisbereich ausgewiesenen Aufzinsungsaufwand aus langfristigen Personalrückstellungen in Höhe von TEUR 407 infolge der aktuellen handelsrechtlichen Ausweisvorschriften zurückzuführen, der im Rahmen des Wirtschaftsplans nicht gesondert veranschlagt wurde.

Der Bereich des neutralen Ergebnisses war wie in jedem Jahr mangels Planbarkeit nur mit einem minimalen Defizit (TEUR 15) Bestandteil des Wirtschaftsplans. Die Ergebnisabweichung um TEUR 5.365 entspricht damit im Wesentlichen dem tatsächlich realisierten neutralen Ergebnis (TEUR +5.350) im Wirtschaftsjahr 2014/2015; zu dessen Zusammensetzung wird auf die Kommentierungen unter Abschnitt 4.b) „Periodenvergleich“, verwiesen. Die spartenbezogene Verteilung des vom Rat gewährten Sonderzuschusses zur Entschuldung der Bühnen in Höhe von TEUR 3.900 erfolgte auf der Grundlage der Kalkulationen zur Beschlussvorlage. Danach entfiel auf die Oper ein Zuschussbetrag von TEUR 6.208, auf das Schauspiel eine Belastung von TEUR 2.158 und den Service eine Belastung von TEUR 150. Der Sonderzuschuss zum Ausgleich der Tariflohnsteigerung 2013/2014 in Höhe von TEUR 757 wurde nach einem bühneninternen Kalkulationsschlüssel mit TEUR 318 der Oper, mit TEUR 196 dem Schauspiel und mit TEUR 243 dem Service zugewiesen.

Nach Umlage des Zwischenergebnisses für den Service entsprechend dem im Wirtschaftsplan vorgesehenen Umlageschlüssel von 63,08% (Oper), 36,92 % (Schauspiel) und 0,00 % (Tanz), weisen die drei Sparten für den Spielbetrieb 2014/2015 - nicht zuletzt infolge des von den Bühnen erzielten hohen neutralen Ergebnisses - für die Oper einen Überschuss in Höhe von TEUR 7.747, für das Schauspiel eine Unterdeckung von TEUR 1.942 und für den Tanz einen Überschuss von TEUR 156 aus. Die Oper liegt damit um TEUR 7.327 und der Tanz um TEUR 156 über dem jeweils erwarteten Spartenergebnis. Das Schauspiel liegt – ausschließlich bedingt durch die Umfinanzierung im Rahmen der Entschuldung der Bühnen – um TEUR 1.936 unter dem budgetierten Spartenergebnis. Insgesamt konnten die Bühnen ihr Planergebnis (TEUR +414) mit TEUR 5.961 um TEUR 5.547 überschreiten.

Im Bereich der Interimspielstätten wurden die geplanten Erträge um TEUR 94 bzw. 1,8 % unterschritten. Da auch die budgetierten Kostenansätze um TEUR 852 bzw. 14,8 % deutlich unterschritten werden konnten, verbesserte sich dieser Ergebnisteil nach der Spartenumlage des Services um TEUR 758 gegenüber dem Planansatz. Diese Kosteneinsparungen entfielen vor allem auf die planmäßigen Abschreibungen (TEUR 226) und die Verwaltungsaufwendungen (TEUR 171) sowie deutliche Mehreinsparungen bei der Gebäudebewirtschaftung (TEUR +958). Die im Bereich der Interimspielstätten aufgewendeten Mieten erhöhten sich dagegen um TEUR 411 (6,7 %). Im Ergebnis stellte sich im Betrieb der Interimspielstätten in 2014/2015 letztlich ein Überschuss in Höhe von TEUR 213 ein, der um TEUR 758 bzw. 139,1 % über dem budgetierten Fehlbetrag (TEUR -545) liegt und nach Umlage des Spartenergebnisses für den Servicebereich mit TEUR -945 auf die Oper und mit TEUR 1.158 auf das Schauspiel entfällt. Auch hier wird die spartenbezogene Ergebnisstruktur wesentlich durch Umfinanzierungen im Rahmen der Entschuldung der Bühnen bedingt.

Im Bereich der Sanierung des Offenbachplatzes wurden den Bühnen im Rahmen des Betriebskostenzuschusses 2014/2015 aufgrund der ursprünglichen Kostenkalkulation im Zusammenhang mit der geplanten Wiedereröffnung TEUR 3.764 zugewiesen. Da davon im Wirtschaftsjahr 2014/2015 lediglich TEUR 157 verausgabt wurden, wurde der übersteigende Zuschussbetrag (TEUR 3.607) zum Bilanzstichtag 31.8.2015 als Rückzahlungsverbindlichkeit gegenüber der Kämmerei abgegrenzt.

Bei der Gesamtbetrachtung der Ergebnisbestandteile des Spielbetriebs sowie des Ergebnisses aus dem Betrieb der Interimspielstätten und der Sanierung haben die Bühnen damit spartenbezogen im Wirtschaftsjahr 2014/2015 Überschüsse von TEUR 6.802 (Oper) und TEUR 156 (Tanz) erwirtschaftet, während auf das Schauspiel ein Defizit von TEUR 784 entfällt. In Summe entspricht dies dem ausgewiesenen Jahresüberschuss der Bühnen in Höhe von TEUR 6.174.

c) Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Bühnen stellt sich an den beiden Bilanzstichtagen zusammengefasst wie folgt dar:

	31.08.2015		31.08.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	243.155	94,1	137.396	92,0	+105.759	+77,0
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.665	2,2	5.665	3,8	+0	+0,0
Lang- und mittelfristig gebundene Vermögenswerte	248.820	96,3	143.061	95,8	+105.759	+73,9
Vorräte	3.296	1,3	2.787	1,9	+509	+18,3
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.768	0,7	2.767	1,9	-999	-36,1
Flüssige Mittel / kurzfristige Wertpapiere	4.209	1,6	223	0,1	+3.986	>+100,0
Kurzfristig gebundene Vermögenswerte	9.273	3,6	5.777	3,9	+3.496	+60,5
Rechnungsabgrenzungsposten	419	0,2	477	0,3	-58	-12,2
Vermögen insgesamt	258.512	100,0	149.315	100,0	+109.197	+73,1
Kapital						
Stammkapital	50	0,0	50	0,0	0	+0,0
Gewinnrücklagen	0	0,0	4.992	3,3	-4.992	-100,0
Bilanzgewinn / -verlust	3.979	1,5	-7.187	-4,8	+11.166	<-100,0
Eigenkapital	4.029	1,7	-2.145	-1,4	+6.174	<-100,0
Sonderposten Investitionszuschüsse	25.320	9,8	26.432	17,7	-1.112	-4,2
Sonderposten	25.320	9,8	26.432	17,7	-1.112	-4,2
Pensionsrückstellungen	4.526	1,8	4.394	2,9	+132	+3,0
Sonstige Rückstellungen	3.529	1,4	3.359	2,2	+170	+5,1
Lang- und mittelfristiges Fremdkapital	8.055	3,1	7.753	5,2	+302	+3,9
Sonstige Rückstellungen	2.825	1,1	3.103	2,1	-278	-9,0
Verbindlichkeiten	217.822	84,3	112.510	75,4	+105.312	+93,6
Kurzfristiges Fremdkapital	220.647	85,4	115.613	77,4	+105.034	+90,8
Rechnungsabgrenzungsposten	461	0,2	1.662	1,1	-1.201	-72,3
Kapital insgesamt	258.512	100,0	149.315	100,0	+109.197	+73,1

Die Analyse der Vermögenslage ergibt auf den Stichtag 31.8.2015 eine Eigenkapitalquote¹ von 11,4 % (zum 31.8.2014 16,3 %), einen Verschuldungsgrad² von 88,5 % (zum 31.8.2014 82,6 %) sowie einen Anlagedeckungsgrad³ von 12,1 % (zum 31.8.2014 17,7 %). Diese Bilanzstruktur stellt sich allerdings nur dann ein, wenn der passive Sonderposten für Investitionszuschüsse zu Analysezwecken dem Eigenkapital zugerechnet wird. Bei isolierter Betrachtung des Eigenkapitals weisen die Bühnen infolge des Jahresüberschusses 2014/2015 wieder ein positives Eigenkapital in Höhe von TEUR 4.029 (im Vorjahr TEUR -2.145) aus.

¹ Eigenkapital einschließlich Sonderposten / Vermögen

² Rückstellungen + Verbindlichkeiten / Vermögen

³ Eigenkapital einschließlich Sonderposten / Anlagevermögen

Die Investitionsquote⁴ lag im Wirtschaftsjahr 2014/2015 (unter Berücksichtigung der relativ hohen Buchwerte der Immobilien in Höhe von rd. TEUR 133.209) bei 78,8 % (im Vorjahr 69,7 %).

Änderungen im Bestand der wichtigsten technischen Anlagen der Bühnen waren im Wirtschaftsjahr 2014/2015 - nicht zuletzt aufgrund der laufenden Sanierungsmaßnahmen von Oper und Schauspielhaus - nicht zu verzeichnen. Die in der Spielzeit 2014/2015 in den Interimspielstätten genutzten Anlagen und Geräte waren im Wesentlichen einsatzbereit und verfügbar.

An Mitteln des städtischen Haushalts standen den Bühnen im Wirtschaftsjahr 2014/2015 über den Ergebnisplan zunächst TEUR 61.443, und damit TEUR 1.716 bzw. 2,9 % mehr als im Vorjahr (TEUR 59.727) zur Verfügung. Diese städtischen Mittel wurden in voller Höhe als Zuschuss zum Ausgleich des geplanten Betriebsverlustes im Spielbetrieb (TEUR 52.342) und im Betrieb der Interimspielstätten (TEUR 5.337) verwendet. Von dem für die Sanierung vorgesehenen Zuschussbetrag (TEUR 3.764) wurde infolge der Verschiebung der Wiedereröffnung lediglich ein Teilbetrag in Höhe von TEUR 157 benötigt. Darüber hinaus standen den Bühnen im Wirtschaftsjahr 2014/2015 zusätzliche Zuschussmittel in Höhe von TEUR 3.900 zur Entschuldung sowie TEUR 757 zum nachträglichen Ausgleich einer Tariflohnsteigerung in 2013/2014 zur Verfügung.

Der Vergleich der liquiden Mittelbestände an den beiden Bilanzstichtagen 31.8.2014 und 31.8.2015 ergibt insgesamt eine Erhöhung des Finanzmittelfonds um TEUR 3.986, die aus folgenden Quellen resultiert:

⁴ Investitionen / Buchwert Anlagevermögen zum Bilanzstichtag des Vorjahres

	2014/2015	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss	6.174	9.415
planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen (+)	2.461	2.883
außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen (+)	0	0
Buchgewinne (-)/Buchverluste (+) aus dem Verkauf von Anlagevermögen	22	-3
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (-)	-1.113	-1.187
Zunahme (+) der langfristigen Personalrückstellungen	368	-537
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte und Leistungsforderungen	605	-1.497
Zunahme (-) / Abnahme (+) der sonstigen Aktiva	-57	-68
Zunahme (+) / Abnahme (-) der übrigen Rückstellungen	-343	-2.666
Zunahme (+) der Leistungsverbindlichkeiten	14.798	84
Zunahme (-) / Abnahme (+) der übrigen Passiva	-1.087	294
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	21.828	6.718
Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens	0	3
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-108.242	-57.624
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-108.242	-57.621
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	90.400	50.950
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	3.986	47

5. Vorläufige Prüfungsfeststellungen nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes im Rahmen der Vorjahresprüfung (1.9.2013 – 31.8.2014)

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DORNBACH GmbH, Koblenz, hat auf der Grundlage des Auftrags der Betriebsleitung der Bühnen vom 10.1.2015 mit Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss der Bühnen unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 1.9.2013 bis 31.8.2014 geprüft. Der Prüfungsauftrag umfasste nach § 106 Abs. 1 GO NRW in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die Berichterstattung über wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte. Im Zeitpunkt der Verfassung dieses Lageberichts war die Prüfung abgeschlossen und ein Bestätigungsvermerk zum 17.5.2016 erteilt.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung führte in Vorjahren zu Beanstandungen in Form einer von den Prüfern ausgesprochenen Empfehlung zur Erstellung eines Organisationshandbuchs. Diese konnte aufgrund der Fokussierung auf die Sanierung von Opernhaus und Schauspiel personalbedingt auch im Wirtschaftsjahr 2013/2014 noch nicht umgesetzt werden. Weitere Beanstandungen, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsleitung von Bedeutung waren, wurden nicht festgestellt.

Vor dem Hintergrund der angefallenen Jahresverluste hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft schließlich ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zum 31.8.2014 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von TEUR 2.145 ausgewiesen wird und dies nicht die gemäß § 10 Abs. 6 EigVO NRW erforderliche Eigenkapitalausstattung darstellt, bei der Jahresverluste vorgetragen werden können.

II. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG DER BÜHNEN / RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

1. Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung der Bühnen

Der im Wirtschaftsjahr 2014/2015 erzielte Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 6.174 führt dazu, dass der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag (buchmäßige Überschuldung) des Vorjahres beseitigt wurde und die Bühnen zum 31.8.2015 wieder einen Bilanzgewinn von TEUR 3.979 und damit ein positives Eigenkapital in Höhe von TEUR 4.029 ausweisen.

In Bezug auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Bühnen stellte der Rat in seiner Sitzung am 12.5.2015 gemäß § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung zunächst den Wirtschaftsplan der Bühnen für das Wirtschaftsjahr 2015/2016 mit folgenden Eckdaten fest:

	Wj. 15/16 gesamt	Wj. 15/16 davon Oper	Wj. 15/16 davon Schauspiel	Wj. 15/16 davon Tanz	Wj. 15/16 davon Service
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR
<u>Spielbetrieb der Bühnen</u>					
Erlöse aus Kartenverkäufen / Spielbetrieb	7.199	5.541	1.400	183	75
sonstige betr. Erträge (ohne Betriebskostenzuschuss Stadt)	3.398	1.977	881	7	533
	10.597	7.518	2.281	190	608
Materialaufwendungen	-15.237	-10.922	-3.437	-605	-273
Personalaufwendungen	-41.333	-17.392	-10.690	0	-13.251
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.731	-955	-510	-60	-7.206
geplantes Betriebsergebnis	-54.704	-21.751	-12.356	-475	-20.122
Erträge aus der Auflösung Sonderposten Investitionszuschüsse	995				995
planmäßige Abschreibungen	-12.509	-215	-304	0	-11.990
geplantes Investitionsergebnis	-11.514	-215	-304	0	-10.995
geplantes Finanzergebnis	-4.628	0	0	0	-4.628
geplantes neutrales Ergebnis	5	0	0	0	5
	-70.841	-21.966	-12.660	-475	-35.740
Umlage Spartenergebnis	0	-12.808	-7.496	0	20.304
= Planergebnis Spielbetrieb Bühnen vor Betriebskostenzuschuss	-70.841	-34.774	-20.156	-475	-15.436
<u>Betrieb Interimspielstätten</u>					
sonstige Aufwendungen	-269	-31	-167	0	-71
geplantes Betriebsergebnis	-269	-31	-167	0	-71
Umlage Spartenergebnis	0	-45	-26	0	71
= Planergebnis Interimspielstätten vor Betriebskostenzuschuss	-269	-76	-193	0	0
Planergebnis Sanierungsmaßn. vor Betriebskostenzuschuss	- gemäß Plan im Spielbetrieb aufgegangen -				
= Planergebnis Bühnen vor Betriebskostenzuschuss	-71.110	-34.850	-20.349	-475	-15.436
darauf Betriebskostenzuschuss Stadt Köln für Spielbetrieb	54.563	33.962	19.701	475	425
darauf Betriebskostenzuschuss Stadt Köln für Übernahme Tariflohnsteigerung aus 2014/2015	888	535	353	0	0
darauf Betriebskostenzuschuss Stadt Köln für Interimspielst.	269	76	193	0	0
darauf Betriebskostenzuschuss Stadt Köln für Sanierungsmaßn.	15.011				15.011
= geplante Unterdeckung 2015/2016	-379	-277	-102	0	0

Die für 2015/2016 kalkulierte Unterdeckung, die noch im Hinblick auf die Wiedereröffnung der Bühnen am 7.11.2015 geplant wurde, soll durch Mittelvorgriffe auf kommende Spielzeiten für die Oper in Höhe von TEUR 277 und das Schauspiel in Höhe von TEUR 102 ausgeglichen werden.

Auf der Grundlage der Auswertungen der Finanzbuchhaltung für das zwischenzeitlich abgeschlossene Wirtschaftsjahr 2015/2016 verläuft die wirtschaftliche Entwicklung der Bühnen im Bereich des Spielbetriebs im Vergleich zur internen Ergebnisplanung grundsätzlich positiv. Das für dieses Wirtschaftsjahr geplante Periodenergebnis (TEUR -379) wurde danach deutlich überschritten und liegt bei TEUR +2.218 (ohne Berücksichtigung von Abgrenzungsbuchungen).

Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die gegenüber der Planung stark zurückfallenden Finanzierungskosten im Zusammenhang mit den bisherigen Aufwendungen für die Sanierung. Das vorläufige Betriebsergebnis liegt entsprechend dem gebuchten Jahresergebnis um TEUR 377 bzw. 0,7 % unter Plan, Finanzergebnis und neutrales Ergebnis liegen um TEUR 2.871 bzw. TEUR 103 jeweils über den budgetierten Ansätzen.

Auf der Grundlage des vom Rat in seiner Sitzung vom 28.6.2016 für die Spielzeit 2016/2017 festgestellten Wirtschaftsplans haben die Bühnen für dieses Jahr wie folgt geplant:

	Wj. 16/17 gesamt	Wj. 16/17 davon Oper	Wj. 16/17 davon Schauspiel	Wj. 16/17 davon Tanz	Wj. 16/17 davon Service
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Planergebnis Spielbetrieb vor Spartenumlage und Betriebskostenzuschuss	-56.531	-21.381	-12.998	-400	-21.752
Umlage Spartenergebnis	0	-13.593	-7.956	0	21.549
= Planergebnis Spielbetrieb Bühnen vor Betriebskostenzuschuss	-56.531	-34.974	-20.954	-400	-203
Planergebnis Interimspielstätten vor Spartenumlage und Betriebskostenzuschuss	-10.404	-8.662	-3.110	0	1.368
Umlage Spartenergebnis	0	863	505	0	-1.368
= Planergebnis Interimspielstätten vor Betriebskostenzuschuss	-10.404	-7.799	-2.605	0	0
= Planergebnis Sanierungsmaßnahmen vor Betriebskostenzusch.	-640	0	0	0	-640
= Planergebnis Bühnen vor Betriebskostenzuschuss	-67.575	-42.773	-23.559	-400	-843
darauf Betriebskostenzuschuss Stadt Köln für Spielbetrieb	54.704	34.329	19.975	400	0
darauf Betriebskostenzuschuss Stadt Köln für Übernahme Tariflohnsteigerung aus 2015/2016	876	560	316	0	0
darauf Betriebskostenzuschuss Stadt Köln für Interimspielst.	10.404	7.799	2.605	0	0
darauf Betriebskostenzuschuss Stadt Köln für Sanierungsmaßn.	843	0	0	0	843
= Unterdeckung 2016/2017	-748	-85	-663	0	0

Die für 2016/2017 kalkulierte Unterdeckung soll durch Mittelvorgriffe der beiden Sparten auf kommende Spielzeiten ausgeglichen werden.

Vor diesem Hintergrund sowie dem Umstand der zwischenzeitlich verschobenen Wiedereröffnung der Bühnen am Offenbachplatz (siehe dazu Seite 42) hängt die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Bühnen damit maßgeblich von den konkreten Ertragssituationen in der laufenden Spielzeit 2017/2018 und den Folgejahren sowie der weiteren Bezuschussung durch die Stadt in diesen Jahren ab. Bei einem unverändert hohen Anteil der Personalkosten am Gesamtkostenvolumen der Bühnen wird von einem Mittelbedarf in einer Größenordnung auszugehen sein, wie er sich in dem Wirtschaftsplan 2016/2017 der Bühnen für dieses Wirtschaftsjahr und die Folgejahre niedergeschlagen hat.

Entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Bühnen werden dabei folgende Faktoren sein:

- Erfolgreiche Fortsetzung des neustrukturierten Bauablaufs im Rahmen des Sanierungsprojekts der Bühnen am Offenbachplatz und Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen in einem überschaubaren Zeitrahmen;
- Klärung des neuen Standorts der Bühnenwerkstätten und zügige Planung und Realisierung eventuell notwendiger Baumaßnahmen in diesem Zusammenhang;
- vollständiger Ausgleich der für die Folgejahre aufgrund der verschobenen Wiedereröffnung der Bühnen anfallenden Zusatzkosten für den fortzusetzenden Interimspielbetrieb;
- finanzwirtschaftliche Deckung der geplanten Mittelvorgriffe durch kontrollierte Kosteneinsparungen der Sparten Oper und Schauspiel in den Folgespielzeiten;
- Fortsetzung der bereits begonnenen, langfristigen Finanzierungsvereinbarungen zu den Investitionskosten in den Bereichen Sanierung, Orchesterprobenzentrum Stolberger Straße sowie Bühnenwerkstätten im Rahmen der vom Rat erteilten Kreditermächtigungen;
- ständige Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bühnen unter Beachtung der Ermächtigungen zur Kreditaufnahme.

In Abstimmung mit dem Betriebsausschuss und der Kämmerei bemüht sich die Betriebsleitung im Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichts unverändert um eine erfolgreiche Umsetzung dieser Punkte.

2. Entwicklung des Sanierungsprojekts Offenbachplatz und des Interimspielbetriebs

Generalsanierung

Infolge der Notwendigkeit einer Sanierung der Gebäude am Offenbachplatz hatte der Rat der Stadt Köln auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie die Verwaltung beauftragt, verschiedene Lösungsvarianten für eine solche Generalsanierung bzw. einen Neubau der Bühnen zu prüfen, da der schlechte bauliche Zustand des 1957 fertig gestellten und seit 1989 unter Denkmalschutz stehenden Opernhauses zum Handeln zwang. Im Februar 2006 folgte die Entscheidung der Verwaltung, die zunächst den Neubau des Schauspiels bei Erhaltung der Oper vorsah. In seiner Sitzung am 22.6.2006 befasste sich der Rat der Stadt Köln mit dem Planungsauftrag zur Sanierung des denkmalgeschützten Opernhauses und zum Neubau eines Schauspielhauses. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, zu diesem Zweck einen städtebaulichen Architekturwettbewerb auszuloben. Die Stadtverwaltung versprach sich dabei von dem Großprojekt eine städtebauliche und architektonische Aufwertung des Offenbachplatzes. Dies sollte durch eine Verlagerung des Schauspielhauses vom jetzigen Standort an die Stelle der direkt an der Nord-Süd-Fahrt gelegenen Opernterrassen geschehen. Auch der Betrieb der Bühnen sollte nach Vollendung des Projektes effizienter werden - vor allem durch die Zusammenführung von Produktions- und Spielstätten an einem Ort. Zudem sollten die strukturellen und sicherheitstechnischen Mängel des Opernhauses beseitigt werden. Während der Sanierungs- und Bauarbeiten sollte der Spielbetrieb in verschiedenen Interimspielstätten weiterlaufen.

Die Kosten für das Gesamtprojekt konnten zunächst nur geschätzt werden. In der Sitzung vom 8.11.2007 beschloss der Rat deshalb ein Kostenbudget von maximal 230 Mio. Euro. Des Weiteren veranlasste er die Durchführung des städtebaulichen und architektonischen Realisierungswettbewerbs zur Sanierung der Oper und zum Neubau des Schauspielhauses seitens der Bühnen. Dem Ratsbeschluss folgend, wurde im ersten Halbjahr 2008 ein architektonischer Realisierungswettbewerb für die Kölner Bühnen durchgeführt. Am 26./27.6.2008 wurde von einem Preisgericht die Arbeit des Architekturbüros JSWD – Jaspert Steffens Watrin Drehsen (Köln) und Atelier d'architecture Chaix & Morel + Associés (Paris) mit dem 1. Preis ausgezeichnet, die ein solitäres Gebäude vorsah, das Schauspiel, Studiobühne und Kinderoper auf sieben Geschossen vereinte. Das Operngebäude sollte in Zukunft wieder frei stehen. An der südlichen Seite des Opernhauses sollte ein neuer Platz entstehen, der in östlicher Richtung vom neuen Schauspielhaus abgeschlossen sein würde. Das neue Produktionszentrum sollte unterhalb dieses neuen Platzes errichtet werden und Tageslicht durch einen eigenen Hof erhalten.

In der Ratssitzung vom 28.8.2008 beauftragte der Rat die Betriebsleitung der Bühnen mit der Entwurfsplanung für das Gesamtprojekt und legte fest, dass mit der Objektplanung der Gewinner des Realisierungswettbewerbs zu beauftragen sei. In Kenntnis der geschätzten Kosten für die Realisierung des Wettbewerbsentwurfs von 273,4 Mio. EUR verpflichtete der Rat die Objektplaner, die Einhaltung des vorgegebenen Kostenbudgets nachzuweisen. Für Planung, Projektsteuerung und Projektleitung bis zum eigentlichen Baubeschluss gab der Rat eine erste Tranche des Gesamtbudgets in Höhe von 19,6 Mio. EUR frei, die von den Bühnen über Kreditaufnahmen zwischenfinanziert werden sollte. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme sollte unter Berücksichtigung von Bauzeitinsen bei einem limitierten Investitionsbudget von 230 Mio. EUR (ohne Kosten der Interimlösung und Bauzeitinsen) seitens der Bühnen über Kommunalkredite erfolgen. Der Rat beauftragte die Verwaltung, die Entwurfsplanung einschließlich der geprüften Kostenberechnung zur Beschlussfassung über die Projektrealisierung (Baubeschluss) vorzulegen. Gleichzeitig beauftragte er die Betriebsleitung der Bühnen, für die zunächst geplante Bauphase (1.4.2010 – 31.12.2013) Mietverträge zur Unterbringung des Schauspiels in der Expo XXI am Gladbacher Wall in der Kölner Innenstadt sowie zur Unterbringung der Oper im Palladium, Köln-Mülheim, abzuschließen. Des Weiteren sollten von den Bühnen für die Interimsphase zusätzliche Flächen zur Unterbringung von Produktions- und Verwaltungseinheiten angemietet werden. Dementsprechend wurden für die Ersatzspielstätten Gladbacher Wall bzw. Palladium Mietverträge im Oktober 2008 bzw. Januar 2009 abgeschlossen, es folgten die Anmietungen einer Interimsplatzstätte der Kinderoper sowie von Lagerhallen in der Nähe des Palladiums. Für die Gesamtkosten der Interimsplatzstätten wurde in der Ratssitzung vom 28.8.2008 ein Budgetrahmen von 19,0 Mio. EUR festgelegt.

Im Juni 2009 ergaben neue Kostenschätzungen auf der Grundlage des Wettbewerbsentwurfs einen erheblichen Kostenanstieg des Sanierungs- bzw. Neubauprojekts. So sollten die Herstellungskosten des Gesamtprojekts infolge einer Ausweitung des Raumbedarfs sowie einer zwischenzeitlichen Erhöhung des Kubaturpreises mit rd. 355 Mio. EUR (Bruttobaukosten) den zunächst vorgegeben Kostendeckel um nahezu 54 % überschreiten. Der frühere Oberbürgermeister der Stadt verfügte daraufhin umgehend einen Planungsstopp. In der Folgezeit wurden nochmals - mit Ausnahme eines vollständigen Neubaus des gesamten Ensembles - die ursprünglich diskutierten Sanierungs- und Neubauvarianten untersucht.

In seiner Sitzung am 17./18.12.2009 entschied sich der Rat der Stadt Köln gleichwohl für den Neubau des Schauspielhauses und für die Sanierung der Oper. Er folgte damit aber einer Vorlage der Verwaltung, die eine abgespeckte Version des ursprünglichen Siegerentwurfes (ohne Orchesterproberaum, Ballettsaal, Produktionszentrum am Offenbachplatz sowie Gastronomie und Probebühne im Schauspielhaus) für das Opernquartier vorsah. Der Rat nahm in seiner Sitzung zur Kenntnis, dass die Architekten und der externe Kostenprüfer die Baukosten für die Realisierung dieser Variante mit rd. 289,7 Mio. EUR zuzüglich 12,9 Mio. EUR für Zusatzmaßnahmen (Sanierung Produktionszentrum, Orchesterproberäume u.a.) veranschlagt hatten. Vor diesem Hintergrund begrenzte er die Bruttobaukosten der Realisierung des Vorentwurfs und der Sanierungs-, Neubau- und Optimierungsmaßnahmen insgesamt auf 295 Mio. EUR. Den Bühnen wurde aufgegeben, die Einhaltung dieser Kostenbegrenzung sicherzustellen. Die bis zum Baubeschluss für Planung, Projektsteuerung und Projektleitung benötigten 24,6 Mio. EUR sollten im Wirtschaftsplan der Bühnen veranschlagt und durch Kreditaufnahme vorfinanziert werden. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme unter Einschluss der Bauzeitinsen (ohne Kosten der Interimspielstätten) sollte seitens der Bühnen über Kommunalkredite erfolgen und ab 2014 über eine Zuschusserhöhung der Bühnen abgedeckt werden. Für den Baubeschluss sollte dem Rat die erarbeitete Entwurfsplanung einschließlich geprüfter Kostenberechnung vorgelegt werden.

Im Nachgang zu dieser Ratsentscheidung fand sich dann allerdings eine Bürgerinitiative zusammen, die im Rahmen eines Bürgerbegehrens auf der Grundlage von § 26 der Gemeindeordnung NRW den Beschluss zum Neubau des Schauspielhauses zu Fall bringen und stattdessen eine Sanierung des Schauspielhauses durchsetzen wollte. In seiner Sitzung am 13.4.2010 stellte der Rat fest, dass dieses Bürgerbegehren zulässig sei und entsprach diesem Begehren mit folgenden Entscheidungen: Die Bühnen wurden beauftragt, dem Rat kurzfristig eine Machbarkeitsstudie vorzulegen, die eine umfangreiche Sanierung des Opern- und Schauspielhauses beinhalten sollte. In der Studie sollte die schnellstmögliche Umsetzung der bisherigen Architektenvorschläge zur Opersanierung, die unverzügliche Planungsaufnahme zur Sanierung und Entwicklung eines funktionsoptimierten und eigenständigen Schauspielhauses und die Einbeziehung der Opernterrassen sowie der Sparte Tanz in den Planungsprozess berücksichtigt werden. Begleitet werden sollte dieser Prozess von einem „Runden Tisch“ unter Beteiligung der Bürgerinitiativen und anderer relevanter Gruppen. Die Mittel für die Machbarkeitsstudie sollten im Wirtschaftsplan veranschlagt und durch Kreditaufnahme finanziert werden. Die Verwaltung sollte zudem auch für die beiden Hauptvarianten des Bürgerbegehrens die Machbarkeit und die Realisierungsbedingungen überprüfen und die groben Kosten bzw. Folgekosten kalkulieren.

Der Rat beauftragte daraufhin die Bühnen zunächst mit der Durchführung des europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Erlangung von Fachplaner- und Projektsteuerungsleistungen und genehmigte vorläufige Planungsmittel von 13 Mio. EUR (20.5.2010 / 17.6.2010). Gleichzeitig gab er die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Sanierung der Orchesterproberäume in der Stolberger Straße in Auftrag.

Nachdem der Rat die Machbarkeitsstudie zur Sanierung in seiner Sitzung am 7.10.2010 zur Kenntnis genommen hatte, beauftragte er die Bühnen mit der Planung der Sanierung auf Basis der sogenannten Variante 6.0 der Machbarkeitsstudie inklusive unterirdischer Neubauanteile unter dem kleinen Offenbachplatz sowie der möglichen Realisierung von Kinderoper und/oder Studiobühne. Mit der Objekt- und Fachplanung sollten die aus dem VOF-Verfahren hervorgegangenen Planer beauftragt werden. Die Bühnen wurden angehalten, schnellstmöglich Alternativen zur Unterbringung der Studiobühne in den Opernterrassen sowie der Kinderoper im Untergeschoss des Opernhauses zu prüfen und aus theaterinhaltlicher sowie betriebswirtschaftlicher Sicht zu bewerten. Auch sollten alternative Nutzungsmöglichkeiten der Opernterrassen geprüft werden. Der Rat nahm in der Sitzung zur Kenntnis, dass eine Sanierung und Optimierung des Orchesterproberaums in der Stolberger Straße ca. 2,3 Mio. EUR sowie des Produktionszentrums Oskar-Jäger-Straße (mit Erweiterung) ca. 9,0 Mio. EUR notwendig machen würden. Schließlich genehmigte der Rat für die Maßnahmen am Offenbachplatz Mittel für Planung, Projektsteuerung und Projektleitung in Höhe von 11,5 Mio. EUR, die von den Bühnen im Wirtschaftsplan zu veranschlagen und über Kredite zu finanzieren seien. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme sollte unverändert über Kommunalkredite erfolgen, deren Kapitaldienst ab 2015 eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses notwendig machen würde. Der Rat erwartete im Übrigen ausdrücklich eine Reduzierung der prognostizierten Interimskosten durch längere Nutzung der Bühnengebäude, Untervermietung der Interimspielstätten sowie Reduzierung der Ausstattung der Interimspielstätten und verlangte eine Neukalkulation dieser Kosten. Die Bühnen sollten des Weiteren Vorschläge unterbreiten, ob und wie Ensembles der freien Musik- und Theaterszene die sanierten Gebäude mitnutzen könnten. Schließlich wurde die Verwaltung beauftragt, Konzepte zu erarbeiten, wie künftige Besucher der Bühnen stärker an den Kosten der Sanierung beteiligt werden könnten.

Am 1.3.2011 nahm der Rat die Ergebnisse seiner diversen Prüfaufträge vom 7.10.2010 zur Kenntnis und stellte fest, dass die Variante 6.0 der Machbarkeitsstudie einschließlich Kinderoper sowie Sanierung der Opernterrassen mit Studiobühne mit geschätzten und zugleich limitierten Bruttogesamtbaukosten von 253 Mio. EUR Planungsgrundlage bleibt. Das gesamte Sanierungsvorhaben sollte durch ein externes Baukosten-Controlling begleitet werden. Die Entwurfsplanung einschließlich geprüfter Kostenberechnung musste dem Rat zur Fassung des Baubeschlusses vorgelegt werden. Die veranschlagten Kosten der Sanierung und Optimierung des Orchesterproberaums Stolberger Straße sowie des Produktionszentrums Oskar-Jäger-Straße sollten – letzteres mittels Kooperationen mit Dritten - deutlich reduziert werden.

In Bezug auf die infolge der neuen Sanierungsvariante nun bis 2015 verlängerte Interimspielzeit beschloss der Rat in seiner Sitzung am 1.3.2011 folgendes: Er nahm zunächst zur Kenntnis, dass sich bei den für den Zeitraum 2010 bis 2015 prognostizierten Kosten der Interimunterbringung in Höhe von 41,1 Mio. EUR Einsparungen nur über die Höhe des Mietzinses und den Zeitraum der Anmietung sowie mittels eines effizienten Finanzcontrollings realisieren ließen. Die Bühnen sollten den „Musical Dome“ in der Innenstadt als bedingt repertoirefähige Spielstätte der Oper nach Ablauf des Projekts „Oper unterwegs“ ab dem 1.3.2012 anmieten. Der „Musical Dome“ als etablierte, zentrale und vor allem bereits bestehende Veranstaltungsstätte wurde dabei zwei alternativen Spielstätten, die noch hätten gebaut werden müssen, vorgezogen. Insgesamt wurden für die fünfjährige Interimunterbringung Kosten von 40,31 Mio. EUR kalkuliert.

Nachdem der Rat die Bühnen mit Beschluss vom 14.7.2011 bereits mit der Planung, Ausschreibung und Durchführung der sogenannten vorgezogenen Maßnahmen innerhalb des Projekts und der Genehmigungsplanung für die Hauptmaßnahme beauftragt hatte, erteilte er am 24.11.2011 den Baubeschluss und beauftragte die Bühnen auf der Grundlage der Entwurfsplanung mit der Ausführung des Projekts „Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz“ einschließlich Kinderoper und Sanierung der Opernterrassen mit Kleinem Haus (Baubeschluss), zunächst noch ohne Freianlagen. Der Rat nahm zur Kenntnis, dass die Architekten aufgrund der Entwurfsplanung die Bruttogesamtbaukosten ohne Freianlagen mit EUR 250.417.017 berechnet hatten. Da die Planer der Freianlagen aufgrund der Vorplanung das vorgegebene Budget für die Bruttogesamtbaukosten dieser Anlagen mit EUR 2.582.983 eingehalten hatten, sollten die limitierten Bruttobaukosten von EUR 253.000.000 für die Gesamtmaßnahme nicht überschritten werden. Die Ergebnisse der Kostenschätzungen wurden von dem beauftragten externen Kostensteuerer bestätigt. Die bereits beschlossenen Bruttogesamtkosten von EUR 30.000.000 für die vorgezogenen Maßnahmen sollten darin eingeschlossen sein. Die benötigten Mittel sollten in den Wirtschaftsplänen der Bühnen veranschlagt und durch Kreditaufnahmen vorfinanziert werden. Die Kreditaufnahmen sollten als Zwischenfinanzierung in die Finanzierung der Gesamtmaßnahme eingerechnet werden.

Ende Juni 2012 zogen die beiden Sparten Oper und Schauspiel aus dem Ensemble Offenbachplatz aus. Unmittelbar darauf begannen die Arbeiten zur Baustelleneinrichtung und die erforderlichen Abbruchmaßnahmen von Gebäudeteilen. Bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres 2012/2013 waren die Maßnahmen zur Erweiterung des Orchestergrabens abgeschlossen und die Bodenplatte für das neue Hinterbühnenhaus sowie die Baugrube auf der Fläche des früheren Betriebshofes an der Krebsgasse fertiggestellt. Anfang 2014 erreichte der Rohbau des Zuschauerraums der Kinderoper seine volle Höhe und der Rohbau des neuen Hinterbühnenhauses die 8. Etage. Auch die Betonsanierung an den Werkstatttürmen des Opernhauses war weit fortgeschritten und die Umgestaltung der Straßen, die den Offenbachplatz umgeben, konnte in Angriff genommen werden. Mit dem Neubauteil zwischen den beiden Werkstatttürmen, der frei gestaltet werden konnte, zeigte das Opernhaus von der Krebsgasse her sein neues Gesicht: Hier fanden über der neu errichteten Hinterbühne vor allem zwei neue Probebühnen, das Kostümlager und die Lüftungszentrale Platz. Im Schauspielhaus und im Opernhaus wurden sodann die Unterbühnen installiert. Zugleich entstanden in den Bühnentürmen, in denen wegen des Denkmalschutzes die kleinteilige Fenstereinteilung beibehalten wurde, die neuen Arbeitsgalerien. Zum Jahreswechsel 2014/2015 konnte die gläserne Fassade am neuen Haus für das Schauspiel, ehemals Opernterrassen, installiert werden. Im Frühjahr 2015 waren die Bauarbeiten am Baukörper und den Fassaden so gut wie abgeschlossen, im Innern wurde mit Hochdruck an Haus- und Bühnentechnik gearbeitet, damit die für den 7.11.2015 geplante Wiedereröffnung stattfinden konnte.

Aufgrund von gegenüber der Planung deutlich umfangreicheren statischen Ertüchtigungen und Betonsanierungen, Problemen beim Spezialtiefbau, verlängerten Gerüststandzeiten, einer deutlichen Steigerung des Baupreisindex sowie bereits eingeleiteter Beschleunigungsmaßnahmen, musste der Rat am 12.5.2015 zur Kenntnis nehmen, dass sich das Sanierungsprojekt am Offenbachplatz voraussichtlich um ca. 10 % auf rund 278 Mio. EUR (ohne Bauzeitinsen) gegenüber dem ursprünglichen Baubeschluss verteuern würde. Der Rat bewilligte daraufhin die Sanierung in diesem verteuerten Umfang.

Im Juli 2015 zeigte sich, dass eine Vielzahl an offenen Planungsthemen im Bereich der Haustechnik zu Störungen und Ausführungskollisionen führte, die auch die Fertigstellung der restlichen Planungs- und Fachplanungsbereiche behinderten. Bei der Bauausführung der technischen Gewerke wurde sichtbar, dass insbesondere hinsichtlich der Koordination der Planungen zu den einzelnen Anlagengruppen untereinander Mängel in Form von Schnittstellenkollisionen bestanden. Von Bauherren- und Projektmanagementseite musste davon ausgegangen werden, dass die Defizite der Haustechnikplanung auch in die Werkstatt- und Montageplanung der ausführenden Unternehmen für den Bereich der Technischen Ausrüstung übertragen und in Teilen bereits mangelhaft ausgeführt wurden, so dass möglicherweise Umbauten im Rohbau und der Abbruch neu gebauter Bereiche nötig werden könnten. Außerdem mussten Abweichungen der Bauausführung von der genehmigten Planung sowie der Ausführungsplanung festgestellt werden. Daher mussten Bühnenleitung und Verwaltung am 23.7.2015 bekanntgeben, dass die Wiedereröffnung im November 2015 nicht stattfinden konnte.

Die u.a. mit der Errichtung der Schlüsselgewerke Strom und Kältetechnik beauftragte Imtech Deutschland GmbH & Co. KG stellte am 6.8.2015 einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, dem am 1.11.2015 stattgegeben wurde. Der Insolvenzverwalter wählte in einem Bieterverfahren die Rud. Otto Meyer Technik Ltd. & Co. KG (ROM Technik) aus, auf die wesentliche Bestandteile des Auftragsbestandes der Imtech Deutschland GmbH & Co. KG übertragen werden sollen. Nachdem hier zunächst Vereinbarungen zwischen den Bühnen als Auftraggeber, dem Insolvenzverwalter und der ROM Technik über die Fortsetzung der Bauausführung durch die ROM Technik getroffen worden sind, erfolgte zwischenzeitlich die Kündigung des Fortführungsauftrags seitens des Insolvenzverwalters, so dass die Bühnen hier im Rahmen eines Vergabeverfahrens derzeit einen neuen Auftragnehmer suchen.

Am 10.9.2015 beschloss der Rat, dass die Bühnen zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit auf der Baustelle Verpflichtungen eingehen dürfen, die das bis dahin genehmigte Budget von 278 Mio. EUR überschreiten würden. Hierbei wurden die neu einzugehenden Verpflichtungen zunächst auf 9,8 Mio. EUR und damit das Gesamtbudget auf 287,8 Mio. EUR begrenzt. Die Fertigstellung der Baumaßnahme sollte unter Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel zur Durchsetzung möglicher Schadensforderungen erfolgen. Die Bühnen Köln wurden außerdem verpflichtet, einen vorgelegten 11-Punkte-Plan detailliert auszuarbeiten, ggf. anzupassen und umzusetzen.

Im Rahmen der Umsetzung dieses Plans sowie im Hinblick auf die Insolvenz der Imtech Deutschland GmbH & Co. KG wurde eine konkrete Leistungsstandfeststellung sowie eine sachverständige Mängelaufnahme sowohl hinsichtlich der Ausführung der technischen Gewerke als auch der technischen Planung veranlasst. Bereits im Zuge der weiteren Untersuchungen durch die Sachverständigen wurden weitere Ausführungs- und Planungsmängel festgestellt, die im Wesentlichen in den Verantwortungsbereich des Haustechnikplaners und Bauüberwachers für die technischen Gewerke fielen. Nachdem festgestellt wurde, dass der beauftragte Fachplaner, die Deerns Deutschland GmbH, nicht bereit war, im Rahmen ihrer bestehenden vertraglichen Verpflichtungen an der Umsetzung des 11-Punkte-Plans mitzuwirken, erfolgte am 10.11.2015 die Kündigung gegenüber diesem Unternehmen. Die Planungs- und Bauleistungen der Technischen Ausrüstung wurden hier zwischenzeitlich von dem TA-Planungsbüro INNIUS RR GmbH fortgeführt, wobei die Gesellschaft derzeit noch mit der Heilung der Ausführungsplanung der Technischen Ausrüstung befasst ist.

In Ausführung des 11-Punkte-Plans wurde das gesamte Sanierungsprojekt neu strukturiert und Verstärkungen wurden eingesetzt bzw. sind vorgesehen. Dies gilt für den Bauherrn, die Projektleitung und die Projektsteuerung. Zur Unterstützung des Projektmanagements wurden Sachverständige mit der Feststellung von Leistungsständen und der Qualitätsverfolgung und baubetrieblichen Unterstützung während der Bauzeit beauftragt.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 15.3.2016 u.a. folgendes beschlossen:

- Zustimmung zur Neustrukturierung der Projektorganisation durch die Schaffung eines technischen Betriebsleiters als 4. Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen.

Der neue technische Betriebsleiter wurde zum 1.5.2016 angestellt und bestellt und hat die vollumfängliche Wahrnehmung der Bauherrenaufgabe (Planung, Steuerung und Kontrolle der Sanierungsmaßnahme) übernommen. Er legt seither in aussagefähigen Monatsberichten weiterführende, konkretisierende Aussagen zu Kosten und Terminen, zur Beauftragung der neuen Planer und Bauleiter und zu den Ergebnissen der anstehenden Vertragsverhandlungen mit allen Projektbeteiligten vor. Des Weiteren ist er zusammen mit dem Projektsteuerungsbüro mit einer Neuaufstellung der Planungs- und Objektüberwachungsteams der Technischen Ausrüstung, der intensiven Mängelerfassung und Mängelbehebung sowie dem Aufbau eines Qualitätsmanagements befasst.

- Aufstockung des Baubudgets in einem ersten Schritt um EUR 60 Mio. auf EUR 347,8 Mio. zur Wiederherstellung eines geordneten Bauablaufs; eine weitere Erhöhung bedarf einer weiteren Beschlussvorlage. Der Rat hat sich vorbehalten, die Budgetfreigabe für künftig einzugehende Verpflichtungen im Rahmen etwa erforderlicher Steuerungsmaßnahmen aufzuheben (Rückholrecht).

Mit Ratsbeschluss vom 17.11.2016 wurde das Budget nochmals auf EUR 404 Mio. aufgestockt. Des Weiteren nahm der Rat zur Kenntnis, dass das endgültig zu kalkulierende Budget nach weitgehender Heilung der Planung erst im zweiten Quartal 2017 benannt werden soll.

- Der Rat hat zur Kenntnis genommen, dass sich die Geltendmachung von Ansprüchen gegen Baubeteiligte insbesondere wegen mangelhafter Leistungen und Verzugs, die Inanspruchnahme der Baurisikoversicherung und die im Rahmen der Projektfinanzierung günstige Zinsentwicklung positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bühnen auswirken. Ansprüche gegen Baubeteiligte wegen mangelhafter Leistungen etc. sollen durchgesetzt und Nachbesserungsansprüche mit dem Ziel der Mängelbeseitigung realisiert werden.

In diesem Zusammenhang wird zur Zeit ein Gegenforderungs- und Schadensmanagement etabliert, mit dem bauherrenseitige Regressansprüche gesichert werden sollen.

- Beauftragung der Bühnen, den 11-Punkte-Plan vom 10.9.2015 unter Berücksichtigung der Neubeauftragungen und Verhandlungsergebnisse mit den Projektbeteiligten weiter konsequent umzusetzen und fortzuschreiben sowie ein fortgesetztes, striktes Kostencontrolling und -management durchzuführen. Der Rat ist über weitere unerwartete Bauablaufstörungen umgehend zu informieren.

In diesem Zusammenhang erfolgt derzeit eine Neuaufstellung und schrittweise Intensivierung des Kosten- und Terminmanagements, die einhergeht mit dem Aufbau eines Risikomanagements.

- Vermeidung weiterer Kostenerhöhungen wegen Bauzeitverlängerung, insbesondere bei der Frage von Vertragsbeendigungen mit späterer Neuausschreibung;
- Beauftragung der Verwaltung, zeitnah Konzepte zur Verlängerung des Interim-Spielbetriebs für Oper, Schauspiel und Tanz vor dem Hintergrund vorzulegen.

Vor diesem Hintergrund kann im Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichts kein Termin zur Wiedereröffnung des Ensembles am Offenbachplatz und lediglich ein Kostenfenster von EUR 404 bis 460 Mio. (jeweils zzgl. Bauzeitinsen, Kosten der Machbarkeitsstudie und verwendbarer Restkosten der Neubauvariante) bis zur Fertigstellung der Gesamtsanierungsmaßnahme genannt werden. An dieser Situation wird sich voraussichtlich bis zum Ende des 2. Quartals 2017 nichts ändern.

Interimspielstätten

Im Bereich der Interimspielstätten hatte der Rat in seiner Sitzung am 12.5.2015 zunächst zur Kenntnis genommen, dass die Bühnen mit den am 25.2.2011 bereitgestellten Interimsmitteln in Höhe von 40,31 Mio. EUR und dem in diesem Zusammenhang beschlossenen Interimskonzept trotz erheblicher Umplanungen aufgrund der Umsetzung von vier verschiedenen Intendantenkonzepten zunächst ausgekommen sind. Der Rat akzeptierte zu diesem Zeitpunkt auch, dass die Verzögerungen auf der Baustelle Offenbachplatz ein verlängertes Bühneninterim voraussichtlich bis zum 31.3.2016 erforderlich machen würden. Infolgedessen beschloss er zunächst die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für ein bis zum 31.03.2016 verlängertes Interim aufgrund priorisierter Fertigstellung von Opernhaus und Schauspielhaus in Höhe von 1,764 Mio. EUR.

Für das Schauspiel hatten die Bühnen als neues Übergangsquartier das sog. „Depot“ auf dem Mülheimer Carlswerk-Areal eruiert. Der Mietvertrag vom 6./8.8.2012 sah dabei eine Laufzeit vom 1.5.2013 bis 30.9.2015 vor. Vor dem Hintergrund der deutlichen Verlängerung des Sanierungsprojekts vereinbarten die Bühnen am 23./26.10.2015 eine Verlängerung des Mietverhältnisses bis zum 31.12.2017. Gleichzeitig bekräftigten die Vertragsparteien ihre Absicht, das Mietverhältnis mit einem Anschlussmietvertrag langfristig fortzusetzen, um im Depot ggf. eine dauerhafte Spielstätte des Schauspiels zu etablieren.

Nach der Beendigung des Interimspielbetriebs im Musical Dome im Juni 2015 musste auch für die Oper eine weitere Interimspielstätte gefunden und eingerichtet werden. Nach umfangreichen Recherchen und Analysen der Betriebsleitung beschloss der Rat in der Sitzung des Hauptausschusses am 17.9.2015 die Nutzung und Herrichtung des Staatenhauses als Hauptspielstätte der Oper, beauftragte die Betriebsleitung der Bühnen mit der sukzessiven Einrichtung von drei Spielorten im Gebäude und ermächtigt sie, im Rahmen des vorgelegten Kostenplanes die entsprechenden Verträge abzuschließen und dem bisherigen Nutzungsberechtigten eine pauschale Entschädigung vorbehaltlich einer weiteren wirtschaftlichen und rechtlichen Prüfung zu erstatten.

Für die Spielzeiten 2015/2016 und 2016/2017 wurde eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses zur Finanzierung der Interimskosten auf insgesamt 18,1 Mio. EUR begrenzt. Auftretende Mehraufwendungen sollten von den Bühnen im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2015/2016 und 2016/2017 kompensiert werden, da eine weitere Erhöhung des Betriebskostenzuschusses ausgeschlossen wurde. Die Interimszeit der Oper im Staatenhaus sollte dabei zunächst so kurz wie möglich gehalten werden, maximal bis zum 31.8.2017. Mit Schreiben vom 16.10.2015 wurde den Bühnen der Übergang von Besitz, Nutzungen und Lasten des Staatenhauses zum 1.10.2015 angezeigt. Am 15.11.2015 fand nach intensiven Umbau- und Renovierungsarbeiten die erste Premiere der Oper im Staatenhaus statt.

Vor dem Hintergrund der veränderten Situation der Sanierung hat der Rat in seiner Sitzung am 28.6.2016 einer weiteren Verlängerung des Bühneninterims bis zum 31.8.2019 zugestimmt. Für das Depot ließ der Rat eine Mietvertragsverlängerung bis zum 31.12.2022 zu, für das Staatenhaus eine Anschlussnutzung seitens der Oper und Kinderoper für die Spielzeiten 2017/2018 und 2018/2019. Der Rat beauftragte die Betriebsleitung der Bühnen, rechtzeitig ein Anschluss- und Überbrückungskonzept vorzulegen, sofern die Inbetriebnahme und Wiedereröffnung des Ensembles am Offenbachplatz nicht zum 31.8.2019 erfolgen könne. Der Rat nahm darüber hinaus zur Kenntnis, dass der Anteil des weiteren Interims am entsprechend zu erhöhenden Betriebskostenzuschuss der Bühnen in den Spielzeiten 2017/2018 und 2018/2019 insgesamt EUR 16,45 Mio. beträgt. Für sog. Nachlaufkosten der längeren Anmietung des Depots und verschiedener übergreifender Bereiche über den 31.8.2019 hinaus wurde ein weiterer Zuschussbedarf von EUR 8,71 Mio. für die Jahre 2019 bis 2022 eingeplant. Für ggf. erforderliche Ausgleichszahlungen an den ursprünglich vorgesehenen und späteren Nutzer des Staatenhauses hat der Rat auf die Verfügbarkeit von Zuschussmitteln gemäß Beschluss vom 22.10.2015 verwiesen.

Mit Vereinbarung vom 30.6.2016 wurde die Anmietung des Depots nunmehr bis zum 31.12.2022 mit zweimaliger Verlängerungsoption für jeweils zwei Jahre geregelt. Die angestrebte Absicht zur Vereinbarung eines langfristigen Anschlussmietverhältnisses bleibt davon unberührt.

Die verlängerte Nutzung des Staatenhauses als Interimsspielstätte der Oper wurde durch Zustimmung des ursprünglich vorgesehenen und späteren Nutzers ebenfalls für Spielzeiten nach dem 31.8.2017 vereinbart.

Orchesterprobenzentrum

Die Sanierung und akustische Optimierung des Orchesterprobenzentrums Stolberger Straße wurde plangemäß innerhalb der Spielzeit 2014/2015 fertiggestellt und durch Kreditaufnahmen finanziert.

Werkstätten

Im Zusammenhang mit der notwendigen Sanierung der Bühnenwerkstätten als letzter Baustein zur Sanierung der Bühnen beauftragte der Rat in seiner Sitzung am 24.3.2015 den Oberbürgermeister und die Betriebsleitung der Bühnen, die von den Bühnen vorgelegte „Kooperationsvereinbarung zwischen dem WDR und der Stadt Köln, Bühnen der Stadt Köln, für den Bereich der Werkstätten und des Ausstattungsbetriebes inklusive der Einrichtung einer Bühnenwerkstatt auf dem Produktionsgelände des WDR in Bocklemünd“ abzuschließen. Die Verwaltung wurde beauftragt, im Rahmen der von den Bühnen zunächst berechneten Gesamtinvestitionskosten die in diesem Zusammenhang erforderlichen Mittel für Mieten sowie Abschreibungen für Investitionen über die Laufzeit der Kooperation im Wirtschaftsplan der Bühnen zur Verfügung zu stellen und über die gesamte Laufzeit fortzuschreiben.

Im Rahmen der Detailplanung zum nutzerspezifischen Umbau der Hallen auf dem WDR-Gelände stellte sich allerdings heraus, dass ein erheblicher Aufwand erforderlich wäre, um die Statik der Hallen den Anforderungen der Bühnen anzupassen. Als Alternative bietet sich nach Ansicht der Bühnen an, auf dem Gelände des WDR einen Neubau zu errichten. Das hierfür erforderliche Grundstück soll nach Abriss der derzeitigen Bebauung im Wege einer Erbpacht an die Bühnen der Stadt Köln zur Verfügung gestellt werden. Die Bühnen haben dazu einen Planungsbeschlussvorschlag für ein neu aufzusetzendes Bühnenwerkstättenprojekt mit einem Gesamtvolumen von EUR 18,5 Mio. und Einkalkulierung eines Unsicherheitsfaktors von 35% vorgelegt. Die hierfür erforderlichen Planungsmittel in Höhe von TEUR 700 sollen durch Kredite finanziert werden.

3. Investitionsplanung

Im Rahmen der kurzfristigen Investitionsplanung waren für das Wirtschaftsjahr 2015/2016 bzw. sind für das Wirtschaftsjahr 2016/2017 von den Bühnen folgende Investitionen vorgesehen:

	Wirtschaftsplan 2015/2016	Wirtschaftsplan 2016/2017
	TEUR	TEUR
Technische Anlagen und Maschinen (Beleuchtung, Tonanlagen, Bühnentechnik)	200	600
EDV-Software / Hardware	100	50
Sanierung Offenbachplatz	68.322	38.507
	68.622	39.157

Die Finanzierung der Investitionsvorhaben soll in Höhe von TEUR 300 (Wirtschaftsjahr 2015/2016) bzw. TEUR 650 (Wirtschaftsjahr 2016/2017) über Aufwandsgegenwerte aus planmäßigen Abschreibungen sowie in Höhe von TEUR 68.322 (Wirtschaftsjahr 2015/2016) bzw. TEUR 38.507 (Wirtschaftsjahr 2016/2017) über Kreditaufnahmen abgedeckt werden.

4. Sonstige Entwicklungen

In der Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Köln vom 18.1.2016 wurden die Anstellungsverträge mit den drei bisherigen Betriebsleitern dahingehend angepasst, dass die Betriebsleitung der Bühnen um einen vierten Betriebsleiter, den sog. Technischen Betriebsleiter erweitert werden kann. Darüber hinaus wurde eine Verlängerung des Vertrages mit Patrick Wasserbauer als Geschäftsführendem Direktor der Bühnen um weitere drei Jahre bis zum 31.8.2019 beschlossen. Danach verlängert sich der Vertrag automatisch um zwei Jahre, falls nicht eine der Parteien bis zum 30.6.2018 schriftlich widerspricht. Die weitere Bestellung von Patrick Wasserbauer zum Betriebsleiter hatte der Rat bereits in seiner Sitzung am 23.6.2015 beschlossen.

Am 22.1.2016 hat der Hauptausschuss des Rates die Verlängerung des Vertrages mit Frau Dr. Birgit Meyer als Opernintendantin der Bühnen bis zum 31.8.2020 beschlossen. Sofern im Rahmen dieser Laufzeit zwei volle Spielzeiten im sanierten Haus am Offenbachplatz realisiert werden können, verlängert sich der Vertrag automatisch um zwei Jahre, falls dem nicht eine der Vertragsparteien bis zum 30.6.2018 widerspricht. Können bis zum 31.8.2020 keine zwei vollen Spielzeiten durchgeführt werden, verlängert sich der Vertrag automatisch bis zum 31.8. des Jahres, in dem die zweite volle Spielzeit im sanierten Haus realisiert worden ist, längstens jedoch bis zum 31.8.2022.

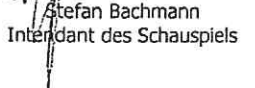
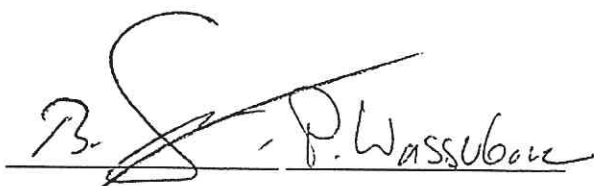
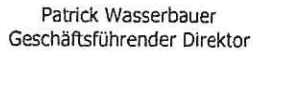
Die Einrichtung des für die Bühnen gemäß § 10 Abs. 1 EigVO NRW erforderlichen Risikofrüherkennungssystems (RCM-System) ist abgeschlossen. Ein auf die speziellen Belange der Bühnen zugeschnittenes Handbuch zum Risiko-/Chancenmanagement liegt vor, die Verantwortlichen und deren Aufgaben zur Erfassung und Kommunikation der Risiken und Chancen sind bestimmt. Letztmals zum 31.12.2015 wurde eine nach externen, leistungswirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen und internen Risiken differenzierte Risikoinventur mit qualitativer Bewertung durchgeführt und abgeschlossen; die Risikoinventur zum 31.12.2016 ist derzeit noch nicht beendet. Für die einzelnen Risiken wurden - sofern möglich - Frühindikatoren sowie Maßnahmen zur Risikovermeidung oder -reduzierung definiert. Aktuelle Werte, die es erlauben, Frühwarnsignale abzugeben, sind in den laufend erstellten Auswertungen enthalten, die den Risiken zugeordnet sind. Die Pflege des Risiko-/Chancenmanagementsystems sowie die Auswertung der Risikoinventur erfolgten mittels einer speziellen RCM-Software. Die bereits laufend erzeugten Auswertungen, wie z.B. Produktionsberichte, Kostenstellenberichte, Finanz- und Liquiditätsberichte, können mit dem aktuellen Risikobericht zu einem zeitnahen, umfassenden Berichtswesen ausgebaut werden. Mit der Einrichtung eines solchen Informationssystems soll dann sichergestellt sein, dass mögliche Risiken und Chancen an die jeweiligen Entscheidungsträger der Bühnen rechtzeitig kommuniziert werden, um wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Fehlentwicklungen frühzeitig entgegenwirken zu können.

Seit März 2014 liegt die vom Betriebsausschuss der Bühnen im Oktober 2012 beauftragte Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchung vor, die von der Unternehmensberatung actori aus München durchgeführt wurde. Konkret war die Unternehmensberatungsgesellschaft beauftragt, die Auswirkungen der Sanierung sowie verschiedene strukturelle Fragestellungen zu untersuchen. In der Sitzung am 3.4.2014 des Betriebsausschusses der Bühnen wurde eine erste Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Untersuchung vorgestellt und diskutiert. Durch die Verlängerung des Interims hat sich die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung verschoben. Allein durch den Zeitablauf und die damit verbundenen Änderungen aber auch durch die aktuelle konkrete Finanzierungsstruktur der Bühnen kann das Gutachten nicht mehr unverändert umgesetzt werden. Sobald im Zusammenhang mit der Sanierung des Bühnenensembles am Offenbachplatz ein neuer Wiedereröffnungstermin genannt werden kann, wird die Betriebsleitung empfehlen, eine Überarbeitung der Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchung zu beschließen. In der Zwischenzeit wird in der Mittelfristigen Erfolgs- und Finanzplanung für die Spielzeiten 2019/20 und 2020/21 eine Erhöhung des Budgets um jeweils EUR 2,5 Mio. EUR gemäß actori-Vorschlag berücksichtigt. Dieser Betrag soll konkretisiert werden, sobald das Ergebnis der überarbeiteten Studie vorliegt.

Im Zusammenhang mit der EU-Verordnung zum Notifizierungsverfahren (Verordnung EU Nr. 651/2014), die am 17.6.2014 in Kraft getreten ist, war die Frage aufgetreten, ob es sich bei den Bühnen von der Stadt Köln bzw. dem Land gewährten Zuschüssen um notifizierungspflichtige staatliche Beihilfen handelt. Gemäß Art. 53 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung sind im Rahmen von Betriebsbeihilfen jährlich 50 Mio. EUR beihilfefähig. Da die Kämmererei der Stadt Köln hier die Auffassung vertritt, dass sich dieser Grenzwert auf jede Sparte der Bühnen im Sinne eines eigenständigen Unternehmens erstreckt, sind die gewährten Zuschüsse aus Sicht der Betriebsleitung nicht notifizierungspflichtig; insofern besteht insoweit aktuell kein passivierungspflichtiges Risiko.

Ansonsten waren Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2014/2015, aber vor Verfassung dieses Lageberichts eingetreten sind, nicht zu verzeichnen.

Köln, den 31. März 2017

 Dr. Birgit Meyer Intendantin der Oper	 Stefan Bachmann Intendant des Schauspiels	 Bernd Streitberger Technischer Betriebsleiter	 Patrick Wasserbauer Geschäftsführender Direktor

**Lagebericht
für das Wirtschaftsjahr
vom 1. September 2015 bis zum 31. August 2016
der
eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
Gürzenich-Orchester Köln**

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr

1. September 2015 bis 31. August 2016

I. Spielzeitverlauf und Lage des Orchesters im Wirtschaftsjahr 2015/2016

1. Die wirtschaftliche Situation öffentlicher Orchester in der Bundesrepublik Deutschland in der Spielzeit 2015/2016

Die nach wie vor schwierige Finanzsituation der öffentlichen Haushalte übte auch in der Spielzeit 2015/2016 wie in den Vorjahren einen hohen Konsolidierungsdruck auf alle Kultureinrichtungen aus. Gerade die öffentlichen Theater und Orchester, die als personalintensive Einrichtungen mit einem hohen Anteil fixer Kostenbestandteile nur begrenzt über kurz- und mittelfristig realisierbare Verbesserungsmöglichkeiten ihrer Kosten- und Erlösstrukturen verfügen, sind hiervon in besonderem Maße betroffen. Aufgrund des notwendigen Finanzbedarfs werden Effektivität und Wirtschaftlichkeit dieser Einrichtungen von Politik und Öffentlichkeit unverändert kritisch hinterfragt.

Die Analyse der vorjährigen Spielzeitdaten¹ ergibt für 2014/2015 relativ stabile Verhältnisse: Zwar ist die Anzahl der Aufführungen der öffentlich getragenen Theater und Orchester um 0,4 auf 67.437 leicht zurückgegangen. Dem stehen aber um 1,6% gestiegene Eigeneinnahmen in Höhe von ca. 535 Mio. Euro (im Vorjahr rund 530 Mio. Euro) gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr ist das prozentuale Einspielergebnis von 18,4 Prozent auf 18,2 Prozent leicht gesunken. Im gleichen Zeitraum stieg auch das Volumen der öffentlichen Zuschüsse von rund 2,37 Milliarden Euro auf nunmehr rd. 2,43 Milliarden, eine Erhöhung um ca. 2,7%. Zugleich wies die Steigerung der Personalausgaben um 3,5% darauf hin, dass die Einkommen der Mitarbeiter angehoben wurden.

Vor diesem Hintergrund besteht nach wie vor die Notwendigkeit, neue Einnahmequellen (z.B. das Sponsoring) zu erschließen bzw. durch innovative Projekte, so z.B. das vom Gürzenich-Orchester betriebene Projekt GO-Plus oder das ohrenauf!-Projekt für jüngere Musikliebhaber und Familien, bisherige Besuchergruppen zu binden und neue Besuchergruppen anzusprechen. Aus der Sicht der Orchester selbst ist in diesem Zusammenhang die weitere Verbesserung und Entwicklung der künstlerischen Qualität sowie die Kreierung eines möglichst einzigartigen, charakteristischen und unverwechselbaren Klangbildes von besonderer Bedeutung, um die Attraktivität für Konzertbesucher, Sponsoren und auch Medien zu erhöhen.

2. Die künstlerische Bilanz des Orchesters in der Spielzeit 2015/2016

Das Gürzenich-Orchester Köln zählt im Konzert- wie im Opernbereich zu den führenden Orchestern Deutschlands. Sein Name verweist auf den Gürzenich, Kölns historisch repräsentatives Ballhaus, wo die Konzerte von 1857 an stattfanden.

Stets kamen führende Dirigenten und Komponisten ihrer Zeit wie Berlioz, Verdi, Brahms oder Strawinsky zum Kölner Traditionsorchester. Bedeutende Werke wie Brahms' Doppelkonzert op. 102, Richard Strauss' „Till Eulenspiegels lustige Streiche“ und „Don Quixote“ oder Mahlers 5. Sinfonie wurden dem Gürzenich-Orchester zur Uraufführung anvertraut, ebenso wie Max Regers Hiller-Variationen oder Bernd Alois Zimmermanns „Konzert für Orchester“.

Die Saison 2015/16 zeichnete sich im besonderen Maße dadurch aus, dass sie die erste mit François-Xavier Roth als Gürzenich-Kapellmeister und Generalmusikdirektor der Stadt Köln war.

In der Spielzeit 2015/2016 spielte das Orchester 36 reguläre Abonnementkonzerte, 26 weitere Konzerte in Köln, davon ein Festkonzert, ein Konzert im Kölner Dom, ein Benefizkonzert, sechs Kammerkonzerte, drei Florakonzerte, vier Schulkonzerte, zwei Konzerte im Rahmen von „Singen mit Klasse“, ein Silvesterkonzert, zwei Konzerte im Rahmen von „City life“, ein Chorkonzert, ein Konzert im Rahmen des Projektes „Die Planeten“ und zwei Konzerte im Rahmen von „La création du monde“ im Museum Ludwig. Ein weiteres Konzert erfolgte als Gastspiel in Amsterdam. In der Oper war das Orchester in 102 Vorstellungen in 16 Produktionen sowie in der Kinderoper mit 16 Vorstellungen in 2 Produktionen beschäftigt.

Wie auch in den vorangegangenen Spielzeiten war ein primäres Ziel des Orchesters, in interessanten Konzertprogrammen ein ausgewogenes Verhältnis von Werken quer durch die Musikgeschichte mit einem guten Verhältnis von bekannteren zu unbekannten Stücken zu präsentieren.

Unter den hochkarätigen Gästen finden sich Namen wie Jean-Frédéric Neuburger, Clara Mouriz, Pablo González, Sophie Karthäuser, Truls Mørk, Akiko Suwanai, Steven Osborne, Khatia Buniatishvili, Gautier Capuçon, Daniel Roth, Olli Mustonen, Tedi Papavrami, Jean-Guihen Queyras, aber auch die Dirigenten Nicholas Collon, Hartmut Haenchen, Louis Langrée, James Gaffigan, Hannu Lintu.

Aus dem Bereich der großen Sinfonik standen unter anderem Anton Bruckners Sinfonie Nr. 4 Es-Dur »Romantische«, Johannes Brahms Sinfonie Nr. 1, Robert Schumanns Sinfonie Nr. 2, Franz Schuberts Sinfonie Nr. 5, Dmitrij Schostakowitschs Sinfonie Nr. 8, Ludwig van Beethovens Sinfonie Nr. 6 »Pastorale«, Ralph Vaughan Williams Sinfonie Nr. 6 und Wolfgang Amadeus Mozarts Sinfonie Nr. 40 g-Moll KV 550, 1.-4. Satz auf dem Programm.

Zum ausgefalleneren Repertoire gehörten z.B. die „Notations“ I bis IV und VII von Pierre Boulez sowie Peter Eötvös „Seven“ für Violine und Orchester. Überdies lieferte die Uraufführung des Auftragswerks des Gürzenich-Orchesters Köln, »Ring«, des französischen Komponisten Philippe Manoury komplexe sinnliche Hörerlebnisse, durch im Raum positionierte Musiker und raffiniert geschichtete Klänge.

Bei den viel beachteten Solistenkonzerten reichte das Spektrum neben den zuvor genannten Konzerten von Sergej Rachmaninows Konzert Nr. 2 c-Moll für Klavier und Orchester über Mozarts Sinfonie Nr. 40 und Benjamin Britzens Konzert für Violine und Orchester d-Moll op. 15 sowie Edward Elgars Konzert für Violoncello und Orchester bis hin zu Franz Liszts Konzert für Klavier und Orchester Nr. 2.

Einen Höhepunkt der Saison bildete das Festkonzert am Sonntag, den 13. September 2015 in dem Chefdirigent François-Xavier Roth drei Werke, die erstmals vom Orchester uraufgeführt wurden, verband. An weiteren Sonderprojekten ist das beliebte Silvesterkonzert sowie das Chorkonzert im Rahmen von »ACHT BRÜCKEN | Musik für Köln« zu nennen. Mit den Kooperationen „City life“, in Zusammenarbeit mit dem Kölner Label KOMPAKT, und „La création du monde“, im Rahmen der Ausstellung „Fernand Léger: Malerei im Raum“ im Museum Ludwig, unterstrich das Gürzenich-Orchester Köln seine besondere Verbindung zur

Stadt Köln sowie zur freien Szene Kölns und betonte die Wichtigkeit interdisziplinärer künstlerischer Verknüpfungen.

Ein Gastspiel führte das Gürzenich-Orchester Köln nach Amsterdam (Ludwig van Beethoven »Leonoren«-Ouvertüre, Sergej Rachmaninows Konzert Nr. 2 für Klavier und Orchester, Edward Elgar »Enigma-Variationen«, mit Jean-Frédéric Neuburger am Klavier und dirigiert von François-Xavier Roth).

Auch die in den vorangegangenen Jahren intensiv verfolgte CD-Tätigkeit konnte in der Saison 2015/16 fortgeführt werden. Es wurden unter der Leitung des Ehrendirigenten Dmitrij Kitajenko des Gürzenich-Orchesters Köln »Der Nussknacker« von Pyotr Ilyich Tchaikovsky und Divertimento aus »Der Kuss der Fee« von Igor Stravinsky eingespielt.

Im Bereich der Musikvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie für Senioren konnte das Gesamtprogramm mit Orchester noch einmal erweitert werden. Neben den bekannten Schulkonzerten, der Kooperation mit dem Jugendsinfonieorchester der Rheinischen Musikschule (ohreinauf!-Familienkonzert im E-Werk) sowie mit der KölnMusik („Singen mit Klasse“) gab es vier ohreinauf!-Schulkonzerte und regelmäßige „Unterwegs-Konzerte“ für Kindergartenkinder sowie für Senioren.

3. Die wirtschaftliche Lage des Orchesters im Wirtschaftsjahr 2015/2016

a) Leistungsdaten

Die Aktivitäten des Gürzenich-Orchesters Köln führten im Wirtschaftsjahr 2015/2016 zu folgenden Leistungsdaten:

Der Vergleich der Leistungsdaten des Orchesters in der Spielzeit 2015/2016 mit dem Vorjahr zeigt, dass sich die Anzahl der Eigenveranstaltungen um drei Veranstaltungen (-5,5%) vermindert hat. Parallel dazu ging auch die Anzahl der Besucher um 8.087 (-9,3%) auf 78.601 zurück. Die Auslastung der Eigenveranstaltungen verminderte sich in der Spielzeit 2015/2016 um 1,49% von 93,76% auf 92,27%. Bei den Erlösen in diesem Bereich war im gleichen Zeitraum ein Rückgang um TEUR 164 bzw. 11,4% (davon Sinfoniekonzerte TEUR -46 bzw. -3,8%, Kammerkonzerte unverändert, Sonderkonzerte TEUR -118 bzw. -52,4%) festzustellen. Die durchschnittliche Einnahme je Besucher reduzierte sich in der Spielzeit 2015/2016 von EUR 16,67 um EUR 0,36 bzw. 2,2% auf EUR 16,31.

Für die Bühnen der Stadt Köln wurden im Bereich der Oper und Kinderoper 118, und damit erneut 2 Veranstaltungen weniger (-1,7%) als in der vorherigen Spielzeit durchgeführt. Gleichwohl stieg die Gesamtvergütung für die Opernbespielung um TEUR 215 (3,1%).

b) Ertragslage / Vergleich mit dem Wirtschaftsplan und Periodenvergleich

Nach dem vorjährigen Jahresüberschuss von TEUR 859 erzielte das Gürzenich-Orchester Köln im Wirtschaftsjahr 2015/2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 124.

Eine Analyse dieses Überschusses zeigt, dass sich dieser aus einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von TEUR 327 (im Vorjahr TEUR +762), einem negativen Investitionsergebnis von TEUR 68 (im Vorjahr TEUR -64), einem negativen Finanzergebnis von TEUR 332 (im Vorjahr TEUR -360) sowie einem positiven neutralen Ergebnis von TEUR 197 (im Vorjahr TEUR +521) zusammensetzt. Im Überblick stellt sich die Ertragslage im Wirtschaftsjahr 2015/2016 wie folgt dar, wobei den Ist-Daten zum einen die Planansätze des

vom Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 10.9.2015 beschlossenen Wirtschaftsplans und zum anderen die Vorjahreszahlen gegenübergestellt werden:

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan zeigt die Analyse für das Betriebsergebnis, dass der Planansatz um TEUR 227 überschritten wurde, was im Wesentlichen auf die gegenüber den Planzahlen insgesamt reduzierten Kosten zurückzuführen ist. Gegenläufig wirkten sich geringere Erträge aus.

Zusammen mit den Mitteln des städtischen Betriebskostenzuschusses und des Landeszuschusses standen dem Orchester aus der Opernbespielung sowie dem eigenen Konzertbetrieb insgesamt TEUR 17.547 und - im Vergleich zum Planansatz - TEUR 140 (-0,8%) weniger an betrieblichen Erträgen zur Deckung der laufenden Kosten zur Verfügung. Die leicht reduzierten Erträge sind dabei im Wesentlichen auf eine gegenüber der Planung geringere Betriebskostenerstattung aus der Opernbespielung (-TEUR 178 bzw. - 2,4%), den Wegfall einkalkulierter Sponsoringerträge (-TEUR 196 bzw. -100,0%) sowie eine Bestandsminderung bei den unfertigen Produktionen (-TEUR 39) zurückzuführen. Dem standen vor allem höhere Kartenverkaufserlöse (+TEUR 105 bzw. +8,4%) sowie um TEUR 156 bzw. +185,7% gestiegene sonstige betriebliche Erträge gegenüber.

Zeitgleich konnten die betrieblichen Aufwendungen um insgesamt TEUR 367 bzw. 2,1% gegenüber den budgetierten Ansätzen reduziert werden. Zu dieser Entwicklung trugen im Wesentlichen Einsparungen in Höhe von TEUR 452 bzw. 3,4% bei den laufenden Personalaufwendungen und den Werbekosten (TEUR 243 bzw. 24,0%) bei, denen eine Erhöhung um TEUR 208 bzw. 8,0% bei den Materialaufwendungen, um TEUR 91 bzw. 16,6% bei den Verwaltungsaufwendungen und um TEUR 29 bei den übrigen betrieblichen Kosten gegenüberstand.

Im Rahmen der Personalaufwendungen blieben die Gehälter um TEUR 178 (1,7%), die Aufwendungen für die Altersversorgung um TEUR 244 (27,3%) und die sozialen Abgaben um TEUR 101 (6,3%) hinter den geplanten Kostenansätzen zurück, während die laufenden Beihilfeaufwendungen die budgetierten Kosten um TEUR 71 (19,5%) überstiegen.

Im Periodenvergleich reduzierte sich das günstige positive Betriebsergebnis des Vorjahres in Höhe von TEUR 762 um TEUR 435 auf +TEUR 227. Die betrieblichen Erträge lagen dabei insgesamt um TEUR 168 bzw. 1,0% über dem Vorjahreswert, wobei die Ertragssteigerungen vor allem auf den erhöhten Betriebskostenzuschuss (+TEUR 400 bzw. +5,1%) und die höheren Einnahmen aus der Opernbespielung (+TEUR 215 bzw. +3,1%) zurückzuführen waren.

Der verbesserten Situation bei den betrieblichen Erträgen standen in 2015/2016 im Vergleich zum Vorjahr höhere betriebliche Kosten (+TEUR 603 bzw. +3,6%) gegenüber. So überschritten vor allem die Personalkosten um TEUR 628 bzw. 5,1 % den vorjährigen Kostenansatz. Die Kosten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit lagen infolge der Anlaufkosten für das Projekt GO-Plus (TEUR 216) um TEUR 71 bzw. 2,5% über den Kosten des Vorjahres. Bei den Material- und Verwaltungsaufwendungen sowie übrigen Kosten konnten in Summe TEUR 85 bzw. 2,4% eingespart werden.

Bezogen auf die Gesamterträge des Orchesters im Wirtschaftsjahr 2015/2016 bilden die laufenden Personalkosten mit 74,0% (im Vorjahr 71,1 %) unverändert den größten Aufwandsposten. Im Berichtsjahr setzten sich diese Kosten wie folgt zusammen:

Im Bereich der laufenden Personalaufwendungen erhöhten sich die Bezüge der angestellten Künstler und sonstigen Mitarbeiter - unter Einschluss der Vergütungen für den neuen künstlerischen Betriebsleiter - trotz eines geringfügig niedrigeren durchschnittlichen Personalbestands im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 641 (+6,6%). Die Beihilfeaufwendungen erhöhten sich im gleichen Zeitraum um TEUR 241 (+123,6%) infolge gestiegener durchschnittlicher Beihilfezahlungen. Demgegenüber reduzierten sich die Sozialabgaben um TEUR 66 (-4,2%) und die Aufwendungen für die Altersversorgung unter Einschluss der Veränderung der Pensionsrückstellungen um TEUR 188 (-22,5%).

Die Personalstatistik weist für das Wirtschaftsjahr 2015/2016 folgende Daten aus:

Die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen liegt in 2015/2016 mit durchschnittlich 136,35 um 14,15 Stellen bzw. 9,4% unter dem Planansatz (150,5).

Im Rahmen des Investitionsergebnisses wurden die planmäßigen Abschreibungen auf das Anlagevermögen des Orchesters zu einem großen Teil durch Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen kompensiert. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen wird entsprechend den Abschreibungen auf die in den Vorjahren bezuschussten bzw. von der Stadt zum 1.9.2000 übertragenen Anlagegüter kontinuierlich ertragswirksam aufgelöst.

Auch im Wirtschaftsjahr 2015/2016 standen dem Orchester ausreichend liquide Mittel zur Verfügung, so dass keine Kredite in Anspruch genommen werden mussten. Infolge des unter den Zinsaufwendungen auszuweisenden Aufzinsungsaufwandes der langfristigen Personalrückstellungen in Höhe von TEUR 332 wurde - wie in den Vorjahren - ein negatives Finanzergebnis erzielt.

Das neutrale Ergebnis fiel in 2015/2016 mit TEUR 197 erneut positiv aus. Im Wesentlichen ist dies auf Kostenreduzierungen in Höhe von TEUR 75 im Zusammenhang mit der stichtagsbezogenen Bewertung einer Rückstellung für drohende Verluste im Personalbereich, in Höhe von TEUR 64 auf Auflösungen von in Vorjahren gebildeten Rückstellungen und in Höhe von TEUR 40 auf Buchgewinne aus Anlageabgängen zurückzuführen.

Gegenüber dem Vorjahr konnte das Orchester damit in der Spielzeit 2015/2016 mittels der vereinnahmten Betriebskostenzuschüsse, der Erträge aus der Opernbespielung und der übrigen selbst erwirtschafteten Erträge kein vollständig ausgeglichenes ordentliches Ergebnis (Summe aus Betriebs-, Investitions- und Finanzergebnis) erwirtschaften. Vielmehr stellte sich hier eine Unterdeckung in Höhe von TEUR 73 ein. Nur unter Einschluss des positiven neutralen Ergebnisses konnte für die Spielzeit 2015/2016 damit letztlich ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 124 erzielt werden.

c) Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des Orchesters stellt sich an den beiden Bilanzstichtagen zusammengefasst wie folgt dar:

Die Analyse der Vermögenslage ergibt auf den Stichtag 31.8.2016 ergebnisbedingt eine verbesserte Eigenkapitalquote¹ von 30,0% (im Vorjahr 28,2%), einen Verschuldungsgrad² von 60,4% (zum 31.8.2015 62,9%) sowie einen Anlagedeckungsgrad³ von 605,0% (zum 31.8.2015 685,3%). Die Investitionsquote⁴ lag im Wirtschaftsjahr 2015/2016 bei 32,0% (im Vorjahr 7,6%).

An Mitteln aus dem städtischen Haushalt standen dem Orchester im Wirtschaftsjahr 2015/2016 TEUR 8.298 als Betriebskostenzuschuss auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 10.9.2014 (einschließlich eines Ausgleichsbetrags von TEUR 10 für Zweitfreikarten) zur Verfügung. Die Mittel waren vollständig zum Ausgleich des Betriebsverlustes zu verwenden.

Bezogen auf die Verhältnisse an den beiden Bilanzstichtagen 31.8.2015 und 31.8.2016 ergab sich erneut eine Verbesserung der Liquidität des Orchesters um TEUR 431, und zwar im Einzelnen aus folgenden Quellen:

Die Verbesserung der Liquidität resultiert im Wesentlichen aus dem positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit des Orchesters (TEUR 559) und hier vor allem aus der Auszahlung von zwei Jahresraten der Forderung gegen die Stadt Köln aus der Ausgliederung zum 1.9.2000. Weiterhin trugen Auszahlungen für Investitionen (-TEUR 171) sowie Einzahlungen aus Anlageabgängen (+TEUR 43) zur Veränderung des Finanzmittelfonds zu den beiden Bilanzstichtagen bei.

4. Prüfungsfeststellungen nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes im Rahmen der Vorjahresprüfung (1.9.2014 – 31.8.2015)

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DORNBACH GmbH, Niederlassung Köln, hat auf der Grundlage des Auftrags der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters vom 22.4.2016 mit Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss des Orchesters unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 1.9.2014 bis 31.8.2015 geprüft. Der Prüfungsauftrag umfasste nach § 106 Abs. 1 GO NRW in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die Berichterstattung über wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung führte zu keinen Beanstandungen.

li. Voraussichtliche Entwicklung des Orchesters / Risiken der künftigen Entwicklung

Auf der Grundlage der Auswertungen der Finanzbuchhaltung für das 2. Quartal des Wirtschaftsjahres 2016/2017 verläuft die wirtschaftliche Entwicklung des Orchesters plangemäß im Rahmen des in der Sitzung vom 22.9.2016 durch den Rat der Stadt Köln festgestellten Wirtschaftsplanes 2016/2017.

Vor diesem Hintergrund weist die Ergebnisplanung 2016/2017 folgende Eckdaten aus:

In Anbetracht dieses nahezu ausgeglichenen Budgets hängt die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Orchesters damit maßgeblich von der Ertragslage bzw. Bezuschussung in den folgenden Wirtschaftsjahren sowie der laufenden Tilgung der Restforderung gegen die Stadt Köln aus der seinerzeitigen Ausgliederung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ab.

Im Rahmen der Investitionsplanung für das Wirtschaftsjahr 2016/2017 ist unverändert die Beschaffung von Instrumenten mit einem Investitionsvolumen von rd. TEUR 79 vorgesehen. Die Finanzierung der Investitionsvorhaben soll in voller Höhe aus Mitteln des Betriebskostenzuschusses des Wirtschaftsjahres zum Ausgleich der Abschreibungen abgedeckt werden.

Die Einrichtung des für das Orchester gemäß § 10 Abs. 1 EigVO NRW erforderlichen Risikofrüherkennungssystems ist bis zur Abfassung dieses Lageberichts weitergeführt worden. Auf der Grundlage eines auf die speziellen Belange und die überschaubare Größe des Orchesters zugeschnittenen Handbuchs zum Risiko-/Chancenmanagement, das ständig zu ergänzen und zu aktualisieren ist, wurde per 31.8.2016 erneut eine Risikoinventur mit anschließender Risiko- und Chancenbewertung durchgeführt. Die Arbeiten an einem zeitnahen, umfassenden Berichtswesen zur laufenden Erfassung und Kommunikation der Risiken und Chancen sowie einem Katalog der notwendigen Abwehrmaßnahmen werden fortgesetzt. Mit einem solchen Berichtswesen soll sichergestellt werden, dass mögliche Risiken an die jeweiligen Entscheidungsträger des Orchesters frühzeitig kommuniziert werden, damit wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegengewirkt werden kann.

Am 23.11./7.12.2016 konnte das Gürzenich-Orchester erneut einen Sponsoringvertrag mit der Deutsche Lufthansa AG vereinbaren. Den unterschiedlichen Werbeleistungen des Orchesters für die Fluggesellschaft stehen jährliche Sponsoringeinnahmen sowie die Inanspruchnahme von Flugleistungen gegenüber. Der Vertrag kann von beiden Seiten mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden und hat eine Laufzeit bis zum 31.8.2018 mit einseitiger Verlängerungsoption seitens der Lufthansa bis zum 31.8.2020.

In Bezug auf die EU-rechtliche Frage, ob es sich bei den von der Stadt Köln bzw. dem Land gewährten Zuschüssen an kulturelle Einrichtungen der Stadt um notifizierungspflichtige staatliche Beihilfen handelt, sieht die Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters hier vor dem Hintergrund der zum 1.7.2014 in Kraft getretenen Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO), welche im Rahmen von Betriebsbeihilfen spezielle Kosten kultureller Einrichtungen bis zur Höhe von 50,0 Mio. EUR jährlich als beihilfefähig zulässt, kein passivierungspflichtiges Risiko.

Ansonsten waren Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2015/2016, aber vor Verfassung dieses Lageberichts eingetreten sind, nicht zu verzeichnen.

**Gürzenich-Orchester,
Bischofsgartenstraße 1, 50667 Köln
www.guerzenich-orchester.de**

Wirtschaftsplan 2016/2017 des Gürzenich-Orchesters

ERFOLGSPLAN

2016/2017

Tsd. €

Umsatzerlöse	
aus Kartenverkauf	1.367
aus Opernbespielung	7.290
Sonstige Erlöse aus Spielbetrieb	60
Betriebskostenzuschuss Stadt Köln	8.687
Betriebskostenzuschuss NRW	447
Sponsoring -Erträge	120
Sonstige Erträge	197
Betriebliche Erträge insgesamt	18.168
Gagen	1.367
Materialaufwand	1.341
Personalaufwand	13.523
Verwaltungsaufwand	580
Marketing	880
CD-Produktionen	30
Tourneen	357
Abschreibungen	79
Betrieblicher Aufwand insgesamt	18.157
Jahresergebnis	+11

FINANZPLAN

Einnahmen

Eigenmittel	579

Ausgaben

Musikinstrumente	79
Abbau Forderung Stadt Köln	500

STELLENÜBERSICHT (gem. Stellenplan 2016/2017)

Stellen

Betriebsleitung	2,0
Künstlerische Angestellte	133,0
Angestellte nach TVöD	10,0
Platzanweiser	2,0
Gesamt	145,0

Bilanz des Gürzenich-Orchesters Köln

	01.09.2015 bis 31.08.2016 Tsd. €	01.09.2014 bis 31.08.2015 Tsd. €	01.09.2013 bis 31.08.2014 Tsd. €	01.09.2012 bis 31.08.2013 Tsd. €	01.09.2011 bis 31.08.2012 Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Immaterielle	0,0	0,0	0,7	8,7	16,8
Vermögensgegenstände					
Sachanlagen	624,7	535,0	576,8	571,0	556,4
Umlaufvermögen:					
Vorräte	31,9	69,5	31,3	10,7	88,2
Forderungen, sonst.	7.903,7	8.800,8	8.699,8	9.042,4	10.175,9
Vermögensgegenstände					
Flüssige Mittel	3.978,0	3.547,3	2.228,6	2.427,6	1.151,5
Rechnungsabgrenzung	46,6	61,5	82,5	506 78,6	69,5
	12.585	13.014,1	11.619,7	12.139,0	12.058,4
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Stammkapital	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Gewinnrücklagen	2.643,9	2.651,8	2.659,7	2.667,7	2.675,8
Bilanzgewinn/ -verlust	1.044,4	+912,7	+45,7	+173,8	-173,7
Sonderposten	66,1	76,5	89,3	104,9	121,8
Rückstellungen	6.753,8	6.778,2	7.282,6	7684,5	8.003,1
Verbindlichkeiten	850,1	1.425,5	539,7	458,5	411,2
Rechnungsabgrenzung	1.201,8	1.144,4	977,7	1.024,6	995,1
	12.585	13.014,1	11.619,7	12.139,0	12.058,4

GuV des Gürzenich-Orchesters Köln

	01.09.2015 bis 31.08.2016 Tsd. €	01.09.2014 bis 31.08.2015 Tsd. €	01.09.2013 bis 31.08.2014 Tsd. €	01.09.2012 bis 31.08.2013 Tsd. €	01.09.2011 bis 31.08.2012 Tsd. €
Umsatzerlöse	8.601,1	8.640,1	8.724,7	8.705	9.283
Bestandsveränderungen	-39,2	39,2	0,0	-77	63
Sonstige betriebliche Erträge	9.115,9	9.179,2	8.639,8	7.713	7.581
Aufwand f. bezogene Lieferungen und Leistungen	2.792,0	-2.863,3	-3.333,3	-2.681	-2.782
Personalaufwand	-12.916,1	-12.286,5	-12.002,3	-11.814	-12.754
Abschreibungen auf Sachanlagen u.a.	-78,4	-76,2	-85,7	-79	-75
Sonst. betriebliche Aufwendungen	-1.436,1	-1.405,4	-1.737,1	-1.125	-1.051
Sonst. Zinsen u. ä. Erträge	0,04	0,3	1,3	42	223
Zinsen u. ä. Aufwendungen	-331,8	-359,3	-327,1	-334	-345
Außerordentlicher Aufwand	0	0	0	0	256
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,6	10,0	14,4	9	11
Sonstige Steuern	-0,7	-0,9	+2	1	1
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag(-)	123,7	859,0	-136,1	+340	-124
Verlustvortrag/ Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	912,7	45,7	173,8	-174	-60
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	8,0	8,0	8,0	8	10
Bilanzverlust/ Bilanzgewinn	+1.044,4	+912,7	+45,7	+174	-174

WIRTSCHAFTSPLAN
des
Wallraf-Richartz-Museums & Fondation
Corboud
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2017 Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

ERFOLGSPLAN	2018	2017
	Tsd. €	Tsd. €
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.568,2	4.642
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.164,2	1.248,4
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19	22
Ordentliche Erträge insgesamt	6.804,3	5.912,3
Personalaufwand	1.688,2	1.565,2
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.923,1	3.035,8
Bilanzielle Abschreibungen	728	734
Transferaufwendungen	140	155
Sonstige ordentliche Aufwendungen	357	518
Ordentlicher Aufwand insgesamt	6.836,3	6.008,6
Finanzergebnis	0	0
Jahresergebnis	-32	-96

Bilanz Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

	2016	2015	2014
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA			
Anlagevermögen	687.068	687.739	688.405
Immaterielle Vermögensgegenstände	373	373	373
Sachanlagen	686.695	687.367	688.032
bebaute Grundstücke	29.279	29.924	30.569
Kunstgegenstände	657.093	657.059	657.010
Maschinen und technische Anlagen	61	82	103
Betriebs- und Geschäftsausstattung	262	302	350
Umlaufvermögen	6.405	6.251	5.178
Vorräte	90	94	113
Forderungen und sonstige			
Vermögensgegenstände	665	965	678
Liquide Mittel	5.650	5.192	4.387
Rechnungsabgrenzungsposten	222	145	175
Bilanzsumme	693.694	694.136	693.759
 PASSIVA			
Eigenkapital	87.981	87.570	87.230
Stammkapital	25	25	25
Allgemeine Rücklage	86.076	86.076	86.076
Gewinnvortrag	1.469	1.129	763
Jahresüberschuss	410	340	366
Sonderposten	603.676	603.966	604.243
Rückstellungen	1.036	992	1.020
Verbindlichkeiten	948	1.457	1.090
Rechnungsabgrenzungsposten	53	151	177
Bilanzsumme	693.694	694.136	693.759

GuV Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

	2016	2015	2014
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Zuwendungen und allgemeine Umlage	4.707	4.618	4.448
davon Betriebskostenzuschuss	4.148	4.057	3.934
davon Fördergelder	255	208,9	204,4
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.104	1.358	1.081
davon Erlöse ständige Sammlung	422	478,7	916,4
davon Erlöse Ausstellungen / Projekte	378	319,2	390
davon Ausstellungsgebühren	136	378,7	40
davon Erträge aus Verkauf	450	86,7	88
davon Mieten und Pachten	102	81,5	76,6
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	28,7	15,3	29,2
sonstige ordentliche Erträge	23,9	160,7	35,4
Personalaufwendungen	1.463	1.461	1.372
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.864	3.150	2.740
davon Unterhaltung Gebäude	34	110,1	51,6
davon Energiekosten	455	459,8	517
davon Bewachungsleistungen	821	786	775
davon Rechts-, Beratung- und Prüfungskosten	95	66,3	49,8
davon Aufwand für Ausstellungen	911	1.172	880,9
Bilanzielle Abschreibungen	723,7	733	731,1
Transferaufwendungen	135,7	134,4	145,9
sonstige ordentliche Aufwendungen	275,7	332,7	239,9
Finanzergebnis	0	0,1	2
Jahresergebnis	410,3	340,5	366,3

WIRTSCHAFTSPLAN
der
Stadtwerke Köln GmbH
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der SWK GmbH

2018
Tsd. €

Erfolgsplan

Umsatzerlöse	14.742
Sonstige betriebliche Erträge	25.439
Personalaufwand	15.070
Abschreibungen	97
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.306
Erhaltene Gewinne aus Gewinnabführungsverträgen	165.665
Erträge aus Beteiligungen	8.831
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	534
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.752
Abschreibungen auf Finanzanlagen und WP des Umlaufvermögens	15
Aufwendungen aus Verlustübernahme	110.245
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.544
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	77.686
Steuern vom Einkommen und Ertrag	20.667
Sonstige Steuern	431
Jahresüberschuss	56.588
Einstellung in Gewinnrücklagen	8.288
Bilanzgewinn	48.300

Finanzplan

EINNAHMEN	
Eigenmittel	9.138
Fremdmittel	0
Summe Einnahmen	9.138
AUSGABEN	
Investitionen in Sachanlagen	76
Finanzanlagen	9.062
Darlehenstilgung	0
Summe Ausgaben	9.138

Stellenübersicht

Mitarbeiter	154
Auszubildende	3
Gesamtzahl	157

Bilanz der SWK GmbH

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Sachanlagen und immat. Vermögensgegenstände	242	204	189	195	290
Finanzanlagen	684.034	676.574	672.127	679.348	677.499
Umlaufvermögen:					
Vorräte	26	28	22	25	120
Ford./ sonst. Vermögen	290.172	355.630	467.571	492.255	360.040
Liquide Mittel	238.030	138.605	61.907	52.331	65.755
Rechnungsabgrenzung	25	13	21	23	12
	1.212.529	1.171.054	1.201.837	1.224.177	1.103.716
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	188.550	185.550	185.550	185.550	185.550
Kapitalrücklage	203.068	203.068	203.068	203.068	203.068
Gewinnrücklagen	208.768	194.380	190.313	190.313	190.313
Bilanzgewinn	54.389	45.000	65.398	51.543	70.000
	654.775	627.998	644.329	630.474	648.931
Rückstellungen	77.302	54.814	44.631	37.969	23.752
Verbindlichkeiten	483.452	488.242	512.877	555.734	431.033
Rechnungsabgrenzung	0	0	0	0	0
	1.215.529	1.171.054	1.201.837	1.224.177	1.103.716

GuV der SWK GmbH

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	16.315	16.410	0	0	0
Sonst. betriebliche Erträge	31.821	26.571	38.540	31.742	43.532
Personalaufwand	14.706	13.790	13.818	13.036	12.131
Abschreibungen	79	73	95	129	150
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.694	10.038	9.460	10.363	9.181
Erhaltene Gewinne aus Gewinnabführungsverträgen	174.994	132.218	157.189	156.293	148.112
Finanzergebnis	13.303	13.786	15.446	10.599	21.280
Aufwendungen aus Verlustübernahme	106.024	93.737	107.155	110.193	105.859
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	105.930	71.347	80.647	64.913	85.603
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	35.224	21.404	14.390	12.068	13.447
Sonstige Steuern	1.929	876	859	1.301	320
Jahresüberschuss	68.777	49.067	65.398	51.544	71.836
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	14.388	4.067	0	0	1.836
Konzern-Bilanzgewinn	54.389	45.000	65.398	51.544	70.000

Lagebericht 2017
der Stadtwerke Köln GmbH
und
des Stadtwerke-Konzerns

Vorbemerkungen zum Lagebericht

Der Einzelabschluss und der Konzernabschluss der Stadtwerke Köln GmbH werden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) erstellt. Gemäß § 315 Abs. 3 in Verbindung mit § 298 Abs. 3 HGB wird der Lagebericht für den Einzel- und Konzernabschluss zusammengefasst.

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell und Konzernstruktur

Die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Köln. Gegenstand des Unternehmens ist die Gewährleistung, Unterstützung und Förderung von Aufgaben und Vorhaben im Bereich der Kommunalwirtschaft als Holding der Stadt Köln. Zu diesem Zweck hält sie Beteiligungen in folgenden Tätigkeitsfeldern:

Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, Handel mit Energie und energienahen Produkten,
Betrieb von Telekommunikationsnetzen einschließlich Telekommunikationsdienstleistungen,
Bedienung und Betrieb des öffentlichen und nichtöffentlichen Güterverkehrs einschließlich des Eisenbahn- und Rheinfährverkehrs,
Betrieb von Häfen,
Durchführung von Aufgaben der Entsorgungs-, Wertstoff- und Recyclingwirtschaft, einschließlich der Abfallsammlung, Stadtreinigung und Winterwartung, sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Abwasserentsorgung,
Entwicklung und Förderung von Liegenschaften, insbesondere eigener sowie derjenigen von konzernverbundenen Unternehmen und der Stadt Köln,
Wohnraumversorgung, insbesondere Errichtung und Bewirtschaftung von Dienst- und Werkmietwohnungen,
Werbung und Gewährleistung der Durchführung des lokalen Hörfunks,
Betrieb von Sporteinrichtungen, insbesondere von Bädern und einer Eissporteinrichtung im Stadtgebiet Köln,
Betrieb von gemeinnützigen Stiftungen zur Förderung von Wissenschaft, Forschung, Erziehung, Bildung, Kultur und Familie,

sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Leistungen.

Aus finanzwirtschaftlicher Perspektive lassen sich aus den oben genannten Tätigkeiten folgende wesentliche Geschäftsfelder für den SWK-Konzern ableiten:

- Energie und Wasser,
- Öffentlicher Personennahverkehr,
- Hafenumschlag und Güterverkehr,
- Telekommunikation,
- Abfallentsorgung und -verwertung.

Das Geschäftsfeld **Energie und Wasser** wird durch die RheinEnergie AG, Köln, (RheinEnergie), ihre Tochtergesellschaften und eine Beteiligung der GEW Köln AG, Köln, (GEW) geprägt.

Der **Öffentliche Personennahverkehr** wird im Wesentlichen durch die Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Köln, (KVB) repräsentiert.

Im Geschäftsfeld **Hafenumschlag und Güterverkehr** übernimmt die Häfen und Güterverkehr Köln AG, Köln, (HGK) die Bereitstellung von Infrastruktur und zentralen Dienstleistungen für den Hafenbetrieb und den Schienenverkehr. Der operative Betrieb wird von den Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der HGK wahrgenommen.

Die NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Köln, (NetCologne) bestimmt wesentlich den Geschäftsverlauf im Bereich der **Telekommunikation**.

Das Geschäftsfeld **Abfallentsorgung und -verwertung** wird zum einen durch die AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH, Köln, (AWB) vertreten, die im Wesentlichen Aufgaben der Abfallbeseitigung und Stadtreinigung, aber auch der Wertstofflogistik wahrnimmt. Zum anderen betreibt die AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH, Köln, (AVG) in Köln beziehungsweise in der Umgebung eine Müllverbrennungsanlage sowie eine Deponie für die Entsorgung von Industrie- und Gewerbeabfällen und zählt zusammen mit drei weiteren Beteiligungen ebenfalls zu diesem Geschäftsfeld.

Die **übrigen Aktivitäten** im SWK-Konzern sind finanzwirtschaftlich (Fokus: Umsatz, Investitionen) eher von nachrangiger Bedeutung und werden nachfolgend unter „Sonstige Geschäftsfelder“ zusammengefasst. Hierzu zählen insbesondere der Betrieb von Bädern im Stadtgebiet Köln sowie die Entwicklung und Verwaltung von Liegenschaften.

Finanzielle Steuerungskennzahlen

Die wesentlichen Steuerungskennzahlen auf Konzernebene sind der Konzernaußenumsatz und der Konzernjahresüberschuss. Ferner wird die Investitionstätigkeit unter Beachtung von Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungsgrundsätzen über definierte Steuerungskennzahlen wie z.B. EBIT-Beitrag, Eigenkapitalquote und Anlagendeckung überwacht. Mit Blick auf die Ausschüttungserwartung des Anteilseigners ist auf SWK Holding-Ebene der Jahresüberschuss der SWK maßgeblich, der sich wiederum im Wesentlichen aus den Ergebnisabführungen beziehungsweise -ausschüttungen der direkten Beteiligungen GEW, KVB, HGK, KölnBäder, AWB, AVG und moderne stadt ableitet. Alle genannten Kenngrößen werden im Rahmen eines konzernweiten Planungsprozesses ermittelt. Die Organe und Gremien der SWK werden über Plan-Ist-Abweichungen sowie die Analyse der Abweichungsursachen mithilfe eines im Konzern einheitlichen Berichtsprozesses regelmäßig informiert. Die Konzerngesellschaften melden die voraussichtlichen Ist-Werte zu den wesentlichen Erfolgs- und Finanzkennzahlen des Gesamtjahres regelmäßig an die SWK Holding, die diese wiederum in einem Berichtswesen für ihre Organe und Gremien verdichtet.

Geschäftsverlauf, wirtschaftliche Lage und Ertragslage

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war 2017 durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich das Tempo nochmals erhöht: 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % gestiegen, 2015 hatte die Steigerung 1,7 % betragen. Positive Wachstumsimpulse kamen im vergangenen Jahr primär aus dem Inland: So legten die Bruttoanlage-investitionen im Vorjahresvergleich überdurchschnittlich zu (+ 3,3 %). Die privaten Konsumausgaben stiegen 2017 um 1,9 %, die des Staates um 1,6 %.

Die Verbraucherpreise in Deutschland erhöhten sich 2017 im Jahresdurchschnitt gegenüber 2016 um 1,8 % und damit stärker als in den letzten vier Jahren: Von 2014 bis 2016 hatte die Inflationsrate sogar jeweils unterhalb von einem Prozent gelegen. Für den deutlichen Anstieg im vergangenen Jahr waren maßgeblich die Energiepreise verantwortlich: Nach Rückgängen in den letzten drei Jahren erhöhten sie sich 2017 gegenüber dem Vorjahr um 3,1 %. Auch die Preise für Nahrungsmittel stiegen 2017 spürbar um 3,0 % gegenüber 2016.

Im vierten Quartal 2017 waren nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 44,7 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Damit präsentierte sich der Arbeitsmarkt auch zum Jahresende 2017 in robuster Verfassung. Gegenüber dem Vorjahresquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,5 % (+ 642.000 Personen) zu. Die Arbeitslosenquote ging nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit auf 5,7 % zurück (Vorjahr 6,1 %). In NRW lag die Quote mit 7,4 % höher, ging aber ebenfalls gegenüber dem Vorjahr (7,7 %) zurück.

Energie und Wasser

Energiepolitische Rahmenbedingungen

Im Jahr 2017 standen die Beratungen im Europäischen Parlament und im Energieministerrat zu den Bestandteilen des europäischen Legislativpakets „Saubere Energie für alle Europäer“ im Mittelpunkt. Das auch „Winter-Paket“ genannte Richtlinienprogramm umfasst unter anderem eine Revision der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, der Energieeffizienz-Richtlinie und der Gebäude-Energieeffizienz-Richtlinie.

Mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie haben sich die Energieminister das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 mindestens 27 % des Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Bei der Energieeffizienz-Richtlinie einigten sich die Energieminister bereits im Juni 2017 auf eine gemeinsame Verhandlungsposition, das Europäische Parlament wird jedoch erst 2018 über eine gemeinsame Position abstimmen. Gleiches gilt für die übrigen Dossiers des „Saubere Energie Pakets“. Am weitesten fortgeschritten ist das Rechtssetzungsverfahren zur Gebäude-Energieeffizienz-Richtlinie, bei dem Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Europäischer Rat im Rahmen von Verhandlungen am 19. Dezember 2017 eine politische Einigung erzielt haben. Der Richtlinienvorschlag soll den Ausbau einer intelligenten Ladeinfrastruktur für Elektromobilität im Gebäudesektor voranbringen.

Auf nationaler Ebene ist Anfang 2017 eine Korrekturnovelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in Kraft getreten. Sie setzt die mit der EU-Kommission ausgehandelten beihilferechtlichen Vorgaben für die Genehmigung des KWKG 2016 und den Umgang mit dem Eigenverbrauch aus Bestandsanlagen im EEG um. Demnach wird die KWK-Förderung künftig für Anlagen zwischen 1 bis 50 MW sowie für „innovative KWK-Systeme“ ausgeschrieben. Ferner wurden die Regelungen für die Eigenversorgung aus Bestandsanlagen, die vor August 2014 in Betrieb genommen wurden und die eine Befreiung von der EEG-Umlage vorsehen, fortgeschrieben.

Die neue nordrhein-westfälische Landesregierung hat am 12. September 2017 eine Novelle des NRW-Windenergieerlasses in Auftrag gegeben. Ihr Ziel ist es, die kommunale Planungshoheit zu stärken und Anwohner, Landschaft und Natur angemessen zu schützen. In diesem Zusammenhang hat das Landesparlament am 13. September 2017 einen Antrag der Regierungsfractionen CDU und FDP beschlossen, wonach sich die Landesregierung gegenüber dem Bund konsequent für die Abschaffung der baurechtlichen Privilegierung von Windenergieanlagen einsetzen soll.

Energiemarkt

Der Energieverbrauch in Deutschland ist 2017 gegenüber dem Vorjahr um 0,8 % auf 461,5 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE) gestiegen. Dafür ist vor allem die positive Konjunkturentwicklung verantwortlich.

Der Erdgasverbrauch stieg aufgrund der vergleichsweise kühlen Witterung in einzelnen Monaten des Jahres um 5,2 %. Der Mineralölverbrauch (+3,0 %) und die Einspeisung aus erneuerbaren Energien (+6,1 %) lagen ebenfalls höher als im Vorjahr. Zurückgegangen sind demgegenüber erneut die Verbräuche bei Steinkohle (-10,4 %), Kernenergie (-10,3 %) und Braunkohle (-0,6 %).

Bedingt durch die Förderdrosselung der OPEC stiegen die Ölnotierungen an der britischen Intercontinental Exchange im Jahresverlauf auf einen Jahreshöchstwert von mehr als 67 US-Dollar/Barrel an. Die anhaltenden geopolitischen Spannungen im Nahen Osten und die desolote finanzielle Lage Venezuelas wirkten sich dabei besonders belastend auf den Ölmarkt aus.

Der durchschnittliche Kraftwerkssteinkohlepreis notiert laut vorläufiger Indikationen des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle für 2017 mit 93,00 €/t SKE deutlich über dem Vorjahrespreis. Insbesondere die starke asiatische Nachfrage ließ die Weltmarktpreise stark ansteigen.

Die Gaspreise für den Frontjahreskontrakt an gängigen Handelsmärkten bewegten sich im Jahresverlauf auf stabilem Niveau zwischen 16 und 18 €/Megawattstunde (€/MWh).

Im Zuge steigender Brennstoffpreise konnte sich der Strompreis von seinem Jahrestief bei 28,01 €/MWh (Baseload) sukzessiv erholen. Wie im Vorjahr bewirkte die überraschende Verlängerung der Revisionslaufzeiten französischer Kernkraftwerke an der Leipziger Energiebörse EEX einen Anstieg des Preises des Frontjahresprodukts auf ein Jahreshoch von 38,24 €/MWh. Bis zum Jahresende blieb dieser Preis im Wesentlichen konstant (37,72 €/MWh).

Der Markt für Emissionszertifikate war geprägt von Unsicherheiten bezüglich preisstützender Effekte durch die Marktstabilitätsreserve, die dem Markt ab 2019 – abhängig von der Höhe des Überschusses – entweder Zertifikate entziehen oder aber neue zuführen wird. Im Anschluss an die im November nach neunmonatigen Verhandlungen in Brüssel erfolgte Verabschiedung der Reform des europäischen Emissionshandels stabilisierten sich die Zertifikatepreise an der britischen Intercontinental Exchange oberhalb von 7 € je Tonne CO₂-Äquivalent.

Geschäftsverlauf

Strom- und Wärmeerzeugung

Die elektrische Netzeinspeisung der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) der RheinEnergie lag 2017 bei 4.645 GWh und damit um 2,8 % höher als im Vorjahr. Der Anteil der ins Netz eingespeisten und geförderten KWK-Strommenge betrug 38,8 %, eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (33,5 %). Die Fernwärmeerzeugung ging gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % auf 1.471 GWh zurück.

Wettbewerb, Absatz und Preise

Im Wesentlichen bedingt durch die leicht höhere Durchschnittstemperatur, den intensiven Preiswettbewerb sowie den geringeren Absatz einiger Großkunden waren die Absatzmengen der Wärmeenergieträger (Wärmestromprodukte, Erdgas, Fern-/Nahwärme) 2017 insgesamt rückläufig. Der Erdgasabsatz der RheinEnergie sank gegenüber dem Vorjahr um 9,4 %. Beim Verkauf von

Fernwärme an Sondervertragskunden verzeichnete die RheinEnergie gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 3,1 %. Netzerweiterungen und der Zubau neuer Anschlüsse konnten den negativen Temperatureffekt teilweise kompensieren.

Der Stromabsatz der RheinEnergie an Vertriebskunden stieg 2017 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3,1 % an, da das Geschäft mit Sonderkunden weiter deutlich ausgebaut wurde (+4,6 %). Demgegenüber war im Bereich der Privat- und kleinen Gewerbekunden ein Rückgang zu verzeichnen. Dieser ist außer auf den nach wie vor starken Wettbewerb auch auf die sinkenden Stromverbräuche der Kunden infolge des Einsatzes energieeffizienterer Geräte und eines geänderten Verbrauchsverhaltens zurückzuführen.

Mit dem Geschäftsfeld Energiedienstleistungen/Nahwärme bietet die RheinEnergie umfassende und individuelle Contracting-Lösungen für KWK-, Wärme-, Kälte-, Licht-, Photovoltaik-, Druckluft- oder Dampfanlagen an. Neben der Erstellung von Einzelobjekten steht besonders die Optimierung von Quartieren im Fokus. Trotz des negativen Temperatureffektes konnte das Absatzniveau des Vorjahres in etwa gehalten werden – ein Beleg für die erfolgreiche Entwicklung dieses Geschäftsfeldes.

Der Strompreis für die Privat- und kleineren Gewerbekunden der RheinEnergie blieb 2017 unverändert. Beim Erdgaspreis folgte die RheinEnergie den Marktentwicklungen und senkte ihre Preise zum zweiten Mal in Folge. Da die Fernwärmearbeitspreise mit einem zeitlichen Versatz an die Entwicklung der Erdgaspreise sowie weiterer Indizes gekoppelt sind, erhöhten sich die Grund- und Arbeitspreise zum 1. April 2017 und zum 1. Oktober 2017.

Der TÜV Rheinland hat den Kundenservice der RheinEnergie zum wiederholten Male ausgezeichnet. Er hatte für seine Umfrage 500 Privatkunden zufällig ausgesucht und telefonisch befragt. Die RheinEnergie erhielt zudem eine Auszeichnung im Wettbewerb „TOP-Lokalversorger“ des Online-Verbraucherportals www.energieverbraucherportal.de.

Wasserwirtschaft und -absatz

Der Wasserabsatz der RheinEnergie ist im vergangenen Jahr in etwa konstant geblieben. Die Wasserpreise veränderten sich nicht; allerdings hat die RheinEnergie eine neue Tarifstruktur für den Wasserpreis entwickelt, die dem insgesamt rückläufigen Durchschnittsverbrauch der vergangenen Jahre bei gleichbleibender Abgabespitze besser gerecht werden soll und seit dem 1. Januar 2018 gilt.

Netzwirtschaft

Im Berichtsjahr hat die RheinEnergie ihr Fernwärmenetz im rechtsrheinischen Köln weiter ausgebaut. Im Frühjahr wurde mit dem Bau einer insgesamt 1,2 Kilometer langen Trasse im nördlichen Mülheim begonnen. Im September wurde nach zweijähriger Bauzeit das neue Umspannwerk Springborn in Köln-Mülheim eingeweiht.

Konzessionen

Die bislang von der RheinEnergie gehaltene Gaskonzession für das Gebiet der Stadt Rösrath wurde 2015 an einen neuen Konzessionär vergeben. Nachdem die Verhandlungen über die Netzübernahme nicht zu einem einvernehmlichen Abschluss gebracht werden konnten, hat die RheinEnergie im Berichtsjahr wegen erheblicher Bedenken gegen die Vergabeentscheidung deren gerichtliche Überprüfung angestrengt. Ebenso hat der neue Konzessionär gerichtlich die Netzherausgabe geltend gemacht. In beiden Fällen stehen noch rechtskräftige Entscheidungen aus.

Beteiligungen

Mit ihren Mehrheits- und Minderheitspositionen ist die RheinEnergie strategischer Partner der Kommunen.

Ende des Jahres 2017 unterzeichneten die Stadtwerke Burscheid GmbH und die BELKAW GmbH Verträge für eine weitergehende Kooperation. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2018 hat die Stadtwerke Burscheid GmbH das Gasgeschäft auf die BELKAW GmbH übertragen und im Gegenzug eine weitere stille Beteiligung an der BELKAW GmbH erlangt.

Die RheinEnergie ist neuer strategischer Energiepartner der Stadt Pulheim und Mitgesellschafter der Stadtwerke Pulheim GmbH. Sie hat Ende 2017 49 % der Anteile übernommen, die bisher die BS|ENERGY Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG und die Veolia Deutschland GmbH gehalten hatten.

Weiterhin hat die RheinEnergie am 26. September 2017 gemeinsam mit einer Wohnungsbaugesellschaft die cowelio GmbH gegründet und mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 49 % der Gesellschaftsanteile an der Stromkontor Rostock Port GmbH erworben. Die Gesellschaft betreibt deutschlandweit 15 Energienetze für Industrie- und Gewerbegebiete sowie damit zusammenhängende technische Einrichtungen und Erzeugungsanlagen.

Die RheinEnergie ist mit 87,8 % an der RheinEnergie Express GmbH beteiligt, die jenseits des Kerngebietes der RheinEnergie deutschlandweit Strom- und Erdgasprodukte anbietet. Zum Jahresende 2017 belieferte die RheinEnergie Express GmbH rund 49.000 Haushalts- und Gewerbekunden.

Öffentlicher Personennahverkehr

ÖPNV-Entwicklung in Deutschland und im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

2017 sind die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erneut gestiegen: Rund 10,3 Mrd. Kunden waren mit Bussen und Bahnen unterwegs – eine Steigerung von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr – und sorgten im zwanzigsten Jahr hintereinander für einen Fahrgastrekord bei den Mitgliedsunternehmen des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Die Fahrpreise im ÖPNV sind im vergangenen Jahr moderat um 1,8 % gestiegen. Ihre Entwicklung liegt damit im Rahmen der allgemeinen Inflationsrate.

Der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) verzeichnete in seinem Tarifgebiet einen Zuwachs von 1,6 Mio. Fahrgästen beziehungsweise 0,3 %. Die Fahrgelderlöse der VRS-Unternehmen verbesserten sich um 9,0 Mio. € oder 1,4 % auf 672,4 Mio. €.

Geschäftsverlauf

Fahrgastzahlen bei der KVB

Die positive Entwicklung bei den Fahrgastzahlen der letzten Jahre setzte sich auch bei der KVB fort. Für 280,6 Mio. Fahrten wurden die Busse und Bahnen der KVB genutzt, ein Plus von 2,9 Mio. Fahrten beziehungsweise +1,0 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der ZeitTickets für Erwachsene stieg dabei um 1,8 Mio. (+1,3 %) überdurchschnittlich stark an. Rückgänge im klassischen Bartarif wurden durch einen starken Zuwachs bei den HandyTickets kompensiert. Während

die Zahl der Fahrgäste im entgeltlichen Linienverkehr insgesamt um 3,3 Mio. Fahrgäste zunahm, sank die Zahl der Fahrgäste des übrigen Verkehrs um 0,4 Mio. Die Schwarzfahrerquote betrug unverändert 2,0 %.

Betrauung durch den Rat der Stadt Köln

Der Rat der Stadt Köln hat die KVB im Dezember 2005 auf Basis der vom EuGH aufgestellten Kriterien mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Rahmen der Durchführung des ÖPNV betraut und diese Betrauung mit dem Ratsbeschluss vom 24. Juni 2008 bis Ende 2019 verlängert. Hinsichtlich der im jährlichen Lagebericht geforderten Tendenzaussage zur Einhaltung des maximal zulässigen Ausgleichsbetrages ist festzustellen, dass die in der Betrauungsregelung vorgegebenen Soll-Werte für das Jahr 2017 eingehalten werden.

Nord-Süd Stadtbahn – Ursachenforschung am Waidmarkt

Die Ursache für die Havarie am Waidmarkt, die zum Einsturz des Historischen Stadtarchivs führte, wird weiterhin untersucht. Als Auslöser für die Katastrophe wird ein Loch in der Schlitzwand, die die Baugrube des dort vorgesehenen Gleiswechselbauwerks umgibt, vermutet. Um dies zweifelsfrei feststellen zu können, wird auf Antrag der KVB vom 9. April 2009 ein Beweissicherungsverfahren seitens des Landgerichts Köln durchgeführt. Im Sommer 2017 hat der gerichtlich bestellte Sachverständige eine Erweiterung seines Untersuchungsprogramms angekündigt. Durch diese zusätzlichen Maßnahmen wird sich die Beweiserkundung voraussichtlich bis deutlich ins Jahr 2019 erstrecken. Nach Abschluss der Beweissicherung schließen sich die Verfüllung der Besichtigungsbaugrube sowie die Sanierung und Fertigstellung des Gleiswechselbauwerkes an. Diese Arbeiten werden voraussichtlich vier bis fünf Jahre dauern. Der Sanierungsvereinbarung mit der ARGE Los Süd vom Dezember 2017 hat die KVB im Januar 2018 zugestimmt.

Die Staatsanwaltschaft Köln hat am 15. Mai 2017 Anklage gegen sieben Personen erhoben, die beschuldigt werden, eine Mitschuld am Einsturz des Stadtarchivs und zweier angrenzender Wohnhäuser am 3. März 2009 zu tragen. Darunter befinden sich auch zwei Mitarbeiter der Kölner Verkehrs-Betriebe AG. Die KVB respektiert die rechtsstaatliche Unschuldsvermutung. Sie gilt so lange, bis eine Schuld oder Mitschuld gerichtlich festgestellt ist. Die betroffenen Mitarbeiter erhalten die erforderliche und mögliche Unterstützung.

Hafenumschlag und Güterverkehr

Branchenbezogene Entwicklung

Das Verkehrsaufkommen im Eisenbahngüterverkehr ist – so die statistischen Auswertungen von Destatis – im Zeitraum Januar bis November 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bezogen auf die transportierten Güter in Tonnen um rund 3,2 % zurückgegangen. Der größte Rückgang ist in den Gütergruppen Erze, Steine und Erden sowie sonstige Bergbauerzeugnisse zu verzeichnen. Hier wurden von Januar bis November 2017 14,2 % weniger als im gleichen Zeitraum 2016 transportiert.

Der Güterumschlag ist in den NRW-Häfen im Zeitraum Januar 2017 bis Juli 2017 um 1,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Der Containerumschlag ist im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,0 % auf rund 590.000 TEU angestiegen, wobei die in Containern beförderte Tonnage um 1,6 % sank.

Geschäftsverlauf

Infrastruktur und Serviceleistungen

Dem Bereich Netz der HGK obliegt die Vorhaltung und Vermarktung der HGK-Eisenbahninfrastruktur und der damit in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen und Geschäftstätigkeiten. Die Mitarbeiter erbringen zusätzlich verschiedene Services und Leistungen für Dritte, so zum Beispiel in der Instandhaltung von Infrastrukturanlagen bei Gleisanschließen, als Betriebsleiter oder als eisenbahntechnische Berater. Die Nutzung der HGK-Infrastruktur für den Betrieb der Stadtbahnlinien 7, 16, 17 und 18 durch die KVB ist durch einen Mitbenutzungsvertrag geregelt. Die elektrische Energie für den Betrieb der Stadtbahnlinien liefert die RheinEnergie unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien unmittelbar an die KVB.

Mit ihrer Lok- und Wagenwerkstatt erbringt die HGK Instandhaltungsleistungen. In der Lok- und Wagenwerkstatt wurden im vergangenen Jahr 2.222 Aufträge bearbeitet, davon 1.793 in der Lokwerkstatt. Größter Kunde ist die RheinCargo mit 88 % der Instandhaltungsleistungen. An der Radstanddrehbank in der Lokwerkstatt konnten 2017 infolge von Reparaturausfällen nur 138 Fahrzeuge (Vorjahr 168) bearbeitet werden.

Hafenerweiterung Köln-Godorf

Die HGK investiert in ein Güterterminal im Kölner Norden und beabsichtigt die Erweiterung des Hafens Köln-Godorf um ein viertes Hafenbecken. Die Erweiterung ist von verlässlichen politischen Entscheidungen und der Erteilung weiterer behördlicher Genehmigungen abhängig. Durch die Investitionen in Terminals und Hafenanlagen sieht die HGK die Chance, vom wachsenden Umschlagvolumen, insbesondere im Containerbereich, zu profitieren. Wegen der erforderlichen Genehmigungsverfahren ist mit der Fertigstellung der Hafenerweiterung nicht vor 2025 zu rechnen.

Operatives Geschäft

Das Gesamtgütervolumen der RheinCargo aus Bahntransporten, Hafenlogistik und landseitigen Umschlägen betrug im vergangenen Jahr 47,2 Mio. t (Vorjahr 50,4 Mio. t). Im Eisenbahngüterverkehr nahm das Transportvolumen um 3,47 Mio. t beziehungsweise 15,5 % ab und erreichte 18,9 Mio. t. In den Häfen der RheinCargo wurden knapp 28 Mio. t Güter umgeschlagen, 4,4 % mehr als 2016. Von der Gesamtmenge entfielen 18,5 Mio. t auf den wasserseitigen Umschlag (+4,5 % gegenüber dem Vorjahr).

Die HTAG verzeichnete beim Transportaufkommen einen Rückgang um 5,4 % auf 9,9 Mio. t. Die Transportleistung lag mit 4,1 Mio. tkm auf dem Niveau des Vorjahres. Während der Kohleumschlag um 1,4 Mio. t (-19,2 %) nachgab, war bei Erzen und Erzabfällen, Eisen- und Metallerzeugnissen, Getreide und sonstigen Transportgütern ein erheblicher Zuwachs zu verzeichnen, der jedoch insgesamt die Rückgänge im Kohlebereich nicht ausgleichen konnte. Die Umschlagsleistung der HTAG sank gegenüber dem Vorjahr um 9,5 % auf 2,35 Mio. t. Den größten Anteil daran hatte mit rund 228 Tsd. t der Rückgang des Kohleumschlags. Auch der Umschlag von Baustoffen nahm weiter ab (100 Tsd. t beziehungsweise -17,2 %), während der Umschlag von Eisen und Stahl sich mit 79 Tsd. t mehr als verdoppelte.

Im Zuge der Integration der Gesellschaften der NESKA-Gruppe, die Ende 2015 von Imperial Logistics International erworben worden war, erzielt die HGK zunehmend Kooperationssynergien in ihrem Kerngeschäft. Insbesondere die bestehenden zahlreichen Überschneidungen bei den operativen Tätigkeiten der NESKA-Gruppe und der RheinCargo in den regionalen Häfen können schrittweise überwunden werden. Dieses belegen auch die wesentlichen Kennzahlen aus dem

Berichtsjahr: Im Bereich des konventionellen Umschlags wurden 10,7 Mio. t umgeschlagen und transportiert. Hiermit verbunden war ein nicht unerhebliches Lagergeschäft mit 1,8 Mio. t. Das von der NESKA-Gruppe umgeschlagene und transportierte Containeraufkommen betrug 2,2 Mio. TEU.

Abfallentsorgung und -verwertung

Im Geschäftsfeld der Abfallentsorgung und -verwertung sind die AWB sowie die AVG und ihre Tochtergesellschaften AVG Ressourcen GmbH (AVG Ressourcen), AVG Kompostierung GmbH (AVG Kompostierung) und AVG Service GmbH (AVG Service) tätig.

Umfeld und Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Grenzen für den Auftritt der AWB im Wettbewerb sind durch § 107 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung und durch europäisches Recht festgelegt. Damit werden die Stadt Köln und die dazugehörigen Unternehmen strukturell Hauptauftraggeber der AWB bleiben. Zusätzliche Aufträge, zum Beispiel durch die Zusammenfassung von Reinigungsleistungen in Köln oder die Ausweitung des Servicespektrums, sind jedoch denkbar.

Das Umfeld für die AVG und ihre Beteiligungen hat sich auch 2017 positiv entwickelt. Stabile Haus- und Sperrmüllmengen sowie die durch die gute Konjunktur gestützten hohen Gewerbeabfallmengen sorgten für eine insgesamt gute Auslastung der Kapazitäten. Die weiterhin gute Wirtschaftslage ermöglichte auch für den Bereich Deponiebetrieb stabile Mengenanlieferungen an mineralischen beziehungsweise inerten Gewerbeabfällen. Sowohl bei den Annahmeentgelten für die Deponie als auch bei der Restmüllverbrennung von Gewerbeabfällen konnten Preissteigerungen durchgesetzt werden, was zu einer positiven Umsatzentwicklung beitrug.

Geschäftsverlauf

Ziel der AWB ist es, mit ihren Aktivitäten der Daseinsvorsorge und im Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung die Attraktivität der Stadt nachhaltig zu stärken. Parallel dazu konzentriert sie ihr unternehmerisches Handeln weiterhin auf eine nachhaltige Optimierung der Kosten- und Leistungsstruktur, den Ausbau des Leistungsspektrums sowie eine kontinuierliche Qualitätssteigerung ihrer Dienstleistungen.

Die Aufgabenschwerpunkte der AVG sind der Betrieb der Restmüllverbrennungsanlage (RMVA) einschließlich der vorgeschalteten Homogenisierungsanlage, der Betrieb der Deponie Vereinigte Ville und, zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, die Verwertung von Bio- und Grünabfällen, Aufbereitung von Altholz, Baumisch- und Gewerbeabfällen sowie die Erbringung von Instandhaltungsleistungen.

Leistungen der Abfallbeseitigung

Im Rahmen der klassischen Systemabfuhr leerte die AWB im Jahr 2017 rund 266.500 (Vorjahr rund 263.700) Gefäße pro Woche. Hierin enthalten ist auch die Leerung von 82.500 Biomüllgefäßen. Damit ist es gelungen, den Anschlussgrad der Bio-Tonne nochmals leicht auf rund 59 % zu steigern (Vorjahr rund 58 %). Die Anschlussquote der Blauen Tonne (Papiersammlung) betrug 87,8 % (Vorjahr 87,4 %), die der Gelben Tonne (Wertstofftonne) 84,0 % (Vorjahr 83,4 %).

Insgesamt hat die AWB im Kölner Stadtgebiet rund 249.100 t (Vorjahr rund 251.500 t) Restmüll und ca. 48.100 t (Vorjahr rund 39.400 t) Biomüll eingesammelt. Daneben fielen insgesamt rund

41.900 t (Vorjahr rund 40.400 t) Sperrgut an, von denen die AWB rund 19.000 t (Vorjahr rund 18.700 t) im Rahmen des Holsystems einsammelte.

In den Monaten Januar bis Dezember 2017 lieferten die Kunden insgesamt rund 22.900 t Sperrgut bei den Wertstoff-Centern an (Vorjahr rund 21.700 t).

Leistungen der Stadtreinigung

Die wöchentlichen Reinigungsmeter in der satzungsgemäßen Stadtreinigung erhöhten sich 2017 auf rund 8.840 Tsd. m (Vorjahr rund 8.760 Tsd. m). Annähernd 1.600 Grünanlagen und Spielplätze wurden von Abfällen befreit. Dies beinhaltete die sogenannte „Picknickreinigung“, bei der bei Bedarf auch an Sonn- und Feiertagen in insgesamt 49 (Vorjahr 42) besonders stark frequentierten Anlagen Reinigungsarbeiten durchgeführt wurden.

Sowohl im Januar als auch im Dezember des Jahres kam es zu einer Vielzahl von Winterdienst-Einsätzen. In den übrigen Wintermonaten beschränkten sich die Einsätze im Wesentlichen auf Kontrollfahrten und vorbeugende Streuungen der Rheinbrücken und in den Außenbezirken der Stadt. Insgesamt mussten zur Glättebeseitigung rund 2.900 t Streusalz ausgebracht werden (Vorjahr rund 380 t).

Zum Aufgabengebiet der Stadtreinigung gehört auch die Betreuung der öffentlichen Toilettenanlagen. Die Anzahl der neuen City-Toiletten wurde im Berichtsjahr auf insgesamt sieben ausgeweitet. Dadurch stieg die Gesamtnutzerzahl im Vergleich zum Vorjahr von rund 1,0 Mio. deutlich auf 1,2 Mio. Nutzer an. Wie schon im letzten Jahr wurden auch im Sommerhalbjahr 2017 wieder 14 Mobiltoiletten in den Grünanlagen aufgestellt, bedarfsgerecht entsorgt und gereinigt.

Restmüllverbrennungsanlage (RMVA)

Unter Berücksichtigung der notwendigen Stillstandszeiten durch Revisionen an allen vier Verbrennungslinien und der Bestandsturbine erreichte die RMVA wiederum eine hohe Verfügbarkeit, sodass in der Anlage rund 709.000 t Abfälle (Vorjahr rund 740.000 t) verbrannt werden konnten. Die dabei gewonnene Wärme wurde dazu genutzt, 327.075 MWh Strom (Vorjahr 386.295 MWh) und 254.034 MWh Ferndampf (Vorjahr 268.500 MWh) zu erzeugen.

Im Berichtsjahr hat die AVG den Bau ihres zweiten Energieteils mit einer Leistung von 30 MW als Redundanz zur Bestandsturbine der RMVA abgeschlossen. Damit kann nun einerseits das Schadenpotenzial bei ungeplanten Stillständen der Bestandsturbine verringert und können andererseits starke Entgeltsprünge bei den planmäßigen Revisionen vermieden werden.

Die Emissionsdaten der RMVA lagen im Jahr 2017 wieder deutlich unter den gesetzlichen Vorgaben sowie unter den strengeren Genehmigungswerten. Die Veröffentlichung dieser Daten erfolgte im Februar 2018 in den Kölner Tageszeitungen sowie auf der Homepage der AVG Köln.

Deponie Vereinigte Ville

Die Deponie ist Eigentum der Stadt Köln, wird aber seit 1998 durch die AVG Köln betrieben. Auch 2017 wurden auf der Deponie Vereinigte Ville ganzjährig mineralische beziehungsweise inerte Abfälle verwertet und beseitigt. Die dabei verarbeitete Menge lag mit rund 410.000 t unter dem Vorjahreswert (rund 440.000 t), jedoch ca. 10.000 t über dem geplanten Wert. Das noch nutzbare Restvolumen der Deponie Vereinigte Ville betrug zum Jahresende 2017 ca. 2,5 Mio. m³. Die Überplanung des Standortes hinsichtlich des nutzbaren Volumens und der Oberflächengestaltung wurde fortgesetzt.

Die zu behandelnde Sickerwassermenge sank 2017 einschließlich der Konzentrate aus den Umkehrosmoseanlagen leicht auf rund 165.000 m³ (Vorjahr rund 170.000 m³).

Insgesamt wurden 12,1 Mio. m³ Deponiegas gefasst (rund 2 % mehr als im Vorjahr) und 11,9 Mio. m³ in dem von der AVG betriebenen Blockheizkraftwerk (BHKW) mit drei Motoren verstromt.

Kompostierung

Die AVG Kompostierung hat 2017 rund 102.000 t Bio- und Grünabfälle (Vorjahr rund 100.000 t) in der Kompostierungsanlage verarbeitet und war erneut gut ausgelastet. Die Abfälle aus der Biotonne der Stadt Köln erreichten dabei seit Beginn der Bioabfallsammlung mit rund 39.800 t (Vorjahr rund 39.400 t) erneut einen Höchstwert. Hierzu beigetragen hat unter anderem die Zahl der im Stadtgebiet von der AWB aufgestellten Bioabfallbehälter, die sich um weitere rund 2.000 auf jetzt rund 82.000 erhöht hat. Um neben der stofflichen auch eine energetische Verwendung der Bioabfälle zu ermöglichen, hat die AVG 2017 mit dem Bau einer Vergärungsanlage begonnen.

Behandlung und Verwertung von Altholz, Baumisch- und Gewerbeabfällen

Die AVG Ressourcen hat im Berichtsjahr an ihren beiden Standorten insgesamt rund 354.000 t (Vorjahr rund 341.000 t) Abfälle verarbeitet. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Menge verteilt sich auf alle Abfallgruppen (Gewerbeabfälle, Altholz, Sperrmüll und Bauabfälle). Die in den beiden Altholzaufbereitungsanlagen in Niehl und Heumar zu Biomassen aufbereiteten Mengen wurden zur energetischen Verwertung an verschiedene Biomassekraftwerke oder zur stofflichen Verwertung an die Holzwerkstoffindustrie geliefert.

Telekommunikation

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Aus einer Studie der Beratungsgesellschaft DIALOG CONSULT und des Branchenverbands VATM geht hervor, dass der nationale Umsatz für Telekommunikationsdienste einschließlich TV im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % auf 58,8 Mrd. € leicht gesunken ist. Ein Grund für diese Entwicklung ist die geringere Anzahl an Breitbandanschlüssen (-1,2 %).

Geschäftsverlauf

In einem nach wie vor schwierigen, dynamischen und regulierten Telekommunikationsmarktumfeld, das zudem durch intensiven Wettbewerb und hohen Preisdruck gekennzeichnet ist, konnten sich NetCologne und ihre Tochtergesellschaft NetAachen GmbH (NetAachen) 2017 gut behaupten.

Das Geschäftsjahr 2017 war im Wesentlichen durch die folgenden Besonderheiten geprägt:

- weiterer Ausbau Glasfasernetz "Fibre to the Curb" (FTTC) und Vectoring-Technologie
- weiterer Glasfaserausbau in Köln
- NetCologne: Kooperationsvertrag mit 1&1 (FTTB - Wholesale)
- NetAachen: Kommunikationsnetz für Energieversorgungsunternehmen (EVU)

FTTC – „Fibre to the Curb“

Wie in den Vorjahren konzentrierte sich das Breitbandwachstum der NetCologne auch 2017 schwerpunktmäßig auf die FTTC-Infrastruktur (Glasfaserausbau bis zum Kabelverzweiger (KvZ)). Nachdem das bisherige Verbreitungsgebiet bereits weitestgehend mit Breitbandtechnologien versorgt und damit abgesichert werden konnte, standen 2017 überwiegend Expansionsgebiete im Fokus, die für die Zukunft zusätzliches Vertriebspotenzial darstellen. Der Glasfaserausbau erfolgte dabei sowohl in Eigenleistung als auch über Kooperationen mit Städten, kommunalen Unternehmen und Energieversorgern.

Vectoring-Technologie

Die Vectoring-Technologie bedingt im VDSL (Very High Speed Digital Subscriber Line)-Frequenzbereich eine technische Exklusivität am jeweiligen KvZ und bei den damit versorgten Haushalten und Gewerbeeinheiten. NetCologne konnte sich dadurch im bisherigen Verbreitungsgebiet sehr gut gegen alle anderen Infrastrukturwettbewerber durchsetzen und die weitaus meisten Vorwahlbereiche für Vectoring sichern. Mittlerweile sind die Vorwahlbereiche im erweiterten Einzugsgebiet verteilt, und das Ende des Flächenausbaus mit FTTC-/Vectoring ist erreicht. 2017 wurden weitere 915 KvZ in Ausbaugebieten erschlossen; die letzten Projekte werden 2018 weitgehend beendet sein. Ausnahmen davon bilden lediglich der Nahbereichsausba und punktuelle Gebiete, die zum Beispiel über Förderungen ausgebaut werden. Auch im Wirkungsgebiet der NetAachen (Aachen, Heinsberg, Düren und angrenzende Gemeinden) sind 2017 die letzten wirtschaftlich sinnvollen Projekte zum FTTC-Ausbau abgeschlossen worden. Insgesamt werden dort jetzt rund 94.000 Haushalte und Gewerbeeinheiten mit VDSL versorgt.

Weiterer Glasfaserausbau in Köln

Im Oktober 2017 hat die NetCologne „DigitalNetCologne“ vorgestellt, das Maßnahmenpaket für die Digitalisierung von Köln. Es umfasst vier Punkte: den Flächenausba der zehn größten Gewerbegebiete mit FTTB (Glasfaser bis in die Gebäude), den Ausba weiterer rund 100.000 Kölner Haushalte und Gewerbeeinheiten mit FTTB in den nächsten fünf Jahren, die Anbindung aller Schulen in Köln mit FTTB im Jahr 2018 sowie die Ausweitung von HOTSPOT.KOELN, dem freien WLAN-Netz von NetCologne an zentralen Plätzen der Stadt. Vorbereitende Maßnahmen für „DigitalNetCologne“ sind bereits 2017 angelaufen, der eigentliche Glasfaser-Ausbau beginnt voraussichtlich Ende 2018 oder Anfang 2019. Hierfür sind Investitionen von insgesamt rund 100 Mio. € vorgesehen.

Kooperationsvertrag mit 1&1 (FTTB Wholesale)

Um das eigene FTTB-Glasfasernetz optimal auszulasten, hat NetCologne Mitte 2017 einen Kooperationsvertrag mit 1&1 geschlossen und damit einen neuen Kunden für die Wholesale-Vermarktung gewinnen können. 1&1 wird künftig über eine gemeinsame Schnittstelle Zugang auf die FTTB-Infrastruktur von NetCologne erhalten und eigene Endkunden über das NetCologne-Glasfasernetz versorgen können. NetCologne erhält im Gegenzug ein Verbindungsentgelt von 1&1. Der Start dieser Zusammenarbeit ist für das 2. Quartal 2018 geplant. Im Anschluss daran soll eine Migration von 1&1-Bestandsanschlüssen auf das NetCologne-Glasfasernetz erfolgen.

Kommunikationsnetz für Energieversorgungsunternehmen (EVU)

NetAachen hat 2017 federführend zusammen mit regionalen EVU ein Projekt aufgesetzt mit dem Ziel, Kommunikationsdienstleistungen für Betriebszwecke der EVU zu erbringen. Als Basis für die Erbringung der Leistungen dient ein Funknetz im 450-MHz-Band. Für eine flächendeckende

Nutzung im Geschäftsgebiet der NetAachen wurde eine vertragliche Vereinbarung mit der Firma 450connect GmbH über den gemeinsamen Netzaufbau geschlossen. Das neue Netz wird 2018 errichtet und in Betrieb genommen. Ein erster Vertrag über die Erbringung entsprechender Kommunikationsleistungen wurde mit einem regionalen Energienetzbetreiber geschlossen.

Sonstige Geschäftsfelder

Bäder

Die Konzerngesellschaft **KölnBäder GmbH**, Köln, (KölnBäder) stellt den Kölner Bürgerinnen und Bürgern mit insgesamt 13 Bädern attraktive und in den letzten Jahren umfassend sanierte und modernisierte Schwimm-, Sauna- und Fitnessangebote zur Verfügung. Im Lentpark können integrierte Eislaufbahnen und -flächen zusätzlich zum Schlittschuhlaufen und für andere Eissportaktivitäten genutzt werden.

Die Besucherzahlen des Vorjahres wurden 2017 mit rund 2,454 Mio. Besuchern (Vorjahr rund 2,486 Mio.) in den Bereichen Bad, Sauna und Eis fast wieder erreicht. Die Freibadesaison begann für KölnBäder in den Schönwettermonaten Mai und Juni zwar mit einer hohen Anzahl an Besuchern, ließ dann aber im August witterungsbedingt deutlich nach. Über die gesamte Saison betrachtet kamen rund 60.000 Menschen weniger in die Freibäder als 2016. Dieses spiegelte sich auch in der Nutzung der öffentlichen Badelandschaft insgesamt wider, die einen Rückgang zum Vorjahr von knapp 2 % zu verzeichnen hatte. Deutlich mehr Besucher als im Vorjahr nutzten die Saunabereiche der Bäder: Gegenüber 2016 (rund 120.000) stieg die Zahl auf rund 127.300. Bäderübergreifend gab es den stärksten Anstieg der Besucherzahlen im Ossendorfbad, das von der Ende 2016 neu eröffneten Außensauna profitierte. Die Teilnehmer des Schul- und Vereinsschwimmens machten einen Anteil von rund 37 % aller Besucher aus (Vorjahr 36 %).

Sowohl das Kursprogramm als auch die Fitnessangebote (AgrippaFit, RochusFit) der KölnBäder erfreuten sich weiterhin hoher Beliebtheit. Die Kurse ermöglichen Kindern wie Erwachsenen Schwimmen zu lernen oder ihre Schwimmtechnik zu optimieren. Außerhalb der Ferienzeit nahmen Kleinkinder, Schüler und Erwachsene an insgesamt 610 quartalsweise durchgeführten Kursen teil (Vorjahr 619 Kurse). In den Fitnessbereichen stehen insgesamt rund 2.200 m² Fläche einschließlich zeitgemäßer Geräte für sportliche und gesundheitsfördernde Trainingsangebote zur Verfügung. Diese wurden im Berichtszeitraum von rund 3.500 Mitgliedern genutzt. Kursprogramm wie Fitnessangebote erwiesen sich daher auch im abgelaufenen Geschäftsjahr als eine wichtige und stabile Einnahmequelle.

Der Kooperationsvertrag mit der Stadt Köln zur Betriebsführung der Schulschwimmbäder war am 1. September 2017 ein Jahr in Kraft. Die Bilanz ist durchweg positiv: Insgesamt acht Schulschwimmbädern sind nun fünf Bäder der KölnBäder organisatorisch als „korrespondierende Bäder“ zugeordnet, um eine juristisch einwandfreie Betriebsaufsicht zu gewährleisten.

Eine zentrale Rolle bei der Kostenkontrolle kam insbesondere der Umsetzung des Konzeptes zur Energie- und Ressourceneinsparung zu. Es wurde im Berichtsjahr erfolgreich fortgesetzt. Ein Beispiel für eine technische Optimierung im Sinne einer höheren Energieeffizienz ist der Einbau einer hocheffizienten, energiesparenden Lüftungsanlage im Genovevabad. Damit konnte die Luftqualität im Bad deutlich gesteigert und zudem Energie eingespart werden. Auch der weitere Austausch von Halogen-Beleuchtungsanlagen durch stromsparende LED-Geräte und die Installation wassersparender Armaturen in den Duschräumen generierten weitere Einsparungen.

Liegenschaften

Die Konzerngesellschaft **moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH**, Köln, (moderne stadt) entwickelt eigene und im Konzerneigentum befindliche Liegenschaften. Dazu gehören insbesondere die Baureifmachung und Erschließung eigener Grundstücke sowie die Herstellung und der Vertrieb von Bauträgerobjekten. Die Tätigkeiten beschränkten sich auf die Stadtgebiete Köln und Rösrath. Im Geschäftsjahr 2017 standen die Weiterentwicklung des Clouth-Quartiers, ein Bauträgerprojekt in Köln-Ehrenfeld, die Revitalisierung der Innenstadt Köln-Porz und die städtebauliche Entwicklung des Deutzer Hafens im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Im Clouth-Quartier wurden insgesamt drei Baufelder mit 105 Wohnungen auf ca. 9.600 m² Wohnfläche und 102 Pkw-Einstellplätzen in Tiefgaragen fertiggestellt und an die Erwerber übergeben. Neben der Durchführung eigener Hochbaumaßnahmen werden auf dem Areal in Köln-Nippes baureife und erschlossene Grundstücke durch den Verkauf an Investoren und Baugruppen verwertet – sowohl für öffentlich geförderten als auch frei finanzierten Wohnungsbau sowie nicht störendes Gewerbe. 2017 wurde ein Grundstück mit einem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude an einen privaten Investor erfolgswirksam übergeben. Nach der Übertragung von Erschließungsflächen an die Stadt Köln stehen zum Bilanzstichtag noch ca. 3,0 Hektar von ursprünglich ca. 15,0 Hektar Entwicklungsflächen auf dem Areal in Köln-Nippes zur Verfügung. Der derzeitige Vermarktungshorizont des Gesamtareals endet im Jahr 2021.

Weiterhin ist es moderne stadt gelungen, ein Bauträgerprojekt in Köln-Ehrenfeld, das neben dem Verkauf von zwei unbebauten Grundstücken die Errichtung von 51 Eigentumswohnungen mit ca. 4.900 m² vorsieht, im Berichtsjahr vollständig zu vermarkten. Darüber hinaus hat die Gesellschaft 2017 ein unbebautes Grundstück, das zur Bebauung mit einer Kindertagesstätte vorgesehen ist, erfolgswirksam übergeben. Die Vermarktung des zweiten unbebauten Grundstücks, das für eine Baugruppe vorgesehen ist, soll 2018 erfolgen.

Im Zusammenhang mit der Revitalisierung der Innenstadt von Köln-Porz erbringt moderne stadt im Auftrag des Rates der Stadt Köln Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI). Nachdem die Gesellschaft im Vorjahr bereits vom Plangebiet erfasste Grundstücke erworben hatte, erwarb sie 2017 auch das ehemalige Kaufhausgrundstück einschließlich des Tiefgaragengrundstückes. Mit den Rückbauarbeiten der Bestandsimmobilien wurde im November 2017 begonnen. Nach derzeitigen Planungen sollen zwei Teilgrundstücke unbebaut an Investoren verkauft und auf dem verbleibenden Areal in eigener Bauträgerschaft ca. 51 Wohnungen mit ca. 3.800 m² Wohnfläche, ca. 2.400 m² Handelsfläche im Erd- und Untergeschoss sowie 138 Pkw-Einstellplätze in einer Tiefgarage errichtet werden. Für eines der zum Verkauf vorgesehenen Grundstücke wurde noch im Dezember 2017 der Verkaufsvertrag geschlossen.

Ein weiteres herausragendes Entwicklungsprojekt ist das Engagement der Gesellschaft bei der städtebaulichen Entwicklung des Deutzer Hafens. Der Rat der Stadt Köln hat mit seinem Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Nutzung des Deutzer Hafens als innerstädtisches Quartier für Wohnen und Arbeiten den Anstoß zur Gesamtentwicklung des Gebietes gegeben. Ein weiterer Beschluss betrifft die Beauftragung der vorbereitenden Untersuchungen zur Durchführung einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM), um die städtebauliche Neuordnung mit den dafür geeigneten Instrumenten abzusichern, so unter anderem das besondere Vorkaufsrecht. Beschlossen wurde 2017 außerdem die Erarbeitung des so genannten „Integrierten Plans“. Dieser berücksichtigt im Besonderen Aufgaben und Herausforderungen des Hochwasser- und Denkmalschutzes, der Mobilitäts- und Verkehrsplanung sowie der zu erwartenden Bodensanierungen und Entwidmungen für 2017 und Folgejahre. Nachdem im Juli 2017 bereits Zwischenergebnisse vorgestellt worden waren, sollen im März 2018 die finalen Ergebnisse präsentiert werden. Die Gesellschaft lässt sich während des gesamten Verfahrens fachlich und rechtlich beraten und hat neben der Öffentlichkeit von Beginn an alle für das Gesamtprojekt erforderlichen Ämter, Fachabteilungen, öffentlichen Ressorts und die politischen Fraktionen in das Projekt integriert und beteiligt. Durch den Ankauf der Ellmühle Köln und den Abschluss eines

weiteren Kaufvertrags, der einen sukzessiven Übergang von Grundstücks- und Wasserflächen der HGK an die moderne Stadt bis zum Jahr 2021 vorsieht, hat die Gesellschaft bereits zum Bilanzstichtag 2017 das wirtschaftliche Eigentum an ca. 12,1 Hektar Landfläche im Deutzer Hafen erworben. Dies entspricht rund einem Drittel der Entwicklungsfläche. Der Ankauf weiterer Grundstücksflächen ist geplant. Die Verwertung des Gesamtareals zur Realisierung von Verkaufserlösen ist aufgrund zu beachtender Nutzungsrechte Dritter frühestens ab dem Jahr 2021 möglich. Das große Interesse von Investoren am Erwerb von bebauungsfähigen Grundstücken an diesem Standort ist bereits heute erkennbar. So wurde mit dem Handelskonzern REWE ein Letter of Intent (LoI) zur Ansiedlung einer neuen Konzernzentrale abgeschlossen.

Primäre Aufgabe der **Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH**, Köln, (WSK) ist es, Wohnraum für die Konzernmitarbeiter des Stadtwerke Köln Konzerns zur Verfügung zu stellen. Zum 31. Dezember 2017 verwaltete die Gesellschaft neben den 1.479 eigenen Wohnungen 421 Wohneinheiten der Konzerngesellschaften. 57,7 % der Wohnungen (Vorjahr 54,7 %) waren an Konzernmitarbeiter vermietet.

Die im Jahr 2015 neu festgelegte Ausrichtung der WSK sieht die Sanierung der Bestandswohnungen und den am Bedarf der Konzernmitarbeiter orientierten Neubau von Wohnungen vor. In diesem Kontext hatte die WSK 60 Neubau-Wohnungen im Clouth-Quartier gekauft, die im Sommer 2017 fertiggestellt wurden. Mit Abschluss der Sanierungsarbeiten in den 195 Wohnungen im Wohnquartier Marienburger Forum wurde der erste große Schritt zur Neuausrichtung des Wohnungsbestandes vollendet. Seit 2014 hat die WSK rund 300 Wohnungen im Rahmen der Mieterwechsel saniert. Die neuen beziehungsweise sanierten Wohnungen werden durch die Konzernmitarbeiter stark nachgefragt; im Clouth-Quartier beträgt der Anteil der an Konzernmitarbeiter vermieteten Wohnungen sogar 100 %.

Konzern

Öffentliche Zwecksetzung

Die SWK und die Konzerngesellschaften haben die öffentliche Zwecksetzung erfüllt, die ihnen von der Stadt Köln im Rahmen der Daseinsvorsorge übertragen wurde.

Ertragslage

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und Verlustrechnung	2017 Mio. €	2016 Mio. €	Veränderung zum Vorjahr in %
Umsatzerlöse abzgl. Energiesteuern	5.280,5	4.959,1	6,5
Bestandsveränderungen	-5,3	82,4	-106,4
Aktivierte Eigenleistungen	9,1	11,4	-20,2
Sonstige betriebliche Erträge	138,5	168,9	-18,0
Materialaufwand	3.705,1	3.500,6	5,8
Personalaufwand	818,0	790,6	3,5
Abschreibungen	284,8	362,9	-21,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	416,0	379,7	9,6
Finanzergebnis	-18,8	-28,1	33,1
Ertragsteuern	71,9	58,8	22,3
Sonstige Steuern	10,6	9,5	11,6
Konzernjahresüberschuss	97,6	91,6	6,6

2017 erwirtschaftete der SWK-Konzern einen Jahresüberschuss von 97,6 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 6,0 Mio. € beziehungsweise 6,6 %. Im Vergleich zur Planung für 2017 (Ergebnisbandbreite: 55 bis 65 Mio. €) fällt das Plus mit ca. 50 % noch deutlicher aus. Bis auf das Geschäftsfeld ÖPNV, dessen Ergebnis im Vorjahr noch von periodenfremden Verkehrserlösen profitierte, konnten alle Geschäftsfelder ihre Ergebnisse stabil halten oder sogar leicht verbessern.

Außenumsätze

Außenumsatzerlöse (ohne Energiesteuer)	2017 Mio. €	2016 Mio. €	Veränderung zum Vorjahr in %
Energie und Wasser	4.035,6	3.721,4	8,4
Öffentlicher Personennahverkehr	292,8	290,0	1,0
Hafenumschlag und Güterverkehr	231,8	233,6	-0,8
Abfallentsorgung und -verwertung	270,3	257,2	5,1
Telekommunikation	256,6	252,5	1,6
Sonstige Geschäftsfelder	193,4	204,4	-5,4
Gesamt	5.280,5	4.959,1	6,5

Die Außenumsätze des SWK-Konzerns (ohne Energiesteuer) lagen im Geschäftsjahr 2017 bei 5.280,5 Mio. €. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Plus von rund 321,4 Mio. € beziehungsweise 6,5 %. Erstmals seit 2010 hat der Konzernumsatz die 5-Milliarden-Euro-Marke wieder überschritten und erreichte den zweithöchsten Wert seiner Geschichte.

Im **Geschäftsfeld Energie und Wasser** betragen die konsolidierten Umsatzerlöse 4.035,6 Mio. €, das sind 8,4 % mehr als im Vorjahr (3.721,4 Mio. €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf den höheren Außenumsatz des Energiehandels zurückzuführen, der ein Plus gegenüber dem Vorjahr von rund 300 Mio. € verzeichnete. Ebenfalls zulegen konnte der Netzbetreiber RNG, während die Energieversorger beim temperaturabhängigen Vertriebsgeschäft Wärme und Gas aufgrund der leicht höheren Durchschnittstemperaturen, der wettbewerbsbedingten Kundenverluste sowie der geringeren Absatzmengen bei einigen größeren Industriekunden eher Einbußen verzeichneten. Der Wasserabsatz und -umsatz lag aufgrund höherer Absatzmengen bei fast allen Kundengruppen leicht über dem Vorjahresniveau.

Im **Geschäftsfeld Öffentlicher Personennahverkehr** stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,0 % auf 292,8 Mio. € (Vorjahr 290,0 Mio. €). Hierfür waren vor allem ein leichter Anstieg der Fahrgastzahlen und die zum 1. Januar 2017 vorgenommene Tarifierungsanpassung bei der KVB ausschlaggebend. Der Entfall der im Vorjahr noch vereinnahmten periodenfremden Verkehrserlöse wurde teilweise kompensiert durch höhere sonstige Erlöse außerhalb der Verkehrstätigkeit.

Das **Geschäftsfeld Hafenumschlag und Güterverkehr** verzeichnete 2017 einen leichten Rückgang seiner Umsatzerlöse von 233,6 Mio. € auf 231,8 Mio. €. Dabei entwickelten sich die Tochtergesellschaften und die einzelnen Sparten unterschiedlich. Signifikante Rückgänge beim Kohleumschlag und -transport konnten dabei weitgehend durch andere Transportgüter wie Stahl und Metallerzeugnisse kompensiert werden.

Im **Geschäftsfeld Abfallentsorgung und -verwertung** legten die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich zu und erreichten 270,3 Mio. € (Vorjahr 257,2 Mio. €). Sowohl der Bereich der Abfallentsorgung als auch die Abfallverwertung verzeichneten Umsatzzuwächse. Ursachen waren im Wesentlichen vertraglich bedingte Preisanpassungen, höhere Abfallmengen und Leistungsausweitungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse im **Geschäftsfeld Telekommunikation** erhöhten sich um 1,6 % auf 256,6 Mio. € (Vorjahr 252,5 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Erlösen im Privatkundenbereich, unter anderem im Wholesale- und Festnetzbereich.

In den **Sonstigen Geschäftsfeldern** nahmen die Umsätze kumuliert ab, von 204,4 Mio. € im Vorjahr auf 193,4 Mio. € im Berichtsjahr. Der Rückgang begründet sich in erster Linie durch einen geringeren Außenumsatz mit Liegenschaften. Aufgrund des hohen Anteils an Projektstätigkeiten unterliegt dieser naturgemäß Schwankungen, da die Projekte über einen längeren Zeitraum geplant, entwickelt und veräußert werden. Zulegen konnte das Geschäft mit Gerätevermietungen für die Erfassung von Wärme- und Wasserverbräuchen sowie mit einhergehenden Abrechnungsdienstleistungen.

Materialaufwand und Rohergebnis

Der Materialaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr um 5,8 % auf 3.705,1 Mio. € (Vorjahr 3.500,6 Mio. €). Im Geschäftsfeld Energie und Wasser stieg der Materialaufwand gegenüber dem Vorjahr nahezu proportional zum Mehrumsatz um über 300 Mio. €. Die größte Gegenposition betraf den Bereich der Liegenschaften, hier gingen die Materialaufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücken, die zu einem späteren Zeitpunkt vermarktet werden, stark zurück. Eine entsprechende Gegenposition ist unter den Bestandsveränderungen und den Umsatzerlösen ausgewiesen. Per Saldo ergeben sich daher für den Konzern aus diesen Veränderungen keine nennenswerten Ergebniseffekte. Das Rohergebnis als Saldo aus Umsatz und Materialaufwand belief sich im Berichtsjahr auf 1.575,4 Mio. €, das sind 116,9 Mio. € mehr als im Vorjahr (1.458,5 Mio. €). Der Anstieg betrifft neben dem Bereich der Liegenschaften die Geschäftsfelder Energie und Wasser, Telekommunikation sowie Abfallentsorgung und -verwertung.

Sonstige betriebliche Erträge und betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen 138,5 Mio. € und lagen mit 30,4 Mio. € unter dem entsprechenden Vorjahreswert (168,9 Mio. €). Der Rückgang betrifft im Wesentlichen das Geschäftsfeld Energie und Wasser. Hier war der Vorjahreswert vor allem von der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen geprägt. Der Personalaufwand stieg im Berichtsjahr auf 818,0 Mio. € an. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 27,4 Mio. € oder 3,5 %. Neben den Tarifierhöhungen war hierfür die höhere Beschäftigung einzelner Gesellschaften, vor allem im Geschäftsfeld Abfallentsorgung und -verwertung, verantwortlich. Zusätzlich entfiel der im Vorjahr personalaufwandsentlastende Effekt aus dem höheren Durchschnittszins für die Bemessung der Rückstellungen für Altersvorsorge und der entsprechend geringeren Rückstellungsbildung. Die Abschreibungen lagen bei 284,8 Mio. € und damit deutlich unter dem Vorjahr (362,9 Mio. €), das durch außerplanmäßige Abschreibungen auf Kohlekraftwerke im Geschäftsfeld Energie und Wasser geprägt war.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis betrug -18,8 Mio. € und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr (-28,1 Mio. €) um 9,3 Mio. €. deutlich. Maßgeblichen Einfluss auf diese Entwicklung hatte die Zuschreibung auf eine Finanzanlage der GEW, über die die GEW mittelbar Aktien des Energieversorgers RWE hält. Die Zuschreibung wurde 2017 aufgrund des wieder angestiegenen Kurses der RWE-Aktie notwendig. Darüber hinaus entlasten die günstigen Zinsen am Kapitalmarkt die Zinsaufwendungen und tragen damit zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses bei.

Steuern

Die Steuern des Konzerns betrugen im Jahr 2017 rund 82,5 Mio. €, dies bedeutet einen Anstieg gegenüber 2016 von 14,2 Mio. €. Die Ertragsteuern erhöhten sich um 13,1 Mio. € auf 71,9 Mio. €, während die sonstigen Steuern auf 10,6 Mio. € (Vorjahr 9,5 Mio. €) anstiegen. Neben der Besteuerung der laufenden Ergebnisse enthält diese Position auch Folgeeffekte aufgrund von Betriebsprüfungsfeststellungen.

Holding

Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	Veränderung
SWK GmbH	Mio. €	Mio. €	zum Vorjahr in %
Umsatzerlöse	16,3	16,4	-0,6
Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	175,0	132,2	32,4
Sonstige betriebliche Erträge	31,8	26,6	19,5
Personalaufwand	14,7	13,8	6,5
Abschreibungen	0,1	0,1	0,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9,7	10,0	-3,0
Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen	106,0	93,7	13,1
Übriges Finanzergebnis	13,3	13,8	-3,6
Ertragsteuern	35,2	21,4	64,5
Sonstige Steuern	1,9	0,9	111,1
Jahresüberschuss	68,8	49,1	40,1
Einstellung in die Gewinnrücklagen	-14,4	-4,1	251,2
Bilanzgewinn	54,4	45,0	20,9

Der Jahresüberschuss der SWK im Jahr 2017 beträgt 68,8 Mio. € und liegt damit 19,7 Mio. € beziehungsweise rund 40 % über dem Vorjahr. Zu dem deutlichen Ergebnisanstieg hat in erster Linie die Gewinnabführung der GEW, aber auch das nochmals verbesserte Ergebnis der AWB beigetragen. Planmäßig niedriger fielen dagegen die Ergebnisse der RheinEnergie, der KVB und der KölnBäder aus. Das höhere Ergebnis bei der GEW (2017: 148,0 Mio. €; Vorjahr 108,3 Mio. €) ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr noch eine Wertberichtigung auf die Beteiligung an der NetCologne (-45,0 Mio. €) vorgenommen werden musste. Im Berichtsjahr

erfolgte hingegen eine Zuschreibung der RW Anteilsbesitz (+7,2 Mio. €), über die die GEW mittelbar Aktien der RWE hält, die 2017 Kursgewinne verzeichnen konnten. Die Ergebnisabführung der Tochtergesellschaft RheinEnergie fiel mit 112,2 Mio. € plangemäß geringer aus als im Vorjahr (126,6 Mio. €), was im Wesentlichen mit der Rücklagenzuführung (10,0 Mio. €) und den geringeren Absatzmengen aufgrund der höheren Durchschnittstemperaturen zusammenhängt. Das Ergebnis der KVB sank um rund 10,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf - 86,8 Mio. €. Ursächlich ist vor allem der Rückgang periodenfremder Verkehrserlöse, die im Vorjahr einen positiven Sondereffekt von 8,4 Mio. € beinhalteten. Die HGK erzielte ein leicht über dem Vorjahr liegendes Ergebnis von 8,4 Mio. €. Das gegenüber dem Vorjahr (15,9 Mio. €) verbesserte Ergebnis der AWB (18,6 Mio. €) beinhaltet einen außerplanmäßigen Ertrag von 5,9 Mio. € aus der Beendigung eines Rechtsstreites. Bei RheinEnergie, KVB und AWB ist insbesondere zu berücksichtigen, dass im Vorjahr die Aufwendungen für Altersversorgung aufgrund der erstmaligen Anwendung des 10-jährigen Rechnungszinses geringer ausgefallen waren; dieser positive Effekt entfiel im Berichtsjahr. Die Verlustübernahme von KölnBäder betrug 19,3 Mio. € und fiel um 1,7 Mio. € höher aus als im Vorjahr. Auch hier entfielen positive Einmaleffekte, die das Vorjahresergebnis geprägt hatten.

Die im übrigen Finanzergebnis enthaltenen Ausschüttungen der Beteiligungen ohne einen Ergebnisabführungsvertrag mit der SWK entwickelten sich unterschiedlich: Die Dividende der AVG betrug 7,2 Mio. € nach 6,7 Mio. € im Vorjahr und moderne stadt schüttete 4,5 Mio. € an die SWK aus (Vorjahr 5,2 Mio. €). Die positive Ergebnislage im Konzern führte zu einem höheren Steueraufwand bei der SWK, gleichzeitig wurde die Vorsorge für steuerliche Risiken aufgrund noch ausstehender Betriebsprüfungen angepasst.

Bezogen auf den Wirtschaftsplan 2017 der SWK hat die Gesellschaft das geplante Ergebnis von 47 Mio. € um rund 22 Mio. € übertroffen. Hieran hatten nahezu alle Konzerngesellschaften ihren Anteil, insbesondere jedoch die GEW und die AWB.

2017 wurde der Bilanzgewinn der SWK aus dem Jahr 2016 (45,0 Mio. €) vollständig an den Gesellschafter Stadt Köln ausgeschüttet. Aus dem Jahresüberschuss des Berichtsjahres sollen rund 14,4 Mio. € in die Gewinnrücklagen eingestellt werden und der Bilanzgewinn von 54,4 Mio. € soll an den Gesellschafter Stadt Köln ausgeschüttet werden. Über die Gewinnverwendung hat abschließend die Gesellschafterversammlung im Juni 2018 zu entscheiden.

Vermögenslage

Bilanzstruktur und -kennzahlen

Die Konzern-Bilanzsumme beläuft sich per 31. Dezember 2017 auf 5.276,7 Mio. € und liegt damit 126,6 Mio. € über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (5.150,1 Mio. €). Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen leicht auf 3.640,6 Mio. € (+24,6 Mio. €). Das Vorratsvermögen ging dagegen von 263,3 Mio. € auf 245,5 Mio. € zurück. Dies hängt im Wesentlichen mit der Veräußerung von Liegenschaften zusammen. Gleichzeitig sind die Forderungen und das sonstige Umlaufvermögen um 52,2 Mio. € auf 967,2 Mio. € angestiegen. Diese Entwicklung ist vor allem auf den gestiegenen Energiehandelsumsatz und höhere Erstattungsansprüche im Geschäftsfeld ÖPNV zurückzuführen.

Die Flüssigen Mittel stiegen im Konzern deutlich an: von 355,9 Mio. € im Vorjahr auf 423,4 Mio. € im Berichtsjahr.

Das Eigenkapital beträgt zum Berichtsstichtag 1.570,9 Mio. € und liegt damit über dem Wert des Vorjahres (1.504,8 Mio. €). Die Eigenkapitalquote verbesserte sich auf 29,8 % (Vorjahr 29,2 %).

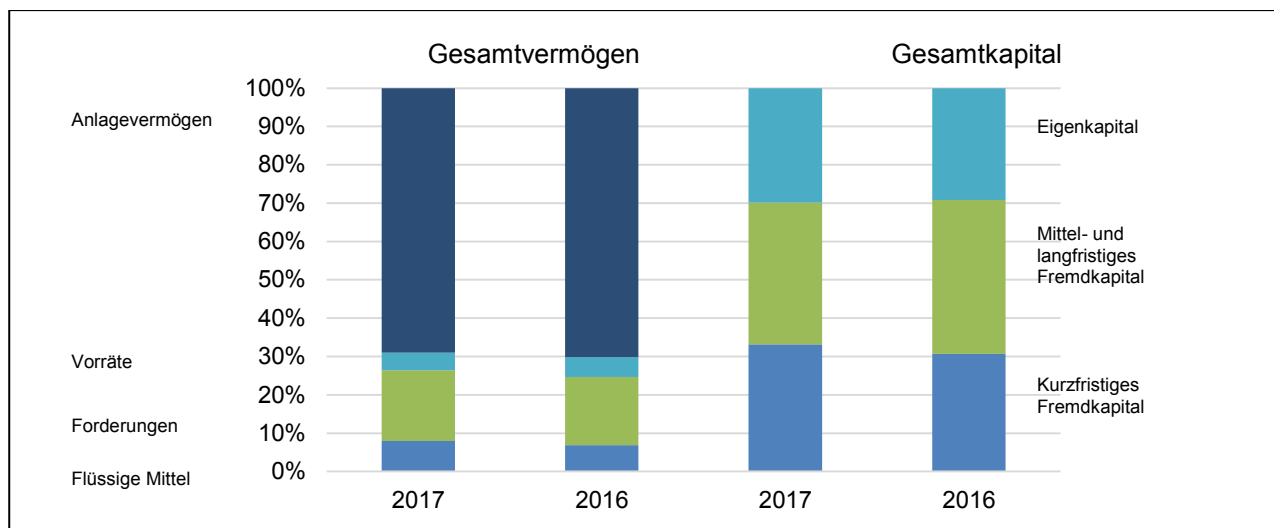
Die Relation von Fremdkapital zu Eigenkapital sank gegenüber dem Vorjahr und beträgt 236 % (Vorjahr 242 %). Das langfristige Fremdkapital reduzierte sich um 109,6 Mio. € auf 1.954,7 Mio. €, wobei hiervon rund 164,7 Mio. € auf die zinstragenden Verbindlichkeiten entfallen. Das kurzfristige Fremdkapital stieg um 169,9 Mio. € auf 1.751,0 Mio. € an (Vorjahr 1.581,1 Mio. €). Auch hier kam der größte Effekt aus den zinstragenden Verbindlichkeiten, die sich gegenüber 2016 um 142,9 Mio. € erhöhten. Die Verschiebung zwischen langfristigem und kurzfristigem Fremdkapital beeinflusste auch die Kennzahl Anlagendeckung (Relation des mittel- und langfristigen Kapitals zu langfristigen Vermögenswerten), die per 31. Dezember 2017 auf 97 % (Vorjahr 99 %) zurückging.

Die Kennzahlen belegen eine weiterhin zufriedenstellende Bilanz- und Kapitalstruktur des Stadtwerke Köln Konzerns.

Bilanzstruktur	2017		2016	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Anlagevermögen	3.640,6	69,0	3.616,0	70,2
Vorräte	245,5	4,7	263,3	5,1
Forderungen/sonstiges Umlaufvermögen*	967,2	18,3	914,9	17,8
Flüssige Mittel	423,4	8,0	355,9	6,9
Gesamtvermögen	5.276,7	100,0	5.150,1	100,0
Konzern-Eigenkapital	1.570,9	29,8	1.504,8	29,2
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	1.954,8	37,0	2.064,3	40,1
Kurzfristiges Fremdkapital	1.751,0	33,2	1.581,0	30,7
Gesamtkapital	5.276,7	100,0	5.150,1	100,0

*) einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten und aktive latente Steuern

Bilanzstruktur 2017/2016



Die Bilanzsumme der SWK GmbH erhöhte sich im Berichtsjahr auf 1.212,5 Mio. € (Vorjahr 1.171,1 Mio. €). Die Eigenkapitalquote beträgt 53,8 %, dies sind 0,2 % mehr als im Vorjahr (53,6 %). Das Anlagevermögen, das im Wesentlichen aus Finanzanlagen besteht, ist zu 97,5 % durch Eigen- und langfristiges Fremdkapital gedeckt (Vorjahr 95,0 %). Auf dieser Basis verfügt die SWK Holding über eine gute Bilanz- und Kapitalstruktur.

Finanzlage

Die nachfolgende, verkürzte Form der gemäß DRS 21 erstellten Kapitalflussrechnung zeigt Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel im SWK-Konzern.

Konzern-Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Cashflow		
- aus der laufenden Geschäftstätigkeit	434,2	506,5
- aus der Investitionstätigkeit	-227,6	-203,2
- aus der Finanzierungstätigkeit	-167,6	-218,2
Veränderung des Finanzmittelbestandes	39,0	85,1
Flüssige Mittel am 1. Januar des Jahres	355,8	270,7
Flüssige Mittel am 31. Dezember des Jahres	394,8	355,8

Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich im Berichtsjahr auf 434,2 Mio. € und liegt damit 72,3 Mio. € unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres (506,5 Mio. €). Einen signifikanten Anteil an dem Rückgang hatten dabei die Abschreibungen, die sich um 66,0 Mio. € reduzierten, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die übrigen Passivpositionen, die sich insgesamt um 17,7 Mio. € verringerten (Vorjahr Anstieg um 37,0 Mio. €) sowie Vorräte, Forderungen und sonstige Aktiva, die sich um 34,4 Mio. € vergrößerten (Vorjahr Abbau um 8,2 Mio. €). Gegenläufig entwickelten sich die Rückstellungen, die um 103,1 Mio. € anstiegen. Im Vorjahr hatte der Zuwachs lediglich 19,9 Mio. € betragen. Der Anstieg betrifft unter anderem den Bereich der Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen, Rückstellungen für Belastungen aus dem KWKG und EEG sowie Verpflichtungen aus Baumaßnahmen. Im Verhältnis zum Konzernumsatz (ohne Energiesteuer) liegt der operative Cashflow bei 8,2 % (Vorjahr 10,2 %). Damit verfügte der Konzern auch im Berichtsjahr über eine ausreichende Basis für die Finanzierung von Investitionen, die Tilgung von Finanzverbindlichkeiten sowie für die Dividendenzahlungen an die Anteilseigner.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen des Konzerns für Investitionen in Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Finanzanlagen betrugen 306,4 Mio. € und sind gegenüber dem Vorjahr (296,9 Mio. €) um 9,5 Mio. € gestiegen. Den Auszahlungen für Investitionen stehen Einnahmen aus Anlagenabgängen, Investitionszuschüssen, erhaltenen Zinsen und Dividenden von 78,8 Mio. € (Vorjahr 93,8 Mio. €) gegenüber, so dass sich ein Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 227,6 Mio. € (Vorjahr 203,1 Mio. €) ergibt.

Im Geschäftsfeld Energie und Wasser lag der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit auf der Erhaltung und Erweiterung der bestehenden Versorgungsanlagen für Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus wurden Kaufpreiszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen und Ausleihungen getätigt. Das Investitionsvolumen lag insgesamt bei rund 146 Mio. € (Vorjahr rund 137 Mio. €).

Im Geschäftsfeld Öffentlicher Personennahverkehr fiel die Investitionstätigkeit mit rund 46 Mio. € nochmals geringer aus als im Vorjahr (rund 57 Mio. €). Ursache sind die auslaufenden Investitionen für die Nord-Süd Stadtbahn, die sich 2017 auf rund 10 Mio. € beliefen (Vorjahr rund 27 Mio. €). Investitionsschwerpunkte waren der Ausbau und die Erneuerung des Sachanlagevermögens.

Die Investitionen im Geschäftsfeld Hafenumschlag und Güterverkehr erstreckten sich im Wesentlichen auf den Erhalt und Ausbau der Hafen- und Schienennetzinfrastruktur und beliefen sich im Jahr 2017 auf rund 32 Mio. € (Vorjahr rund 21 Mio. €).

Das Geschäftsfeld Telekommunikation hat investive Maßnahmen in einem Volumen von rund 24 Mio. € (Vorjahr rund 35 Mio. €) umgesetzt. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Die Sachinvestitionen betrafen im Wesentlichen das DSL-Equipment und das Breitbandkabelnetz: Im Vorjahr hatten die Fertigstellung eines neuen Rechenzentrums und der Anteilserwerb an einem Unternehmen aus der IT-Branche zu einem höheren Investitionsvolumen geführt.

Der Bereich der Abfallentsorgung und -verwertung hat 2017 rund 20 Mio. € investiert (Vorjahr rund 29 Mio. €). Investitionsschwerpunkte waren der Fuhrpark der AWB, die Vergärungsanlage und die Fertigstellung einer zweiten Turbine für die RMVA.

Die Investitionen der sonstigen Geschäftsfelder beliefen sich auf rund 38 Mio. € und fielen damit deutlich höher aus als im Vorjahr (rund 18 Mio. €). Der wesentliche Anteil entfiel dabei auf den

Erwerb von Geräten zur Verbrauchsmessung von Energie und Wasser, eine weitere größere Maßnahme war der Erwerb einer Immobilie auf dem Clouth-Gelände durch die WSK.

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 50,6 Mio. € auf -167,6 Mio. €. Rückläufig waren die Tilgung von Krediten (-27,7 Mio. €) und die Kreditaufnahmen (-2,4 Mio. €). Die Ausschüttung an den Gesellschafter Stadt Köln ging infolge des gesunkenen Jahresüberschusses 2016 auf 45,0 Mio. € zurück (Vorjahr 65,4 Mio. €).

Liquidität

Der SWK-Konzern konnte seine Liquiditätsbasis im Berichtsjahr nochmals ausbauen und erreichte einen Wert von 394,8 Mio. € (Vorjahr 355,8 Mio. €). 209,5 Mio. € entfallen auf die SWK GmbH (Vorjahr 138,6 Mio. €). Hinzu kommen von den Banken bestätigte und nicht ausgeschöpfte Kreditlinien in ähnlicher Größenordnung, so dass der Konzern weiterhin über eine sehr solide Finanzmittelausstattung verfügt. Durch ein zentrales Cash Pooling werden die im Konzern verfügbaren Mittel bei der SWK GmbH effizient disponiert und angelegt. Mit der vorhandenen Liquiditätsausstattung sind der Konzern und die SWK GmbH in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachkommen zu können.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstand

Der SWK-Konzern konnte seine Liquiditätsbasis im Berichtsjahr nochmals ausbauen und erreichte einen Wert von 394,8 Mio. € (Vorjahr 355,8 Mio. €). 209,5 Mio. € entfallen auf die SWK GmbH (Vorjahr 138,6 Mio. €). Hinzu kommen von den Banken bestätigte und nicht ausgeschöpfte Kreditlinien in ähnlicher Größenordnung, so dass der Konzern weiterhin über eine sehr solide Finanzmittelausstattung verfügt. Durch ein zentrales Cash Pooling werden die im Konzern verfügbaren Mittel bei der SWK GmbH effizient disponiert und angelegt. Mit der vorhandenen Liquiditätsausstattung sind der Konzern und die SWK GmbH in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachkommen zu können.

Personalstand nach Geschäftsfeldern und Konzerngesellschaften zum 31.12.	2017	2016	Veränderung zum Vorjahr in %
Energie und Wasser			
RheinEnergie	3.075	3.129	-1,7
AggerEnergie	184	172	7,0
GVG Hürth	92	98	-6,1
RNG	81	76	6,6
ÖPNV			
KVB	3.550	3.531	0,5
Schilling Omnibusverkehr	19	23	-17,4
K-B-S Busreisen	290	265	9,4
Hafenumschlag und Güterverkehr			
HGK	573	588	-2,6
HTAG	73	73	0,0
Oudkerk	27	25	8,0
NESKA	197	189	4,2
CTS	108	103	4,9
DBT	29	28	3,6
UCT	74	68	8,8
Abfallentsorgung und -verwertung			
AWB	1.756	1.751	0,3
AVG	228	224	1,8
AVG Ressourcen	74	74	0,0
AVG Kompostierung	20	19	5,3
AVG Service	45	41	9,8
Telekommunikation			
NetCologne	872	908	-4,0
NetAachen	96	95	1,1
Übrige Gesellschaften			
BRUNATA-METRONA	544	504	7,9
KölnBäder	287	283	1,4
DKS	16	22	-27,3
moderne stadt	24	21	14,3
Holding			
SWK	160	163	-1,8
Gesamt	12.494	12.473	0,2

Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen – Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß § 289f Abs. 4 HGB i.V. mit § 76 Abs. 4 AktG, § 36 und § 52 Abs. 2 GmbHG haben mitbestimmte Unternehmen im Lagebericht 2017 erstmals anzugeben, ob die festgelegten Zielgrößen nach dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst während des ersten Zielerreichungszeitraums (30. Juni 2017) erreicht worden sind, und wenn nicht, Angaben zu den Gründen zu machen.

Zu den mitbestimmten Unternehmen im Stadtwerke Köln Konzern gehört neben den größeren Tochtergesellschaften wie RheinEnergie, KVB, HGK und AWB auch die SWK selbst.

In seiner Sitzung vom 25. September 2015 hatte der Aufsichtsrat der SWK Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung von 30 % festgelegt. Analog hat die Gesellschaft auch für die erste und zweite Führungsebene eine Zielgröße von jeweils mindestens 30 % beschlossen. Zum Stichtag 30. Juni 2017 wurden die Zielgrößen wie folgt erreicht:

	Zielgröße 30.06.2017	Istgröße 30.06.2017
Aufsichtsrat	30 %	30 %
Geschäftsführung	30 %	0 %
Erste Führungsebene	30 %	10 %
Zweite Führungsebene	30 %	38 %

Zum Stichtag wurde im Aufsichtsrat die Zielvorgabe erreicht und in der zweiten Führungsebene sogar übertroffen. Das Verfehlen der Zielvorgaben in der Geschäftsführung sowie in der ersten Führungsebene ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass es im Betrachtungszeitraum keine Fluktuation gab. Entsprechend war auf diesen Ebenen auch keine Erhöhung des Frauenanteils zu verzeichnen.

In seiner Sitzung am 22. September 2017 hat der Aufsichtsrat die Zielgrößen für Aufsichtsrat und Geschäftsführung aus 2015 mit jeweils 30 % bestätigt. Die Zielgrößen sollen spätestens am 30. Juni 2022 erreicht sein.

Nachhaltigkeit, Forschung und Entwicklung

Im Bereich der Nachhaltigkeit, Forschung und Entwicklung konzentrieren sich viele Aktivitäten im SWK-Konzern darauf, die veränderten energiepolitischen Weichenstellungen durch anwendungsbezogene Projekte, die auf nachhaltiges Wirtschaften und den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien abzielen, aktiv zu begleiten. Die Initiative geht dabei im Wesentlichen von den energiewirtschaftlichen Beteiligungen aus. Im Bereich der Elektromobilität beteiligt sich zudem die KVB an verschiedenen Aktivitäten. Die Nachhaltigkeitsaktivitäten ausgewählter Konzerngesellschaften sind im Nachhaltigkeitsbericht des Stadtwerke Köln Konzerns dokumentiert und auf der Homepage der Stadtwerke Köln abrufbar.

Projekt „Energie & Klima 2020“

Die RheinEnergie hat das Klimaschutzprojekt „Energie & Klima 2020“ im Jahr 2017 erfolgreich fortgesetzt. Sie hat die Energieeffizienz gesteigert, die Fernwärme und die erneuerbaren Energien verstärkt ausgebaut und in allen drei zentralen Handlungsfeldern verstärkt investiert.

Energieeffizienz

Erstmalig präsentierte die RheinEnergie 2017 auf einer einwöchigen Hausmesse ihre innovativen Produkte und Dienstleistungen aus den Bereichen Energieeffizienz, Energiedienstleistungen und Elektromobilität.

Fernwärmeausbau

Das Fernwärmenetz wurde mit einer Leistung von rund 21 MW weiter ausgebaut. Besonders hervorzuheben sind die Vertragsabschlüsse zur Erschließung des ehemaligen Güterbahnhofs Ehrenfeld, die Messecity in Köln-Deutz und weitere Objekte im aktuellen Netzausbaubereich Mülheim.

Erneuerbare Energien

Die RheinEnergie bündelt sämtliche Solarprojekte und Photovoltaik-Aktivitäten in ihrer Tochtergesellschaft RheinEnergie Solar GmbH. Im Jahr 2017 erweiterte diese Gesellschaft ihr Portfolio um eine Photovoltaik-Anlage auf einer stillgelegten Deponie in Nord-Thüringen mit einer Leistung von 2,6 MW_p. Die insgesamt installierte Leistung der RheinEnergie Solar und ihrer Tochterunternehmen betrug zum Jahresende 2017 rund 28 MW_p. Darüber hinaus ist die RheinEnergie mittelbar mit 12,3 % am solarthermischen Parabolrinnenkraftwerk Andasol 3 in Andalusien beteiligt.

Die RheinEnergie ist alleinige Anteilseignerin der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG, die die Biogasanlage Randkanal-Nord mit einer elektrischen Leistung von 1,2 MW_{el} betreibt. Am Standort dieser Anlage ist im März 2017 ein weiteres biogasbetriebenes Blockheizkraftwerk mit je 1,2 MW elektrischer und thermischer Leistung in Betrieb gegangen.

Die RheinEnergie bündelt sämtliche Windkraftprojekte in der RheinEnergie Windkraft GmbH. Diese hat Anfang 2018 von der PROKON Regenerative Energien eG jeweils 80,1 % der Geschäftsanteile an drei Windparks mit rund 33 MW Gesamtleistung erworben, die im dritten Quartal 2017 in Betrieb genommen worden waren. Zum Jahresende 2017, also noch ohne das neue Windparkportfolio, betrieb die RheinEnergie Windkraft Gruppe insgesamt 86 Anlagen mit einer installierten Leistung von rund 140 MW.

Dezentrale Erzeugung

Die RheinEnergie Trading begleitet die RheinEnergie aktiv beim Umbau des Energiemarkts hin zu erneuerbaren Energien, Dezentralität, Flexibilität und Vernetzung. Neben dezentralen Erzeugungsanlagen sollen auch Kleinstanlagen – sowohl Stromerzeuger als auch Stromverbraucher – in das Gesamtsystem Energieerzeugung integriert und intelligent gesteuert werden. Im Rahmen der Projekte „Horizon 2020/GrowSmarter“ und „Virtueller WärmeStromPool“ erarbeiten RheinEnergie und RheinEnergie Trading derzeit die Technologie für die Steuerung und Optimierung einer Vielzahl an Kleinstgeräten, die ergänzend in das virtuelle Kraftwerk integriert werden sollen.

Elektromobilität

Um die Elektromobilität in der Region weiter voranzubringen, hat die RheinEnergie 2017 ihre Ladeinfrastruktur in und um Köln ausgebaut. Zudem hat sich die RheinEnergie mit elf weiteren Stadtwerken aus dem südlichen Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen, um einen für den Nutzer einheitlichen Lade- und Abrechnungsprozess anbieten zu können.

SmartCity Cologne

Die Stadt Köln und die RheinEnergie fördern mit der Plattform „SmartCity Cologne“ innovative und umweltschonende Maßnahmen. In den vergangenen fünf Jahren hat die Plattform im Stadtgebiet 38 Projekte unterstützt. Im Rahmen des EU-Förderprojekts „GrowSmarter“ realisieren die Partner im Stadtteil Mülheim bis zum Ende des Jahres 2019 ein integriertes Gesamtkonzept zu Mobilität, Energie sowie Informations- und Kommunikationstechnik.

Innovation – E-Busse

Bereits im Dezember 2016 wurde die komplette Bus-Linie 133 auf der Strecke zwischen den Endhaltestellen „Breslauer Platz/Hauptbahnhof“ und „Zollstock Südfriedhof“ erfolgreich auf den Betrieb mit vollelektrischen Gelenkbussen umgestellt. Die auf dieser rund sieben Kilometer langen Strecke im Jahr 2017 gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass die Zuverlässigkeit der Batteriebusse mit über 90 Prozent fast genauso groß ist wie die der konventionellen Dieselsebusse. Im nächsten Schritt ist die Bestellung von 50 weiteren E-Bussen geplant. Ein Zuwendungsbescheid vom Land NRW über Zuschüsse in Höhe von 13,3 Mio. € liegt seit Dezember 2017 vor. Bis 2021 wird die KVB weitere Bus-Linien links- und rechtsrheinisch auf den E-Betrieb umstellen.

KVB-Rad

Mit dem KVB-Rad bietet die KVB ihren Kunden seit Mai 2015 ein zusätzliches und zugleich sehr flexibles Transportmittel an. Das Bediengebiet umfasst rund 84 Quadratkilometer. Die Flotte beläuft sich auf 1.460 Leihräder bei 74.000 registrierten Kunden. Im Schnitt werden die Zweiräder 3.000- bis 3.700-mal pro Tag genutzt.

Reduzierung von Emissionen

Die AVG trägt mit dem Betrieb der RMVA auch zur Reduzierung von klimaschädlichen Gasen bei. Der Einspareffekt der Restmüllverbrennungsanlage umgerechnet in Kohlendioxid-Äquivalent betrug im abgelaufenen Wirtschaftsjahr rund 70.000 t. Die Deponie Vereinigte Ville erzielte 2017 durch die Verstromung und Vermarktung von rund 4.300 t eines in einem BHKW gefassten Methangases eine Einsparung von rund 120.000 t Kohlendioxid – aufgrund der 28-mal höheren Schädlichkeit von Methan und der sich daraus ergebenden Substitution fossiler Energieträger.

Compliance-Management-System

Die Stadtwerke Köln GmbH hat im Jahr 2013 gemeinsam mit ihren unmittelbaren Beteiligungsgesellschaften ein konzernweites Compliance-Management-System (CMS) für ausgewählte Compliance-Bereiche mit Konzernbezug geschaffen. Die Bestimmung dieser Compliance-Bereiche erfolgte auf der Grundlage einer Risikoanalyse und erfasst die unternehmerischen Betätigungen, bei denen ein Regelverstoß zu besonders hohen materiellen oder immateriellen Schäden führen kann oder strafrechtlich relevant ist.

Zum Kern dieses Systems gehören eine dezentrale Compliance-Struktur, die die Verantwortlichkeit für die Einhaltung der gesetzlichen unternehmensinternen Bestimmungen primär bei den einzelnen Konzerngesellschaften belässt, die Installation spezieller Prozesse und betrieblicher Regelungen sowie ein transparentes Berichtswesen, das der Unternehmensleitung und dem Aufsichtsrat sowohl der jeweiligen Gesellschaft als auch der SWK einmal jährlich Informationen über das CMS gibt. Die Geschäftsjahre ab 2014 unterliegen dieser Berichterstattung.

Die von den Unternehmen ernannten Compliance-Beauftragten nehmen ihre Aufgaben kontinuierlich wahr. Sie treffen sich zu einem Erfahrungsaustausch im Compliance-Board. Zur Entgegennahme von Hinweisen auf eventuelle korruptionsrelevante Verstöße durch Hinweisgeber, die anonym bleiben möchten, steht ein externer anwaltlicher Ombudsmann zur Verfügung. Die interne Bearbeitung von Hinweisen, insbesondere über den Ombudsmann, übernehmen in den Unternehmen jeweils die dortigen Compliance- oder Risiko-Komitees. Die Komitees gehen auf der Grundlage transparenter Regelungen Hinweisen auf korruptionsrelevante Regelverstöße objektiv nach und erstellen Handlungsempfehlungen für die Unternehmensleitung.

Das CMS wird im Intranet für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausführlich dargestellt. Alle Compliance-Regelungen sowie die für die tägliche Praxis erforderlichen Formulare sind dort abrufbar. Die Homepages der Unternehmen enthalten einen deutlichen Hinweis auf die Person und die Aufgaben des Ombudsmannes. Das CMS wird unter Berücksichtigung der jeweils geltenden fachlichen Standards bedarfsgerecht weiterentwickelt. So gilt in den Konzerngesellschaften mittlerweile ein gemeinschaftlich erarbeiteter Compliance-Leitfaden, der die Entwicklung des CMS, die grundsätzlichen Wertentscheidungen sowie die Prozesse und Organisationseinheiten zusammenfassend darstellt.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem

Bei der Ausübung unternehmerischer Tätigkeit ist das Eingehen von Risiken unabdingbare Voraussetzung für den Geschäftserfolg. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln im 21. Jahrhundert deutlich komplexer und volatiler geworden. Die Einrichtung und Dokumentation eines Risikomanagementsystems (RMS) ist daher nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung, sondern längst unverzichtbares Instrument einer integrierten Unternehmensentwicklung und -steuerung. Vor diesem Hintergrund ist neben der frühzeitigen Risikoerfassung und -bewertung der bewusste Umgang mit Risiken im Sinne einer maßnahmenorientierten Steuerung zentraler Bestandteil des RMS im Stadtwerke Köln Konzern. Als Risiko wird, vereinfacht umschrieben, eine potenziell negative Abweichung von unternehmerischen Zielsetzungen verstanden. Das RMS bei der SWK und ihren Tochterunternehmen erfolgt nach verbindlich vorgegebenen Grundsätzen, Verantwortlichkeiten, Inventur-, Bewertungs- und Berichtsprozessen. Auf der Basis des geltenden RMS werden konzernweit alle relevanten Risiken regelmäßig identifiziert, bewertet, einer Eintrittswahrscheinlichkeit zugeordnet und geplante Maßnahmen zur Risikoreduzierung oder -eliminierung aufgezeigt.

Darüber hinaus existiert für den in die RheinEnergie Trading ausgegliederten Energiehandel und die Energiebeschaffung ein spezielles Risikomanagementsystem, das neben den Analyse- und Bewertungsverfahren die Limitierung der Risiken, Hedging-Konzepte, Bewirtschaftungsstrategien und Zuständigkeiten regelt und das in einem Risikohandbuch dokumentiert ist. Für die Risikobewertung bedient sich das Risikomanagement der Gesellschaft angemessener Risikomodelle, deren Effizienz durch Back-Testing und durch Revisionsprüfungen regelmäßig überprüft wird.

Die Risikomanager der Tochtergesellschaften unterstützen die Risikoverantwortlichen in den einzelnen Fachbereichen und sind für die Berichterstattung an ihre jeweilige Geschäftsleitung sowie an den Konzernrisikomanager der SWK verantwortlich. Die Berichterstattung über die aus Sicht der Gesellschaften wesentlichen Risiken erfolgt vierteljährlich. Eine sofortige Meldung muss dann erfolgen, wenn ein Risiko eine besondere Relevanz für die Gesellschaft hat. Das Risikomanagement der SWK konsolidiert die wesentlichen Risiken der Gesellschaften und fasst diese in einem Konzern-Berichtswesen zusammen. Die konzernweite Unternehmensrevision prüft regelmäßig die Abläufe des Systems sowie dessen Wirksamkeit und Angemessenheit.

Wesentliche Chancen und Risiken im Stadtwerke Köln Konzern

Aus Sicht der Konzernleitung bestehen zum Bilanzstichtag ergebnisrelevante Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage und die Ertragslage des Konzerns haben könnten, in den Geschäftsfeldern Energie und Wasser, Öffentlicher Personenverkehr, Hafenumschlag und Güterverkehr sowie in der Telekommunikation. Gleichzeitig gehen mit den Risiken auch Chancen einher. Die Chancen und Risiken werden zur besseren Strukturierung in Kategorien zusammengefasst. Dabei wird zwischen Risiken unterschieden, die von außen auf das Unternehmen wirken, ohne dass das Unternehmen im Allgemeinen einen signifikanten Einfluss auf diese Risiken nehmen kann (externe Risiken), und Risiken, deren Ursache unternehmensintern begründet ist (interne Risiken). Die im Stadtwerke Köln Konzern identifizierten wesentlichen externen Risiken werden den Kategorien Politik, Gesetzgebung und Recht sowie Markt und Wettbewerb zugeordnet. Wesentliche interne Risiken resultieren aus dem operativen Bereich und den Finanzen. Die als wesentlich identifizierten Chancen und Risiken werden nachfolgend im Einzelnen erläutert.

Bei der Darstellung und Beurteilung der Risiken wird von einer Nettobetrachtung ausgegangen, das heißt, bereits getroffene Maßnahmen der Risikobegrenzung wurden berücksichtigt.

Für die Chancen- und Risikobetrachtung der SWK Holding sind fast ausschließlich die Chancen und Risiken der in den genannten Geschäftsfeldern tätigen Tochtergesellschaften maßgeblich.

Politische, regulatorische und rechtliche Chancen und Risiken

Politik, Gesetzgebung und Verträge setzen die Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder, in denen der Konzern tätig ist. Für Unternehmen mit langfristig ausgelegten Investitionen sind verlässliche Rahmenbedingungen unabdingbar für wirtschaftlichen Erfolg.

Im Geschäftsfeld Energie und Wasser stehen sowohl auf Ebene der Europäischen Union als auch auf Ebene des Bundes auch in Zukunft erhebliche energiepolitische Weichenstellungen an, die substanzielle Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Energieversorgern haben können. So ist zum Beispiel nach der Konstituierung der neuen Bundesregierung inhaltlich von Festlegungen zu möglichen Kohleausstiegsszenarien auszugehen. Angesichts der unbefriedigenden wirtschaftlichen Situation konventioneller Erzeugungsanlagen ergeben sich für die übrigen energieerzeugenden Einheiten dadurch Chancen, dass die derzeit überwiegend nicht gegebene Wirtschaftlichkeit der rein stromerzeugenden Kraftwerke verbessert werden kann; andererseits kann es zu erheblichen Risiken aus einer frühzeitigen Abschaltung der kohlebetriebenen Kraftwerke kommen. Zunehmende Risiken bei langfristig wirksamen Investitionsprojekten ergeben sich auch durch etwaige genehmigungsrechtliche Fragestellungen, die nicht oder nicht zeitgerecht gelöst werden können.

Weiterhin sind Energieversorger in erheblichem Umfang Risiken aufgrund äußerer Eingriffe von Regulierungsbehörden, insbesondere der Bundesnetzagentur oder der Landesregierungsbehörden, ausgesetzt. Dies betrifft insbesondere die Erlösobergrenzen für die Sparte Strom, die im Zuge der ausstehenden Kostenerhebung neu festgelegt werden. Diese

führen in den kommenden Jahren unter anderem aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus zu einer sinkenden Eigenkapitalverzinsung und damit zu Erlöseinbußen für die Netzbetreiber. Bei allen genannten Maßnahmen ist davon auszugehen, dass es bei den Erträgen aus dem Netzgeschäft im Saldo zu weiteren Minderungen kommt.

Im Öffentlichen Personennahverkehr ist die KVB bis Ende 2019 mit der Durchführung des ÖPNV im Kölner Stadtgebiet sowie der Durchführung der sogenannten interlokalen Verkehre betraut. Nach heutigem Stand konnte für die Vorjahre bereits der Nachweis erbracht werden, dass alle für die Bestandsbetrauung geforderten Kriterien von der KVB erfüllt wurden. Im Anschluss an die derzeitige Bestandsbetrauung strebt die KVB die Erlangung der Direktvergabe nach Art. 5/2 der EU-VO 1370/07 an. Die Vorabkennzeichnung für die Direktvergabe an die KVB wurde am 23. Dezember 2017 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Aufgrund dessen sowie der aktuell vorliegenden Ergebnisse und Terminplanungen ist davon auszugehen, dass ein nahtloser Anschluss an die heutige Bestandsbetrauung möglich ist. Das Risiko des Wegfalls der Direktvergabefähigkeit (Ergebnisrisiko) wird demnach als gering eingeschätzt.

Der Markt für Telekommunikation ist ein streng regulierter Markt, in den die Bundesnetzagentur und das Bundeskartellamt stark steuernd eingreifen. Einzelne Regulierungsentscheidungen können geschäftshemmend ausfallen. Es besteht grundsätzlich Unsicherheit darüber, wie künftige Regulierungsentscheidungen ausfallen. Andererseits besteht jedoch auch die Chance, dass die Bundesnetzagentur Entgelte für Vorleistungen wie Teilnehmer-Anschlussleitung (TAL), Festnetz- und Mobilfunkterminierung sowie den Bitstream-Zugang im Sinne eines stärkeren Wettbewerbs reguliert bzw. neu festlegt und sich daraus positive Effekte für die Geschäftsentwicklung ergeben.

Chancen und Risiken im Markt und Wettbewerb

Die Entwicklung der Beschaffungs- und Absatzmärkte, die Wettbewerbssituation sowie weitere, die Nachfrage bestimmende Faktoren wirken in unterschiedlichem Ausmaß auf die Gesellschaften im SWK-Konzern ein.

Im Geschäftsfeld Energie und Wasser haben insbesondere die Verhältnisse auf den Strom- und Gasmärkten erhebliche Auswirkungen auf die Ertragskraft. Die entscheidenden Parameter wie Öl-, Kohle-, CO₂-, Strom- und Gaspreise unterliegen erheblichen Schwankungen bei einem zwar leicht gestiegenen, aber immer noch niedrigen Strompreisniveau. Große Auswirkungen hat diese Preisentwicklung insbesondere auf die Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugungsanlagen. Bei einem Rückgang der Margen aus der Stromvermarktung besteht das Risiko, dass neben den negativen Auswirkungen auf die Wertschöpfung weitere Wertberichtigungen auf Erzeugungsanlagen notwendig sein können. Umgekehrt können ein Anstieg der Strompreise beziehungsweise der Margen und/oder die Einführung von entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Verbesserung der Wertschöpfung aus der Erzeugung führen.

Bei der Energiebeschaffung sind Marktpreis- und Mengenrisiken von größerer Bedeutung. Marktpreisrisiken sind überwiegend Volatilitätsrisiken. Diese werden mithilfe des Value-at-Risk-Ansatzes (VaR) bewertet, limitiert und überwacht. Der VaR gibt den wertmäßigen Verlust einer Risikoposition an, der mit einer gegebenen Wahrscheinlichkeit innerhalb eines definierten Zeitraums nicht überschritten wird. Sowohl die maximale offene Position als auch der Wert des VaR sind für die jeweiligen Risikoklassen im Regelwerk der RheinEnergie Trading fixiert. Mengenrisiken entstehen durch den Abschluss von Liefer- beziehungsweise Abnahmeverpflichtungen, insbesondere dann, wenn die aus den Verträgen resultierenden Mengen nicht back-to-back eingedeckt werden. Grundsätzlich kann es zu einer möglichen Abweichung zwischen der gelieferten physischen Energiemenge und der geplanten beziehungsweise prognostizierten und gegebenenfalls gehedgten Menge kommen. Die Gründe für eine Abweichung liegen vornehmlich in der Prognose des klimabedingt oder konjunkturbedingt schwankenden Energieverbrauchs. Die Prognosegüte wird durch die RheinEnergie Trading regelmäßig überwacht und optimiert.

Der große Kreis von Anbietern und die damit einhergehende Intensivierung des Wettbewerbs werden auch in Zukunft zu weiteren Kunden- und damit auch Mengen- und Margenverlusten im Geschäftsfeld Energie und Wasser führen. Zunehmend an Bedeutung gewinnt im Vertriebsgeschäft die Aufgabe, verloren gegangene Kunden zurückzugewinnen und insoweit Marktanteile zu stabilisieren oder zu erhöhen. Der Verlust von Konzessionen kann zum Ausfall von Netzentgelten und Betriebsführungserlösen führen. Aus vertrieblicher Sicht droht mittelbar der Verlust des Grundversorgerstatus.

Im Geschäftsfeld ÖPNV gibt es zum Berichtsstichtag keine konkreten Marktpreisrisiken. Der demografische Wandel, der Klimawandel und veränderte Wertvorstellungen – vor allem der jüngeren Generation – sowie die aktuelle Diskussion um Dieselfahrverbote, emissionsfreie Antriebe und neue, solidarisch finanzierte Tarifmodelle werden die Bedeutung des ÖPNV weiterhin erhöhen. Dies stellt für die KVB eine wesentliche Chance dar, die zugleich mit neuen Herausforderungen verbunden ist.

Im Geschäftsfeld Hafenumschlag und Güterverkehr sind die globale Wirtschaftsentwicklung und konjunkturell bedingte Nachfrageschwankungen wesentliche Risikofaktoren. Sie erschweren eine belastbare Auftrags- und Umsatzprognose sowie die damit einhergehende Kapazitätsplanung. Trotz vorhandener Überkapazitäten kann es dadurch zu temporären Kapazitätsengpässen und einem überdurchschnittlichen Anstieg der variablen Kosten, beispielsweise der Frachtkosten, kommen. Risiken für die Eisenbahnverkehre ergeben sich neben konjunkturellen Schwankungen aus einem Wettbewerbsumfeld, in dem nicht nur die Verkehrsträger miteinander konkurrieren, sondern auch die großen Staatsbahnen international Marktanteile hinzugewinnen wollen. Dies hat in der Vergangenheit zu einem verstärkten Preiswettbewerb und einer Verringerung der Zahl der Eisenbahnverkehrsunternehmen geführt. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die zunehmende Bedeutung kostengünstiger Lkw-Flotten aus den neuen EU-Staaten und die massive Senkung der Dieselpreise; beide Einflüsse verringern die Wettbewerbsfähigkeit der Eisenbahn gegenüber dem Lkw deutlich. Chancen bieten dagegen regionale Kooperationen, wie sie zum Beispiel die HGK und die Neuss-Düsseldorfer Häfen sowie ihre gemeinsame Gesellschaft RheinCargo seit einigen Jahren praktizieren. Diese ermöglichen eine effizientere Nutzung der Umschlagflächen in den Häfen und eine Ausweitung des Angebots von Eisenbahnverkehrsleistungen.

Das Geschäftsfeld Telekommunikation ist in seinen Märkten weiterhin mit starkem Wettbewerb, großem Preisdruck, wachsendem Bandbreitenbedarf und einer hohen Wechselbereitschaft der Kunden konfrontiert. Die Folgen sind höhere Aufwendungen sowohl für die Akquisition von Neukunden als auch für die Kundenbindung und damit Risiken für die Ertragslage. Bezüglich des stark steigenden Bandbreitenbedarfs ist das Geschäftsfeld jedoch für neue Herausforderungen gut positioniert. Die eigenen Hochleistungsinfrastrukturen FTTB und HFC (Hybrid Fiber Coax) ermöglichen eine Alleinstellung bei Leistungsumfang und -qualität. Aufgrund der Erweiterung des Produktportfolios unter anderem um Cloud-Dienste und Dienstleistungen rund um die IT-Sicherheit, die von der Tochtergesellschaft NetCologne IT Services GmbH angeboten werden, ergeben sich Chancen, den Umsatz im Bereich Geschäftskunden durch Cross-Selling nachhaltig zu steigern.

Operative Chancen und Risiken

Die in der Produktion eingesetzten Anlagen und Prozesse sind relevante Erfolgsfaktoren. Aus der Verfügbarkeit der Anlagen sowie der Effizienz und Qualität der definierten Prozesse können sich Chancen und Risiken in diesem Bereich ergeben.

Chancen ergeben sich im Geschäftsfeld Energie und Wasser insbesondere aus Projekten, mit denen Potenziale zur Prozessverbesserung sowie zur Effizienzsteigerung identifiziert und ausgeschöpft werden. Die RheinEnergie hat hierzu ein Benchmarking-Projekt durchgeführt, auf dessen Grundlage im Geschäftsjahr 2017 diverse kostensenkende und effizienzsteigernde

Maßnahmen identifiziert wurden, die in den Jahren ab 2018 umgesetzt werden sollen. Außerdem hat die RheinEnergie im Rahmen ihres Strategiechecks eine Reihe von neuen Geschäftsfeldern identifiziert, die sich aus der grundlegenden Veränderung der Energiemärkte ergeben und die in den Jahren ab 2018 konsequent mit entsprechenden Ergebnispotenzialen entwickelt werden sollen. Damit beabsichtigt die RheinEnergie, zukünftig Marktchancen laufend und frühzeitig zu erkennen sowie Risiken rechtzeitig entgegenzuwirken.

Grundlage für die Ausübung der Geschäftstätigkeit eines Energieversorgungsunternehmens sind technologisch anspruchsvolle und komplexe Anlagen. Trotz umfangreicher Vorsorge etwa durch entsprechende Kontrollen, Wartungen oder Betriebsführungskonzepte können sich Risiken durch den Ausfall dieser Einheiten aus den unterschiedlichsten Gründen, beispielsweise durch Alter oder Witterung, ergeben. Die Abwicklung vieler Prozesse erfolgt durch moderne und sehr komplexe IT-Systeme. Trotz hoher Sicherheits- und Wartungsstandards können sich insbesondere vor dem Hintergrund steigender Risiken durch Angriffe Dritter Einschränkungen der Nutzbarkeit und Verfügbarkeit dieser Systeme ergeben.

Im ÖPNV setzt die KVB ihre Fahrzeuge und technischen Anlagen mit einem hohen Grad an Zuverlässigkeit und Sicherheit sowie unter Berücksichtigung gegebener Umweltstandards ein. Technischen Ausfallrisiken sowie umweltbezogenen Risiken (wie zum Beispiel einem möglichen Jahrhunderthochwasser) begegnet das Unternehmen mit einer permanenten Verbesserung der technischen Standards.

Im Geschäftsfeld Hafenumschlag und Güterverkehr könnten aufgrund von Arbeitskräftemangel nicht mehr alle von Kunden nachgefragten Zugfahrten durchgeführt werden. Hierdurch könnten Umsatzeinbußen oder Zusatzkosten durch Kurzfristdispositionen entstehen. Neben verstärkter Ausbildung, Fortbildung und Akquirierung von eigenem Personal für außerregionale Standorte und Zugfahrleistungen nutzt die RheinCargo auch Personaldienstleister mit Triebfahrzeugführern.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation bestehen operative Risiken aufgrund der Substitution der klassischen Festnetztelefonie durch Telefonie über Mobilfunk, Social-Media-Plattformen oder über Fernsehkabel. Die Produkte der Informations- und Telekommunikationsbranche sind überdies teilweise schnelllebig und unterliegen einer hohen Komplexität und Dynamik. Dies führt bei NetCologne und NetAachen zu einem permanenten Innovations- und Investitionsdruck bei einem verkürzten Zeitfenster für die Amortisation.

Finanzielle Chancen und Risiken

Das an den Finanzmärkten anhaltend niedrige Zinsniveau birgt für SWK-Gesellschaften Chancen und Risiken gleichermaßen: Ein Anstieg der Zinsen würde einerseits die Kreditkosten verteuern, was vor allem Gesellschaften mit ausgeprägter Investitionstätigkeit mittel- und langfristig belasten würde. Bilanziell würden hingegen langfristige Rückstellungen dann günstiger bewertet und die Verzinsung der im Konzern gehaltenen Liquidität würde sich erhöhen. Darüber hinaus begrenzen die SWK und ihre Tochtergesellschaften Zinsänderungsrisiken durch eine fristenkongruente Finanzierung, die Nutzung unterschiedlicher Zinsbindungsfristen sowie in Einzelfällen auch durch den Einsatz von Zinsderivaten.

Aufgrund des Einsatzes eines zentralen Cash-Pooling-Systems, einer vorausschauenden Liquiditätsplanung sowie einer ausreichenden Verfügbarkeit an Kreditlinien werden Liquiditätsrisiken im Konzern als gering eingestuft. Gleiches gilt auch für Währungsrisiken, da die Geschäftsaktivitäten im Wesentlichen national ausgerichtet sind und die Absatz- und Beschaffungsprozesse fast ausschließlich in Euro abgebildet werden.

Im ÖPNV bestehen finanzielle Risiken aus dem Unglücksfall Waidmarkt nach heutiger Einschätzung nicht, da den entstehenden Mehrkosten und eventuell gegen die KVB gerichteten

Schadenersatzansprüchen in gleicher Höhe Ausgleichsansprüche gegen Dritte beziehungsweise die Stadt Köln gegenüberstehen.

Keine bestandsgefährdenden Risiken

Unter Berücksichtigung der gegebenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand eines Konzernunternehmens oder des Konzerns gefährden. Derartige Risiken sind aus heutiger Sicht auch für die absehbare Zukunft nicht zu erkennen.

Prognosebericht

Der Lagebericht und die weiteren Bestandteile dieses Konzernabschlusses enthalten Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der Konzerngesellschaften beziehen. Diese Aussagen stellen Einschätzungen dar, die auf Basis aller zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Eine verlässliche Prognose lässt sich aus heutiger Sicht aufgrund von Ungewissheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen, regulatorischen, technischen und wettbewerbsbezogenen Entwicklungen jedoch nicht abgeben.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Mit dem für das Jahr 2018 von der Bundesregierung projizierten, erneut deutlichen Wachstum von 2,4 % würde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereits das neunte Jahr in Folge zunehmen. Der Aufschwung stützt sich mittlerweile auf eine breite binnen- und außenwirtschaftlich fundierte Basis. Der Beschäftigungsaufbau dürfte durch das knapper werdende Arbeitskräfteangebot etwas weniger schwungvoll verlaufen, die Arbeitslosenquote jedoch trotzdem weiter auf 5,3 % sinken. Für Arbeitgeber wird es in vielen Branchen und Regionen schwieriger, die offenen Stellen in ihren Unternehmen erfolgreich zu besetzen. Die realen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer werden gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 2,9 % steigen.

Energie und Wasser

Energiepolitische Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2018 wird erwartet, dass sich die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten im Rahmen der sogenannten Verhandlungen auf einen Schlusskompromiss für die Legislativvorschläge des Pakets „Saubere Energie für alle Europäer“ einigen werden. Weitere energiepolitische Entwicklungen auf europäischer Ebene sind 2018 angesichts der Europawahlen im Jahr 2019 nicht mehr zu erwarten.

Auf nationaler Ebene hängen die energiepolitischen Entwicklungen maßgeblich von der neu gebildeten Regierung ab. Erwartet werden Gesetzesvorschläge zur Reform der Finanzierung der Energiewendekosten, zur Sicherstellung der Erreichung der deutschen Energie- und Klimaziele, z.B. durch einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung, zur Umsetzung der Wärmewende und zur Förderung der Sektorenkopplung.

Ausblick zur Geschäftsentwicklung

Nach den in den letzten Jahren erzielten Erfolgen bei der Gewinnung von neuen Konzessionen in der rheinischen Region hat sich die RheinEnergie das Ziel gesetzt, die bestehenden Konzessionen zu erhalten und bei entsprechender strategischer und wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit auch neue Konzessionen im regionalen Umfeld zu gewinnen.

Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit mit anderen Energieversorgungsunternehmen weiter intensiviert und Dienstleistungen im Bereich der immer komplexer werdenden energiewirtschaftlichen Prozesse ausgebaut werden. Maßgebender Treiber dieser Kooperationen ist die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit für die beteiligten Partner. Geografisch wird auch hier die Region im Vordergrund des Interesses stehen.

Das Geschäftsfeld Energie und Wasser plant für das Geschäftsjahr 2018 einen Umsatz (ohne Strom- und Energiesteuer) auf Vorjahresniveau. Im Vordergrund der Investitionstätigkeit steht neben laufenden Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Öffentlicher Personennahverkehr

Für das Jahr 2018 wird damit gerechnet, dass die Nachfrage nach Leistungen des ÖPNVs wie in den Jahren zuvor weiter zunimmt. Analog geht die Planung der KVB von einem im Wesentlichen auf Neukunden gestützten leichten Anstieg der Fahrgastzahlen aus. Auf der Basis eines Beschlusses von VRS-Beirat und VRS-Zweckverband erhöhte die KVB die Ticketpreise zum Jahresbeginn 2018 durchschnittlich um 1,1 %, um die zusätzlichen Belastungen aus steigenden Lohn- und Materialkosten kompensieren zu können.

Das Geschäftsfeld ÖPNV plant für das Geschäftsjahr 2018 gegenüber dem Vorjahr konstante Umsatzerlöse.

Die Investitionsschwerpunkte, die überwiegend dem Ziel der Bindung und Hinzugewinnung von Fahrgästen dienen, werden neben den bereits in Betrieb genommenen Teilabschnitten der Nord-Süd Stadtbahn (Anteil: rund 16 %) die Ersatzbeschaffung von Bussen und Bahnen (Anteil: rund 29 %) und der Ausbau der Infrastruktur (übriger Strecken- und Haltestellenausbau; Anteil: rund 32 %) sein. Das übrige Investitionsvolumen verteilt sich auf verschiedene sonstige Projekte.

Hafenumschlag und Güterverkehr

Die Weiterentwicklung des Unternehmensverbundes steht im Mittelpunkt der strategischen Überlegungen für die nächsten fünf Jahre. Ein elementarer Baustein in diesem Konzept ist die Entwicklung des Industrieparks Köln Nord. Die Freiflächen im Industriepark Nord schließen unmittelbar an das bestehende KLV Terminal der HGK an. Das Terminal wurde in einer ersten Ausbaustufe vor wenigen Jahren ausgebaut und in Betrieb genommen. Die Erweiterung des Terminals um zunächst eine weitere Ausbaustufe ist planerisch abgeschlossen und soll Ende 2019 in die erweiterte Inbetriebnahme gehen.

Mit Blick auf das operative Geschäft wird für 2018 erwartet, dass sich Verkehrsaufkommen und Transportleistung im Eisenbahngüterverkehr in etwa auf dem Niveau des Berichtsjahres stabilisieren. Ähnlich sehen die Prognosen für die Binnenschifffahrt aus. Die Transportleistungen werden gegenüber 2017 nur geringfügig ansteigen.

Vor diesem Hintergrund plant das Geschäftsfeld Hafenumschlag und Güterverkehr für 2018 mit gegenüber dem Vorjahr stabilen Umsatzerlösen. Aufgrund der Erweiterung des KLV Terminals Köln-Nord wird sich das Investitionsvolumen der HGK deutlich erhöhen.

Telekommunikation

Die flächendeckende Versorgung mit breitbandigem Internet kommt in Deutschland nur stockend voran. Die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele für 2014 und 2018 (75 % beziehungsweise 100 % Abdeckung mit 50 Mbit/s) wurden beziehungsweise werden absehbar verfehlt. Trotzdem steigen die im Netz transportierten Datenmengen und damit die von Geschäftskunden und Haushalten nachgefragten Anbindungskapazitäten weiter stetig. Daher gilt es, die Glasfaserinfrastruktur in Richtung Teilnehmer zu erweitern, vorhandene Accessnetze sinnvoll zu integrieren und zu ertüchtigen. Demzufolge werden NetCologne und NetAachen im Rahmen der Multi-Access-Strategie die Flächendeckung des Glasfasernetzes in ihrem jeweiligen Wirkungsgebiet deutlich ausweiten, zusätzliche kompakte Wohnanlagen der Wohnungswirtschaft über hybride Glasfaser- und Koaxialnetze (HFC) erschließen sowie die FTTC-Abdeckung insbesondere im Nahbereich vorantreiben.

Die neuen IP-Technologien sind eingeführt und können für neue innovative Anwendungen wie zum Beispiel Cloud-Dienste (Online Backup, Online Storage, ComCenter) und Media Services (Video on Demand, Interaktive Services, Gaming) genutzt werden. Auch im FTTB-Umfeld werden Innovationen konsequent vorangetrieben. Mit Einführung von G.fast werden zukünftig Bandbreiten bis zu 1.000 Mbit/s im FTTB-Bereich erwartet.

Das Geschäftsfeld plant für 2018 einen moderaten Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr.

Abfallentsorgung und -verwertung

Um auch in Zukunft nachhaltig positive Ergebnisse erwirtschaften zu können, gilt es für die AWB zum einen, das in den letzten Jahren erreichte Effizienzniveau zu festigen und zu verbessern. Zum anderen will das Unternehmen seine Marktposition als kundenorientierter Dienstleister kontinuierlich stärken. Auf Grund der städtebaulichen Entwicklung in Köln, insbesondere im Zusammenhang mit der Erneuerung der Fachhochschule in Deutz, ergeben sich Einflüsse auf die zukünftige Betriebsstruktur der AWB. So wird der derzeitige Standort in der Gießener Straße aufgegeben und ein neuer Betriebshof in der Christian-Sünner-Straße errichtet. Vor diesem Hintergrund plant das Geschäftsfeld/die AWB für das Jahr 2018 mit einem starken Anstieg ihrer Investitionstätigkeit und moderat steigenden Umsatzerlösen.

Nachdem die Anliefermenge an Haus- und Sperrmüll im Vorjahr nach vielen Jahren erstmals wieder leicht angestiegen war, blieb sie nahezu unverändert. Ob sich diese Seitwärtsentwicklung festigt, kann nur abgewartet werden. Steigende Einwohnerzahlen in der Stadt Köln sprechen mittelfristig für einen Anstieg dieser Mengen. Die Intensivierung der getrennten Sammlung von Bioabfällen und anderen Wertstoffen könnte diesem jedoch entgegenwirken. Die AVG geht für 2018 davon aus, dass ihre Anlagen insgesamt gut ausgelastet sein werden. Dazu trägt auch der Entsorgungsvertrag mit der Stadt Köln maßgeblich bei. Jedoch erfordert die Volatilität der Märkte unternehmerische Flexibilität bei der Akquise von Drittmengen, sowohl von Kommunen als auch im europäischen Ausland. Die Bemühungen zusammen mit den Nachbarn der Deponie Vereinigte Ville weiteres Deponievolumen zu erschließen, werden fortgesetzt. Eine deutliche Erhöhung des verfügbaren Restvolumens durch Planung eines geänderten Geländeprofiles bildet dabei die Basis der Überlegungen. Aufgrund der wesentlichen Änderung wird ein Planfeststellungsverfahren erforderlich werden.

Das Geschäftsfeld plant für 2018 ein gegenüber dem Berichtsjahr stabilen Umsatzverlauf.

Konzern

Der SWK-Konzern plant für 2018 konsolidierte Umsatzerlöse, die mit mindestens 5 Mrd. € das Niveau des Berichtsjahres wieder erreichen sollen. Die Investitionsplanung sieht für 2018 ein weiter ansteigendes Volumen auf über 400 Mio. € vor, wobei die Investitionsschwerpunkte weiterhin in den Geschäftsfeldern Energie und Wasser sowie Öffentlicher Personennahverkehr liegen werden. Die Investitionen werden über Eigenmittel (im Wesentlichen ist dies der operative Cashflow), Zuschüsse und die Aufnahme langfristiger Darlehen finanziert. Der Konzernjahresüberschuss wird voraussichtlich in einer Bandbreite zwischen 65 und 75 Mio. € liegen. Während die Ergebnisbeiträge aus den Geschäftsfeldern Energie und Wasser, Hafenumschlag und Güterverkehr sowie Telekommunikation stabil gegenüber dem Berichtsjahr prognostiziert werden, wird in den Geschäftsfeldern ÖPNV sowie Abfallentsorgung und -verwertung mit Ergebnisrückgängen gerechnet.

Holding

Die SWK GmbH plant für 2018 einen Jahresüberschuss von rund 57 Mio. €, der damit rund 12 Mio. € unter dem Jahresergebnis 2017 in Höhe von 69 Mio. € liegen wird.

Im Vergleich zum Berichtsjahr sind in der Planung Sondereffekte eliminiert, von denen 2017 insbesondere die Ergebnisabführungen der GEW und der AWB positiv beeinflusst waren. Während die Ergebnisabführungen der GEW und der HGK in etwa stabil bleiben sollten, plant die AWB für 2018 einen niedrigeren Ergebnisbeitrag. Gleichzeitig werden die Verlustübernahmen für die KVB und die KölnBäder ansteigen.

Aus dem geplanten Jahresüberschuss für 2018 soll die Gesellschafterin Stadt Köln eine Ausschüttung von rund 48 Mio. € erhalten.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der AWB GmbH

Erfolgsplan	Plan 2018 Tsd. €	Plan 2017 Tsd. €
Umsatzerlöse	161.558	157.026
Sonstige betriebliche Erträge	2.403	1.340
Betriebsleistung		158.366
Materialaufwand	18.892	18.818
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.043	9.168
Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.850	9.650
Personalaufwand	103.136	99.430
Löhne und Gehälter	87.472	84.219
soziale Abgaben und Aufwendungen Altersversorgung	15.663	15.211
Abschreibungen	10.194	9.527
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.164	11.736
Summe o. g. Aufwendungen	144.386	139.511
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.156	17.156
Ertragssteuern	6.654	6.348
sonstige Steuern	327	302
Jahresüberschuss	11.003	10.506

Bilanz der AWB GmbH

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Immat.					
Vermögensgegenstände	396	416	214	264	262
Sachanlagen	77.023	75.221	70.836	70.486	69.771
Finanzanlagen	510	575	676	719	755
Umlaufvermögen:					
Vorräte	1.261	1.275	1.253	1.181	1.213
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	16.930	15.532	19.382	31.712	33.108
Flüssige Mittel	19	30	24	860	832
Rechnungsabgrenzung	331	256	300	215	198
Summe	96.469	93.305	92.686	105.438	106.139
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Kapitalanteile	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Gewinnrücklagen	5.926	5.926	5.926	5.926	5.926
Verlustvortrag	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	14.721	13.505
Rückstellungen	50.803	52.118	46.667	45.139	42.651
Verbindlichkeiten	24.741	20.262	25.093	24.652	29.058
Rechnungsabgrenzung				0	0
Summe	96.469	93.305	92.686	105.438	106.139

GuV der AWB GmbH

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €
Umsatzerlöse	158.891	153.170
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	115
Sonstige betriebliche Erträge	7.992	2.131
Materialaufwand	18.318	17.819
Personalaufwand	96.341	91.395
Abschreibungen	9.544	8.183
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.304	12.161
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	70	119
Steuern vom Einkommen und Ertrag	9.985	8.178
Sonstige Steuern	281	259
Jahresüberschuss	0	0

1. Grundlagen der unternehmerischen Tätigkeit

1.1 Umfeld und Geschäftsmodell des Unternehmens

Auch im Jahr 2017 haben wir unsere in den vergangenen Jahren aufgebauten Geschäftsaktivitäten weiter gefestigt und in vielen Bereichen ausgebaut. Dabei steht die Geschäftsbeziehung mit der Stadt Köln naturgemäß im Vordergrund. Neben dem Ausbau der Leistungen und damit der Umsatzerlöse konnten wir die Erträge aus der Altpapierentsorgung weiterhin auf einem relativ hohen Niveau halten und die Kosten der Leistungserbringung, vornehmlich die Sachkosten, unter den Planwerten halten.

Weiterhin unverändert sind die rechtlichen Grenzen für den Auftritt im Wettbewerb, die durch § 107 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung und durch europäisches Recht gezogen werden. Damit werden die Stadt Köln und die dazugehörenden Unternehmen strukturell Hauptauftraggeber der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (AWB) bleiben. Allerdings sind hier durchaus noch zusätzliche Aufträge, zum Beispiel durch die Zusammenfassung von Reinigungsleistungen in Köln oder die Ausweitung unseres Servicespektrums, denkbar.

Unsere Strategie einer nachhaltigen Verbesserung der Kosten- und Leistungsstruktur bei gleichzeitiger Optimierung unserer Wirtschaftlichkeit haben wir auch im Jahr 2017 konsequent weiterverfolgt. Unverändert leistet die AWB gemeinsam mit der Stadt Köln einen wichtigen Beitrag dazu, Köln auch langfristig als Millionenmetropole attraktiv für Bürger und Besucher zu gestalten.

1.2 Ziele und Strategien

Die Schwerpunkte der Geschäftsentwicklung lagen 2017 im Sinne einer kontinuierlichen Leistungsverbesserung auf der nachhaltigen Optimierung der Kosten- und Leistungsstruktur sowie dem Ausbau des Leistungsspektrums. Dabei stand neben den vielfältigen Aufgaben, die sich durch unser breites Dienstleistungsspektrum ergaben, und zusätzlich zu dem Programm zur Qualitäts- und Servicesteigerung („AWB 2018“) auch weiterhin das Thema Nachhaltigkeit im Mittelpunkt des Handelns und Gestaltens.

1.2.1 Vertriebliche Aktivitäten

1.2.1.1 Aktiv für Köln

Im Rahmen von „Aktiv für Köln“ – der Kampagne der AWB, um Abfälle zu vermeiden sowie mehr Abfälle wieder zu verwenden und zu verwerten – wurden im vergangenen Jahr erneut zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Hierzu zählen die Themen wie „Tonne als Kommunikationsmittel“, „Coffee to go“, die Bewerbung der Tauschbörse und ihre Integration in die AWB App, neue Flyer zum Thema Lebensmittelverschwendung und die Vorbereitung der nächsten Biotonnen-Kampagne.

1.2.1.2 Stadtbild- bzw. Infrastrukturmaßnahmen

Innovative Papierkörbe

Die im Jahr 2016 mit einem Pilotversuch gestartete Initiative für innovative Papierkörbe an stark frequentierten Standorten wurde 2017 weiterverfolgt und konkretisiert. Seit dem 15. Juli 2017 werden in Köln elf neue Abfallbehälter, sogenannte „Solar-Press-Haie“, getestet. Der „Solar-Press-Hai“ ist ein mit einem Solarmodul ausgestatteter, selbstpressender Straßenpapierkorb, der die drei- bis siebenfache Müllmenge eines normalen Straßenpapierkorbs aufnehmen kann. Aufgestellt wurden diese neuen Papierkörbe an besonders stark frequentierten Standplätzen rund um den Kölner Dom, auf den Ringen sowie am Barbarossa- und am Chlodwigplatz. In einem bis Ende 2018 dauernden Pilotversuch wird hier getestet, ob durch den Einsatz selbstpressender Behälter, die Sauberkeit im Straßenland verbessert werden kann und wie sich die neuen Behälter in der Praxis bewähren.

Domumfeld

Im Oktober 2017 wurde mit der Stadt Köln eine Erhöhung der Reinigungsleistungen im Domumfeld vereinbart. Durch diese Erweiterung entsteht eine deutliche Qualitätsverbesserung in diesem Bereich der Innenstadt. Des Weiteren führen wir regelmäßige Kaugummientfernungen und punktuelle Intensivreinigungen durch.

Toiletten

Das Geschäftsfeld „Toiletten“ wurde mit zwei neu eröffneten City Toiletten in Porz-Urbach (Eröffnung 10.01.2017) und Longerich (Eröffnung 17.02.2017) weiter ausgebaut. Die Gesamtnutzerzahl stieg hierdurch erneut an und liegt inzwischen bei rund 1,2 Mio. Nutzern pro Jahr, rund 20% mehr als im Vorjahr. Für 2018 sind drei weitere Citytoiletten und sieben neue Mobiltoilettenstandorte geplant.

Grill-Scouts

In den Sommermonaten verlagern sich Freizeitaktivitäten immer stärker in den öffentlichen Raum, insbesondere in die Grünanlagen. Seit 2011 setzt die AWB daher sogenannte „Grill-Scouts“ ein, die im Jahr 2017 an Schönwetter-Wochenenden von April bis Oktober insgesamt 28 Aktionen zur Abfallvermeidung, Wertstoffsammlung und Sauberkeit durchgeführt haben. Dabei standen der Aachener Weiher, der Decksteiner Weiher, der Beethovenpark, der Volksgarten, die Poller Wiesen, die Rodenkirchener Riviera, die Zündorfer Groov und der Olof-Palme-Park im Fokus. In der gesamten Saison wurden über 50.000 Kontakte verzeichnet und sogenannte „After-Grill-Büggel“ für eine ordnungsgemäße Entsorgung der Feierhinterlassenschaften verteilt.

Grillaschebehälter

Eine weitere Maßnahme zur verbesserten Reinhaltung von Grünanlagen sind die in den letzten Jahren an bisher 30 Standorten aufgestellten Grillaschebehälter, die Kölner Bürgern zur Entsorgung von Grillasche genutzt können. Für 2018 werden an zehn weiteren Standorten Grillaschebehälter aufgestellt.

Aktion „Kölle putzmunter“

Wie in den Vorjahren übernahm die AWB die Koordination und Logistik der ganzjährigen Aktion „Kölle putzmunter“. Die wichtigsten Kooperationspartner der AWB waren die Stadt Köln und die Zeitung „Express“. Im Jahr 2017 gab es 180 Maßnahmen, an denen sich 104 Vereine und Institutionen, 56 Schulen und 23 Kindertagesstätten beteiligten. Dabei wurden ca. 350 m³ Müll gesammelt.

Vermarktungsniveau für Sekundärrohstoffe

Das Preisniveau der Rohstoffmärkte blieb auch 2017 unverändert niedrig und volatil. Besonders das drohende Importverbot Chinas für 24 Abfallarten, insbesondere gemischte Kunststoffabfälle, hat die Erlöse für solche Sekundärrohstoffe einbrechen lassen.

Die Erlöse für Altpapier sind im 2. und 3. Quartal 2017 zunächst angestiegen, im 4. Quartal hingegen wieder deutlich gesunken. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die ausstehende Erneuerung vieler Importlizenzen sowie das geplante Importverbot für gemischtes Altpapier in China zurückzuführen. Durch den Einbruch des Exportgeschäftes wurden zusätzliche Mengen auf dem Inlandsmarkt freigesetzt, die zu einer Reduzierung der Preise führten.

Der Verwertungspreis für Alttextilien blieb 2017 auf anhaltend niedrigem Niveau, vor allem wegen einer tendenziell geringeren Nachfrage auf den Absatzmärkten. Durchschnittlich lagen die Preise rund 2%-Prozentpunkte unter dem Niveau des Vorjahres 2016.

Die Erlöse für Elektroaltgeräte, insbesondere Haushaltskleingeräte, sind seit 2013 auf ein anhaltend sehr niedriges Niveau gefallen.. Bei Haushaltsgroßgeräten ist seit Frühjahr 2017 ein leichter Aufwärtstrend festzustellen.

Im Markt für Mischschrotte ist ein leichter Aufwärtstrend erkennbar. Die Erlöse liegen jedoch noch immer auf einem relativ niedrigen Niveau.

1.2.1.3 Ablaufverbesserung und Kundennutzen

Interne Prozessoptimierung und Digitalisierung

Um die Wirtschaftlichkeit der internen Prozesse sicherzustellen und weiter auszubauen, wurden auch im Jahr 2017 ausgewählte Prozesse auf ihr Optimierungspotenzial hin untersucht. Die identifizierten Potenziale werden mit entsprechenden Maßnahmen sukzessive gehoben. 2017 lag hierbei der Fokus u.a. auf den Prozessen „Erstellung der Satzung und der Gebührenkalkulation“, „Stoffstrommanagement“, „Betreuung von Unterflurcontainern“, „Erledigung von Reparaturen“ sowie der Digitalisierung von internen Abläufen, z. B. bei dem Freigabeprozess von Rechnungen und der Erfassung von betrieblichen Leistungsdaten. Durch die voranschreitende Digitalisierung handelt es sich immer stärker um Projekte und Maßnahmen rund um den Einsatz der EDV. Die eingesetzten Soft- und Hardwarekomponenten müssen dabei optimal aufeinander abgestimmt sein.

AWB-Nachhaltigkeitsbericht

Die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien und damit die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Themen werden immer wichtiger, beispielsweise in der öffentlichen Vergabepraxis. Deshalb engagiert sich die AWB in der Nachhaltigkeitsinitiative großer kommunaler Unternehmen der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung. Die Initiative richtet ihren Branchenleitfaden an der Struktur des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes (DNK) aus. Dieser Standard bietet Unternehmen die Möglichkeit, ihre Nachhaltigkeitsleistungen anhand von 20 Kriterien und Leistungsindikatoren strukturiert zu erfassen, zu kommunizieren und zu managen. Erstmals basiert ein AWB-Nachhaltigkeitsbericht auf diesem Branchenleitfaden und ist nach den 20 Kriterien des DNK gegliedert. Der aktuelle AWB-Nachhaltigkeitsbericht umfasst die Jahre 2013 bis 2015 und wurde im Frühjahr 2017 erstmals ausschließlich digital publiziert.

Kundenkontakte im Service-Center

Die Anzahl der Kundenkontakte des Service-Centers lag 2017 bei fast 350.000. Der Trend der vorhergehenden Jahre, der eine zunehmende Verlagerung von der telefonischen Kontaktaufnahme hin zum Online-Kontakt zeigte, setzte sich weiter fort. 2017 betrug der Anteil der Online-Anfragen über 34%. Die Beantwortung erfolgte weit überwiegend noch am Eingangstag oder am folgenden Arbeitstag. Die telefonische Erreichbarkeit des Service-Centers lag im Jahresmittel bei nahezu 80%.

Beratungsangebote in den Stadtbezirken

Im Rahmen des Projektes „AWB-Sprechstunde in den Bezirken“ wurden 228 Standaktionen auf Kölner Wochenmärkten, in Baumärkten und in Lebensmittelmärkten durchgeführt. Die AWB beteiligte sich mit diesem Beratungsangebot auch an der „Aktion Biotonne Deutschland“, einer gemeinsamen Aktion von NABU, REWE, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, von Landesumweltministerien sowie zahlreichen Kommunen. Im persönlichen Gespräch mit den Beratern der AWB wurden mehr als 6.500 Kölner Bürger über die Themen Abfallvermeidung, Abfalltrennung und –verwertung informiert.

Crossmediale Kampagne

Im Frühjahr 2016 startete die AWB eine groß angelegte Imagekampagne, um den Slogan „EINFACH. SAUBER. BESSER“ nach außen zu kommunizieren. Nach dem großen Erfolg der beiden ersten Stufen „Hätten Sie gewusst?!“ und „AWB backstage“ wurde die Kampagne 2017 unter der Überschrift „Frag die AWB“ fortgeführt. Dabei wurden neben Zeitungsanzeigen, Radiowerbung und YouTube-Filme ergänzend auch die Facebook-Kanäle von „Express“ und Stadt Köln genutzt.

Das Ziel der Kampagne, das Image des Unternehmens nachhaltig zu verbessern, wurde laut den Ergebnissen der anschließenden Wirkungsanalyse erreicht.

Beratungsangebote „Sauberkeit in Köln“

Die AWB bietet zu den Themen Abfallvermeidung, Wertstoffsammlung und Sauberkeit in Tageseinrichtungen für Kinder sowie in Schulen und bei Erwachsenen kostenlose Beratungen und Führungen über einen AWB-Betriebshof an.

Insgesamt wurden mit diesen zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten in über 550 Beratungen und Aktionen und über 270 Betriebshofführungen rund 7.750 Erwachsene und knapp 20.000 Kinder erreicht.

1.2.2 Leistungserbringung und Produktivität

Das Jahr 2017 war für die Hauptleistungsbereiche der AWB Stadtreinigung und Abfallbeseitigung erneut durch die im Folgenden dargestellte Ausweitung der Aufgaben geprägt.

1.2.2.1 Leistungen der Abfallbeseitigung

Systemabfuhr (Restmüll- und Biomüllsammlung)

Im Rahmen der klassischen Systemabfuhr war die AWB im Jahr 2017 für die Leerung von rund 266.500 (Vorjahr rund 263.700) Gefäßen pro Woche verantwortlich. In dieser Zahl sind die Arzt- und die Biomüllgefäße enthalten. Bis Ende des Berichtsjahres hat die AWB im gesamten Stadtgebiet wöchentlich rund 82.500 (Vorjahr rund 79.700) Bio-Tonnen geleert. Es gelang, den Anschlussgrad der Bio-Tonne bis Ende 2017 nochmals leicht zu steigern. Er betrug rund 59 % (Vorjahr rund 58 %).

Dabei wurden rund 249.100 t (Vorjahr rund 251.500 t) Restmüll und ca. 48.100 t (Vorjahr rund 39.400 t) Biomüll im Kölner Stadtgebiet eingesammelt und über Straße sowie Schiene in die städtischen Entsorgungsanlagen transportiert. Daneben fielen insgesamt rund 41.900 t (Vorjahr rund 40.400 t) Sperrgut an, von denen die AWB rund 19.000 t (Vorjahr rund 18.700 t) im Rahmen des Holsystems einsammelte.

Abfuhr Altpapier- und Wertstofftonne

Am 31. Dezember 2017 betrug die Anschlussquote für die Blaue Tonne (Papiersammlung) 87,8 % (Vorjahr 87,4 %) und für die Gelbe Tonne (Wertstofftonne) 84,0 % (Vorjahr 83,4 %). Die gesammelte und verwertete Altpapiertonnage lag geringfügig über dem Vorjahreswert, ebenso die Sammelmengen aus den Wertstofftonnen.

Wertstoff-Center

In den Monaten Januar bis Dezember 2017 lieferten die Kunden insgesamt rund 22.900 t Sperrgut (Vorjahr rund 21.700 t) bei den Wertstoff-Centern an, aus denen 2017 rund 10.400 t Altholz (Vorjahr rund 9.600 t) separiert werden konnten.

Darüber hinaus nahmen AWB-Mitarbeiter dort wie im Vorjahr ca. 6.500 t Grünschnitt (Vorjahr rund 6.800 t) sowie rund 2.400 t Altmetall (Vorjahr rund 2.300 t) an. Die angebotene Abgabe von Papier, Pappe und Kartonagen nutzten die Kölner mit einer Anliefermenge von etwa 2.700 t (Vorjahr rund 2.400 t), was eine Steigerung um rund 300 t bedeutet.

1.2.2.2 Leistungen der Stadtreinigung

Die wöchentlichen Reinigungsmeter in der satzungsgemäßen Stadtreinigung beliefen sich im Jahr 2017 auf rund 8.840 Tsd. m (Vorjahr rund 8.760 Tsd. m). Damit konnte die Reinigungsleistung gegenüber dem Vorjahr erneut leicht gesteigert werden. Im öffentlichen Straßenland standen zum 31. Dezember 2017 insgesamt rund 14.100 Papierkörbe (Vorjahr rund 13.850) für die Aufnahme von Kleinabfällen zur Verfügung.

Zusätzlich wurden wie im Vorjahr nicht gewidmete Straßen und Straßen außerhalb geschlossener Ortslagen im Auftrag des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik auf einer Länge von insgesamt rund 1.780 Tsd. Reinigungsmetern gereinigt. Auch die satzungsgemäße Reinigungsverpflichtung des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen von insgesamt rund

100 Tsd. Reinigungsmetern wurde im Jahr 2017 erneut durch die Stadtreinigung der AWB übernommen.

Annähernd 1.600 Grünanlagen und Spielplätze wurden von Abfällen befreit. Dies beinhaltete die sogenannte „Picknickreinigung“, bei der je nach Notwendigkeit auch an Sonn- und Feiertagen in insgesamt 49 (Vorjahr 42) besonders stark frequentierten Anlagen Reinigungsarbeiten durchgeführt wurden.

Winterdienst

Der Winterdienst des Jahres 2017 war im Gegensatz zum Vorjahr von einer Vielzahl von Einsätzen geprägt. Sowohl zum Jahresbeginn im Januar als auch zum Jahresende im Dezember waren mehrere Volleinsätze erforderlich. In den übrigen Wintermonaten beschränkten sich die Einsätze im Wesentlichen auf Kontrollfahrten und vorbeugende Streuungen auf den Rheinbrücken und in den Außenbezirken der Stadt. Insgesamt mussten zur Glättebeseitigung rund 2.900 t Streusalz ausgebracht werden (Vorjahr rd. 380 t).

Sonstiges

Die zu den Aufgaben der AWB zählende städtische Altkleidersammlung führte unter Berücksichtigung von Mehrfachleerungen im Jahr 2017 zur Entleerung von insgesamt rund 800 Sammelcontainern wöchentlich.

Die Betreuung der öffentlichen Toilettenanlagen gehörte auch 2017 wieder zum Aufgabenbereich der Stadtreinigung. Die Anzahl der neuen City-Toiletten konnte auf insgesamt sieben ausgeweitet werden. Wie schon im letzten Jahr wurden auch im Sommerhalbjahr 2017 wieder 14 Mobiltoiletten in den Grünanlagen aufgestellt, bedarfsgerecht entsorgt und gereinigt.

1.2.2.3 Leistungen der Werkstatt

Die Kfz-Werkstätten Maarweg und Gießener Straße erbringen für ihre internen und externen Kunden ein breites Spektrum an Dienstleistungen. Neben Reparaturen, Wartungen, Nachrüstungen und Instandsetzungen gehören auch Außenmontagen, Hol- und Bringservice sowie Sondereinsätze und Bereitschaftsdienste zum Serviceangebot.

Durch personelle Umstrukturierungen konnte 2017 die Dienstleistungsqualität für die Kunden weiter gesteigert werden. An beiden Werkstattstandorten wurde, wie bereits in den vergangenen Jahren, weiter in die Mitarbeiterqualifikation und -entwicklung investiert. Außerdem wurden neue Prüf –und Diagnosegeräte angeschafft, um das Dienstleistungsangebot an den betreuten Fahrzeugen vollständig und kompetent abzudecken.

Kontinuierliche Anpassungen an die Bedürfnisse der Kunden und deren Verfahrensabläufe standen auch 2017 im Fokus.

Die Höhe der Auftragsstunden betrug insgesamt rund 63.600 Stunden (Vorjahr rund 63.400 Stunden).

Asset Management – optimale Nutzung von Gebäuden, Fahrzeugen und Geräten

Im Bereich des Gebäudemanagements standen neben der laufenden Betreuung des Gebäudebestandes im Wesentlichen Fragestellungen rund um den zu verlagernden Betriebshof Gießener Straße auf der Tagesordnung. Das Grundstück Gießener Straße wurde bereits im September 2016 verkauft. Ein Ersatzgrundstück wurde in Köln-Kalk in der Christian-Sünner-Straße erworben. Die Fertigstellung des neuen Betriebshofes ist für den 1. Juni 2020 geplant. Aktuell entspricht der Projektstatus dem Zeitplan.

Aufgrund der Entwicklung der AWB in den letzten Jahren sind sämtliche Standorte an die Grenzen ihrer Kapazitäten gestoßen. Daher sind neben dem Bau des neuen Betriebshofes Christian-Sünner-Straße auch für die anderen bestehenden Standorte überarbeitete Nutzungskonzepte zu erstellen.

Die AWB-Fahrschule hat 2017 verstärkt Weiterbildungen für die Stadt Köln angeboten. Sowohl eigene Mitarbeiter als auch Mitarbeiter der Stadt Köln haben erfolgreich an Lehrgängen zur Erlangung der qualifizierten Grundqualifikation wie auch der Fahrerlaubnis C/CE teilgenommen. Insgesamt stieg die Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr leicht an.

Im Berichtsjahr wurden für den Bereich der Abfallbeseitigung 15 Abfallsammelfahrzeuge, vier Abrollkipper, zwei Tonnenaustauschfahrzeuge sowie diverse Geräte und Container beschafft. Für die Stadtreinigung wurden neben diversen Gerätschaften sechs Kolonnenwagen, 22 Kehrmaschinen verschiedener Größen, zwei Kleintransporter (Elektro), zwei Radlader und vier LKW mit Wechselaufbauten für Sommer- bzw. Wintereinsatz erworben. Daneben wurden zehn PKW angeschafft, die im Bereich der Stadtreinigung und der Verwaltung eingesetzt werden.

2017 hat die AWB ihre bereits 2009 hinsichtlich ökologischer Gesichtspunkte, insbesondere in Bezug auf CO₂-Einsparungen formulierten ergänzenden Anforderungen an den Fuhrpark, weiter konsequent umgesetzt. Dies geschah vor allem durch den fortgesetzten Austausch von älteren Fahrzeugen. Im Bereich der Stadtreinigung wurden zwei Kleintransporter als Elektrofahrzeuge angeschafft.

Das Thema alternative Antriebe wird in der Zusammenarbeit mit anderen Städten und Verbänden mit Nachdruck weiterverfolgt.

1.3 Steuerungssystem

1.3.1 Qualitäts- und Risikomanagement

Ein zentraler Baustein unserer Geschäftspolitik ist und bleibt das Qualitätsmanagement (QM), das ebenso wie das Risikomanagement (RM) einen hohen Stellenwert im Steuerungssystem des Unternehmens besitzt. Das QM einschließlich der Vorgaben der Entsorgungsfachbetriebsverordnung sichert dabei qualitativ gute Dienstleistungen, während das RM einer eingehenden, systematischen Betrachtung und Steuerung der wirtschaftlichen Risiken des Unternehmens dient.

Die Qualität der Leistungen der AWB zeichnet sich durch hohe Kompetenz, große Bürger- und Kundennähe sowie ein ausgewogenes Preis-Leistungs-Verhältnis aus - unter Einhaltung der rechtlichen Vorgaben, von sozialverträglichen Arbeitsbedingungen und Umweltstandards.

Um diesen Ansprüchen bei stetig wachsenden Anforderungen an das Unternehmen gerecht zu werden, hat die AWB bereits im Jahr 2001 unter Einbeziehung der Vorgaben der Entsorgungsfachbetriebsverordnung ein integriertes Managementsystem gemäß DIN EN ISO 9001 (Qualitätsmanagement) eingeführt. Die AWB nutzt dieses von den externen Stellen überwachte System, um durch eine effektive Aufbau- und Ablauforganisation Fehlermöglichkeiten frühzeitig zu erkennen, deren Ursachen zu analysieren und das Auftreten von Fehlern durch geeignete Korrekturmaßnahmen zu verhindern.

Seit dem Jahr 2001 ist die AWB als Entsorgungsfachbetrieb nach der Entsorgungsfachbetriebsverordnung und nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Das Ende Mai 2017 durchgeführte Transitionsaudit von der ISO- Norm 9001:2008 zur ISO-Norm 9001:2015 wurde im ersten Anlauf bestanden und das entsprechende Zertifikat nach der neuen Norm DIN EN ISO 9001:2015 für drei Jahre erteilt. Parallel wurde die AWB auch als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert.

Basierend auf der Richtlinie des Risikomanagements hat die AWB auch 2017 die bestehenden wirtschaftlichen Risiken kontinuierlich bewertet und die Risikokalkulationen überprüft. Die Risikoträger und der Risikomanager beachten bei der Identifikation, der Steuerung und der Meldung der Risiken die risikopolitischen Grundsätze des Stadtwerke Köln Konzerns. Mit der 2013 erfolgten Einführung einer Risikomanagement-Standardsoftware durch die Stadtwerke Köln GmbH wurden auch die Risikomanagement-Prozesse der AWB weiter optimiert. Diese Softwarelösung wird zur Sicherstellung eines effizienten, effektiven und konzerneinheitlichen Risikomanagement-Prozesses genutzt. Auf ihrer Grundlage werden die in der Richtlinie beschriebenen Standards und Prozesse abgebildet und unterstützt sowie die quartalsweisen Risikomeldungen standardisiert durchgeführt.

Auf die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung wird im Abschnitt 3, dem Chancen- und Risikobericht, dieses Lageberichts gesondert eingegangen.

1.3.2 Compliance-Management

Elementarer Bestandteil einer Unternehmenskultur ist integriertes und verantwortungsvolles Handeln. Die sich hieraus ableitenden Grundsätze gelten für alle Beschäftigten der AWB. Zur nachhaltigen Sicherstellung von integrem Verhalten wurde bei der AWB schon im Jahr 2009 ein Compliance-Management-System eingeführt. Dieses besteht aus zwei Kernelementen:

- **Prävention** (Risikoanalyse und Risikobewertung, verhaltensorientierte Prävention, prozessorientierte Prävention, Einführung von Kontrollen),
- **Reaktion** (Ombudsmann, Audit, Fallmanagement, Optimierung von Kontrollen).

Dabei wurden Unternehmenswerte definiert, klare Regelungen etabliert und geeignete Kontrollen in die Geschäftsprozesse integriert.

Für die im Qualitätsmanagement durchgeführten Audits wurden Compliance-relevante Aspekte erarbeitet und in die Audits integriert.

2014 wurde ein Compliance-Berichtswesen eingeführt. Dieses beinhaltet unter anderem Regelwerke, eine auf die Bedürfnisse der AWB ausgerichtete Compliance-Organisation, Überwachungstätigkeiten und die Berücksichtigung Compliance-relevanter Vorfälle und Weiterentwicklungen aus dem jeweils vergangenen Geschäftsjahr. Die Berichterstattung erfolgt jährlich seit 2014..

Im Intranet findet sich das Compliance-Handbuch, das als einheitliches Regelwerk und Instrument für alle Mitarbeiter der AWB gilt. Neuen internen oder gesetzlichen Anforderungen entsprechend wird es kontinuierlich angepasst.

1.3.3 Bedeutsame Leistungsindikatoren

Die betriebswirtschaftliche Steuerung der AWB ist in erster Linie auf das Jahresergebnis (Jahresüberschuss) ausgerichtet, also das Ergebnis nach Abzug aller Steuern. Weitere maßgebliche Leistungsindikatoren sind vor allem der Umsatz und die Personalkosten. Auf diese drei Leistungsindikatoren wird im Abschnitt 2 „Wirtschaftsbericht“ sowie im Abschnitt 4 „Prognosebericht“ näher eingegangen.

1.4 Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 hatte die AWB 1.754 Beschäftigte (Vorjahr 1.751 Beschäftigte), davon 23 Auszubildende (Vorjahr 30 Auszubildende) in vier Berufsbildern. Der Schwerpunkt bei den Auszubildenden lag dabei auf dem gewerblich-technischen Bereich. Der Personalaufwand bildet den weitaus größten Kostenblock der AWB, da die von ihr erbrachten Leistungen in den Bereichen Stadtreinigung und Abfallbeseitigung besonders personalintensiv sind. Gleichzeitig ist das Personal der wichtigste Erfolgsfaktor und die Grundlage der Leistungsfähigkeit der AWB.

Die Personalzahlen haben sich stichtagsbezogen wie folgt entwickelt:

	Stichtag	
	31.12.2016	31.12.2017
Anzahl Beschäftigungsverhältnisse (Voll- und Teilzeit einschließlich Auszubildende, exkl. Geschäftsführer)	1.751	1.754
davon ruhend (wegen Elternzeit, ATZ-Freiphase etc.)	21	21
davon Auszubildende	30	23

Insgesamt hat die AWB im Jahr 2017 78 Mitarbeiter neu eingestellt. Zusätzlich wurden 13 junge Menschen nach Beendigung ihrer Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis übernommen. 88 Personen haben die AWB 2017 verlassen.

Das Thema Personalentwicklung wurde in den vergangenen Jahren im Unternehmen stetig weiterentwickelt. Das spiegelt sich unter anderem in der fortlaufenden Weiterentwicklung des Personalentwicklungskonzeptes („Personalentwicklung@AWB“) und den daraus abgeleiteten

Maßnahmen zur Mitarbeitergewinnung, -entwicklung sowie -bindung wider. Die wachsende Dynamik und Komplexität der Personalentwicklungsthemen, des Umgangs mit sich verändernden Ansprüchen der neuen Generation oder der Nachfolgeplanung machen eine immer agilere sowie stärker bedarfsorientierte Personalentwicklung notwendig. Aus diesem Grunde ist Personalentwicklung heute und in Zukunft ein fester Bestandteil der Strategie der AWB.

Ein Fokus der Personalentwicklung bei der AWB lag auch im Jahr 2017 auf der Festigung sowie dem Ausbau des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM). Neben erfolgreich durchgeführten Gesundheitsaktionen, insbesondere hinsichtlich der Verhaltensprävention, wurde im Rahmen des Großprojekts ‚Gefährdungsbeurteilung psychische Belastung‘ eine Befragung der Belegschaft der AWB vorgenommen. Hieraus resultierende Erkenntnisse werden sich sowohl in folgenden Gesundheitsaktionen des BGM zur Stärkung der Gesundheitskompetenz jedes Mitarbeiters als auch in einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen wiederfinden und zudem Bestandteil der Führungskräfte-Entwicklung im Unternehmen sein.

1.5 Erklärung zur Unternehmensführung

Die Gesellschafterversammlung hat am 5. September 2017, rückwirkend zum 1. Juli 2017, eine Zielgröße für den Frauenanteil in der Geschäftsführung von 30 % und im Aufsichtsrat von 30 % beschlossen. Die Zielgrößen sollen spätestens am 30.06.2022 erreicht sein. Die gleiche Quote hat die Geschäftsführung am 26.07.2017 für die ihr direkt unterstehenden 2 Führungsebenen festgelegt, die ebenfalls spätestens am 30.06.2022 erreicht werden soll.

Zum Stichtag 31.12.2017 ergibt sich folgender Frauenanteil im Aufsichtsrat, der Geschäftsführung und in den ersten und zweiten Führungsebenen:

Aufsichtsrat	Geschäftsführung	Erste Führungsebene	Zweite Führungsebene
20 %	0 %	11,11 %	31,03 %

Auf den Frauenanteil im Aufsichtsrat hat die Gesellschaft nur bedingt Einfluss, denn der Aufsichtsrat wird bei nicht-mitbestimmten Gesellschaften im Wesentlichen vom Rat der Stadt Köln und bei mitbestimmten Gesellschaften vom Rat der Stadt Köln und den Arbeitnehmern des Unternehmens (nach einem Wahlverfahren gemäß Mitbestimmungsgesetz oder dem Drittelbeteiligungsgesetz) besetzt.

In dem Berichtszeitraum war keine Position im Leitungsgremium vakant, so dass der Frauenanteil hier nicht zu steigern war. Das Unternehmen ist aber fest entschlossen, auch in der Geschäftsführung den Frauenanteil zu erhöhen und wird daher in der Zukunft bei allen evtl. Neubesetzungen weibliche Bewerberinnen besonders ansprechen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Ertragslage

Im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 hat die AWB sich zum Ziel gesetzt, ein positives Gesamtergebnis von 10.506 Tsd. € nach Steuern zu erreichen. Mit dem erzielten Ergebnis in Höhe von 18.579 Tsd. € konnte der Plan um 8.073 Tsd. € übertroffen werden. Das Vorjahresergebnis in Höhe von 15.877 Tsd. € wurde um 2.702 Tsd. € ebenfalls übertroffen. Die

Verbesserung gegenüber dem Vorjahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung einer Rückstellung mit einer Ergebnisverbesserung in Höhe von 5,8 Mio. € vor Steuern. Das Vorjahresergebnis beinhaltet einen ergebnissteigernden Sondereffekt aus der Veränderung der Grundlagen bei der Wahl des Abzinsungssatzes bei den Pensionsrückstellungen, der rd. 2,5 Mio. € vor Steuern ausgemacht hat.

Mit dem überaus positiven Verlauf des Geschäftsjahres 2017 sind wir sehr zufrieden.

Umsatzerlöse

Der Gesamtumsatz in Höhe von 158.891 Tsd. € ist gegenüber dem Vorjahr um rund 5.720 Tsd. € gestiegen. Der Anstieg ist zu einem großen Teil auf die vertraglichen Preisanpassungen, aber auch auf Leistungsausweitungen zurückzuführen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2017 liegen die Umsatzerlöse 1.865 Tsd. € über dem geplanten Wert.

Die Umsätze in der satzungsgemäßen Abfallbeseitigung liegen insgesamt 1.592 Tsd. € über dem Vorjahr. Dies begründet sich im Wesentlichen durch die Preisanpassung zum 1. Januar 2017 sowie durch eine weitere Ausweitung der aufgestellten Bio-Tonnen.

Die Umsätze für die übrigen Leistungen der Abfallbeseitigung sind gegenüber dem Vorjahr um 2.535 Tsd. € gestiegen. Neben der Umsatzsteigerung durch die Preisgleitung resultiert der Anstieg im Wesentlichen aus der Ausweitung von bestehenden Aufträgen.

Die satzungsgemäßen Reinigungsleistungen liegen aufgrund von Preisanpassungen und Frontmetererhöhungen um 1.415 Tsd. € über dem Vorjahreswert.

Im Bereich der übrigen Leistungen der Stadtreinigung ist der Umsatz gegenüber 2016 nur marginal um 23 Tsd. € gestiegen.

Die Werkstattumsätze (einschließlich Fuhrparkmanagement) liegen um 151 Tsd. € über dem Vorjahreswert. Dabei sind die Umsätze im Bereich der Werkstatt um 80 Tsd. € und im Bereich des Fuhrparkmanagements um 71 Tsd. € gestiegen.

Sonstige betriebliche Erträge

Insgesamt liegen die sonstigen betrieblichen Erträge 5.862 Tsd. € über dem Vorjahreswert. 5.963 Tsd. € resultieren dabei aus der Auflösung von Rückstellungen.

Materialaufwendungen

Die Materialaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 500 Tsd. € angestiegen. Dieser Anstieg ist nicht zuletzt in einem Anstieg im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für gewerbliche Arbeitskräfte begründet.

Personalkosten

Die Personalkosten in Höhe von 96.341 Tsd. € bilden mit rund 71 % der betrieblichen Aufwendungen den Hauptkostenblock der AWB. Im Vergleich zum Vorjahr sind diese um 4.946 Tsd. € gestiegen. Dieser Anstieg resultiert sowohl aus den Tarifierhöhungen zum 1. März 2017 als auch aus Neueinstellungen infolge der Auftragserweiterungen. Ein Mehraufwand in Höhe von 2.939 Tsd. € ist auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan liegen die Personalkosten rund 3.089 Tsd. € unter dem geplanten Wert. Die Abweichung resultiert überwiegend aus einer höheren Quote von Langzeitkranken, die aus der Lohnfortzahlung fallen sowie aus einem geringeren Mitarbeiterbestand als geplant.

Abschreibungen

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 1.361 Tsd. € angestiegen. Verantwortlich dafür ist eine verstärkte Ersatzbeschaffung, hauptsächlich im Bereich der Fahrzeugersatzbeschaffungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen 143 Tsd. € über dem Vorjahresniveau. Dabei handelt es sich um einen Saldo aus verschiedenen Steigerungen sowie Kostensenkungen in den Einzelansätzen. Geringere Aufwendungen liegen zum Beispiel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und bei dem Einsatz von Zeitarbeitskräften in der Verwaltung vor, während die Versicherungsbeiträge und die EDV-Kosten leicht gestiegen sind.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis beträgt –1.531 Tsd. €. Darin enthalten sind Zinseffekte aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von -1.338 Tsd. €.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind im Vergleich zum Vorjahr unterproportional zur Entwicklung des ordentlichen Unternehmensergebnisses gestiegen, was vor allem in der unterschiedlichen Bewertung zwischen Handels- und Steuerrecht bei Veränderungen im Bereich der langfristigen Rückstellungen begründet ist.

2.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der AWB stellt sich unverändert positiv dar.

Die AWB war jederzeit in der Lage, alle ihre finanziellen Verpflichtungen fristgerecht zu erfüllen.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 29.728 Tsd. €. Unter Berücksichtigung der Mittelzu- und -abflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit ergibt sich zum 31. Dezember 2017 ein Finanzmittelbestand von 7.818 Tsd. €. Eine detaillierte Kapitalflussrechnung ist als Anlage beigelegt.

Als Anlage zum Lagebericht sind ergänzend zu den hier gegebenen Erläuterungen verschiedene betriebswirtschaftliche Kennzahlen zur Ertragslage sowie zur Vermögens- und Finanzlage beigelegt.

3. Chancen- und Risikobericht

Nach wie vor ist die AWB in ihrem Kerngeschäft keinen nennenswerten geschäftsgefährdenden Risiken aus dem laufenden Geschäft ausgesetzt.

Aktuell wird in Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 10. Dezember 2015 die Verlängerung der Leistungsverträge mit der Stadt Köln vorbereitet um auch für die kommenden Jahre die Geschäftsgrundlage und damit auch die Arbeitsplätze in den betreffenden Leistungsbereichen zu sichern. Wir gehen davon aus, dass die neuen Leistungsverträge ein der ersten Jahreshälfte 2018 abgeschlossen werden. Es ist allerdings anzunehmen, dass das aktuelle Ertragsniveau zukünftig nicht weiter fortgeschrieben werden kann, da die neuen Entgelte auch die Weitergabe erreichter Rationalisierungen vorsehen. Fraglich ist auch, ob der Leistungsumfang so-

wohl im Bereich der sogenannten Satzungsleistungen als auch bei den haushaltsfinanzierten Leistungen ausgeweitet werden kann. Der Leistungsumfang bei den Satzungsleistungen ist bereits relativ hoch und die kommunalen Finanzierungsspielräume werden eher enger. Eine Leistungsausweitung im Wettbewerb ist nur in begrenzten Geschäftsfeldern innerhalb Kölns möglich.

Die Entwicklung der rechtlichen Regelungen für die Entsorgungswirtschaft weist Chancen und Risiken auf: Chancen liegen in der Schließung von Regelungslücken und der Festigung des Modells der „Wertstofftonne“. Kritisch auswirken könnte sich eine Reduzierung der kommunalen Gestaltungshoheit. Weitere Risiken resultieren aus dem Fehlen verlässlicher und rechtlich durchsetzbarer Regelungen für die Mitbenutzungs- und Nebenentgelte der dualen Systeme. Die Aufspaltung der Informationspflicht der Öffentlichkeit auf die dualen Systeme und die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger kann dabei zu einem Verlust der konsistenten Abfallberatung mit negativen Folgen für die Umsetzung kommunaler Ziele führen.

Da die Altpapier Erlöse wesentlich zum Ergebnis beitragen, hat die zukünftige Entwicklung der Altpapierpreise einen erheblichen Einfluss auf das Unternehmensergebnis. In der aktuellen Mittelfristplanung geht die AWB für den Zeitraum, der nicht vertraglich fixiert ist, von einem mehrjährigen Mittelwert aus, so dass ein Teil des Preisrisikos in der Planung hinterlegt ist. Auch der Anstieg des Anteils von Kartonverpackungen an den gesammelten Altpapiermengen und die damit einhergehenden sinkenden Papierqualitäten können für einen Rückgang der Preise sorgen.

Zudem eröffnet das neue Verpackungsgesetz Interpretationsspielräume in der Zusammenarbeit mit den dualen Systemen, die sich negativ auswirken könnten. Dies gilt dem Grunde nach auch für die Preise anderer Wertstoffe, wie Altmetalle und Altkleider wenngleich diese nicht den gleichen Einfluss auf das Ergebnis haben wie die Altpapierpreise haben. Die Entwicklung beim Elektro-Schrott ist geprägt von Gesetzesanpassungen im Rahmen des Elektrogesetz, die seit Anfang 2016 greifen sowie durch eine deutliche Konzentration auf Entsorgerseite. Beides wirkt sich negativ auf die Erlöse aus.. Zusätzlichen Erlösen, die durch die Zusammenlegung der Elektrokleingeräte realisiert werden können, stehen deutlich höhere Auflagen und demnach entsprechend höhere Aufwände beim Handling gegenüber. Insbesondere da in diesem Zusammenhang weitere bauliche Maßnahmen in den Wertstoffcentern notwendig werden.

Auswirkungen sind zudem im Rahmen des Verpackungsgesetzes sowie der neuen Gewerbeabfallverordnung möglich. Welche Anforderungen und somit Chancen und Risiken sich insgesamt für die AWB ergeben, ist aktuell noch nicht konkret absehbar.

Im Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln ist ein weiterer Ausbau der getrennten Sammlungen vorgesehen. Entsprechend kann es dazu kommen, dass die Menge an Restmüll sich zukünftig weiter reduziert, sofern das Bevölkerungswachstum nicht in entsprechendem Maße steigt. Im Rahmen einer Hausmüllanalyse wurden in den Jahren 2015 und 2016 die satzungsrelevanten Kenngrößen sowie das vorzuhaltende Mindestlitervolumen letztmalig überprüft und seit der Satzung für das Jahr 2017 hinterlegt. Die Analyseergebnisse bestätigen zum einen die aktuellen Regelungen zum Mindestbehältervolumen, so dass hierdurch keine Auswirkungen resultieren. Im Hinblick auf die satzungsrelevanten Kenngrößen haben die Dichtewerte von Kleinbehältern generell abgenommen und die von Großbehältern hingegen zugenommen.

Im Rahmen neuer Möglichkeiten und steigender Ansprüche der Kunden durch die Digitalisierung der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung sind zusätzliche Investitionen zur Zukunftssicherung notwendig, um die Marktposition in Köln dauerhaft zu festigen.

Aufgrund der städtebaulichen Entwicklung in Köln, insbesondere im Zusammenhang mit der Erneuerung der Fachhochschule in Deutz, ergeben sich Einflüsse auf die zukünftige Betriebsstruktur der AWB. So wird der derzeitige Standort in der Gießener Straße aufgegeben und ein neuer Betriebshof in der Christian-Sünner-Straße errichtet. Die AWB geht derzeit davon aus, dass die Verlagerung ergebnisneutral erfolgen wird.

Die Investitionen werden aus dem laufenden Cashflow finanziert. Durch Tilgungen von Bankverbindlichkeiten konnte die AWB die Eigenkapitalquote in den letzten Jahren deutlich erhöhen und hierdurch die Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern und Finanzmarktkonditionen entsprechend reduzieren. Die derzeit bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind hinsichtlich der Laufzeiten mit den zentralen Leistungsverträgen mit der Stadt Köln abgestimmt, so dass sich hieraus keine Risiken für den weiteren Geschäftsverlauf des Unternehmens ergeben.

Umweltrisiken aus dem Geschäftsbetrieb, also Gefahren für die Umwelt durch den Betrieb riskanter Anlagen oder den Umgang mit Gefahrgütern, bestehen aktuell in keinem nennenswerten Umfang. Alle vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung von Gefahren einschließlich der Beschäftigung entsprechender Sicherheitsbeauftragter hält die AWB strikt ein. Dies wird auch durch regelmäßige Audits im Rahmen der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb geprüft. Insgesamt bestehen somit keine besonderen Umweltrisiken. Die geschäftsüblichen Risiken sind im Rahmen einer Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

4. Prognosebericht

Um auch in Zukunft nachhaltig positive Ergebnisse erwirtschaften zu können, muss die AWB zukünftig das in den letzten Jahren erreichte Niveau stetiger Steigerungen und Verbesserungen ihrer Wirtschaftlichkeit festigen und konsequent ausbauen. Das Augenmerk des Unternehmens wird weiterhin auf der Stärkung und dem Ausbau seiner Marktposition liegen. Daher wird auch in Zukunft in Service- und Qualitätssteigerung investiert werden.

Für das Geschäftsjahr 2018 plant die AWB bei Umsatzerlösen von rund 161.558 Tsd. € ein Ergebnis von 17.985 Tsd. € vor Steuern. Dies entspricht einem Jahresüberschuss in Höhe von 11.003 Tsd. €.

Neben den Erlösen aus den Verträgen für satzungsgemäße Abfallbeseitigung und Stadtreinigung mit der Stadt Köln in Höhe von insgesamt 109.163 Tsd. € erwartet das Unternehmen Erlöse für zusätzliche Leistungen in den Bereichen Abfallbeseitigung und Stadtreinigung in Höhe von insgesamt rund 33.170 Tsd. €. Diese betreffen weitere Leistungen für die Stadt Köln neben den beiden Grundverträgen, wie zum Beispiel die Wertstoffeffassung für Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) im Holsystem, die Abfuhr von Leichtverpackungen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen über die Wertstofftonne, die Entfernung von wildem Müll auf allgemein genutzten Flächen, die Sammlung und Vermarktung von Altkleidern, das Toilettenkonzept für die Stadt Köln, die Sammlung von Elektroschrott, die Friedhofsmüllentsorgung, die Wildkrautbeseitigung, die Leistungen der „KASA“ und diverse sonstige Reinigungs- und Entsorgungsleistungen.

Weiterhin sind auch Umsatzerlöse im Bereich gewerblicher Leistungen von insgesamt 9.173 Tsd. € sowie Umsätze für Werkstatt- und für Fahrschulleistungen von insgesamt 2.587 Tsd. € geplant.

Daneben umfasst die Planung noch Umsatzerlöse für die Vermarktung von Wertstoffen und sonstige betriebliche Erlöse für Anlagenverkäufe, Rückstellungsaufösungen und Versicherungserstattungen von insgesamt 9.868 Tsd. €.

Die Personalkosten werden gemäß der Planung 2018 auf rund 103.136 Tsd. € steigen.

Die AWB dankt ganz besonders allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrem Einsatz zum Gelingen der Aufgaben im Jahr 2017 beigetragen haben, sowie allen ihren Kunden für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

1. Ertragslage

		<u>2017</u>	<u>2016</u>
	Personalaufwand		
Personalaufwandsquote	Betriebsleistung (Umsatz inkl. sonst. betr. Erträge und anderer aktivierter Eigenleistungen)	57,9 %	58,8 %
	Personalaufwand		
Personalaufwand pro Beschäftigten	Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (ohne Auszubildende)	56.100 €	53.900 €
Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung und Steuerumlage	Betriebsergebnis (EBIT) - gewinnunabhängige Steuern + Finanzergebnis	28,6 Mio. €	24,1 Mio. €

2. Vermögens- und Finanzlage

		<u>2017</u>	<u>2016</u>
	Eigenkapital		
Eigenkapitalquote	Gesamtkapital	21,7 %	22,4 %
	Eigenkapital + mittel- und langfristiges Fremdkapital		
Anlagendeckungsgrad	Anlagevermögen	90,8 %	82,7 %

Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende, nach DRS 21 erstellte Kapitalflussrechnung Aufschluss, die nach der indirekten Methode entwickelt wurde:

	2017	2016
	Tsd. €	Tsd. €
Periodenergebnis	18.579	15.878
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	9.498	8.131
Abnahme (Vorjahr Zunahme) der Rückstellungen	-1.315	3.826
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge	0	-115
Zunahme (Vorjahr Abnahme) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2.959	3.917
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	6.529	3.237
Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-771	-238
Zinsaufwendungen	167	232
Ertragsteueraufwand	9.985	8.179
Ertragsteuerzahlungen	-9.985	-8.179
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	29.728	34.868
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-196	-338
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.086	239
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-11.444	-17.430
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	149	148
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-39	-78
Erhaltene Zinsen	24	34
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-10.420	-17.425
Auszahlungen an Unternehmenseigner aus Gewinnabführung	-18.579	-15.878
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-2.050	-2.600
Gezahlte Zinsen	-191	-266
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-20.820	-18.744
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.512	-1.301
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.330	10.631
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7.818	9.330

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2017	31.12.2016
	Tsd. €	Tsd. €
Guthaben bei Kreditinstituten	13,6	21,2
Forderungen im Rahmen der Konzernfinanzierung	7.799,4	9.300,0
Kassenbestände	4,9	9,0
Gesamt	7.817,9	9.330,2

WIRTSCHAFTSPLAN
der
AVG Köln mbH
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der AVG Köln mbH

Erfolgsplan	2018 Tsd. €	2017 Tsd. €
Umsatzerlöse	97.260	96.734
sonstige betriebliche Erträge	0	0
Aufwendungen für bezogene Leistungen	40.363	40.746
Personalaufwand	17.886	17.156
Löhne und Gehälter	13.694	13.197
soziale Abgaben und Aufwendungen für Zusatzversicherung	4.191	3.959
davon Altersversorgung	1.782	1.648
Abschreibung	12.392	12.849
sonstige betriebliche Aufwendungen	16.053	15.734
Erträge aus Beteiligungen	4.840	4.754
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.459	1.781
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.947	13.222
Steuern	3.661	3.461
Jahresüberschuss	10.286	9.761

Bilanz der AVG Köln mbH

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen					
Sachanlagen u. immaterielle Vermögensgegenstände	74.365	79.211	80.345	85.007	97.741
Finanzanlagen	15.239	15.261	15.281	9.784	9.769
Umlaufvermögen					
Vorräte	6.252	6.484	6.346	6.158	5.547
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	18.175	21.257	17.845	34.419	50.650
Wertpapiere	0	0	0	0	0
Liquide Mittel	7.333	10.126	12.933	19.081	13.727
Rechnungsabgrenzung	107	145	133	134	58,29
Bilanzsumme	121.470	132.485	132.884	154.583	177.492
PASSIVA					
Eigenkapital	51.635	49.883	48.822	55.074	53.046
Gezeichnetes Kapital	8.700	8.700	8.700	8.700	8.700
Gewinnvortrag	26.762	26.762	27.917	29.698	28.780
Jahresüberschuss	16.174	14.421	12.205	16.676	15.566
Rückstellungen	10.303	8.905	9.931	8.415	22.812
Verbindlichkeiten	58.505	72.580	72.931	89.823	101.634
Rechnungsabgrenzung	1.026	1.118	1.199	1.271	0
Bilanzsumme	121.470	132.485	132.884	154.583	177.492

GuV der AVG Köln mbH

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	97.641	98.735	92.486	90.326	93.926
sonstige betriebliche Erträge und aktivierte Eigenleistungen	447	710	7.358	13.218	6.850
Materialaufwand	-39.759	-40.749	-41.593	-38.964	-37.605
Personalaufwand	-15.746	-14.553	-14.981	-14.298	-13.487
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- und Sachanlagen	-11.349	-11.406	-14.162	-14.219	-14.575
Sonst. betriebliche Aufwendungen	-14.084	-13.459	-12.194	-10.634	-13.770
Erträge aus Beteiligungen u. anderen Wertpapieren	6.128	3.051	3.028	1.837	3.785
Zinsaufwand	-1.573	-2.050	-2.647	-3.165	-3.876
Außerordentl. Aufwendungen	0	0	0	0	0
Steuern v Einkommen u Ertrag	-5.321	-5.644	-4.896	-7.475	-6.082
Sonstige Steuern	-232	-281	-288	-322	-316
Jahresüberschuss	16.174	14.421	12.205	16.676	15.566

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Grundlagen des Unternehmens

Die am 23.06.1992 gegründete AVG – Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (nachfolgend AVG Köln) ist nach ihrem satzungsgemäßen Zweck sowie aufgrund der mit der Stadt Köln geschlossenen Verträge zuständig für Planung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Entsorgungswirtschaft. Entsprechend dieser Zweckbestimmung hat die AVG Köln im Geschäftsjahr 2017 folgende Aufgabenschwerpunkte zu verzeichnen:

- Betrieb der Restmüllverbrennungsanlage einschließlich der vorgeschalteten Homogenisierungsanlage (RMVA)
- Betrieb der Deponie Vereinigte Ville
- Zusammenarbeit mit den Tochtergesellschaften für Kompostierung, für die Behandlung und Verwertung von Altholz, Baumisch- und Gewerbeabfällen sowie zur Erbringung von Instandhaltungsleistungen

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Restmüllverbrennungsanlage

Im Geschäftsjahr 2017 wurde die RMVA Köln von der AVG Köln im genehmigten Regelbetrieb betrieben.

Unter der Berücksichtigung der notwendigen Stillstandszeiten durch Revisionen an allen 4 Verbrennungslinien und der Bestandsturbine erreichte die RMVA eine hohe Verfügbarkeit, sodass in der Anlage rund 709.000 t Abfälle verbrannt werden konnten.

Die dabei gewonnene Wärme wurde dazu genutzt, 327.075 MWh Strom und 254.034 MWh Ferndampf zu erzeugen. Davon wurden nach Abzug des Eigenverbrauchs 300.223 MWh Energie in Form von Strom und Dampf an die RheinEnergie AG abgegeben. Bei der Berechnung der abgegebenen Energie wurde die Ferndampflieferung über eine Stromverlustkennziffer in Stromlieferung umgerechnet.

Bei den im Geschäftsjahr 2017 durchgeführten Revisionen an allen 4 Verbrennungslinien erfolgten u.a. Reparaturen an Feuerfest- und den Betonflächen. Es wurden Neuelegungen an den Rostwalzen vorgenommen. Teile der Sammlerköpfe im Überhitzer wurden erneuert und die Quenchen in der Abgasreinigung teilweise ersetzt.

Nach der zuletzt im Jahre 2011 erfolgten großen Turbinenrevision wurde in 2017 erneut eine planmäßige Generalinspektion mit Aufdeckung der Bestandsturbine durchgeführt. Anders als noch in 2011 stellte diesmal während des Stillstands der Bestandsturbine das neue 2. Energieteil die Versorgung des Kraftwerkbetriebes mit dem notwendigen Eigenstrom sicher und sorgte darüber hinaus dafür, dass während der Revisionsarbeiten auch noch Energie in das Netz der Rheinenergie eingespeist werden konnte.

Die vorbeugende und begleitende Wartung und Instandhaltung sicherte auch im Jahr 2017 eine stabile Verfügbarkeit der Anlage.

Die Emissionsdaten der RMVA lagen im Jahr 2017 wieder deutlich unter den gesetzlichen Vorgaben wie auch unter den strengeren Genehmigungswerten. Die Veröffentlichung dieser Daten erfolgte im Februar 2018 in den Kölner Tageszeitungen sowie auf der Homepage der AVG Köln.

Deponie Vereinigte Ville

Die Deponie ist Eigentum der Stadt Köln, wird aber seit 1998 durch die AVG Köln betrieben. Seit Mitte 2005 wird die Deponie Vereinigte Ville als Mineralabfalldeponie der Deponieklasse II geführt, nachdem sie vorher über Jahrzehnte als klassische Siedlungsabfalldeponie diente.

Auch im Geschäftsjahr 2017 wurden auf der Deponie Vereinigte Ville ganzjährig mineralische bzw. inerte Abfälle verwertet und beseitigt.

Es ist gelungen, die Deponie mit ausreichenden Abfallmengen zu bewirtschaften. Die angestrebte Tonnage von ca. 400.000 t wurde um 10.000 t leicht überschritten.

Ca. 389.000 t wurden beseitigt und rund 21.000 t zur Einrichtung von neuen Schüttfeldern bzw. Speicherbecken sowie im Wegebau verwertet. Die Schüttfelder wurden zur erforderlichen Abtrennung einzelner Abfallarten gegenüber anderen Abfallarten eingerichtet, die Speicherbecken für die Sammlung überschüssiger Sickerwassermengen.

Wesentliche Anteile der Beseitigungsabfälle bildeten wiederum Schlacken und Aschen aus der Hausmüllverbrennung und Reste aus der Aufbereitung und Behandlung mineralischer Abfälle. Ein Großteil dieser Abfälle wurde in der Rostascheaufbereitungs- und Abfallkonditionierungsanlage am Standort behandelt und anschließend abgelagert.

Die Rostascheaufbereitungs- und Konditionierungsanlage (Betriebsführung durch die MAV Krefeld GmbH) hat im Jahr 2017 einen Durchsatz von rund 342.000 t erreicht. In der Rostascheaufbereitungsanlage wurden rund 172.000 t Rostaschen der RMVA Köln sowie rund 82.000 t aus anderen Anlagen behandelt. Die erfolgreiche Umsetzung des Ziels, mit diesen beiden Anlagen dauerhaft inerte Mengen-

ströme für die Deponie Vereinigte Ville zu sichern, trug im abgelaufenen Geschäftsjahr zum stabilen wirtschaftlichen Ergebnis der Deponie bei.

Das noch nutzbare Restvolumen der Deponie Vereinigte Ville betrug zum Jahresende 2017 ca. 2,5 Mio. m³. Die Überplanung des Standortes hinsichtlich nutzbarem Volumen und Oberflächengestaltung wurde fortgesetzt.

Die zu behandelnde Sickerwassermenge sank in 2017 einschließlich der Konzentrate aus den Umkehrosmoseanlagen leicht auf rund 165.000 m³ (im Vorjahr rund 170.000 m³). Von dem anfallenden Sickerwasser konnten aufgrund der hohen Schadstoffbelastung in der biologischen Sickerwasserreinigungsanlage der Deponie rund 70.000 m³ vorbehandelt und anschließend zur Endbehandlung an die Kläranlagen der Abwassergesellschaft Knapsack weitergeleitet werden. Weitere 95.000 m³ (2016: 102.000 m³) wurden in den zusätzlich aufgestellten Umkehrosmoseanlagen behandelt. Die Umkehrosmosetechnik trennt dabei im Wesentlichen Wasser (70.000 m³) aus dem Rohsickerwasser ab, das dann unmittelbar eingeleitet werden kann. Auf der anderen Seite werden die Schadstoffe in einem Konzentrat angereichert. Dieser Teilstrom in einer Größenordnung von 25.000 m³ wurde zum Teil in der RMVA gemeinsam mit anderen Abfällen verbrannt. Die übrigen Teilmengen werden in Speicherbecken gesammelt und nach und nach in die Verbrennung eingespeist.

Neben der Behandlung der Abwässer aus dem Deponiekörper wurden weitere rund 159.000 m³ Niederschlagswasser durch die Oberflächenabdeckung im Altbereich gefasst, abgeleitet und somit vom Abfall ferngehalten.

Die Gasfassungsanlage wurde im laufenden Geschäftsjahr weiter ertüchtigt, um dem Trend der rückläufigen Gasmengen entgegenzuwirken.

Insgesamt wurden 12,1 Mio. m³ Deponiegas gefasst (rd. 2% mehr gegenüber dem Vorjahr) und 11,9 Mio. m³ in dem von der AVG Köln betriebenen Blockheizkraftwerk (BHKW) mit 3 Motoren verstromt.

Das BHKW Ville erreichte bisher die geforderte Verfügbarkeit; insgesamt wurden in 2017 rund 20.400 MWh Strom eingespeist.

Tochtergesellschaften

Die AVG Köln hält zur Erledigung ihrer vertragsgemäßen Aufgaben die Geschäftsanteile folgender Tochterunternehmen:

- AVG Kompostierung GmbH
- AVG Ressourcen GmbH
- AVG Service GmbH

AVG Kompostierung GmbH

Die AVG Kompostierung GmbH konnte im Jahr 2017 rund 102.000 t Bio- und Grünabfälle (Vorjahr 100.000 t) in der Kompostierungsanlage verarbeiten.

Bei den Bioabfällen aus der Biotonne der Stadt Köln konnte im Jahr 2017 mit rund 39.800 t (Vorjahr rund 39.400 t) erneut die bisher höchste Menge seit Beginn der Bioabfallsammlung erreicht werden. Auch die Zahl der im Stadtgebiet aufgestellten Bioabfallbehälter wurde von den AWB um weitere rund 2.000 Stück (rund 2,5 %) auf nunmehr rund 82.000 Stück erhöht.

Die Grünschnittmengen der Stadt Köln lagen im Jahr 2017 mit rund 8.300 t (Vorjahr rund 9.300 t) jedoch vegetationsbedingt unterhalb der Mengen des Vorjahres.

Die Zulieferungen von gewerblichen Kölner Mengen, vor allem aus den Garten- und Landschaftsbau-Betrieben und den Containerdiensten lagen in 2017 mit rund 20.000 t (Vorjahr: 17.900 t) erneut über dem Niveau des Vorjahres.

Weitere rund 33.700 t Bioabfälle wurden – wie bereits in 2016 – vereinbarungsgemäß von der Reterra Service GmbH angeliefert. Damit war die Kompostierungsanlage der AVG auch im Jahr 2017 weitgehend ausgelastet.

Insgesamt wurden von der AVG Kompostierung Produkte im Umfang von rund 74.000 t (Vorjahr rund 66.000 t) erzeugt und vermarktet. Neben Komposten wurden Kompostmulch sowie Brennstoffe für Heizkraftwerke auf Basis von aufbereitetem Landschaftspflegeholz hergestellt.

Die Komposte der AVG Kompostierung GmbH sind nach wie vor RAL-gütegesichert und werden kontinuierlich auf ihre Qualität hin überwacht.

AVG Ressourcen GmbH

Die AVG Ressourcen GmbH hat im Jahr 2017 an ihren beiden Standorten insgesamt rund 354.000 t (Vorjahr rund 341.000 t) Abfälle verarbeitet. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Menge verteilt sich auf alle Abfallgruppen, so dass insgesamt ein höheres Mengenniveau bei Gewerbeabfällen, Altholz, Sperrmüll und Bauabfällen zu verzeichnen war.

Die in der Altholzaufbereitungsanlage in Niehl angenommene Menge lag im Jahr 2017 bei rund 77.200 t (Vorjahr 76.700 t). Weitere rund 10.900 t (Vorjahr 11.400 t) wurden in der Anlage Heumar angenommen und verarbeitet. Die hergestellten Hackschnitzel wurden je nach Qualität zur stofflichen Verwertung an die Holzwerkstoffindustrie sowie zur energetischen Nutzung in Biomassekraftwerke geliefert.

Von den insgesamt rund 54.700 t kommunalem Sperrmüll, die im Jahr 2017 in den beiden Anlagen der AVG Ressourcen angeliefert wurden (Vorjahr rund 52.400 t), konnten rund 10.300 t (Vorjahr rund 9.600 t) – aufgrund der separaten Erfassung des Altholzanteils bei den AWB-Wertstoffcentern – unmittelbar in der Altholzaufbereitungsanlage verarbeitet werden. Die hergestellten Biomassen wurden zur energetischen Verwertung in verschiedene Biomassekraftwerke oder zur stofflichen Verwertung in die Holzwerkstoffindustrie geliefert.

Die Vertriebsaktivitäten der AVG Ressourcen GmbH waren im Berichtsjahr sehr erfolgreich und leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Auslastung der Anlagen der AVG-Gruppe.

Die weiter positive Preisentwicklung hat bei den angenommenen Abfällen zu höheren Deckungsbeiträgen und somit letztlich zu einer deutlichen Verbesserung des Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr geführt.

AVG Service GmbH

Die AVG Service GmbH hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 die planmäßigen Revisionen an allen 4 Linien der RMVA durchgeführt. Die Revisionsarbeiten gestalteten sich wiederum etwas aufwändiger als geplant. Gründe dafür waren technisch notwendige Instandsetzungsarbeiten, die nicht bei jedem Revisionsintervall anfallen, z.B. der Wechsel von Rauchgaskühlern zwischen dem Gewebefilter und der Abgasreinigung, die Erneuerung von Quenchen in der Abgasreinigung sowie von Kühlbalken an der Müllaufgabe.

Neben den sonst durchgeführten üblichen Wartungsarbeiten und Störungsbeseitigungen ist als besondere Maßnahme die große Revision an der Bestandsturbine zu nennen, die nach 2011 in 2017 planmäßig wieder durchzuführen war. Dabei wurde die Turbine aufgedeckt und umfangreich instand gesetzt.

Durch das volle Revisionsprogramm an allen 4 Verbrennungslinien und der großen Turbinenrevision wurde das wirtschaftliche Ergebnis der AVG Service im Vergleich

zum Vorjahr planmäßig stärker belastet. Dennoch kann am Ende ein über dem Plan liegendes Ergebnis ausgewiesen werden.

Zudem konnte durch die Übernahme der Aufgabe der Industriereinigung in der RMVA, die bislang von der AVG Köln koordiniert wurde, der Umsatz und das Ergebnis der AVG Service gesteigert werden. Die Verbindung von Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten mit der Industriereinigung führt zu Effizienzstärkungen.

Die Integration der AVG Service in die AVG – Gruppe ist weitestgehend abgeschlossen.

2.2 Darstellung der Ertragslage

Für die AVG-Gruppe war 2017 ein gutes Jahr. Stabile Haus- und Sperrmüllmengen und die durch die gute Konjunktur gestützten hohen Gewerbeabfallmengen sorgten für eine insgesamt gute Auslastung.

Die weiterhin gute Wirtschaftslage ermöglichte auch für den Bereich Deponiebetrieb stabile Mengenanlieferungen an mineralischen bzw. inerten Gewerbeabfällen. Negative Umsatzauswirkungen aus der planmäßig geringeren Anliefermenge konnten durch Preisanhebungen bei den Annahmeentgelten mehr als kompensiert werden.

Auch bei der Restmüllverbrennung waren im Gewerbeabfallbereich deutliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Diese Preissteigerungen führten zu entsprechenden Umsatzverbesserungen.

Durch die erfolgreiche Akquisitionsarbeit der AVG Ressourcen GmbH wurde die Anliefermenge für die RMVA gesichert.

Nachdem die Anliefermenge an Haus- und Sperrmüll im Vorjahr nach vielen Jahren erstmals wieder leicht angestiegen war, blieb die Menge nach 317.596 Tonnen in 2016 mit 317.320 Tonnen nahezu unverändert. Ob sich diese Seitwärtsentwicklung festigt, kann nur abgewartet werden. Steigende Einwohnerzahlen in der Stadt Köln könnten bei der nachhaltigen Stabilisierung hilfreich sein. Steigende Mengen bei der getrennten Sammlung von Bioabfällen könnten dieser Entwicklung entgegen wirken.

Das Verbrennungsentgelt für die kommunalen Mengen der Stadt Köln lag insbesondere aufgrund der gesunkenen Energieerlöse mit 137,28 € je Tonne um 7,77 € höher als in 2016.

Die Erlöse aus der Energiegewinnung gingen entsprechend des gesunkenen spezifischen Preises und der geringeren Energie-Einspeisemengen in Folge der großen Turbinenrevision um 3,5 Mio. € zurück.

Im Bereich der Deponie Vereinigte Ville wirkte sich die weiterhin gute wirtschaftliche Situation positiv aus. Die Nachfrage nach Ablagerungsmöglichkeiten von Ab-

fallmengen aus industriellen Produktionsprozessen blieb weiterhin hoch. Die Gesamtanliefermenge liegt mit rund 410.000 t um 3 % über dem Planansatz von 400.000 t. Mit den Deckungsbeiträgen aus den realisierten Umsätzen der nochmals gestiegenen Ablagerungsentgelte und den ersten erfolgreichen Maßnahmen zu Stabilisierung des Sickerwasserreinigungshaushaltes konnte eine Verpflichtung der Stadt Köln zur Erstattung von Betriebskosten vermieden werden.

Durch die planmäßigen Revisionen an allen 4 Verbrennungslinien und der großen Turbinenrevision an der Bestandsturbine, war der Kostenverlauf im Bereich der Instandhaltungsaufwendungen stark belastet.

Der Vergütungsaufwand für Personal stieg im Geschäftsjahr im geplanten Umfang. Er beinhaltet die sich aus den tariflichen Regelungen ergebenden Auswirkungen, die Aufwendungen für Produktiv- und Leistungsprämien und die Aufwendungen für die Altersversorgung. Bei den Aufwendungen für die Altersversorgung hatten im Vorjahr die Veränderungen bei den zulässigen Abzinsungen der Pensionsrückstellungen zu einer spürbaren Entlastung geführt. Dieser Einmaleffekt fehlt in 2017. Die AVG Köln beschäftigte im Jahresdurchschnitt einschließlich der Auszubildenden 213 Mitarbeiter. In der gesamten AVG-Gruppe waren es 343 Mitarbeiter.

Das Ergebnis der AVG beträgt vor Steuern und vor der Berücksichtigung der sonstigen Steuern rund 21,7 Mio. € (Vorjahr: 20,3 Mio. €).

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rund 16,2 Mio. € (Vorjahr: 14,4 Mio. €).

2.3 Darstellung der Finanz- und Vermögenslage

Die Finanzlage der AVG Köln bleibt weiter gesichert. Durch die im Vergleich zu den verdienten Abschreibungen hohen restlichen Tilgungen auf die Altdarlehen, die letztmalig in 2018 fällig sind, ist temporär ein Liquiditätsbedarf entstanden. Dieser wurde in 2017 durch ein Gesellschafterdarlehen gedeckt. Für 2018 wurden zur Absicherung Kontokorrentlinien mit Banken vereinbart. Die Eigenkapitalquote vor der Ergebnisverwendung stieg gegenüber dem Vorjahr erneut an und beträgt nun rund 42,5 %. Bestehende Risiken sind durch Rückstellungen abgesichert.

Die AVG Köln finanziert sich auch weiterhin grundsätzlich durch langfristige Kredite, die planmäßig getilgt werden. Neben den noch bestehenden Altdarlehen bestehen zur Finanzierung der langfristigen Investitionen zum Bilanzstichtag Kreditverpflichtungen in Höhe von 17,3 Mio. €.

Das Anlagevermögen sinkt nach Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen und den Anlagenzugängen aus den im laufenden Geschäftsjahr erfolgten Investitionen um rund 4,9 Mio. €. Zugänge im Anlagevermögen gab es neben den Optimierungsvorhaben im Bereich der Ersatzinvestitionen vor allem durch das im August fertiggestellte 2. Energieteil für die RMVA (3,8 Mio. €) und durch Anzahlungen auf das Projekt Vergärungsanlage (1,6 Mio. €).

Das Umlaufvermögen sank im Vergleich zum Vorjahr um rund 6,1 Mio. €. Dabei verminderten sich vor allem die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Guthaben aus der Cashpool-Vereinbarung mit dem Gesellschafter Stadtwerke Köln GmbH) sowie die Forderungen aus Steuerüberzahlungen. Durch die hohen Resttilgungen auf die Altdarlehen ging auch die verfügbare Liquidität auf den Bankkonten zurück.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Liquiditätsausstattung der AVG Köln bleibt trotz des temporär höheren Liquiditätsbedarfes zur Deckung der Tilgungsverbindlichkeiten für die Altdarlehen gesichert. Die produktionsbedingte Liquidität zum Bilanzstichtag weist zwar eine Unterdeckung von 26,3 Mio. € aus, dennoch kann durch den späten Zahlungstermin in Verbindung mit den weiteren Auszahlungen der Gesellschafterdarlehen und den entsprechenden Kontokorrentlinien, eine Vollausschüttung in Höhe von 16,2 Mio. € erfolgen.

Geldanlagen erfolgen in der Regel im kurz- und mittelfristigen Bereich ausschließlich mit Vertragspartnern, die der Einlagensicherung unterliegen. Zudem findet eine permanente Überwachung der Disposition der Finanzmittel der Gesellschaft statt. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wurden in 2017 fast keine Geldanlagen getätigt.

Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Die liquiden Mittel gingen aufgrund der Abflüsse durch die Schuldentilgung, durch die Investitionstätigkeit und durch die Ausschüttungen ebenso zurück wie die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (aus Cashpool-Vereinbarung mit dem Gesellschafter Stadtwerke Köln GmbH).

Die AVG Köln legt großen Wert darauf, die Qualifikationen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einem hohen Niveau zu halten. Die Ausgaben für Fortbildung waren daher auch in 2017 wieder entsprechend hoch. Darüber hinaus kommt der Nachwuchsförderung ein hoher Stellenwert zu. Mit Blick auf die Entwicklung der Altersstruktur gilt es, Wissen und Erfahrung zu erhalten und weiterzugeben.

Die AVG Köln hat in 2017 den Zertifizierungsprozess zur Verbesserung der Qualität der Arbeit (INQA) erfolgreich abgeschlossen. Im INQA-Projekt wurden dazu konkrete Lösungen für die betriebliche Praxis in enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmen und seinen Beschäftigten erarbeitet und teilweise bereits umgesetzt. Das Zertifikat dazu erhielt die AVG Köln am 20.12.2017.

Der AVG Köln liegt die Sicherheit und die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besonders am Herzen. Der Stabsbereich Arbeitsschutz, Umwelt- und Qualitätsmanagement initiiert, steuert und koordiniert Angelegenheiten des Arbeits- und Umweltschutzes und sichert deren weiteren Ausbau und Weiterentwicklung.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden den Mitarbeitern wieder Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge angeboten.

Die AVG Köln gehört der Unternehmensinitiative „Charta der Vielfalt“ an, die sich für die Förderung von Anerkennung und Vielfalt in den Unternehmen einsetzt sowie eine Kultur von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung einfordert.

Die AVG Köln leistete auch in 2017 ihren Beitrag zur Reduzierung von klimaschädlichen Gasen. Der Einspareffekt der Restmüllverbrennungsanlage an Kohlendioxid-Äquivalent betrug rund 70.000 t. Die Deponie Vereinigte Ville konnte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr durch die Verstromung des gefassten Methangases von rund 4.300 t in einem BHKW -aufgrund der 28mal höheren Schädlichkeit von Methan- das Äquivalent von rund 120.000 t Kohlendioxid einsparen.

Die AVG-Gruppe stellt seit 2016 an ihren diversen Standorten die Leuchtmittel auf umweltfreundliche LED-Lösungen um. Der Prozess wurde in 2017 fortgesetzt. Damit leisten die Gesellschaften einen weiteren Beitrag zur Energieeffizienz.

3. Chancen und Risiken

Die AVG Köln muss sich in ihren Kerngeschäften zu jeder Zeit mit den Marktrisiken auseinandersetzen. Der Entsorgungsvertrag mit der Stadt Köln sichert ihr mittelfristig die Andienung der städtischen Haus- und Sperrmüllmengen sowie einen Großteil der städtischen Bioabfälle. Der geltende Abfallwirtschaftsplan NRW bietet der AVG Köln zudem Chancen, sich an Ausschreibungen von kommunalen Haus- und Sperrmüllmengen zu beteiligen.

In Folge der Überarbeitung des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Köln wird die getrennte Sammlung von biogenen Abfällen und weiteren Wertstoffen intensiviert. Damit sollte sich die Auslastungssituation für die Kompostierungsanlage weiter verbessern. In der Folge würden damit aber bei der thermischen Verwertung die Hausmüllmengen sinken und müssen durch zusätzliche andere Abfälle kompensiert werden. Dies wird die AVG-Gruppe im Bereich der Akquisition von Abfallmengen, auch im europäischen Ausland, zusätzlich fordern.

Die Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen waren insgesamt sehr gut ausgelastet. Das Marktpreisniveau für Gewerbe- und Baustellenabfälle entwickelt sich weiterhin positiv. Für inerte Abfälle zur Deponierung, wie z.B. mineralische Bauabfälle und Schlacken, konnte das Preisniveau im Jahr 2017 ebenfalls nochmals leicht angehoben werden. Aktuell ist nicht von einer Verschlechterung der Marktsituation auszugehen.

Die AVG Köln ist gemeinsam mit ihren Tochtergesellschaften weiterhin im Markt gut gerüstet. Durch hohe Leistungsbereitschaft, Service sowie Anlagenqualität und Verfügbarkeiten im Spitzenbereich überzeugt die AVG Köln ihre Kunden. Durch das umfassende Verwertungs- und Entsorgungsangebot haben die AVG Köln und ihre Tochtergesellschaften ihre Stellung im Abfallmarkt in der Vergangenheit bereits gefestigt. Diese Aktivitäten werden planmäßig fortgesetzt. Auch für die zu er-

wartenden Herausforderungen der neuen Gewerbeabfallverordnung sieht man sich gut gerüstet.

Die AVG Service GmbH hat sich im zweiten Jahr als 100%ige AVG-Tochtergesellschaft im Bereich Instandhaltung trotz des extrem hohen Leistungsprogramms sehr gut behauptet. Die direkten Steuerungsmöglichkeiten der Instandhaltung in der RMVA setzen weitere Synergien frei. In der Zukunft sollen nach Möglichkeit noch weitere Anlagentechniken der AVG-Gruppe durch die AVG Service GmbH gewartet werden.

Die AVG Köln hat den Bau ihres zweiten Energieteils mit einer Leistung von 30 MW als Redundanz zur Bestandsturbine der RMVA in 2017 abgeschlossen. Damit können nun einerseits das Schadenpotential bei ungeplanten Stillständen der Bestandsturbine verringert und andererseits starke Entgeltsprünge bei den planmäßigen Revisionen vermieden werden. Die damit verbundene redundante Auslegung im Bereich der Luftkondensation trägt zukünftig zur Vermeidung von Anlagenstillständen bei. Die Inbetriebnahme der Anlage erfolgte im August 2017.

Die AVG Köln führt auch weiterhin ein Prozess begleitendes Risikomanagement. Mögliche Risiken werden aufgenommen, untersucht und bewertet. Nach dem Ergebnis der Risikobewertung in 2017 sind sowohl für das laufende Jahr 2018 wie auch für die kommenden Geschäftsjahre gravierende Änderungen nicht zu erwarten.

Das Risikomanagement wird kontinuierlich fortgesetzt.

4. Prognosebericht

Die Auslastung der Anlagen erscheint aufgrund der aktuellen Marktsituation derzeit mehr als sicher. Jedoch erfordert die Volatilität der Märkte jederzeit Flexibilität bei den Akquisebemühungen. Die Marktlage kann sich wider Erwarten doch schnell verändern. Daher wird sich die AVG Köln auch weiterhin um Gewerbeabfallmengen, Mengen aus dem europäischen Ausland sowie um kommunale Abfälle Dritter bemühen.

Diese Akquisitionsstrategie soll der AVG auch weiterhin den Erfolg sichern. Daher geht die Mittelfristplanung für 2018 und 2019 bei den Jahresüberschüssen von jeweils um die 10,0 Mio. € aus.

Im Hinblick auf die Energieerlöse für 2018 geht die Planung - nachdem die Preise in den letzten Jahren stetig gefallen sind- erstmals von einer Seitwärtsbewegung bei der Marktpreisentwicklung aus. Ob damit die Talsohle bei der Stromvermarktung nun erreicht ist, bleibt abzuwarten.

Für die Deponie Vereinigte Ville wird auch im Wirtschaftsjahr 2018 die Aufgabe der Akquisition von inerten/mineralischen Abfällen von der Tochtergesellschaft AVG Ressourcen GmbH wahrgenommen. Durch den Betrieb der Rostascheaufbereitungs- und Konditionierungsanlage werden auch im kommenden Jahr zusätzliche Mengen für die Deponie gesichert. Darüber hinaus wird das Blockheizkraft-

werk mit seiner wirtschaftlichen und effizienten Verwertung des Deponiegases wieder zusätzliche Deckungsbeiträge erwirtschaften.

Die Bemühungen zusammen mit den Deponienachbarn zur Nutzbarmachung weiteren Deponievolumens werden fortgesetzt. Eine deutliche Erhöhung des verfügbaren Restvolumens durch Planung eines geänderten Geländeprofiles bildet dabei die Basis der Überlegungen. Aufgrund der wesentlichen Änderung wird ein Planfeststellungsverfahren erforderlich werden. Angestrebt wird eine abgestimmte Kapazitätserweiterung für den gesamten Standort, d.h. neben der AVG-Deponie auch für die Sonderabfalldeponie der Remondis Industrie Service GmbH und die Deponie der RWE Power AG.

In den Jahren 2016 und 2017 zeigte sich der Anlageninput an Bioabfallmengen stabil. Insgesamt ist die Mengenentwicklung auch weiterhin als positiv zu bewerten.

Der weitere Ausbau der Bioabfallsammlung in der Stadt Köln, auch für Mengen „nach dem Kochtopf“, könnte die Mengen weiter steigen lassen.

Die AVG hat daher mit dem Bau einer Vergärungsanlage begonnen. Damit wird zukünftig im Bereich der Bioabfälle neben der stofflichen auch eine energetische Verwertung möglich sein.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
AVG Kompostierung GmbH
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der AVG Kompostierung GmbH

Erfolgsplan	2018	2017
	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	9.762	9.373
Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.018	2.641
Personalaufwand	1.204	1.065
Löhne und Gehälter	894	791
soziale Abgaben und Aufwendungen für Zusatzversicherung	310	274
Abschreibung	232	243
Pacht der Kompostierungsanlage	2.476	2.308
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.454	2.764
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	378	351
Steuern	129	119
Jahresüberschuss	249	232

Bilanz der AVG Kompostierung GmbH

	31.12.2017	31.12.2016	30.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen					
Sachanlagen	308	311	578	685	722
Umlaufvermögen					
Forderungen u. sonst.	4.126	4.726	3.488	3.086	2.870
Vermögensgegenstände					
Flüssige Mittel	1	1	3	1	3
Rechnungsabgrenzung	3	10	9	9	7
	4.438	5.048	4.078	3.779	3.602
PASSIVA					
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	511	511	511	511	511
Gewinnvortrag	493	493	493	493	493
Jahresüberschuss	1.155	828	500	470	632
Rückstellungen	1.863	2.220	1.681	1.356	1.072
Verbindlichkeiten	416	996	893	949	894
Rechnungsabgrenzung				0	0
	4.438	5.048	4.078	3.779	3.602

GuV der AVG Kompostierung GmbH

	30.12.2017	30.12.2016	30.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	9.824	9.532	10.495	10.485	10.199
Sonst. betriebliche Erträge	348	232	158	267	83
Materialaufwand	-3.042	-2.446	-2.628	-2.589	-2.345
Personalaufwand	-1.053	-1.014	-950	-957	-892
Abschreibungen	-179	-280	-283	-287	-324
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-4.141	-4.751	-5.871	-5.599	-5.744
Finanzergebnis	2	3	3	16	26
Steuern	-602	-445	-307	-298	-371
Jahresüberschuss	1.155	828	500	470	632

Lagebericht der AVG Kompostierung GmbH für das Geschäftsjahr 01.01. – 31.12.2017

A. Geschäft und Rahmenbedingungen

Gegenstand der AVG Kompostierung GmbH ist der Betrieb der Kompostierungsanlage in Köln-Niehl mit Herstellung, Verwertung und Vermarktung des Kompostes. Gemäß Gesellschaftsvertrag sind die Leitlinien des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Köln für die Gesellschaft verbindlich.

Insgesamt wurden in 2017 rund 102.000 t (Vorjahr 100.000 t) biogene Abfälle in der Kompostierungsanlage angenommen und verarbeitet. Hiervon entfielen rund 48.100 t (Vorjahr 48.700 t) auf kommunale Anlieferungen der Stadt Köln.

Bei den Bioabfällen aus der Biotonne der Stadt Köln konnte im Jahr 2017 mit rund 39.800 t (Vorjahr rund 39.400 t) erneut die bisher höchste Menge seit Beginn der Bioabfallsammlung erreicht werden. Auch die Zahl der Bioabfallbehälter im Stadtgebiet Köln wurde von den AWB um weitere rund 2.000 Stück (rund 2,5 %) auf nunmehr rund 82.000 Stück erhöht.

Die Grünschnittmenge der Stadt Köln lag im Jahr 2017 mit rund 8.300 t (Vorjahr rund 9.300 t) jedoch vegetationsbedingt unterhalb der Menge des Vorjahres.

Die Zulieferungen von gewerblichen Mengen, vor allem von Containerdiensten und von Garten- und Landschaftsbaubetrieben aus der Region, lagen im Jahr 2017 mit rund 20.000 t erneut über der Menge des Vorjahres (Vorjahr rund 17.900 t).

Weitere rund 33.700 t Bioabfälle wurden vereinbarungsgemäß von der Reterra Service GmbH angeliefert. Damit war die Kompostierungsanlage der AVG auch im Jahr 2017 weitgehend ausgelastet.

Insgesamt wurden von der AVG Kompostierung Produkte im Umfang von rund 73.700 t (Vorjahr rund 66.100 t) erzeugt und vermarktet. Neben Komposten wurden Kompostmulch sowie Brennstoffe für Heizkraftwerke auf Basis von aufbereitetem Landschaftspflegeholz hergestellt.

Der mit Abstand größte Absatz erfolgte mit rund 35.000 t Kompost in der Landwirtschaft sowie mit rund 17.500 t Kompost und Kompostmulch in Rekultivierungsmaßnahmen der Braunkohle-Tagebaue. Die Produkte der AVG Kompostierung sind RAL-gütesichert und werden ständig auf ihre Qualität hin überwacht.

Die bei der Kompostabsiebung anfallenden rund 11.700 t groben Anteile konnten im Jahr 2017 überwiegend an Biomasseaufbereiter bzw. Biomassekraftwerke zur energetischen Nutzung geliefert werden. Bei der Aufbereitung des Grünschnitts wurden rund 6.800 t Brennstoffe ebenfalls für die energetische Nutzung in Biomassekraftwerken produziert und vermarktet.

Der Störstoffanteil zur Entsorgung in der Müllverbrennungsanlage Köln lag mit rund 1,2 % der Eingangsmenge im Jahr 2017 auf dem Niveau des Vorjahres.

B. Ertragslage

Das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 verlief für die AVG Kompostierung insgesamt positiv. Vor allem aufgrund der gestiegenen Mengen von gewerblichen Kunden, ist der Umsatz der AVG Kompostierung um rund 3 % (rund 300 T€) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Umsatzerlöse im Jahr 2017 lagen bei 9.824 T€ (Vorjahr rund 9.532 T€).

Der Personalbestand der AVG Kompostierung lag im Jahresdurchschnitt 2017, unverändert gegenüber dem Vorjahr, bei 18 Mitarbeitern.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen mit 2.433 T€ um 554 T€ über dem Vorjahreswert. Das lag vor allem an höheren Entsorgungskosten. Aufgrund der umfangreichen Umbaumaßnahmen im Zuge der Errichtung der Vergärungsanlage mussten Mengen zur externen Verarbeitung in Drittanlagen umgesteuert werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 4.141 T€ lagen deutlich unter dem Vorjahreswert (4.752 T€). Während die Aufwendungen für 2016 die grundlegende Überholung der Lüftungstechnik beinhalteten, fanden in 2017 keine außergewöhnlichen Instandhaltungsmaßnahmen statt.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Jahres 2017 ist die Auflösung von Rückstellungen für EEG-Umlagen in Höhe von 252 T€ ertragswirksam

berücksichtigt. Weitere sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 33 T€ wurden aus Versicherungserstattungen erzielt.

Der Jahresüberschuss im Jahr 2017 beträgt 1.154.863,76 € (Vorjahr 828.254,54 €).

Der Jahresüberschuss zum 31.12.2016 in Höhe von 828.254,54 € wurde gemäß Gesellschafterbeschluss vom 23.05.2017 am 30.09.2017 an den Gesellschafter AVG ausgeschüttet. Unter Berücksichtigung eines Gewinnvortrages in Höhe von 492.876,12 € sowie eines Jahresüberschusses zum 31.12.2017 in Höhe von 1.154.863,76 € beträgt der Bilanzgewinn 1.647.739,88 €.

C. Finanzlage / Vermögenslage

Die AVG Kompostierung kann – wie auch in den vergangenen Jahren – ihr Geschäft ohne externe Finanzierungen durchführen. Bank- oder Gesellschafterdarlehen existieren nicht. Das ist insbesondere deshalb möglich, weil die Erstinvestition in die Kompostierungsanlage – und damit auch die Finanzierung – vom Gesellschafter AVG Köln mbH getätigt wurde. Die AVG Kompostierung hat die Kompostierungsanlage von der Muttergesellschaft AVG Köln mbH gepachtet und verfügt deshalb lediglich über ein eigenes Sachanlagevermögen von rund 308 T€ (Stand 31.12.2017).

Im Geschäftsjahr 2017 hat die AVG Kompostierung Sachanlageinvestitionen in Höhe von insgesamt rund 175 T€ getätigt. Die größte Einzelinvestition war dabei die Ersatzbeschaffung eines Radladers (164 T€).

D. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Auf die Entwicklung der AVG Kompostierung hat die weitere Verdichtung der Bioabfall-Behälter im Stadtgebiet Köln einen wichtigen Einfluss. Bis zum Jahresende 2017 waren rund 82.000 Bioabfall-Behälter in den Kölner Haushalten aufgestellt. Gegenüber dem Vorjahr konnte die Anzahl der aufgestellten Bioabfall-Behälter damit nochmals um 2.000 Stück erhöht werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies weiterhin in Steigerungen der Bioabfallmenge niederschlägt.

Das derzeit umfangreichste Projekt der AVG Kompostierung ist die Errichtung einer Bioabfall-Vergärungsanlage als Erweiterung der bestehenden Kompostierungsanlage durch die AVG Köln mbH. Vor der eigentlichen Kompostierung soll in Fermentern Biogas erzeugt werden, das nach einer Aufbereitung zu Biomethan in das öffentliche Erdgasnetz eingespeist wird.

Die dafür erforderlichen, umfangreichen Umbaumaßnahmen in der Vorbehandlungsanlage der Kompostierung haben im Dezember 2017 begonnen und sollen bis April 2018 abgeschlossen sein.

Die Anlagentechnik für die Vergärung und Gasaufbereitung konnte im Zuge einer europaweiten Ausschreibung – nach erheblichen Verzögerungen durch eine (erfolglose) Vergabebeschwerde - zum Jahresende 2017 beauftragt werden. Mit dem Bau der Anlagen soll im März 2018 begonnen werden; der Probetrieb ist für Juni 2019 geplant. Die Anlage wird nach ihrer Fertigstellung von der AVG Kompostierung betrieben.

Die Integration einer Vergärungsstufe in die Kompostierungsanlage folgt den Empfehlungen des Abfallwirtschaftsplanes NRW sowie dem Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Köln und unterstützt die energie- und klimapolitischen Ziele des Landes NRW und der Stadt Köln.

Die Geschäftsführung der AVG Kompostierung geht von einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung für die Folgejahre aus.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
AVG Ressourcen GmbH
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan der AVG Ressourcen GmbH

Erfolgsplan	2018 Tsd. €	2017 Tsd. €
Umsatzerlöse	46.864	40.568
Aufwendungen für bezogene Leistungen	29.701	24.551
Personalaufwand	4.584	4.267
Löhne und Gehälter	3.520	3.277
soziale Abgaben und Aufwendungen für Zusatzversicherung	1.064	990
Abschreibung	1.750	1.815
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.350	7.025
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	100	100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.379	2.810
Steuern	1.149	955
Jahresüberschuss	2.230	1.855

Bilanz der AVG Ressourcen GmbH

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA			
Anlagevermögen	11.847	12.064	12.607
immaterielle Vermögensgegenstände	1	6	13
Bauten auf fremden Grundstücken	6.251	6.835	7.478
Technische Anlagen und Maschinen	2.601	1.815	2.194
Andere Anlagen, Betriebs und Geschäftsausstattung	2.815	2.699	2.898
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	179	704	18
sonstige Ausleihungen	131	4	6
Umlaufvermögen	9.327	7.854	2.303
Forderungen aus Lieferung und Leistung	3.420	2.746	1.966
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.175	4.803	127
sonstige Vermögensgegenstände	339	293	200
Kassenbestand	14	12	10
Rechnungsabgrenzungsposten	41	39	42
Bilanzsumme	21.348	19.956	14.952
PASSIVA			
Eigenkapital	14.715	13.888	10.065
Pensionsrückstellungen	377	343	337
Steuerrückstellungen	1.835	973	928
Sonstige Rückstellungen	1.369	1.258	1.030
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.617	1.643	1.162
Verbindlichkeiten gegenüber verbunden Unternehmen	216	230	224
sonstige Verbindlichkeiten	134	998	77
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Passive latente Steuern	72	121	129
Bilanzsumme	21.348	19.956	14.952

GuV der AVG Ressourcen GmbH

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	44.258	38.743	33.681
Sonstige betriebl. Erträge	373	150	1.316
Gesamtleistung	44.631	38.893	34.997
Materialaufwand	24.806	20.573	18.650
Personalaufwand	4.113	4.086	3.934
Abschreibungen	1.528	1.533	1.412
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.166	6.920	6.572
Betriebsergebnis	7.018	5.781	4.429
Ertragsteuern	2.294	1.892	1.468
Jahresüberschuss	4.651	3.823	2.943

Lagebericht der AVG Ressourcen GmbH für das Geschäftsjahr 01.01. – 31.12.2017

A. Geschäft und Rahmenbedingungen

Gegenstand der AVG Ressourcen GmbH ist der Betrieb von Anlagen zur Sortierung und Aufbereitung von Industrie- und Gewerbeabfällen, Baustellenabfällen, Sperrmüll und Altholz. Gegenstand des Unternehmens ist außerdem die Verwertung und Vermarktung von Wertstoffen zur stofflichen oder energetischen Nutzung. Für die Muttergesellschaft AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (nachfolgend AVG) übernimmt die AVG Ressourcen die Vermarktung der freien Kapazitäten in der Restmüllverbrennungsanlage Köln (nachfolgend RMVA) sowie den Vertrieb für die von der AVG betriebenen Deponie Vereinigte Ville. Gemäß Gesellschaftsvertrag sind die Leitlinien des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Köln für die Gesellschaft verbindlich.

Die Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen waren im Jahr 2017 (wie bereits in den Jahren 2015 und 2016) – auch durch Importmengen vor allem aus den Niederlanden und Großbritannien - insgesamt gut ausgelastet, so dass unterjährig zeitweise ein Mangel an Verbrennungskapazitäten bzw. ein Überangebot an Müll bestand. Das Marktpreisniveau für Gewerbe- und Baustellenabfälle entwickelt sich bereits seit dem Jahr 2014 nach oben. Diese aus Sicht der Müllverbrennungsanlage aber auch aus Sicht der Abfallsortieranlagen positive Entwicklung hat sich auch im Jahr 2017 fortgesetzt. Für inerte Abfälle zur Deponierung wie z. B. mineralische Bauabfälle und Schlacken, konnte das Preisniveau im Jahr 2017 nur noch leicht angehoben werden.

Die mit der AVG für das Jahr 2017 vereinbarten Zulieferungen zur RMVA Köln wurden realisiert. Zusätzlich wurden rund 21.500 t Restabfälle in andere Müllverbrennungsanlagen geliefert.

Die Anlieferungen der AVG Ressourcen in die RMVA Köln lagen im Jahr 2017 mit rund 303.900 t etwas unter dem Niveau der Vorjahresmenge (Vorjahr rund 315.500 t). Auch wenn die Heizwerte leicht über dem Niveau des Vorjahres lagen, konnte durch eine gezielte Auswahl und Aufbereitung der akquirierten Abfälle

erneut ein guter durchschnittlicher Heizwert für die Verbrennung in der RMVA Köln erzielt werden. Die Funktion der AVG Ressourcen als Vorschaltanlage bzw. Vertriebsgesellschaft der RMVA Köln wurde damit erfüllt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden an den Standorten der AVG Ressourcen in Köln-Niehl und Köln-Heumar insgesamt rund 354.000 t (Vorjahr rund 341.000 t) Abfälle angenommen und verarbeitet. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Menge verteilt sich dabei auf alle Abfallgruppen, so dass insgesamt ein höheres Mengenniveau bei Gewerbeabfällen, Altholz, Sperrmüll und Bauabfällen zu verzeichnen war.

Die Gewerbeabfallaufbereitungsanlage am Standort Niehl hat im Jahr 2017 rund 8.000 t (Vorjahr 6.500 t) hochkalorische Ersatzbrennstoffe aus Mischkunststoffen (EBS) für den Einsatz in der Zementindustrie produziert. Weiterhin wurden in der Anlage auch rund 3.000 t Papier und Pappe sowie rund 1.000 t Schrotte aussortiert. Mit dem im Dezember 2017 installierten Nichteisen-Metallabscheider wurden erstmalig auch Aluminiumschrotte separiert. Alle Wertstoffe konnten erfolgreich vermarktet werden.

Von den insgesamt rund 54.700 t kommunalem Sperrmüll, die im Jahr 2017 in den beiden Anlagen der AVG Ressourcen angeliefert wurden (Vorjahr rund 52.400 t), konnten rund 10.300 t (Vorjahr rund 9.600 t) – aufgrund der separaten Erfassung des Altholzanteils bei den AWB-Wertstoffcentern – unmittelbar in der Altholzaufbereitungsanlage verarbeitet werden. Im Jahr 2017 lag die Verwertungsquote außerhalb der Müllverbrennung bei rund 51 % (Vorjahr rund 53 %). Die hergestellten Biomassen wurden zur energetischen Verwertung in verschiedene Biomassekraftwerke oder zur stofflichen Verwertung in die Holzwerkstoffindustrie geliefert.

Die in der Altholzaufbereitungsanlage in Niehl angenommene Menge lag im Jahr 2017 bei rund 77.200 t (Vorjahr 76.700 t). Weitere rund 10.900 t (Vorjahr 11.400 t) wurden in der Anlage Heumar angenommen und verarbeitet. Die hergestellten Hackschnitzel wurden je nach Qualität zur stofflichen Verwertung an die Holzwerkstoffindustrie sowie zur energetischen Nutzung in Biomassekraftwerke geliefert.

B. Ertragslage

Die Umsatzerlöse des Jahres 2017 lagen mit 44.258 T€ rund 14 % über dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 38.743 T€). Wesentliche Ursache dieser positiven Umsatzentwicklung ist die Erzielung höherer Preise für Gewerbe- und Baustellenabfälle.

Auch die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 373 T€ über dem Wert des Vorjahres (151 T€). Das lag insbesondere an höheren Versicherungsentschädigungen und einem Tilgungszuschuss der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Errichtung des Nahwärmenetzes.

Gestiegene Aufwendungen für die Kontingentmengen in der RMVA Köln aber auch höhere Verwertungskosten für Biomassen und das neue Geschäftsfeld Gipsrecycling führten gegenüber dem Vorjahr (Vorjahr 20.573 T€) zu einem Anstieg des Materialaufwandes im Jahr 2017 auf 24.806 T€.

Der Personalbestand der AVG Ressourcen lag im Jahresdurchschnitt 2017 bei 70 Mitarbeitern (Vorjahr: 72 Mitarbeiter).

Der Jahresüberschuss zum 31.12.2017 beträgt 4.650.685,95 € (Vorjahr: 3.823.330,96 €).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass vor allem die positive Preisentwicklung bei den angenommenen Abfällen zu höheren Deckungsbeiträgen und somit letztlich zur Verbesserung des Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr geführt hat.

Der Jahresüberschuss zum 31.12.2016 in Höhe von 3.823.330,96 € wurde gemäß Gesellschafterbeschluss vom 23.05.2017 am 30.09.2017 an den Gesellschafter AVG ausgeschüttet. Unter Berücksichtigung eines Gewinnvortrages in Höhe von 1.942.816,97 € sowie eines Jahresüberschusses zum 31.12.2017 in Höhe von 4.650.685,95 € beträgt der Bilanzgewinn 6.593.502,92 €.

C. Finanzlage / Vermögenslage

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 2.200.000,00 €.

Im Berichtsjahr 2017 wurde ein Darlehen für die Beschaffung eines Elektrobaggers in Höhe von 359 T€ aufgenommen.

Darüber hinaus wird die Liquidität der Gesellschaft über die Cash-Pool-Vereinbarung mit dem Gesellschafter AVG sichergestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 hat die AVG Ressourcen Investitionen in Höhe von insgesamt 1.455 T€ getätigt. Der größte Anteil entfiel dabei auf Maschinentechnik am Standort Niehl. Für Nachrüstungen der Gewerbeabfallaufbereitungsanlage, die mit Blick auf die zukünftigen Anforderungen der Novelle der Gewerbeabfallverordnung erforderlich waren, wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 234 T€ getätigt. Weiterhin wurden ein mobiler Schredder (336 T€) sowie Metallabscheider für die Altholzaufbereitung (158 T€) angeschafft. Für die Fertigstellung des im 1. Quartal 2017 in Betrieb gegangenen Nahwärmenetzes, wurden im Berichtsjahr 184 T€ investiert. Am Standort Heumar wurde der mehr als 20 Jahre alte Elektrobagger ausgetauscht – dafür wurden im Berichtsjahr 266 T€ investiert (im Vorjahr wurde bereits eine Anzahlung in Höhe von 108 T€ geleistet). An beiden Standorten wurden weitere diverse Investitionen in Höhe von insgesamt 277 T€ getätigt.

D. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Wie bereits im vergangenen Jahr wird auch in 2018 die Sicherung der notwendigen Eingangsmengen für die Versorgung der RMVA Köln von erheblicher Bedeutung sein. Die AVG Ressourcen wird im Jahr 2018, wie auch bereits in den Vorjahren, alle freien Kapazitäten der RMVA Köln vermarkten. Darüber hinaus wird ebenso der Vertrieb für die von der AVG betriebenen Deponie Vereinigte Ville fortgeführt.

Am 01.08.2017 ist die Novelle der Gewerbeabfallverordnung in Kraft getreten. Durch eine verstärkte Getrenntsammlung unmittelbar beim Abfallerzeuger aber auch durch eine qualitativ hochwertige Sortierung von gewerblichen Abfallgemischen in technisch aufwändig ausgestatteten Sortieranlagen soll eine hochwertige Verwertung von Gewerbeabfällen erreicht werden. Die AVG Ressourcen verfügt am Standort Köln-Niehl über eine moderne Sortieranlage, die alle technischen Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung erfüllt. Dadurch kann auch in Zukunft eine hochwertige und gesetzeskonforme Verwertung am Entsorgungsmarkt angeboten werden.

Für das Ende 2015 mit den Kölner Stadtentwässerungsbetrieben begonnene Projekt „Co-Fermentation“ konnte die AVG Ressourcen im Jahr 2017 rund 9.000 t (Vorjahr 14.300 t) Substrate akquirieren. Die Substrate (überwiegend Fettabscheider-Inhalte) wurden unmittelbar zum Faulturn des Klärwerks

Stammheim geliefert und dort zur Produktion von Biomethan genutzt. Aufgrund der ersten Erfahrungen im Jahr 2016 wurden Anlieferungen mit weniger energiereichen Substraten im Jahr 2017 von der weiteren Belieferung ausgeschlossen. Zukünftig ist der StEB auch die Annahme von energiereicheren Speiseresten gestattet, die die AVG Ressourcen nun zusätzlich akquirieren wird.

Das von der AVG Ressourcen am Standort Niehl errichtete Nahwärmenetz, mit dem Gebäude des Betriebes sowie die umliegenden Nachbarn mit Wärme versorgt werden, ist im März 2017 in Betrieb gegangen. Die Wärme wird mit Altholz hackschnitzeln aus der Altholzaufbereitungsanlage erzeugt.

Im 2. Quartal 2017 hat die Fa. New West Gypsum (NWG) eine Gipsaufbereitungsanlage in Pulheim in Betrieb genommen. Das Stoffstrommanagement der Eingangsmengen wurde vertraglich exklusiv der AVG Ressourcen übertragen. Bis zum Jahresende 2017 konnten rund 6.800 t Gipsabfälle (insbes. gebrauchte Gipskartonplatten) an die Anlage geliefert werden.

Eine abschließende Abwicklung des Versicherungsschadens aus dem Brandereignis vom 25. Juli 2012 am Standort Niehl konnte aufgrund noch ausstehender Zahlungen der Versicherung nach wie vor nicht erreicht werden. Die AVG Ressourcen hat deshalb im 1. Quartal 2016 Klage gegen den Versicherer eingereicht. Aufgrund der Komplexität des Verfahrens ist das Landgericht Köln noch immer mit der Sichtung der Unterlagen befasst.

Die Geschäftsführung der AVG Ressourcen geht für die Folgejahre von einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung aus.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
AVG Service GmbH
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan der AVG Service GmbH

Erfolgsplan	2018 Tsd. €	2017 Tsd. €
Umsatzerlöse	11.606	11.412
Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.293	6.771
Personalaufwand	3.239	2.608
Löhne und Gehälter	2.621	2.119
soziale Abgaben inkl. Sonstige Personalkosten	618	489
 Abschreibung	 15	 13
sonstige betriebliche Aufwendungen	626	610
Zinsen, ähnliche Erträge / Aufwendungen	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.433	1.411
 Steuern	 833	 483
Jahresüberschuss	1.600	928

Bilanz der AVG Service GmbH

AKTIVA	2017	2016	2015
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Anlagevermögen	60	39	39
Technische Anlagen und Maschinen	10	15	19
Andere Anlagen, Betriebs und Geschäftsausstattung	47	22	20
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	2	0
Umlaufvermögen	5.150	6.781	4.691
Vorräte	68	62	66
Forderungen aus Lieferung und Leistung	1	3	1
AVG	766	480	592
Unternehmensgruppe REMONDIS	0	0	0
sonstige Vermögensgegenstände	397	15	36
Liquide Mittel	3.919	6.221	3.996
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	5.211	6.820	4.730
 PASSIVA			
Eigenkapital	1.634	1.977	2.052
Gezeichnetes Kapital	385	385	385
Gewinnvortrag	116	116	116
Jahresüberschuss	1.134	1.476	1.551
Rückstellungen	1.229	1.093	2.350
Rückstellungen für Pensionen	605	562	537
Steuerrückstellungen	274	242	1.340
Sonstige Rückstellungen	349	289	473
Verbindlichkeiten	493	1.790	328
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	431	223	269
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3	3	0
sonstige Verbindlichkeiten	59	1.564	59
Rechnungsabgrenzungsposten	1.855	1.960	0
Bilanzsumme	5.211	6.820	4.730

GuV der AVG Service GmbH

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	11.778	8.774	10.782
Sonstige betriebl. Erträge	12	33	64
Gesamtleistung	11.790	8.807	10.846
Materialaufwand	6.584	3.506	5.116
Personalaufwand	2.689	2.444	2.578
Abschreibungen	16	13	12
Sonstige betriebliche Aufwendungen	792	610	784
Betriebsergebnis	1.709	2.234	2.356
Ertragsteuern	-549	-729	-1.340
Jahresüberschuss	1.134	1.476	2.767

A. Grundlagen, Geschäft und Rahmenbedingungen

Die AVG Service GmbH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der AVG mbH Köln und führt ausschließlich den Auftrag zur Wartung und Instandhaltung der RMVA Köln-Niehl (Restmüllverbrennungsanlage) mit den dafür notwendigen Mitarbeitern durch.

Neben den turnusmäßig durchzuführenden Revisionen der Anlage und der laufenden Wartung/Instandhaltung liegt ein weiterer Aufgabenschwerpunkt in der Störungsbeseitigung. Um hierzu eine schnellstmögliche Reaktion zu gewährleisten, wird sowohl ein Arbeitszeit-Schichtmodell wie auch diverse Rufbereitschaften angewendet.

Die Vergütung basiert im Wesentlichen auf der in der RMVA angelieferten Müllmenge, die mit einem Preis pro Tonne abgerechnet wird. In 2017 betrug die abrechnungsrelevante Müllmenge 724.000 t (Vorjahr 736.000 t).

Die Verwertung dieser Müllmengen setzt eine hohe Verfügbarkeit der Anlage voraus, die durch die Leistungen der Mitarbeiter der AVG Service in der Vergangenheit jederzeit gewährleistet werden konnte.

B. Ertragslage

Die Umsatzerlöse der AVG Service liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 11,78 Mio. € (Vorjahr bei 8,77 Mio. €). Damit entspricht der erreichte Umsatz den im Berichtszeitraum erbrachten Leistungen. Die im Vorjahr erstmalig praktizierte Bildung einer passiven Rechnungsabgrenzung (-1,96 Mio. €) hat den Vorjahreswert entsprechend gemindert. In 2017 ist dagegen eine Inanspruchnahme erfolgt (+0,11 Mio. €), die zusammen mit der in 2017 von der AVG übernommenen und berechneten Industriereinigung (0,77 Mio. €) zu dem Anstieg der Gesamtleistung geführt hat.

Der Material- bzw. Fremdleistungseinsatz liegt mit 6,58 Mio. € um 3,07 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,51 Mio. €). In 2017 wurde zusätzlich zu den Revisionen an allen 4 Verbrennungslinien planmäßig eine große Turbinenrevision durchgeführt. Der größte Teil dieser Arbeiten wurde durch spezialisierte Fremdfirmen vorgenommen, was zu der genannten Erhöhung des Fremdleistungsanteils führte.

Der Jahresüberschuss zum 31.12.2017 beträgt 1.133.838,46 € (Vorjahr 1.476.010,51 €) und entspricht dem Bilanzgewinn.

Der Personalbestand der AG Service lag im Jahresdurchschnitt bei 42 Mitarbeitern.

C. Finanzlage / Vermögenslage

Das Investitionsvolumen der AVG Service lag im Berichtsjahr mit 37 T€ über dem Niveau des Vorjahreswertes (11 T€).

Die Investitionstätigkeit beschränkte sich ausschließlich auf Sachanlagen und hier speziell auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgte aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschaft hat kein Bankdarlehen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben. Bedingt durch die finanzielle Ausstattung der AVG-S als auch die positive Ergebnissituation wird erwartet, dass dies auch in Zukunft sichergestellt ist.

Die Bilanzsumme verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 1,61 Mio. € auf 5,21 Mio. € (Vorjahr: 6,82 Mio. €)

Auf der Aktivseite der Bilanz nahm das Umlaufvermögen um 1,63 Mio. € ab. Das Bankguthaben war mit 3,92 Mio. € zum Stichtag 31.12.17 um 2,30 Mio. € niedriger im Vergleich zum Vorjahr (6,22 Mio. €). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen die AVG mbH stiegen um 0,29 Mio. € auf 0,77 Mio. €.

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich das Eigenkapital um 0,34 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Da kein Gewinnabführungsvertrag mit dem Gesellschafter besteht, verbleibt das Jahresergebnis entsprechend in der Gesellschaft, bis die Gesellschafterversammlung abschließend über die Gewinnverwendung entscheidet.

Die Rückstellungen lagen mit 1,23 Mio. € um 0,14 Mio. € über dem Vorjahresniveau von 1,09 Mio. €.

Der Anstieg der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen beträgt inkl. der zu aktivieren- den Werte der Rückdeckungsversicherungen 0,04 Mio. €. Zum Bilanzstichtag war zur Diskontierung von Pensionsrückstellungen ein Zinssatz von 3,68% (Vorjahr 4,01%) heranzuziehen. Die Rentendynamik wurde wie im Vorjahr mit 2,5% angesetzt.

Die Steuerrückstellungen erhöhten sich um 0,03 Mio. € von 0,24 Mio. € im Vorjahr auf 0,27 Mio. € im Berichtsjahr.

Die sonstigen kurzfristigen Rückstellungen erhöhten sich um 0,06 Mio. € auf 0,35 Mio. €.

Die Summe der Verbindlichkeiten sank gegenüber dem Vorjahr um 1,30 Mio. € auf 0,49 Mio. € (Vorjahr: 1,79 Mio. €). Dem Rückgang der Verbindlichkeiten aus Steuern um 1,51 Mio. € auf 0,03 Mio. € im Berichtsjahr steht eine Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 0,21 Mio. € auf 0,46 Mio. € gegenüber.

In der Bilanz wird in 2017 eine passive Rechnungsabgrenzung von 1,85 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr 1,96 Mio. €).

D. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die Geschäftsführung der AVG Service geht von einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung für die Folgejahre aus.

Wirtschaftsplan

WSK

Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke
Köln mbH

Der Wirtschaftsplan 2018 der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) wird gemäß § 15 des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Er besteht aus Erfolgs- und Finanzplan.

Der Erfolgsplan ist analog der Gewinn- und Verlustrechnung gegliedert.

Zusammenstellung aller verfügbaren Wohnungen	Plan Anzahl 2018	Plan Anzahl 2017
Wohnungen in eigenen Objekten	1.502	1.502
Verwaltete Wohnungen der Konzerngesellschaften		
- RheinEnergie	249	253
- KVB	122	122
- HGK	25	37
- Belkaw	9	9
- KölnBäder	4	4
- AWB	2	2
Gesamt	1.913	1.929

Erläuterungen

WSK

Die WSK verfügt Ende 2017 über 1.479 Wohnungen, die überwiegend in den 60er und 70er Jahren im sozialen Wohnungsbau errichtet und in den 90er Jahren durch Dachgeschossausbauten und einige Neubauten ergänzt wurden. Der überwiegende Teil der Sozialbindungen ist zwischen 2007 und 2012 ausgelaufen.

Bedingt durch niedrige Mieten und ein damit einhergehendes knappes Instandhaltungsbudget in den vergangenen Jahrzehnten besteht zurzeit ein hoher Sanierungsbedarf.

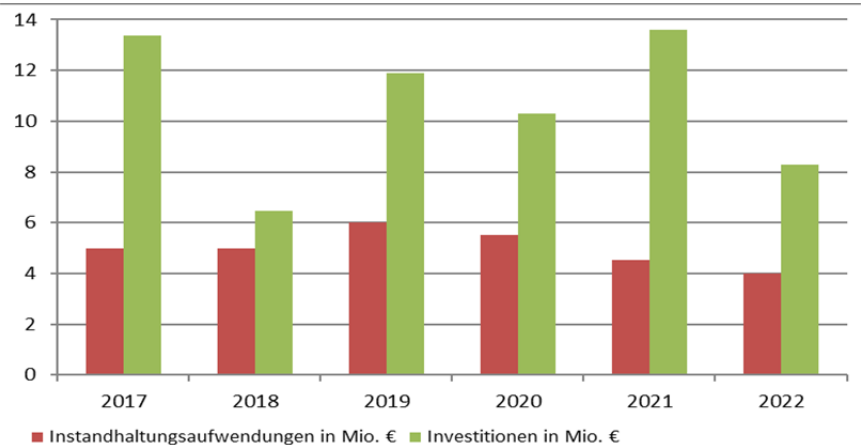
Die WSK wurde mit Zustimmung des Aufsichtsrates im Februar 2015 strategisch neu ausgerichtet. Im Rahmen des Strategiechecks im März 2017 wurde die Strategie bestätigt. Im Kern der Strategie steht die Optimierung des Wohnungsangebotes durch die Sanierung der Bestandswohnungen und den am Bedarf der Konzernmitarbeiter ausgerichteten Neubau. Der vorliegende Wirtschaftsplan setzt die vom Aufsichtsrat beschlossene Strategie um.

Der Wohnungsbestand der WSK wurde 2017 um 60 Wohnungen auf dem Clouthgelände in Köln-Nippes vergrößert und wird Anfang 2018 um weitere 23 Wohnungen im Neubau Bonner Straße 354 wachsen.

Neue Wohnungen werden derzeit durch die WSK für die KVB in den Dachgeschossen der Häuser Stammheimer Str. 136 – 158 sowie am Hermeskeiler Platz geplant.

Die WSK optimiert ihren Wohnungsbestand in den kommenden Jahren in großem Umfang durch umfassende Generalsanierungen (Investitionsplan), gezielte Erneuerung und Sanierungen einzelner Bauteile (geplanter Instandhaltungsaufwand) und konsequente Sanierung der Wohnungen bei Mieterwechsel.

In den Jahren 2018 – 2022 sind Baumaßnahmen der WSK mit einem Volumen von rd. 75,6 Mio. € geplant. Davon werden ca. 50,6 Mio. € in der Bilanz aktiviert und rd. 25,1 Mio. € werden für die Instandhaltungsmaßnahmen aufgewendet.



In den kommenden Jahren sind folgende aufgeführte Bauvorhaben vorgesehen:

2018:

Fertigstellung und Bezug des Neubaus Bonner Straße 354 sowie die Vollendung der Außenanlagen im Marienburger Forum.

In der Floriansgasse 39 - 53 wird die Außenanlage neu gestaltet und die Treppenhäuser saniert.

In der Hermeskeiler Straße 15 a – d werden die Leitungsstränge erneuert, die Treppenhäuser aufgewertet, die Flächen im UG teilweise neu aufgeteilt. Ferner wird die Fassade saniert und mit einer neuen Verkleidung versehen.

In der Deutz-Kalker Str. 11 - 25 wurde 2017 mit der Errichtung neuer Feuerwehrezufahrten begonnen, in 2018 erfolgen voraussichtlich Restarbeiten.

Ab 2019:

Die Sanierung des Wohn- und Geschäftsriegels Hermeskeiler Str. 13 wird 2018 mit einem anderen Architekturbüro neu geplant. Eine Aufstockung ist nicht mehr vorgesehen.

Die Wohnhäuser in der Deutz-Kalker Str. 11 - 25 sind weitgehend baugleich wie die Gebäude Hermeskeiler Str. 15 a - d. Mit der Planung der Sanierung wird 2018 begonnen.

Die Wohnanlage Amsterdamer Str. 200a – 204b ist stark sanierungsbedürftig. Es bestehen die Möglichkeiten, diese zu sanieren und ggf. mit einer Dachaufstockung zu ergänzen. Alternativ wird ein Neubau geprüft. Die vorliegende Wirtschaftsplanung geht von einer Sanierung des Bestandes ohne Erweiterung aus.

In den Wohnhäusern Weinsbergstr. 191 - 193 steht die Sanierung der Steigleitungen an. Da bei diesen Arbeiten die Badezimmer teilweise zerstört werden müssen, bietet sich die zeitgleiche Erneuerung der Bäder und die Sanierung der Fassade an. Die Planung wird in 2018 erstellt.

Für die Häuser Melatengürtel 83 - 93 und für die Wohnanlage in Köln-Weidenpesch (Jesuitengasse, Pallenbergstr. Ginsterpfad) wird im Jahre 2019 ein Sanierungskonzept erstellt.

Für die Sanierung der Wohnanlagen Am Bilderstöckchen / Vogesenstr. wird in den Jahren ab 2020 ein Sanierungskonzept erstellt.

Die aktivierungsfähigen Baumaßnahmen müssen zu 100 % fremdfinanziert werden. Dabei werden – soweit möglich – Fördermittel in Anspruch genommen.

Die Steigerung der Investition und Instandhaltungen führt zu geplanten negativen Ergebnissen in den Jahren 2018 bis 2021. Diese liegen zwischen - 0,4 Mio. € und - 1,2 Mio. €.

Im Rahmen des Wirtschaftsplans 2017 wurde beschlossen, das Instandhaltungsbudget in den Jahren 2017 - 2019 deutlich auf 5 - 6 Mio. € zu erhöhen. Dies hätte zu geplanten Verlusten in den Jahren 2017 - 2019 geführt, die die Bauerneuerungsrücklage um rd. 4,8 auf rd. 4,6 Mio. € abgeschmolzen hätten. Auch die vorliegende Planung geht von einer Reduzierung der Bauerneuerungsrücklage um 2,8 Mio. € aus, streckt den Zeitraum aber auf die Jahre bis 2022. Aktuell liegt der Fokus der Bautätigkeit auf aktivierungsfähigen Projekten. Für die Mehrzahl der vorgesehenen Bauprojekte hat noch keine Prüfung der Aktivierungsfähigkeit stattgefunden. Diese kann erst erfolgen, wenn konkrete Planungen mit Kostenschätzungen vorliegen.

Der Jahresabschluss der WSK 2016 weist eine Bauerneuerungs-rücklage in Höhe von 8,5 Mio. € aus. Das vorläufige Ist 2017 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von rd. 0,5 Mio. € aus. Die Bauerneuerungs-rücklage wird unter Berücksichtigung des vorläufigen Ist 2017 und der aktuellen Planung der Jahre 2018 bis 2022 um ca. 2,8 Mio. € auf rd. 6,2 Mio. € abgeschmolzen. Dadurch sinkt die Eigenkapitalquote von 21,7 % auf 12,3 %.

Während die Durchschnittsmiete der WSK im Jahr 2017 6,14 €/m² beträgt, wird sie kontinuierlich steigen und beträgt im Jahr 2022 voraussichtlich 7,53 €/m².

Gesellschaften

Im Jahre 2017 verwaltet die WSK 422 Wohnungen der Konzerngesellschaften. Für 29 Wohnungen in Einfamilienhäusern oder kleineren Mehrfamilienhäusern wird ein Verkauf geprüft, da diese Objekte nicht wirtschaftlich zu betreiben sind.

In 2018 wird die WSK mehrere Bauprojekte der Konzerngesellschaften steuern, die im Einzelfall auch Erweiterungsinvestitionen enthalten.

Für die KVB erfolgt der Dachgeschossausbau in der Stammheimer Straße, die Sanierung der Keller wurde 2017 durchgeführt. Auf dem Grundstück der ehemaligen Wendeschleife in Köln-Sülz am Hermeskeiler Platz wird Baurecht für ein Wohnhaus mit Kindertagesstätte im Rahmen eines Architektenwettbewerbs geschaffen.

Im ehemaligen denkmalgeschützten KVB-Umspannwerk Frankfurter Straße 745 wird das Dach und die Fassade saniert.

**Bilanz der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH
zum 31. Dezember 2017**

AKTIVA	Text- ziffer im Anhang	31.12.2017 €	31.12.2016 €
Anlagevermögen	(3)		
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		84.453.454	75.249.020
		84.453.454	75.249.020
Umlaufvermögen			
Vorräte	(4)	2.730.815	2.559.518
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)	334.090	4.025.589
Flüssige Mittel	(6)	561.625	521.370
		3.626.530	7.106.477
		88.079.984	82.355.497

PASSIVA	Text- ziffer im Anhang	31.12.2017 €	31.12.2016 €
Eigenkapital	(7)		
Gezeichnetes Kapital		9.204.000	9.204.000
Kapitalrücklage		191.990	191.990
Gewinnrücklagen		8.941.314	8.477.310
		18.337.304	17.873.300
Rückstellungen	(8)	468.272	354.417
Verbindlichkeiten	(9)	65.629.254	60.539.942
Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	871.071	931.004
Passive latente Steuern	(11)	2.774.083	2.656.834
		88.079.984	82.355.497

**Gewinn- und Verlustrechnung der Wohnungsgesellschaft
der Stadtwerke Köln mbH
für das Geschäftsjahr 2017
(1. Januar - 31. Dezember)**

	Textziffer im Anhang	2017 €	2016 €
Umsatzerlöse		12.415.412	11.516.529
Erhöhung / Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		171.297	- 7.092
Andere aktivierte Eigenleistungen		25.578	-
Gesamtleistung		12.612.287	11.509.437
Sonstige betriebliche Erträge	(14)	186.671	318.448
Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung	(15)	- 5.846.950	- 5.626.867
Personalaufwand	(16)	- 3.311	- 2.540
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(17)	-	- 1.255.527
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(17)	1.656.725	- 2.704.704
Finanzergebnis	(18)	- 2.570.836	- 1.541.519
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(19)		- 73.278
Ergebnis nach Steuern		816.529	623.450
Sonstige Steuern	(20)	- 352.525	- 353.913
Jahresüberschuss		464.004	269.537
Einstellungen in Gewinnrücklagen		- 464.004	- 269.537
Bilanzgewinn		0	0

Geschäftsentwicklung

Allgemeine Wirtschaftslage

Die Weltwirtschaft befand sich 2017 in einem kräftigen Aufschwung. Die Konjunktur war in nahezu allen großen Volkswirtschaften aufwärtsgerichtet. Für das gesamte Jahr 2017 zeichnet sich ein Anstieg der Weltproduktion um knapp 4 % ab. Gestiegen sind sowohl der Welthandel und die weltweiten Investitionen. Die Nachfrage der privaten Haushalte blieb stabil. Während in den USA die Leitzinsen in 2017 - wenn auch auf niedrigem Niveau - zum Jahresende auf 1,5 % erhöht wurden, hat in Europa und Japan die geldpolitische Normalisierung noch nicht begonnen.

Im Euroraum ist die Konjunktur in allen Ländern deutlich gestiegen. Hier wirkt die expansive Finanzpolitik. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum betrug 2,2 %. Die Arbeitslosenquote in der EU sank von 8,1 % im Dezember 2016 auf 7,3 % im Dezember 2017. Auch die britische Wirtschaft wuchs 2017 um etwa 2 %, obwohl sich bei den Verhandlungen über den Brexit noch keine Lösung abgezeichnet hat.

Im Jahr 2017 bleibt die deutsche Wirtschaft das achte Jahr in Folge auf Wachstumskurs, das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg um 2,2 %. Getragen vom exportorientierten verarbeiteten Gewerbe ist die Wirtschaftsleistung in fast allen Wirtschaftsbereichen gewachsen. Überdurchschnittlich entwickelten sich die Dienstleistungsbereiche Information und Kommunikation mit + 3,9 % sowie Handel, Verkehr, Gastgewerbe mit + 2,9 %. Ebenfalls kräftig legte das Produzierende Gewerbe mit + 2,7 % zu. Das Baugewerbe wuchs um 2,1 % und das Grundstücks- und Wohnungswesen um 1,3 %.

Der Konsum war auch 2017 mit einem Wachstumsbeitrag von 1,4 Prozentpunkten erneut die treibende Kraft des BIP. Der Wachstumsbeitrag der Bruttoinvestitionen insgesamt war ebenfalls positiv (+ 0,7 Prozentpunkte). Der Außenbeitrag stützte das deutsche BIP-Wachstum geringfügig (+ 0,2 Prozentpunkte).

Mit 44,3 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland wurde ein neuer Höchststand erreicht. Dementsprechend sank die Arbeitslosenquote von 5,8 % im Dezember 2016 auf 5,3 % im Dezember 2017.

Das Volkseinkommen stieg 2017 insgesamt um 4,1 % auf 2.435 Mrd. €. Das Arbeitnehmerentgelt der Inländer erhöhte sich gegenüber 2016 um 4,3 %, während im selben Zeitraum die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 3,9 % stiegen.

Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendeten das Jahr 2017 nach vorläufigen Berechnungen zum vierten Mal in Folge mit einem Überschuss. Die staatlichen Haushalte erzielten einen neuen Rekordüberschuss in Höhe von 38,4 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2017 eine Überschussquote von 1,2 %.

Nachdem in den vergangenen vier Jahren bis 2016 die Verbraucherpreise in Deutschland um weniger als ein Prozent gestiegen waren, haben sich die Preise 2017 im Jahresdurchschnitt um 1,8 % gegenüber 2016 erhöht. Für den deutlichen Anstieg der Jahresteuerrate waren maßgeblich die Energiepreise verantwortlich, die in den Vorjahren noch gesunken waren.

Jahresabschluss 2017

Lagebericht

Im Jahr 2017 stiegen die Bauinvestitionen um 2,6 %. Die Anzahl der Baugenehmigungen insgesamt sank von 213.894 im Zeitraum Januar bis November 2016 auf 202.806 im Zeitraum Januar bis November 2017. Die Preise für Bauleistungen am Bauwerk für Wohn- und Nichtwohngebäude stiegen von November 2016 zu November 2017 um 3,4 %. Die weiterhin günstigen Finanzierungskonditionen und die hohe Nachfrage nach Wohnraum lassen auch für 2018 ein Steigen der Baukosten erwarten.

In Köln waren im Dezember 2017 46.310 Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosenquote bleibt damit unverändert bei 8,1 %.

Wohnungsmarkt

2016 lebten in Köln 1.081.701 (+ 1,1 %) Einwohner mit Haupt- oder Nebenwohnsitz und es gab 560.298 (+ 0,6 %) Haushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist mit 1,88 Personen minimal gestiegen. Die Anzahl der Einpersonenhaushalte stieg leicht auf 282.686, das entspricht 50,4 %.

Nach den maßgeblichen Prognosen wird Köln bis zum Jahr 2024 auf Wachstumskurs bleiben. Auch für die Zeit ab 2025 geht die Stadt Köln und das statistische Landesamt NRW von steigenden Einwohnerzahlen aus (für 2040 zwischen 1,13 und 1,26 Mio. Einwohnern).

Die Immobilienpreise in Köln sind in 2017 noch stärker gestiegen wie schon 2016. Nach Auswertung der Angebote in Immobilienscout24 (IMX Dezember 2017) sind die Mietpreise in Köln im Vergleich zum Vorjahr um 7,1 % gestiegen, während die Kaufpreise für Wohnimmobilien mit Werten zwischen 18,9 % und 23,4 % noch deutlicher gestiegen sind als im Vorjahr.

Die köln ag – Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen – hat auch für 2017 die Mietpreise von 46 ihrer 56 Mitgliedsunternehmen ermittelt und im „Wohnbarometer“ veröffentlicht. Dabei wurden die Werte von 137.665 Wohnungen in und um Köln erhoben. Die durchschnittliche Netto-Kaltmiete der Kölner Bestände betrug 2017 6,41 €/m² (2016 6,34 €/m²). Die Durchschnittsmiete der WSK-Wohnungen betrug 2017 6,17 €/m² (2016 5,97 €/m²). Sie liegt damit noch 0,24 €/m² unter der Durchschnittsmiete der in der köln ag vertretenen Unternehmen. Der Kölner Mietspiegel 2017 weist für eine 75 m² große Wohnung aus dem Baujahr 1980 in mittlerer Wohnlage eine Mietspanne zwischen 7,10 – 9,70 €/m² aus.

Die Lage auf dem Kölner Wohnungsmarkt ist unverändert angespannt. Zur Verbesserung der Lage führt die Stadt Köln zahlreiche Maßnahmen durch. Die Bauaktivitäten werden unterstützt und die Stadtplanung identifiziert aktiv Potentialflächen für den Wohnungsbau im Stadtgebiet. Mit dem Kölner Baulandmodell wird für Entwicklungsprojekte ein fester Anteil an gefördertem Wohnungsbau verbindlich festgeschrieben.

Wohnungsbewirtschaftung

Die WSK hat als Werkwohnungsgesellschaft den Auftrag, für die Mitarbeiter des Stadtwerke Köln Konzern Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Ende 2017 stehen 1.479 Wohnungen im Eigentum der WSK, die überwiegend in den 60er und 70er Jahren im sozialen Wohnungsbau errichtet und in den 90er Jahren durch Dachgeschossausbauten und einige Neubauten er-

Jahresabschluss 2017

Lagebericht

gänzt wurden. Der überwiegende Teil der Sozialbindungen ist zwischen 2007 und 2012 ausgelaufen. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahme im Wohnquartier Marienburger Forum wurde für 55 Wohnungen eine neue Sozialbindung für 15 Jahre begründet.

Bedingt durch niedrige Mieten und ein damit einhergehendes knappes Instandhaltungsbudget hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Modernisierungspotential aufgebaut.

Der Aufsichtsrat der WSK hat mit der Geschäftsführung im Februar 2015 die WSK strategisch neu ausgerichtet. Im Kern der neuen Strategie steht die Sanierung der Bestandswohnungen und der am Bedarf der Konzernmitarbeiter orientierte Neubau von Wohnungen. Im März 2017 wurde diese Strategie vom Aufsichtsrat bestätigt und um zukunftsorientierte Themen wie Elektromobilität, vernetzte Mobilität, Mieterstrom und Smart-Home ergänzt.

Die Sanierung des Wohnungsbestands erfolgt auf drei Ebenen: Die Wohnanlagen werden saniert, das Portfolio wird durch Neubauten ergänzt und alle Leerwohnungen werden nach einem für die jeweilige Wohnanlage festgelegten Standard saniert.

Die WSK hat 60 Neubau-Wohnungen im Clouth-Quartier gekauft, die im Sommer 2017 fertiggestellt wurden, damit stieg der Wohnungsbestand von 1.419 auf 1.479 eigene Wohnungen. Mit Abschluss der Sanierungsarbeiten in den 195 Wohnungen im Wohnquartier Marienburger Forum wurde der erste große Schritt zur Neuausrichtung des Wohnungsbestandes vollendet. Ergänzend wird dort bis Anfang 2018 ein neues Wohngebäude (Bonner Straße 354) mit 23 Wohnungen entstehen. Seit 2014 wurden rund 300 Wohnungen im Rahmen der Mieterwechsel saniert. Damit sind bereits rund 580 Wohnungen in einem sehr guten Zustand.

Insbesondere durch die Sanierung der Leerwohnungen konnte die Nachfrage der Konzernmitarbeiter gesteigert werden: Ca. 85 % der sanierten Wohnungen werden heute von Mitarbeitern angemietet. Der Neubau im Clouth-Gelände wurde zu 100 % an Mitarbeiter vermietet.

Fremdverwaltung

Die WSK verwaltete Ende 2017 neben den 1.479 eigenen Wohnungen 421 Wohneinheiten der Konzerngesellschaften.

KVB-Wohnanlage Stammheimer Straße 136 - 158

Nachdem in der KVB-Wohnanlage Stammheimer Straße 136 - 158 in Köln-Riehl der Anbau von 22 Balkonanlagen erfolgte, die Außenanlagen neugestaltet und die Fassaden neu gestrichen wurden, werden nun alle Dachgeschosse neu auf- und ausgebaut. Dabei entstehen 16 neue Wohnungen. In 2017 wurden die Bauanträge für den Dachgeschossausbau gestellt und die Genehmigungen wurden bis auf zwei Wohnungen erteilt, hier fehlen noch die Zustimmung der Eigentümer der Nachbargrundstücke.

Jahresabschluss 2017

Lagebericht

Mietentwicklung und Wohnungsbelegung

Die Bestandsmieten werden kontinuierlich angepasst (§§ 558, 559 BGB). Durch die Anpassung der Mieten und die Vermietung von Neubauwohnungen wurde die durchschnittliche Miete von 5,97 €/m² im Jahre 2016 auf 6,17 €/m² im Jahre 2017 erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von 3,35 %.

Im Laufe des Jahres 2017 wurden 100 (Vorjahr 109) Wohnungsmietverträge beendet und 168 (Vorjahr 178) Mietverträge neu abgeschlossen.

Am 31.12.2017 waren 1.035 (Vorjahr 946) Wohnungen an Konzernmitarbeiter vermietet und 759 (Vorjahr 781) Wohnungen an Mieter, die nicht im Konzern beschäftigt sind. Die Mitarbeiterquote ist mit 57,7 % gegenüber dem Vorjahr mit 54,7 % um rund 3 % gestiegen.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft beträgt 464 Tsd. € (Vorjahr 269 Tsd. €). Die Umsatzerlöse (ohne Verwaltungsumlage) einschließlich der Bestandsveränderungen waren um 1.042 Tsd. € höher als im Vorjahr und erreichten 11.863 Tsd. €.

Die Umsatzerlöse aus Verwaltungsleistungen stiegen um 36 Tsd. € auf 724 Tsd. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 131 Tsd. € auf 187 Tsd. € gesunken.

Die Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung beliefen sich auf 5.847 Tsd. € (Vorjahr 5.627 Tsd. €). Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Instandhaltungskosten um 30 Tsd. €. Die Betriebskosten stiegen um 138 Tsd. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 2.571 Tsd. € und verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 134 Tsd. €. Die Verwaltungskosten stiegen um 40 Tsd. €, die Abschreibungen auf Forderungen verringerten sich um 14 Tsd. €. Die übrigen Aufwendungen verringerten sich um 5 Tsd. €.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten passive latente Steuern in Höhe von 117 Tsd. € und Gewerbesteuer in Höhe von 31 Tsd. €.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich überwiegend aufgrund des Neubaus auf dem Clouth-Gelände und dem Neubau in der Bonner Str. (Anlage im Bau) gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 5.724 Tsd. € auf 88.080 Tsd. € erhöht.

Das ausgewiesene Anlagevermögen umfasst nunmehr mit 84.453 Tsd. € hauptsächlich die Grundstücke und Gebäude der Gesellschaft. Die langfristigen Vermögenswerte betragen 95,88 % der Bilanzsumme (Vorjahr 91,37 %).

Jahresabschluss 2017

Lagebericht

Das Eigenkapital erhöhte sich um 464 Tsd. € und beträgt mit 18.337 Tsd. € oder 20,82 % der Bilanzsumme (Vorjahr 21,70 %). Der Zugang ist auf die Einstellung des Jahresüberschusses (+ 464 Tsd. €) in die Bauerneuerungsrücklage zurückzuführen. Die langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie passiven latenten Steuern sind um 3.687 Tsd. € auf 63.062 Tsd. € gestiegen und betragen 71,60 % der Bilanzsumme (Vorjahr 72,10 %).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden aufgrund der Bauvorhaben in der Bonner Straße und am Clouth-Gelände Darlehen in Höhe von 7.450 Tsd. € aufgenommen.

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch die Einbeziehung in das Cash-Management-System der Muttergesellschaft jederzeit gewährleistet.

Umweltschutz

Die WSK achtet bei den Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen auf ökologisch unbedenkliche Materialien.

Organisation/Mitarbeiter

Die Verwaltung der Wohngebäude des Stadtwerke Köln-Konzerns erfolgt als Dienstleistung durch Mitarbeiter der Stadtwerke Köln GmbH. Die WSK beschäftigt kein eigenes Personal.

Erklärung zur Unternehmensführung § 289 f Abs. 4 HGB

Bericht über die gleichberichtigte Teilhabe von Frauen und Männern

Die Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH hat für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH Zielgrößen von 30% von Frauen festgelegt. Die Zielgrößen sollen spätestens am 30. Juni 2022 erreicht sein. Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Frauenanteil im Aufsichtsrat 54,55 % und in der Geschäftsführung 0 %.

Compliance-Management-System

Die WSK ist in das konzernweite Compliance-Management-System (CMS) des Stadtwerke Köln Konzerns eingebunden. Insoweit geltende Regelungen und Prozesse sind auch für die Mitarbeiter der SWK verbindlich, die für die WSK dienstleistend tätig sind.

Chancen und Risiken

Das Risikofrüherkennungssystem der WSK ist in die Organisation der SWK eingebettet. Bestandsgefährdende Risiken bestehen zurzeit nicht.

Mögliche Risiken bestehen durch nicht erkannte Mängel, die kurzfristig instandgesetzt werden müssten.

Jahresabschluss 2017

Lagebericht

Die Mieten der WSK liegen weiterhin unter der Marktmiete und werden in den kommenden Jahren kontinuierlich angepasst.

Das aktuell günstige Zinsniveau bietet die Chance Neu- und Ausbaumaßnahmen sowie Sanierungsvorhaben trotz der gestiegenen Bau- und Baulandkosten wirtschaftlich durchführen zu können.

Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung

(Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 2, Nr. 2 GO NW)

Die WSK stellt ihrem Geschäftszweck folgend den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtwerke Köln-Konzerns Wohnungen zur Verfügung. Mit dem Angebot an preiswerten Wohnungen unterstützt sie zudem die Stadt Köln bei der Wohnraumversorgung.

Prognosebericht

Die WSK hat das Ziel, den Wohnungsbestand an den Bedürfnissen der Konzernmitarbeiter auszurichten. Hierzu sind erhebliche Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich. Für das Jahr 2018 sind folgende Sanierungen geplant:

In 2018 sollen abgeschlossen werden:

	Objekt	Maßnahme	Bauvolumen
Investition	Floriansgasse	Außenanlagen	900 Tsd. €
Instandhaltung	Floriansgasse	Sanierung Treppenhäuser	630 Tsd. €
Investition	Deutz-Kalker Str.	Rettungswege	330 Tsd. €
Investition	Hermeskeiler Str. 15a-d	Fassade, Stränge, Treppenhäuser	4.500 Tsd. €
Instandhaltung	Frankfurter Str. 19	Sanierung Flachdach	515 Tsd. €
Instandhaltung	Ivenshofweg	Sanierung Flachdach	350 Tsd. €

WIRTSCHAFTSPLAN
der
GEW Köln AG
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der GEW Köln AG

	2018	2017
	Tsd. €	Tsd. €
ERFOLGSPLAN		
Umsatzerlöse	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	150	150
Materialaufwand	0	0
Personalaufwand	-66	-62
Abschreibungen	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-935	-803
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages erhaltene Gewinne	115.286	110.820
Erträge aus Beteiligungen	37.591	26.987
Erträge aus Wertpapieren u.ä.	112	238
Zinsen und ähnliche Erträge	86	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.331	-1.493
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	150.893	135.847
Steuern	-3.804	0
Unternehmensergebnis	147.089	135.847
Gewinnabführung	-147.089	-135.847
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	0	0
FINANZPLAN		
EINNAHMEN		
Eigenmittel	0	0
Fremdmittel	<u>0</u>	<u>0</u>
Summe Einnahmen	0	0
AUSGABEN		
Investitionen	0	0
Kreditwirtschaft (Tilgungen)	0	0
Abbau von Verbindlichkeiten	<u>0</u>	<u>0</u>
Summe Ausgaben	0	0
	Personen	Personen
STELLENÜBERSICHT		
Mitarbeiter	0	0

Bilanz der GEW Köln AG

31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro

AKTIVA

Anlagevermögen:

Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	849,2	893,9	910,6	921,4	869,3

Umlaufvermögen:

Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen	148,5	143,3	123,9	128,1	134,2
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flüssige Mittel	0,1	0,1	0,1	0,1	1,7

Rechnungsabgrenzung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Bilanzsumme	997,8	1.037,2	1.034,5	1.049,6	1.005,1

PASSIVA

Eigenkapital:

Gezeichnetes Kapital	255,7	255,7	255,7	255,7	255,7
Kapitalrücklage	119,4	119,4	119,4	119,4	113,4
Gewinnrücklagen	414,5	414,5	414,5	474,1	474,1

Rückstellungen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verbindlichkeiten	208,2	247,6	244,9	200,3	151,9
Rechnungsabgrenzung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Bilanzsumme	997,8	1.037,2	1.034,5	1.049,6	1.005,1

GuV der GEW Köln AG

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Umsatz/aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages erhaltene Gewinne	148,4	126,5	105,2	111,3	120,1
Sonst. betriebliche Erträge	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalaufwand	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-0,7	-1,0	-1,0	-0,6	-0,8
Finanzergebnis	35,7	14,3	-26,5	31,7	43,6
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	112,1	139,8	77,7	142,3	162,9
Steuern	-3,8	0,0	0,1	-0,1	-0,5
Unternehmensergebnis	108,3	139,8	77,8	142,2	162,4
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	-108,3	-139,8	-137,4	-142,2	-162,4
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,0	0,0	-59,6	0,0	0,0
Einstellung in / Entnahme andere Gewinnrücklagen	0,0	0,0	59,6	0,0	0,0
Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Lagebericht 2016
der
GEW Köln AG

1. Grundlagen der Gesellschaft

Die geschäftlichen Aktivitäten der GEW Köln AG beschränken sich auf die Rolle einer Holding. Die Gesellschaft beschäftigt keine Arbeitnehmer. Alle notwendigen Aktivitäten werden dienstleistend von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RheinEnergie AG durchgeführt.

Die GEW Köln AG hält 80 % der Anteile an der RheinEnergie AG. Des Weiteren ist sie unmittelbar zu 100 % an der BRUNATA-METRONA GmbH und über diese mittelbar zu 100 % an der METRONA GmbH beteiligt (nachfolgend zusammengefasst als BRUNATA-METRONA). Zwischen der GEW Köln AG und den obengenannten drei Gesellschaften besteht jeweils ein Ergebnisabführungsvertrag.

Darüber hinaus ist die GEW Köln AG mit 100 % an der NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH, mit 20 % an der Stadtwerke Düsseldorf AG und mit 34,4 % an der RW Gesellschaft für Anteilsbesitz II mbH beteiligt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2016 insgesamt als stabil erwiesen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag gemäß ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit 1,9 % über dem Vorjahresniveau¹. Nach 2013 (0,6 %) ist der in den Jahren 2014 (1,6 %) und 2015 (1,7 %) einsetzende konjunkturelle Aufschwung somit weiterhin stabil. Im europäischen Vergleich lag die für 2016 am HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) gemessene Inflationsrate für Deutschland (+0,4 %) wie schon in den vergangenen Jahren über den jeweiligen Durchschnitten der Eurozone (+0,2 %), der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes insgesamt (jeweils +0,3 %).

2.2 Geschäftsverlauf

RheinEnergie AG, Köln

Das Berichtsjahr 2016 war auf europäischer Ebene geprägt von der Veröffentlichung des EU-Winterpakets und weiteren zentralen Themen für die energiepolitischen Entwicklungen wie die Überarbeitung der Energieeffizienzgesetzgebung und die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens.

Auf nationaler Ebene waren die energiepolitischen Entwicklungen bestimmt von Abschlüssen der bereits im Vorjahr begonnenen Rechtsetzungsverfahren zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, zum Strommarktgesetz, zum Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende, zur Anreizregulierungsnovelle und zum KWKG 2016. Zudem hat das Bundeskabinett als zentrale Maßnahme den Klimaschutzplan 2050 verabschiedet. So will die Regierung sicherstellen, dass Deutschland seine Umwelt- und Klimaziele erreicht.

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 10 vom 12.01.2017.

Verglichen mit dem Geschäftsjahr 2015 wurde die Absatzsituation der RheinEnergie im Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen durch zwei Faktoren beeinflusst: begrenzter temperaturbedingter Mehrabsatz im Bereich der Wärmeenergieträger (Wärmestromprodukte, Erdgas, Fern-/Nahwärme) sowie intensiver Preiswettbewerb im Strom- und Gasmarkt bei unverändert hoher Wechselbereitschaft der Kunden.

Gegenüber dem Vorjahr war für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt eine leicht niedrigere Durchschnittstemperatur zu verzeichnen. Die gegenüber dem Jahr 2015 klimatisch verursachten Absatzrückgänge des eher warmen 1. Quartals konnten im kühleren 4. Quartal ausgeglichen werden.

Um dem Wettbewerbsdruck zu begegnen, setzt die RheinEnergie konsequent auf marktgängige Produkte in Verbindung mit immer umfangreicheren, kundenorientierten Beratungs- und Dienstleistungen. Begleitet wird dies durch umfassende Aktivitäten zur Bindung und Rückgewinnung von Kunden in allen Segmenten sowie durch die Entwicklung bzw. den Ausbau neuer Online-Vertriebswege. Sowohl im Bereich der Haushalts- als auch der Sonderkunden gilt es, den Kunden zu vermitteln, dass der Preis nicht das alleinige Entscheidungskriterium bei der Auswahl des Energielieferanten sein sollte.

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die RheinEnergie in den einzelnen Sparten folgende Absatzzahlen erreichen: Strom 17.199 GWh, Erdgas 9.061 GWh, Fernwärme 1.174 GWh, Energiedienstleistungen 679 GWh und Dampf 579 GWh.

Der erneute Zuschlag bei der Vergabe der Strom-, Gas- und Wasserkonzessionen für das Kölner Stadtgebiet ist für die RheinEnergie von strategisch überragender Bedeutung. Die Stadt Köln führte für alle drei Sparten wettbewerbliche Verfahren durch, aus denen die RheinEnergie jeweils erfolgreich hervorging. Im März 2016 unterzeichneten beide Seiten die Konzessionsverträge Strom und Gas, und im November 2016 dann den Konzessionsvertrag Wasser. Mit dem Abschluss dieser Verträge wird die RheinEnergie auch für die kommenden 20 Jahre die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln mit Wasser versorgen sowie die öffentliche Strom- und Gas-Infrastruktur im Stadtgebiet betreiben.

Im Rahmen des Konzessionierungsverfahrens der bislang von der RheinEnergie gehaltenen Gaskonzession für das Gebiet der Stadt Rösrath hat der Rat der Stadt Rösrath im November 2015 beschlossen, dem Angebot der RheinEnergie nicht den Zuschlag zu erteilen. Die im Frühjahr 2016 aufgenommenen Gespräche zwischen der RheinEnergie und dem neuen Konzessionär zur Netzübernahme konnten bislang noch nicht einvernehmlich abgeschlossen werden.

Die RheinEnergie Trading GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft der RheinEnergie AG fungiert als zentraler Marktzugang für Energie und als Dienstleister für energienahe Produkte. Ihre Partner sind neben der RheinEnergie AG die BELKAW GmbH, die AggerEnergie GmbH, die Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL), die evd energieversorgung dormagen gmbH, die Gasversorgungsgesellschaft mbH Rhein-Erft und die Stadtwerke Leichlingen GmbH. Die Aufgabe der Gesellschaft liegt im Einkauf von und Handel mit Energie und energienahen Produkten.

Die Rheinische NETZGesellschaft mbH (RNG) pachtet und betreibt die Strom- und Erdgasnetze für die RheinEnergie AG und die wesentlichen Tochtergesellschaften. Des

Weiteren ist sie für einige der Gesellschaften über einen sogenannten Netzverfügungsvertrag für die Sparten Wasser und Fernwärme als Dienstleister tätig.

Im September 2012 hat die RheinEnergie den Beschluss gefasst, am Standort Köln-Niehl ein neues Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GuD-Kraftwerk) zu errichten. Dieses GuD-Kraftwerk ist als KWK-Anlage konzipiert und kann rund 50.000 Haushalte in Köln klimafreundlich mit Fernwärme beheizen und bis zu 1 Mio. Haushalte mit Strom versorgen. Die Anlage ist termingerecht und im geplanten Kostenrahmen zum 29. April 2016 in den kommerziellen Regelbetrieb gegangen.

Die RheinEnergie ist an der RheinEnergie Express GmbH mit 87,8 % beteiligt. Sie bietet darüber jenseits des Kerngebietes der RheinEnergie deutschlandweit Strom- und Erdgasprodukte an. Zum Jahresende 2016 belieferte die RheinEnergie Express GmbH rund 52.000 Haushalts- und Gewerbekunden.

Sämtliche Windkraftprojekte bündelt die RheinEnergie im Tochterunternehmen RheinEnergie Windkraft GmbH. Diese betreibt derzeit 86 Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von rund 140 MW. An einem Windpark mit 27 MW halten sechs RheinEnergie-Beteiligungen zusammen 38,7 % der Anteile.

Im Geschäftsjahr 2016 realisierte die RheinEnergie vor allem aufgrund der Umgliederung der 2015 noch unter den sonstigen Erträgen ausgewiesenen Erträge aus Dienstleistungen für Dritte und aus Vermietung und Verpachtung aufgrund des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes ein gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhtes Umsatzniveau von 2.457 Mio. € (Vorjahr 2.281 Mio. €). Um diesen Umgliederungseffekt bereinigt, wäre der Umsatz gegenüber dem Vorjahr nur leicht angestiegen (+24 Mio. €). Vom Gesamtumsatz ohne Strom- und Erdgassteuer entfallen auf die Verkaufserlöse nach Sparten (ohne periodenfremde Effekte): Strom 1.420 Mio. € (Vorjahr 1.360 Mio. €), Erdgas 285 Mio. € (Vorjahr 306 Mio. €), Wärme und Dampf 184 Mio. € (Vorjahr 185 Mio. €) und Wasser 134 Mio. € (Vorjahr 133 Mio. €).

Das Ergebnis des Jahres 2016 liegt leicht über dem Niveau des Vorjahres. Im operativen Bereich stehen den gestiegenen Umsatzerlösen aufgrund der oben erwähnten Umgliederung insbesondere gesunkene sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 123 Mio. € (Vorjahr 266 Mio. €) gegenüber. Würde das Vorjahr ebenfalls um diesen Effekt bereinigt, wären die sonstigen betrieblichen Erträge vor allem aufgrund der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen für Drohverluste im Kraftwerksbereich und für Preisrisiken gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Der Materialaufwand ist insgesamt mit 1.894 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert von 1.900 Mio. € leicht gesunken; einem aufgrund der deutlich erhöhten Eigenerzeugung gestiegenen Brennstoffeinsatz stehen insbesondere vertriebslich bedingt gesunkene Strom- und Gasbezugsaufwendungen gegenüber. Der leichte Rückgang des Personalaufwands (245 Mio. €, Vorjahr 249 Mio. €) resultiert insbesondere aus den aufgrund veränderter Zinssätze gesunkenen Aufwendungen für Altersversorgung, die die Effekte einer Tarifierhöhung überkompensieren. Weiterhin ergeben sich erhöhte Abschreibungen (76 Mio. €, Vorjahr 46 Mio. €) vor allem aufgrund außerplanmäßiger Abschreibungen einer kohlebefeuerter Kraftwerksanlage sowie gestiegene sonstige Aufwendungen (186 Mio. €, Vorjahr 174 Mio. €) aufgrund im Vergleich zum Vorjahr höherer projektbezogener Fremdleistungen. Insgesamt steigt das operative Ergebnis aber aufgrund aller oben genannten Effekte gegenüber dem Vorjahr leicht an.

NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Köln

Der Markt für Telekommunikation ist weiterhin durch starken Wettbewerb, großen Preisdruck, zunehmenden Bandbreitenbedarf und hohe Wechselbereitschaft der Kunden geprägt. 2016 konnte sich die NetCologne in diesem schwierigen und dynamischen Marktumfeld behaupten und besaß von den bundesweit rund 31 Mio. Festnetzanschlüssen einen Marktanteil von 1,3 %. Die technische Grundlage dafür bildet das eigene, hochleistungsstarke Breitbandnetz, über welches rund 62,2 % (Vorjahr 52,7 %) der Teilnehmer-Anschlüsse realisiert worden sind.

Die eigene Netzinfrastruktur wird ständig ausgebaut. Die Gesellschaft hat auch im vergangenen Jahr weiteren FttC-Glasfaserausbau sowohl in Eigenregie als auch über Kooperationen mit Städten, kommunalen Unternehmen und Energieversorgern vorangetrieben. Die Ausbauprojekte liegen teilweise im bestehenden Versorgungsgebiet, teilweise aber auch in neuen Gebieten, die somit zusätzliches Vertriebspotenzial darstellen. Die neuen Netze ermöglichen eine Breitbandversorgung mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s beziehungsweise bis zu 100 Mbit/s bei Einsatz der Technologie „Vectoring“ und sind ein zunehmend starker Standortfaktor für Städte und Gemeinden.

NetCologne hat 2014 begonnen, die ersten Ausbaugebiete für den Einsatz mit Vectoringtechnologie zur Vectoring-Liste anzumelden und damit die technische Exklusivität zu erlangen. Neben dem Vertrieb an Endkunden wird im Sinne des Open Access auch ein exklusiver Betrieb des Wholesale-Geschäfts mit Vorleistungsprodukten an Netzbetreiber und ähnliche Nachfrager ermöglicht. Im Jahr 2016 wurden 1.016 Kabelverzweiger (KVz) in Ausbaugebieten mit Vectoring erschlossen. In Bezug auf die Nahbereiche rund um die Ortsvermittlungsstellen (OVSt) wurde mit der Regulierungsverfügung „Vectoring II“ der Bundesnetzagentur vom 01. September 2016 der Deutschen Telekom das Recht eingeräumt, die betroffenen OVSt und KVz mit Vectoring auszurüsten. Der bisherige Versorgungsbereich der NetCologne umfasst 200 OVSt, von denen bei 55 jedoch ein sogenanntes Abwehrrecht für NetCologne besteht, so dass diese bis Ende 2018 dort Vectoring ausbauen kann.

Ende 2016 wurde nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts das neue Rechenzentrum in Köln-Chorweiler eröffnet und dem Geschäftskundenvertrieb zur Vermarktung übergeben. Insgesamt wird das neue Rechenzentrum, das den höchsten Sicherheitsstandards entspricht, über etwa 1.000 qm Nutz- beziehungsweise Stellfläche für ca. 330 Serverschränke verfügen. Davon steht den Kunden jetzt schon etwa die Hälfte zur Verfügung. Der zweite Bauabschnitt wird voraussichtlich im Sommer 2018 fertiggestellt.

Im Juni 2016 hat NetCologne 70 % der Anteile an der Haubner IT GmbH erworben. Damit reagiert sie auf den tiefgreifenden Wandel der Telekommunikationsbranche hin zu integrierten Telekommunikations- und IT-Services (ICT). Durch den Anteilserwerb etabliert NetCologne sich als integrierter ICT-Dienstleister im regionalen B2B-Markt und erschließt so neue Umsatzquellen. Die Haubner IT unterstützt ihre Kunden als branchenübergreifender IT-Dienstleister durch IT-Beratung und übernimmt Service und Support der IT-Infrastruktur des Kunden. Darüber hinaus kann die Haubner IT auch den kompletten oder teilweisen IT-Betrieb der Kunden in Form von Vor-Ort-Services leisten oder Cloud-Computing-

Leistungen bereitstellen. Somit erweitert die NetCologne ihr Produktportfolio um zukunfts-fähige Geschäftskunden- und Serviceprodukte.

Die Gesellschaft erzielte 2016 Umsatzerlöse von 262,1 Mio. €; diese lagen somit um 12,4 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf die Netzbauerlöse zurückzuführen. Der operative Umsatz hingegen fiel insbesondere im Geschäftskundensegment leicht geringer aus als im Vorjahr.

Im Gegensatz zum Umsatz ist der Materialaufwand gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Mio. € auf 125,6 Mio. € gesunken. Bereinigt um einen Sondereffekt des Vorjahres sind die Fremdleistungen im Jahr 2016 gestiegen. Ursächlich hierfür ist überwiegend der weitere Ausbau von VDSL-Vectoring-Gebieten.

Unter Berücksichtigung eines Einmalerlöses in Höhe von 8,6 Mio. € aus einem Vergleich mit der Deutschen Telekom belief sich der Jahresüberschuss 2016 auf 6,6 Mio. € (Vorjahr 7,6 Mio. €).

BRUNATA-METRONA, Hürth

Nach der im September 2016 erfolgten Umstrukturierung der BRUNATA-METRONA Gruppe Hürth hält die GEW Köln AG 100 % der Anteile an der BRUNATA-METRONA GmbH, Hürth und über diese mittelbar alle Anteile an der METRONA GmbH, Hürth. Beide Gesellschaften haben mit der GEW einen Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen und werden nach wie vor unter „BRUNATA-METRONA“ zusammengefasst.

Das Geschäft der BRUNATA-METRONA wird wesentlich durch den Bestand an Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohneinheiten bestimmt. Das für die Gesellschaft relevante Marktvolumen hat sich 2016 gegenüber dem Vorjahr um rund 0,3 % erhöht. Diese positive Entwicklung wird dadurch relativiert, dass in strukturschwachen Gebieten nach wie vor Wohnraum leer steht sowie auch der Rückbau von Wohngebäuden festzustellen ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass Neubauten mit einem sehr hohen Standard der Energieeinsparung teilweise nicht mehr zur verbrauchsabhängigen Abrechnung von Wärme und Warmwasser nach der Heizkostenverordnung verpflichtet sind.

Deutschland ist hinsichtlich Wärmemessdienstleistungen ein vollständig erschlossener und verteilter Markt, in dem weitere Anteile nur durch Verdrängung zu gewinnen sind. Das führt zu erheblichem Wettbewerbsdruck, was insbesondere im Großkundenbereich tendenziell rückläufige Preise zur Folge hat. Positiven Einfluss auf das Geschäftsvolumen hatte die erneut deutlich gestiegene Nachfrage nach Rauchmeldern einschließlich der Durchführung von jährlichen Wartungsleistungen hierfür.

BRUNATA-METRONA hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr sehr gut behauptet und konnte sowohl den Bestand an betreuten Gebäuden als auch an Wohneinheiten weiter ausbauen. Die Bindung der Kunden an das Unternehmen ist wegen des vollständigen Leistungsangebotes, hoher Qualitätsstandards und der intensiv betriebenen Kundenpflege sehr hoch.

Die Umsatzerlöse der BRUNATA-METRONA stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 107,7 Mio. € und lagen damit um 8,3 Mio. € bzw. 8,3 % über dem vergleichbaren, aufgrund

der erstmaligen Anwendung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes angepassten Vorjahreswert. Die Mehrerlöse resultieren insbesondere aus Steigerungen im Kerngeschäft bei Gerätevermietungen für die Erfassung von Wärme und Wasser, den Abrechnungsdienstleistungen und dem Verkauf und der Vermietung sowie der Wartung von Rauchmeldern. Trotz der deutlich erhöhten Investitionsvolumina insbesondere für vermietete Rauchmelder erwirtschaftete BRUNATA-METRONA ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Stadtwerke Düsseldorf AG, Düsseldorf

Im Jahr 2016 hat die GEW Köln AG eine Dividende in Höhe von 5,0 Mio. € (Vorjahr 5,9 Mio. €) für das Geschäftsjahr 2015 von der Stadtwerke Düsseldorf AG vereinnahmt. Der Rückgang ergab sich aus einem geringeren Jahresüberschuss 2015. Wie im Vorjahr wurde der Jahresüberschuss 2015 der Gesellschaft zu 50 % thesauriert.

RW Gesellschaft für Anteilsbesitz II mbH

GEW hält über die RW Gesellschaft für Anteilsbesitz II mbH mittelbar Aktien der RW Holding AG. Diese vereinnahmt ihrerseits Dividendenerträge der von ihr mittelbar und unmittelbar gehaltenen Aktien der RWE AG und schüttet diese im Rahmen der Gewinnverwendung über eine Holdingstruktur an die mittelbaren Aktionäre aus. Im Geschäftsjahr 2016 hat GEW Köln AG keinen Beteiligungsertrag (Vorjahr 1,3 Mio. €) vereinnahmt. Der Grund liegt darin, dass die Hauptversammlung der RWE AG beschlossen hat, für das Geschäftsjahr 2015 keine Dividende für Stammaktien auszuschütten.

Nach vielfachen Diskussionen/Beratungen im Aktionärskreis im Jahr 2016 hat die Hauptversammlung der RW Holding AG am 22. Februar 2017 die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. Damit wurde die Auflösung des gesamten Holding-Konstruktes in mehreren aufeinanderfolgenden Schritten in Gang gesetzt. Hauptziel ist die Rückerlangung von eingebrachten RWE-Aktien.

Sonstige geschäftliche Aktivitäten

Aus einer langfristigen Ausleihung wurden im Geschäftsjahr 2016 rund 0,7 Mio. € (Vorjahr 1,3 Mio. €) an Zinserträgen vereinnahmt. Des Weiteren wurde das Darlehen Mitte 2016 für weitere 24 Monate prolongiert.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zum 31. Dezember 2016 beträgt die Bilanzsumme der GEW Köln AG 997,8 Mio. € (Vorjahr 1.037,2 Mio. €).

Die Bilanzsumme im Geschäftsjahr 2016 reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um 39,4 Mio. €. Auf der Aktivseite vermindern sich die Finanzanlagen um 44,6 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch eine außerplanmäßige Abschreibung, die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erhöhen sich um 5,2 Mio. €. Auf der Passivseite reduzieren sich die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtwerke Köln GmbH aus der Konzernverrechnung entsprechend um 39,4 Mio. €.

Eine detaillierte Kapitalflussrechnung ist im Anhang enthalten. Sie weist einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von -4,3 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €) aus. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit von 153,5 Mio. € (Vorjahr 137,5 Mio. €) und aus der Finanzierungstätigkeit von -149,2 Mio. € (Vorjahr -139,0 Mio. €) ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand von 0,0 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €). Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 112,1 Mio. € (Vorjahr 139,8 Mio. €), geplant waren für diesen bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikator rund 134,1 Mio. €. Die Differenz resultiert im Wesentlichen aus einer Abschreibung auf Finanzanlagen. Nach Berücksichtigung von Ertragsteuern in Höhe von 3,8 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €) beträgt die Gewinnabführung an die Stadtwerke Köln GmbH 108,3 Mio. € (Vorjahr 139,8 Mio. €).

Insgesamt verfügt die GEW Köln AG weiterhin über eine gute Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2.4 Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW)

Neben einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung werden die Kunden der operativen Tochterunternehmen sicher und im Preisvergleich zum Bundesdurchschnitt günstig mit telekommunikations- und energienahen Dienstleistungen bedient beziehungsweise mit Strom und Wärme unter Einsatz umweltschonender Energieerzeugungstechniken und schadstoffarmer Brennstoffe sowie mit Erdgas und Wasser beliefert.

3. Prognosebericht

RheinEnergie AG

Im Rahmen der regelmäßig aktualisierten und weiterentwickelten Unternehmensstrategie stellt sich die RheinEnergie den großen energiepolitischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung der internen Prozesse einerseits und den beabsichtigten Investitionen in den einzelnen Wertschöpfungsstufen andererseits soll die Basis für Wachstum und dauerhafte Ertragskraft gefestigt werden.

Eine der wesentlichen Grundlagen für die Geschäftstätigkeit eines Energieversorgers sind Konzessionen. Nach überwiegenden Erfolgen bei der Gewinnung von neuen Konzessionen im Rahmen von Kooperationsmodellen mit Kommunen in der rheinischen Region in den letzten Jahren hat sich die RheinEnergie das Ziel gesetzt, die bestehenden Konzessionen zu erhalten und im regionalen Umfeld bei entsprechender strategischer und wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit auch neue Konzessionen zu gewinnen.

Ein Teil der Weiterentwicklung der RheinEnergie stellt auch weiterhin die Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen Energieversorgungsunternehmen sowie die zunehmende Dienstleistungserbringung im Bereich der immer komplexer werdenden energiewirtschaftlichen Prozesse dar. Maßgebender Treiber dieser Kooperationen ist die wirtschaftliche

Sinnhaftigkeit für die beteiligten Partner. Geografisch wird unverändert die Region im Vordergrund des Interesses stehen.

Die RheinEnergie plant für das Geschäftsjahr 2017 einen Umsatz (ohne Strom- und Energiesteuer) auf Vorjahresniveau in Höhe von rund 2,3 Mrd. € und ein Ergebnis vor Steuern in einer Größenordnung von über 150 Mio. €. Bei den Investitionen steht neben laufenden Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien im Vordergrund. Insgesamt erwartet die RheinEnergie eine unverändert gute Vermögens- und Finanzlage.

NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Köln

Die flächendeckende Versorgung mit breitbandigem Internet kommt in Deutschland nur stockend voran. Trotzdem steigen die im Netz transportierten Datenmengen und damit die von Geschäftskunden und Haushalten nachgefragten Anbindungskapazitäten weiter stetig. Vor diesem Hintergrund wird NetCologne im Rahmen der Multi-Access-Strategie die Flächendeckung des Glasfasernetzes im Stadtgebiet Köln weiter ergänzen, zusätzliche kompakte Wohnanlagen der Wohnungswirtschaft über hybride Glasfaser- und Koaxialnetze (HFC) erschließen sowie die FttC-Abdeckung im Umland weiter erhöhen. Die neu geschaffenen Netzkapazitäten werden gleichermaßen für die Versorgung von Privatkunden, Geschäftskunden sowie für den Wholesale-Markt im Sinne des Open Access vermarktet.

Auch im FttB-Umfeld werden Innovationen konsequent vorangetrieben. Mit der Einführung von der neuen G.fast-Technologie werden künftig Bandbreiten von bis zu 1.000 Mbit/s im FttB-Bereich erwartet.

Beim Aufbau von Mobilfunknetzen der neuesten Generation (LTE) bieten die Glasfasernetze der NetCologne die Grundlage für leistungsfähige mobile Internetzugänge. NetCologne hat im Gegenzug das eigene Dienstleistungsportfolio im Mobilfunk durch die Intensivierung der Kooperationen mit Mobilfunkbetreibern erweitert.

Eine wichtige Erweiterung der heutigen Netzwerk-Strategie ist die zusätzliche Fokussierung auf Cloud-Dienste.

Im Geschäftsjahr 2017 plant die Gesellschaft eine Gesamtleistung von rund 260 Mio. €. Durch den Wegfall des positiven Einmaleffektes aus dem Jahr 2016 ist gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Gewinnreduktion zu erwarten.

BRUNATA-METRONA, Hürth

Dem Wettbewerbsdruck begegnet BRUNATA-METRONA mit ihrer Strategie der Qualitätsführerschaft, einer vollständigen, modernen Geräte- und Dienstleistungspalette sowie mit Kundennähe. Vor diesem Hintergrund wird die 2015 begonnene und 2016 nach Plan umgesetzte Anpassung der Strukturen des Außenvertriebs und des Kundenservice auch im Jahr 2017 weiter fortgesetzt. Das IT-Projekt zur Erneuerung sowie zur Zusammenführung bisher dezentral betriebener Softwarelösungen zur Unterstützung der kundennahen Vertriebs- und Serviceprozesse wird ebenfalls fortgeführt.

Nachdem die Übergangsfrist für die Ausrüstung von Rauchmeldern in Nordrhein-Westfalen am 31. Dezember 2016 abgelaufen ist, werden 2017 nur noch nachlaufende Ausrüstungsbedarfe zu befriedigen sein. Deshalb ist zu erwarten, dass sich die erforderlichen Investitionen in das Vermietungsgeschäft verringern werden, was mit rückläufigen Sofortabschreibungen auf Geringwertige Wirtschaftsgüter und einer Verbesserung des Ergebnisses einhergehen wird.

Der geschäftliche Verlauf im Geschäftsjahr 2017 wird sich weiterhin auf hohem Niveau bewegen. Der Wirtschaftsplan geht von einer weiteren Umsatzsteigerung und einem mit dem Vorjahr vergleichbaren Ergebnis aus.

Stadtwerke Düsseldorf AG, Düsseldorf

Aufgrund der eigenen Einschätzungen zur Ergebnisentwicklung der Stadtwerke Düsseldorf und unter Berücksichtigung einer 50 %igen Thesaurierung wird für das Jahr 2017 eine rückläufige Dividende erwartet

Ergebniserwartung

Für die GEW Köln AG wird im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von rund 136 Mio. € erwartet.

Dieser Lagebericht sowie die weiteren Bestandteile des Geschäftsberichts enthalten Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der GEW Köln AG beziehen. Diese Aussagen stellen Einschätzungen dar, die auf Basis aller zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Eine verlässliche Prognose kann aus heutiger Sicht aufgrund von Ungewissheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen, regulatorischen, technischen und wettbewerbsbezogenen Entwicklung jedoch nicht abgegeben werden.

4. Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und systematisch zu erfassen, zu bewerten und Maßnahmen zu ihrer Steuerung zwecks Vermeidung beziehungsweise Minimierung zu ergreifen.

Im Rahmen dieser Aufgabe hat der Vorstand für die risikobezogenen Aktivitäten und Maßnahmen eine Risikorichtlinie erlassen, in der die Verfahrensweisen der Risikoanalyse und Berichterstattung festgelegt werden. Bestandteil dieser Risikorichtlinie ist, dass zum einen unter Berücksichtigung von bestimmten Schwellenwerten auf vierteljährlicher Basis eine regelmäßige Berichterstattung über Veränderungen von Risiken über dem festgelegten Schwellenwert zu erfolgen hat, und zum anderen beim erstmaligen Eintritt von Risiken über einem bestimmten Schwellenwert unabhängig von der vierteljährlichen Berichterstattung

eine sofortige Meldung zu erfolgen hat. Diese Risikoberichterstattung erfolgt auf Basis einer entsprechenden Richtlinie des Konzerns, die zum 1. Januar 2016 überarbeitet wurde.

Die Beteiligungsgesellschaften sind in die entsprechende Risikoberichterstattung einbezogen.

Die Einstufung der Risiken erfolgt in einer Risikomatrix nach dem Verhältnis zwischen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Als Ergebnis ergeben sich Risiken, die überwacht werden müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Berichtszeitraum keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die absehbare Zukunft nicht erkennbar sind.

Chancen und Risiken

Die Chancen und Risiken der GEW Köln AG sind fast ausschließlich mit denen der Beteiligungen verbunden. Dazu gehören insbesondere rechtliche und regulatorische Entwicklungen sowie die Marktrisiken in den einzelnen Branchen. Entsprechende Risikovorsorgen werden auf Ebene der Beteiligungen getroffen. Durch das implementierte Berichtssystem ist sichergestellt, dass die GEW Köln AG frühzeitig über deren wirtschaftliche Entwicklung Kenntnis erlangt. Regelmäßig wird die Werthaltigkeit von Beteiligungen überprüft.

Die Energiewirtschaft befindet sich unverändert in einem dynamischen Wandel, verbunden mit einem hohen Maß an Planungsunsicherheit. Investitionen der RheinEnergie, insbesondere in den Bereichen Erzeugung und Verteilung, sind auf Jahrzehnte ausgelegt. Daher bedarf es für die investierenden Unternehmen in hohem Maße verlässlicher gesetzlicher energiepolitischer sowie regulatorischer Rahmenbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene. Nach den anstehenden Wahlen auf Landes- und Bundesebene im Jahr 2017 ist im Rahmen der Dekarbonisierungsdebatte inhaltlich von Festlegungen zu möglichen Kohleausstiegsszenarien auszugehen. Angesichts der nach wie vor unbefriedigenden wirtschaftlichen Situation konventioneller Erzeugungsanlagen ergeben sich für die verbleibenden energieerzeugenden Einheiten dadurch Chancen, dass die derzeit in vielen erzeugenden Einheiten nicht gegebene Wirtschaftlichkeit der Kraftwerke verbessert werden kann; andererseits kann es zu erheblichen Risiken aus einer gegenüber der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer frühzeitigen Abschaltung und einem weiteren Anstieg der erneuerbaren Energien kommen.

Neben den energiepolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen haben insbesondere die Verhältnisse auf den Strom- und Gasmärkten erhebliche Auswirkungen auf die Ertragskraft. Die entscheidenden Parameter wie Öl-, Kohle-, CO₂-, Strom- und Gaspreise unterliegen unverändert erheblichen Schwankungen bei einem niedrigen Strompreisniveau. Der deutliche und kontinuierliche Strompreisverfall in den letzten Jahren hat die wirtschaftliche Situation von Kraftwerksanlagen massiv unter Druck gebracht. Bei fortschreitender negativer Entwicklung der Differenz der Verkaufserlöse für Strom und der dafür anfallenden wesentlichen Erzeugungskosten besteht das Risiko, dass neben den negativen Auswirkungen auf die Wertschöpfung in zukünftigen Jahren weitere Wertberichtigungen auf Erzeugungsanlagen notwendig sein können. Umgekehrt können ein Anstieg der Strompreise

beziehungsweise der Margen und/oder die Einführung von entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Verbesserung der Wertschöpfung aus der Erzeugung führen.

Für die NetCologne bieten vor allem der Ausbau die die Aufrüstung der eigenen Hochleistungsinfrastrukturen Chancen für eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung mit neuen Produkten und Diensten vor dem Hintergrund des stark zunehmenden Bandbreitenbedarfs. Durch den Anteilskauf an der Haubner IT GmbH wird NetCologne im Geschäftskundensegment der verstärkten Nachfrage nach IT-Komplettlösungen gerecht. Die wesentlichen Risiken liegen zum einen im starken Wettbewerb und der hohen Wechselbereitschaft der Kunden. Zum anderen unterliegen die Produkte teilweise hoher Komplexität und Dynamik, welche zu einem permanenten Innovations- und Investitionsdruck bei verkürztem Zeitfester für die Amortisationsphase führen.

Das Geschäft der BRUNATA-METRONA ist insbesondere aufgrund der engen Kundenbindung wegen des vollständigen Leistungsangebotes, hohen Qualitätsstandards und intensiv betriebener Kundenpflege stabil und nachhaltig profitabel. Risiken werden hauptsächlich im wettbewerbsbedingten anhaltenden Preisdruck und in der durch das Bundeskartellamt eingeleiteten Sektoruntersuchung für den Bereich Submetering wegen des Verdachts von marktmachtmissbräuchlichem Verhalten gesehen.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
RheinEnergie AG
für das Geschäftsjahr 2018
(01.01. - 31.12.2018)

Wirtschaftsplan 2018 der RheinEnergie AG

	2018 Tsd. €	2017 Tsd. €
ERFOLGSPLAN		
Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer)	2.285.921	2.343.625
Sonstige Erträge	69.647	68.460
Materialaufwand	-1.704.992	-1.789.929
Personalaufwand	-264.948	-251.490
Abschreibungen	-51.612	-43.073
Sonstige Aufwendungen	-188.992	-184.325
Operatives Ergebnis	145.024	143.269
Beteiligungsergebnis	33.285	33.428
Zinsergebnis	-18.780	-23.335
Ertragsteuern	-8.743	-8.042
Unternehmensergebnis	150.786	145.320
Garantiedividende	-25.500	-24.500
Gewinnabführung an GEW Köln AG	-115.286	-110.820
Jahresüberschuss	10.000	10.000
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-10.000	-10.000
Bilanzgewinn/-verlust	0	0
FINANZPLAN		
EINNAHMEN		
Eigenmittel	163.154	124.348
Fremdmittel	<u>83.800</u>	<u>83.800</u>
Summe Einnahmen	246.954	208.148
AUSGABEN		
Stromverteilung / Stromerzeugung	25.757	29.107
Gas	11.650	8.235
Wasser	14.071	14.628
Wärme	25.542	23.725
Allgemeine Dienste	8.136	8.411
Gemeinsame Bereiche u. Anlagen sowie betriebsfremde Bereiche	38.173	32.616
Finanzanlagen: Beteiligungen	27.246	36.000
Ausleihungen	650	2.581
Kreditwirtschaft (Tilgungen)	<u>95.729</u>	<u>52.845</u>
Summe Ausgaben	246.954	208.148
Mitarbeiter zum 31.12.	2.925	2.978

Bilanz der RheinEnergie AG

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Immaterielle Vermögensgegenst.	12.153	14.253	14.843	9.502	15.903
Sachanlagen	446.912	468.219	427.441	463.708	446.195
Finanzanlagen	933.615	937.995	934.617	976.599	948.006
Umlaufvermögen:					
Vorräte	41.300	30.215	25.617	27.436	35.629
Forderungen	555.016	571.995	795.867	754.511	723.307
Flüssige Mittel, Wertpapiere	134.665	120.364	113.053	136.208	144.848
Rechnungsabgrenzung	37.184	34.869	32.551	33.171	30.328
Bilanzsumme	2.160.845	2.177.911	2.343.989	2.401.136	2.344.216
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000
Kapitalrücklage	274.739	274.739	274.739	212.239	149.739
Gewinnrücklagen	212.179	212.179	212.179	212.179	192.179
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	2.455	3.937
Empf. Ertragszuschüsse	61.571	13.304	17.918	23.200	29.222
Rückstellungen	401.810	448.524	432.708	449.809	479.779
Verbindlichkeiten	777.330	749.675	928.812	1.024.686	1.010.832
Rechnungsabgrenzung	33.216	79.490	77.632	76.567	78.528
Bilanzsumme	2.160.845	2.177.911	2.343.989	2.401.136	2.344.216

GuV der RheinEnergie AG

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
Umsatzerlöse	2.457.049	2.280.891	2.291.184	2.406.912	2.369.730
Eigenleistungen/ Bestandsveränderungen	10.636	8.258	6.196	4.434	4.346
Sonst. betriebliche Erträge	123.247	265.824	306.012	267.272	268.300
Materialaufwand	-1.894.445	-1.899.936	-1.939.672	-2.032.722	-1.955.555
Personalaufwand	-245.044	-248.961	-240.542	-232.505	-228.692
Abschreibungen	-75.858	-46.191	-103.888	-57.493	-58.564
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-186.124	-165.622	-151.555	-167.733	-170.842
Finanzergebnis	-25.224	-23.485	-26.055	-4.427	-16.645
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	164.236	170.778	141.681	183.738	212.077
Außerordentl. Ergebnis	0	0	0	0	0
Steuern	-9.410	-16.152	-11.581	-27.034	-40.401
Unternehmensergebnis	154.826	154.626	130.100	156.704	171.676
Ausgleichszahlung gem. § 304 AktG	-28.276	-28.146	-24.855	-25.360	-26.561
Gewinnabführung nach Unternehmensvertrag	-126.550	-126.480	-105.245	-111.344	-120.115
Jahresüberschuss	0	0	0	20.000	25.000
Verlustvortrag aus Vorjahr	0	0	0	0	0
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0	0	-20.000	-25.000
Bilanzgewinn	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
RheinEnergie AG

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1 Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die RheinEnergie AG, Köln, (RheinEnergie) ist ein regional tätiges integriertes Energie- und Wasserversorgungsunternehmen. Dabei erstreckt sich die Geschäftstätigkeit über alle Wertschöpfungsstufen von der Erzeugung über den Handel und den Netzbetrieb bis hin zum Vertrieb. Die Tätigkeiten werden überwiegend von der RheinEnergie direkt und teilweise auch von Tochtergesellschaften erbracht; damit folgen wir im Wesentlichen dem Grundsatz des Stammhausprinzips. Das Produktspektrum umfasst die Sparten Strom, Erdgas, Fern- und Nahwärme, Dampf, Wasser sowie energienahe Dienstleistungen. Wesentliche Grundlage für das Netzgeschäft der Gesellschaft sind die gehaltenen Konzessionen.

Die geschäftlichen Aktivitäten der RheinEnergie als regionales Energieversorgungsunternehmen erstrecken sich im Wesentlichen auf Köln und das angrenzende Umland. Insbesondere im Umland fokussiert die RheinEnergie sich auf das vernetzte Handeln mit Beteiligungs- und Partnerunternehmen in der Region und mit den kommunalen Mitgesellschaftern dieser Unternehmen. Kooperationen mit kommunalen Partnerunternehmen erstrecken sich auf die gesamte energiewirtschaftliche Wertschöpfungskette: Bei Erzeugung, Netzbetrieb, Vertrieb und Abrechnung sowie bei Energiedienstleistungen und Contracting arbeiten die Unternehmen intensiv zusammen. Außerdem erhalten Partnerunternehmen Zugang zu Zukunftsthemen wie Smart Metering, Elektromobilität und umweltfreundliche Erzeugungsanlagen. Grundgedanke der Kooperationen ist die nachhaltige Bündelung kommunaler Interessen.

Die regionale Verbindung der RheinEnergie wird durch die Stiftungsfamilie des Unternehmens, bestehend aus der RheinEnergieStiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft, der RheinEnergie-Stiftung Kultur und der RheinEnergieStiftung Familie, unterstrichen.

Die Verbindung mit der Region drückt sich auch durch den kommunalen Hintergrund der Gesellschafterstruktur der RheinEnergie aus: 80 % der Geschäftsanteile werden indirekt von der Stadt Köln gehalten, mit 20 % ist der strategische Partner innogy SE (vormals RWE Deutschland AG) an der RheinEnergie beteiligt.

1.2 Ziele und Strategien

Die RheinEnergie folgt bei ihrem Streben, das führende integrierte Energieversorgungsunternehmen der rheinischen Region zu sein, langfristig vier Ziele:

- wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Sicherung des Ergebnisses
- Daseinsvorsorge durch eine leistungsfähige Infrastruktur
- attraktiver Arbeitgeber für qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Wahrung der Nachhaltigkeit

Hierbei agiert die RheinEnergie in einem energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Umfeld, das einem immer stärkeren und schnelleren Wandel ausgesetzt ist. Hinzu kommen die Einflüsse aus sich verändernden Kundenbedürfnissen, dem allgemeinen Wandel und der Entwicklung gesellschaftlicher Trends.

Um diesen sich verändernden und sich fortentwickelnden Anforderungen gerecht zu werden und diese – zum Teil – mitzugestalten, entwickelt die RheinEnergie ihre Strategien in strukturierter Form ständig fort. Hierbei geht es insbesondere neben der Sicherung des Stammgeschäfts um die Generierung von profitablen Wachstum und um die Steigerung der Effizienz bei allen internen Prozessen. Darüber hinaus kommt auch dem Change-Management zur Unterstützung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der gesamten Organisation bei der Bewältigung der neuen Anforderungen große Bedeutung zu.

1.3 Steuerungssysteme

1.3.1 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts verwendet die RheinEnergie insbesondere die finanziellen Größen Umsatz (ohne Strom- und Energiesteuer) und Ergebnis vor Ertragsteuern, die auch die bedeutsamsten Leistungsindikatoren darstellen. Als die bedeutsamsten nicht finanziellen Leistungsindikatoren kommen die Absatz- und die Erzeugungszahlen zur Anwendung. Diese Leistungsindikatoren werden in einem der Größe des Unternehmens entsprechenden Planungsprozess differenziert nach Organisationseinheiten und Wert-schöpfungsstufen ermittelt, zur Gesamtunternehmensplanung zusammengefasst und als Wirtschaftsplan von Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedet. Unterjährig erfolgt quartalsweise eine Kontrolle der kumulierten Ist-Zahlen gegenüber den jeweils geplanten Größen. Abweichungen werden analysiert und führen gegebenenfalls zur Ergreifung zusätzlicher operativer Maßnahmen.

1.3.2 Compliance

Die Achtung geltender Gesetze und betrieblicher Richtlinien sowie die Bekämpfung der Korruption hat für die RheinEnergie hohe Bedeutung. Daher hat das Unternehmen im Jahr 2013 sein bis dahin bestehendes Hinweismanagementsystem durch ein erweitertes Compliance-Management-System abgelöst. Grundlagen sind die den Risikofeldern entsprechenden Compliance-Richtlinien und ein regelmäßiges Compliance-Reporting.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Energiepolitische und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Entwicklungen auf europäischer Ebene

Das Berichtsjahr 2016 war geprägt von der Veröffentlichung des EU-Winterpakets und weiteren zentralen Themen für die energiepolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene wie die Überarbeitung der Energieeffizienzgesetzgebung und die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens.

Europäische Kommission veröffentlicht Winterpaket

Am 30. November 2016 hat die Europäische Kommission unter dem Titel „Saubere Energie für alle Europäer“ ein umfangreiches Paket mit Gesetzesvorschlägen und Berichten zur Umsetzung der europäischen Energieunion vorgelegt. Mit dem Maßnahmenpaket will die

Kommission sicherstellen, dass die EU-Länder die europäischen Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030 erreichen. Außerdem beinhaltet das Paket Vorgaben für einen konsumentenorientierten Strommarkt sowie für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Ziel ist es, in dem Bereich der erneuerbaren Energien eine weltweite Führungsrolle einzunehmen.

Energieeffizienzgesetzgebung

Zudem will die Europäische Kommission die Förderung der Energieeffizienz weiter verstärken. Dazu kommt eine Neufassung der Erneuerbare Energien-Richtlinie mit Fokus auf einen verstärkten Ausbau der Erneuerbaren sowie auf Schaffung und Umsetzung fairer Wettbewerbsbedingungen. Des Weiteren beinhaltet das Paket Vorschläge zur Revision der Energieeffizienz-Richtlinie und der Gebäudeeffizienzrichtlinie. Hinzu kommt ein Verordnungsvorschlag für einen Ordnungsrahmen der Energieunion, der die nationale Energiepolitik durch abgestimmte Klima- und Energiepläne besser als bislang koordinieren soll.

Die EU will unionsweit Prinzipien und Leitlinien für Verteilnetzentgelte etablieren, eine europäische Verteilnetzbehörde gründen sowie neue Regeln bei der Abregelung von Strom festlegen, die den derzeitigen Vorrang beim Netzzugang für Anlagen für erneuerbare Energien und Anlagen der Kraft-Wärmekopplung (KWK) ersetzen. Die Abregelung und das so genannte „Redispatch“ im Stromnetz, bei dem Kraftwerke gezielt zu- und abgeschaltet werden, um Engpässe zu verhindern, sollen dabei Marktmechanismen folgen.

Insgesamt zeigen die Maßnahmen eine deutliche Tendenz zur stärkeren Zentralisierung der europäischen Energiepolitik. In der Erneuerbare-Energien-Richtlinie ist darüber hinaus die Einführung eines EU-weit verbindlichen Ziels für den Ausbau der erneuerbaren Energien angedacht: Sie sollen künftig mindestens 27 % des Energieverbrauchs der EU abdecken. Dazu ist eine weitreichende Definition des sogenannten erneuerbaren Selbstverbrauchs geplant. Anlagenbetreiber sollen den eigenproduzierten Strom aus erneuerbaren Energien selbst verbrauchen und verkaufen können. Die Energieeffizienzrichtlinie sieht zudem vor, die Energieeffizienz bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2007 um 30 % zu steigern. Um dieses Energieeffizienzziel zu erreichen, will man private Investoren und neue Marktteilnehmer gewinnen.

Europäische Union ratifiziert das Pariser Klimaabkommen

Die Europäische Union hat am 5. Oktober 2016 offiziell das Pariser Klimaabkommen in einem beschleunigten Verfahren, d.h. ohne vorherige nationale Ratifizierung des Abkommens durch alle Mitgliedstaaten, durch die Zustimmung des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments ratifiziert. Durch die Ratifizierung durch die Europäische Union wurde die kritische Schwelle erreicht, die das Inkrafttreten des Abkommens am 4. November 2016 ausgelöst hat. Damit sind alle Staaten, die das Abkommen ratifiziert haben, u.a. verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg durch den Klimawandel auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen und ab 2050 ein weltweites Gleichgewicht zwischen Treibhausgasemissionen und deren Aufnahme durch Senken (z.B.) Wälder zu erreichen.

2.1.2 Entwicklungen auf nationaler Ebene

Die energiepolitischen Entwicklungen auf nationaler Ebene waren bestimmt von Abschlüssen der bereits im Vorjahr begonnenen Rechtsetzungsverfahren zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, zum Strommarktgesetz, zum Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende, zur Anreizregulierungsnovelle und zum KWKG 2016. Zudem hat das Bundeskabinett als zentrales Thema den Klimaschutzplan 2050 verabschiedet. So will die Regierung sicherstellen, dass Deutschland seine Umwelt- und Klimaziele erreicht.

Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017 beschlossen

Am 8. Juli 2016 haben Bundestag und Bundesrat die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2017 (EEG) beschlossen. Demnach bekommen Fotovoltaik- und Wind-Onshore-Anlagen mit einer Leistung von mehr als 750 Kilowatt (kW) künftig nicht mehr wie bisher einen gesetzlich festgelegten Fördersatz. Stattdessen führt der Gesetzgeber Ausschreibungen ein, die dazu führen sollen, dass die Förderung von Fotovoltaik- und Wind-Onshore-Anlagen sich stärker an Wettbewerbsmechanismen orientiert. Das Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See (Windenergie-auf-See-Gesetz - WindSeeG) regelt die Förderung der Offshore-Windenergie.

Der Ausschreibungsmechanismus soll insbesondere vermeiden, dass die jährlichen Zubau-Raten laut EEG überschritten werden. Zugleich will der Gesetzgeber sicherstellen, dass die für die Jahre 2025 und 2035 gesteckten Ausbauziele erreicht werden. Erneuerbare Energien sollen künftig netzverträglicher ausgebaut und mit dem Netzausbau verstärkt synchronisiert werden. Hierzu kann die Bundesnetzagentur besonders belastete Übertragungsnetzgebiete mit dauerhaften Engpässen ausweisen. Dort lässt sich dann per Rechtsverordnung vorübergehend der Wind-Onshore-Ausbau begrenzen. Das Gesetz ist zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten.

Strommarktgesetz in Kraft getreten

Am 29. Juli 2016 ist das Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz) in Kraft getreten. Mit dem Strommarktgesetz hat die Bundesregierung eine Kapazitätsreserve eingeführt, die die Nachfrage bei nicht ausreichendem Angebot am Spot-Markt decken soll. Außerdem regelt das Strommarktgesetz die Stilllegung von acht Braunkohlekraftwerken mit einer Leistung von insgesamt 2,7 Gigawatt (GW) sowie die Vergütung von Redispatch-Maßnahmen. Es schreibt den weiteren Ausbau der Netzreserve vor, um in besonders gefährdeten Regionen wie in Süddeutschland die Netz- und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Hinzu kommen gesetzliche Regelungen zur freien wettbewerblichen Preisbildung, zur Öffnung der Regelenergiemärkte für weitere Anbieter, zur Stärkung der Bilanzkreistreue, zur Integration der Ladeinfrastruktur für Elektromobile in das Stromversorgungssystem sowie zur Einbettung des Strommarktes in den EU-Binnenmarkt.

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft getreten

Am 2. September 2016 ist das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) in Kraft getreten. Kern des Gesetzes ist ein neues Messstellenbetriebsgesetz (MsbG), das Vorgaben

zur Messung von Strom und Gas und zum Messstellenbetrieb bündelt und als Grundlage für die Einführung intelligenter Messsysteme dienen soll. Es regelt technische Anforderungen, die Finanzierung und die Datenkommunikation, die zukünftig direkt über ein so genanntes Smart-Meter-Gateway sternförmig an die Marktteilnehmer laufen soll und nicht wie bisher gebündelt über den Verteilnetzbetreiber. Mit dem Einbau intelligenter Messsysteme verlagert sich die Verantwortung für die Aggregation von energiewirtschaftlichen Bilanzierungsdaten von den Verteilnetzbetreibern auf die Übertragungsnetzbetreiber.

Reform der Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze

Die Reform der Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze (ARegV) ist am 15. September 2016 nach einem mehrjährigen politischen und parlamentarischen Prozess in Kraft getreten. Die ARegV-Novelle soll die Bedingungen für Investitionen in Verteilnetze verbessern und die Kostenbelastung für Verbraucher begrenzen.

Kernstück der ARegV Novelle ist der Kapitalkostenabgleich, durch den die zugestandenen Erlöse jährlich an die aktualisierten Kapitalkosten angepasst werden. Zukünftige Investitionen werden ohne Zeitverzug verzinst, bereits getätigte Investitionen werden zum Teil entwertet. Des Weiteren müssen erheblich mehr Daten des Netzbetreibers veröffentlicht werden.

Zusätzlich hat die BNetzA neue Eigenkapitalzinssätze nach § 7 Abs. 6 StromNetzentgeltverordnung festgelegt. Die Eigenkapitalverzinsung für Neuanlagen der 3. Regulierungsperiode sinkt um rd. 2,1 % im Vergleich zur 2. Regulierungsperiode auf 6,91 % vor Steuern.

Europäische Kommission erteilt beihilferechtliche Genehmigung für KWKG 2016

Am 24. Oktober 2016 hat die Europäische Kommission eine förmliche beihilferechtliche Genehmigung zur Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung gemäß dem KWKG 2016 in Deutschland erteilt. Damit wurde auch eine rückwirkende Förderung zum 1. Januar 2016 für Bestandsanlagen ermöglicht. Hierzu zählt auch das HKW Niehl II. Anlagen in Deutschland mit einer KWK-Leistung von mehr als 300 Megawatt (MW) el, die gemäß Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) 2016 für eine Förderung eine Einzelfallgenehmigung durch die Europäische Kommission benötigen, haben diese von der EU-Kommission erhalten. Dazu gehört auch das HKW Niehl 3.

Bundesregierung beschließt Klimaschutzplan 2050

Die Bundesregierung hat am 14. November 2016 den Klimaschutzplan 2050 verabschiedet. Dieser Plan beschreibt, wie Deutschland das Klimaziel in Höhe einer 80-95%igen CO₂-Minderung bis zum Jahr 2050 erreichen soll. Kern des Klimaschutzplans sind spezifische Minderungsziele jeweils für die Sektoren Energie, Gebäude, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und Industrie für das Jahr 2030, Leitbilder für das Jahr 2050 sowie Vorschläge für CO₂-mindernde Maßnahmen.

Für die Energiewirtschaft besonders relevant ist das sektorspezifische Ziel, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 1990 um mehr als 60 % zu mindern. Die Branche soll dieses Ziel erreichen, indem sie die Kohleverstromung schrittweise verringert,

Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien ausbaut sowie die Energieeffizienz steigert. In der Diskussion ist bei der Bundesregierung, fossile Brennstoffe mit Energiewende-Umlagen zu belasten.

2.1.3 Volkswirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2016 solide und stetig gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 1,9 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: Im Jahr 2015 um 1,7 % und im Jahr 2014 um 1,6 %. Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 lag einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert von plus 1,4 % der vergangenen zehn Jahre. Im europäischen Vergleich lag die für 2016 am HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) gemessene Inflationsrate für Deutschland (+0,4 %) wie schon in den vergangenen Jahren über den jeweiligen Durchschnitt der Eurozone (+0,2 %), der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes insgesamt (jeweils +0,3 %).

2.1.4 Energiemarkt

Primärenergieverbrauch

Der Energieverbrauch ist in Deutschland im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % auf 456,7 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten (t SKE) angestiegen. Gründe für den Zuwachs sind die gegenüber dem Vorjahr kältere Witterung sowie der Schalttag, die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung und der Bevölkerungszuwachs. Gedämpft wurde der Verbrauchsanstieg durch weitere Verbesserungen bei der Energieeffizienz.

Der Mineralölverbrauch lag im Jahr 2016 bei 155,3 Mio. t SKE und damit 1,5 % höher als im Vorjahr. Der Erdgasverbrauch stieg kräftig um gut 9,5 % auf 103,1 Mio. t SKE. Ursache für den Anstieg war die kühlere Witterung gegenüber dem Jahr 2015, außerdem sind neue Gaskraftwerke in Betrieb gegangen. Der Verbrauch an Steinkohle sank um 5,1 % auf 55,6 Mio. t SKE, der von Braunkohle um 2,8 % auf 51,9 Mio. t SKE. Der Verbrauch von Kernenergie ist gegenüber dem Vorjahr um 7,8 % gesunken.

Weiterhin auf dem Vormarsch sind erneuerbare Energien, die insgesamt um 2,8 % auf 57,6 Mio. t SKE zulegten. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am gesamten Energiemix stieg damit auf 12,6 %.

Preisentwicklung

Ölmarkt

Die Ölnotierungen stiegen an der britischen Terminbörse ICE Futures im Jahresverlauf von einem 12-Jahres-Tief bei 27,88 US-Dollar/Barrel im Januar bis zu einem Jahreshöchstwert von 56,82 US-Dollar/Barrel im Dezember. Trotz der Rückkehr der US-amerikanischen Fracking-Anbieter auf den Weltmarkt ist der Anstieg insbesondere zurückzuführen auf die Bereitschaft Russlands und der OPEC, in einen Energiedialog und einen abgestimmten Prozess zur Fördermengenbegrenzung einzutreten.

Importkohlemarkt

Im Laufe des Jahres sind die Weltmarktpreise von 56,87 € im ersten Quartal 2016 aufgrund von Engpässen in den physischen Märkten und einer starken Nachfrage aus Asien deutlich angestiegen. Der durchschnittliche Kraftwerkssteinkohlepreis wird laut Einschätzungen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle für das Jahr 2016 etwa in Höhe des durchschnittlichen Vorjahrespreises von 67,90 € pro t SKE notieren.

Gasmarkt

Nach Tiefstständen nahe 13 €/Megawattstunde (MWh) stieg der Frontjahreskontrakt am Title Transfer Facility (TTF) bis zum Ende des Jahres auf über 18 €/MWh. Gründe für den Preisanstieg waren die sich stabilisierenden Rohölpreise und stark zurückgegangene Flüssiggaslieferungen in Richtung Europa. Diese brachen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 87 % ein.

Emissionsmarkt

Zu Beginn des Jahres kam es zu einer Reduzierung des Preises der Zertifikate an der Terminbörse ICE in London von annähernd 9 €/t CO₂ auf unter 5 €/t CO₂ ab. Das Europäische Parlament hat einen Reformvorschlag zur Reduktion der Zertifikate-Menge vorgelegt, der ein neuerliches Überangebot von Zertifikaten in der kommenden Handelsperiode verhindern soll.

Stand Jahresende?

Strommarkt

Der Strompreis notierte im Jahr 2016 zum Jahresanfang an der Leipziger Energiebörse EEX auf einem Allzeittief von 20,85 €/MWh, bevor er sich an der positiven Entwicklung des sonstigen Energiemarktes orientierte und in einen Aufwärtstrend überging. Verstärkte Sicherheitskontrollen in zwölf französischen Reaktoren schränkten die Verfügbarkeit der dortigen Atomkraftwerke ein. In der Folge ist der Frontjahreskontrakt Grundlast auf ein 2-Jahres-Hoch gestiegen. Dieses Produkt beendete das Jahr an der EEX bei einem Preis von 34,34 €/MWh.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Energiebeschaffung

Die RheinEnergie Trading GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft der RheinEnergie AG fungiert als zentraler Marktzugang für Energie und als Dienstleister für energienahe Produkte.

Die Gesellschaft verantwortet den Einkauf von und Handel mit Energie sowie energienahen Produkten. Partner sind neben der RheinEnergie AG die BELKAW GmbH, die AggerEnergie GmbH, die Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL), die evd energieversorgung dormagen GmbH, die Gasversorgungsgesellschaft mbH Rhein-Erft und die Stadtwerke Leichlingen GmbH.

Die RheinEnergie hat seit dem 1. Januar 2009 die Bewirtschaftung ihres Stromportfolios auf die RheinEnergie Trading GmbH übertragen. In diesem Zusammenhang hat sie auch die im Jahr 2016 abgesetzten Mengen am Großhandelsmarkt beschafft.

Die Stromproduktion der eigenen Kraftwerke wurde derweil über die RheinEnergie Trading GmbH vermarktet. Die Beschaffung und Vermarktung erstreckt sich aus Gründen der Absicherung stets über einen Horizont von mehreren Jahren.

Die RheinEnergie Trading GmbH beschafft seit dem 1. Oktober 2008 auch das Erdgas für die RheinEnergie und ihre regionalen Partnerunternehmen. Auch im Jahr 2016 konnte die Gesellschaft im Rahmen der strukturierten Erdgasbeschaffung die Möglichkeiten des Wettbewerbs auf dem Großhandelsmarkt nutzen. Die diversifizierte und strukturierte Beschaffung ermöglicht es zudem, durch die Kombination von flexiblen Produkten und Standardverträgen Optimierungspotenziale zu heben.

2.2.2 Strom- und Wärmeerzeugung

Details zu erneuerbaren Energien werden im Abschnitt „2.5 Nachhaltigkeit“ dargestellt.

Stromerzeugung

Die elektrische Netzeinspeisung der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) lag bei 4.517 Gigawattstunden (GWh) und damit um 131 % höher als im Vorjahr. Der erhebliche Anstieg ist maßgeblich auf die Inbetriebnahme des HKW Niehl 3 zurückzuführen. Der Anteil der ins Netz eingespeisten geförderten KWK-Strommenge lag bei 33,1 %. Er ist im Vergleich zum Vorjahr (6,2 %) ebenfalls erheblich angestiegen. Im Jahr 2016 wurden die Neuanlage des HKW Niehl 3 sowie mehrere hocheffiziente Bestandsanlagen gemäß KWKG 2016, insbesondere das HKW Niehl II, erneut gefördert.

Fernwärme

Die Fernwärmeabgabe ist witterungsbedingt gegenüber dem Vorjahr um 6,5 % auf 1.495 GWh gestiegen. Der Anteil der in KWK erzeugten Fernwärme betrug mehr als 93 %. Er lag 4 Prozentpunkte oberhalb des Vorjahreswertes.

Dampf

Die Abgabe an die Prozessdampfkunden lag mit einer Menge von 579 GWh um 2,3 % höher als im Vorjahr. Die RheinEnergie hat davon 309 GWh selbst erzeugt.

Brennstoffeinsatz und Emissionen

Insgesamt lag der Brennstoffeinsatz bei 9.329 GWh und damit um etwa 80 % höher als im Vorjahr. Hauptbrennstoff war mit rund 90 % Erdgas (2015: 78 %). Die brennstoffbedingten CO₂-Emissionen aller Heiz- und Heizkraftwerke sind aufgrund des höheren Brennstoffeinsatzes um etwa 66 % gestiegen. Der Anstieg war vor allem bedingt durch die höhere Stromerzeugung und die Inbetriebnahme des HKW Niehl 3.

2.2.3 Vertrieb

Absatzzahlen

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die RheinEnergie in den einzelnen Sparten folgende Absatzzahlen erreichen: Strom 17.199 GWh, Erdgas 9.061 GWh, Fernwärme 1.174 GWh, Energiedienstleistungen 679 GWh und Dampf 579 GWh.

Nach Kundengruppen ergeben sich in den Sparten folgende Absatzzahlen:

Stromverkauf	2016 MWh	2015 MWh	gegenüber Vorjahr %
Privat- und Gewerbekunden	2.199.206	2.376.540	-7,5
Sonderkunden	10.102.810	9.751.610	3,6
Vertriebskunden	12.302.016	12.128.150	1,4
Vermarktung Eigenerzeugung	4.669.622	2.086.201	123,8
Direktvermarktung und BHKWs	226.885	209.494	8,3
Stromverkauf	17.198.523	14.423.845	19,2

Erdgasverkauf	2016 MWh	2015 MWh	gegenüber Vorjahr %
Privat- und Gewerbekunden	2.753.929	2.728.832	0,9
Sonderkunden	6.306.677	5.620.563	12,2
Erdgasverkauf	9.060.606	8.349.395	8,5

Wärmeverkauf	2016 MWh	2015 MWh	gegenüber Vorjahr %
Sonderverträge Fernwärme	1.174.092	1.126.373	4,2
Energiedienstleistungen	678.909	612.804	10,8
Wärmeverkauf	1.853.001	1.739.177	6,5

Dampfverkauf	2016 MWh	2015 MWh	gegenüber Vorjahr %
Sonderverträge Dampf	578.925	566.338	2,2

Markt- und Absatzentwicklung

Verglichen mit dem Geschäftsjahr 2015 wurde die Absatzsituation der RheinEnergie im Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen durch zwei Faktoren beeinflusst: begrenzter temperatur-bedingter Mehrabsatz im Bereich der Wärmeenergieträger (Wärmestromprodukte, Erdgas, Fern-/ Nahwärme) und intensiver Preiswettbewerb im Strom- und Gasmarkt bei unverändert hoher Wechselbereitschaft der Kunden.

Gegenüber dem Vorjahr war für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt eine leicht niedrigere Durchschnittstemperatur zu verzeichnen. Die gegenüber dem Jahr 2015 klimatisch verursachten Absatzrückgänge des eher warmen 1. Quartals konnten im kühleren 4. Quartal ausgeglichen werden.

Um dem Wettbewerbsdruck zu begegnen, setzt die RheinEnergie konsequent auf marktgängige Produkte in Verbindung mit immer umfangreicheren, kundenorientierten Beratungs- und Dienstleistungen. Begleitet wird dies durch umfassende Aktivitäten zur Bindung und Rückgewinnung von Kunden in allen Segmenten sowie die Entwicklung bzw. den Ausbau neuer Online-Vertriebswege. Sowohl im Bereich der Haushalts- als auch der Sonderkunden gilt es, den Kunden zu vermitteln, dass der Preis nicht der alleinige Entscheidungsfaktor bei der Auswahl des Energielieferanten ist.

Der Stromabsatz der RheinEnergie an Vertriebskunden konnte 2016 gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1,4 % gesteigert werden, da das Geschäft mit Sonderkunden deutlich ausgebaut wurde. Demgegenüber war im Bereich der Privat- und kleinen Gewerbekunden ein Rückgang zu verzeichnen, der sich neben dem nach wie vor starken Wettbewerb auch aus den im Durchschnitt sinkenden Stromverbräuchen der Kunden erklärt. Hier wirken unter anderem technische Optimierungen (zum Beispiel durch energieeffizientere Geräte) und ein bewussteres Verbrauchsverhalten der Kunden zusammen.

Die unter der Rubrik „Vermarktung Eigenerzeugung“ ausgewiesene Absatzmenge umfasst im Wesentlichen den Verkauf des in den Heizkraftwerken der RheinEnergie erzeugten Stroms über die RheinEnergie Trading GmbH. Aufgrund der Inbetriebnahme des HKW Niehl 3 wurde bei der Eigenerzeugung trotz nach wie vor schwieriger Marktbedingungen gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung von 123,8 % erreicht.

Der Erdgasabsatz der RheinEnergie stieg gegenüber dem Vorjahr um 8,5 %. Während der Absatz im Geschäft mit Privat- und kleinen Gewerbekunden leicht über dem Vorjahresniveau lag, konnte der Absatz an große Sonderkunden infolge wettbewerbsfähiger Angebotsstellung deutlich ausgeweitet werden.

Die RheinEnergie konnte im Verkauf von Fernwärme an Sondervertragskunden gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um 4,2 % erzielen. Netzerweiterungen und der Zubau neuer Anschlüsse ergänzten dabei den Temperatureffekt. Auch in den kommenden Jahren wird der Ausbau des Fernwärmenetzes kontinuierlich fortgeführt, denn Fernwärme ist als sichere, umweltschonende und kostengünstige Art der Wärmeversorgung ein attraktives Produkt für die Kunden.

Kennzeichnend für den Ausbau des Geschäftsfeldes Energiedienstleistungen/ Nahwärme/ Contracting ist auch die Entwicklung von komplexen Quartierslösungen. In diesen Projekten bietet die RheinEnergie ihren Kunden klimaschonende Produkte an, die auf verschiedene Lebensbereiche ausgerichtet sind.

Im Geschäftsjahr 2016 konnten in nennenswertem Umfang Verträge im Bereich Energiedienstleistungen neu abgeschlossen oder verlängert werden. Zudem stieg der Absatz klimatisch bedingt, sodass insgesamt eine Steigerung um 10,8 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war.

Der Verkauf von Prozessdampf an industrielle Kunden konnte gesteigert werden und nahm gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % zu.

Strompreise

Der Strompreis für die Privat- und kleineren Gewerbekunden der RheinEnergie ab April 2016 ist gekennzeichnet von einer strukturbedingten Verschiebung: Der Arbeitspreis pro kWh sinkt, der Grundpreis steigt. Damit gibt die RheinEnergie gesunkene Beschaffungspreise über einen niedrigeren Arbeitspreis pro Kilowattstunde weiter. Im Gegenzug sind neben weiteren Abgaben und Umlagen (EEG-Umlage, KWK-Umlage und weitere) die staatlich regulierten Netzentgelte seit der letzten Preisanpassung vor drei Jahren deutlich gestiegen, vor allem deren Fixkostenanteil. Deswegen steigt der jährliche Grundpreis.

Für Kunden mit einem niedrigen Verbrauch bedeutet die Preisänderung beim Strom geringfügig höhere jährliche Kosten von rund 1,2 %. In Haushalten mit höherem Verbrauch führt die Umschichtung zu einer leichten Preissenkung.

Die Preise für Sondervertragskunden werden zum Vertragsabschluss marktorientiert kalkuliert.

Erdgaspreise

Beim Erdgaspreis folgte die RheinEnergie den Marktentwicklungen und senkte ihre Preise deutlich: beim Vertrag FairRegio plus um durchschnittlich rund -8,8 %, in der Erdgasgrundversorgung durchschnittlich um rund -6,4 %. Außerdem bietet die RheinEnergie mit „Konstant 2018“ ein Festpreisprodukt mit längerer Laufzeit an, in dem der Preis gegenüber FairRegio plus noch einmal günstiger ist.

Die Preise für Sondervertragskunden werden quartalsweise überprüft.

Wärmepreise

Da die Fernwärmearbeitspreise an die Entwicklung der Erdgaspreise gekoppelt sind, reduzierten sich die Arbeitspreise zum 1. April 2016 um -7,3 %, die Grundpreise erhöhten sich aufgrund gestiegener Indizes um 0,2 %. Der durchschnittliche Fernwärmepreis für einen typischen Kunden reduziert sich somit um -3,9 %. Zum 1. Oktober 2016 wurde der Arbeitspreis erneut, jetzt um -17,3 % gesenkt, die Grundpreise erhöhten sich um 1,2 %. Für eine durchschnittliche Wohnung entsprechen die neuen Preise einer Preissenkung von -9,3 %.

Absatzentwicklung im Großkundensegment

Auch im Jahr 2016 hat die RheinEnergie mit Großkunden Strom-Vertragsabschlüsse in nennenswerter Höhe erzielt. Diese Abschlüsse beinhalten sowohl zum Teil mehrjährige Vertragslaufzeitverlängerungen als auch Neuabschlüsse. Des Weiteren konnten Verträge mit Weiterverteilern sowie Rahmenverträge mit Stadtwerken und Großkunden abgeschlossen werden.

Die RheinEnergie hat zudem in 2016 mit Direktkunden und Stadtwerken Gaslieferverträge mit mehrjähriger Vertragslaufzeit abgeschlossen, ebenso Rahmenverträge mit Stadtwerken und Direktkunden.

Das Contracting-Geschäft der RheinEnergie wird stetig ausgebaut und ist mit steigenden Investitionsvolumina verbunden. Hierzu wurden neue langfristige Contracting-Verträge abgeschlossen, weitere Verträge wurden aufgrund der nachgewiesenen Kompetenz der RheinEnergie und der wettbewerbsfähigen Preise verlängert. Außerdem wurden innovative Contracting-Produkte wie Beleuchtung, Fotovoltaik oder Lade-Infrastruktur für Geschäftskunden vermarktet.

Beratungs- und Serviceleistungen

Ausgezeichneter Service

Im Januar 2016 hat der TÜV Rheinland den Kundenservice der RheinEnergie zum achten und Mal in Folge ausgezeichnet. Der TÜV befragte dazu 500 zufällig ausgewählte Privatkunden telefonisch. Sie bescheinigten dem Unternehmen einen insgesamt „guten“ Kundenservice. Das Unternehmen darf weiterhin mit dem TÜV-Siegel für Kundenzufriedenheit werben.

Eine Auszeichnung erhielt die RheinEnergie auch im Wettbewerb „TOP-Lokalversorger“ des Internet-Verbraucherportals energieverbraucherportal.de. Im Gegensatz zu rein preisorientierten Vergleichsportalen berücksichtigt das Energieverbraucherportal nicht nur Preise, sondern auch lokale Serviceleistungen. Auch in diesem Jahr darf die RheinEnergie als „TOP-Lokalversorger“ werben.

Zertifizierung Ökogas-Produkte

Im Rahmen eines Audits am 24. August 2016 hat der TÜV Rheinland wie in den vergangenen Jahren bestätigt, dass die RheinEnergie mit ihren Ökogas-Produkten strikt ihre Produktversprechen eingehalten und die erforderlichen Mengen an Verified-Emission-

Reductions-Zertifikaten beschafft hat. Der TÜV bestätigt zudem, dass die RheinEnergie die geprüften CO₂-Emissionen aus der Verbrennung von Erdgas durch geeignete Maßnahmen im Klimaschutz kompensieren. Die neuen Zertifikate gelten bis Ende September 2017.

Mieterstrom

Das Produkt „Mieterstrom“ ist serienreif und kann ab sofort vermarktet werden. Mit ihren Angeboten liefert die RheinEnergie dezentral erzeugte Energie an Mieter größerer Wohneinheiten. Möglich ist die Einbindung von Fotovoltaik- sowie BHKW-Anlagen als Energieerzeuger, ebenso können Stromspeicher angeboten werden.

2.2.4 Wasserwirtschaft

Trinkwassergewinnung und -bezug

Die Quelle für das Kölner Trinkwasser ist das große unterirdische Wasserreservoir der Kölner Bucht. In acht Wasserwerken links und rechts des Rheins fördert die RheinEnergie in Brunnengalerien Grundwasser, teils mit Uferfiltrat gemischt. Die Städte Frechen und Pulheim werden seit 2014 ebenfalls über die RheinEnergie-Wasserwerke versorgt.

Nach Kundengruppen ergeben sich folgende Absatzzahlen:

Wasserverkauf	2016 1.000m ³	2015 1.000m ³	gegenüber Vorjahr %
Trinkwasser:			
Tarif	65.664	64.468	1,9
Sonderverträge	3.895	3.923	-0,7
Versorgung außerhalb Versorgungsgebiet	7.381	7.305	1,0
Trinkwasserverkauf	76.940	75.696	1,6
Betriebswasserverkauf (Sonderverträge)	8.025	7.754	3,5
Wasserverkauf	84.965	83.450	1,8

Markt- und Absatzentwicklung

Die Wasserpreise der RheinEnergie blieben im Geschäftsjahr 2016 unverändert.

Der Wasserabsatz der RheinEnergie konnte gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % gesteigert werden. Ursachen hierfür waren der klimatisch bedingt leicht höhere Trinkwasserabsatz an Tarifkunden, die höhere Bezugsmenge eines Weiterverteilers sowie die Steigerung des Betriebswasserverkaufs an Industriekunden.

Qualitätssicherung und Forschung

Die RheinEnergie schützt die Grundwasservorkommen, unterstützt mit moderner Technik die natürlichen Prozesse der Reinigung und kontrolliert die Wasserqualität fortlaufend nach den gesetzlichen Anforderungen. Die Qualität des Trinkwassers der RheinEnergie ist dabei jederzeit ausgezeichnet. Die Untersuchungen erstrecken sich auf den Ausgang des Wasserwerks, zahlreiche Grundwassermessstellen im Vorfeld der Förderbrunnen, die Brunnen selbst, die Aufbereitung in den Wasserwerken sowie das Rohrnetz.

Ressourcen nachhaltig schützen

Die RheinEnergie beteiligt sich an Forschungsprojekten zum nachhaltigen Ressourcenschutz, zur stetigen Weiterentwicklung der Trinkwasseraufbereitung und zur Klärung verschiedener Fragestellungen zur Wasserqualität an den Trinkwasser-Installationspunkten der Kunden.

Die RheinEnergie ist mit zwei Projekten am Forschungsschwerpunkt „Risikomanagement von neuen Schadstoffen und Krankheitserregern im Wasserkreislauf“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beteiligt.

Engagement in der Arbeitsgemeinschaft Rhein-Wasserwerke e.V.

Über ihre Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Rhein-Wasserwerke e.V. (ARW) engagiert sich die RheinEnergie für eine hohe Versorgungssicherheit und den langfristigen Gewässerschutz im Einzugsgebiet des Rheins. Die Arbeitsgemeinschaft engagiert sich zum Beispiel dafür, dass Flüsse nicht durch Arzneimittel oder über Störfälle durch Industriechemikalien verunreinigt werden. Über die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet ist die RheinEnergie in diesen Belangen auch international vernetzt.

2.2.5 Netzgeschäft

Vergabe von Strom-, Gas- und Wasserkonzessionen

Der erneute Zuschlag bei der Vergabe der Strom-, Gas und Wasserkonzessionen für das Kölner Stadtgebiet ist für die RheinEnergie von strategisch überragender Bedeutung. Die Stadt Köln führte für alle drei Sparten wettbewerbliche Verfahren durch, aus denen die RheinEnergie jeweils erfolgreich hervorging. Im März 2016 unterzeichneten beide Seiten die Konzessionsverträge Strom und Gas, und im November 2016 dann den Konzessionsvertrag Wasser. Mit dem Abschluss dieser Konzessionsverträge wird die RheinEnergie auch für die kommenden 20 Jahre die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln mit Wasser versorgen sowie die öffentliche Strom- und Gas-Infrastruktur im Stadtgebiet betreiben.

Im Rahmen des Konzessionierungsverfahrens der bislang von der RheinEnergie gehaltenen Gaskonzession für das Gebiet der Stadt Rösrath hat der Rat der Stadt Rösrath im November 2015 beschlossen, nicht dem Angebot der RheinEnergie den Zuschlag zu erteilen. Die im Frühjahr 2016 aufgenommenen Gespräche zwischen der RheinEnergie und dem neuen Konzessionär zur Netzübernahme konnten bislang noch nicht zu einem einvernehmlichen Abschluss gebracht werden.

Rheinische NETZGesellschaft mbH

Die Rheinische NETZGesellschaft mbH (RNG) wurde zum 1. Oktober 2005 gegründet, um die sogenannten Unbundling-Vorgaben des EnWG umzusetzen. Die RNG pachtet und betreibt die Elektrizitäts- beziehungsweise Gasnetze der Netzeigentümer AggerEnergie GmbH, BELKAW GmbH, evd energieverorgung dormagen GmbH, Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG, Gasversorgungsgesellschaft mbH Rhein-Erft, RheinEnergie AG, Stadtwerke Leichlingen GmbH, Stromnetz Bornheim GmbH & Co. KG sowie Lohmar Netzeigentums-gesellschaft mbH. Des Weiteren ist die RNG Eigentümerin der Netzleitungen der Hoch-spannungsebene (110 kV-Freileitungen und -Erdkabel), welche die RheinEnergie am 31. Dezember 2016 an die RNG veräußert hat. Alleiniger Gesellschafter der RNG ist seit dem 1. Januar 2009 mit 100 % der Geschäftsanteile die RheinEnergie.

Die zentralen Aufgaben der RNG sind das Asset-Management, die Netzplanung, die Kalkulation von Netzentgelten sowie die Vereinnahmung der Netzerlöse von den Netznutzern.

Die RNG unterstützt die Netzeigentümer bei den Konzessionsvergabeverfahren, um Bestandskonzessionen wieder- und neue Konzessionen hinzuzugewinnen. Im abgelaufenen Jahr konnte der Netzeigentümer BELKAW GmbH mit der Stromkonzession in Burscheid eine weitere Bestandskonzession für die nächsten 20 Jahre sichern.

Weitere potenzielle Netzerweiterungen können sich aus den laufenden und zukünftigen Konzessionsvergabeverfahren ergeben, an denen sich die Netzeigentümer der RNG-Netze beteiligen. Die RNG arbeitet hier unterstützend für die Netzeigentümer.

Technischer Netzservice

Die RheinEnergie plant, errichtet und betreibt energie- und wasserwirtschaftliche Anlagen. Die wirtschaftliche und zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Wasser zählt zu ihren zentralen Aufgaben. Die RheinEnergie widmet sich dieser Aufgabe mit hoher Technologiekompetenz und Innovationsfreudigkeit. Das dadurch vorhandene Know-how wird auch für externe Dienstleistungsangebote genutzt.

Die RheinEnergie hat im Jahr 2016 eine neue Fernwärmeleitung verlegt, damit auch der Kölner Stadtteil Mülheim künftig klimaschonend erzeugte Fernwärme nutzen kann. Die Leitung transportiert dazu die im HKW Niehl 3 erzeugte Wärme nach Mülheim. Sie bildet damit auch den Grundstein für die Erschließung weiterer rechtsrheinischer Gebiete. Die Leitung verläuft durch den neu errichteten Fernwärmetunnel unter dem Rhein hindurch in Richtung Messe.

2.2.6 Beteiligungen

Regionalstrategie der RheinEnergie

Der Beteiligungsverbund der RheinEnergie ist im Bereich der Energie- und Wasserversorgung tätig. Bei diesen Stadtwerke-Beteiligungen handelt es sich – mit Ausnahme der MVV

Energie AG – um Energie- und Wasserversorgungsunternehmen in der rheinischen Region. Die RheinEnergie ist als strategischer Partner der Kommunen positioniert, wobei die Beteiligungsverhältnisse von Minderheits- bis zu Mehrheitspositionen reichen. Sowohl der regionale Beteiligungsverbund als auch die Positionierung als Partner der Kommunen spiegeln die strategische Grundausrichtung der RheinEnergie wider. Zudem liefern die Stadtwerke-Beteiligungen einen bedeutsamen Beitrag zum Gesamtergebnis der RheinEnergie.

MVV Energie AG

Wesentliche Weiterentwicklungen der Kooperation zwischen der MVV Energie AG und der RheinEnergie gab es im Geschäftsjahr 2016 nicht.

RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH

Im September 2012 fasste die RheinEnergie den Beschluss, am Standort Köln-Niehl ein neues Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GuD-Kraftwerk) zu errichten. Dieses GuD-Kraftwerk ist als KWK-Anlage konzipiert und kann rund 50.000 Haushalte in Köln klimafreundlich mit Fernwärme beheizen und bis zu 1 Mio. Haushalte mit Strom versorgen. Die Anlage ist termingerecht und im geplanten Kostenrahmen zum 29. April 2016 in den kommerziellen Regelbetrieb gegangen.

RheinEnergie HKW Rostock GmbH

Am 1. Februar 2011 hat die RheinEnergie HKW Rostock GmbH (RERo) 49,62 % des Eigentums am Steinkohleheizkraftwerk Rostock erworben. Damals hatte die RERo Eckpunkte der Zusammenarbeit mit der EnBW zur gemeinsamen Bewirtschaftung des Kraftwerks ab dem Jahr 2016 geregelt. Die beiden Parteien haben die Regelungen zwischenzeitig konkretisiert und mit Wirkung zum 1. Januar 2016 umgesetzt. Neben der Stromvermarktung partizipiert die RERo seit dem Jahr 2016 anteilig an der Vermarktung von Systemdienstleistungen sowie am Verkauf von Fernwärme an die Stadtwerke Rostock.

GWAdriga GmbH & Co. KG

Die RheinEnergie (31 %) hat gemeinsam mit der EWE AG aus Oldenburg (48 %) und der Westfalen Weser Netz GmbH aus Paderborn (21 %) am 22. April 2016 die GWAdriga GmbH & Co. KG gegründet. Die Gesellschaft betreibt die Schnittstelle und die dazugehörigen IT-Systeme zwischen Smart Metern und Marktteilnehmern. Hintergrund der Gründung ist die Digitalisierung der Energiewende, die Geschäftsbasis der GWAdriga sind die insgesamt 3,4 Mio. Zählpunkte und die rund 480.000 intelligenten Messsysteme der drei Anteilseigner.

chargecloud GmbH

Um den Betrieb ihrer Elektro-Ladeinfrastruktur zu optimieren, haben die RheinEnergie AG, die MENNEKES Elektrotechnik GmbH & Co. KG und die powercloud GmbH am 28. September 2016 mit je 33,33 % Anteil die chargecloud GmbH gegründet. Die neue Gesellschaft soll eine Softwarelösung für den Betrieb einer vernetzten Ladeinfrastruktur anbieten und die Abrechnung aller Ladevorgänge ermöglichen.

RheinEnergie Express GmbH

Die RheinEnergie ist mit 87,8 % an der RheinEnergie Express GmbH beteiligt. Sie bietet darüber jenseits des Kerngebietes der RheinEnergie deutschlandweit Strom- und Erdgasprodukte an. Zum Jahresende 2016 belieferte die RheinEnergie Express GmbH rund 52.000 Haushalts- und Gewerbekunden.

Verschmelzungen

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurden die BFSZ Köln Boden-Forschungs- und Sanierungs-Zentrum GmbH, die RheinEnergie Biokraft GmbH und die RheinEnergie Grünstromdirekt GmbH auf die RheinEnergie verschmolzen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.3.1 Ertragslage

Im Jahr 2016 wirkten sich die gegenüber 2015 im Mittel leicht niedrigeren Temperaturen neben hinzugewonnenen Kunden positiv auf das temperaturabhängige Vertriebsgeschäft aus; Erdgas- und Wärmeabsatz stiegen für alle Kundengruppen zum Teil deutlich gegenüber dem Absatz des Vorjahres an. Auch beim Stromabsatz wurde das Vorjahresniveau insgesamt deutlich überschritten. Allerdings ging der Stromabsatz bei den Privat- und Gewerbekunden wettbewerbsbedingt sowie aufgrund von Verbrauchsrückgängen durch den Einsatz energiesparender Geräte gegenüber dem Vorjahr zurück; bei den Sonderkunden war ein Anstieg zu verzeichnen. Die Stromvermarktung aus Eigenerzeugung konnte durch die Inbetriebnahme des HKW Niehl 3 und aufgrund verbesserter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen deutlich über das im Vorjahr erreichte Niveau ausgeweitet werden. Der Wasserabsatz lag aufgrund von Mehrabsatz bei fast allen Kundengruppen leicht über dem Vorjahresniveau.

Im Geschäftsjahr 2016 realisierte die RheinEnergie vor allem aufgrund der Umgliederung der im Geschäftsjahr 2015 noch unter den sonstigen Erträgen ausgewiesenen Erträge aus Dienstleistungen für Dritte und aus Vermietung und Verpachtung aufgrund des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes ein gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhtes Umsatzniveau von 2.457 Mio. € (Vorjahr: 2.281 Mio. €). Passt man das Vorjahr auch um den Umgliederungseffekt an, ist der Umsatz gegenüber dem Vorjahr nur leicht angestiegen (+24 Mio. €). Vom Gesamtumsatz ohne Strom- und Erdgassteuer entfallen auf die Verkaufserlöse nach Sparten (ohne periodenfremde Effekte): Strom 1.420 Mio. € (Vorjahr: 1.360 Mio. €), Erdgas 285 Mio. € (Vorjahr: 306 Mio. €), Wärme und Dampf 184 Mio. € (Vorjahr: 185 Mio. €) und Wasser 134 Mio. € (Vorjahr: 133 Mio. €).

Das Ergebnis des Jahres 2016 liegt leicht über dem Niveau des Vorjahres. Im operativen Bereich stehen den gestiegenen Umsatzerlösen insbesondere gesunkene sonstige betriebliche Erträge aufgrund der oben erwähnten Umgliederung gegenüber: 123 Mio. € (Vorjahr: 266 Mio. €). Wird das Vorjahr ebenfalls um diesen Effekt angepasst, sind die sonstigen betrieblichen Erträge vor allem aufgrund der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen für Drohverluste im Kraftwerksbereich und für Preisrisiken gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Der Materialaufwand ist insgesamt mit 1.894 Mio. € leicht gegenüber dem Vorjahreswert von 1.900 Mio. € gesunken; einem aufgrund der deutlich erhöhten

Eigenerzeugung gestiegenen Brennstoffeinsatz stehen insbesondere - vertrieblich bedingte - gesunkene Strom- und Gasbezugsaufwendungen gegenüber. Der leicht gesunkene Personalaufwand (245 Mio. €, Vorjahr: 249 Mio. €) resultiert insbesondere aus den – aufgrund veränderter Zinssätze – gesunkenen Aufwendungen für Altersversorgung, die die Effekte einer Tarifierhöhung überkompensieren. Weiterhin ergeben sich erhöhte Abschreibungen (76 Mio. €, Vorjahr: 46 Mio. €) - vor allem aufgrund außerplanmäßiger Abschreibungen einer Kraftwerksanlage - sowie gestiegene sonstige Aufwendungen (186 Mio. €, Vorjahr: 174 Mio. €) aufgrund höherer projektbezogener Fremdleistungen im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt steigt das operative Ergebnis aber aufgrund aller oben genannter Effekte leicht gegenüber dem Vorjahr an.

Das Finanzergebnis sinkt leicht von -23 Mio. € im Vorjahr auf – 25 Mio. € im Berichtsjahr, ist aber sowohl im Vorjahr wie im Berichtsjahr von Sondereffekten geprägt. In 2016 hat sich insbesondere die Verlustübernahme von der Rheinische NETZGesellschaft mbH deutlich reduziert. Dem steht eine erheblich gestiegene Verlustübernahme von der RheinEnergie HKW Rostock GmbH gegenüber; dieser Anstieg resultiert aus einer außerplanmäßigen Abschreibung der Kraftwerksanlagen in der RheinEnergie HKW Rostock GmbH, die aufgrund der aktuellen und weiter erwarteten energiewirtschaftlichen Marktentwicklung erforderlich wurde. War das Jahr 2015 durch eine Abschreibung des Beteiligungsansatzes an der AS 3 Beteiligungs GmbH belastet, so liegen in 2016 Erträge aus der Zuschreibung des Beteiligungs-ansatzes an der rhenag Rheinische Energie AG und an der RheinEnergie Express GmbH vor. Hinzu kommt ein verbessertes Zinsergebnis aufgrund gesunkener Zinsaufwendungen.

Der Ertragsteueraufwand liegt mit 9 Mio. € etwa auf Vorjahresniveau.

Das Ergebnis vor Zinsen, Ertragsteuern und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen (= EBITDA) beträgt 263 Mio. € (Vorjahr: 235 Mio. €). Das Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern (= EBIT) beläuft sich im Geschäftsjahr 2016 auf 187 Mio. € (Vorjahr: 188 Mio. €). Das Ergebnis nach Steuern erreicht 155 Mio. € (Vorjahr: 155 Mio. €). Von dem Ergebnis nach Steuern erhält der Gesellschafter innogy SE eine Ausgleichszahlung nach § 304 AktG von 28 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €). Ein Gewinn von 127 Mio. € (Vorjahr: 126 Mio. €) wird an den mit 80 % beteiligten Mehrheitsgesellschafter GEW Köln AG abgeführt.

Der Gesamtumsatz (ohne Strom- und Energiesteuer) für das Jahr 2016 der RheinEnergie liegt leicht über dem Planniveau. Insbesondere aufgrund der Rückstellungsaufösungen und der Zuschreibungen liegt das Ergebnis vor Steuern (164 Mio. €) um 23 Mio. € über dem Plan. Insgesamt verlief das Geschäft positiv.

2.3.2 Investitionen und Finanzierung

Eine detaillierte Kapitalflussrechnung ist im Anhang (Seite 66) enthalten. Diese Kapitalflussrechnung weist einen Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit von 229 Mio. € (Vorjahr: 301 Mio. €) aus. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit von -20 Mio. € (Vorjahr: -90 Mio. €) und aus der Finanzierungstätigkeit von -194 Mio. € (Vorjahr: -203 Mio. €) ergibt sich unter zusätzlicher Berücksichtigung des Jahresanfangsbestandes zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand von 135 Mio. € (Vorjahr: 120 Mio. €).

Neben den in der Bilanz und Kapitalflussrechnung ausgewiesenen finanziellen Positionen wird der übrige Teil der liquiden Mittel der RheinEnergie im Konzern-Cashpool der Stadtwerke Köln GmbH disponiert und angelegt. Die entsprechende Position zuzüglich der Forderungen aus dem Verrechnungsverkehr in einer Größenordnung von 253 Mio. € (Vorjahr: 253 Mio. €) ist unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen.

Bei den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen des Jahres 2016 handelt es sich im Wesentlichen um laufende Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen. Die Investitionen in die neue GuD-Kraftwerksanlage wurden bei der RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH vorgenommen und bilanziert. Die Investitionen in Finanzanlagen beinhalten im Wesentlichen Einzahlungen in die Kapitalrücklagen und Darlehen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen.

Die Finanzschulden zum 31. Dezember 2016 belaufen sich auf 405 Mio. € (Vorjahr: 405 Mio. €). Unter Berücksichtigung der vorhandenen liquiden Mittel von 135 Mio. € (Vorjahr: 120 Mio. €) sowie der kurzfristig verfügbaren Mittel aus dem Cashpool von 253 Mio. € (Vorjahr: 253 Mio. €) ergibt sich eine Nettoverschuldung zum 31. Dezember 2016 in einer Größenordnung von 32 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €).

Vor dem Hintergrund dieser finanzwirtschaftlichen Ausgangsposition sowie einem funktionierenden Finanzmanagement verfügt die RheinEnergie über ausreichende Mittel, um den laufenden Liquiditätsbedarf zu decken und anstehende Investitionen kurzfristig realisieren zu können.

2.3.3 Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Bilanzsumme der RheinEnergie lag zum 31. Dezember 2016 mit 2.161 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (2.178 Mio. €). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 64,5 % (Vorjahr: 65,2 %).

Der Rückgang der Bilanzsumme im Geschäftsjahr 2016 um etwa 17 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus einem Rückgang des Anlagevermögens – unter anderem aufgrund der zuvor erläuterten außerplanmäßigen Abschreibung einer Kraftwerksanlage – und aus einem Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie gegen verbundene Unternehmen.

Auf der Passivseite kommt es im Geschäftsjahr 2016 vor allem zu einem Rückgang der Rückstellungen und des Rechnungsabgrenzungspostens.

Mit einer Eigenkapitalquote von 41,0 % (Vorjahr: 40,7 %) verfügt die RheinEnergie über eine solide Kapitalausstattung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in einer konsolidierten Betrachtung die Eigenkapitalquote niedriger ist. Das Anlagevermögen ist durch Eigenkapital, empfangene Ertragszuschüsse sowie langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten zu 89,8 % gedeckt (Vorjahr: 85,1 %).

Insgesamt verfügt die RheinEnergie über eine gute Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2.4 Arbeiten bei der RheinEnergie

Personalstand zum 31. Dezember 2016

Personalstand	31. Dezember 2016		gesamt	gegen Vorjahr %
	männlich	weiblich		
Arbeitnehmer	2.128	910	3.038	-2,5
Auszubildende	55	36	91	4,6
Gesamt	2.183	946	3.129	-2,3
Gesamt in %	69,8	30,2	100,0	

Unter den 3.129 Beschäftigten befanden sich zum Stichtag 31. Dezember 2016 insgesamt 147 Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Nach Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten ergibt sich zum 31. Dezember 2016 eine Personalkapazität von 2.758 ohne Auszubildende, das sind 2,05 % weniger als im Vorjahr.

Ausbildung und Personalentwicklung

Die RheinEnergie ist mit insgesamt 91 Auszubildenden weiterhin einer der größten Ausbildungsbetriebe in der Region Köln. Das Unternehmen beschäftigt 55 Auszubildende im kaufmännischen Bereich, davon 8 in der IT, und 36 in technischen Berufen. Die Quote der weiblichen Auszubildenden liegt bei 39,6 %. Im Jahr 2016 hat die RheinEnergie 29 Ausbildungsplätze in vier Berufen und drei dualen Studiengängen angeboten. Im Wettbewerb um Fachkräfte und Auszubildende setzt die RheinEnergie auch auf Flüchtlinge.

Im Jahr 2016 haben fast 500 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der RheinEnergie an Weiterbildungsseminaren teilgenommen. Im Fokus standen Themen wie Persönlichkeitsentwicklung, Stressresistenz und Veränderungsmanagement.

Betriebliche Gesundheitsförderung

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement der RheinEnergie umfasst die fünf Bausteine ausgewogene Ernährung, ausreichend Bewegung, medizinische Vorsorge, Arbeitsschutz und -sicherheit und psychische Gesundheit. Ein Schwerpunkt ist seit elf Jahren die jährliche Vorsorgeaktion, an der sich regelmäßig mehr als 50 % der Belegschaft beteiligen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist einer der Grundpfeiler der Unternehmenskultur der RheinEnergie. Das Unternehmen bietet dazu individuelle Arbeitszeitmodelle, zudem

können Mitarbeiter mit pflegebedürftigen Angehörigen zum Beispiel die psychosoziale Beratung des Unternehmens in Anspruch nehmen. Ein besonderes Element zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Kindertagesstätte „RheinEnergie-Glühwürmchen“, die Mitarbeitern den Wiedereinstieg nach der Elternzeit erleichtert.

Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen

Im Rahmen des neuen Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat die RheinEnergie das Ziel eines 30%igen Frauenanteils für Vorstand und Aufsichtsrat bis zum 30. Juni 2017 neu formuliert.

Arbeitssicherheit

Die Arbeitssicherheit und der Schutz der Gesundheit haben für die RheinEnergie eine große Bedeutung. Im Jahr 2016 lag die Unfallquote bei der RheinEnergie bei 6,44 Unfällen je 1.000 Mitarbeiter (Vorjahr: 9,51). Nach mehr als 35 Jahren gab es im Berichtsjahr einen zwei schweren Arbeitsunfall fälle, die besonders tiefe Betroffenheit hervorgerufen hat haben.

Dank des Vorstandes

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihren persönlichen Einsatz. Ein besonderer Dank gilt dem Betriebsrat und dem Sprecherausschuss der leitenden Angestellten für die gute Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens.

2.5 Nachhaltigkeit

Energie & Klima 2020

Die RheinEnergie hat das Klimaschutzprojekt „Energie & Klima 2020“ im Jahr 2016 erfolgreich fortgesetzt. Die bislang realisierten Maßnahmen sparen zusätzlich rund 211.000 Tonnen CO₂ pro Jahr ein. Die RheinEnergie hat den Ausbau von Fernwärme und erneuerbaren Energien verstärkt und die Energieeffizienz gesteigert, und damit in allen drei zentralen Handlungsfeldern klimaschonend investiert.

Solarthermie-Anlagen

Die RheinEnergie ist über eine 49%ige Beteiligung an der AS 3 Beteiligungs GmbH mittelbar mit 12,3 % am solarthermischen Parabolrinnenkraftwerk Andasol 3 in Andalusien beteiligt. Im Berichtszeitraum lief das Kraftwerk stabil. Insbesondere in den Jahren 2012 und 2013 hatte das Königreich Spanien tiefgreifende und rückwirkende Eingriffe in das Vergütungsregime für erneuerbare Energien vorgenommen. Diese sind inzwischen Gegenstand eines Schiedsverfahrens, das die AS 3 Beteiligungs GmbH gemeinsam mit weiteren Investoren des Kraftwerkprojekts Andasol 3 führt. Das Schiedsgericht soll im Sommer 2017 über den Fall verhandeln.

Fotovoltaik-Anlagen

In ihrem Tochterunternehmen RheinEnergie Solar GmbH bündelt die RheinEnergie AG sämtliche Solarprojekte und Fotovoltaik-Aktivitäten. Im Jahr 2016 hat die RheinEnergie Solar GmbH ihr Portfolio um einen Solarpark in Bayern mit einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage von 6,8 MWp erweitert. Darüber hinaus hat die Gesellschaft eine Fotovoltaik-Anlage in Nord-Thüringen mit einer Leistung von 2,6 MWp in Betrieb genommen. Aufgrund ihrer Leistungsgrößen und Standorte tragen die beiden neuen Anlagen wesentlich zur Diversifikation des Portfolios der RheinEnergie Solar GmbH bei. Die insgesamt installierte Fotovoltaik-Leistung betrug damit zum Jahresende 2016 rund 25 MWp.

Biogas und Biomethan

Die RheinEnergie Biokraft GmbH wurde im Jahr 2016 auf der RheinEnergie verschmolzen. Die RheinEnergie ist damit nun direkte Anteilseignerin der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG. Diese betreibt seit Ende 2011 die Biogasanlage Randkanal-Nord mit einer elektrischen Leistung von derzeit 1,2 MWel. Wegen der regionalen Nähe zum Heizwerk Süd der evd energieverorgung dormagen GmbH kann die Anlage neben der gewonnenen Strommenge auch die Abwärme des Motors nutzen und ist deshalb besonders effizient. Die bestehende Anlage wird um ein weiteres BHKW gleicher Leistung erweitert und soll im ersten Quartal 2017 fertiggestellt werden.

Zudem hat die RheinEnergie mehrere Blockheizkraftwerke auf den Einsatz von umweltschonendem Biomethan umgestellt. Sie liefert damit einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz.

Derzeit betreibt die RheinEnergie zehn Biomethan-Blockheizkraftwerke mit einer installierten elektrischen Leistung von insgesamt rund 4,5 MW.

Windkraft-Anlagen

Die RheinEnergie bündelt sämtliche Windkraftprojekte im Tochterunternehmen RheinEnergie Windkraft GmbH. Sie betreibt derzeit 86 Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von rund 140 MW. An einem Windpark mit 27 MW halten sechs RheinEnergie-Beteiligungen zusammen 38,7 % der Anteile.

Steigerung der Energieeffizienz

Die RheinEnergie baut und betreibt unterschiedliche Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz ihrer Kunden, auch außerhalb von Köln. Hierzu gehören Wärmeversorgungsanlagen, Blockheizkraftwerke, Nahkälte- und Nahwärmeversorgung für Wohnquartiere.

Verstärkter Fernwärmeausbau

Im Berichtsjahr hat die RheinEnergie das Fernwärmenetz mit einer Leistung von 12,6 MW weiter ausgebaut. Besonders hervorzuheben sind der Vertragsabschluss des zweiten

Objektes im aktuellen Netzausbaugebiet Mülheim sowie weitere Objekte auf dem Deutzer Feld und in der Stegerwaldsiedlung

Elektromobilität

Die RheinEnergie baut mit ihren Ladestationen für elektrische Fahrzeuge ihr Ladenetz in Köln weiter aus. Mehr als 2.000 Nutzer in der Region Köln laden monatlich an den „TankEn“ genannten Ladepunkten. Die zugehörige „TankE-App“ gibt einen Überblick über sämtliche Ladepunkte des Netzwerks und zeigt freie Säulen an. Im Jahr 2016 hat die RheinEnergie das Netz weiter ausgebaut. Ladestationen versorgen nun auch die erste Gelenkbuslinie, die die Kölner Verkehrsbetriebe rein elektrisch betreiben. Für die RheinEnergie war dieses Projekt der Einstieg ins Gleichstrom-Ladesegment über 50 kW. Im nächsten Schritt folgen die ersten Schnelllade-Stationen für PKW.

SmartCity Cologne

Die Stadt Köln und die RheinEnergie fördern mit der Plattform „SmartCity Cologne“ innovative und umweltschonende Maßnahmen. In den vergangenen fünf Jahren hat die Plattform im Stadtgebiet fast 30 Projekte unterstützt.

Im Rahmen des EU-Förderprojekts „GrowSmarter“ wird im Stadtteil Mülheim bis zum Ende des Jahres 2019 ein integriertes Gesamtkonzept zu Mobilität, Energie sowie Informations- und Kommunikationstechnik realisiert. Ziel des Projektes ist es, den Verbrauch von Primärenergie und die CO₂-Belastung erheblich zu reduzieren. Die RheinEnergie installiert dazu PV-Anlagen, Batterien, Wärmepumpen, Fernwärme, SmartHome-Ausstattungen für Mieter, SmartMeter sowie Ladesäulen für Elektroautos. Die einzelnen Komponenten werden vernetzt.

Im Projekt „Klimastraße“ testet die RheinEnergie seit dem Jahr 2016 diverse Sensoren, um daraus neue Geschäftsideen für Kunden der RheinEnergie zu entwickeln.

2.6 Tätigkeitsbereiche gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bei der RheinEnergie sind folgende Tätigkeitsbereiche im Sinne von § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 - 6 EnWG zu unterscheiden:

1. Elektrizitätsverteilung

Unter der Elektrizitätsverteilung werden im Geschäftsjahr 2016 aufgrund der Übertragung der Netzbetreiberfunktion auf die Rheinische NETZGesellschaft mbH, Köln, zum 1. Januar 2006 die aus der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentumsrechts an Elektrizitätsversorgungsnetzen resultierenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst.

2. Gasverteilung

Unter der Gasverteilung werden im Geschäftsjahr 2016 aufgrund der Übertragung der Netzbetreiberfunktion auf die Rheinische NETZGesellschaft mbH zum 1. Januar 2006 die aus der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentumsrechts an Gasversorgungsnetzen resultierenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst.

Die im Zusammenhang mit der Netzbetreiberfunktion im engeren Sinne (DSO = Distribution System Operator) stehenden Geschäftsvorfälle sowohl im Strom- als auch im Gasbereich werden für das Geschäftsjahr 2016 bei der Rheinischen NETZGesellschaft mbH ausgewiesen.

2.7 Öffentliche Zwecksetzung beziehungsweise Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW)

An diesem Jahresergebnis partizipierten die Anteilseigner mit einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung. Die Kunden der RheinEnergie sowie die Kunden der Beteiligungsunternehmen wurden auch 2016 wieder sicher und im bundesweiten Vergleich zu wettbewerbsgerechten Preisen mit Strom und Wärme, Erdgas und Wasser beliefert. Dabei wurden umweltschonende Energieerzeugungstechniken und schadstoffarme Brennstoffe eingesetzt.

3. Prognosebericht 2017

Energiepolitischer Ausblick: Europa

Für das Jahr 2017 wird erwartet, dass die Europäische Kommission ihre Vorschläge aus dem Energie-Winterpakets in ordentlichen Rechtsetzungsverfahren dem Europäischen Parlament und dem Rat vorlegt, die dann dazu Stellung nehmen werden. Sobald die Stellungnahmen vorliegen, werden sich die Institutionen in Verhandlungen auf einen Schlusskompromiss einigen. Dieser wird voraussichtlich nicht vor Ende des Jahres 2018 erzielt werden.

Energiepolitischer Ausblick: Deutschland

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein und im Saarland sowie die Bundestagswahl im Herbst werden die politischen Entwicklungen im Jahr 2017 bestimmen. Bis auf Gesetzesinitiativen zur Netzentgeltsystematik und zu Energiesteuern werden vor der Bundestagswahl keine weiteren Gesetzesinitiativen erwartet. Die künftige Energiepolitik hängt somit maßgeblich vom Ausgang der Wahlen ab.

Volkswirtschaftlicher Ausblick

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer sehr guten Verfassung. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion für das Jahr 2017 eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 1,4 %. Damit würde sich der Wachstumstrend der vergangenen Jahre fortsetzen. Der leichte Rückgang der Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr (1,9 %) lässt sich zum großen Teil auf eine geringere Anzahl von Arbeitstagen zurückführen. Die Arbeitslosigkeit soll nach den Erwartungen mit einer Quote von 6,0 % weiterhin auf dem niedrigsten Stand seit 1990 bleiben. Im vergangenen Jahr hatte sich die Zahl der Erwerbstätigen auf insgesamt 43,5 Mio. erhöht. Im Jahr 2017 sollen noch einmal weitere 320.000 Menschen einen Arbeitsplatz finden. Die realen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sollen gegenüber dem Vorjahr weiter um 2,5 % steigen. Damit Unternehmen sich in der globalisierten und durch digitalen Wandel geprägten Umgebung behaupten und

neue Geschäftsfelder erschließen können, will die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern. Der Gesetzgeber will zum Beispiel die Wettbewerbsordnung an die Anforderungen der voranschreitenden Digitalisierung anpassen und die Wirtschaft von bürokratischem Aufwand entlasten.

Umsatz- und Ergebniserwartung

Im Rahmen der regelmäßig aktualisierten und weiterentwickelten Unternehmensstrategie stellt sich die RheinEnergie den großen Herausforderungen in energiepolitischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung der internen Prozesse einerseits und den beabsichtigten Investitionen in den einzelnen Wertschöpfungsstufen andererseits soll die Basis für Wachstum und dauerhafte Ertragskraft beibehalten werden.

Eine der wesentlichen Grundlagen für die Geschäftstätigkeit eines Energieversorgers sind Konzessionen. Nach überwiegenden Erfolgen mit der Gewinnung von neuen Konzessionen im Rahmen von Kooperationsmodellen mit Kommunen in der rheinischen Region in den letzten Jahren, hat sich die RheinEnergie das Ziel gesetzt, die bestehenden Konzessionen zu erhalten und im regionalen Umfeld bei entsprechender strategischer und wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit auch neue Konzessionen zu gewinnen.

Ein Teil der Weiterentwicklung der RheinEnergie liegt auch weiterhin in der Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen Energieversorgungsunternehmen sowie der zunehmenden Dienstleistungserbringung im Bereich der immer komplexer werdenden energiewirtschaftlichen Prozesse. Maßgebender Treiber dieser Kooperationen ist die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit für die beteiligten Partner. Geografisch wird unverändert die Region im Vordergrund des Interesses stehen.

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die RheinEnergie in den einzelnen Sparten in etwa folgende Absatzzahlen: Strom 15.900 GWh, Erdgas 8.000 GWh, Fernwärme 1.200 GWh, Energiedienstleistungen 740 GWh, Dampf 580 GWh und Wasser 73.800 Tcbm.

Die RheinEnergie plant für das Geschäftsjahr 2017 einen Umsatz (ohne Strom- und Energiesteuer) auf Vorjahresniveau in Höhe von rund 2,3 Mrd. € und ein Ergebnis vor Ertragsteuern in einer Größenordnung von über 150 Mio. €. Im Vordergrund steht neben laufenden Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien. Insgesamt erwartet die RheinEnergie eine unverändert gute Vermögens- und Finanzlage.

Dieser Lagebericht und die weiteren Bestandteile des Geschäftsberichtes enthalten Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der RheinEnergie beziehen. Diese Aussagen stellen Einschätzungen dar, die auf Basis aller zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Eine verlässlichere Prognose kann aus heutiger Sicht aufgrund von Ungewissheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen, regulatorischen, technischen und wettbewerbsbezogenen Entwicklung jedoch nicht abgegeben werden. Insgesamt bewertet der Vorstand die Entwicklung der Gesellschaft unter den beschriebenen Rahmenbedingungen als positiv.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1 Risikomanagement

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Diese Risiken können sehr unterschiedlicher Natur sein: Strategische Risiken, gesetzliche Risiken, Regulierungsrisiken, Preis- und Mengenrisiken, sonstige operative Risiken und finanzwirtschaftliche Risiken. Aufgabe des Risikomanagements ist es, diese Risiken frühzeitig zu erkennen und systematisch zu erfassen, zu bewerten und Maßnahmen zu ihrer Steuerung zwecks Vermeidung beziehungsweise Minimierung zu ergreifen. Neben dem unmittelbaren unternehmerischen Interesse eines Unternehmens werden damit auch die gesetzlichen Anforderungen erfüllt.

Das Risikomanagementsystem der RheinEnergie regelt Zuständigkeiten, Analyse- und Bewertungsverfahren sowie Risikokennziffern. Alle diesbezüglichen Prozesse sind in einer Risikoleitlinie festgehalten. Auf dieser Basis wird unter Berücksichtigung von bestimmten Schwellenwerten regelmäßig über Veränderungen von Risiken berichtet. Bei erstmaligem Eintritt eines monetär bedeutsamen Risikos erfolgt der Bericht unmittelbar.

Die Risikoberichterstattung berücksichtigt auch alle wesentlichen Tochtergesellschaften der RheinEnergie und ist selbst eingebunden in entsprechende Richtlinien des Stadtwerke Köln-Konzerns. Die wesentlichen Tochtergesellschaften haben eigene Risikoricthlinien. So gelten für die auf die RheinEnergie Trading GmbH ausgegliederten Geschäftsaktivitäten zusätzliche Regelungen in einem separaten Risikohandbuch. Darin sind alle organisatorisch notwendigen Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten festgehalten. Darüber hinaus werden spezifische Festlegungen und Begrenzungen für die relevanten Risiken definiert und fortgeschrieben, die aus den Beschaffungs- und Handelsaktivitäten resultieren.

Die RheinEnergie führt mit allen Fachbereichen systematische Risikoinventuren durch. Ziel ist es, Risiken zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu dokumentieren. Auf dieser Basis ergreift das Unternehmen dann Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minimierung von Risiken. In die Analysen fließen die denkbaren externen Marktrisiken, operative Betriebsrisiken und finanzwirtschaftliche Risiken mit ein. In das Risikomanagement wurden auch – entsprechend ihrer Beteiligungsquote und Wesentlichkeit – ausgewählte Beteiligungsunternehmen einbezogen.

Unter Berücksichtigung der gegebenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Derartige Risiken sind aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht zu erkennen.

4.2 Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Energiewirtschaft befindet sich unverändert in einem dynamischen Wandel, verbunden mit einem hohen Maß an Planungsunsicherheit. Investitionen von Energieversorgern, insbesondere in den Bereichen Erzeugung und Verteilung, sind auf Jahrzehnte ausgelegt. Daher bedarf es für die investierenden Unternehmen in hohem Maße verlässlicher gesetzlicher energiepolitischer sowie regulatorischer Rahmenbedingungen. Diese hängen

sehr stark vom energiepolitischen Kurs auf europäischer und nationaler Ebene ab. Sowohl auf Ebene der Europäischen Union als auch auf Ebene des Bundes stehen unverändert erhebliche energiepolitische Weichenstellungen aus, die substantielle Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Energieversorgern haben können. Nachdem im letzten Jahr das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die KWKG-Novelle mit einer Ausweitung der Förderung der Kraftwärmekopplung verabschiedet worden sind, ist nach den anstehenden Wahlen auf Landes- und Bundesebene im Jahr 2017 im Rahmen der Dekarbonisierungs-debatte inhaltlich von Festlegungen zu möglichen Kohleausstiegsszenarien auszugehen. Angesichts der nach wie vor unbefriedigenden wirtschaftlichen Situation konventioneller Erzeugungsanlagen ergeben sich für die verbleibenden energieerzeugenden Einheiten dadurch Chancen, dass die derzeit in vielen erzeugenden Einheiten nicht gegebene Wirtschaftlichkeit der Kraftwerke verbessert werden kann; andererseits kann es zu erheblichen Risiken aus einer gegenüber der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer frühzeitigen Abschaltung und einem weiteren Anstieg der erneuerbaren Energien kommen.

Zunehmende Risiken bei langfristig wirksamen Investitionsprojekten ergeben sich auch durch etwaige genehmigungsrechtliche Fragestellungen, die nicht oder nicht zeitgerecht gelöst werden können. Alle derartigen Aspekte haben Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen und zukünftige Ergebnisse aus diesen Investitionen.

Weiterhin sind Energieversorger in erheblichem Umfang Risiken aufgrund äußerer Eingriffe von Regulierungsbehörden, insbesondere der Bundesnetzagentur oder der Landesregierungsbehörden, ausgesetzt. Neben jährlichen Absenkungen der Erlösobergrenzen stehen die Ergebnisse der Kostenerhebungen zur Festlegung der entsprechenden Erlösobergrenzen an, die unter anderem aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus für die nächsten Jahre mit einer sinkenden Eigenkapitalverzinsung zu Erlöseinbußen führen wird. Bei allen genannten Maßnahmen ist davon auszugehen, dass es bei den Erträgen aus dem Netzgeschäft im Saldo zu weiteren Minderungen kommt. Die Netzbetreiber sind aufgefordert, diesen negativen Auswirkungen auf die Wertschöpfung im Rahmen der Strom- und Gasnetze entsprechende Kosteneinsparungen und/oder Effizienzsteigerungen entgegenzusetzen.

Weitere Risiken können sich dadurch ergeben, dass Regulierungsbehörden in die Kalkulation von sonstigen Entgelten eingreifen. Hier ist insbesondere nicht ausgeschlossen, dass es zu Diskussionen insbesondere im Bereich der Wasser- und Fernwärmepreise mit entsprechenden Verfügungen der Kartellbehörden sowie negativen Auswirkungen auf die Ergebnissituation kommen kann.

Auswirkungen ergeben sich zunehmend auch aus der Regulierung von Energiehandelsgeschäften. Die beiden EU-Verordnungen „EU Regulation on Wholesale Energy Market Integrity and Transparency (REMIT)“ sowie „European Market Infrastructure Regulation (EMIR)“ verpflichten die Marktteilnehmer, unterschiedlichste Informationen zu veröffentlichen und Transaktionen zu melden. Alle genannten Aspekte führen zu erhöhtem administrativem Aufwand sowie zu einer nachhaltigen Erhöhung der Kosten im Handelsbereich.

Chancen ergeben sich für die RheinEnergie insbesondere durch laufende Projekte, mit denen Potenziale zur Prozessverbesserung sowie zur Effizienzsteigerung identifiziert und

gesetzt werden. Neben der kontinuierlichen Optimierung interner Prozesse werden sich positive Effekte insbesondere durch Kooperationen mit Beteiligungsgesellschaften sowie zunehmende Dienstleistungserbringung im Bereich der immer komplexer werdenden energiewirtschaftlichen Prozesse ergeben. Daneben hat die RheinEnergie im Rahmen der Diskussionen zur zukünftigen strategischen Ausrichtung eine Reihe von neuen Geschäftsfeldern identifiziert, die sich aus der grundlegenden Veränderung der Energiemärkte ergeben und in den Jahren 2017 ff. konsequent mit entsprechenden Ergebnispotenzialen entwickelt werden sollen. Dies ist allerdings nicht als punktuelle Aktion zu verstehen, sondern wird eingebunden sein in einem systematischen Innovationsmanagement-Prozess. Damit beabsichtigt RheinEnergie, zukünftig Marktchancen laufend und frühzeitig zu erkennen und Risiken rechtzeitig entgegenwirken zu können.

Grundlage für die Ausübung der Geschäftstätigkeit eines Energieversorgungsunternehmens sind technologisch anspruchsvolle und komplexe Anlagen. Trotz umfangreicher Vorsorge durch entsprechende Kontrollen, Wartungen, Betriebsführungskonzepte etc. können sich Risiken durch den Ausfall dieser Einheiten aus den unterschiedlichsten Gründen, beispielsweise Alter, Witterung etc., ergeben. Die Abwicklung insbesondere der kaufmännischen Geschäftsprozesse im Bereich der Abrechnung erfolgt durch moderne und sehr komplexe IT-Systeme. Trotz hoher Sicherheits- und Wartungsstandards können sich insbesondere vor dem Hintergrund steigender Risiken durch Angriffe Dritter aus unterschiedlichen Umständen Einschränkungen der Nutzbarkeit und Verfügbarkeit dieser Systeme ergeben.

Was die vertraglichen Beziehungen zu den Kunden angeht, gibt es neben den typischerweise bestehenden Risiken aufgrund möglicher Forderungsausfälle, insbesondere im Hinblick auf verlässliche vertragliche Grundlagen, unverändert eine Vielzahl zum Teil neuer Fragestellungen, die trotz eines für die Branche klärenden BGH-Urteils aus April 2016 rechtliche Risiken mit entsprechender wirtschaftlicher Relevanz darstellen.

Neben den energiepolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen haben insbesondere die Verhältnisse auf den Strom- und Gasmärkten erhebliche Auswirkungen auf die Ertragskraft. Die entscheidenden Parameter wie Öl-, Kohle-, CO₂-, Strom- und Gaspreise unterliegen unverändert erheblichen Schwankungen bei einem niedrigen Strompreinsniveau. Große Auswirkungen ergeben sich durch diese Preisentwicklung insbesondere auf die Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugungsanlagen. Der deutliche und kontinuierliche Strompreisverfall in den letzten Jahren hat die wirtschaftliche Situation von Kraftwerksanlagen massiv unter Druck gebracht und bei der RheinEnergie in den Jahresabschlüssen 2014 und 2016 zu nennenswerten Abwertungen verschiedener Kraftwerke geführt. Bei fortschreitender negativer Entwicklung der Differenz der Verkaufserlöse für Strom und der dafür anfallenden wesentlichen Erzeugungskosten besteht das Risiko, dass neben den negativen Auswirkungen auf die Wertschöpfung in zukünftigen Jahren weitere Wertberichtigungen auf Erzeugungsanlagen notwendig sein können. Umgekehrt können ein Anstieg der Strompreise beziehungsweise der Margen und/oder die Einführung von entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Verbesserung der Wertschöpfung aus der Erzeugung führen.

Zusätzlich zu den Auswirkungen von Preisveränderungen ergeben sich weitere Chancen und Risiken aus der Entwicklung der abgesetzten Mengen. Neben Witterungseinflüssen können insbesondere konjunkturelle Einflüsse einen erheblichen Effekt auf Absatzmengen

und -strukturen in den einzelnen Segmenten haben. Der große Kreis von Anbietern mit der einhergehenden Intensivierung des Wettbewerbs wird auch in Zukunft zu weiteren Kunden- und damit auch Mengen- und Margenverlusten führen. Zunehmend an Bedeutung gewinnt im Vertriebsgeschäft die Aufgabe, verloren gegangene Kunden zurück zu gewinnen und insoweit Marktanteile zu stabilisieren oder zu erhöhen.

Wirtschaftliche Risiken aus dem Verlust von Konzessionen leiten sich aus dem Ausfall von Netzentgelten und Betriebsführungserlösen ab, mittelbar droht aus vertrieblicher Sicht der Verlust des Grundversorgerstatus.

Die Situation an den Finanz- und Kapitalmärkten ist in den letzten Jahren von einem vergleichsweise niedrigen Niveau insbesondere der Langfristzinsen gekennzeichnet. In finanzwirtschaftlicher Hinsicht ergeben sich aus dieser Entwicklung Chancen und Risiken. Eine nachhaltige Erhöhung der langfristigen Zinsen beispielsweise würde zwar einerseits zu geringeren Belastungen im Zusammenhang mit langfristigen Personalverpflichtungen führen, andererseits aber auch die langfristigen Finanzierungskosten vor dem Hintergrund der gegebenen Fremdfinanzierungsmittel erhöhen.

In der Gesamtbewertung lassen sich keine wesentlichen bestandsgefährdenden Risiken feststellen.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
AggerEnergie GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der AggerEnergie GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer)	112.672
Sonstige Umsatzerlöse	50.746
Sonstige betriebliche Erträge	3.060
Materialaufwand	-115.796
Personalaufwand	-11.593
Abschreibungen	-10.745
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.147
Sonstige Steuern	-60
Operatives Ergebnis	18.137
Beteiligungsergebnis	52
Finanzergebnis	-2.537
Ergebnis vor Ertragsteuern	15.652
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	-5.051
Jahresüberschuss	10.601

FINANZPLAN

EINNAHMEN

Abschreibungen	10.745
Zuführungen zu Rückstellungen	1.350
Jahresüberschuss	10.601
Zuschüsse	433
Kapitalzuführung Gesellschafter	0
Fremdmittel	<u>13.100</u>
Summe Einnahmen	36.229

AUSGABEN

Investitionen	18.504
Veränderungen Finanzanlagen	-22
Auflösung Ertrags-/Investitionszuschüsse	1.060
Auflösung/Inanspruchnahme Rückstellungen	1.780
Kreditwirtschaft (Tilgungen)	1.490
Ausschüttung für Vorjahr	10.500
Sonstige Saldoüberänderungen Aktiva/Passiva	<u>2.117</u>
Summe Ausgaben	35.429

ÜBER-/UNTERDECKUNG	801

Eine Stellenübersicht wurde nicht erstellt.

Bilanz der AggerEnergie GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Imm. Vermögensgegenst.	835	733	791	775	297
Sachanlagen	111.534	108.710	88.201	67.948	64.109
Finanzanlagen	1.788	1.813	1.839	1.867	2.053
Umlaufvermögen:					
Vorräte	546	744	695	694	736
Forderungen	13.334	18.768	20.890	23.537	28.553
Flüssige Mittel	4.138	2.242	1.641	6.528	3.831
Rechnungsabgrenzung	539	100	141	111	127
Aktive Latente Steuern	2.971	3.212	3.472	2.173	1.996
Bilanzsumme	135.685	136.322	117.670	103.634	101.703
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Stammkapital	33.618	33.618	33.618	32.141	32.141
Kapitalrücklagen	6.333	6.333	6.333	0	0
Rückl. Anlagenunterhalt.	825	825	825	825	825
Rücklagen Umst. BilMog	2.305	2.305	2.305	2.305	2.305
Andere Gewinnrücklagen	13.825	10.141	6.829	5.912	4.230
Bilanzgewinn	11.819	14.184	13.812	10.917	11.682
Ertragszuschüsse	2.893	3.747	3.906	4.269	5.404
Sonderposten	685	702	719	48	180
Rückstellungen	20.515	25.252	23.312	26.392	27.579
Verbindlichkeiten	36.981	34.407	22.186	17.679	14.598
Rechnungsabgrenzung	5.885	4.806	3.824	3.144	2.741
Bilanzsumme	135.685	136.322	117.670	103.634	101.703

GuV der AggerEnergie GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer)	179.209	184.911	196.330	203.585	193.963
Andere aktivierte Eigenleistungen	907	761	881	680	712
Sonst. betriebl. Erträge	3.149	4.516	6.338	4.176	4.568
Materialaufwand	-127.241	-131.144	-145.034	-155.492	-148.916
Personalaufwand	-13.380	-11.678	-12.567	-10.760	-10.286
Abschreibungen	-10.069	-8.864	-8.311	-7.164	-7.117
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-13.957	-14.798	-16.315	-17.539	-14.715
Erträge aus Beteiligungen	72	48	39	51	14
Erträge aus Wertpapieren u. ä.	2	2	2	3	3
Zinserträge u. ä.	42	702	184	215	182
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-12	0	0	0	0
Zinsaufwendungen u. ä.	-1.522	-2.642	-2.052	-853	-983
Erträge aus Ergebnisabführung	0	0	0	0	128
Ergebnis vor Steuern	17.199	21.814	19.495	16.902	17.552
Steuern	-5.380	-7.630	-5.683	-5.985	-5.870
Jahresüberschuss	11.819	14.184	13.812	10.917	11.682

Lagebericht 2016
der
AggerEnergie GmbH

I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Energieversorgung in Deutschland

Das Wirtschaftsjahr 2016 zeichnete sich durch ein solides und stetiges Wachstum aus. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % und liegt demnach erneut über den Durchschnittswerten der letzten zehn Jahre. Die Steigerung der verfügbaren Einkommen der Haushalte um 2,8 % wirkte sich positiv auf die Konsumausgaben aus. Hier war ein Wachstum von 2,0 % zu verzeichnen, wodurch ein Wachstumsbeitrag zum BIP von 1,9 %-Punkten geleistet wurde. Der deutliche Anstieg des Exports um 2,5 % beeinflusste ebenfalls die Entwicklung des BIP.

Eine im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung führte 2016 zu einem Anstieg des Energieverbrauchs in Deutschland. Der Primärenergieverbrauch nahm um 1,1 % auf 456,7 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten zu. Als Temperaturindikator kann die sog. Gradtagzahl dienen, die der Berechnung des Heizwärmebedarfs dient. So bewegte sich die Zahl an Gradtagen 2016 um 2,7 % über dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum langjährigen Mittel (1981-2010) war eine Steigerung von 6,0 % festzustellen. Die Durchschnittstemperatur lag bei 9,6 °C und somit 0,3 °C unter der des Vorjahrs.

Die niedrigeren Temperaturen führten 2016 zu einem Anstieg des Verbrauchs im Wärmemarkt. Der Erdgasverbrauch stieg auf 839,4 Mrd. kWh (+9,5 %). Eine rückläufige Entwicklung war beim Nettostromverbrauch zu erkennen, der um -0,1 % auf 525,1 Mrd. kWh sank.

Der Strompreis eines Musterhaushalts in Deutschland mit einem Verbrauch von 3.500 kWh/Jahr setzte sich 2016 aus 54% Steuern und Abgaben, 24,6% Strombeschaffung und Vertrieb sowie 21,4 % regulierte Netzentgelte und Messung zusammen. Der Anteil gesetzlicher Abgaben und Steuern beim Erdgaspreis betrug 25,7 %, die Energiebeschaffung und der Vertrieb betrugen 50,5 % und die Kosten für Netznutzung, Abrechnung, Messung und Messstellenbetrieb beliefen sich auf 23,8 %.

II. Geschäftsentwicklung 2016

Energie- und Wasserversorgung in der Region

AggerEnergie liefert als regionales Dienstleistungsunternehmen Strom in erster Linie in 8 Kommunen sowie Erdgas in 10 Städten und Gemeinden der Region. Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft die Wasserversorgung in den Gemeinden Engelskirchen und Marienheide. In der Stadt Wiehl wird die Wasserversorgung in Form einer technischen und kaufmännischen Betriebsführung erbracht. Für die Abwasserwerke in Wiehl, Engelskirchen und Marienheide führt AggerEnergie kaufmännische Dienstleistungen durch. Ferner betreibt AggerEnergie Straßenbeleuchtungsanlagen, liefert Wärme, baut und betreibt Wärme- und Energieerzeugungsanlagen, wartet und repariert Gasgeräte und bietet weitere technische und kaufmännische Dienstleistungen im energienahen Umfeld für Geschäfts- und Privatkunden an. Aus eigenen Anlagen in der Region erzeugt AggerEnergie außerdem regenerativen Strom.

Unternehmen AggerEnergie

2016 feierte das Unternehmen unter Begleitung vieler Kundenaktionen und einem großen Gewinnspiel sein 90-jähriges Bestehen als Energieversorger. AggerEnergie betätigte sich in diesem Jahr erstmals im Bereich der Breitbandverkabelung und baute ein eigenes

Glasfasernetz in der Gemeinde Morsbach auf. Der neu eingerichtete Beirat, bestehend aus kommunalen Vertretern der Verwaltungen und der Politik sowie aus externen Vertretern, nahm 2016 seine Arbeit auf. Zum 01.01.2016 fand eine turnusmäßige Rotation im Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters statt, sodass nun bis zum 31.12.2018 mit Herrn Jörg Jansen ein kommunaler Vertreter die Funktion des Vorsitzenden ausübt.

Strategie und Ausrichtung

AggerEnergie versteht sich als der regionale "Fürsorger" und möchte Lösungen für alle Lebensphasen und für viele Lebensbereiche der Menschen anbieten, die unsere Region noch lebenswerter machen. Wir setzen einerseits konsequent auf Modernität und Digitalisierung, und sehen unsere Verpflichtung andererseits auch in der vertrauensvollen Nähe zu unseren Kunden und im verantwortungsvollen Schutz unserer Heimat und Natur. Die von AggerEnergie erwirtschafteten Überschüsse fließen in die kommunalen Haushalte, ermöglichen dort vielfältige Projekte und eröffnen finanzielle Spielräume.

Service und Marketing

AggerEnergie hat 2016 weiter das Ziel verfolgt, ihre Produkte und den Service noch genauer auf die Wünsche ihrer Kunden zuzuschneiden und ein verlässlicher Partner zu sein. Hierzu trägt die gute telefonische Erreichbarkeit wochentags bis 19:00 Uhr und samstags bis 14:00 Uhr bei. Persönlich können sich unsere Kunden in sechs Kundenzentren und Anlaufstellen kompetent beraten lassen, davon im Einkaufszentrum Forum Gummersbach täglich bis 20:00 Uhr. In zwei Kundenzentren werden unter dem Label AggerTicket außerdem mit wachsender Tendenz Eintrittskarten für Kultur- und Sportveranstaltungen verkauft. Mit den beiden Service-Mobilen "AggerBiene I" und "AggerBiene II" bietet AggerEnergie allen Bürgern regelmäßig auf verschiedenen Marktplätzen der Region weitere Anlaufstellen.

AggerEnergie hat ihren Außenauftritt weiter modernisiert und bietet ihren Kunden über diverse soziale Medien Informationen und Kontaktpunkte. Bei der Konzeption von Werbeanzeigen wurde auf bessere Verständlichkeit und klarere Aussagen geachtet, prägnante Radiospots unterstützen die Markenwahrnehmung Bekanntheit der AggerEnergie. Die Beschriftung der Firmenfahrzeuge wurde 2016 auffälliger und einprägsamer gestaltet und trägt ebenfalls zur hohen Wiedererkennung des Unternehmens bei. Mitte des Jahres wurde ein EnergieEuro-Gutscheinheft erfolgreich eingeführt und flächendeckend verteilt. Hiermit können Kunden bei diversen Einzelhändlern Rabatt-Coupons einlösen.

Die positive Auswirkung der kundenfreundlichen Serviceangebote und des neu gestalteten Außenauftritts auf die Markenpräsenz der AggerEnergie konnte im Rahmen einer GfKKundenbefragung im Herbst 2016 bestätigt werden. Insbesondere bei den Rückmeldungen "Fortschrittlicher Partner" und "Kundenorientierung" wurden signifikante Verbesserungen zu den Vorjahresbefragungen gemessen.

Produkte und Vertrieb

Durch intensiven Direktvertrieb, individuelle Kundenansprache und attraktive Produkte konnte sich AggerEnergie 2016 in einem schwierigen Marktumfeld positionieren und neue Kunden gewinnen. Beliebte Angebote waren die AggerEnergie-GARANT-Produkte, die durch einen Festpreis innerhalb der Laufzeit Planungssicherheit bieten und vor Preiserhöhungen schützen. Gleichwohl ging der Anteil der von AggerEnergie versorgten Kunden insgesamt leicht zurück, da nach wie vor die Angebote bundesweit agierender Versorger zu einer Abkehr vom regionalen Versorger führen.

Absatz- und Preisentwicklung in der Sparte Strom

2016 wurden an Endkunden 452 GWh (- 4 %) verkauft. Der Absatz an Privat- und kleinere Gewerbekunden sank um 3 %, an Geschäftskunden wurde 4 % weniger abgesetzt. Die Verkaufspreise in der Strom-Grundversorgung und bei Sondervereinbarungen für Haushalt und Gewerbe wurden zum 01.06.2016 wegen höherer Aufwendungen und Zuschläge um rund 1 % angehoben.

Absatz- und Preisentwicklung in der Sparte Erdgas

Der Gasverkauf an Endkunden sank im Vergleich zum Vorjahr um 8 % auf 1.072 GWh. Im Kundensegment der privaten Haushalte und kleinen Gewerbekunden blieb der Absatz nahezu konstant, im Geschäftskundenbereich sank er um 27 %. Die für das Geschäftsjahr geplanten Absatzmengen wurden gleichwohl um rund 2 % überschritten. Die Verkaufspreise für Privat- und Kleingewerbekunden konnten zum 01.06.2016 um rund 7% gesenkt werden.

Absatz- und Preisentwicklung in den Sparten Wasser und Wärme

Nachdem im Vorjahr eine deutliche Steigerung des Wasserverbrauchs verzeichnet wurde, sank der Wasserverkauf in den Gemeinden Engelskirchen und Marienheide 2016 insgesamt um rund 11 % auf 1.305 Tm³. Der Wassergrundpreis in Marienheide wurde zum 01.01.2016 bei unverändertem Verbrauchspreis um 0,96 EUR pro Monat angehoben. Der Absatz in der Sparte Wärme sank um rund 5% GWh.

Energiebeschaffung und regenerative Energieerzeugung

Die normierte Kennzeichnung der Stromlieferung für 2016 weist bei AggerEnergie einen Anteil aus erneuerbaren Energien von 40,8 % aus, im Bundesdurchschnitt beträgt der Anteil dagegen nur 28,7 %. Strom und Erdgas wurden 2016 zum größten Teil von der RheinEnergie Trading GmbH (RET) bezogen.

AggerEnergie ist Eigentümerin von 15 Photovoltaik-Anlagen mit einer Peak-Leistung von insgesamt 619 kW. Diese Anlagen haben 2016 eine Strommenge von rund 561 MWh erzeugt. Aus den Anlagen des Wasserkraftwerks an der Aggertalsperre wurde 2016 eine Energiemenge von 2.162 MWh erzeugt. Dieser umweltfreundlich produzierte Strom wird unter anderem für das Lieferprodukt AggerStrom REGIO natur verwendet und wird für die öffentlichen Ladeeinrichtungen der AggerEnergie zum Zweck der Elektromobilität genutzt.

AggerEnergie ist seit 2013 mit 7,5 % an der Windpark Heckelberg-Breydin GmbH & Co. KG beteiligt. Der Windpark in Brandenburg besteht aus 18 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von 27 MW. Im Geschäftsjahr 2016 erzielte der Windpark eine Stromproduktion von insgesamt rund 37.000 MWh. Dies entspricht einer CO₂-Einsparung von rund 20.000 t/Jahr. Im Bereich der Stromerzeugung aus Windenergie vor Ort laufen Untersuchungen und Projektplanungen für ausgewählte Standorte im Versorgungsgebiet

Energieeffizienz und Elektromobilität

AggerEnergie engagiert sich für die umweltfreundliche Energieerzeugung und –nutzung sowie für Energieeffizienz und Klimaschutz in der Region. AggerEnergie setzt für ihren eigenen Betrieb und für die Verwaltung ein vom TÜV Nord zertifiziertes Energiemanagementsystem ein und konnte durch gezielte Maßnahmen auch 2016 CO₂Einsparungen erzielen. Als Dienstleister führt AggerEnergie darüber hinaus Energieaudits bei ihren Kunden durch und berät beim optimierten Energieeinsatz.

Der Einsatz von Elektrofahrzeugen hat 2016 an Attraktivität gewonnen. AggerEnergie kümmert sich intensiv um die Ausweitung dieses Geschäftsfelds. So wurden beispielsweise zu Zwecken des Car-Sharings E-Fahrzeuge für Kommunen angeschafft und ein Nutzungsmodell für Bürger und Verwaltung vereinbart. Für Gewerbetreibende mit Fahrstrecken im Nahbereich (z. B. häusliche Pflegedienste) wurden Flottenlösungen mit E-Fahrzeugen realisiert. Ein großer Erfolg war der im September 2016 erstmals durchgeführte Tag der Elektromobilität, mit dem AggerEnergie einem breiten Publikum den Reiz und die Praktikabilität der Elektromobilität näherbringen konnte.

AggerEnergie selbst unterhält einen Fuhrpark aus diversen Gasfahrzeugen, Elektro- und Hybridautos. Insgesamt stellt AggerEnergie im Versorgungsgebiet an acht Kfz- Ladestationen und an drei E-Bike-Stationen gratis Lademöglichkeiten zur Verfügung. AggerEnergie trägt zum Umweltschutz und zur Gesundheitsförderung ihrer Kunden bei, indem die Anschaffung von Elektrofahrrädern ihrer Privatkunden finanziell bezuschusst wird.

Das Kundeninteresse an optimiertem Einsatz von LED-Beleuchtung für Außenfassaden und im Innenbereich hat zu diversen Projekten und zum Aufbau des Geschäftsfelds "Beleuchtungscontracting" geführt.

Netzbetreiber

Die Strom- und Gasnetze der AggerEnergie werden durch die Rheinische NETZGesellschaft mbH, Köln, (RNG) betrieben. Die RNG ist verantwortlich für den wirtschaftlichen und sicheren Betrieb der Versorgungsanlagen und agiert im Rahmen der Regulierung durch die Bundesnetzagentur. Die Anlagen der AggerEnergie wurden im Wege der Verpachtung übertragen, parallel wurde AggerEnergie mit dem Netz- und Zäblerservice und mit technischen Dienstleistungen beauftragt. Die zum 01.01.2016 erworbenen Stromnetze in Reichshof und Morsbach wurden 2016 im Rahmen der Verpachtung noch durch die Westnetz GmbH betrieben, ab 01.01.2017 ist RNG der Netzbetreiber.

Strom- und Gas-Konzessionsverträge

Mit den Kommunen im Stammgebiet bestehen mehrjährige Strom- und Gaskonzessionsverträge. Netzbetrieb und Netzservice für die Gasversorgung in Nümbrecht werden im Rahmen einer Pacht des Gasnetzes durch AggerEnergie erbracht. Mit der Stadt Waldbröl wurde eine weitere Interimsvereinbarung zur Überbrückung des konzessionsvertragslosen Zustands geschlossen, da die erfolgte Konzessionsvergabe an eine städtische Beteiligungsgesellschaft wegen gerichtlich beanstandeter Fehler eine Neuauflage des Vergabeverfahrens nach sich zog.

Auszubildende und Personalentwicklung

AggerEnergie hat das Ziel, ihre künftig erforderliche Personalqualifikation aus eigener Kraft abzudecken. Hierzu bietet das Unternehmen jungen Leuten aus der Region attraktive Ausbildungsstellen, betreibt eine strukturierte Weiterentwicklung und übernimmt die Auszubildenden bei entsprechender Leistungsdarbietung in ein festes Arbeitsverhältnis. Die Ausbildungsangebote der AggerEnergie erfreuen sich großer Beliebtheit, sodass auch die Ausbildungsplätze für den Start in 2017 schon erfolgreich besetzt werden konnten.

2016 waren durchschnittlich 13 Auszubildende in den Ausbildungsberufen Anlagenmechaniker/-in, Elektroanlagenmonteur/-in, Mechatroniker/-in und Industriekaufmann/-frau

beschäftigt. Darunter befanden sich auch drei Stellen für das Kombistudium "Bachelor of Arts in Business Administration/Industriekaufmann/-frau" sowie zwei Stellen für den Dualen Studiengang "Wirtschaftsingenieurwesen", um auch komplexere Aufgabenanforderungen abdecken zu können.

AggerEnergie betreibt qualifizierte Personalentwicklung durch ein strukturiertes Kompetenzmanagement für Mitarbeiter und Führungskräfte. Durch eine Verzahnung verschiedener Instrumente wird nach Durchlaufen eines Kompetenzbedarfszyklus und eines Beurteilungszyklus das Delta zwischen Soll- und Ist-Kompetenzen durch spezifische Entwicklungsmaßnahmen sukzessive geschlossen. Es erfolgt eine regelmäßige externe Überwachung der Qualität und Kundenorientierung, beispielsweise durch Testanrufe. Ein zentraler Qualitäts- und Servicemanager zeigt Verbesserungspotential auf und unterstützt die Mitarbeiter bei Umsetzung der Optimierung.

AggerEnergie bietet ihren Mitarbeitern eine bedarfsgerechte Gesundheitsvorsorge und hat 2016 im Rahmen der jährlichen Gesundheitswoche zum Thema "Stressprävention" eine individuelle Herzfrequenzvariabilitätsmessung durchgeführt. Daneben wurden Methoden zum Stressabbau vermittelt und Entspannungstechniken wie Yoga, Autogenes Training und Massagen angeboten, kombiniert mit einer ausgefallenen Idee für gesunde Ernährung.

Ertragslage

Von den Umsatzerlösen (einschließlich der Strom-/Energiesteuer) entfallen 115,9 Mio. EUR auf die Sparte Strom und 69,8 Mio. EUR auf die Sparte Erdgas. Die übrigen Umsatzerlöse von 8,7 Mio. EUR resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Wasser und Wärme, aus Betriebsführungen und sonstigen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen und Aufträgen.

Die gesamten Umsatzerlöse nach Abzug der Strom-/Energiesteuer sanken im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 Mio. EUR (-3 %) auf 179,2 Mio. EUR.

Der Materialaufwand sank im Wesentlichen mengenbedingt zum Vorjahr um 3,9 Mio. EUR (-3 %) auf 127,2 Mio. EUR. Die weiteren betrieblichen Aufwendungen stiegen in Summe um 2,1 Mio. EUR (+6 %) auf 37,4 Mio. EUR.

Das Betriebsergebnis sank um 5,1 Mio. EUR (-22 %) auf 18,6 Mio. EUR, das Finanzergebnis betrug -1,4 Mio. EUR nach -1,9 Mio. EUR im Vorjahr.

Das Ergebnis vor Steuern sank um 4,6 Mio. EUR auf 17,2 Mio. EUR, der Jahresüberschuss ist um 2,4 Mio. EUR (-17 %) niedriger als im Vorjahr.

Investitionen und Finanzierung

Investiert wurden 2016 insgesamt 13,0 Mio. EUR, im Wesentlichen in den Ausbau und die Ertüchtigung der bestehenden Versorgungsanlagen für Strom, Gas, Wasser und Wärme. Erstmals hat AggerEnergie 2016 in die Breitbandtechnik investiert, ein Netz von 36 km Länge aufgebaut und hierfür 1,0 Mio. EUR aufgewendet. Neben der Finanzierung aus eigenen Mitteln war 2016 keine Inanspruchnahme externer Darlehen erforderlich. Die kurzfristige Liquidität wurde im Wesentlichen über das Konzernverrechnungskonto der Stadtwerke Köln GmbH bereitgestellt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2016 Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 25,0 Mio. EUR erzielt. Dem gegenüber stehen Mittelabflüsse für Investitionen von 13,0 Mio. EUR und Abflüsse aus der Finanzierungstätigkeit von 12,1 Mio. EUR. Der Finanzmittelbestand blieb nahezu unverändert zum Vorjahr mit 3,3 Mio. EUR. Er umfasst auch das Konzernverrechnungskonto bei der Stadtwerke Köln GmbH. Die AggerEnergie ist im Geschäftsjahr 2016 jederzeit in der Lage gewesen, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Im bestehenden Stromnetz wurden 2016 insgesamt 50 km Stromversorgungsleitungen erneuert oder erweitert und 279 neue Stromhausanschlüsse erstellt. Die Verteilungsanlagen bestehen zum 31.12.2016 aus 1.321 Ortsnetzstationen, 1.330 km Mittelspannungsleitungen, 2.502 km Niederspannungsleitungen und 54.700 Stromhausanschlüsse. Daneben unterhält AggerEnergie im Auftrag der Kommunen ein 934 km langes Straßenbeleuchtungsnetz.

In der Sparte Erdgas wurden 10 km Leitungen verlegt und 206 neue Hausanschlüsse erstellt. Das Gasleitungsnetz umfasst einschließlich der Hausanschlussleitungen 1.772 km, 37.255 Hausanschlüsse und 13 Übernahmestationen, die im Verbund mit 106 Ortsregelanlagen stehen.

Das Wasser-Leitungsnetz umfasst 282 km. 2016 wurden 8 km Leitungen verlegt und 55 neue Hausanschlüsse erstellt.

Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Bilanzsumme der AggerEnergie beträgt zum 31.12.2016 135,7 Mio. EUR (-0,5 %); der Anteil des Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 82 %. Mit einer um Baukostenzuschüsse bereinigten Eigenkapitalquote von 54 % verfügt die AggerEnergie über eine solide Kapitalausstattung. Das Sachanlagevermögen ist durch Eigenkapital und empfangene Baukostenzuschüsse zu 70% gedeckt.

Tätigkeitsabschluss 2016

Um Diskriminierung zu vermeiden, haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Nr. 1 - 6 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen. Zu den Tätigkeitsbereichen zählen zum einen die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung oder der Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen), zum anderen gehört zu den Tätigkeiten darüber hinaus jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen. Die Tätigkeitsabschlüsse sind mit dem geprüften Jahresabschluss beim elektronischen Bundesanzeiger zur Veröffentlichung einzureichen.

Mit ihren Tätigkeitsabschlüssen für das Geschäftsjahr 2016 erfüllt die AggerEnergie GmbH die Berichtspflicht nach § 6b EnWG. In der Rechnungslegung führen wir jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Für Elektrizitäts- und Gasverteilung erstellen wir darüber hinaus eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Ergebnisse der Tätigkeiten Elektrizitäts- und Gasverteilung der AggerEnergie werden von Erträgen aus der Verpachtung ihrer Strom- und Gasnetze, von Abschreibungen auf die

Netze und Anlagen sowie von der Weiterberechnung der Konzessionsabgabe geprägt. Die Umsatzerlöse der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung betrugen 2016 17,2 Mio. EUR (Vj. 15,8 Mio. EUR), der Jahresüberschuss betrug 3,6 Mio. EUR (Vj. 4,2 Mio. EUR). In der Tätigkeit Gasverteilung wurde bei Umsatzerlösen von 9,9 Mio. EUR (Vj. 10,2 Mio. EUR) ein Jahresüberschuss von 4,7 Mio. EUR (Vj. 3,9 Mio. EUR) erwirtschaftet.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 betrug die Bilanzsumme des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung 53,0 Mio. EUR (Vj. 51,5 Mio. EUR), dies entspricht rund 39 % (Vj. 38%) der Bilanzsumme der AggerEnergie. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich durch Investitionen in die Netzinfrastruktur im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahres um 1,5 Mio. EUR auf 51,8 Mio. EUR.

Die Bilanzsumme der Tätigkeit Gasverteilung steuert mit 25,3 Mio. EUR (Vj. 24,7 Mio. EUR) einen Anteil von rd. 19 % (Vj. 18 %) zur Bilanzsumme der AggerEnergie bei. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahres um 0,3 Mio. EUR auf 24,8 Mio. EUR.

In den Unternehmenstätigkeiten "Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors" bzw. „Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors" werden jeweils die Strom- bzw. Gasbeschaffung und der Strom- bzw. Gasvertrieb erfasst. Den "Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors" werden neben den Wasser- und Wärmeaktivitäten die Betriebsführungen und alle technischen und kaufmännischen Dienstleistungen zugeordnet.

Risikomanagement

Das Risikomanagement der AggerEnergie ist in alle wesentlichen Unternehmerischen Entscheidungs- und Geschäftsprozesse integriert. Mittels IT-Unterstützung und regelmäßiger Integration der Geschäftsführung und der Bereichsverantwortlichen in die Aktualisierung des Risiko-Portfolios ist eine laufende und sachgerechte Identifikation und Überwachung der Risiken sichergestellt. Einzelrisiken werden nach Brutto-Schadenspotential, Ereigniswahrscheinlichkeit und Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen unter der Berücksichtigung von Schwellenwerten bewertet. Jedes Risiko ist einem eindeutigen Verantwortlichen zugeordnet. Die Abwicklung des Risikomanagements ist über eine Verfahrensanweisung Bestandteil des durch den TÜV Nord zertifizierten Qualitätsmanagementsystems der AggerEnergie, dessen Einhaltung und Weiterentwicklung jährlich durch ein internes und ein externes Audit in allen Abteilungen sichergestellt wird. 2016 hat AggerEnergie das periodisch durchgeführte Überwachungsaudit des TÜV Nord erfolgreich absolviert. Seit 2011 sind die Prozesse der Energiebeschaffung und des Vertriebs darüber hinaus in einem ständig weiterentwickelten, separaten Risikohandbuch dokumentiert. Außerdem werden jährlich ausgewählte Geschäftsprozesse durch eine externe Revision einer intensiven Prüfung unterzogen.

Durch laufendes Monitoring der Entwicklung bei Wechselkunden und durch Intensivierung vertrieblicher (Re-) Akquisemaßnahmen, durch Produktentwicklung und den Ausbau von Geschäftsfeldern wird dem Absatzrückgang durch Kundenverluste und Energiesparmaßnahmen gegengesteuert. Dem Risiko des Forderungsausfalls bei Großkunden begegnet AggerEnergie durch Bonitätsprüfungen, durch eine Lieferkreditausfallversicherung und durch stringentes Forderungsmanagement Energiebezugsrisiken werden durch die Kooperation mit der RheinEnergie Trading GmbH reduziert. Risiken im technischen Betrieb der Versorgungsnetze und Erfordernisse aus den Vorgaben der behördlichen Netzregulierung werden durch die Instandhaltungs-Optimierung im Rahmen der Verpachtung der Verteilnetze

und durch Zielvorgaben der AggerEnergie minimiert. Gegen Zinsänderungsrisiken sichert sich AggerEnergie teilweise durch den Abschluss von Zinsswapgeschäften ab, die zu festen Zinssätzen für die gesamte Laufzeit der Darlehensverbindlichkeiten führen. Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die unter Berücksichtigung von Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen den Fortbestand des Unternehmens unmittelbar gefährden.

III. Ausblick 2017

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für 2017 rechnet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 %. Die Arbeitslosenquote wird einem unveränderten Niveau von 6 % erwartet, der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit 2,2 % prognostiziert.

Energieabsatz und Verkaufspreise

Für das Jahr 2017 erwarten wir einen Stromabsatz von rund 398 GWh und einen Gasabsatz von rund 1.062 GWh, inklusive Innenlieferung für die Sparte Wärme. Der Wasserabsatz in den Gemeinden Engelskirchen und Marienheide wird für 2017 mit rund 1.422 Tm³ geplant.

Zum 01.06.2017 wird AggerEnergie den Arbeitspreis in der Gas-Grundversorgung um 0,3 ct/kWh (brutto) senken. Neben Bonus- und Kombiprodukten bietet AggerEnergie mit dem Produkt AggerGas GARANT 2019 ein attraktives Festpreisprodukt an (Preisstabilität bis 31.12.2019) und ist damit günstigster regionaler Anbieter. In der Sparte Strom sind 2017 keine Preisveränderungen vorgesehen. Hier stehen für individuelle Kundenpräferenzen die Produkte AggerStrom BASIS, AggerStrom GARANT, AggerStrom BONUS, AggerStrom KOMBI, AggerStrom NATUR und AggerStrom REGIO natur zur Verfügung.

Investitionen und Finanzierung

Für das Geschäftsjahr 2017 sind Investitionen von insgesamt 18,5 Mio. EUR geplant, die zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit dienen und im Wesentlichen für die von der RNG betriebenen Strom- und Gasanlagen sowie für die Wasser- und Wärmeversorgungsanlagen der AggerEnergie eingesetzt werden. Für Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sind rund 2,5 Mio. EUR vorgesehen.

Energie- und Wasserversorgung in der Region

AggerEnergie wird 2017 diverse vertriebliehen Maßnahmen zur gezielten Kundenrückgewinnung einsetzen und attraktive Produktideen für bestehende Kunden bereithalten. Eine weitere Steigerung der Kundenzufriedenheit durch hervorragenden Service und durch bedarfsgerechte Produkte zu fairen Preisen wird auch 2017 angestrebt.

Getreu ihrer Vision ist AggerEnergie der "Fürsorger" in der Region und aktiver Partner für eine sichere und lebenswerte Zukunft der Menschen und Unternehmen in unserer Region. Als Gemeinschaftsstadtwerk der Kommunen engagiert sich AggerEnergie in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, um den Bedürfnissen unserer Kunden und der Region gerecht zu werden.

In den Jahren 2020 bis 2022 wird im Rahmen der sog. Marktraum-Umstellung im gesamten Netzgebiet der AggerEnergie eine Umstellung auf hochkalorische Erdgasqualität (H-Gas)

vorgenommen. Die anspruchsvolle Vorbereitung für den damit verbundenen technischen Eingriff in alle Gas-Heizungsanlagen hat 2016 begonnen und wird in den folgenden Jahren weiterentwickelt.

Kooperationen und Partnerschaften

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung strebt AggerEnergie ab 2017 eine stärkere Verzahnung und Kooperation mit der Technischen Hochschule Köln, Campus Gummersbach an. Hierbei sollen Projekte der E-Mobilität sowie weitere technische, informations-technologische und betriebswirtschaftliche Felder der Energiewirtschaft Ansatzpunkte für eine zukunftssträchtige Zusammenarbeit liefern.

Regionale und ökologische Energieprojekte

Die für 2017 geplanten Projekte zur regenerativen Energieerzeugung betreffen hauptsächlich den Ausbau und die Optimierung von Wasserkraftanlagen. Daneben werden Photovoltaik-Anlagen erweitert und Möglichkeiten der Windenergienutzung konkretisiert. AggerEnergie wird die Nutzung der Elektromobilität weiter fördern, Ideen zu deren Einsatz in den Kommunen umsetzen und die Lade-Infrastruktur in der Region ausbauen. Ein besonderes Augenmerk legt AggerEnergie auf attraktive Angebote und Förderung für häusliche Ladetechnik ("WallBox"), da sie dem Kundenwunsch nach Lademöglichkeiten in der ländlich strukturierten Region am besten entspricht.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risiken für das Unternehmen ergeben sich durch Wechsel von Energiekunden zu Wettbewerbern, die wegen fehlendem regionalem Engagement oder überwiegendem Onlineservice strukturell und preislich anders aufgestellt sind. Für die Sparten Strom, Gas und Wärme ist darüber hinaus mittelfristig mit einem spürbaren Rückgang der Absatzmengen durch Energiespartetechnik, Gebäudeeffizienz und private Energieerzeugung zu rechnen.

Die demographische Entwicklung im ländlichen Umfeld der AggerEnergie wird durch eine Bevölkerungsverlagerung in Ballungszentren und durch die Überalterung der verbleibenden Allgemeinheit gekennzeichnet sein. Der dadurch entstehende Absatzrückgang bei Energie und Wasser wird mittel- bis langfristig zu reduzierten Margen führen.

Andererseits führt die technische Weiterentwicklung zu Geschäftsmodellen, die attraktive Entwicklungsmöglichkeiten für AggerEnergie bieten. Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung des Alltags und der Versorgungswirtschaft sieht sich AggerEnergie als Partner für diverse Produkte und energienahe Dienstleistungen, die Kunden Nutzen stiften und sinkende Margen im klassischen Versorgungsgeschäft kompensieren.

Das im Juni 2016 verabschiedete "Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende" und die damit verbundene flächendeckende Ausrüstung mit modernen bzw. intelligenten Messsystemen stellen zwar eine enorme logistische Herausforderung dar und erhöhen den Wettbewerbsdruck, bieten aber auch die Chance für kundenfreundliche Lösungsideen. Insbesondere werden durch Smart-Home-Produkte interessante Geschäftsfelder geschaffen.

Im Jahr 2017 werden die Weichen für die dritte 5-jährige Periode der Anreizregulierung durch die Bundesnetzagentur in den Sparten Gas (ab 2018) und Strom (ab 2019) gestellt. Einerseits wird die behördliche Genehmigung von Erlösobergrenzen erwartet, andererseits

bilden einzureichende Kostenanträge die Basis der künftigen Erlöse. Durch ein gesunkenes Zinsniveau erwachsen niedrigere Erlösobergrenzen, die einen spürbaren Kostendruck bedingen, der von AggerEnergie voraussichtlich erst mittelfristig durch Nutzung von Synergien und Realisierung von Einsparungen abgefangen werden kann.

Chancen sieht AggerEnergie durch ihre enge und partnerschaftliche Verbindung zu den Bürgern, Unternehmen und Institutionen der Region. Durch ihre Fachkompetenz und durch die im Gebiet nachweislich erzielte hohe Wertschöpfung genießt AggerEnergie eine hohe Akzeptanz und das Vertrauen der Bevölkerung.

Ergebniserwartung

Der geplante Jahresüberschuss 2017 wird das Ergebnis des Jahres 2016 voraussichtlich nicht erreichen, aber zu einem angemessenen Ergebnisbeitrag für die Gesellschafter führen.

Hinweis

Dieser Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Solche vorausschauenden Aussagen beruhen auf bestimmten Annahmen und Erwartungen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Lageberichtes. Sie sind deshalb mit Risiken und Ungewissheiten verbunden. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den in den zukunftsgerichteten Aussagen beschriebenen Ergebnissen abweichen.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
ENERGOTEC Energietechnik GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der ENERGOTEC GmbH

	2017 Tsd. €
ERFOLGSPLAN	
Umsatzerlöse	0
Sonstige betriebliche Erträge	0
Materialaufwand	0
Personalaufwand	0
Abschreibungen	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7
Finanzergebnis	1
 Unternehmensergebnis	 -6
Verlustübernahme aufgrund Ergebnisabführungsvertrag	6
Jahresüberschuss	0

Bilanz der ENERGOTEC GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen:					
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen	302	302	302	301	315
Liquide Mittel	10	10	10	11	34
Rechnungsabgrenzung	0	0	0	0	0
 Bilanzsumme	 312	 312	 312	 312	 349
 PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	110	110	110	110	110
Gewinnrücklagen	197	197	197	197	197
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0
Rückstellungen	5	5	5	5	5
Verbindlichkeiten	0	0	0	0	37
 Bilanzsumme	 312	 312	 312	 312	 349

GuV der ENERGOTEC GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	0	0	0	0	0
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0	0
Sonst. betriebl. Erträge	0	0	0	0	28
Materialaufwand	0	0	0	0	-5
Personalaufwand	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0
Sonst. betriebliche Aufwendungen	-6	-7	-6	-6	-6
Zinserträge u. ä.	0	1	2	4	4
Zinsen u.ä. Aufwendungen	0	0	0	-1	-1
Ergebnis vor Steuern	-6	-6	-4	-3	21
Steuern	0	0	0	0	16
Gewinnabführung/ Verlustübernahme	6	6	4	-3	-37
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
ENERGOTEC Energietechnik GmbH

Geschäftsentwicklung

Das operative Geschäft der ENERGOTEC ist im Geschäftsjahr 2011 eingestellt worden. In den Jahren 2012 bis 2016 ist kein operatives Geschäft abgewickelt worden.

Die ENERGOTEC beschäftigt kein eigenes Personal. Die notwendigen Dienstleistungen werden von der RheinEnergie AG übernommen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme der ENERGOTEC beträgt unverändert 312 T€.

Das Geschäftsergebnis weist einen Jahresfehlbetrag vor Ergebnisübernahme von 5 T€ (Vorjahr: 6 T€) aus, der im Wesentlichen aus rechtsformbedingten Aufwendungen resultiert.

Die Liquidität der ENERGOTEC ist durch die Einbindung in das Cash-Management der Stadtwerke Köln GmbH gewährleistet.

Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NRW)

Die öffentliche Zwecksetzung der Gesellschaft nach § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NRW sind die Realisierung von Nahwärmeversorgungsanlagen und die Entwicklung von Konzepten zur effizienten Energienutzung. Aufgrund der eingestellten operativen Geschäftstätigkeit kann die öffentliche Zwecksetzung derzeit nicht erfüllt werden.

Chancen und Risiken

Die ENERGOTEC ist den branchenspezifischen Marktrisiken aufgrund der eingestellten Marktpräsenz nicht ausgesetzt.

Ausblick

Die Gesellschaft erwartet in 2017 aufgrund von rechtsformbedingten Aufwendungen wie im Berichtsjahr ein leicht negatives Ergebnis von ca. 6 T€. Es sind keine Umsatzerlöse geplant.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
ENTALO GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der ENTALO GmbH & Co. KG

	2017 Tsd. €
ERFOLGSPLAN	
Mieteingänge	6.882
Sonstige Erträge	6
Verwaltungshonorar Miete	120
Auflösung NÜV	4.332
Abschreibungen	-3.600
Mietabführung	-5.244
Zuführung Rückstellungen (Forfaitierung Restwert-Anteil)	-732
Darlehenszinsen	-1.637
Erbbauszinsen	-6
Geschäftsführungs- u. Haftungsvergütung	-120
Jahresüberschuss	0
FINANZPLAN	
Einnahmen:	
<u>Eigenmittel</u>	
Kommanditkapital	0
Mieteingänge	6.882
Honorar	120
Summe Eigenmittel	7.002
<u>Fremdmittel</u>	
Forfaitierung Leasingraten	0
Forfaitierung Restwert-Anteil	0
Leasinggebermittel (Nachrangdarlehen)	0
Summe Fremdmittel	0
Summe Einnahmen	7.002
Ausgaben:	
<u>Investitionsplan</u>	
Investitionen	0
Honorar	-120
Zinsen Nachrangdarlehen	-1.637
Mietabführung	-5.245
Summe Ausgaben	-7.002
Über-/Unterdeckung	0

Eine Stellenübersicht wird nicht erstellt

Bilanz der ENTALO GmbH & Co. KG

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	113.400.001	117.000.001	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	65	47.152	0
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	230.064
3. sonst. Vermögensgegenstände	0	960.467	0
II. Kassenbestand	967.765	0	8.953
C. Rechnungsabgrenzungsposten	87.778	94.444	0
Bilanzsumme	114.455.609	118.102.065	239.017
PASSIVA			
A. Eigenkapital:			
Kapitalanteile des Komplementärs	0	0	0
Kapitalanteile des Kommanditisten			
Festkapital	10.000	10.000	10.000
Ergebnisvortrag	-781	-333	0
Jahresergebnis	-444	-448	-333
B. Rückstellungen			
Steuerrückstellungen	65	73	0
Sonst. Rückstellungen	24.199.047	23.466.900	0
C. Verbindlichkeiten			
Verb. gegenüber Kreditinstituten	498.049	537.612	30.331
Sonstige Verbindlichkeiten	32.621.953	32.621.729	5.763
D. Rechnungsabgrenzungsposten	57.127.718	61.466.532	0
Bilanzsumme	114.455.609	118.102.065	239.017

GuV der ENTALO GmbH & Co. KG

	31.12.2016	31.12.2015	30.06.2014 -31.12.2014
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	6.266.861	5.202.145	53.331
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	140.000
Abschreibungen	-3.600.000	-2.999.999	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-139.675	-140.013	-163.333
Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	643	1.170	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.528.135	-2.063.677	-30.331
Ergebnis vor Steuern	-307	-375	-333
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	137	73	0
Jahresergebnis	-444	-448	-333

Lagebericht 2016
der
ENTALO GmbH & Co. KG

1. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die ENTALO GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, Landkreis München, (im Folgenden auch Gesellschaft genannt), wurde am 30.06.2014 gegründet. Gesellschafter zum 31.12.2015 sind die ENTALO Verwaltung GmbH, Pullach i. Isartal, (ohne Einlage) und die RheinEnergie AG, Köln, mit einer festen Kapitaleinlage von EUR 10.000,00.

Die Gesellschaft hat am 21.10.2014 im Rahmen eines Gesamtvertragswerks mit der RheinEnergie AG (im Folgenden auch Leasingnehmer genannt) einen Erbbaurechtsvertrag, Leasingvertrag, Generalübernehmervertrag zur Errichtung des zweiten Bauabschnitts und einen Ankaufsrechtsvertrag sowie mit der GEW Köln AG einen Andienungsrechtsvertrag geschlossen. Die Gesellschaft hat damit ein Erbbaurecht mit neu errichtetem Büro- und Verwaltungsgebäude erworben, das seit dem 03.03.2015 für 15 Jahre an die RheinEnergie AG vermietet ist. Darüber hinaus sollen nach Abriss eines noch vorhandenen Bestandsgebäudes zwei Nebengebäude errichtet werden, die ebenfalls an die RheinEnergie AG vermietet werden.

Ziele und Strategien

Es handelt sich um eine Immobilienleasingkonstruktion mit Ankaufsrecht und Andienungsrecht. Der Leasingvertrag wird in einer Leasingkalkulation dargestellt, von welcher bei planmäßigem Verlauf nicht abgewichen wird.

Aufgrund der Finanzierung im Rahmen von Forderungskaufverträgen weist die GuV kalkulatorisch bedingt weder Gewinne noch Verluste aus. Die Liquidität laut Leasingkalkulation ist während der gesamten Laufzeit neutral.

Zum Ablauf des 14. Leasingjahres (28.02.2029) hat die RheinEnergie AG das Recht, das Erbbaurecht mit aufstehenden Gebäuden zu erwerben. Am Ende der Leasinglaufzeit hat der Erbbauberechtigte ENTALO GmbH & Co. KG das Recht, das Erbbaurecht mit aufstehenden Gebäuden der GEW Köln AG, Köln anzudienen. Die GEW Köln AG ist mit einer Beteiligung von 80 % Gesellschafter der RheinEnergie AG.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen werden nicht erläutert, da dies für das Verständnis der Analyse des Geschäftsverlaufes und der wirtschaftlichen Lage im Geschäftsjahr nicht erforderlich ist.

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Der Geschäftsverlauf im Berichtsjahr verläuft planmäßig.

Aufgrund der Finanzierung im Rahmen von Forderungskaufverträgen im Zusammenhang mit einer Restwertfinanzierung weist die GuV 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 443,56 ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet.

Ertragslage

Das Unternehmensergebnis wird überwiegend geprägt durch langfristige Mieteinnahmen und Honorarerträge. Dagegen stehen Mietabführungen an die NORD/LB, Darlehenszinsen an die Nachrangdarlehensgläubiger, Honoraraufwand sowie die planmäßige Abschreibung auf das Anlagevermögen.

Die im Zusammenhang mit der Finanzierung der Leasingobjekte anfallenden Kosten werden dem Leasingnehmer als Nebenkosten weiterberechnet.

Der Jahresfehlbetrag 2016 beträgt EUR 443,56 (Vorjahr: EUR 447,84).

Finanzlage

Kommanditistin ist die RheinEnergie AG, mit einer festen Einlage von EUR 10.000,00. Die im Handelsregister eingetragene Haftsumme beträgt EUR 10.000,00. Komplementär ist die ENTALO Verwaltung GmbH. Die geschäftsführende Gesellschaft ist die ENTALO Verwaltung GmbH.

Die Gesellschaft hat mit Wirkung zum 03.03.2015 ein Erbbaurecht mit neu errichtetem Büro- und Verwaltungsgebäude zu einem Kaufpreis von TEUR 120.000 erworben und in das Anlagevermögen übernommen. Der Kaufpreis wurde im Rahmen von Forderungskaufverträgen bei der NordLB Girozentrale, Hannover sowie der NordLB CF, Luxemburg und durch Investorenmittel in Form von Nachrangdarlehen finanziert.

Zum Jahresende werden liquide Mittel in Höhe von EUR 967.765,11 ausgewiesen.

Vermögenslage

Der Nutzen- und Lastenübergang des Erbbaurechts samt aufstehenden Gebäuden erfolgte am 03.03.2015. Das Leasingvermögen umfasst ein neu errichtetes vermietetes Büro- und Verwaltungsgebäude.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31.12.2016 beträgt insgesamt TEUR 113.400. Das Umlaufvermögen in Höhe von TEUR 968 beinhaltet das laufende Bankkonto in gleichlautender Höhe. Es wird ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 88 ausgewiesen, dem gleichlautend ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten gegenübersteht.

Die ENTALO GmbH & Co. KG finanziert sich im Rahmen von Forderungskaufverträgen bei der NordLB Girozentrale, Hannover sowie der NordLB CF, Luxemburg. Außerdem werden Investorenmittel in Form von Nachrangdarlehen zur Finanzierung der Leasingobjekte eingesetzt.

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Forfaitierung, Mietabführung, Bereitstellungsprovision) in Höhe von TEUR 498
- Zinszahlungen an Nachrangdarlehensgläubiger in Höhe von TEUR 409
- Nachrangdarlehen in Höhe von TEUR 32.100
- Steuerverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 113

Der pro rata temporis aufzulösende passive Rechnungsabgrenzungsposten im Rahmen des Forderungskaufvertrags beträgt TEUR 57.040. Die Rückstellungen zur Restwertforfaitierung sind in Höhe von TEUR 24.199 ausgewiesen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt ausschließlich über die Leasingkalkulation. Der Leasingverlauf gemäß Leasingkalkulation ist planmäßig.

Eine Steuerung über finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren erfolgt leasingtypisch nicht.

3. Risikobericht

Die ENTALO GmbH & Co. KG ist aufbau- und ablauforganisatorisch in das Gruppenrisikomanagement der LHI Leasing GmbH, Pullach i. Isartal, integriert. Diese übernimmt die zentrale Steuerung aller Risikomanagementprozesse gemäß MaRisk bzw. § 25a KWG. In diesem Zusammenhang wird in der LHI Leasing GmbH zwischen den Funktionen des Risikomanagements und des Risikocontrollings unterschieden. Während die Funktion des Risikocontrollings durch eine eigenständige Organisationseinheit wahrgenommen wird, ist die Funktion des Risikomanagements dezentral organisiert.

Zentraler Bestandteil des Risikomanagementprozesses für die ENTALO GmbH & Co. KG ist die laufende Verprobung gebuchter Werte mit der zugrundeliegenden Leasingkalkulation.

Die Gefahr des Eintritts künftiger Risiken wird als gering angesehen, da vor Abschluss der Leasingverträge die Bonität des Leasingnehmers eingehend geprüft wurde und dies während der Laufzeit der Leasingverträge auch weiterhin erfolgen wird.

Von der Verwertbarkeit der Leasinggegenstände für den Fall der Zahlungsunfähigkeit der RheinEnergie AG hat sich die Gesellschaft überzeugt. Darüber hinaus sieht die Gesellschaft kein Verwertungsrisiko zum Ende der Verträge, da sie ein Andienungsrecht an die GEW Köln AG zum kalkulierten Restwert vereinbart hat.

4. Öffentliche Zwecksetzung

Die ENTALO GmbH & Co. KG erfüllt die öffentliche Zwecksetzung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW, in dem sie dem Energieversorger RheinEnergie AG ein Verwaltungsgebäude zur Verfügung stellt.

5. Prognosebericht / Chancen

Aufgrund der Finanzierungsstruktur der ENTALO GmbH & Co. KG weist die GuV bis zum kalkulierten Leasingende 28.02.2030 kalkulatorisch bedingt weder wesentliche Gewinne noch Verluste aus. Die Leasingobjekte werden aufgrund eines Ankaufsrechts ein Jahr vor Leasingende entweder vom Leasingnehmer erworben oder es besteht die Möglichkeit die Leasingobjekte zum vereinbarten Restwert der GEW Köln AG anzudienen.

Für das nächste Jahr ist laut Leasingkalkulation geplant:

Jahresergebnis	EUR	0,00
Entwicklung Finanzierung	EUR	109.800.000,00
Entwicklung RBW	EUR	109.800.000,00

WIRTSCHAFTSPLAN
der
GT-HKW Niehl GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der GT-HKW Niehl GmbH

	2017 Tsd. €
ERFOLGSPLAN	
Umsatzerlöse	1.872
Sonstige betriebliche Erträge	0
Materialaufwand	-1.636
Personalaufwand	-134
Abschreibungen	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-71
Zinsergebnis	0
Ergebnis vor Ertragsteuern	30
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0
Unternehmensergebnis	30
Gewinnabführung (-)	-30
Jahresüberschuss	0

Ein Finanz- und Investitionsplan wurde nicht erstellt, da keine Investitionen vorgesehen sind. Da die GT-HKW Niehl GmbH - bis auf einen hauptamtlichen Geschäftsführer - über keine eigenen Mitarbeiter verfügt, wird auch auf eine Stellenübersicht verzichtet.

Bilanz der GT-HKW Niehl GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Vorräte	0	0	0	0	66
Forderungen	389	352	315	244	406
Liquide Mittel	10	10	10	28	11
Bilanzsumme	399	362	325	272	484
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	24	23	21	156	86
Verbindlichkeiten	350	314	279	91	373
Bilanzsumme	399	362	325	272	484

GUV der GT-HKW Niehl GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	2.194	2.121	2.141	2.065	1.983
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	449
Materialaufwand	-1.662	-1.617	-1.625	-1.656	-1.599
Personalaufwand	-132	-129	-123	-120	-118
Sonst. betriebliche Aufwendungen	-56	-64	-118	-198	-515
Zinserträge u.ä.	0	0	2	4	6
Zinsaufwand u.ä.	0	1	1	6	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	34	310	276	89	203
Außerord. Aufwendungen	0	0	0	0	0
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0	0	0	0	165
Ergebnis nach Steuern	345	310	276	89	368
Abführungen (-) / Aufwendungen aufgrund Ergebnisabführungsvertrag	-345	-310	-276	-89	-368
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
GT-HKW Niehl GmbH

Durch die Entwicklung in der Energiebranche wird es auch weiterhin notwendig sein, effiziente Gasturbinenkraftwerke zur Sicherung der Strom- und Wärmeversorgung zu betreiben.

Geschäftsentwicklung

Die GT-HKW Niehl GmbH stellt der RheinEnergie AG die elektrische und thermische Energie der Kraftwerksanlage zur Verfügung. Hierbei dient das GT-HKW Niehl als Spitzenlast- und Reserveanlage. In dieser Aufgabe wurde das Kraftwerk in dem Geschäftsjahr 2016 je nach Bedarf durch die Leitstelle der RheinEnergie AG angefordert. In 2016 war die Anlage in Summe 371 Stunden am Netz.

Aufgrund der geringen Betriebsstunden wurden in 2016 nur notwendige Reparaturmaßnahmen und Überprüfungen der Gesamtanlage durchgeführt.

Die GT-HKW Niehl GmbH beschäftigt neben dem Geschäftsführer kein eigenes Personal. Die bezogenen Dienstleistungen zum Betrieb der Anlage werden von der RheinEnergie AG bezogen. Hierzu wurde am 21. Dezember 2007 ein Dienstleistungsvertrag mit der RheinEnergie AG abgeschlossen.

Die Gesellschaft hat keine eigenen Sachanlagen. Das Kraftwerk wurde von der RheinEnergie AG mit Pachtvertrag vom 9. Oktober 2007 gepachtet.

Kennzahlen	2016	2015
Energiezufuhr (Erdgas):	10.737 MWh	3.881 MWh
Stromabgabe ins Netz:	1.029 MWh	320 MWh
Fernwärmeabgabe:	7.305 MWh	2.743 MWh
Nutzungsgrad:	77,6 %	78,9 %

Ergebnis des Geschäftsjahres 2016

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis von 345 T€ (Vorjahr: 310 T€), das aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages vom 21. Dezember 2007 an die RheinEnergie AG abgeführt wird.

Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß §108 Absatz 3 Nr. 2 GO NRW)

Die Gesellschaft erfüllt die Zwecksetzung nach § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NRW aufgrund des effizienten und ressourcenschonenden Kraft-Wärme-Prozesses.

Angaben zur Rechnungslegung nach EnWG

Die Gesellschaft übt lediglich andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors sowie Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors aus, für die Sie entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten führt.

Chancen und Risiken

Das GT-HKW wird vorrangig in der Hauptheizperiode und als Spitzenlastkraftwerk eingesetzt.

In der Konzeption des GT-HKW, zwei Gasturbinen mit jeweils zugehörigem Abhitzekeessel, besteht die Chance eines hohen variablen Einsatzes mit einer hohen Verfügbarkeit.

Der hohe Nutzungsgrad von 77,6 % zeigt eine optimale Brennstoffnutzung auf. Die sehr gute Konzeption des GT-HKW wird dadurch unterstrichen.

Die Risiken der Gesellschaft werden größtenteils von der Muttergesellschaft getragen. Aufgrund des Dienstleistungsvertrages ist die Muttergesellschaft für die Erfüllung wesentlicher Aufgabenbereiche zuständig. Mit der RheinEnergie AG besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2017 ist vorgesehen, dass das GT-HKW mit einer höchstmöglichen Zeitverfügbarkeit betrieben wird.

Die erforderlichen Instandhaltungsarbeiten werden in 2017 nach Notwendigkeit ausgeführt. Beim Betrieb des GT-HKW wird mit der Stromerzeugung immer auch Wärme (Fernwärme) erzeugt.

Die Gesellschaft erwartet bei einem sinkenden Umsatz in 2017 ein positives Ergebnis in Höhe von rd. 30 T€.

Der Rückgang des Umsatzes resultiert aus einer Anpassung der Bereitstellungs- und Produktionsvereinbarung mit der RheinEnergie AG.

WIRTSCHAFTSPLAN

der

RheinEnergie Biokraft
Randkanal-Nord GmbH & Co. KG

für das Geschäftsjahr 2017

(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	2.014
Sonstige Erträge	0
Materialaufwand	-1.149
Abschreibungen	-438
Sonstige Aufwendungen	-256
Zinsergebnis	-143
Ergebnis vor Ertragsteuern	29
Ertragsteuern	-7
 Jahresüberschuss	 22

FINANZPLAN

Mittelverwendung

Tilgung Bankdarlehen	389
Rückzahlung Betriebsmittel-Kreditlinie	150
 Summe	 539

Mittelherkunft

Jahresüberschuss	22
Abschreibungen	438
Sonstiges	79
 Summe	 539

Auf einen Investitionsplan wurde verzichtet, da für die Gesellschaft im Planungszeitraum keine Investitionen vorgesehen sind. Eine Stellenübersicht wird nicht erstellt, da die Gesellschaft über keine eigenen Mitarbeiter verfügt.

Bilanz der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen					
Sachanlagen	3.303	3.616	3.845	4.151	4.263
Umlaufvermögen					
Vorräte	421	452	511	462	490
Forderungen	233	152	239	255	420
Liquide Mittel	707	791	600	356	913
Bilanzsumme	4.663	5.012	5.195	5.225	6.087
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Kommanditkapital	25	25	25	25	25
Rücklagenkonto	1.625	1.589	1.601	1.529	1.616
Jahresüberschuss	181	112	-12	73	-87
Rückstellungen	116	108	44	33	217
Verbindlichkeiten	2.716	3.179	3.537	3.565	4.316
Bilanzsumme	4.663	5.012	5.195	5.225	6.087

GuV der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	1.840	1.781	1.809	1.908	1.771
Sonst. betriebl. Erträge	486	201	5	59	1
Materialaufwand	-925	-1.017	-1.142	-1.046	-1.070
Abschreibungen auf Sachanlagen	-313	-313	-306	-306	-284
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-265	-217	-221	-378	-289
Sonst. Zinsen u. ä. Erträge	0	1	8	8	18
Zinsen u. ä. Aufwendungen.	-136	-145	-164	-167	-233
Ergebnis vor Steuern	215	134	-11	79	-87
Steuern	-34	-22	-1	-6	0
Jahresüberschuss	181	112	-12	73	-87

Lagebericht 2016

der

RheinEnergie Biokraft
Randkanal-Nord GmbH & Co. KG

Die RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG betreibt eine Anlage zur energetischen Nutzung von Biomasse und verkauft den erzeugten Strom und die Wärme. Die Biogasanlage der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG ist Ende 2011 in Betrieb gegangen. Damit ist das relevante Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Fassung 2009, das wirtschaftliche Vorteile bei einem hohen Wärmeabsatz bietet. Die Novellierungen des EEG in den Jahren 2012 und 2014 haben hieran nichts geändert.

Als finanzielle Leistungsindikatoren dienen die Umsatzerlöse sowie das Jahresergebnis der Gesellschaft. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren dient die Anlagenverfügbarkeit der Biogasanlage.

Geschäftsentwicklung

Die Anlage läuft seit vier Jahren im Regelbetrieb. Der von der Biogasanlage erzeugte Strom wird weiterhin über die RheinEnergie AG im Marktprämienmodell, das im Rahmen des EEG 2012 zur Integration der Erneuerbaren Energie in den Energiemarkt geschaffen wurde, direkt vermarktet.

Die Anlagenverfügbarkeit lag im Berichtsjahr bei 89% und damit 2%-Punkte unter dem Planwert. Dies ist im Wesentlichen durch verschiedene Störungen und Wartungen an diversen Bauteilen begründet, die jeweils mit Anlagenausfällen verbunden waren.

Insgesamt speiste die Anlage 2016 eine Strommenge von 8.820 MWh (Vorjahr 8.866 MWh) ins Netz ein. Damit wurde der Planwert von 9.024 MWh um rund 2% verfehlt. Die durchschnittliche Wärmeleistung des BHKWs lag bei 1.015 kW, so dass insgesamt 8.916 MWh (Vorjahr 7.456 MWh) Wärme ausgekoppelt werden konnten. Der Planwert von 8.200 MWh wurde somit um 9% überschritten. Die Steigerung der Wärmeauskopplung zum Vorjahr ist auf die im September 2015 durchgeführten Optimierungsarbeiten am Wärmesystem zurückzuführen.

Um die Stromproduktion der Biogasanlage zukünftig flexibel zu gestalten, wurde im Sommer 2016 die Anlagenerweiterung um ein zweites BHKW beschlossen. Im Oktober wurde mit den Bauarbeiten durch die RheinEnergie AG begonnen. Nach Fertigstellung wird die Anlage auf die RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG übertragen.

Im Jahr 2016 sind die Preise auf den landwirtschaftlichen Rohstoffmärkten weiter gefallen. Aus diesem Grund lag der durchschnittliche spezifische Maispreis ungefähr 2,7% unter dem Vorjahrespreis.

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die notwendigen Dienstleistungen werden von der RheinEnergie AG bzw. Drittdienstleistern übernommen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG beläuft sich im Jahr 2016 auf 4.663 T€ (Vorjahr 5.012 T€). Die Aktivseite beinhaltet im Wesentlichen das Anlagevermögen, das aus der aktivierten Biogasanlage Randkanal-Nord besteht. Diesem

stehen auf der Passivseite Eigenkapital (1.831 T€, Vorjahr: 1.725 T€) sowie Verbindlichkeiten (2.716 T€, Vorjahr: 3.179 T€) gegenüber. Die Eigenkapitalquote beträgt 39,3 % (Vorjahr: 34,4%).

Die Finanzierung der Gesellschaft ist durch ein langfristiges Darlehen sichergestellt, das variabel verzinst wird. Dem Zinsrisiko ist durch Abschluss eines Swap-Geschäftes begegnet worden.

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 1.840 T€ (Vorjahr: 1.781 T€), denen Materialaufwand in Höhe von 925 T€ (Vorjahr: 1.017 T€), Abschreibungen in Höhe von 313 T€ (Vorjahr: 313 T€), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 265 T€ (Vorjahr: 217 T€) sowie Zinsaufwendungen von 136 T€ (Vorjahr: 145 T€) gegenüberstehen.

Die RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG weist einen Jahresüberschuss von 181 T€ (Vorjahr: 112 T€) aus.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Gesellschaft jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen aus den liquiden Mittel zu decken.

Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NRW)

Die Gesellschaft erfüllt die öffentliche Zwecksetzung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW aufgrund der effizienten und ressourcenschonenden energetischen Nutzung von Biomasse.

Angaben zur Rechnungslegung nach EnWG

Die Gesellschaft übt lediglich andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors sowie Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors aus, für die sie entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten führt.

Chancen und Risiken

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der RheinEnergie AG integriert. Die Einstufung der Risiken erfolgt nach dem Verhältnis zwischen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Hinsichtlich der Bewertung werden die Risiken in der nachfolgend genannten Reihenfolge gesehen.

Wesentliche Chancen und Risiken für die Gesellschaft sind die volatilen Rohstoffpreise, die Anlagenverfügbarkeit und der Wärmeabsatz bzw. die Entwicklung der Wärmepreise.

Es bestehen derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Aufgrund der derzeit niedrigen Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe herrscht eine hohe Unzufriedenheit bei den landwirtschaftlichen Projektpartnern. Zudem ist in letzter Zeit mit der Inbetriebnahme einer benachbarten Biogasanlage eine Konkurrenz um Maismengen

erwachsen. Um auch zukünftig eine ausreichende Rohstoffbereitstellung zu gewährleisten, werden im ersten Quartal 2017 Vertragsverhandlungen geführt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Anhebung des Rohstoffpreises erfordern werden.

Ausblick

Im Geschäftsjahr 2017 führt die RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG ihre operative Tätigkeit wie geplant fort und geht von einer verbesserten Anlagenverfügbarkeit aus. Die Inbetriebnahme des zusätzlichen BHKWs ist für Anfang März geplant. Ziel ist es, durch eine flexible Einsatzweise beider BHKWs eine bedarfsgerechte Stromeinspeisung zu gewährleisten. Hierdurch können zusätzliche Erlöse in Form der Flexibilitätsprämie und Regelernergie erwirtschaftet werden.

Gemäß Wirtschaftsplan wird für das Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr ein leicht steigender Umsatz von 2.014 T€ sowie ein Ergebnis nach Steuern von 22 T€ erwartet.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
RheinEnergie Biokraft Verwaltungs GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der RheinEnergie Biokraft Verwaltungs GmbH

	2017 Tsd. €
ERFOLGSPLAN	
Sonstige betriebliche Erträge	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2
Operatives Ergebnis	0
Zinsergebnis	0
Jahresüberschuss	0

Da Investitionen seitens der Gesellschaft nicht vorgesehen sind, entfällt die Aufstellung eines Investitionsplanes. Eine Stellenübersicht wird nicht ebenfalls erstellt, da die Gesellschaft über keine eigenen Mitarbeiter verfügt.

Bilanz der RheinEnergie Biokraft Verwaltungs GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
AKTIVA					
Umlaufvermögen					
Forderungen			0	1	0
Liquide Mittel	25	24	24	22	24
Bilanzsumme	25	24	24	23	24
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Verlustvortrag	-2	-3	-4	-2	-1
Jahresüberschuss	0	0	1	-2	-1
Rückstellungen	1	1	2	2	1
Verbindlichkeiten	1	1	0	0	0
Bilanzsumme	25	24	24	23	24

GuV der RheinEnergie Biokraft Verwaltungs GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
Sonstige betriebliche Erträge	2	2	3	1	1
Sonst. betriebliche Aufwendungen	-2	-2	-2	-3	-2
Sonstige. Zinsen u.ä. Erträge	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	1	-2	-1

Lagebericht 2016
der
RheinEnergie Biokraft Verwaltungs GmbH

Die Gesellschaft wurde im Zusammenhang mit der Gründung der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG zum 19. Dezember 2011 in der Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft gegründet.

Geschäftsentwicklung

Da sich der Geschäftszweck der Gesellschaft auf die Komplementärstellung für die RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG beschränkt, ist die Entwicklung der Gesellschaft ausschließlich vom Geschäftsverlauf der vorgenannten Gesellschaft abhängig. Die RheinEnergie Biokraft Verwaltungs GmbH weist einen Jahresüberschuss von 448 € (Vorjahr: 473 €) aus. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Gesellschaft jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen aus den liquiden Mittel zu decken.

Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NRW)

Die Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW entspricht aufgrund der erwähnten Komplementärstellung der Gesellschaft dem der RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG. Deren öffentliche Zwecksetzung wird durch eine effiziente und ressourcenschonende energetische Nutzung von Biomasse erfüllt.

Chancen und Risiken

Da die Gesellschaft keine operative Geschäftstätigkeit ausübt, können sich Risiken lediglich aus der Geschäftsführung und der Haftung für die RheinEnergie Biokraft Randkanal-Nord GmbH & Co. KG ergeben.

Ausblick

Die Gesellschaft wird auch im Geschäftsjahr 2017 Erträge aus der Vergütung für die Übernahme der Haftung erzielen, denen auch weiterhin Aufwendungen für die laufende Verwaltung gegenüberstehen werden. Die Gesellschaft erwartet für 2017 einen Jahresüberschuss von 360 €.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
RheinEnergie Express GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der RheinEnergie Express GmbH

	2017 Tsd. €
ERFOLGSPLAN	
Umsatzerlöse o. Strom- u. Erdgassteuer	41.562
Sonstige Erträge	100
Materialaufwand	-34.136
Personalaufwand	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.025
Zinsergebnis	8
Erträge aus Vorabverlustausgleich	0
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.509
Ertragsteuer	-24
Ergebnis nach Ertragsteuern	1.485
Ausgleichszahlung	-131
Gewinnanführung / Verlustübernahme	-1.353
Jahresüberschuss	0

Da die Gesellschaft über kein Anlagevermögen verfügt, wird auf die Aufstellung eines Finanzplanes verzichtet. Ebenfalls wird auf eine Stellenübersicht verzichtet, da die Gesellschaft außer der Geschäftsführung keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt.

Bilanz der RheinEnergie Express GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
AKTIVA					
A. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände					
1. Ford. aus Lieferungen u. Leistungen	980	1.106	1.574	6.156	3.901
2. Ford. gegen verbundene Unternehmen	7.890	6.862	4.905	4.143	3.608
3. Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0	3	34
4. Sonstige Vermögensgegenstände	216	326	1.643	82	1
II. Guthaben bei Kreditinstituten	10	10	10	382	67
B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	9.097	8.305	8.132	10.766	7.611
PASSIVA					
A. Eigenkapital:					
I. Gezeichnetes Kapital	500	500	500	500	500
II. Kapitalrücklage	2.195	2.195	2.195	2.195	2.195
III. Verlustvortrag	0	-2.195	-2.195	-2.195	-2.195
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen	53	40	18	2	2
2. Sonstige Rückstellungen	3.570	2.756	2.837	3.567	3.699
C. Verbindlichkeiten					
1. Verb. aus Lieferungen u. Leistungen	1.768	1.792	3.742	1.398	475
2. Verb. gegenüber verbund. Unternehmen	144	1.417	1.019	0	2.828
3. Verb. gegenüber Gesellschaftern	16	12	9	0	0
4. Sonst. Verbindlichkeiten	850	1.786	1.666	5.298	107
Bilanzsumme	9.097	8.305	8.132	10.766	7.611

GuV der RheinEnergie Express GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
1. Umsatzerlöse					
a) Geschäftserlöse					
Energieabgabe	52.364	59.796	58.826	74.791	33.816
b) Strom- und					
Energiesteuer	-4.706	-5.464	-5.365	-7.312	-3.433
2. Sonst. betriebl. Erträge	447	181	171	125	160
3. Materialaufwand					
a) Aufw. Roh-, Hilfs-					
u. Betriebsstoffe	-21.031	-25.466	-26.309	-34.308	-16.030
b) Aufw. bezogenen					
Leistungen	-19125	-20.713	-19.417	-26.607	-11.298
4. Personalaufwand	0	-48	-214	-190	-209
5. Sonst. betriebl.					
Aufwendungen	-6.087	-6.842	-6.684	-6.996	-6.682
6. Zinsen u. ä. Erträge	11	13	39	70	47
7. Zinsen u. ä.					
Aufwendungen	-1	-4	-1	-1	-1
8. Ergebnis vor Steuern	1.872	1.453	1.045	-427	-3.630
9. Außerordentl. Ergebnis	0	0	0	36	303
10. Steuern vom Ertrag	-30	-23	-17	-1	-1
11. Ergebnis nach Steuern	1.842	1.430	1.028	-392	-3.328
12. Ausgleichszahlung	-159	-125	-92	-6	-6
13. Ertrag / Aufwand					
aufgrund EAV	512	-1.305	-937	398	3.334
14. Ausgleich Verlustvortrag	-2.195	0	0	0	0
15. Jahresüberschuss	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
RheinEnergie Express GmbH

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1 Geschäftsmodell

Die RheinEnergie Express GmbH (REX) wurde am 3. August 2009 gegründet und am 10. August 2009 unter HRB 66818 in das Handelsregister beim Amtsgericht Köln eingetragen. Die Gesellschaft hat ihre operative Geschäftstätigkeit am 10. August 2009 aufgenommen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Verkauf von Strom und Gas sowie energienahen Produkten und Dienstleistungen mit dem Ziel der überregionalen Marktversorgung von Privat- und Gewerbekunden deutschlandweit.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 waren per Arbeitnehmerüberlassungsvertrag mit der RheinEnergie AG sechs Mitarbeiter für die REX tätig. Ergänzend wird sowohl die Geschäftsführung als auch die Vertriebsleitung durch Mitarbeiter der RheinEnergie AG in Personalunion übernommen. Die notwendigen Dienstleistungen im kaufmännischen Bereich werden von der RheinEnergie AG übernommen. Hierzu wurde am 1. September 2009 ein Dienstleistungsvertrag mit der RheinEnergie AG geschlossen.

An der Gesellschaft hält die RheinEnergie AG, Köln, 87,8 % der Anteile, die AggerEnergie GmbH, Gummersbach, 4 %, die BELKAW GmbH, Bergisch Gladbach, 4 %, die Gasversorgungsgesellschaft Rhein-Erft mbH, Hürth, 3 %, die evd energieverorgung dormagen GmbH, Dormagen, 1 % und die Stadtwerke Leichlingen GmbH, Leichlingen, 0,2 % der Anteile.

Die Gesellschaft übt lediglich eine andere Tätigkeit im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG aus (Vertrieb).

Die Gesellschaft erfüllt die öffentliche Zwecksetzung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW aufgrund der Versorgung der Bevölkerung mit Energie sowie mit energienahen Produkten und Dienstleistungen.

1.2 Ziele und Strategien

Ziel der REX ist, den Kundenbestand unter Berücksichtigung strenger Ertragskriterien langfristig zu stabilisieren.

Der hieraus abgeleiteten Vertriebs- und Preisstrategie der REX folgt eine Neukundenakquise durch exklusive und qualifizierte Vertriebspartner. Nur über diesen Vertriebskanal ist eine Neukundenakquise realisierbar, welche die Mengenziele erfüllt, den anspruchsvollen Ertragsprämissen genügt und Wechselraten auf einem akzeptablen Niveau sicherstellt. Daher wird es weiterhin von zentraler Bedeutung sein, bestehende und neue Vertriebspartnerschaften, insbesondere im Gewerbekundensegment zu stärken bzw. anzubahnen. Dies soll durch gezielte Anreizsysteme, exzellenten Service, marktfähige Provisionen und attraktive Produkte erreicht werden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsentwicklung

Die Neukundengewinnung und damit auch die Bestandskundenentwicklung in 2016 war aufgrund verschiedener Einflussfaktoren gehemmt. Darüber hinaus war die Gewinnung neuer Vertriebspartner durch die verstärkte Nachfrage nach qualifizierten Vertrieben im Markt deutlich erschwert. Insgesamt konnten die geplanten Mengenziele daher nicht erreicht werden. Positiv hervorzuheben ist, dass die spezifische Rentabilität der Strom- und Gasverträge sowohl im Bestand als auch in der Neukundengewinnung gesteigert wurde.

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die REX in den einzelnen Sparten folgende Absatzzahlen erreichen: Strom 164.288.808 kWh (Vorjahr: 198.799.385 kWh); Gas 259.500.691 kWh (Vorjahr: 268.690.644 kWh).

Die Endkundenpreise für Strom und Erdgas wurden zum 1. Februar 2016, zum 1. Mai 2016, zum 1. August 2016 und zum 1. Dezember 2016 angepasst. Die durchgeführten Preis- anpassungen resultierten in erster Linie aus einer verursachungsgerechten Weitergabe angepasster Netznutzungsentgelte, Steuern und Abgaben sowie veränderter Beschaffungs- kosten.

Insgesamt ist der Verlauf der Gesellschaft in 2016 aufgrund der erneuten Ergebnis- verbesserung gegenüber dem Vorjahr positiv zu bewerten.

2.2 Lage der Gesellschaft

2.2.1 Ertragslage

Als finanzielle Leistungsindikatoren dienen die Umsatzerlöse sowie das Ergebnis nach Steuern der Gesellschaft.

Die Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer) belaufen sich auf 47.658 T€ (Vorjahr: 54.332 T€) und haben sich aufgrund des unterjährigen, stagnierenden Kundenzuwachses und der warmen Witterung niedriger als die Planzahlen (51.493 T€) entwickelt. Sie betreffen mit 34.867 T€ (Vorjahr: 40.866 T€) Strom und mit 12.791 T€ (Vorjahr: 13.466 T€) Gas. Diesen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 40.156 T€ (Vorjahr: 46.179 T€) gegenüber. Unter Berücksichtigung des Personalaufwandes in Höhe von 0 T€ (Vorjahr: 48 T€), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 6.087 T€ (Vorjahr: 6.842 T€) sowie einem Finanzergebnis von 10 T€ (Vorjahr: 9 T€) ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern von 1.872 T€ (Vorjahr: 1.453 T€).

Die REX weist zum 31. Dezember 2016 ein positives Ergebnis nach Steuern von 1.842 T€ aus, das abzüglich der Ausgleichszahlungen und zuzüglich eines Ertrages aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages zum Ausgleich der vorgetragenen Verluste verwendet wird. Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr (1.429 T€) resultiert im Wesentlichen aus der Senkung der sonstigen betrieblichen Aufwände sowie aus der gestiegenen spezifischen Rentabilität der Strom- und Gasverträge. Das Planergebnis von 1.957 T€ konnte nahezu erreicht werden.

2.2.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der REX beläuft sich im Jahr 2016 auf 9.097 T€ (Vorjahr: 8.305 T€). Die Aktivseite beinhaltet im Wesentlichen die Forderungen aus dem laufenden Verrechnungsverkehr mit der Stadtwerke Köln GmbH. Diesen stehen auf der Passivseite Eigenkapital (2.695 T€ (Vorjahr: 500 T€)), Rückstellungen (3.623 T€ (Vorjahr: 2.797 T€)) sowie Verbindlichkeiten (2.778 T€ (Vorjahr: 5.008 T€)) gegenüber. Die Eigenkapitalquote beträgt 29,6 % (Vorjahr: 6,0 %).

Die Liquidität der REX ist durch die Einbindung in das Cash-Management der Stadtwerke Köln GmbH gewährleistet.

3. Prognose-, Chancen und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die REX gegenüber dem Berichtsjahr sinkende Umsatzerlöse von 41,6 Mio. € bei einem Ergebnis von ca. 1,5 Mio. € vor Ertragsteuern.

3.2 Chancen- und Risikobericht

Die derzeitige Planung prognostiziert auch in den Folgejahren einen positiven Ergebnisbeitrag. Aufgrund des schwierigen Marktumfelds wird für 2017 eine rückläufige Kundenentwicklung und damit verbunden ein sinkendes, aber immer noch positives Unternehmensergebnis vorhergesagt. Für die nachfolgenden Jahre wird eine Stabilisierung der Mengen- und Ergebnisziele angestrebt. Dies soll durch Entwicklung neuer Vertriebsmodelle, aktives Bestandskundenmanagement und Produktmodifikationen erreicht werden.

Die zentrale Herausforderung für den Erfolg der REX wird in den kommenden Jahren sein, neue, qualitativ hochwertige und gleichzeitig bezahlbare Vertriebspartner zu gewinnen und bestehende weiter auszubauen. Nur so sind die geplanten Ergebnis- und Mengenziele erreichbar.

Es ist darüber hinaus unverzichtbar, Dienstleistungskosten und Servicequalität auf Wettbewerberniveau zu gewährleisten, um im Vergleich zu anderen Anbietern nicht ins Hintertreffen zu gelangen.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	22.921
Materialaufwand	0
Personalaufwand	0
Abschreibungen	-18.441
Sonstige Aufwendungen	-1.000
Zinsergebnis	-3.479
Ergebnis vor Ertragsteuern	2
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0
 Unternehmensergebnis	 2
Ergebnisabführung / Verlustübernahme	-2
 Jahresüberschuss	 0

FINANZPLAN

EINNAHMEN

Eigenmittel	
Zuführung zur Kapitalrücklage	0
Abschreibungen	18.441
Aufbau (-) / Abbau (+) von Liquidität	-1.626
Veränderung übrige Aktiva / Passiva	2
Fremdmittel	
Darlehen	0
Su:	<u>16.817</u>

AUSGABEN

Sachanlagen	0
Veränderungen übrige Aktiva/ Passiva	0
Darlehenstilgung	16.817
Su:	<u>24.609</u>

Eine Stellenübersicht wird nicht erstellt, da die Gesellschaft über keine eigenen Mitarbeiter verfügt.

Bilanz der RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	15.11.2013
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen					
Im. Vermögensgegenst.	947	0	0	0	0
Sachanlagen	261.609	258.982	187.978	49.115	0
Umlaufvermögen					
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	24.452	3.742	29.185	884	0
Liquide Mittel	0	10	10	25	25
Bilanzsumme	287.008	262.733	217.173	50.024	25
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Kapitalrücklage	84.975	59.975	49.975	49.975	0
Rückstellungen	8	6	13	23	0
Verbindlichkeiten	202.000	202.727	167.161	1	0
Bilanzsumme	287.008	262.733	217.173	50.024	25

GuV der RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	14.781	0		
Sonstige betriebliche Erträge	0	1	0	0
Abschreibungen auf Sachanlagen	-12.167	-4	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-307	-251	-653	-23
Zinserträge u.ä.	26	41	67	17
Zinsaufwand u.ä.	-3.591	-3.528	-2.062	0
Ergebnis nach Steuern	-1.259	-3.742	-2.648	-6
Erträge aufgrund EAV	1.259	3.742	2.648	6
Jahresüberschuss	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH

Die RheinEnergie HKW Niehl 3 GmbH (Niehl 3) wurde am 6. November 2013 gegründet und am 15. November 2013 unter HRB 79968 in das Handelsregister beim Amtsgericht Köln eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes Niehl 3 mit einer elektrischen Leistung von 450 MW und einer maximalen Wärmeauskopplung von 265 MW am Kraftwerksstandort Köln-Niehl.

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die notwendigen Dienstleistungen werden von der RheinEnergie AG, Köln, übernommen.

Geschäftsentwicklung

Am 1. Dezember 2012 wurde der Generalunternehmer-Vertrag mit GE Power (ehemals Alstom) über die Errichtung eines GuD-Kraftwerkes mit 450 MWel Leistung zwischen GE Power (ehemals Alstom) und RheinEnergie AG unterzeichnet und mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 von der RheinEnergie AG auf die Niehl 3 übertragen.

Die Arbeiten für das neue GuD-Kraftwerk begannen Anfang 2014 mit umfangreichen bau- und montagetechnischen Arbeiten. In 2015 wurde die Montage abgeschlossen. Im zweiten Quartal 2016 erfolgte die Inbetriebsetzung.

Mit Wirkung zum 29. April 2016 wurde die neue GuD-Anlage in den regulären Betrieb übernommen. Damit wurde das Projekt termingerecht fertiggestellt. Das geplante Investitionsbudget wurde eingehalten. Bei der Abnahme wurden sämtliche relevanten Leistungswerte erreicht.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme der Niehl 3 beläuft sich im Jahr 2016 auf 287,0 Mio. € (Vorjahr: 262,7 Mio. €). Die Aktivseite beinhaltet im Wesentlichen das Anlagevermögen, das aus Anlagen des GuD- Kraftwerkes am Standort Niehl besteht. Diesem stehen auf der Passivseite im Wesentlichen Eigenkapital in Höhe von 85,0 Mio. € (Vorjahr: 60,0 Mio. €) und Verbindlichkeiten in Höhe von 202,0 Mio. EUR (Vorjahr: 202,7 Mio. €) gegenüber. Die Erhöhung des Eigenkapitals resultiert aus einer Einzahlung in die Kapitalrücklage durch den Gesellschafter. Die Verbindlichkeiten sind überwiegend mittel- und langfristig. Die Verbindlichkeiten

resultieren aus einem Konsortialkredit mit verschiedenen Kreditinstituten. Der Fortbestand des Konsortialkredites ist an die Einhaltung bestimmter Finanzkennzahlen (Eigenmittelquote und Verschuldungsgrad) geknüpft, die ab dem 31. Dezember 2016 für die Eigenmittelquote und ab dem 31. Dezember 2017 für den Verschuldungsgrad eingehalten werden müssen. Die Eigenmittelquote beträgt 29,6 % (Vorjahr: 22,8 %).

Die Umsatzerlöse, die aus Pächterlösen seit der Inbetriebsetzung im April 2016 resultieren und eine relevante Steuerungsgröße der Gesellschaft widerspiegeln, beliefen sich auf 14,8 Mio. € in 2016 (Vorjahr: 0 Mio. €). Diesen stehen Abschreibungen in Höhe von 12,2 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) gegenüber. Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €) sowie einem Finanz-

ergebnis von -3,6 Mio. € (Vorjahr: -3,5 Mio. €) ergibt sich ein Verlust von -1,3 Mio. € (Vorjahr: -3,7 Mio. €).

Die Niehl 3 weist ein negatives Ergebnis nach Steuern von -1.259 T€ (Vorjahr: -3.742 T€) aus, das gemäß Ergebnisabführungsvertrag von der RheinEnergie AG übernommen wird. Das Planergebnis in Höhe von 2 T€ wurde durch Aufwendungen, die vor der Inbetriebsetzung entstanden sind, unterschritten.

Die Liquidität der Niehl 3 ist durch die Einbindung in das Cash-Management der Stadtwerke Köln GmbH jederzeit gewährleistet.

Tätigkeiten

Die Gesellschaft übt ausschließlich andere Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG aus.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft erfüllt die öffentliche Zwecksetzung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW durch ihre effiziente und ressourcenschonende Kraft-Wärme-Produktion mit der GuD-Anlage.

Chancen und Risiken

Das GuD-Kraftwerk Niehl 3 wird an die RheinEnergie AG verpachtet. Die Betriebsführung sowie die energiewirtschaftliche Abbildung des Kraftwerks findet somit bei der RheinEnergie AG statt. Ebenso besteht mit der RheinEnergie AG ein Ergebnisabführungsvertrag. Am Standort Niehler Hafen betreibt die RheinEnergie AG u.a. die GuD-Anlage Niehl II, so dass die vorhandene Infrastruktur für die weitere GuD-Anlage (Niehl 3) mit Kraft-Wärme-Kopplung (Gasversorgung, Fernwärmeanbindung) gut genutzt werden kann.

Eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für gasbetriebene Kraftwerke durch politische/regulatorische Eingriffe sowie eine zukünftige Abweichung von den unterstellten Preisprognosen (für Strom, Gas und CO₂-Zertifikate) können zu Risiken führen. Im Gegenzug gehört das Kraftwerk Niehl 3 als Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (KWK) zu derjenigen Technologie, deren Anteil an der Energieerzeugung zum Vorantreiben der Energiewende in Deutschland nach allgemeinem politischem Willen weiter ausgebaut werden soll.

Dies wird durch das zum 1. Januar 2016 novellierte KWK-Gesetz untermauert, welches auf die wirtschaftlichen Randbedingungen für Gasanlagen reagiert und die Fördersätze für KWK-Neuanlagen verbessert. Aufgrund des Pachtmodells liegen diese Risiken und Chancen bei der RheinEnergie AG. Bestandsgefährdende Risiken liegen nicht vor.

Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die Niehl 3 ein positives Ergebnis nach Steuern von 2 T€, das aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages an die RheinEnergie AG abgeführt wird.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
RheinEnergie HKW Rostock GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der RheinEnergie HKW Rostock GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	61.172
Sonstige Erträge	13
Materialaufwand	-53.577
Personalaufwand	0
Abschreibungen	-16.645
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.976
Zinsergebnis	37
Ergebnis vor Ertragsteuern	-10.976
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0
 Unternehmensergebnis	 -10.976
 Gewinnabführung/Verlustausgleich	 10.976
 Jahresüberschuss	 0

FINANZPLAN

EINNAHMEN

Eigenmittel	
Zuführung zur Kapitalrücklage	0
Abschreibungen	16.645
Rückstellungen	-556
Verminderung Gesellschafterdarlehen KNG	353
Aufbau/Abbau von Liquidität	-67.263
Veränderung sonst. Aktiva/Passiva	70.916
Fremdmittel	
Darlehen	0
	<u>0</u>
Su:	20.095

AUSGABEN

Sachanlagen	95
Anschaffungsnebenkosten	0
Finanzanlagen	0
Gesellschafterdarlehen	0
Herabsetzung Kapitalrücklage	20.000
Darlehenstilgung an RE	0
	<u>0</u>
Su:	20.095

Eine Stellenübersicht wird nicht erstellt, da die Gesellschaft über keine eigenen Mitarbeiter verfügt.

Bilanz der RheinEnergie HKW Rostock GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen					
Immaterielle					
Vermögensgegenstände	2	8	14	19	25
Sachanlagen	90.961	157.574	174.178	191.298	213.942
Finanzanlagen	5.428	5.428	5.428	7.164	5.231
Umlaufvermögen					
Forderungen u. sonstige					
Vermögensgegenstände	74.235	27.629	31.167	27.928	21.858
Liquide Mittel	10	10	10	45	26
Rechnungsabgrenzung	0	488	265	1.276	1
Bilanzsumme	170.635	191.137	211.061	227.731	241.084
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Kapitalrücklage	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000
Rückstellungen	31.425	19.928	22.501	17.739	16.084
Verbindlichkeiten	52.044	86.184	103.535	124.967	139.975
Rechnungsabgrenzung	2.141	0	0	0	0
Bilanzsumme	170.635	191.137	211.061	227.731	241.084

GuV der RheinEnergie HKW Rostock GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
Umsatzerlöse	75.682	106.496	112.973	116.1557	140.189
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	3	0	0
Materialaufwand	-70.997	-91.348	-101.641	-106.915	-124.123
Personalaufwand	0	0	0	0	0
Abschreibungen	-66.649	16.643	-17.143	-22.663	-22.660
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.415	-826	-801	-799	-782
Zinserträge u.ä.	110	162	303	575	414
Zinsaufwand u.ä.	-3.510	-4.254	-4.950	-5.963	-6.975
Ergebnis vor Ertragsteuer	-66.779	-6.412	-11.256	-19.208	-13.938
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0	0	0	0	0
Ergebnis nach Ertragsteuern	-66.779	-6.412	-11.256	-19.208	-13.938
Aufwendungen / Erträge aufgrund EAV	66.779	6.412	11.256	19.208	13.938
Jahresergebnis	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
RheinEnergie HKW Rostock GmbH

Geschäftstätigkeit

Am 12. Januar 2011 wurde der notarielle Kaufvertrag zum Erwerb von 49,62 % am Steinkohleheizkraftwerk Rostock (Bruchteilseigentum), einem Geschäftsanteil von 49,60 % an der KNG Kraftwerks- und Netzgesellschaft mbH (KNG) sowie den entsprechenden anteiligen Erbbaurechten und Gesellschafterdarlehen unterzeichnet. Nach Eintritt aller Vollzugsvoraussetzungen wurde der Erwerb durch die RheinEnergie HKW Rostock GmbH (RERo) am 1. Februar 2011 vollzogen. Weiterer Bruchteilseigentümer am Kraftwerk ist mit 50,38 % die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW).

Das Kraftwerk wurde 1994 in Betrieb genommen und gehört immer noch zu den modernsten in Betrieb befindlichen Steinkohlenkraftwerken Deutschlands. Die elektrische Nettoleistung beträgt bis zu 518 MW (RERo-Anteil bis zu 257 MW netto). Mit der Vermarktung des Stroms hat die RERo die RheinEnergie Trading GmbH (RET) beauftragt, die zudem die Beschaffung der benötigten CO₂ Zertifikate durchführt. In der sogenannten „2-Parteienvereinbarung“ zur Nutzung des Eigentums am Steinkohlekraftwerk Rostock vom Januar 2011 sind die Eckpunkte zur Zusammenarbeit mit der EnBW bei der gemeinsamen Bewirtschaftung des Kraftwerks ab dem Jahr 2016 geregelt. Die technischen und energiewirtschaftlichen Regelungen wurden in 2015 in einer Ausstattungsvereinbarung mit der EnBW konkretisiert und mit Wirkung zum 1. Januar 2016 umgesetzt. Neben der Stromvermarktung partizipiert die RERo seit 2016 anteilig an der Vermarktung von Systemdienstleistungen sowie an dem Verkauf von Fernwärme durch die EnBW an die Stadtwerke Rostock AG.

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2016 bezog die RERo 1,76 TWh (Vorjahr: 1,55 TWh) Strom über die EnBW aus dem Kraftwerk und vermarktete diesen über die RET. Zudem wurden von der EnBW aus dem Kraftwerk insgesamt 375 GWh Fernwärme an die Stadtwerke Rostock geliefert (Vorjahr: 396 GWh). Die Erlöse und Kosten aus der Fernwärmeerzeugung und -vermarktung werden anteilig zwischen der EnBW und der RERo aufgeteilt. Es wurden 610.236 t (Vorjahr: 518.522 t) Kohle (äquivalent) sowie 1,43 Mio. t CO₂ (Vorjahr: 1,24 Mio. t CO₂) Zertifikate eingesetzt. Im Berichtsjahr wurden 41 (Vorjahr: 94) theoretische Starts durchgeführt. Real startete das Kraftwerk 27 mal (Vorjahr: 51 Starts).

Der vertragliche Anteil am Kraftwerk Rostock konnte für die RERo mit ca. 6.900 (Vorjahr: 6.100) theoretisch errechneten Volllastbetriebsstunden gut am Markt eingesetzt werden. Das Kraftwerk war real ca. 8.200 Stunden (Vorjahr 8.000) verfügbar. Die reale Stromproduktion im Jahr 2016 belief sich auf ca. 6.400 Volllastbetriebsstunden (Vorjahr: rd. 5.600).

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme der RERo reduzierte sich von 191,1 Mio. € in 2015 auf 170,6 Mio. €. Die Reduzierung auf der Aktivseite resultiert im Wesentlichen aus der planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibung des 49,62 prozentigen Anteils am Steinkohleheizkraftwerk Rostock in Höhe von 66,6 Mio. €. Gegenläufig wirkt der Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen aufgrund der gestiegenen Verlustübernahme durch die RheinEnergie AG. Die Reduzierung der Passivseite resultiert im Wesentlichen aus der

kompletten Tilgung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 78,0 Mio. €; gegenläufig wirkt der Anstieg der Verbindlichkeiten aus der Konzernverrechnung.

Die Umsatzerlöse, die eine relevante Steuerungsgröße der Gesellschaft widerspiegeln, sanken im Wesentlichen aufgrund einer vertraglichen Änderung von 106,5 Mio. € in 2015 auf 75,7 Mio. € in 2016. Diesen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 71,0 Mio. € (Vorjahr: 91,3 Mio. €) gegenüber. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen in Höhe von 66,6 Mio. € (Vorjahr: 16,6 Mio. €), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) sowie einem Finanzergebnis von -3,4 Mio. € (Vorjahr: -4,1 Mio. €) (bedingt durch Finanzierungs-kosten für den Erwerb) ergibt sich ein Verlust von -66,8 Mio. € (Vorjahr: -6,4 Mio. €).

Die RERo weist ein negatives Ergebnis nach Steuern von -66,8 Mio. € (Vorjahr: -6,4 Mio. €) aus, das gemäß Ergebnisabführungsvertrag von der RheinEnergie AG übernommen wird. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr und gegenüber der Planung (-12,3 Mio. €) resultiert im Wesentlichen aus der Verschlechterung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Kohleanlagen in 2016 sowie aus der außerplanmäßigen Abschreibung der Kraftwerksanlagen in Höhe von 50 Mio. €. Diese wurde erforderlich, da die aktuellen und aus heutiger Sicht für die nächsten Jahre prognostizierten Preisentwicklungen für Strom und Kohle eine Abdeckung der Restbuchwerte des Anlagevermögens nicht erwarten lassen.

Die Liquidität der RERo ist durch die Einbindung in das Cash-Management der Stadtwerke Köln GmbH gewährleistet.

Tätigkeiten

Die Gesellschaft übt lediglich eine andere Tätigkeit im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG aus.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft erfüllt die öffentliche Zwecksetzung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW durch ihre effiziente und ressourcenschonende Kraft-Wärme-Produktion mit dem Steinkohle-heizkraftwerk Rostock.

Chancen und Risiken

Die Kraftwerksanlage in Rostock verfügte über eine Nettoleistung von bis zu 518 MW. Sie hat die technische Möglichkeit, rund 300 MW an Fernwärme auszukoppeln und gehört immer noch zu den modernsten Anlagen ihrer Art in Deutschland. Sie verfügt z. B. mit rund 43 % über einen der höchsten elektrischen Wirkungsgrade aller zurzeit in Deutschland betriebenen Steinkohlekraftwerke.

Durch Einsatz der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung lässt sich der Brennstoff-nutzungsgrad auf über 60 % erhöhen. Der Kraftwerksstandort direkt am Seehafen Rostock ist günstig vor allem für die Belieferung mit Brennstoffen. Insbesondere diese Merkmale lassen auch zukünftig eine wettbewerbsfähige Stromerzeugung erwarten. Die hohe Verfügbarkeit des Kraftwerks sorgt zudem für eine hohe Auslastungsmöglichkeit und große Planungssicherheit.

Eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Kohlekraftwerke durch politische /regulatorische Eingriffe sowie eine zukünftige Abweichung von den unterstellten Preisprognosen (für Strom, Kohle und CO₂-Zertifikate) stellen Risiken dar.

Seit Mitte 2015 gibt es vermehrt im bundesdeutschen politischen Umfeld Forderungen nach einem generellen Ausstieg aus der Stromerzeugung auf Basis der Brennstoffe Stein- und vor allem Braunkohle. Die Diskussionen darüber werden durch die RERo eng verfolgt und politisch begleitet mit dem Ziel, die technische Lebensdauer des Kraftwerkes Rostock vollständig ausschöpfen zu können und dabei keine wirtschaftlichen zusätzlichen Nachteile bedingt durch den Kohleeinsatz in Kauf nehmen zu müssen. Dies geschieht in enger Abstimmung mit dem zweiten Anteilseigner des Kraftwerks, der EnBW.

Im Gegenzug gehört das Kraftwerk Rostock als Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (KWK) zu der Technologie, deren Anteil an der Energieerzeugung zum Vorantreiben der Energiewende in Deutschland weiter ausgebaut werden soll.

Aufgrund eines Dienstleistungsvertrages ist die Muttergesellschaft RheinEnergie AG für die Erfüllung wesentlicher Aufgabenbereiche zuständig. Ebenso besteht mit ihr ein Ergebnisabführungsvertrag.

Bestandsgefährdende Risiken liegen nicht vor.

Ausblick

Die geplante Stromlieferung aus der Beteiligung am Kraftwerk Rostock beträgt in 2017 rund 1,76 TWh. Hierfür ist ein Einsatz von etwa 585.808 t Steinkohle (äquivalent) vorgesehen. Zusätzlich ist die Beschaffung von Zertifikaten für ca. 1,4 Mio. t CO₂ geplant (ca. 1,53 TWh Strom, 507.906 t Steinkohle (äquivalent) und Zertifikate für 1,21 Mio. t CO₂ in 2018). In 2017 wird mit einem Fernwärmeabsatz von insgesamt 409 GWh gerechnet (361 GWh in 2018).

Für 2017 und 2018 sind jeweils kürzere Revisionen mit dem üblichen Umfang von jeweils etwa 9 Tagen geplant.

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die RERo gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Umsatzerlöse auf 61,2 Mio. € und ein Ergebnis nach Steuern von -11,0 Mio. €, das aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages von der RheinEnergie AG übernommen wird.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
RheinEnergie Solar GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der RheinEnergie Solar GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	1.469
Sonstige betriebliche Erträge	0
Materialaufwand	-87
Abschreibungen	-609
Sonstige Aufwendungen	-324
Operatives Ergebnis	450
Beteiligungsergebnis	30
Zinsergebnis	-460
 Ergebnis vor Ertragsteuern	 20
Ertragsteuern	0
 Unternehmensergebnis	 20
 Ertrag/Aufwand aufgrund Ergebnisabführungsvertrag	 -20
 Jahresüberschuss	 0

Auf einen Investitionsplan wurde verzichtet, da für die Gesellschaft im Planungszeitraum keine Investitionen vorgesehen sind. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Bilanz der RheinEnergie Solar GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Im. Vermögensgegenstände	0	0	0	53	57
Sachanlagen	9.264	9.873	9.672	9.889	6.010
Finanzanlagen	12.690	5.592	5.592	0	0
Umlaufvermögen:					
Forderungen u. sonst.					
Vermögensgegenstände	78	88	339	25	77
Liquide Mittel	10	148	276	303	18
Rechnungs- abgrenzungsposten	278	295	312	329	0
Bilanzsumme	22.319	15.996	16.190	10.599	6.162
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Kapitalrücklage	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Rückstellungen	77	80	69	39	25
Verbindlichkeiten	21.217	14.891	15.096	9.535	5.112
Bilanzsumme	22.319	15.996	16.190	10.599	6.162

GuV der RheinEnergie Solar GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	11.09.2012 - 31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	1.434	1.376	1.396	1.270	25
Sonstige betriebliche Erträge	14	64	0	38	0
Materialaufwand	-97	-121	-104	-63	0
Abschreibungen	-608	-581	-596	-519	-46
Sonst. betriebliche Aufwendungen	-302	-271	-336	-299	-31
Zinserträge u.ä.	29	35	12	1	0
Zinsaufwand u.ä.	-508	-506	-240	-178	0
Ergebnis nach Steuern	-39	-4	132	251	-52
Außerordentl. Ergebnis	0	0	0	-146	0
Aufwand/Erträge aufgrund EAV	39	4	-132	-105	52
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
RheinEnergie Solar GmbH

Die RheinEnergie Solar GmbH wurde am 29. August 2012 gegründet und am 11. September 2012 unter HRB 76450 in das Handelsregister beim Amtsgericht Köln eingetragen.

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die notwendigen Dienstleistungen werden von der RheinEnergie AG, Köln, bzw. Drittdienstleistern übernommen.

Geschäftsentwicklung

Der Gesellschaft dienen als finanzielle Leistungsindikatoren die Umsatzerlöse sowie das Ergebnis vor Steuern und als nicht finanzieller Leistungsindikator die Einspeisemengen.

Die RheinEnergie Solar GmbH betrieb im Berichtszeitraum 16 PV-Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 6,6 MWp. Zusätzlich hält sie weiterhin die Geschäftsanteile ihrer 100%igen Tochtergesellschaft, der Solarpark Bronkow Luckaitztal GmbH, die eine Freiflächenanlage mit einer Leistung von 11,4 MWp betreibt. Im Jahr 2016 erwarb die RheinEnergie Solar GmbH darüber hinaus 100% der Geschäftsanteile der Münchberg Solar GmbH, welche Betreiberin einer Freiflächenanlage mit einer Leistung von 6,8 MWp ist.

Die Vergütung ist durch das EEG gesetzlich verbrieft. Die leistungsstärksten Anlagen werden im Marktprämienmodell der Direktvermarktung betrieben, so dass die Gesellschaft Zusatzerlöse in Form der Managementprämie erzielt.

Die Gesellschaft betreibt die Anlagen, die technische Betriebsführung erfolgt jeweils durch externe Dienstleister.

Insgesamt speisten die von der RheinEnergie Solar GmbH betriebenen PV-Anlagen im Jahr 2016 eine Strommenge von ca. 6.200 MWh (Vorjahr: ca. 6.400 MWh) ins öffentliche Stromnetz ein; damit wurde auch der Planwert erreicht.

In der Vergangenheit hat die RheinEnergie Solar GmbH den privaten Strom- und/oder Erdgas-Kunden der RheinEnergie AG angeboten, sich im Rahmen der „RheinEnergie Klimapartnerschaft“ an Solaranlagen finanziell zu beteiligen. Dabei stellt der Kunde dem Unternehmen einen Betrag zwischen 500 € und 50.000 € zur Verfügung und kann so über eine Laufzeit von bis zu 10 Jahren von einer garantierten angemessenen sowie attraktiven Verzinsung in Höhe von 3,0 % p.a. profitieren. Eine Kündigung der Geldanlage durch die Kunden ist erstmals nach Ablauf von 5 Jahren und danach jährlich möglich. Neuverträge können nicht mehr abgeschlossen werden.

Die RheinEnergie Klimapartnerschaft hat Bürgern, die Kunden der RheinEnergie AG sind, eine Möglichkeit angeboten, sich aktiv an der Gestaltung der Energiewende zu beteiligen. Darüber hinaus dient das durch die Klimapartnerschaft dokumentierte Engagement der RheinEnergie AG einer verstärkten Bindung aller am Ausbau der erneuerbaren Energie interessierten Kunden.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme der RheinEnergie Solar GmbH steigt gegenüber dem Vorjahr um 6.323 T€ und beläuft sich im Jahr 2016 auf 22.319 T€ (Vorjahr: 15.996 T€). Die Aktivseite beinhaltet im Wesentlichen das Anlagevermögen, das aus einer Beteiligung an der Solarpark Bronkow Luckaitztal GmbH und einer Beteiligung an der Münchberg Solar GmbH sowie aus aktivierten Photovoltaik-Anlagen besteht. Diesem stehen auf der Passivseite fast ausschließlich Eigenkapital (1.025 T€; Vorjahr: 1.025 T€) sowie Verbindlichkeiten (21.217 T€; Vorjahr 14.891 T€) gegenüber.

Die Eigenkapitalquote ist mit 4,6 % gegenüber dem Vorjahr (6,4 %) gesunken.

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 1.434 T€ (Vorjahr: 1.376 T€) und liegen damit um 22 T€ über dem Plan. Den Umsatzerlösen stehen im Wesentlichen Abschreibungen in Höhe von 608 T€ (Vorjahr: 581 T€), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 302 T€ (Vorjahr: 271 T€) sowie Zinsaufwand in Höhe von 508 T€ (Vorjahr: 506 T€) gegenüber.

Die RheinEnergie Solar GmbH weist im Vergleich zum Planergebnis für 2016 in Höhe von -37 T€ ein negatives Unternehmensergebnis von -39 T€ (Vorjahr: -4 T€) aus, das gemäß Ergebnisabführungsvertrag von der RheinEnergie AG übernommen wird.

Die Liquidität der RheinEnergie Solar GmbH ist durch die Einbindung in das Cash-Management der Stadtwerke Köln GmbH gewährleistet.

Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NRW)

Die Gesellschaft erfüllt die öffentliche Zwecksetzung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW aufgrund einer nachhaltigen Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien.

Angaben zur Rechnungslegung nach EnWG

Die RheinEnergie Solar GmbH gilt aufgrund der Zugehörigkeit zum RheinEnergie-Konzern als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen entsprechend § 3 Nr. 38 EnWG und hat aus diesem Grund die Vorschriften nach § 6b EnWG beachtet. Sie übt dabei andere Tätigkeiten innerhalb des Stromsektors aus, für die entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten geführt werden.

Chancen und Risiken

Die Gesellschaft ist in das Risikofrüherkennungssystem der RheinEnergie AG eingebunden. Zum Risikomanagement gehören unter anderem eine umfassende Risikoidentifikation, -bewertung und -dokumentation. Durch diese Vorgehensweise ist sichergestellt, dass sämtliche, insbesondere auch bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt werden.

Die Einstufung der Risiken erfolgt in einer Risikomatrix nach dem Verhältnis zwischen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Als Ergebnis ergeben sich Risiken, die überwacht werden müssen.

Wesentliches Risiko für die Gesellschaft sind die schwankende Sonneneinstrahlung und die damit einhergehenden volatilen Erträge aus der Stromeinspeisung. Gleichzeitig stellen die Schwankungen auch eine Chance für die Gesellschaft dar, da in einstrahlungsstarken Jahren Mehrerlöse zu erzielen sind.

Die PV-Anlagen der RheinEnergie Solar GmbH erhalten auf Basis des derzeit gültigen EEG die entsprechende Einspeisevergütung. Die Wahrscheinlichkeit, dass es bei einer zukünftigen Novellierung des EEG zu einer rückwirkenden Änderung für Bestandsanlagen kommt, wird als sehr gering eingestuft.

Ausblick

Für die kommenden Geschäftsjahre ist der weitere Ausbau des Photovoltaik-Portfolios geplant. Laufend werden der Erwerb verschiedener Anlagen bzw. Projektrechte und die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren im Rahmen des EEG geprüft.

Darüber hinaus plant die Gesellschaft eine im Bau befindliche PV-Anlage auf einer stillgelegten Deponie in Nord-Thüringen zu kaufen. Die Freiflächen-PV-Anlage mit einer Leistung von 2,6 MWp wurde noch vor Ende 2016 und damit gemäß den Bedingungen des EEG 2014 in Betrieb genommen. Die endgültige Fertigstellung mit Netzanschluss erfolgt im Frühjahr 2017.

Gemäß Wirtschaftsplan wird für das Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr ein leicht steigender Umsatz von 1.469 T€ sowie ein Unternehmensergebnis von 20 T€ erwartet. Es wird davon ausgegangen, dass die von der RheinEnergie Solar GmbH betriebenen PV-Anlagen in 2017 eine Strommenge von rund 8.560 MWh ins öffentliche Netz einspeisen.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
RheinEnergie Trading GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der RheinEnergie Trading GmbH

	2017 Tsd. €
ERFOLGSPLAN	
Umsatzerlöse	1.806.118
Sonstige betriebliche Erträge	40
Materialaufwand	-1.793.546
Personalaufwand	0
Abschreibungen	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.462
Zinsergebnis	-1.000
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	150
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0
Ergebnis nach Steuern	150
Gewinnabführung	-150
Jahresergebnis	0

Ein Finanzplan sowie eine Stellenübersicht werden nicht erstellt, da die Gesellschaft weder über Anlagevermögen noch über eigene Mitarbeiter verfügt.

Bilanz der RheinEnergie Trading GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Umlaufvermögen:					
Vorräte	1.184	1.333	0	30	30
Forderungen	187.727	250.503	219.066	249.149	289.526
Liquide Mittel	10.745	11.038	10.939	8.749	15.457
Rechnungsabgrenzung	23	1	0	341	410
Bilanzsumme	199.680	262.874	230.005	258.269	305.424
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Rückstellungen	16.092	9.074	6.513	9.116	24.431
Verbindlichkeiten	173.092	243.374	212.590	238.038	264.381
Rechnungsabgrenzung	496	427	902	1.115	6.612
Bilanzsumme	199.680	262.874	230.005	258.269	305.424

GuV der RheinEnergie Trading GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	2.125.682	2.079.543	2.056.008	2.421.750	2.531.934
Sonstige betriebl. Erträge	1.707	3.720	33.683	2.739	3.284
Materialaufwand	-2.104.958	-2.059.370	-2.029.254	-2.411.932	-2.493.610
Personalaufwand	0	0	0	0	0
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-21.555	-23.200	-59.275	-9.809	-38.847
Sonstige Zinsen u.ä. Erträge	0	0	1	1	19
Zinsen u.ä. Aufwendungen	-725	-544	-1.013	-2.598	-2.630
Ergebnis nach Steuern	150	150	150	150	150
aufgrund Gewinnabführungs- vertrag abgeführte Gewinne	-150	-150	-150	-150	-150
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
RheinEnergie Trading GmbH

1. Geschäftsmodell

Die RheinEnergie Trading GmbH, Köln wurde als 100%-Tochter der RheinEnergie AG mit Gesellschaftsvertrag vom 15. August 2008 gegründet und am 27. August 2008 in das Handelsregister des Amtsgerichts Köln eingetragen. Der Sitz des Unternehmens ist Köln, Zweigniederlassungen führt das Unternehmen nicht. Mit der Gründung dieser Gesellschaft hat die RheinEnergie AG die Energiebeschaffung sowie den Energiehandel als zentrale Bereiche der Wertschöpfungskette in der RheinEnergie Trading GmbH rechtlich verselbstständigt. Die Beschaffungs- und Handelsaktivitäten bleiben trotz dieser rechtlichen Verselbstständigung sehr eng mit der RheinEnergie AG verbunden. Neben diversen Dienstleistungsverträgen gehört hierzu insbesondere auch, dass die RheinEnergie AG und die RheinEnergie Trading GmbH einen Ergebnisabführungsvertrag sowie einen Beherrschungsvertrag abgeschlossen haben.

Die RheinEnergie Trading GmbH wird in den Konzernabschluss der Stadtwerke Köln GmbH einbezogen.

Die Gesellschaft ist mit einem Eigenkapital von 10 Mio. € ausgestattet..

1.1 Geschäftszweck

Das Konzept der RheinEnergie Trading GmbH sieht eine durch Kooperationsverträge geregelte Zusammenarbeit mit ihren einzelnen Partnerunternehmen vor. Zu den Partnern gehören neben der RheinEnergie AG, die AggerEnergie GmbH, die BELKAW GmbH, die evd energieverorgung dormagen gmbh, die EVL Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG, die GVG Gasversorgungsgesellschaft mbH Rhein-Erft sowie die Stadtwerke Leichlingen GmbH.

Grundlage der Tätigkeit der Gesellschaft ist die Bewirtschaftung und Optimierung eines gemeinsamen Beschaffungsportfolios für Strom, Gas, CO₂-Zertifikate und sonstige Energie und energienahe Produkte sowie die Erbringung von Dienstleistungen und sonstigen Leistungen in Verbindung mit Lieferungen an dritte Unternehmen, sofern diese Tätigkeiten nach dem Kreditwesengesetz erlaubnisfrei sind. Daneben übernimmt die RheinEnergie Trading GmbH die Handelsaktivitäten im Strom-, Gas- und Zertifikatebereich sowie dienstleistend die Vermarktung von Erzeugungskapazitäten der Partner.

Ziel dieser Bündelung ist die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Partner durch die Generierung von Portfolioeffekten und eine Professionalisierung der Abwicklung zur Stärkung der regionalen Energieversorgung.

Nach dem Grundsatz der gemeinsamen Bewirtschaftung partizipieren alle Partner an den Portfolioeffekten aus der gemeinsamen Bewirtschaftung. Darüber hinaus erbringt die RheinEnergie Trading GmbH diverse weitere entgeltliche Dienstleistungen für die Partnerunternehmen.

1.2 Gesellschaftsstruktur und Steuerungssysteme

Die Geschäftsführung der Gesellschaft bedient sich eines umfassenden Überwachungs- und Steuerungssystems, um die geschäftspolitischen Unternehmensstrategien, -risiken und

-ergebnisse an ein Risikokomitee zu berichten. Das Risikokomitee berät und beschließt auf Grundlage einer dokumentierten Geschäftsordnung die organisatorischen und unternehmerischen Rahmenbedingungen, an denen die Prozesse der Geschäftsbereiche der Gesellschaft ausgerichtet werden. Die Sitzungen des Risikokomitees finden regelmäßig quartalsweise statt.

Über wesentliche Rahmenbedingungen und Entwicklungen der Gesellschaft unterrichtet die Geschäftsführung regelmäßig die Gesellschafterversammlung und den beratenden Beirat der Gesellschaft.

Die operativen Rahmenbedingungen sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft werden regelmäßig und in Abstimmung mit der Geschäftsführung durch eine von der Konzernmutter gestellte Interne Revision überprüft.

Die Geschäftsorganisation der Gesellschaft spiegelt das Prinzip der Funktionstrennung und gliedert sich in die Bereiche des Portfoliomanagements, des Handels, der Marktanalyse, des Bilanzkreismanagements, des Risikocontrollings sowie der Abwicklung in Back-Office und Rechnungswesen. Daneben verfügt die Gesellschaft über ein eigenes IT-Anforderungsmanagement sowie Zugang zu dienstleistend durch den Gesellschafter erbrachten IT-Dienstleistungen, die essenziell für die Abwicklung eines Handelsgeschäfts sind.

Die Gesellschaft setzt für die Umsetzung des Geschäftszwecks in einem immer stärker umkämpften und sich im Wandel befindlichen Markt in den genannten Bereichen hoch qualifizierte Mitarbeiter ein. Diese speziell ausgebildeten Mitarbeiter werden durch den Gesellschafter gestellt. Auf diesem Wege sind zum Stichtag 65 Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit in den einzelnen Geschäftsbereichen tätig. Den Mitarbeitern werden regelmäßig die für die Geschäftstätigkeit relevanten und autorisierten Prozesse, Strategien, Berechtigungskonzepte und Limitstrukturen zur Kenntnis gebracht.

Für die Entwicklung der Gesellschaft sind kompetente und engagierte Mitarbeiter existentiell, die Marktstrukturen und –entwicklungen durchdringen und beherrschen, um Potentiale in Form von wettbewerbsfähigen Produkten und zu deren Implementierung notwendige Prozesse ergebnisrelevant umzusetzen.

Die Gesellschaft erfüllt ihren Geschäftszweck über Zugänge zu allen relevanten Handelsplätzen in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden, sowohl auf bilateraler Ebene, über Broker, als auch an Börsen. Das Engagement richtet sich dabei an den durch die Partner und Kunden nachgefragten Produkten aus. Dabei unterhält die Gesellschaft Geschäftsbeziehungen zu einer Vielzahl von Energieversorgungs- und Handelsunternehmen sowie zu Nachfragern der angebotenen Produkte aus der Industrie.

Als finanzielle Leistungsindikatoren nutzt die Gesellschaft die jeweiligen Umsatzvolumina sowie Rohertragsmargen für Strom und Gas, letztere im Sinne des Deltas von spezifischem Umsatz zum spezifischen Bezug je MWh.

Die Gesellschaft setzt für die Umsetzung des Geschäftszwecks in den genannten Bereichen hoch qualifizierte Mitarbeiter ein. Diese speziell ausgebildeten Mitarbeiter werden durch den Gesellschafter gestellt. Auf diesem Wege sind zum Stichtag 61 Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit in den einzelnen Geschäftsbereichen tätig. Den Mitarbeitern werden regelmäßig die

für die Geschäftstätigkeit relevanten und autorisierten Prozesse, Strategien, Berechtigungskonzepte und Limitstrukturen zur Kenntnis gebracht.

Die Gesellschaft erfüllt ihren Geschäftszweck über Zugänge zu allen relevanten Handelsplätzen in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden, sowohl auf bilateraler Ebene, über Broker, als auch an Börsen. Das Engagement richtet sich dabei an den durch die Partner und Kunden nachgefragten Produkten aus. Dabei unterhält die Gesellschaft Geschäftsbeziehungen zu einer Vielzahl von Energieversorgungs- und –handelsunternehmen sowie zu Nachfragern der angebotenen Produkte aus der Industrie.

Als finanzielle Leistungsindikatoren nutzt die Gesellschaft die jeweiligen Umsatzvolumina sowie Rotertragsmargen für Strom und Gas, letztere im Sinne des Deltas von spezifischem Umsatz zum spezifischen Bezug je MWh.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaftsleistung legte 2016 um 1,9 Prozent zu. Dieses stärkste Wachstum seit fünf Jahren wird insbesondere durch den Konsum der privaten Haushalte begünstigt, der 2016, wie im Vorjahr, um 2,0 Prozent zulegte. Die niedrige Inflation erhöhte die Kaufkraft zusätzlich - auch wenn die Teuerung zuletzt wegen gestiegener Energiepreise deutlich anzog. Die Konjunktur im Euroraum fiel dagegen im Vergleich zum Vorjahr von 2,0 auf 1,7 Prozent. Trotz einer weiter expansiven Geldpolitik bleiben die Probleme in Griechenland und Italien weiterhin bestehen. Sowohl die Brexit-Entscheidung als auch die wirtschaftliche Abschottungspolitik der neuen US-Regierung bedeuten für den Euroraum und für das exportorientierte Deutschland zusätzlichen konjunkturellen Gegenwind. Diese Unsicherheiten sorgten auch für eine hohe Volatilität an den Finanzmärkten.

Der Energieverbrauch in Deutschland erreichte 2016 eine Höhe von 13.427 Petajoule (PJ) oder 458,2 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE). Das entspricht einer Zunahme um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, begründet durch die gegenüber dem Vorjahr kältere Witterung, die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung und den Bevölkerungszuwachs. Beim Strommix 2016 nehmen die Erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 29,5 Prozent den ersten Platz ein. Die Anteile aus Steinkohle sanken im Vergleich zu 2015 um 4 Prozentpunkte, während der Gasanteil um 10,2 Prozentpunkte stieg.

Die deutschen Übertragungsnetzbetreiber hoben die EEG-Umlage für 2017 auf den historisch höchsten Stand von 6,88 ct/kWh an (+ 8,3 Prozent gegenüber 2016). Die Netzbetreiber gehen davon aus, dass die Stromerzeugung aus EEG-Anlagen im kommenden Jahr auf 187,5 Terrawattstunden zulegen wird, was Ausgaben (im Wesentlichen für feste Einspeisevergütung und die Marktpremie) in Höhe von 25,8 Mrd. Euro erfordert. Durch die gesunkenen Großhandelspreise resultiert bundesweit eine Deckungslücke von 24,4 Mrd. Euro.

Weiterhin ist die RheinEnergie Trading GmbH von verschiedenen Regulierungsmaßnahmen betroffen, die den europäischen Energiegroßhandelsmarkt harmonisieren, transparent machen und systemische Risiken minimieren sollen. Neben der „Regulation on Wholesale

Energy Market Integrity and Transparency“ („REMIT“) gehört dazu auch die „European Market Infrastructure Regulation“ („EMIR“). Beide Verordnungen sind im Umfang der geltenden Regularien umgesetzt worden. Zu den Pflichten gehört ebenfalls Standards aus der Market Abuse Regulation (MAR) umzusetzen und die Entwicklung der MiFID II zu beobachten und notwendige Maßnahmen zu definieren.

2.2 Entwicklung auf den Energiemärkten

Die Ölnotierungen stiegen an der britischen ICE im Jahresverlauf von einem 12-Jahrestief bei 27,88 Dollar pro Barrel im Januar bis zu einem Jahreshöchstwert von 56,82 Dollar pro Barrel im Dezember. Unterstützung bekam der Markt durch die Bereitschaft Russlands und der OPEC in einen Energiedialog inklusive eines abgestimmten Prozesses zur Fördermengenbegrenzung zu treten. Dem wirkten die gut gefüllten US-Lager und die Rückkehr der US-amerikanischen Fracking-Anbieter auf den Weltmarkt entgegen.

Nach Tiefstständen nahe 13 €/MWh erholte sich der Frontjahreskontrakt am europäischen Gasmarkt TTF bis zum Jahresende wieder auf über 18 €/MWh. Neben den sich erneut stabilisierenden Rohölpreisen trug zu dieser Bewegung der Rückgang an Flüssiggaslieferungen Richtung Europa bei, welche im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 87 Prozent deutlich einbrachen. Ebenso wurde das Preisniveau durch die Entscheidung des niederländischen Parlaments für eine weitere Einschränkung des Förderlimits auf 24 mcm/d für die kommenden 5 Jahre am größten europäischen Gasfeld in Groningen, gestärkt.

Für die europäischen Kohlepreise begann das Jahr nach einem milden Winter bei einem 13 Jahre-Tiefststand nahe 37 Dollar pro Tonne, da zudem die Nachfrage nach Kohle politisch in Frage gestellt wurde. Im Nachgang zur Pariser Klimakonferenz debattierten Großbritannien, die Niederlande und Deutschland erneut über einen Kohleausstieg. Ebenso zeigte sich China gewillt, die Kohleproduktion und den Kohleanteil am heimischen Primärenergiemix deutlich zu senken. Die darauf gesunkene Inlandsproduktion führte jedoch zu hohen Importen, welche aufgrund von Engpässen in den physischen Märkten den Preis wieder auf annähernd 70 Dollar pro Tonne steigen ließ.

Der Optimismus, durch die beschlossene Marktstabilitätsreserve (MSR) eine Stabilisierung des Emissionsmarktes zu erreichen, ging zu Beginn des Jahres verloren und ließ den Zertifikatspreis an der ICE von annähernd 9 auf bis 4 Euro pro Tonne CO₂-Einheit abstürzen. Erst zum Jahresende ließ der ETS-Reformvorschlag des Europäischen Parlaments die Hoffnung aufkommen, dass in der kommenden Handelsperiode durch die Löschung der in der MSR angesammelten Zertifikate und einen höheren linearen Reduktionsfaktor der Zertifikateüberhang signifikant verringert werden kann. Dies stabilisierte den Zertifikatspreis wieder auf deutlich über 5 Euro pro Tonne CO₂-Einheit.

Der Strompreis für das Kalenderjahr notierte zum Jahresanfang an der EEX auf einem Allzeittief von 20,85 Euro pro MWh, bevor er sich an der positiven Entwicklung des umliegenden Energiekomplexes orientierte und in einen Aufwärtstrend überging. Die eingeschränkte Verfügbarkeit französischer Atomkraftwerke durch verstärkte Sicherheitskontrollen in zwölf französischen Reaktoren brachte eine zusätzliche Risikoprämie für das erste Quartal des neuen Jahres und den Frontjahreskontrakt Grundlast auf ein 2-Jahres-Hoch. Das Produkt beendete das Jahr an der EEX bei einem Preis von 34,34 Euro pro MWh.

2.3 Umsatz- und Absatzentwicklung der Gesellschaft

Umsätze und Aufwände sowie die Rohertragsmarge entwickelten sich für die Sparten Strom und Gas wie im Folgenden dargestellt.

Gegenüber dem Vorjahr entwickelten sich die spezifischen Margen vornehmlich mengengetrieben im Strom vornehmlich mengengetrieben negativ, im Gas wirkt ein positiver Mengeneffekt einer solchen Margenverschlechterung entgegengewirkt positiv. Gegenüber dem Plan 2016 stiegen die spezifischen Margen preisgetrieben in Summe leicht an. Negative Effekte für den Jahresabschluss 2016 ergaben sich vornehmlich aus der spezifischen Marge für Strom- und Gasabsätze an dritte Unternehmen.

Trotz der anhaltenden Unsicherheiten auf den Energiemärkten konnte die Gesellschaft in 2016 für die Partnerunternehmen erneut nennenswerte positive Beiträge erwirtschaften, die über den ursprünglichen Planungen lagen. Die Ergebnisverbesserung gegenüber der Planung ergibt sich neben der erfolgreichen Portfoliooptimierung u.a. aus niedrigeren Personal- und IT-Kosten und deutlich höheren sonstigen betrieblichen Erträgen, insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen. Nach Ausschüttung der Beiträge an Kooperationspartner beläuft sich das Ergebnis vor Ergebnisabführung auf 0,2 Mio. €

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Geschäftstätigkeit spiegelt die Handelstätigkeit der Gesellschaft wider. Die Vermögensseite ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie Kapitalbindungen aus den verauslagten Barsicherheiten. Neben dem Nominalkapital von 10 Mio. € stehen dieser Kapitalbindung auf der Passivseite insbesondere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Variation Margins, die aus Börsenpositionen resultieren, gegenüber. Die Finanzlage der Gesellschaft ist in erster Linie durch die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der gezahlten Variation Margins geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Finanzmittelbestand um 0,3 Mio. € auf 10,7 Mio. €. Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über kurzfristige liquide Mittel aus der Konzernverrechnung in Höhe von 15,9 Mio. € (Vorjahr -79,2 Mio. €). Die Liquidität der RheinEnergie Trading GmbH ist durch Einbeziehung in das Cashmanagement der Stadtwerke Köln GmbH jederzeit gewährleistet. Die Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Eigenkapitalquote ist mit 5,8 % zwar gering, vor dem Hintergrund der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie der engen Verbindungen zur RheinEnergie AG jedoch als ausreichend anzusehen. Im Berichtsjahr wird eine Bilanzsumme von 200 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr 263 Mio. €).

Die Gesellschaft setzt keine eigenen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren ein. Kennzahlen, wie z.B. Mitarbeiteranzahl, Mitarbeiterbildung, etc. werden über die Muttergesellschaft gesteuert.

2.4 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2016 stand im Zeichen der kontinuierlichen Weiterentwicklung und des Ausbaus der Geschäftsfelder und -prozesse der Gesellschaft. Mit dem Gesellschafter und den übrigen Partnern wurde an der Erweiterung der jeweiligen Produktportfolios und der Optimierung der Prozessabläufe gearbeitet. Die kurzfristigen Optimierungsmöglichkeiten im

virtuellen Kraftwerk sowie die Anforderung der Übertragungsnetzbetreiber zur viertelstündlichen Bilanzkreisbewirtschaftung führen zu einem zusätzlichen Bedarf an kurzfristigen Handelsgeschäften. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Um eine optimale Bewirtschaftung auch in Zukunft sicherzustellen, wurde die Handelseinheit um mehrere Mitarbeiter erweitert, die im Schichtdienst rund um die Uhr die Optimierungs- und Handelsaufgaben übernehmen.

Im Jahr 2016 hat die RheinEnergie AG die bestehenden Aktivitäten bei der Vermarktung und Steuerung von dezentralen Stromerzeugungsanlagen im neu errichteten virtuellen Kraftwerk gebündelt und zusätzliche Anlagen integriert. Nach umfangreichen Vorarbeiten konnte die Plattform „virtuelles Kraftwerk“ für die integrierte Portfoliooptimierung unterschiedlicher Anlagen (Windparks, PV-Anlagen, BHKW, etc.) auf allen relevanten Märkten (z.B. Spot-, Intraday- und Regelenenergiemärkte sowie Direktvermarktung) in Betrieb genommen werden. Mit dieser Plattform wurde die Grundlage für die dezentrale und vernetzte Energiewelt der Zukunft geschaffen. Darüber hinaus ist das virtuelle Kraftwerk die Voraussetzung für neue Vertriebsprodukte der RheinEnergie AG, beispielsweise bei der Optimierung und Steuerung von Kleinanlagen.

Der zunehmend liquide Gashandel ermöglichte im Jahr 2016 eine weitere Intensivierung des Handelsgeschäfts und die Implementierung neuer Gasbeschaffungs- und –bewirtschaftungsstrategien einschließlich der dafür notwendigen technischen Anpassungen. Im kurzfristigen Bereich wurden beispielsweise mit der täglichen „Intradayanpassung“ zusätzliche Handelsmöglichkeiten für Partner und Dienstleistungskunden geschaffen, auch an Wochenenden und Feiertagen. Im vergangenen Jahr hat die RheinEnergie Trading GmbH ihre Aktivitäten am Regelenenergiemarkt signifikant ausgeweitet und damit zusätzliche Erträge erwirtschaftet. Zudem gelang es neue Dienstleistungskunden für das Produktportfolio zu gewinnen und durch einen Ausbau der Portfoliooptimierung zusätzliche Effizienzpotenziale zu erschließen. Die stetige Entwicklung neuer Dienstleistungsprodukte, Bewirtschaftungsstrategien und optimierter Prozessketten stellt gemeinsam mit gut ausgebildeten Mitarbeitern einen Eckpfeiler des wirtschaftlichen Erfolges der Gesellschaft dar und wird mit hoher Priorität und Nachhaltigkeit umgesetzt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war erneut die Umsetzung zusätzlicher Anforderungen aus Regulierungsvorgaben zu EMIR/REMIT/MAR in interne Prozesse und IT.

Diesen und ähnlichen Fragestellungen rund um die sich ergebenden und verändernden Anforderungen an die Abwicklung des Energiebeschaffungs- und -handelsgeschäfts begegnet die RheinEnergie Trading GmbH auch durch eine aktive Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen der Branchenverbände. Dabei greift die RheinEnergie Trading GmbH auch auf die Unterstützung der Muttergesellschaft und des Stadtwerkekonzerns zurück. Diese Kooperation wird je nach Fragestellung in beide Richtungen optimiert.

3. Risiko- und Chancenbericht

Aus der Umsetzung des Geschäftszwecks ergeben sich für die Gesellschaft die für einen Handelsbereich typischen Chancen und Risiken. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und systematisch zu erfassen, zu bewerten und Maßnahmen zu ihrer Steuerung zwecks Vermeidung bzw. Minimierung zu ergreifen. Durch Limitsysteme,

die für die einzelnen Bewirtschaftungs- und Handelspositionen entwickelt wurden, werden diese Risiken mengen- bzw. wertmäßig limitiert. Regelmäßige tägliche Überwachungen der Risikoauslastungen der jeweiligen Positionen erlauben eine jederzeitige Risikosteuerung der gesamten Bewirtschaftungsposition. In diese Risikoüberwachung und –steuerung fließen auch preisindizierte Positionen und deren Absicherungspositionen ein. Den Limitkonzepten werden die jeweiligen Qualitäten, Märkte und Laufzeiten der Grundgeschäfte einer Hedgingstrategie zugrunde gelegt. Um den jeweiligen Absicherungsumfang zu bestimmen, werden die aktuellen Beschaffungs- und Absatzpositionen fortlaufend ausgewertet und die offene, abzusichernde Deltaposition je Risikokategorie mit einem Abgleich zu den internen Richtlinien bestimmt.

Die zugrundeliegenden Limitsysteme sowie die Risikobewertungs- und –steuerungsmethoden werden durch das Risikokomitee der Gesellschaft genehmigt. Anpassungen und Erweiterungen unterliegen einem festgelegten Freigabeprozess. Dem Limitsystem liegt eine Risikotragfähigkeitsanalyse zugrunde. Aus dieser werden die Limite der einzelnen Risikoarten sowie der Bewirtschaftungs- und Handelsstrategien abgeleitet.

Die eingesetzten Risikobewertungs- und –steuerungsmechanismen werden regelmäßig mindestens jährlich überprüft und angepasst. Bei Aufnahme neuer Geschäftsfelder ist ein definierter Entwicklungsprozess zu durchlaufen, der alle operativen Prozessabläufe und die Risikomanagementprozesse definiert. Es sind alle wesentlichen Chancen und Risiken abzubilden und regelmäßig zu berichten. Gegenüber dem Vorjahr haben sich in 2016 aus der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft keine wesentlichen neuen Risikoarten ableiten lassen. Neue Produktentwicklungen und Prozesse wurden in 2016 gemäß des Freigabeprozesses operativ implementiert.

Das Risikomanagementsystem wird in einem Risikohandbuch dokumentiert, welches neben den Analyse- und Bewertungsverfahren sowie Risikokennziffern und Limiten die Hedgingkonzepte, Bewirtschaftungsstrategien und Zuständigkeiten regelt.

Die durch die Bewirtschaftung entstehenden Positionen umfassen Spot- und Termingeschäfte sowie finanzielle Absicherungen auf Preisänderungsrisiken dieser Positionen. Die Geschäfte werden an Börsen und auf dem OTC-Markt abgeschlossen. Aus diesen Geschäftstypen entstehen verschiedene Risikoarten.

a) Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden allgemein definiert als die Gefahr des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder als Folge von externen Ereignissen. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken oder Reputationsrisiken.

Zur Begrenzung operationeller Risiken nutzt die RheinEnergie Trading GmbH verschiedene Mechanismen.

Die RET verfügt neben dem Risikohandbuch über Betriebs- und Notfallanweisungen. Über Dienstleistungsverträge mit der Muttergesellschaft werden infrastrukturell bedingte Risiken konzernintern überwacht und minimiert. Rechtlichen Risiken begegnet die Gesellschaft durch

ein eigenes Vertragsmanagement. Der Rechnungslegungsprozess wird durch ein definiertes Vier-Augen-Prinzip sichergestellt.

Zur Abwicklung der Handelsgeschäfte verfügt das Unternehmen über ein standardisiertes Handelssystem, das den speziellen Anforderungen des Energiehandels gerecht wird. Das System wird durch die Interne Revision und einen Wirtschaftsprüfer sowohl inhaltlich, wie auch unter Sicherheitsaspekten, in allen Erweiterungen regelmäßig geprüft.

Um dem Ausbau der Digitalisierung und Vernetzung der Prozesse Rechnung zu tragen, hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr an einem Projekt der Muttergesellschaft zur Einführung eines zentralen Informationssicherheitsmanagementsystems zur Umsetzung der Anforderungen des IT-Sicherheitsgesetzes beteiligt.

b) Marktpreisrisiken

Zu den Marktpreisrisiken zählen Zinsänderungsrisiken, Währungsrisiken und Volatilitätsrisiken. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die RheinEnergie Trading GmbH keine Positionen in Fremdwährungen kontrahiert.

Aufgrund von Preisschwankungen entstehen Chancen und Risiken, welche als Volatilitätsrisiko bezeichnet werden. Die RheinEnergie Trading GmbH bewertet, limitiert und überwacht das Marktpreisrisiko mit Hilfe des Value-at-Risks-Ansatzes (VaR). Der VAR gibt den wertmäßigen Verlust einer Risikoposition an, der mit einer gegebenen Wahrscheinlichkeit innerhalb eines definierten Zeitraums nicht überschritten wird. Sowohl die maximale offene Position als auch der Wert des VARs sind für die jeweiligen Risikoklassen in den Richtlinien fixiert. Der Gesamt-VAR lag im Jahr 2016 durchschnittlich bei 1,74 Mio. € (Vorjahr 1,42 Mio. €). Zum 31.12.2016 betrug der Wert 1,95 Mio. € (Vorjahr 1,76 Mio. €).

c) Mengenrisiken

Mengenrisiken entstehen durch den Abschluss von Liefer- bzw. Abnahmeverpflichtungen, insbesondere dann, wenn die aus den Verträgen resultierenden Mengen nicht back-to-back eingedeckt werden.

Grundsätzlich kann es zu einer möglichen Abweichung zwischen der gelieferten physischen Energiemenge und der geplanten bzw. prognostizierten und ggf. gehedgten Menge kommen. Gründe für eine Abweichung liegen vornehmlich in dem klimabedingt bzw. konjunkturbedingt schwankenden Energieverbrauch, den es zu prognostizieren gilt. Die Prognosegüte wird durch die Gesellschaft regelmäßig überwacht und optimiert.

d) Ausfallrisiken

Geschäftspartner der Gesellschaft werden anhand intern und extern verfügbarer Ratings regelmäßig fortlaufend überwacht und limitiert. Kreditrisiken als Summe aus Zahlungsausfallrisiken und Wiedereindeckungsrisiken getätigter Geschäftsabschlüsse werden täglich überwacht und gesteuert. Zur Absicherung dieser Positionen liegen der RheinEnergieTrading GmbH Bürgschaften von Muttergesellschaften einzelner Handelspartnern vor, umgekehrt hat auch die RheinEnergie Trading GmbH in einigen Fällen

Sicherheiten zur Verfügung gestellt. In solchen Fällen werden auch die Aussteller von Bürgschaften in die Bonitätsüberwachung einbezogen.

e) Liquiditätsrisiken

Das Unternehmen muss jederzeit in der Lage sein, fristgerecht eigene Verbindlichkeiten gegenüber seinen Handels-/Geschäftspartnern zu erfüllen. Zu diesem Zweck erstellt die Gesellschaft regelmäßig Liquiditätspläne. Durch die Einbeziehung der Gesellschaft in die Konzernverrechnung ist die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der RheinEnergie Trading GmbH gewährleistet.

Das Unternehmen setzt Finanzinstrumente zur Absicherung von Mengen- und Marktpreisrisiken ein. Hierunter sind physische Terminpositionen auf Energie und Emissionszertifikate, welche auch an Börsen kontrahiert werden, zu verstehen aber auch Preisabsicherungen indizierter Positionen in Form von Swaps. Der Einsatz der Finanzinstrumente unterliegt ebenfalls den beschriebenen Risikorichtlinien.

Des Weiteren unterliegt die Gesellschaft den sich verändernden regulatorischen Anforderungen an die Energiewirtschaft, welche fortlaufend überwacht und durch die Gesellschaft implementiert werden.

Aufgrund der Diversifikation der Beschaffungs- und Absatzpositionen und der Einbindung in das Liquiditätsmanagement des Konzerns, stellen die unter b) dargestellten Marktpreisrisiken das größte Risikopotential für die Gesellschaft dar. Das Eingehen und der Umgang mit diesen Risiken werden über Limit- und Reportingkonzepte eindeutig definiert. Die entstehenden Einzelrisiken des Beschaffungs- und Handelsgeschäfts der Gesellschaft dürfen ein definiertes Konzept aus Limitklassen und ein übergeordnetes Globallimit nicht überschreiten. Die Bewirtschaftungskonzepte sehen vor, alle Absatz- und Beschaffungspositionen sowie Absicherungen auf diese Positionen je bewirtschafteter Commodity und Geschäftszweck in Portfolien (Hedge und Isolierte Optimierung) zu bewirtschaften und zu Bewertungseinheiten zusammenzufassen, welche entsprechend den internen Richtlinien festgelegten Bewirtschaftungs- und Hedgingstrategien unterliegen.

Dem gegenüber liegen Chancenpotentiale im Zugewinn weiterer Kooperationspartner oder Dienstleistungskunden und der Entwicklung marktgängiger und auf Kundenanforderungen zugeschnittener Produkte, welche zusätzliche Portfolioeffekte und Ertragspotentiale beitragen. Der Ausbau dieser Potentiale und der Aufbau hierfür notwendiger Kompetenzen ist ein Schwerpunkt in der unterjährigen Arbeit der Gesellschaft.

Alle operativen Prozesse des Handels, der Risikosteuerung und der Abwicklung sind im Risikohandbuch und in Handlungsanweisungen für die jeweiligen Aktivitäten detailliert festgehalten. Dabei werden alle erkennbaren Risiken in Bezug auf Handelspartnerüberwachung und Kreditrisikosteuerung, Liquiditätssteuerung, sowie Marktpreisrisiken aus Witterungseffekten, volatilen Preisentwicklungen und illiquiden Marktphasen abgedeckt. Dazu bedient sich das Risikomanagement der Gesellschaft branchenüblicher und angemessener Risikomodelle, deren Effizienz durch Back-Testing und durch Prüfungen der Internen Revision regelmäßig bzgl. Ihrer Anwendbarkeit überprüft wird. Dabei sind turnusmäßig alle geschäftsrelevanten Prozesse zu beleuchten. Diese Prüfungen erstrecken sich im relevanten Zeitraum vor allem auf die Regelungen zum Internen Kontrollsystem, wie

den Prozessen zur Notfallvorsorge und dem 24/7-Handel. Mit der Implementierung solcher Systeme werden nicht nur originäre unternehmerische Anforderungen erfüllt, sondern auch den gesetzlich kodifizierten Vorgaben Rechnung getragen.

Unter Berücksichtigung der gegebenen Risikogegensteuerungs- und –minimierungsmaßnahmen sind für die Geschäftsführung keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2016 jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und hatte gleichfalls keine Zahlungsausfälle von Geschäftspartnern zu berücksichtigen.

Die RheinEnergie Trading GmbH übernimmt mit ihrem Geschäftsumfang lediglich die über die geltenden Regelwerke und Limitsysteme definierten Chancen- und Risikopotentiale. Darüber hinaus gehende Dienstleistungsangebote, die gegenüber der Muttergesellschaft und deren Beteiligungsunternehmen angeboten werden, werden in diesen Gesellschaften über eigene Risikosteuerungssysteme abgebildet.

4. Ausblick und Prognose

Die folgenden Marktprognosen basieren auf aktuellen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, energiepolitischen Parametern sowie klimatischen Annahmen.

Am Ölmarkt besteht ein gewisses Maß an Unsicherheit hinsichtlich der tatsächlichen Ölfördermengenbeschränkung der OPEC und Russlands. Einem deutlichen Preisanstieg steht die wieder zunehmende Produktion der USA entgegen. Das Überangebot wird so vielleicht kleiner werden, sich aber trotz steigender Importmengen Chinas voraussichtlich nicht zu einem Defizit entwickeln.

Am europäischen Gasmarkt ist weiter mit einer guten Versorgungssituation an Pipelinegas zu rechnen, selbst nachdem die niederländische Fördermenge erneut gesenkt wurde. Die Entwicklung der Flüssiggasliefereien nach Europa wird immer mehr ein zentrales, preisgebendes Thema, vor allem vor dem Hintergrund des Ausgleiches von Fehlmengen durch den Speicher Rough. Zudem bleibt weiterhin der Streit zwischen der Ukraine und Russland hinsichtlich Gaslieferungen ein Thema.

Am Kohlemarkt bleibt China Zünglein an der Waage. Als Teil des Plans der Regierung, die Luftverschmutzung unter Kontrolle zu bringen, sollen alle Anträge auf Eröffnung neuer Kohleminen bis 2018 abgelehnt werden. Andererseits wird die chinesische Nachfrage zwar langsamer als in den letzten Jahren, aber dennoch stetig steigen. Die chinesische Planwirtschaft, die die Inlandsproduktion durch verschiedenste politische Maßnahmen lenkt, birgt hierbei die größte Unsicherheit. Die europäische Nachfrage sollte dagegen in Folge der Pariser Klimakonferenz weiter fallen.

Am Emissionsmarkt wird weiterhin ein preisstützender Effekt durch die Marktstabilitätsreserve erwartet, ohne aber eine schnelle Rückkehr auf alte Hochpreise zu erwarten. Der immer noch bestehende Zertifikateüberschuss kann erst durch Verknappungen in der nächsten Handelsperiode ab 2020 abgebaut werden. Hoffnung ruht nun auf einer strengeren Reform des europäischen Handelssystems (ETS). „Alleingänge“

einzelner europäischer Staaten, wie beispielsweise die französische CO₂-Steuer, bringen weitere Unsicherheiten.

Mit dem Kohlekraftwerk als weiterhin häufig preissetzendes Moment im deutschen Strommarkt ist die Kohle federführend für die Richtung des deutschen Strompreises, doch die Risiken in einem kleiner werdenden konventionellen Kraftwerkspark durch Ausfälle und Revisionen stützen die Preise immer wieder. Durch die weiter steigende Abhängigkeit vom Wetter über die zunehmenden regenerativen Produktionseinheiten bleibt die Volatilität in Zeiten extremer Wetterverhältnisse erhalten.

Der Schwerpunkt der Entwicklung der Gesellschaft im Jahr 2017 wird der weitere Ausbau des – dienstleistend für die RheinEnergie AG bewirtschafteten – virtuellen Kraftwerks sein. Eine wesentliche Weiterentwicklung hierbei ist die Vermarktung von Sekundärregelleistung für mehrere Großkraftwerke. Geplant ist der operative Start der Vermarktungsaktivitäten im ersten Halbjahr 2017. Darüber hinaus gilt es, sowohl die RheinEnergie Trading GmbH als auch ihre Partner optimal im sich wandelnden Wettbewerb zu positionieren und aus der gemeinsamen Bewirtschaftung der zugrundeliegenden Mengen Portfolioeffekte zu generieren. Dies wird durch die Entwicklung weiterer, wettbewerbsfähiger Dienstleistungsprodukte unterstützt. Angestrebt wird, neben der bereits angesprochenen Erschließung zusätzlicher Vermarktungschancen im Regeler Energiemarkt, die Ausweitung des Direktvermarktungsportfolios sowie der Ausbau der kurzfristigen Vermarktungsaktivitäten.

Die RET begleitet somit aktiv den Umbau des Energiemarkts hin zu erneuerbaren Energien, Dezentralität, Flexibilität und Vernetzung. Neben der bereits erwähnten Vernetzung von dezentralen Erzeugungsanlagen im virtuellen Kraftwerk sollen zukünftig auch Kleinstanlagen – sowohl Stromerzeuger als auch Stromverbraucher – Teil des produktiven Systems sein und intelligent gesteuert werden. Im Rahmen des EU-Projekts „Horizon 2020/GrowSmarter“ implementieren RheinEnergie AG und RheinEnergie Trading GmbH derzeit ein System für die Steuerung und integrierte Optimierung einer Vielzahl von Kleinst-Geräten, die ergänzend in das virtuelle Kraftwerk integriert werden sollen. Die Inbetriebnahme des Systems soll im zweiten Halbjahr 2017 erfolgen. Darüber hinaus planen RheinEnergie AG und RheinEnergie Trading GmbH im Projekt „Virtueller Wärmestrompool“ die Flexibilisierung und intelligente Steuerung von Nachtspeicherheizungen unter Nutzung der SmartMeter-Infrastruktur mit dem Ziel, ein massenkundentaugliches Geschäftsmodell für flexible Heizwärmekunden zu entwickeln.

Die Planung der finanziellen Leistungsindikatoren der RheinEnergie Trading GmbH für das Jahr 2017 geht davon aus, dass aus Absatzmengen in Höhe von 27 TWh im Strom- und 55 TWh im Gasbereich jeweils ein Umsatzvolumen von 0,8 Mrd. € (Strom) und von 1 Mrd. € (Gas) sowie ein positiver Optimierungseffekt für die Partnerunternehmen erzielt werden. Die Rohertragsmargen werden für Strom auf einen Wert von 0,3 €/MWh und für Gas auf 0,1 €/MWh geplant.

Dieser Lagebericht sowie die weiteren Bestandteile des Geschäftsberichts enthalten Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der RheinEnergie Trading GmbH beziehen. Diese Aussagen stellen Einschätzungen dar, die auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Eine verlässliche Prognose kann aus heutiger Sicht aufgrund von Ungewissheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen,

regulatorischen, technischen und wettbewerbsbezogenen Entwicklung jedoch nicht abgegeben werden.

5. Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung (Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW)

Von der RheinEnergie Trading GmbH wurde auch im Geschäftsjahr 2016 die öffentliche Zwecksetzung durch einen optimierten und gesicherten Strom- und Erdgasbezug für die Kunden erfüllt.

6. Angabe zur Rechnungslegung nach EnWG

Die RheinEnergie Trading GmbH gilt aufgrund der Zugehörigkeit zur RheinEnergie AG als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen entsprechend § 3 Nr. 38 EnWG und hat aus diesem Grund die Vorschriften nach § 6b EnWG beachtet. Sie übt dabei andere Tätigkeiten innerhalb des Stromsektors sowie andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors aus, für die entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten geführt werden.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
RheinEnergie Windkraft GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der RheinEnergie Windkraft GmbH (konsolidiert)

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	19.695
Sonstige betriebliche Erträge	327
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.895
Abschreibungen	-9.557
 Zinsergebnis	 -1.744
Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit	1.828
 Ertragsteuern	 -4
Unternehmensergebnis	1.824
Erträge/ Aufwendungen aus Verlustübernahme	-643
Jahresüberschuss	1.181
Verrechnung mit Verlustvortragskonten	-854
Gewinnanteil fremder Gesellschafter	-319
Bilanzgewinn	8

Auf eine Stellenübersicht wird verzichtet, da die Gesellschaften keine Mitarbeiter beschäftigen.

Bilanz der RheinEnergie Windkraft GmbH (Holding)

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
AKTIVA					
A. Anlagevermögen:					
Finanzanlagen	71.570	71.667	56.919	56.919	62.506
B. Umlaufvermögen:					
I. Forderungen / sonst. Vermögens- gegenstände	31.008	29.090	44.661	41.856	33.847
II. Flüssige Mittel	1.892	1.973	621	1.320	942
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	8	0	0	0	0
	104.479	102.731	102.201	100.096	97.294
PASSIVA					
A. Eigenkapital:					
I. Gezeichnet. Kapital	25	25	25	25	25
II. Kapitalrücklage	59.290	59.290	59.290	59.290	59.290
III. Bilanzgewinn / -verlust	-55	-55	-55	-55	-55
		59.259	59.259	59.259	59.259
B. Rückstellungen:					
Sonst. Rückstellungen	3	3	3	3	3
C. Verbindlichkeiten:					
Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	45.217	43.468	42.939	40.833	38.032
	104.479	102.731	102.201	100.096	97.294

GuV der RheinEnergie Windkraft GmbH (Holding)

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Sonstige betriebliche Erträge	441	230	148	148	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-479	-259	-163	1.134	-153
Erträge aus Beteiligungen	305	301	63	0	0
Zinsen u. ähnliche Erträge	95	100	257	0	0
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-1.304	-1.105	-3.179	0	0
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	-431	-424	-431	0	0
Finanzergebnis	0	0	0	-5.013	-5.139
Ergebnis vor Steuern	-1.373	-1.157	-3.305	-5.999	-5.289
Steuern	2	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-1.371	-1.157	-3.305	-5.999	-5.289
Verlustausgleich aufgrund EAV	1.371	1.157	3.305	5.999	5.289
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
RheinEnergie Windkarft GmbH

Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaftsanteile der RheinEnergie Windkraft GmbH wurden vertraglich mit Wirkung zum 30. Juni 2009 an die RheinEnergie AG übertragen.

Die Tochtergesellschaften betreiben 86 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 141,2 MW. Diese wurden zwischen 2002 und 2010 errichtet. Mit einer Ausnahme, befinden sich alle Standorte in der Direktvermarktung (Marktprämienmodell), aus der Zusatzerlöse gegenüber der fixen EEG-Vergütung generiert werden können.

Die RheinEnergie Windkraft GmbH beschäftigt kein eigenes Personal. Die notwendigen Dienstleistungen werden von der RheinEnergie AG, Köln, bzw. Drittdienstleistern übernommen.

Zur Steuerung der Unternehmensaktivität nutzt die Geschäftsführung der RheinEnergie Windkraft GmbH verschiedene Kennzahlen. Als finanzielle Leistungsindikatoren dienen insbesondere die Umsatzerlöse und Jahresergebnisse der Tochtergesellschaften. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren stellen die Anlagenverfügbarkeit sowie die Stromproduktion der verschiedenen Anlagenstandorte dar.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsentwicklung

Die Stromerzeugung aller Windenergieanlagen in Deutschland betrug 2016 ca. 12,3 % der bundesweiten Bruttostromerzeugung. Die Windenergie liefert somit den größten Anteil des erneuerbaren Stroms in Deutschland vor der Biomasse (7,0 %), der Photovoltaik (5,9 %) und der Wasserkraft (3,3 %) (AG Energiebilanzen, Stand 12/2016).

Beim Energiemix der Zukunft werden die erneuerbaren Energiequellen den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen. Das bedeutet, dass konventionelle Energieträger kontinuierlich durch erneuerbare Energie und somit auch durch Windenergie, ersetzt werden.

Die Stromproduktion des Windparkportfolios der RheinEnergie Windkraft GmbH lag mit 173,5 GWh (Vorjahr: 221 GWh) rd. 20 % unter Plan. Der Ertrag liegt damit deutlich unter dem Wert des Vorjahres und ist auf das unterdurchschnittliche Windaufkommen im Jahr 2016 zurückzuführen.

Die technische Verfügbarkeit der Windenergieanlagen war 2016 mit 98 % genau im Plan. Mit dem Betrieb des Windparkportfolios ist weiterhin die Gesellschafterin der RheinEnergie Windkraft GmbH betraut.

Für das Geschäftsjahr 2016 kam der zwischen der RheinEnergie AG und der RheinEnergie Windkraft GmbH abgeschlossene Ergebnisabführungsvertrag zur Anwendung. Weiterhin kamen für sieben Tochtergesellschaften Verlustübernahmevereinbarungen zur Anwendung, welche unmittelbare Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Im Windpark Heckelberg-Breydin läuft der Vollwartungsvertrag mit der Firma Senvion für 10 Anlagen im Januar 2017 und für die restlichen 8 Anlagen im Juli 2017 aus. Zur Neuvergabe der Wartungsdienstleistung wurde eine EU-Ausschreibung durchgeführt. Dabei wurden Angebote sowohl für eine Vollwartung als auch für eine Teilwartung angefragt. Nach Bewertung und Verhandlung der Angebote wurde das Angebot von DWTX über einen Vollwartungsvertrag mit einer Laufzeit von ca. 8 Jahren bis zum Ende des 20. Betriebsjahres der Anlagen angenommen. Der Neuvertrag hat ein deutlich besseres Leistungspaket als der Altvertrag (Verfügbarkeit, Reaktionszeiten, Dokumentation etc.) und ist unter Anrechnung aller Leistungsbestandteile kommerziell deutlich günstiger als der Bestandsvertrag.

Gemäß §15 der Systemstabilitätsverordnung waren für vor dem 01.01.2009 errichtete und nicht systemdienstleistungsfähige WEA nachträgliche Maßnahmen zur Netzstabilisierung vorzunehmen. Dies betraf die Standorte Weimar und Verden. Im WP Verden wurden die Maßnahmen von Enercon durchgeführt, in Weimar von DWTX.

Für die von RheinEnergie mit Strom versorgten 12 Windparks wurden neue Strombezugsverträge mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2018 abgeschlossen. Die Verträge wurden unter einem Rahmenvertrag gebündelt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beläuft sich auf 104.479 Tsd. € (Vorjahr: 102.731 Tsd. €). Hieraus resultiert eine Eigenkapitalquote von 56,7 % (Vorjahr: 57,7 %). Die Beteiligungsbuchwerte der Tochtergesellschaften betragen 70.794 Tsd. € (Vorjahr: 70.794 Tsd. €). Die Gesellschaft hat 97,6 Tsd. € an verbundene Unternehmen ausgeliehen (Vorjahr: 872 €). Gemäß Darlehensvertrag vom 22. Juni 2015 wurden 194 Tsd. € getilgt.

Weiterhin hat die RheinEnergie Windkraft GmbH dem Gesellschafter über das laufende Verrechnungskonto Liquidität von 23.912 Tsd. € (Vorjahr: 21.567 Tsd. €) zur Verfügung gestellt. An die Tochtergesellschaften wurden 4.962 Tsd. € (Vorjahr: 5.024 Tsd. €) Liquidität gegeben. Die Forderungen werden verzinst.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 59.259 Tsd. €. Neben dem gezeichneten Kapital in Höhe von 25 Tsd. € spiegelt das Eigenkapital die von der Konzernmutter in 2009 eingebrachten Beteiligungsbuchwerte wider.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen basieren auf Verbindlichkeiten gegenüber den Tochtergesellschaften aus Verlustübernahmen der Jahre 2009 bis 2016 sowie Liquiditätsüberschüssen. Die Verbindlichkeiten werden verzinst.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wesentlich geprägt durch Aufwendungen aus der Verlustübernahme in Höhe von 1.370 Tsd. € (Vorjahr: 1.105 Tsd. €). Die Zinserträge in Höhe von 95 Tsd. € (Vorjahr: 100 Tsd. €) resultieren fast gänzlich aus dem laufenden Verrechnungsverkehr mit dem Gesellschafter und den Tochtergesellschaften. Die Zinsaufwendungen von 431 Tsd. € (Vorjahr: 424 Tsd. €) betreffen die Verbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften aus den Verlustübernahmevereinbarungen und dem laufenden Verrechnungsverkehr.

Das Jahresergebnis beträgt aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages mit der RheinEnergie AG wie geplant 0 €.

Tätigkeiten

Die Gesellschaft übt eine andere Tätigkeit im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG aus.

Öffentliche Zwecksetzung bzw. Zweckerreichung

Die Gesellschaft erfüllt die öffentliche Zwecksetzung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW aufgrund einer nachhaltigen Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien.

Chancen und Risiken

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und systematisch zu erfassen, zu bewerten und Maßnahmen zu ihrer Steuerung zwecks Vermeidung bzw. Minimierung zu ergreifen.

Im Rahmen dieser Aufgabe wird die Gesellschaft derzeit zur Sicherung des nachhaltigen Unternehmenserfolges über die bestehende Berichterstattung hinaus in das systematische Risikomanagementsystem der RheinEnergie AG integriert. Bestandteil der zu berücksichtigenden Risikorichtlinie ist zum einen, dass unter Berücksichtigung von bestimmten Schwellenwerten auf vierteljährlicher Basis eine regelmäßige Berichterstattung über Veränderungen von Risiken über dem festgelegten Schwellenwert zu erfolgen hat und zum anderen beim erstmaligen Eintritt von Risiken unabhängig von der vierteljährlichen Berichterstattung eine sofortige Meldung zu erfolgen hat. Diese Risikoberichterstattung ist eingebunden in entsprechende Richtlinien des Konzerns.

Basierend auf dem Portfolio-Kauf der Windparkgesellschaften bestehen allgemeine Investitionsrisiken. Risiken bestehen im Bereich der Ertragsberechnungen basierend auf den Windgutachten und historischen Ertragsdaten, der allgemeinen zukünftigen Windverhältnisse und der hierauf aufbauenden Kostenstruktur sowie hinsichtlich der Finanzierung. Technische Risiken werden durch Versicherungen minimiert. Somit ergeben sich die wesentlichen Chancen und Risiken aus dem Windaufkommen, das aus der Wetterlage resultiert und damit nicht beeinflusst werden kann.

Die Projektfinanzierungen sind eng auf die Laufzeiten und Nutzungsdauern der Windparkgesellschaften abgestimmt, so dass über die gesamte Laufzeit des Projektes deutliche Liquiditätsüberschüsse erzielt werden. Weiterhin sind die Vergütungssätze durch die Regelungen im EEG für die gesamte Laufzeit sicher und planbar.

Seit 2012 befinden sich Windparks in der Direktvermarktung, aus der Zusatzerlöse generiert werden konnten. Auch 2017 wird die sich aus dem EEG ergebende Möglichkeit der Direktvermarktung weiter genutzt werden.

Durch die Funktion einer Holdinggesellschaft sind etwaige Risiken der RheinEnergie Windkraft GmbH fast ausschließlich mit den Beteiligungen verbunden. Die Beteiligungsgesellschaften werden ebenfalls in die entsprechende Risikoberichterstattung einbezogen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Berichtszeitraum keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die absehbare Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht

Für die kommenden Geschäftsjahre ist der weitere Ausbau des Wind-Portfolios geplant. Derzeit wird der Erwerb verschiedener Gesellschaften bzw. Projektrechte geprüft.

Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich ein positives Jahresergebnis von 643 Tsd. € vor Steuern.

Zusammen mit den Betriebsführern und weiteren Dienstleistern soll die technische Verfügbarkeit der Windenergieanlagen weiterhin optimal umgesetzt werden.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
Rheinische NETZGesellschaft mbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der Rheinische NETZGesellschaft mbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	701.515
Sonstige betriebliche Erträge	50
Materialaufwand	-531.883
Personalaufwand	-7.776
Abschreibungen	-1.386
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-162.846
Zinsergebnis	-131
Ergebnis vor Ertragsteuern	-2.455
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0
Unternehmensergebnis	-2.455
Verlustübernahme / Ergebnisabführung	2.455
Jahresüberschuss	0

FINANZPLAN

EINNAHMEN	
Abschreibungen	1.386
Aufbau (-) / Abbau (+) von Liquidität	<u>-1.036</u>
Su. Einnahmen	350

AUSGABEN	
Investitionen Sachanlagen	<u>350</u>
Su. Ausgaben	350

Stellenübersicht	Personen
Mitarbeiter	85

Bilanz der Rheinische NETZGesellschaft mbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Sachanlagen	23.231	0	0	0	0
Finanzanlagen	51	48	46	62	64
Umlaufvermögen					
Forderungen	67.081	54.337	87.767	74.272	70.969
Liquide Mittel	36	43	38	705	902
Rechnungsabgrenzung	0	79.125	73.519	66.811	61.500
Bilanzsumme	90.398	133.553	161.370	141.851	133.436
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	3.534	3.534	3.534	3.534	3.534
Kapitalrücklage	20.000	0	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0
Sonderposten	4.031	0	0	0	0
Rückstellungen	10.627	24.761	31.913	45.062	41.762
Verbindlichkeiten	52.207	26.134	52.404	26.444	26.640
Rechnungsabgrenzung	0	79.125	73.519	66.811	61.500
Bilanzsumme	90.398	133.553	161.370	141.851	133.436

GuV der Rheinische NETZGesellschaft mbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	709.392	615.373	584.303	636.587	582.697
Sonst. betriebl. Erträge	2.940	1.868	2.478	4.085	763
Materialaufwand	-545.957	-481.234	-467.532	-473.770	-436.941
Personalaufwand	-7.381	-7.310	-6.339	-6.343	-6.879
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-162.329	-153.646	-151.777	-158.731	-152.657
Erträge aus Ausleihungen Finanzanlagevermögen	1	1	1	1	1
Sonstige Zinsen/Erträge Zinsen und ähnl.	120	1.264	1	162	611
Aufwendungen	-159	-324	-290	-350	-977
Ergebnis vor Steuern	-3.373	-24.009	-39.155	1.640	-13.382
 Außerord. Ergebnis	0	0	0	0	0
 Steuern	0	-3.142	-71	45	2.507
 Ergebnis nach Steuern	-3.374	-20.867	-39.226	1.595	-15.890
 Erträge aufgrund Ergebnisabführungsvertrag	3.374	20.867	39.226	0	15.890
 Aufwendungen aufgrund Ergebnisabführungsvertrag	0	0	0	-1.595	0
 Jahresüberschuss	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
Rheinische NETZGesellschaft mbH

1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

1.1. Geschäftsmodell

Die im Rahmen der Umsetzung der Unbundlingvorgaben des EnWG zum 01. Oktober 2005 gegründete Rheinische NETZGesellschaft mbH (RNG) bewirtschaftet als Netzbetreiber mittels eines Pachtmodells die Elektrizitäts- und/oder Gasnetze der Netzeigentümer AggerEnergie GmbH (AE), der BELKAW GmbH, evd energieverorgung dormagen GmbH (evd), Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL), Gasversorgungsgesellschaft mbH Rhein-Erft (GVG), RheinEnergie AG (RE), Stadtwerke Leichlingen GmbH (SWL), Stromnetz Bornheim GmbH & Co. KG (SNB) sowie der Lohmar Netzeigentums-gesellschaft mbH (Lo-NEG). Des Weiteren ist die RNG Eigentümerin der Netzleitungen der Hochspannungsebene (110 kV-Freileitungen und -Erdkabel), die sie von der RE mit Wirkung zum 31.12.2016 erworben hat.

Alleiniger Gesellschafter der RNG ist seit dem 01. Januar 2009 mit 100 Prozent der Geschäftsanteile die RE.

Die zentralen Aufgaben der RNG sind das Assetmanagement, die Netzplanung, die Kalkulation von Netzentgelten, die Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Netzzuganges zu den Strom- und Gasnetzen und das operative Regulierungsmanagement. Der Netzservice, die Querschnittsfunktionen sowie die Mess- und Abrechnungsdienstleistungen werden von der RE durchgeführt. Das vertriebliche Anschlusswesen wird, je nach Netzgebiet, durch den jeweiligen Netzeigentümer, durch RE oder durch die Westnetz GmbH erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Das RNG-Modell ist darauf ausgerichtet, weitere Netze zu pachten und in der Funktion als Netzbetreiber zu bewirtschaften. Die RNG unterstützt die Netzeigentümer bei den Konzessionsvergabeverfahren, um die Bestandskonzessionen wieder- und neue Konzessionen hinzu zu gewinnen.

Weitere potentielle Netzerweiterungen können sich aus den laufenden und zukünftigen Konzessionsvergabeverfahren ergeben, an denen sich die Netzeigentümer der RNG-Netze beteiligen. Die RNG arbeitet hier unterstützend für die Netzeigentümer. Bei der Netzbewirtschaftung orientiert sich die RNG an allgemein anerkannten Industriestandards (bspw. ISO 55000) und verfolgt als oberstes strategisches Ziel die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Infrastruktur. Für die Verpächter erbringt die RNG differenzierte und an ihren Bedürfnissen ausgerichtete Leistungen. Die Sicherstellung einer hohen Qualität und Effizienz bei der Durchführung komplexer Marktprozessen gehört ebenso zu den wesentlichen Zielen der RNG.

1.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivität nutzt die RNG verschiedene Kennzahlen. Als finanzielle Leistungsindikatoren dienen insbesondere die Umsatzerlöse und das Ergebnis vor Steuern, die als bedeutsamste Leistungsindikatoren eingestuft werden. Als nicht finanzielle

Leistungsindikatoren dienen qualitätsorientierte Kennzahlen wie die Nichtverfügbarkeit des Netzes oder die Schadensrate.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2016 insgesamt als stabil erwiesen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag gemäß ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit 1,9 % über Vorjahresniveau . Nach 2013 (0,6 %) ist der in 2014 (1,6 %) und 2015 (1,7 %) einsetzende konjunkturelle Aufschwung somit weiterhin stabil.

Die Energiemärkte unterliegen weiterhin einer sehr hohen Dynamik und einem starken Wettbewerb. Hiervon ist die RNG nur bedingt betroffen. Auftretende Mehr- oder Mindererlöse werden über das Regulierungskonto in Folgejahren über Anpassungen der Erlösobergrenze kompensiert.

Neuregelungen im KWKG

Das Gesetz zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG), welches zum 01. Januar 2016 in Kraft getreten ist, hat in 2016 für Unsicherheit im Markt gesorgt. Basierend auf der Tatsache, dass die Europäische Kommission dem Gesetz die beihilferechtliche Genehmigung verwehrt hat, hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zunächst keine Zulassungsbescheide für neue oder modernisierte KWK-Anlagen ausgestellt. Dies hatte zur Folge, dass die RNG den Betreibern von KWK-Anlagen mit einem Inbetriebnahmedatum ab dem 01. Januar 2016 zunächst keine KWK-Vergütung auszahlen konnte. Erst mit der beihilferechtlichen Genehmigung des Gesetzes durch die Europäische Kommission am 24. Oktober 2016 und dem damit verbundenen Versand der BAFA-Zulassungsbescheide konnte die Auszahlung der KWK-Vergütung an die Anlagenbetreiber vorgenommen werden. In Folge der beihilferechtlichen Genehmigung wurde das KWKG erneut mit Wirkung zum 01. Januar 2017 modifiziert. In der für das Jahr 2017 geltenden Fassung des KWKG ist mitunter auch die Umlagenprivilegierung von Letztverbrauchern ab dem 1. Januar 2017 neu geregelt.

Regulatorische Änderungen

Die ARegV-Novelle vom 03. August 2016 wird in der dritten Regulierungsperiode zu zahlreichen regulatorischen Neuerungen führen.

Zentraler Bestandteil der ARegV-Novelle ist die Einführung des sogenannten Kapitalkostenabgleiches zur dritten Regulierungsperiode. Zukünftige Investitionen werden somit ohne Zeitverzug auf Planbasis in die Erlösobergrenzen einfließen und die Investitionsbedingungen für Verteilnetzbetreiber hierdurch deutlich verbessert. Dies bedeutet eine Abkehr von dem bisherigen Budgetansatz zur Finanzierung der Kapitalkosten.

Der Systemwechsel führt allerdings auch dazu, dass die bisher positiv wirkenden Sockeleffekte für das bestehende Anlagevermögen zukünftig beseitigt werden. Zur Abmilderung wird durch eine Übergangsregelung der Sockeleffekt der Investitionen aus dem Zeitraum 2008 bis 2016 für die 3. Regulierungsperiode erhalten bleiben.

Darüber hinaus ist das Regulierungskonto künftig vom Netzbetreiber (nicht mehr von der Regulierungsbehörde) zu führen. Die Auflösung des jährlichen Regulierungskontobetrages erfolgt ab dem Jahr 2017 über drei Jahre. Die im Rahmen der Novellierung geschaffene Übergangsregelung zieht die Saldenbildung beim Regulierungskonto Strom um ein Jahr zum 31. Dezember 2016 vor. Im Gegensatz zur Sparte Strom hat die Übergangsregelung keine Auswirkungen auf die Auflösung des Regulierungskontos Gas. Die Saldenbildung erfolgt wie bisher im vorletzten Jahr der Regulierungsperiode zum 31. Dezember 2016. Der Saldo wird über die folgende Periode annuitätisch aufgelöst.

Der kalkulatorische Eigenkapitalzins zur Ermittlung der kalkulatorischen Kapitalkosten der Strom- und Gasnetzbetreiber wird von der BNetzA jeweils vor Beginn der folgenden Regulierungsperiode festgelegt. Am 5. Oktober 2016 hat die BNetzA die Festlegungen der Eigenkapitalzinssätze Strom und Gas für die 3. Regulierungsperiode erlassen und am 12. Oktober 2016 die Zinssätze final festgelegt. Demnach gilt für die 3. Regulierungsperiode ein bundesweit einheitlicher, für alle Strom- und Gasnetzbetreiber geltender Zinssatz für Neuanlagen in Höhe von 6,91 % und für Altanlagen in Höhe von nur 5,12 %. Dies stellt eine drastische Reduzierung der Zinssätze im Vergleich zur 2. Regulierungsperiode dar. Dort sah die Festlegung der BNetzA für Neuanlagen noch einen Zinssatz in Höhe von 9,05 % und für Altanlagen in Höhe von 7,14 % vor. Die Zinssätze für die 3. Regulierungsperiode sind somit um 2,14 Prozentpunkte bzw. 2,02 Prozentpunkte abgesenkt worden. Die neuen Zinssätze gelten für Gasnetzbetreiber ab dem Jahr 2018 und für die Stromnetzbetreiber ab 2019. Die Eigenkapitalrendite bleibt über die gesamte Regulierungsperiode von fünf Jahren konstant. Die RNG hat mit Datum vom 21. November 2016 jeweils gegen die EK-Festlegung Gas und die EK-Festlegung Strom Rechtsbeschwerde beim OLG Düsseldorf eingelegt. Auf das Ergebnis der RNG haben die abgesenkten EK-Zinssätze keine Auswirkungen, da die Pachtzahlungen an die RheinEnergie in gleicher Höhe geleistet werden, wie sie auch kalkulatorisch anfallen.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat neue Prozesse zur Ermittlung der Abrechnung von Mehr-/Mindermengen Strom und Gas festgelegt, die fristgerecht zum 01. April 2016 umgesetzt wurden. Seitdem erfolgt die Mehr-/Mindermengenabrechnung (MMA) zählpunktscharf. Durch die Festlegung der BNetzA zur Gasbilanzierung („GABi Gas“) wird ab dem 01. Oktober 2016 eine tägliche Netzkontenabrechnung eingeführt. Dies belastet insbesondere die analytisch bilanzierenden Netzbetreiber (u.a. RNG). Die RNG hatte deshalb erfolglos Beschwerde vor dem OLG Düsseldorf gegen diese Festlegung eingelegt. Die Beschwerde hatte allerdings zur Folge, dass die angesetzten Grenzwerte so weich gefasst wurden, dass eine Abrechnung des Netzkontos für die RNG nur unter extrem ungünstigen Bedingungen zu erwarten ist. Dabei müsste es, bei aggregierter Betrachtung, an mehr als 6 Tagen zu einer Überschreitung des Schwellenwertes (Entnahmen überschreiten die allokierte SLP-Menge) von 35 % kommen. Bei einer Simulation konnten seit 2013 keine derartigen Monate festgestellt werden.

Die RNG hat der BNetzA im Jahr 2016 im Rahmen des Antragsverfahrens für die Festsetzung der Erlösobergrenze Gas für die dritte Regulierungsperiode erneut

umfangreiche Daten zur Kostenprüfung, Effizienzermittlung und Berechnung der Erlösobergrenze übermittelt. Bisher gibt es seitens der BNetzA keine weiteren Rückmeldungen zum Kostenantrag. Laut Aussage der BNetzA sollen die offiziellen Anhörungsverfahren der VNB im Februar / März 2017 beginnen. Da zum 15. Oktober 2017 die vorläufigen Netzentgelte für das Jahr 2018 zu veröffentlichen sind, müssen die vorläufigen Ergebnisse aus der Kostenprüfung und Effizienzwertermittlung bis spätestens Anfang Oktober 2017 vorliegen.

Marktraumumstellung von L- auf H-Gas

Durch die Änderung des § 19a EnWG werden die wirtschaftlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Marktraumumstellung vom Gas mit spezifisch niedrigen Brennwert (sog. L-Gas) auf Gas mit spezifisch hohem Brennwert (sog. H-Gas) klarer gefasst.

Das im Gebiet der RNG ausgespeiste L-Gas entstammt im Wesentlichen den niederländischen Erdgasförderstätten. Im wichtigsten niederländischen Feld „Groningen“ soll die Erdgasförderung in den nächsten Jahren kontinuierlich zurückgebaut und der Gasexport aus den Niederlanden beendet werden, sodass bis 2030 die in Nordrhein-Westfalen verwendeten L-Gas-Mengen durch H-Gas ersetzt werden müssen. Hierfür ist jedoch eine Umstellung des Gasnetzes notwendig, welche als Marktraumumstellung oder Anpassung der Gasqualitäten bezeichnet wird.

Die Planungen und Vorbereitungen der Marktraumumstellung werden frühzeitig durch die Gasnetzbetreiber vorgenommen. Damit ist sichergestellt, dass auch in Zukunft eine gewohnt zuverlässige Nutzung des Energieträgers Erdgas gewährleistet ist. Bislang haben die betroffenen Netzbetreiber, zu denen in erheblichem Umfang auch die RNG gehört, in Abstimmung mit der BNetzA einen Ausbau- bzw. Umstellungsplan für das deutsche Gasnetz, den s.g. Netzentwicklungsplan Gas (NEP Gas) erarbeitet. Hiervon sind auch die von der RNG belieferten Kunden ab 2020 schrittweise betroffen.

Die Marktraumumstellung erfordert eine kollektive Anpassung aller beim Endverbraucher installierten Gasgeräte an die veränderte Gasbeschaffenheit. So ist mit dem Wechsel auf das H-Gas eine Einstellung von Geräten wie Heizkesseln, Gasherden oder Warmwasserbereitern an eine geringere Gas- oder eine höhere Verbrennungsluftmenge erforderlich. Dies bedeutet im Regelfall die Neujustierung der Luftzufuhr bzw. die Notwendigkeit des Austausches von Düsen. Die Kosten für die Anpassung der Gasgeräte werden über die Marktraum-Umlage von allen Netznutzern finanziert, so dass sich die Marktraumumstellung nicht auf die Ertragslage der RNG auswirken wird.

Insgesamt betrifft die Marktraumumstellung nach Angaben des DVGW im Laufe der kommenden Jahre ca. fünf Millionen Gasgeräte in Deutschland und rund 500 Tsd. Gasgeräte im Netz der RNG.

Die Umstellung für die RNG beginnt operativ im Jahr 2018 mit den ersten Erfassungen im Netzgebiet der BELKAW und der AE. Die physikalischen Umschaltungen erfolgen in den Jahren zwischen 2020 bis 2029. Die Vorbereitung sowie Koordination und die Abrechnung aller notwendigen Maßnahmen, die durch einen zertifizierten Fachbetrieb vorgenommen werden müssen, übernimmt die RNG als zuständiger Netzbetreiber. Die RNG hat hierfür in

2016 ein Projekt gestartet. Die RNG stellt dadurch die zuverlässige Durchführung der Anpassung von Verbrauchsgeräten an den höheren Brennwert des H-Gases sicher.

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende

Mit der Veröffentlichung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende im Bundesanzeiger am 2. September 2016 traten wichtige Änderungen für die Energiewirtschaft in Kraft. Das Gesetz regelt das Zusammenspiel der einzelnen Marktrolle neu. So ergeben sich insbesondere für die Netzbetreiber und Messstellenbetreiber Änderungen.

Angesichts der erheblichen strategischen, wirtschaftlichen und abwicklungstechnischen Auswirkungen auf RNG als grundzuständiger Messstellenbetreiber sowie auf alle Netzeigentümer der von RNG gepachteten Strom- und Gasnetze haben RE und RNG in einem Vorprojekt alle notwendigen Aktivitäten, einschließlich der gegenseitigen Abhängigkeiten, identifiziert. Die Ergebnisse des Vorprojekts zeigen, dass neben den abwicklungstechnischen Herausforderungen einem kundenorientierten Kommunikationskonzept eine besondere Bedeutung zukommt.

Dem Messstellenbetreiber wird die neue Funktion des Gateway-Administrators zugeordnet. Der Gateway-Administrator ist für den sicheren Betrieb der intelligenten Messsysteme (iMsys) verantwortlich. Bei einem intelligenten Messsystem handelt es sich um ein fernauslesbares Messsystem, welches aus einem digitalen Zähler und einem Gateway besteht. Das Gateway beinhaltet mehrere Kommunikationsschnittstellen und die Abbildung der verschiedenen Tarife der Zählpunkte. Durch eine kryptografische Sicherheitsstruktur bilden das Gateway, in Kombination mit dem Gateway-Administrator, die wesentlichen Bausteine gegen unbefugten Zugriff auf die neuen Strukturen.

RE hat 2016 gemeinsam mit der EWE (Oldenburg) und der WWN (Paderborn) eine Gesellschaft gegründet, die die Funktion des Gateway-Administrators übernehmen wird: die GWAdriga GmbH & Co. KG. Diese Gesellschaft wird nicht nur für die drei Stammhäuser die Gateway-Administration und das Metering Data Management übernehmen, sondern diese Dienste auch am Markt anbieten. GWAdriga erbringt die Leistung der Gateway-Administration für die RNG als Subdienstleister der RE, die den Messstellenbetrieb für die RNG durchführt.

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende sieht zudem einen Plan für die Ausbringung der intelligenten Messsysteme vor. In den nächsten 10 Jahren werden in Deutschland ca. 6 Mio. intelligente Messsysteme verpflichtend eingebaut. RNG hat daran einen Anteil von knapp 110.000 Messsystemen.

2.2. Geschäftsverlauf

In den Stromnetzen wurden im Berichtsjahr 7.916 GWh Strom (Vorjahr: 7.709 GWh) und in den Gasnetzen 14.329 GWh Erdgas (Vorjahr: 14.204 GWh) abgerechnet.

Der Anstieg der Strommenge ist im Wesentlichen auf die in 2016 hinzugekommenen Konzessionsgebiete Bornheim und Lohmar zurückzuführen. Bereinigt um die in diesen Versorgungsgebieten verteilte Menge in Höhe von 240 GWh liegt die Mengenentwicklung

um -1,1 % unter dem Vorjahresniveau. Der Anstieg der Gasmenge um 124 GWh bzw. 0,9 % ist auf die gegenüber dem Vorjahr kältere Witterung zurückzuführen.

Im abgelaufenen Jahr konnte der Netzeigentümer BELKAW mit der Stromkonzession in Burscheid eine weitere Bestandskonzession für die nächsten 20 Jahre sichern.

Das im März bis Juni 2016 zusammen mit einem Berater durchgeführte Projekt „Prüfung und Bewertung der Struktur der RNG“ hat zu der Empfehlung geführt, die Stromverteilungsanlagen der Netzebene Hochspannung der RE an die RNG zu veräußern.

Mit Wirkung zum 31. Dezember 2016 sind die 110 kV-Freileitungen und -Erdkabel an die RNG übergegangen. Grundstücke wurden nicht mit übertragen. Nach dem 31. Dezember 2016 fertig gestellte Anlagen der 110 kV-Freileitungen und Erdkabel werden im Auftrag der RNG erstellt und bei der RNG aktiviert.

Zur Finanzierung des Kaufpreises hat die RE eine Bareinzahlung in die Kapitalrücklage der RNG geleistet.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 709,4 Mio. € (Vorjahr: 615,4 Mio. €) und setzen sich im Wesentlichen aus Netzentgelten Strom (einschließlich EEG, KWK-Umlage, Konzessionsabgabe und sonstige netzbezogene Umlagen) von 527,6 Mio. € (Vorjahr 434,3 Mio. €), Netzentgelten Gas (einschließlich Konzessionsabgabe) von 181,5 Mio. € (Vorjahr: 180,8 Mio. €) sowie sonstigen Erlösen in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) zusammen. Gemäß Wirtschaftsplan waren für 2016 Umsatzerlöse in Höhe von 680,6 Mio. € geplant. Die im Geschäftsjahr 2016 erzielten Umsatzerlöse sind gegenüber dem Plan geringfügig erhöht.

Der Materialaufwand, der Personalaufwand und der sonstige betriebliche Aufwand umfassen insgesamt 715,7 Mio. € (Vorjahr: 642,1 Mio. €). Für Konzessionsabgaben (KA) wurden 75,0 Mio. € (Vorjahr: 74,1 Mio. €) aufgewandt. Dem Aufwand aus dem KWK-G, dem EEG und der KA stehen entsprechende Umsatzerlöse gegenüber. Auf Pachtzins und Entgelte für bezogene Dienstleistungen entfallen 340,3 Mio. € (Vorjahr: 330,2 Mio. €).

Das Ergebnis vor Steuern beträgt -3,4 Mio. € (Vorjahr -24,1 Mio. €). Unter Berücksichtigung der Steuern ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von -3,4 Mio. € (Vorjahr: -20,9 Mio. €), das aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages vom 16. Dezember 2009 durch den Gesellschafter RE ausgeglichen wird. Geplant war ein Unternehmensergebnis in Höhe von -11,6 Mio. €.

Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf höhere Umsatzerlöse aus Netzentgelten infolge geplanter Entnahmen vom Regulierungskonto zurückzuführen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der RNG reduzierte sich von 133,6 Mio. € in 2015 auf 90,4 Mio. €. Die Reduzierung auf der Aktivseite resultiert im Wesentlichen aus dem Abgang des Rechnungsabgrenzungspostens. Gegenläufig wirkt der Anstieg des Anlagevermögens aufgrund des Erwerbs des 110 kV Netzes von der RheinEnergie AG. Der Minderung auf der Aktivseite steht auf der Passivseite im Wesentlichen der Abgang des Rechnungsabgrenzungspostens, der Rückgang der sonstigen Rückstellungen, die Bildung des Sonderpostens für die Baukostenzuschüsse des übernommenen 110 kV-Netzes sowie die Einzahlung der Kapitalrücklage gegenüber. Die Behandlung der Baukostenzuschüsse sowie der Hausanschlusskostenbeiträge erfolgt nach einem Treuhandmodell durch die Vereinnahmung durch den Netzbetreiber im Außenverhältnis bei den Endkunden. Über eine vertraglich vereinbarte Treuhandabrede mit der RheinEnergie AG wird klargestellt, dass die Einziehung auf Ebene des Netzbetreibers unmittelbar gewinnneutral an die RheinEnergie AG weitergeleitet werden soll. Die weitergeleiteten Baukostenzuschüsse sowie Hausanschlusskostenbeiträge werden somit bei der RheinEnergie AG bilanziert.

Die Eigenkapitalquote beträgt 3,9 % (Vorjahr: 6,5 %).

Finanzlage

Die Liquidität der RNG ist durch die Einbindung in das Cash-Management der Stadtwerke Köln GmbH gewährleistet.

Bis auf das 110 kV-Netz hat die RNG kein Eigentum an den Gas- und Stromnetzen, diese sind von den Eigentümern über die RE gepachtet. Daher werden die wesentlichen Investitionen in das Sachanlagevermögen durch die Netzeigentümer getätigt.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens ist durch die regulatorischen Rahmenbedingungen bestimmt.

Insgesamt verfügt die RNG über eine gute Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

3. Tätigkeitsbereiche im Sinne von § 6b Abs. 3 EnWG

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG haben Unternehmen, die i. S. v. § 3 Nr. 38 EnWG zu einer Gruppe vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, mit der Erstellung des Jahresabschlusses für jeden der in § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 - 6 EnWG genannten Tätigkeitsbereiche eine Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Diese haben den für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften zu entsprechen.

Bei der RNG betrifft dies die folgenden Tätigkeitsbereiche:

Elektrizitätsverteilung

Unter der Elektrizitätsverteilung werden die im Zusammenhang mit der Netzbetreiberfunktion im engeren Sinne für alle sieben Stromnetzgebiete der RNG stehenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst.

Gasverteilung

Unter der Gasverteilung werden die im Zusammenhang mit der Netzbetreiberfunktion im engeren Sinne für alle acht Gasnetzgebiete der RNG stehenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst.

Darüber hinaus wurden alle Tätigkeiten für den Bereich „Grundzuständiger Messstellenbetreiber“ auf gesonderten Konten geführt. Ein gesonderter Abschluss wurde hierfür nicht erstellt.

Für die Sparte Strom wurde im Geschäftsjahr 2016 ein Verlust in Höhe von -9,0 Mio. € (Vorjahr: 5,5 Mio. €), für Gas ein Gewinn in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr: -26,7 Mio. €) vor Ergebnisausgleich durch den Gesellschafter ausgewiesen. Im Übrigen sei hier auf den beigefügten Tätigkeitenabschluss gem. § 6b Energiewirtschaftsgesetz verwiesen.

4. Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft erfüllt mit der Umsetzung der Unbundlingvorgaben des EnWG die öffentliche Zwecksetzung nach § 108 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 107 Abs. 1, Abs. 3 GO NRW.

5. Prognosebericht

Zum 01. Januar 2017 hat die RNG von der Westnetz GmbH die Netzbetreiberfunktion für die Stromnetze in Reichshof und Morsbach und von Rhein-Sieg Netz die Netzbetreiberfunktion für das Gasnetz in Lohmar übernommen. Das Eigentum an diesen Netzen ist von RWE an die AE bzw. die LoNEG bereits zum 31. Dezember 2015 übergegangen.

Die RNG wird der BNetzA in dem Jahr 2017 im Rahmen eines Antragsverfahrens für die Festsetzung der Erlösobergrenze Strom für die dritte Regulierungsperiode umfangreiche Daten zur Kostenprüfung, Effizienzermittlung und Berechnung der Erlösobergrenzen übermitteln.

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die RNG laut Wirtschaftsplan sinkende Umsatzerlöse in Höhe von 701,5 Mio. €, sinkende Aufwendungen in Höhe von 704,0 Mio. € und ein negatives Ergebnis vor Steuern in Höhe von -2,5 Mio. €.

Im Jahr 2012 wurde in Zusammenarbeit mit der RE ein umfangreiches auf mehrere Jahre angelegtes Programm zur Ergebnisstabilisierung gestartet. Dieses Programm beinhaltet umfassende Maßnahmen zu Kosteneinsparungen und wird erwartungsgemäß eine

dauerhafte jährliche Ergebnisverbesserung zur Folge haben. Damit soll dem anhaltenden Kostendruck durch die Effekte der Regulierung begegnet werden.

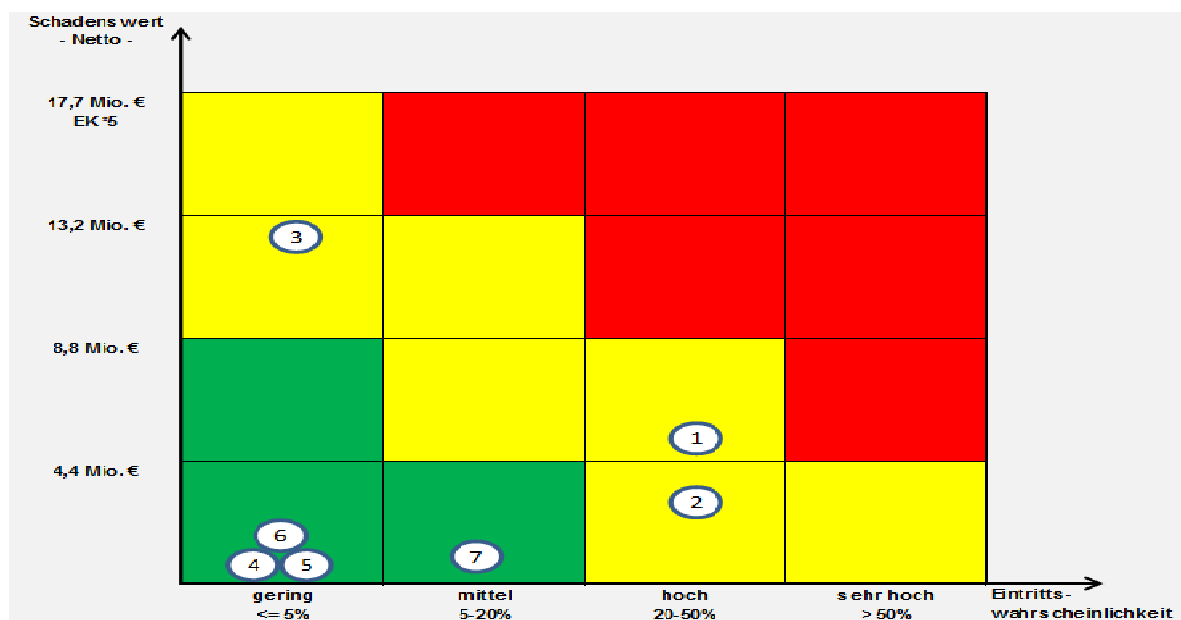
In einem 2016 begonnenen Benchmark-Projekt sollen darüber hinaus mit Unterstützung eines externen Beraterunternehmens die Netzbetreiberprozesse mit Best-Practice-Ansätzen verglichen und weitere Verbesserungspotenziale abgeleitet werden.

Die Unternehmensfortführung der RNG ist durch die Kapitalausstattung sowie den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag zum alleinigen Gesellschafter RE sichergestellt.

Dieser Lagebericht enthält Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der RNG beziehen. Diese Aussagen stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben.

6. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft ist in das Berichtswesen zum Risikomanagement der RE eingebunden. Die Risiken der zukünftigen Entwicklung der RNG werden entsprechend dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) systematisch identifiziert, bewertet und dokumentiert. Die Risiken werden hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und des Risikopotenzials beurteilt. Es werden geeignete Maßnahmen zur Vorsorge getroffen. Die zum 31.12.2016 identifizierten Risiken sind in nachfolgendem Risikoportfolio abgebildet worden.



Die Risiken 1-3 beschreiben künftige Erlösrisiken der RNG. Ursache dieser Risiken sind mögliche Forderungsausfälle bei nicht-assoziierten Lieferanten und Großkunden. Die Risiken 4-5 umfassen technische Risiken, insbesondere Schadensersatzansprüche gegen die RNG aufgrund von Störungen und schuldhaftem Verhalten. Die Risiken 6-7 betrachten regulatorische Risiken, z.B. bei der Bestimmung von Erlösobergrenzen durch die BNetzA.

Die Analyse der gegenwärtigen Risikoszenarien lässt die Aussage zu, dass im Berichtszeitraum keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch nicht erkennbar sind.

In den nächsten Jahren wird neben der Fortentwicklung der Regulierungs- und Entflechtungsregelungen der Wettbewerb um Konzessionen die weitere Entwicklung der RNG bestimmen.

Der Gewinn zusätzlicher Konzessionsgebiete durch die Netzeigentümer verbunden mit der Übernahme der Netzbetreiberfunktion durch die RNG bietet der Gesellschaft einerseits Entwicklungschancen; andererseits liegen in dem derzeit intensiven Konzessionswettbewerb in der Region auch Risiken für die RNG durch den möglichen Wegfall der Netzbetreiberfunktion in einzelnen Netzen.

In Folge der regulatorischen Rahmenbedingungen sind die operativen Chancen der zukünftigen Entwicklungen begrenzt, da aufgrund der vorgegebenen Effizienzwerte Kosteneinsparungen voraussichtlich durch die jährlich absinkenden Erlösobergrenzen kompensiert werden.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der NetCologne GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	262.862
Sonstige Erträge	-2.310
Kosten Fremdleistungen	-125.772
Personalaufwand	-59.644
Abschreibungen	-32.964
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-37.534
Finanzergebnis	-5.683
Beteiligungsergebnis	3.358
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.313
Steuern	-818
Jahresüberschuss	1.495

FINANZPLAN

EINNAHMEN

Jahresüberschuss lfd. Jahr	1.495
Eigenmittel aus Abschreibungen	32.964
Darlehensaufnahmen	0
Abbau(+) / Aufbau (-) von Liquidität	9.907
 Summe Einnahmen	 44.366

AUSGABEN

Investitionen (einschl. Desinvestitionen)	13.382
Gewinnausschüttung (Vorjahresergebnis)	6.512
Darlehensstilgungen	24.472
 Summe Ausgaben	 44.366

STELLENÜBERSICHT

Personen

Gesamtzahl der Mitarbeiter	938

Bilanz der NetCologne GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Immaterielle Vermögensgegenstände	15.449	20.048	26.637	33.047	34.442
Sachanlagen	192.215	192.319	201.011	234.969	241.714
Finanzanlagen	36.668	29.565	29.565	1.853	1.954
Umlaufvermögen:					
Vorräte	23.905	23.264	14.298	23.161	20.591
Forderungen	45.844	41.885	33.634	31.589	31.684
Flüssige Mittel	2.020	2.704	1.584	2.591	2.359
Rechnungsabgrenzung	6.891	7.680	7.744	6.597	5.021
Aktive latente Steuern	3.192	3.732	6.319	8.980	13.002
Bilanzsumme	326.184	321.197	320.793	342.788	350.767
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	9.210	9.210	9.210	9.210	9.210
Kapitalrücklage	51.873	51.873	51.873	51.873	51.873
Gewinnrücklage	21.553	18.976	21.637	19.502	19.691
Jahresüberschuss	6.523	7.630	4.419	11.135	11.326
Rückstellungen	21.442	14.613	19.753	21.820	16.531
Verbindlichkeiten	211.641	215.032	212.952	228.309	242.135
Rechnungsabgrenzung	3.941	3.863	948	938	0
Bilanzsumme	326.184	321.197	320.793	342.788	350.767

GuV der NetCologne GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse, u. a.	262.142	255.217	252.690	244.421	248.911
Sonst. Erträge	12.372	21.838	7.805	25.016	11.858
Materialaufwand	-125.551	-125.865	-116.396	-113.165	-118.091
Personalaufwand	-59.639	-55.395	-54.457	-53.806	-47.699
Abschreibungen	-31.552	-34.523	-35.868	-35.810	-34.238
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-47.080	-42.937	-40.263	-41.842	-38.100
Erträge aus Beteiligungen	2.779	0	0	0	0
Aufgrund EAV erhaltene Gewinne	1.106	708	1.480	529	385
Zinsergebnis	-6.395	-6.695	-7.335	-8.126	-7.251
Ergebnis vor Steuern	8.181	12.347	7.655	17.218	15.773
Ertragsteuern	-1.633	-4.694	-3.216	-6.064	-4.429
Sonstige Steuern	-25	-24	-20	-19	-18
Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag	6.523	7.630	4.419	11.135	11.326

Lagebericht 2016
der
NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH

1. Geschäftsmodell

Die NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Köln, gegründet 1994, ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der GEW Köln AG, Köln. Das Unternehmen versorgt als einer der erfolgreichsten Regional-Carrier in Deutschland den Wirtschaftsraum Köln/Bonn mit zukunftssicherer Kommunikationstechnologie.

Als Mehrheitsgesellschafter ist die NetCologne GmbH mit einem Anteil von 84% an der Net Aachen GmbH, Aachen, beteiligt. Die NetAachen GmbH ist ein Telekommunikationsunternehmen, welches im Wirtschaftsraum Aachen einschließlich der Kreise Heinsberg und Düren tätig ist. Eine weitere Beteiligung der NetCologne GmbH ist die NetRegio GmbH, Köln, mit einem Anteilsbesitz von 99,9%. Aufgabe der NetRegio GmbH ist die Förderung und Entwicklung der Breitbandversorgung von Kommunen und Regionen sowie die Wirtschaftsförderung im Telekommunikationsbereich in Köln. Zudem ist die NetCologne GmbH mit einem Anteil von 70 % an der Haubner IT GmbH beteiligt. Die Haubner IT komplettiert das NetCologne-Angebot um erweiterte IT-Services, so dass die NetCologne künftig die Nachfrage nach integrierten ITK-Lösungen bedienen kann.

Die NetCologne GmbH ist in den Geschäftsfeldern Privatkunden und Geschäftskunden aktiv. Das Leistungsangebot umfasst dabei Telefonie, Mobilfunk, TV sowie Internet-, Daten- und Wholesale-Dienste. Technische Grundlage bildet das eigene, hochleistungsstarke Breitbandnetz. Es ist eines der modernsten Europas und bietet Kapazitäten für die weitere dynamische Entwicklung des Faktors Kommunikation in der Region. Durch den Ausbau eigener Netzinfrastruktur schafft die NetCologne GmbH zudem wirtschaftliche und technische Unabhängigkeit von den regulierten Teilnehmeranschlussleitungen der Deutschen Telekom AG.

Individuelle Kooperationsmodelle mit Kommunen und Energieversorgern zum Aufbau und Betrieb von Hochleistungsnetzen stehen neben dem eigenen Ausbau von Netzinfrastrukturen im Fokus. Auf der Basis moderner Glasfaserinfrastrukturen können damit auch hochwertige Endkundenprodukte in solchen Regionen angeboten werden, die bis dahin von Breitbanddefiziten gekennzeichnet waren. Sowohl dem Privat- als auch dem Geschäftskundenbereich obliegen der Vertrieb und die Bereitstellung von Vorleistungsprodukten an Netzbetreiber und ähnlichen Nachfragern im Sinne des Open Access.

Neben einem umfangreichen Digital TV-Angebot können in Abhängigkeit von der Technologie im Geschäftsfeld Privatkunden Internet- und Datendienste mit Bandbreiten von 18 bis 400 Mbit/s angeboten werden. Als Vertriebskanäle dienen neben den eigenen Filialen und Fachhandelspartnern der Online- und Direktvertrieb. Über das eigene Hochleistungsnetz werden rund 62,6% der Teilnehmer-Anschlüsse realisiert. Mit einem Anteil von 62%, bezogen auf den operativen Umsatz, ist das Geschäftsfeld Privatkunden das umsatzstärkste.

Das Geschäftsfeld Geschäftskunden bietet individuelle Lösungen an und zeichnet sich insbesondere durch ein breites Produktportfolio, weitgehend redundante Glasfaserinfrastrukturen mit maximalen Verfügbarkeiten sowie einen täglich 24 Stunden erreichbaren, persönlichen Service aus. Das Produktportfolio bietet zudem TV-Versorgung im Bereich Wohnungswirtschaft, welches sowohl die Modernisierung von Hausnetzen und

Gebäudeanbindungen als auch eine persönliche Beratung und Unterstützung rund um alle technischen und wirtschaftlichen Belange zur Multimediaversorgung in Mietobjekten umfasst. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte das Geschäftsfeld Geschäftskunden einen Anteil von 38% des operativen Umsatzes.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wies 2016 ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum auf. Dank der relativen Wettbewerbsstärke und einer sehr starken Binnennachfrage (die privaten Konsumausgaben stiegen um 2,6%) konnte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,9% gegenüber dem Vorjahreswert zulegen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland betrug in 2016 durchschnittlich rund 43,8 Mio. und stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 1% an. Die Arbeitslosenzahl ist von 2,92 Mio. registrierten Arbeitslosen im Januar 2016 auf 2,57 Mio. zum Jahresende gesunken. Dies entsprach einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5,8% auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen im Dezember 2016.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie eine Steigerung der Reallöhne um durchschnittlich 1,8% (3.Quartal 2016) gegenüber dem Vorjahresquartal sorgten für eine Zunahme der Konsumbereitschaft der privaten Haushalte und eine stabile Konjunktur in Deutschland. Die Zahl der überschuldeten Privatpersonen im Jahr 2016 ist relativ stabil geblieben. Die Schuldnerquote liegt bei 10,06% (2015: 9,92%); dies entspricht ca. 6,85 Mio. Haushalten in Deutschland.

Der Verbraucherpreisindex in Deutschland stieg insgesamt um 0,5%-Punkte. Preiserhöhungen sind in 9 Abteilungen des Preisindex zu verzeichnen. Preisrückgänge gab es u.a. im Verkehr sowie bei Energie und Nachrichtenübermittlung. Zur letzten Abteilung zählt auch die Telekommunikation. Dort gingen die Preise um 1,0%-Punkte zurück (Vorjahr: 1,3%-Punkte).

Die Entwicklung des 3-Monats-EURIBOR spiegelt die allgemein angespannte Wirtschaftslage einiger europäischer Länder wider. Der 3-Monats-EURIBOR ist seit Januar 2016 mit einem Monatsdurchschnittswert von -0,132% auf -0,313% im Dezember 2016 gestiegen.

Die IT- und Telekommunikationsbranche (inklusive digitaler Unterhaltungselektronik) ist nach wie vor ein bedeutender Faktor für die deutsche Volkswirtschaft. Nach Schätzung des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) setzte dieser Markt in 2016 ein Volumen von ca. EUR 160 Mrd. um und beschäftigte bei ho-her Wertschöpfung rund 1.030.000 Personen.

Aus einer Studie der Beratungsgesellschaft DIALOG CONSULT und des Branchenverbands VATM geht hervor, dass der nationale Umsatz für Telekommunikationsdienste inkl. TV in 2016 um 0,8% auf EUR 60,5 Mrd. leicht gestiegen ist. Die Bereiche Breitband-Kabelnetz sowie TK-Festnetz trugen im Wesentlichen zu der positiven Umsatzentwicklung bei. In

Summe erzielten sie eine Umsatzsteigerung von rd. EUR 0,6 Mrd. (+1,8% gegenüber Vorjahr). Ein Grund für diese Entwicklung ist unter anderem die leicht steigende Anzahl an Breitbandanschlüssen in Höhe von 31,2 Mio. (+1,6% gegenüber Vorjahr). Der Bereich Mobilfunk hingegen sank leicht um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr.

Von den bundesweit rund 31 Mio. Festnetzanschlüssen (inkl. Breitband- und VoIP-Anschlüssen) betrug der Marktanteil der NetCologne GmbH 1,3%, der der Deutschen Telekom AG als Marktführer 41,4%.

2.2. Geschäftsverlauf 2016

In 2016 konnte sich die NetCologne GmbH in einem nach wie vor schwierigen, dynamischen und regulierten Telekommunikationsmarktumfeld behaupten, das durch intensiven Wettbewerb und hohen Preisdruck gekennzeichnet ist.

Das Geschäftsjahr 2016 war durch die folgenden Besonderheiten geprägt:

- Weiterer Ausbau Glasfasernetz „Fibre to the Curb“ (FTTC)
- Entscheidung zu Vectoring in den OVSt-Nahbereichen
- Fertigstellung und Eröffnung des neuen Rechenzentrums „Chorweiler“
- Ausweitung des IT Service Geschäfts durch Anteilserwerb an der Haubner IT GmbH
- Außergerichtliche Einigung mit der Telekom
- Wechsel in der Geschäftsführung der NetCologne
- Vertragsabschluss 1. FC Köln

FTTC – „Fibre to the Curb“

Der FTTB- („Fibre to the building“) Glasfaserausbau ist in Gebieten mit geringer Einwohnerdichte - speziell im ländlichen Raum - nicht wirtschaftlich darstellbar. Als sinnvolle Alternative dazu hat sich die Ausbautechnologie FTTC - Glasfaserausbau bis zum Kabelverzweiger - bewährt. Aus diesem Grund hat die NetCologne GmbH auch in 2016 weitere FTTC-Ausbauprojekte forciert und konnte sich gegen Infrastrukturwettbewerber, wie die Deutsche Telekom, behaupten. Zusätzlich konnten größere Kooperationen mit Städten, kommunalen Unternehmen und Energieversorgern abgeschlossen werden. Damit kann die NetCologne das Breitbandwachstum neben dem Eigenbau von Glasfasernetzen auch über Ausbaukooperationen investitionsmittelschonend vorantreiben.

Die Ausbauprojekte liegen teilweise im bestehenden Versorgungsgebiet der NetCologne, teilweise aber auch in neuen Gebieten, die somit zusätzliches Vertriebspotential darstellen. Die neuen Netze ermöglichen eine Breitbandversorgung mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s bzw. bis zu 100 Mbit/s mit Einsatz der Technologie „Vectoring“ und sind ein zunehmend starker Standortfaktor für Städte und Gemeinden.

NetCologne hat in 2014 begonnen, die ersten Ausbaugebiete (teilweise bereits seit 2015 in Betrieb befindlich) für den Einsatz mit Vectoringtechnologie zur Vectoring-Liste anzumelden und damit die technische Exklusivität zu erlangen. In nur wenigen Fällen wurde die Anmeldung zur Vectoring-Liste abgelehnt. Mit einer erfolgreichen Anmeldung sichert sich NetCologne den exklusiven Einsatz von Vectoring sowie den exklusiven Betrieb des Wholesalesgeschäfts. Soweit ein Gebiet nicht von NetCologne, sondern von einem Dritten zur

Anmeldung gebracht wird, verliert NetCologne die Möglichkeit, selbst einen FTTC Ausbau durchzuführen und Vectoring einzusetzen. In diesen Gebieten verbleibt nur der Einkauf von Zugangs-Vorleistungen. Allerdings ist NetCologne mit einer erfolgreichen Anmeldung zur Vectoring-Liste auch verpflichtet, binnen eines Jahres das angemeldete Gebiet mit Vectoring zu erschließen. Aus diesem Grund liegt neben der Identifizierung von neuen potentiellen Ausbaugebieten der Fokus auch auf einem schnellen und effizienten Ausbau, der im Jahr 2016 erfolgreich für diverse angemeldete Vectoring Gebiete durchgeführt werden konnte; so wurden 1.016 KVz in 2016 in Ausbaugebieten erschlossen.

Vectoring in den OVSt-Nahbereichen

Die Bundesnetzagentur hat am 01.09.2016 die Regulierungsverfügung Vectoring II zum Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung erlassen, welche im Schwerpunkt den Vectoring-Ausbau in den Nahbereichen <550m rund um die Ortsvermittlungsstellen (OVSt) regelt („Vectoring II-Entscheidung“). Die Deutsche Telekom hat sich verpflichtet, deutschlandweit alle rund 7.900 OVSt und dazugehörigen Nahbereichs-Kabelverzweiger (KVz) mit Vectoring auszurüsten. Damit werden Internetbandbreiten von bis zu 100 Mbit/s ermöglicht, wo bisher meist 50, teilweise nur 25 Mbit/s möglich sind.

Alternative Carrier, wie die NetCologne GmbH, haben gemäß Regulierungsverfügung das Recht zum Vectoring-Ausbau der OVSt („Abwehrrecht“), wenn sie bereits mehr Flächenausbau zu den KVz im jeweiligen Bereich außerhalb des Nahbereichs abgeschlossen haben.

Der bisherige Versorgungsbereich der NetCologne GmbH umfasst 200 OVSt, von denen bei 55 die genannten Bedingungen erfüllt sind. Für diese OVSt-Nahbereiche hat NC Ende November 2016 eine verbindliche Ausbauzusage abgegeben. Danach wird NC binnen 18 Monaten (derzeit bis spätestens Ende 2018) dort Vectoring ausbauen und damit alle VDSL-Anschlüsse exklusiv über NetCologne-Technik realisieren. Die anderen 145 OVSt-Nahbereiche im Versorgungsgebiet der NetCologne werden in 2019 von der Deutschen Telekom ausgebaut.

Bauabschluss neues Rechenzentrum „Chorweiler“

Ende 2016 wurde nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts das neue Rechenzentrum in Chorweiler eröffnet und dem Geschäftskundenvertrieb zur Vermarktung übergeben. In Summe wird das neue Rechenzentrum über etwa 1000qm Nutz- bzw. Stellfläche für ca. 330 Serverschränke verfügen. Davon steht jetzt schon etwa die Hälfte den Kunden zur Verfügung. Der zweite Bauabschnitt wird voraussichtlich im Sommer 2018 fertiggestellt. Das Rechenzentrum wurde nach den Vorgaben der europäischen Norm DIN 50600 errichtet und entspricht damit höchsten Sicherheitsstandards.

Ausweitung des IT Service Geschäfts durch Anteilserwerb an der Haubner IT

Im Juni 2016 hat NetCologne 70% der Anteile am Kölner Unternehmen Haubner IT GmbH erworben. Damit reagiert die Telekommunikationsgesellschaft auf den tiefgreifenden Wandel der Telekommunikationsbranche hin zu integrierten Telekommunikations- und IT-Services (ICT). Durch den Erwerb der Haubner IT etabliert NetCologne sich als integrierter ICT-Dienstleister im regionalen B2B-Markt und erschließt so neue Umsatzquellen.

Die Haubner IT unterstützt ihre Kunden als branchenübergreifender IT-Dienstleister durch IT-Beratung und übernimmt Service und Support der IT-Infrastruktur des Kunden. Darüber hinaus kann die Haubner IT auch den kompletten oder teilweisen IT-Betrieb der Kunden in Form von Vor-Ort-Services leisten oder Cloud Computing-Leistungen bereitstellen. Durch die Produkte und Leistungen der Haubner IT GmbH erweitert die NetCologne ihr Produktportfolio um zukunftsfähige GK- und Serviceprodukte.

Außergerichtliche Einigung mit der Telekom

NetCologne hat ursprünglich gemeinsam mit weiteren Unternehmen Klage gegen die Entgeltgenehmigungen der BNetzA zu den monatlichen Überlassungsentgelten für die Teilnehmeranschlussleitung für die Zeiträume 1999 bis 2005 erhoben. 2006 schloss NetCologne eine Vereinbarung mit der BNetzA über die Gleichbehandlung zu den Klageergebnissen der weiteren Unternehmen. NetCologne hat daraufhin ihre diesbezüglichen Klagen zurückgenommen. Am 22.09.2015 schloss NetCologne im Zuge von Vergleichen anderer Marktteilnehmer einen Vergleich mit der Telekom, in welchem sich Telekom zur Zahlung von rund 8,6 Mio. EUR an NetCologne verpflichtete und die Forderungen der NetCologne abgegolten wurden. Die Auszahlung des Betrags erfolgte im Jahr 2016.

Wechsel in der Geschäftsführung der NC

Im Juli 2016 übernahm Timo von Lepel die Geschäftsführungsressorts Privatkunden, Geschäftskunden, Betrieb, Technik, Produkt- & Infrastrukturmanagement sowie Kommunikation & Recht bei der NetCologne GmbH. Herr von Lepel verfügt nach beruflichen Stationen bei der Deutschen Telekom, BlackBerry sowie bei Telefónica Germany über umfangreiche Branchenerfahrung.

Vertragsabschluss 1. FC Köln

Die NetCologne konnte gemeinsam mit der Haubner IT einen Großauftrag zur ganzheitlichen Betreuung der IT- und Telekommunikationsinfrastruktur des 1. FC Köln gewinnen. Das resultierende Projekt, das u.a. Glasfaserverbindungen, Rechenzentrumsleistungen, Hardware-Bereitstellung und IT-Services umfasst, wurde Ende Oktober 2016 erfolgreich abgeschlossen.

2.3. Wirtschaftliche Lage

2.3.1. Ertragslage

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Jahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von TEUR 8.182 und konnte damit ihr Ziel von 1.899 Euro deutlich übertreffen. Das Ergebnis lag um 4.165 TEUR unter dem Vorjahreswert (TEUR 12.347), insbesondere aufgrund von einmaligen Restrukturierungsaufwendungen. Der Jahresüberschuss betrug TEUR 6.523 (Vorjahr TEUR 7.630).

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf TEUR 262.142 und lagen um TEUR 6.925 über dem wg. BilRUG angepassten Vorjahreswert (TEUR 255.217). Die Überschreitung war im Wesentlichen auf die Netzbauerlöse zurückzuführen, da in 2016 zusätzlich Projekte aus

2015 fertiggestellt wurden. Diese wurden in 2016 mit einem Gesamtvolumen von TEUR 6.547 an die NetRegio und RheinEnergie veräußert.

Der operative Umsatz unterschritt mit TEUR 223.572 den Vorjahreswert (TEUR 224.349) um TEUR 777. Der Bereich Privatkunden steigerte seinen Umsatz (138.246 Euro) im Vergleich zum Vorjahr (137.714 Euro) geringfügig. Bereinigt um eine Umsatzverschiebung aus dem Geschäftskundenbereich hin zum Privatkundenbereich (FTTC-Wholesale) konnte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr auf konstantem Niveau gehalten werden. Umsatzzuwächse generierten insbesondere die Produktgruppen VDSL und BSA, die den Umsatzrückgang im Bereich ADSL kompensieren konnten. Die Anschlüsse auf eigenen Netzen (FTTB, VDSL und Cable) entwickelten sich insbesondere aufgrund des deutlichen Zuwachses von VDSL-Anschlüssen (+35tsd.) weiterhin positiv. Die rund 88tsd. FTTB-Anschlüsse, 71tsd. Cable-Anschlüsse und rund 63tsd. VDSL-Anschlüsse konnten zum Jahresende 2016 einen gemeinsamen Umsatz von TEUR 73.332 erwirtschaften.

Der Umsatz des Kabelfernsehgeschäftes lag mit 15.032 TEUR trotz eines leichten Wachstums bei den abgerechneten Wohneinheiten (Bestand ca. 229tsd.) unter dem Vorjahresumsatz (15.366 TEUR). Grund hierfür waren i.W. höhere Einmalerlöse in 2015 sowie rückläufige Einspeiseentgelte.

Das Geschäft mit den hochmargigen Businessprodukten der Produktgruppe NetOnline/DSL verlief unverändert positiv. Der Umsatz lag dort mit TEUR 19.061 über Vorjahresniveau (TEUR 17.704) und konnte den Umsatzrückgang der Produktgruppen NetPhone und NetTrade kompensieren. Das NetLine-Geschäft konnte im Jahr 2016 einen Umsatz von TEUR 18.898 erwirtschaften und lag um TEUR 1.232 unter dem Vorjahresniveau (TEUR 20.130). Die negative Abweichung resultierte hauptsächlich aus einer geringeren Anzahl fertiggestellter LTE-Strecken und damit rückläufigen Einmalerlösen.

Die Fremdleistungen (= Materialaufwand) sind von TEUR 125.865 im Vorjahr auf TEUR 125.551 leicht gesunken. Allerdings belasteten im Vorjahr zusätzliche Aufwendungen aus der Aufholung der Handelswarenabgrenzungen von subventionierten Kundenendgeräten (TEUR 4.254) das Ergebnis. Bereinigt um diese zusätzlichen Kosten sind die Fremdleistungen im Jahr 2016 gestiegen. Im Wesentlichen war ein Anstieg bei den Kosten für Betrieb, Wartung und Infrastruktur (TEUR 2.188) sowie den Leitungskosten (TEUR 1.876) zu verzeichnen. Beides ist i.W. dem weiteren Ausbau von VDSL-Vectoring-Gebieten sowie dem vermehrten Aufschalten von VDSL-Kunden in bereits bestehenden Ausbaubieten geschuldet. Zusätzlich sind im Zuge des Baus des neuen Rechenzentrums die Infrastrukturkosten gestiegen. Die Interconnectionkosten sind im Vergleich zum Vorjahr hingegen deutlich gesunken. Dies lag unter anderem an dem veränderten Telefonieverhalten der Kunden.

Der Personalstand ohne Leihkräfte ist mit 827 Personalkapazitäten zum Jahresende gegenüber dem Vorjahr (836 Personalkapazitäten) leicht gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf das Personaleffizienzprogramm zurückzuführen. Der durchschnittliche Bestand an Personalkapazitäten ist stabil geblieben (von 829 im Vorjahr auf 830 in 2016).

Der Personalaufwand stieg u.a. aufgrund erhöhter Abfindungen und Rückstellungen für Freistellungen im Rahmen des Personaleffizienzprogramms sowie einer Tarifierhöhung Anfang 2016 von TEUR 55.395 im Vorjahr auf TEUR 59.639.

Mit TEUR 47.080 lagen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen über dem Vorjahresniveau (TEUR 42.937). Im Wesentlichen verantwortlich waren die Kosten für Wartung und Reparaturen (TEUR 5.669), welche den Vorjahreswert um TEUR 3.157 überschritten. Hintergrund des Anstiegs ist eine Rückstellung im Rahmen von möglichen Lizenzzahlungen (TEUR 2.800).

Das Investitionsvolumen für Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände und Finanzanlagen betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr TEUR 34.380 und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert (TEUR 21.025). Volumenstark waren, wie in den Vorjahren, die Investitionen in das DSL-Equipment (TEUR 10.775), in das Breitbandkabelnetz (TEUR 2.549), in das GigaNet Ethernet (TEUR 2.383) sowie in die POP-Standorte (TEUR 1.865). Hinzu kamen die Beteiligung an der Haubner IT (TEUR 7.103) sowie die Investitionen in das neue Rechenzentrum in Chorweiler (TEUR 4.891).

Die Neuinvestitionen führten in Kombination mit dem bereits bestehenden Anlagenbestand zu Abschreibungen in Höhe von TEUR 31.552 (Vorjahr TEUR 34.523).

Das negative Finanzergebnis verringerte sich aufgrund des Abbaus der Finanzverschuldung auf TEUR 6.395 (Vorjahr TEUR 6.696), während sich das Beteiligungsergebnis deutlich von TEUR 708 auf TEUR 3.885 erhöhte. Grund ist die Ausschüttung des in 2015 thesaurierten Beteiligungsergebnisses der NetAachen.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag und die sonstigen Steuern lagen im Geschäftsjahr bei TEUR 1.658 (Vorjahr TEUR 4.717).

2.3.2. Finanzlage

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab sich im Geschäftsjahr 2016 ein Mittelzufluss i. H. v. TEUR 50.932, welcher gegenüber dem Vorjahr um TEUR 14.867 gestiegen ist.

Die Veränderungen im Nettoumlaufvermögen führen zu einem Mittelabfluss i. H. v. TEUR 106, nach einem Abfluss i. H. v. TEUR 7.982 im Vorjahr. Dieser Mittelabfluss resultiert aus einer Erhöhung der Unfertigen Erzeugnisse (TEUR 66), Waren (TEUR 867), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 45), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (TEUR 6) sowie der sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 204).

Gegenläufig haben sich die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (TEUR 193), die geleisteten Anzahlungen (TEUR 100) sowie die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (TEUR 789) entwickelt.

Auf der Passivseite ergab sich ein Mittelzufluss i. H. v. TEUR 5.430 (Vorjahr TEUR 4.180). Dieser Mittelzufluss resultiert u.a. aus der Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 3.965), der Zunahme des passiven Rechnungsabgrenzungspostens (TEUR 77) sowie der Erhöhung der bilanzierten sonstigen Verbindlichkeiten i. H. v. TEUR

1.466 auf TEUR 88.083 (Vorjahr 86.617 TEUR). Die erhaltenen Anzahlungen reduzierten sich um TEUR 81.

Aus der Zunahme von bilanzierten Rückstellungen ergaben sich Zuflüsse i. H. v. TEUR 6.830 nach einem Abfluss im Geschäftsjahr 2015 i. H. v. TEUR 5.140.

Der Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen betrugen TEUR 34.380. Demgegenüber standen Einnahmen aus Anlagenabgängen i. H. v. TEUR 264. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit liegt somit insgesamt bei TEUR 34.116 und konnte vollständig durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

Im Bereich der Finanzierungstätigkeit kam es im Jahr 2016 zu einem Mittelabfluss von TEUR 17.502 (Vorjahr Abfluss TEUR 15.441). Durch Tilgung von bestehenden Finanzverbindlichkeiten flossen TEUR 8.744 ab (Vorjahr TEUR 39.190). Die Forderungen gegenüber der Stadtwerke Köln GmbH, Köln, betrugen TEUR 14.762 (Vorjahr TEUR 11.057). Dies entspricht einem Abfluss aus Konzernfinanzierung i. H. v. von TEUR 3.704. Die Gewinnausschüttung lag im Geschäftsjahr 2016 bei TEUR 5.053 (Vorjahr TEUR 7.080).

2.3.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der NetCologne GmbH nahm im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 4.987 auf TEUR 326.184 zu (Vorjahr TEUR 321.197).

Auf der Aktivseite nahmen die immateriellen Vermögenswerte um TEUR 4.599 auf TEUR 15.449 ab (Vorjahr 20.048). Die Sachanlagen verringerten sich um TEUR 104 auf TEUR 192.215 (Vorjahr TEUR 192.319). Diese Rückgänge resultierten aus der Tatsache, dass die im Geschäftsjahr 2016 vorgenommenen Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen um TEUR 4.275 unter den korrespondierenden Abschreibungen liegen. Ebenfalls wirkten sich vorgenommene Anlagenverkäufe (TEUR 428) mindernd auf den Buchwert aus. Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich aufgrund eines Anteilerwerbs auf TEUR 36.668 (Vorjahr TEUR 29.565).

Das Vorratsvermögen stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 641 auf TEUR 23.905 (Vorjahr TEUR 23.264). Dies ergibt sich aus dem Anstieg der bilanzierten unfertigen Erzeugnisse um TEUR 67 auf TEUR 12.904 sowie dem Anstieg der Waren um TEUR 866 auf 3.184 (Vorjahr TEUR 2.318). Gegenläufig reduzierten sich die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 192 auf TEUR 7.817 und die geleisteten Anzahlungen um TEUR 100 auf TEUR 0.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 45 auf TEUR 27.464 (Vorjahr TEUR 27.419) gestiegen.

Die liquiden Mittel reduzierten sich um TEUR 684 auf TEUR 2.020 (Vorjahr TEUR 2.704).

Der Bilanzansatz von aktiven latenten Steuern ist aufgrund einer Neubewertung um TEUR 295 gesunken. Dies führt zum 31.12.2016 zu einem Bilanzansatz i. H. v. TEUR 3.437 (Vorjahr TEUR 3.732).

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital um TEUR 1.470 auf TEUR 89.160 (Vorjahr TEUR 87.690).

Die Rückstellungen erhöhten sich um TEUR 6.757 auf TEUR 21.369 (Vorjahr TEUR 14.613). Dies liegt im Wesentlichen begründet in der Zuführung von sonstigen Rückstellungen.

Die Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten sind um TEUR 8.743 auf TEUR 101.195 (Vorjahr TEUR 109.938) gesunken. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen lagen mit TEUR 22.283 um TEUR 1.449 über dem Vorjahresniveau (Vorjahr TEUR 18.318). Die von Kunden erhaltenen Anzahlungen belaufen sich auf TEUR 77 (Vorjahr TEUR 158). Die sonstigen Verbindlichkeiten wurden mit TEUR 88.083 bilanziert (Vorjahr TEUR 86.617).

Mit einer Eigenkapitalquote von 27,3% (Vorjahr 27,3%) verfügte die NetCologne GmbH über eine solide Kapitalausstattung.

2.3.4. Gesamtlage

Die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr war insgesamt trotz schwieriger Rahmenbedingungen positiv. Die Unternehmensziele wurden im Wesentlichen erreicht.

2.3.5. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Steuerungsgröße der Gesellschaft ist das Ergebnis vor Steuern (EBT). Außerdem gehören der Umsatz pro Kunde sowie die Rohertragsmarge zu den weiteren wesentlichen Steuerungsgrößen. Der Vergleich von Ergebnis und Prognose erfolgt unter dem Abschnitt Prognosebericht.

Die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft zeigt sich nicht nur in wirtschaftlichen Kennzahlen. Um in einem wettbewerbsintensiven Umfeld weiterhin bestehen zu können, wurden Service- und Qualitätsstandards definiert, welche kontinuierlich überwacht und weiterentwickelt werden. Voraussetzung dafür sind leistungsfähige Mitarbeiter; daher investiert die NetCologne stetig in Aus- und Weiterbildung. Um gute Mitarbeiter langfristig an die NetCologne zu binden, hat die Gesellschaft im Jahr 2015 erstmalig ein Führungskräftenachwuchsprogramm gestartet und 2016 erfolgreich fortgeführt. Neben der fachlichen Weiterentwicklung steht hier auch der Austausch mit erfahrenen Führungskräften im Vordergrund.

3. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

3.1. Chancen

Der Telekommunikationsmarkt bietet für die NetCologne GmbH mittelfristig, trotz des herausfordernden Preis- und Wettbewerbsdrucks, Chancen für eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung:

- Aufrüstung Glasfaserinfrastruktur
 - Entwicklung IT Dienste durch Haubner IT und Rechenzentrum
 - Nahbereichsausbaue
- Mit den eigenen Hochleistungsinfrastrukturen FTTB- und HFC (Hybrid Fiber Coax) ist NetCologne für neue Herausforderungen bezüglich des stark zunehmenden Bandbreitenbedarfs gut positioniert. Sie vermindern die Abhängigkeit von der Deutschen Telekom und ermöglichen Alleinstellungsmerkmale bei Leistungsumfang und Leistungsqualität.

Der Markt unterliegt nach wie vor einer hohen Dynamik und ist offen für neue kundenorientierte Produkte. Eine Vielzahl von Lebensbereichen bietet hier zusätzliches Wachstumspotential. Die wachsende digitale Vernetzung, die Anwendung moderner Kommunikationsformen sowie die starke Bedeutung immer datenintensiverer, komplexerer und integrierterer Multimedia-Anwendungen in der Freizeit erfordern gemeinschaftlich hohe Bandbreiten. Smart Home, Health Monitoring, Video-on-Demand und digitale TV-Übertragungen in HD-Qualität, Videotelefonie und Videokonferenzen in HD-Qualität, Online-Gaming in Echtzeit, Cloudcomputing, Peer-to-Peer Networking, E-Learning und alle Formen von Online-Services sind solche zukunftsweisenden Produkte, um hier nur einige zu nennen.

- Weitere zusätzliche Ausbauegebiete mit FTTC (Fibre to the Curb), ergänzt um die Vectoring-Technologie, bieten NetCologne die Chance, Bandbreiten von bis zu 100 Mbit/s anzubieten, was eine Verdopplung der maximalen Geschwindigkeit darstellt, die die heute eingesetzte VDSL-Technik zu leisten im Stande ist. Der FTTC-Ausbau durch Eigenbau oder Ko-operation mit Städten, kommunalen Unternehmen und Energieversorgern, bietet einerseits erhöhte Chancen zur Sicherung des Kundenbestandes innerhalb des bestehenden Versorgungsgebietes; andererseits ermöglicht er die Erhöhung des Anschlussbestandes und zusätzlichen Deckungsbeiträgen in neuen Regionen.
- Es besteht bei Regulierungsentscheidungen grundsätzlich die Chance, dass die Bundesnetzagentur die Überlassungsentgelte für die Teilnehmer-Anschlussleitung (TAL) für den Bitstream-Zugang sowie für Terminierungsleistungen im Telefonnetz neu festlegt und sich daraus positive Effekte für die Geschäftsentwicklung ergeben.
- Die im TK-Netz der NetCologne eingeführten neueren Technologien sowie die Dienstplattform auf IP-Basis bieten Chancen für neue Produkte und Dienste. Daraus können sich Möglichkeiten zur Umsatzsteigerung oder zur Senkung laufender Kosten ergeben.

- Der wachsende Ausbau der FTTB-, FTTC- und HFC-Infrastrukturen macht die NetCologne als Vorleistungslieferant von BSA- (Bitstream Access) Leistungen für Wholesale-Partner zunehmend interessant. Die markteinheitliche Festlegung von Branchenstandards zu Prozessen und Schnittstellen wird von NetCologne in verantwortlicher Rolle mitgestaltet.
- Durch den Anteilskauf an der Haubner IT GmbH kann die NetCologne künftig Geschäftskunden neben den klassischen Telekommunikationsdienstleistungen auch IT-Services anbieten. NetCologne wird somit der verstärkten Nachfrage nach ICT-Komplettlösungen gerecht. Durch die Erweiterung des Produktportfolios unter anderem um Cloud-Dienste und Dienstleistungen rund um die IT-Sicherheit, ergeben sich in Form von „Cross-Selling“ Chancen, den Umsatz im Bereich Geschäftskunden der NetCologne nachhaltig zu steigern.

3.2. Risiken

Das Telekommunikationsgeschäft der NetCologne GmbH unterliegt mittelfristig folgenden Risiken:

- Beim Telekommunikationsmarkt handelt es sich um einen streng regulierten Markt, in dem die Bundesnetzagentur und zunehmend auch das Bundeskartellamt stark steuernd ein-greifen. Einzelne Regulierungsentscheidungen können geschäftshemmend ausfallen. Beispielsweise reduziert jede Absenkung der sogenannten Festnetz-Terminierungsentgelte die Umsätze pro Kunde. Es besteht grundsätzlich Unsicherheit darüber, wie künftige Regulierungsentscheidungen ausfallen.
- Der Markt für Telekommunikation ist weiterhin durch starken Wettbewerb, großen Preisdruck, zunehmenden Bandbreitenbedarf und hohe Wechselbereitschaft der Kunden geprägt. Dies kann zum Verlust von Umsatzerlösen, Marktanteilen sowie zu Margendruck bei einigen Produkten führen. So sind weiterhin sinkende durchschnittliche Umsätze pro Kunde für Internet und Telefonie zu erwarten. In der Vergangenheit konnte die Absenkung des Preisniveaus am Markt durch überproportionales Wachstum kompensiert werden. Angesichts eines hohen Sättigungsgrads, z.B. im klassischen DSL-Segment, ist diese Wachstumsdynamik inzwischen begrenzt.

Der starke Wettbewerb und die hohe Wechselbereitschaft der Kunden zwingen NetCologne zu höheren Aufwendungen sowohl für die Akquisition von Neukunden, als auch für die Kundenbindung. Erweisen sich die Maßnahmen als wenig effektiv, wird sich dies negativ auf das Ergebnis des Unternehmens auswirken.

Ferner besteht auch das Risiko der Substitution der klassischen Festnetztelefonie durch Telefonie über Mobilfunk, Social Media Plattformen oder über Fernsehkabel.

- Die Produkte der Informations- und Telekommunikationsbranche sind teilweise schnell-lebig und unterliegen einer hohen Komplexität und Dynamik. Dies führt bei der NetCologne zu einem permanenten Innovations- und Investitionsdruck bei verkürztem

Zeitfenster für die Amortisationsphase. Die Entscheidung für die Entwicklung zukunftsweisender und wettbewerbsfähiger Produkte sowie die anschließende Realisierung dieser Investitionsmaßnahmen stellt daher eine Herausforderung dar, verbunden mit dem Risiko von Sonderabschreibungen für „veraltete“ Technik abzulösender Produkte.

- Im Rahmen der weiteren Entwicklung der NetCologne GmbH muss sich das Unternehmen im Hinblick auf personelle wie investive Maßnahmen an der Wettbewerbsfähigkeit des Marktes messen. Daher können nachgelagerte temporäre Kapazitäts- aber auch Qualitätsprobleme nicht ausgeschlossen werden.
- Zur Gewährleistung des langfristigen Fortbestands der NetCologne GmbH hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem installiert, welches zum Ziel hat, sämtliche Risiken frühzeitig zu erkennen, systematisch zu erfassen und bewerten sowie anschließend Maßnahmen zur Risikoverminderung einzuleiten. Das Risikomanagementsystem orientiert sich sowohl an einer internen Risikorichtlinie der Gesellschaft als auch an der Risikorichtlinie des Gesellschafters. Die Risikoberichterstattung erfolgt auf Basis der vom Gesellschafter verabschiedeten Risikorichtlinie, in der die Verfahrensweise der Risikoanalyse und Berichterstattung festgelegt worden ist. Bestandteil der Risikorichtlinie ist die Erfassung neuer Risiken bzw. Aktualisierung bereits bestehender Risiken in regelmäßigen Zeitabständen durch die Fachbereiche und Führungskräfte in einem formalisierten Risikobericht. Der Risikobericht beschreibt die spezifischen Risiken und untersucht sie auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit hin. Die Quantifizierung und Einordnung der Risiken erfolgt gemäß den Vorgaben des Gesellschafters. Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von kleiner/gleich fünf Prozent werden als gering eingestuft, Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von größer fünf Prozent und kleiner/gleich zwanzig Prozent werden als mittel deklariert. Werte über zwanzig Prozent Eintrittswahrscheinlichkeit sind mit hoch eingestuft. Für die identifizierten Risiken wurden im Rahmen des Jahresabschlusses - soweit erforderlich - Rückstellungen gebildet.

In 2016 wurden zum Geschäftsjahresende insgesamt fünf Risiken identifiziert, welche als wesentlich eingestuft wurden. Von diesen fünf Risiken wurden jeweils drei Risiken mit mittleren Eintrittswahrscheinlichkeiten und zwei Risiken mit geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten bewertet. Das Schadensausmaß ist lediglich bei einem Risiko als bestandsgefährdend einzustufen (Schadenshöhe größer 10 Millionen Euro), die restlichen vier Risiken haben ein geringes Schadensausmaß (kleiner 10 Millionen Euro).

Als bestandsgefährdendes Risiko für die NetCologne GmbH ist ein möglicher längerfristiger Ausfall eines zentralen Technikstandorts identifiziert worden. Während die Eintrittswahrscheinlichkeit als äußerst gering eingeschätzt wird, ist eine mögliche Schadenshöhe aufgrund von Umsatz- und Kundenverlusten als bestandsgefährdend einzuschätzen. Durch den Abschluss einer Betriebsunterbrechungsversicherung in 2016 sowie weiterer Maßnahmen zur Absenkung des Risikos wie dem Aufbau technischer Redundanzen ist das Risikoausmaß für die NetCologne deutlich entschärft worden.

Auf Basis der Wirtschaftsplanung 2017 und der zur Verfügung stehenden Kreditlinien sind keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

Darüber hinaus bestehen Risiken aus der laufenden Geschäftstätigkeit heraus, die nicht als kritisch oder bestandsgefährdend eingestuft werden.

3.3. Prognose

Die flächendeckende Versorgung mit breitbandigem Internet kommt in Deutschland nur stockend voran. Die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele für 2014 und 2018 (75% bzw. 100% Abdeckung mit 50 Mbit/s) wurden bzw. werden absehbar verfehlt. Trotzdem steigen die im Netz transportierten Datenmengen und damit die von Geschäftskunden und Haushalten nachgefragten Anbindungskapazitäten weiter stetig. Daher gilt es weiterhin, die Glasfaserinfrastruktur in Richtung Teilnehmer zu erweitern, vorhandene Accessnetze sinnvoll zu integrieren und zu ertüchtigen. Demzufolge wird NetCologne im Rahmen der Multi-Access-Strategie die Flächendeckung des Glasfasernetzes im Stadtgebiet Köln weiter ergänzen, zusätzliche kompakte Wohnanlagen der Wohnungswirtschaft über hybride Glasfaser- und Koaxialnetze (HFC) erschließen sowie die FTTC-Abdeckung im Umland weiter erhöhen.

Eine besondere Rolle spielen dabei Kooperationen mit Kommunen und Partnern aus der Energiewirtschaft, die eine Nutzung von Synergien versprechen. Solche Kooperationsmodelle sind im Geschäftsjahr 2016 weiter erfolgreich etabliert worden und sollen künftig auf breiter Basis weiter forciert werden. In technologischer Hinsicht bietet das neue Vectoring-Verfahren gerade in ländlichen Bereichen die Chance, die Übertragungskapazitäten von Kupferanschlussnetzen weiter zu erhöhen.

Die neu geschaffenen Netzkapazitäten werden gleichermaßen für die Versorgung von Privatkunden, Geschäftskunden sowie für den Wholesalemarkt im Sinne des Open Access vermarktet. Auch beim Aufbau von Mobilfunknetzen der neuesten Generation (LTE) bieten die Glasfasernetze der NetCologne die Grundlage für leistungsfähige mobile Internetzugänge. NetCologne hat im Gegenzug das eigene Dienstleistungsportfolio im Mobilfunk durch die Intensivierung der Kooperationen mit Mobilfunkbetreibern erweitert. Zusätzlich zu schaffende Rechenzentrums-Kapazitäten werden der steigenden Nachfrage nach Cloud-Diensten gerecht werden.

Die neuen IP-Technologien sind im NetCologne-Netz eingeführt und können für neue innovative Anwendungen genutzt werden. Wichtige Ergänzung/Erweiterung der heutigen NGN-Strategie ist die zusätzliche Fokussierung hin zu Cloud-Diensten (Online Backup, Online Storage, ComCenter) und Media Services (Video on Demand, Interaktive Services, Gaming); letztere in Kooperation als Teil der neuen Wertschöpfungskette. Durch die Einführung von neuen innovativen IP-VDSL Access-Systemen im FTTC-Umfeld wird die Weiterentwicklung der NetCologne-Access-Strategie konsequent fortgesetzt.

Auch im FTTB-Umfeld werden Innovationen konsequent vorangetrieben. Mit Einführung von G.fast werden künftig Bandbreiten bis zu 1000 Mbit/s im FTTB-Bereich erwartet.

Ein Vergleich des Geschäftsjahres 2016 und des vorrausgegangenen Wirtschaftsplans 2016 zeigt im EBT eine deutliche Steigerung des Ergebnisses. Dies resultiert im Wesentlichen aus

einem Sondererlös (Vergleich mit der Telekom in Höhe von 8,6 Mio. €) im Geschäftsjahr 2016. Der Materialaufwand war unter anderem aufgrund höherer Netzbauaufwände (6,1 Mio. €) im Wesentlichen für den nicht in der Planung enthaltenen überregionalen FTTC-Ausbau im IST 2016 höher als im Wirtschaftsplan 2016 angenommen wurde. Für das Jahr 2017 rechnet die Gesellschaft im Wesentlichen aufgrund erheblicher Aufwendungen für weitere Kundenmigrationen auf schnellere Infrastruktur sowie für das geplante Kundenwachstum mit einem EBT von ca. 2,3 Mio. €. Aus den Planungsrechnungen ergibt sich für das Jahr 2017 eine Bilanzsumme von rund 301 Mio. € bei einem nominellen Eigenkapital von knapp 83 Mio. €. Daraus errechnet sich eine Eigenkapitalquote von rund 28%.

in T €	Wirtschaftsplan 2016	IST 2016	Wirtschaftsplan 2017
EBT	1.899	8.182	2.313

4. Öffentliche Zwecksetzung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gegenstand der NetCologne GmbH ist die Versorgung der Öffentlichkeit mit Telekommunikationsdienstleistungen aller Art unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden betrieblichen und technischen Ressourcen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Mit dem Bau von Hochleistungsnetzen wie FTTB, HFC sowie auch FTTC wird der Aufbau eigener Telekommunikations-Infrastruktur vorangetrieben. Mit dem Ausbau trägt die NetCologne entscheidend zum Standortvorteil und zur Attraktivität der Stadt und der Region bei.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
HAUBNER IT GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der HAUBNER IT GmbH

	2017 Tsd. €
ERFOLGSPLAN	
Umsatzerlöse	9.086
Sonstige betriebliche Erträge	76
Materialaufwand / Fremdleistungen	-3.829
Personalaufwand	-2.575
Abschreibungen	-195
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.111
Finanzergebnis	-3
Beteiligungsergebnis	0
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.449
Steuern	435
Jahresergebnis	1.014

FINANZPLAN

EINNAHMEN	
Jahresüberschuss lfd. Jahr	1.104
Eigenmittel aus Abschreibungen	195
Darlehensaufnahmen	0
Abbau (+) / Aufbau (-) von Liquidität	-565
Summe Einnahmen	644
AUSGABEN	
Investitionen (einschl. Deinvestitionen)	100
Gewinnausschüttung (Vj.-Ergebnis)	544
Summe Ausgaben	644

STELLENÜBERSICHT

	2017
Anzahl der Mitarbeiter	48

Bilanz der HAUBNER IT GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €
AKTIVA		
Anlagevermögen:		
Immaterielle Vermögensgegenstände	44	23
Sachanlagen	277	60
Finanzanlagen	0	0
Umlaufvermögen:		
Vorräte	0	43
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	839	688
Wertpapiere	2	0
Flüssige Mittel	1.004	48
Rechnungsabgrenzung	55	40
Bilanzsumme	2.222	903
PASSIVA		
Eigenkapital:		
Gezeichnetes Kapital	100	100
Jahresüberschuss	543	0
Bilanzgewinn	0	27
Rücklagen	0	0
Rückstellungen	439	287
Verbindlichkeiten	1.140	489
Bilanzsumme	2.222	903

GuV der HAUBNER IT GmbH

	31.12.2016	31.12.2015
	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	7.798	5.995
Sonst. betriebl. Erträge	111	83
Materialaufwand	-3.875	-2.577
Personalaufwand	-2.062	-1.759
Abschreibungen	-49	-36
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-1.093	-1.108
Zinserträge	2	4
Zinsaufwendungen	-6	-1
Ergebnis vor Steuern	828	602
Ertragsteuern	-281	-202
Sonst. Steuern	-3	-3
Jahresüberschuss	543	396

Lagebericht 2016
der
HAUBNER IT GmbH

1. Geschäftsmodell

Die Haubner IT GmbH, Köln, gegründet im Jahr 2000 (als Inhabergesellschaft seit 1993), befindet sich zu 70% im Eigentum der NetCologne GmbH, Köln, und zu 30% im Eigentum von Dipl.-Ing. Thomas Haubner. Das Unternehmen versorgt als erfolgreicher mittelständischer IT-Dienstleister Kunden ganzheitlich mit IT-Infrastruktur und –Services und betreibt ein eigenes Rechenzentrum.

Die Haubner IT GmbH ist in den Geschäftsfeldern Rechenzentrumsbetrieb, managed-IT-Services, IT-Projekte sowie Hard- und Softwarehandel aktiv. Das Leistungsangebot umfasst dabei die Beschaffung von Hardwarekomponenten und Softwarelizenzen, das Abwickeln einzelner IT-Projekte, die gesamtheitliche Betreuung der gesamten IT des Kunden vor Ort bis hin zum Bereitstellen von Cloud-basierten IT-Diensten aus dem eigenen Rechenzentrum. Der wesentliche Teil des Geschäftsvolumens besteht dabei aus kundenindividuellem Lösungsgeschäft und vertragsgebundenen IT-Services.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wies 2016 ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum auf. Dank der relativen Wettbewerbsstärke und einer sehr starken Binnennachfrage (die privaten Konsumausgaben stiegen um 2,6%) konnte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,9% gegenüber dem Vorjahreswert zulegen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland betrug in 2016 durchschnittlich rund 43,8 Mio. und stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 1% an. Die Arbeitslosenzahl ist von 2,92 Mio. registrierten Arbeitslosen im Januar 2016 auf 2,57 Mio. zum Jahresende gesunken. Dies entsprach einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5,8% auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen im Dezember 2016.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie eine Steigerung der Reallöhne um durchschnittlich 1,8% (3.Quartal 2016) gegenüber dem Vorjahresquartal sorgten für eine Zunahme der Konsumbereitschaft der privaten Haushalte und eine stabile Konjunktur in Deutschland. Die Zahl der überschuldeten Privatpersonen im Jahr 2016 ist relativ stabil geblieben. Die Schuldnerquote liegt bei 10,06% (2015: 9,92%); dies entspricht ca. 6,85 Mio. Haushalten in Deutschland.

Der Verbraucherpreisindex in Deutschland stieg insgesamt um 0,5%-Punkte. Preiserhöhungen sind in 9 Abteilungen des Preisindex zu verzeichnen. Preisrückgänge gab es u.a. im Verkehr sowie bei Energie und Nachrichtenübermittlung. Zur letzten Abteilung zählt auch die Telekommunikation. Dort gingen die Preise um 1,0%-Punkte zurück (Vorjahr: 1,3%-Punkte).

Die Entwicklung des 3-Monats-EURIBOR spiegelt die allgemein angespannte Wirtschaftslage einiger europäischer Länder wider. Der 3-Monats-EURIBOR ist seit Januar 2016 mit einem Monatsdurchschnittswert von -0,132% auf -0,313% im Dezember 2016 gestiegen.

Die IT- und Telekommunikationsbranche (inklusive digitaler Unterhaltungselektronik) ist nach wie vor ein bedeutender Faktor für die deutsche Volkswirtschaft. Nach Schätzung des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (Bitkom) setzte dieser Markt in 2016 ein Volumen von ca. EUR 160 Mrd. um und beschäftigte bei hoher Wertschöpfung rund 1.030.000 Personen.

Wachstumstreiber ist dabei die Informationstechnologie, die Bitkom zufolge 2016 um 3,6 Prozent auf 84 Milliarden Euro zulegen kann. Die Umsätze mit IT-Services, in denen sich der Trend zur Digitalisierung der Unternehmen besonders stark widerspiegelt, verzeichnen einen Anstieg um 2,7 Prozent auf 38,2 Milliarden Euro. Das Geschäft mit IT-Hardware legt laut Bitkom um 2,8 Prozent auf 24,3 Milliarden Euro zu.

2.2. Geschäftsverlauf 2016

In 2016 konnte die Haubner IT im dynamischen Marktumfeld für IT-Services ihren Wachstumspfad weiter fortsetzen und deutlich den Umsatz sowie das Ergebnis steigern.

Das Geschäftsjahr 2016 war dabei durch die folgenden Besonderheiten geprägt:

- Verkauf von 70% der Geschäftsanteile durch Dipl.-Ing. Thomas Haubner an die NetCologne GmbH
- Gewinn mehrerer Großkunden wie 1. FC Köln und Reclay GmbH gemeinsam mit dem Gesellschafter NetCologne GmbH
- Projekt zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit der NetCologne GmbH

Verkauf von 70% der Geschäftsanteile an die NetCologne GmbH

Im Juni 2016 hat Dipl.-Ing. Thomas Haubner, als bis dato alleiniger Gesellschafter der Haubner IT, 70% der Anteile an der Haubner IT GmbH an die NetCologne GmbH verkauft. Durch den Anteilsverkauf kann die Haubner IT gemeinsam mit der NetCologne GmbH als integrierter Anbieter von Telekommunikations- und IT-Services (ICT) am Markt agieren und so der steigenden Nachfrage nach ganzheitlichen ICT-Lösungen gerecht werden. Insbesondere durch die Vermarktung eigener Produkte an das Kundenpotenzial der NetCologne in Form von „Cross Selling“ und „Bundling“ sollen künftig weitere Geschäftspotenziale erschlossen werden. Zudem kann die Haubner IT eigene Kunden künftig auch mit Telekommunikationsleistungen aus dem Portfolio der NetCologne versorgen.

Gewinn der Großkunden 1. FC Köln und Reclay

Die Haubner IT ermöglichte mit dem eigenen Portfolio an IT-Leistungen der NetCologne den Gewinn eines Großauftrags zur ganzheitlichen Betreuung der IT- und Telekommunikationsinfrastruktur des 1. FC Köln. Das resultierende Projekt, das u.a. Glasfaserverbindungen, Rechenzentrumsleistungen, Hardware-Bereitstellung und managed-IT-Services umfasst, wurde Ende Oktober 2016 erfolgreich abgeschlossen.

Die Reclay Group, bereits Rechenzentrumskunde der NetCologne, beabsichtigte den Wechsel zu einem Dienstleister, der neben Rechenzentrumsleistungen auch Hardware-

Beschaffung und managed-IT-Services anbieten kann. Durch die Erweiterung der Leistungsbereiche um das Haubner IT Portfolio blieb die Reclay Group zum einen Rechenzentrumskunde bei NetCologne und konnte zum anderen von der Haubner IT Umsatz- und Ertragsmäßig entwickelt werden.

Projekt zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit der NetCologne GmbH

In der zweiten Jahreshälfte 2016 wurde mit der NetCologne ein gemeinsames Projekt gestartet, dass die Zusammenarbeit in den Bereichen Vertrieb, Produktmanagement, Marketing sowie Finanzen & Personal verbessern und somit erste Synergien realisieren sollte. In diesem Projekt wurden u.a. gemeinsame IT-Produkte entwickelt, die bei der Eröffnung des neuen NetCologne-Rechenzentrums vorgestellt wurden. Zudem wurde das Logo des Unternehmens modifiziert und verweist jetzt genau so wie die überarbeiteten Homepages der beiden Unternehmen auf die neue Partnerschaft. Darüber hinaus wurde SAP als künftiges Finanzsystem der Haubner IT implementiert.

2.3.Wirtschaftliche Lage

2.3.1. Ertragslage

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Jahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von TEUR 825 und konnte damit ihr Ziel (TEUR 817 Euro) leicht übertreffen. Im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 598) stieg das Ergebnis deutlich an. Hauptgrund für diesen Anstieg war insbesondere das deutliche Wachstum der Handelsumsätze und der konsequente Ausbau des Vertragsgeschäfts.

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf TEUR 7.798 und lagen um TEUR 1.803 über dem Vorjahreswert (5.995 TEUR). Die Überschreitung ist im Wesentlichen auf die erhöhten Umsätze aus dem Handelsgeschäft mit Hard- und Software zurückzuführen, die insbesondere durch den Gewinn der Großkunden 1.FC Köln, sowie Reclay erzielt werden konnten. Das Vertragsgeschäft entwickelte sich mit einem Zuwachs von TEUR 87 moderat positiv.

Die Fremdleistungen sind von TEUR 2.577 im Vorjahr auf TEUR 3.875 gestiegen. Wesentliche Ursache war der steigende Bedarf an kurzfristiger Arbeitskraft im IT-Dienstleistungssektor beim bestehenden Großkunden Birkenstock GmbH und der verstärkte Einkauf von Hard- und Software im Zusammenhang mit dem deutlichen Anstieg der Handelsumsätze.

Der Personalstand ist mit 39 Mitarbeitern zum Jahresende 2016 gegenüber dem Vorjahr (32 Mitarbeitern) angestiegen. Im Zuge dessen stieg der Personalaufwand von TEUR 1.758 im Vorjahr auf TEUR 2.062 im Jahr 2016.

Mit TEUR 1.081 lagen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahezu auf dem Vorjahresniveau (TEUR 1.105).

Das Investitionsvolumen für Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände und Finanzanlagen betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr TEUR 251 und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert (TEUR 45). Wesentlich war hier insbesondere die Investition in moderne

hyper-converged Technologie (Nutanix) für die Erbringung eigener Cloud-Dienste aus dem NetCologne-Rechenzentrum i.H.v. TEUR 217. Die Neuinvestitionen führten in Kombination mit dem bereits bestehenden Anlagenbestand zu erhöhten Abschreibungen in Höhe von TEUR 52 (Vorjahr TEUR 36).

Das Finanzergebnis betrug im abgelaufenen Jahr TEUR -3 (Vorjahr TEUR 3).

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag lagen im Geschäftsjahr bei TEUR 281 (Vorjahr TEUR 203).

2.3.2. Finanzlage

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab sich im Geschäftsjahr 2016 ein Mittelzufluss i. H. v. TEUR 994,6, welcher gegenüber dem Vorjahr um EUR 65,4 gestiegen ist.

Die Veränderungen im Nettoumlaufvermögen führen zu einem Mittelzufluss i. H. v. TEUR 13,1, im Vorjahr betrug dieser TEUR 273,2. Dieser Mittelzufluss war begründet durch eine Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR -118,8) und der Abnahme der Vorräte i. H. v. TEUR 42,8 sowie der Veränderung der sonstigen Vermögensgegenstände inklusive Rechnungs-abgrenzungsposten TEUR 89,2.

Auf der Passivseite ergab sich ein Mittelzufluss i. H. v. TEUR 240 (Vorjahr TEUR 85,9). Dieser Mittelzufluss resultiert aus der Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 47,3) sowie der Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 193,5; Vorjahr TEUR -45,6).

Aus der Zunahme von bilanzierten Rückstellungen, ergaben sich Zuflüsse i. H. v. TEUR 148,0 (Vorjahr TEUR 137,6).

Der Mittelanfluss aus der Investitionstätigkeit lag bei TEUR 251. Dies resultiert aus den Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. TEUR 251.

Im Bereich der Finanzierungstätigkeit kam es im Jahr 2016 insgesamt zu einem Mittelzufluss von TEUR 188,7 (Vorjahr Abfluss TEUR 900). Durch Tilgung von bestehenden Finanzverbindlichkeiten flossen TEUR 4,2 ab (Vorjahr TEUR 0,0) und durch Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter flossen zusätzlich nochmal TEUR 118,2 ab. Aus der Aufnahme von neuen Darlehen flossen der Gesellschaft TEUR 311,2 zu.

Die Gewinnausschüttung lag im Geschäftsjahr 2016 bei TEUR 26,6 (Vorjahr TEUR 950,0).

2.3.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Haubner IT GmbH nahm im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.319,5 auf TEUR 2.222,4 deutlich zu (Vorjahr TEUR 902,9).

Auf der Aktivseite nahmen die immateriellen Vermögenswerte um TEUR 21,3 auf TEUR 44,5 zu (Vorjahr 23,2). Die Sachanlagen erhöhten sich um TEUR 216,9 auf TEUR 277,3 (Vorjahr TEUR 60,3). Diese Zugänge resultierten aus der Tatsache, dass die im Geschäftsjahr 2016 vorgenommenen Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen um

TEUR 272,8 über den korrespondierenden Abschreibungen liegen (TEUR 49,0). Ebenfalls wirkten sich vorgenommene Anlagenabgänge (EUR 361,0) mindernd auf den Buchwert aus.

Das Vorratsvermögen sank gegenüber dem Vorjahr um TEUR 42,9 auf TEUR 0,0 (Vorjahr TEUR 42,9). Die in diesem Zusammenhang geleisteten Anzahlungen belaufen sich auf EUR 76,0 (Vorjahr TEUR 0,0).

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 239,5 auf TEUR 772,4 (Vorjahr TEUR 532,9) gestiegen.

Die liquiden Mittel erhöhten sich um TEUR 956,4 auf TEUR 1.004,4 (Vorjahr TEUR 48,0). Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital um TEUR 516,6 auf TEUR 643,2 (Vorjahr TEUR 126,6).

Die Rückstellungen erhöhten sich um TEUR 152,3 auf TEUR 439,1 (Vorjahr TEUR 286,8).

Die Verbindlichkeiten ggü. Verbundenen Unternehmen sind um TEUR 301,5 auf TEUR 301,5 (Vorjahr TEUR 0,0) gestiegen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen lagen mit TEUR 558,0 um TEUR 129,2 über dem Vorjahresniveau (Vorjahr TEUR 428,8).

Die sonstigen Verbindlichkeiten wurden mit TEUR 280,6 bilanziert (Vorjahr TEUR 60,6).

Mit einer Eigenkapitalquote von 28,9% (Vorjahr 14,0%) verfügte die Haubner IT GmbH über eine solide Kapitalausstattung.

2.3.4. Gesamtlage

Die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr war im Zuge steigender Nachfrage nach IT-Outsourcing, IT-Sicherheit und ganzheitlicher ITC-Services insgesamt positiv. Die Unternehmensziele hinsichtlich Umsatz und Ergebnis wurden erreicht. Sowohl Umsatz als auch Ergebnis konnten gegenüber den Vorjahreswerten deutlich gesteigert werden.

2.3.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Steuerungsgröße der Gesellschaft sind der Umsatz sowie das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT). Der Vergleich von Ergebnis und Prognose erfolgt unter dem Abschnitt Prognosebericht.

3. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

3.1. Chancen

Der Markt für IT-Dienstleistungen bietet für die Haubner IT GmbH trotz der herausfordernden Wettbewerbssituation, Chancen für weiteres Wachstum:

- Der Trend zum Outsourcing von Teilen oder der gesamten IT erreicht mittlerweile auch mittelständische und kleine Unternehmen in der Größenordnung von 10 bis 1000 Mitarbeitern. Diese sind Kernzielgruppe der Haubner IT GmbH, die in beiden Bereichen am resultierenden Marktwachstum partizipieren kann. Insbesondere der hohe Servicestandard mit bspw. einem dreizehn Stunden pro Tag erreichbaren User-Helpdesk und anschließender Rufbereitschaft Rund-um-die-Uhr an 365 Tagen bietet in diesem Marktsegment gegenüber vielen Wettbewerbern einen deutlichen Wettbewerbsvorteil.
- Die Bedeutung von IT- und Datensicherheit nimmt in der öffentlichen Wahrnehmung eine zunehmend große Rolle ein, so dass auch mittelständische Unternehmen verstärkt gezwungen sind, nach Möglichkeiten zu suchen, wie Risiken durch Datenverlust oder Angriffe von außen möglichst effizient verringert werden können. Durch das Angebot von Sicherheitsdienstleistungen, wie Firewallsysteme, Datenbackups sowie der Möglichkeit IT im eigenen Rechenzentrum der Muttergesellschaft NetCologne GmbH zu betreiben, kann die Haubner IT GmbH diese Nachfrage bedienen.
- Gegenüber dem Status Quo vor der Beteiligung der NetCologne GmbH an der Haubner IT, verfügt diese nun über erheblich größere Vermarktungsmöglichkeiten. Mögliche Synergien entstehen sowohl durch den Zugang zur erheblich größeren Kundenbasis der NetCologne GmbH, durch mögliches Cross-Selling durch den NetCologne-Vertrieb sowie durch die Einführung möglicher Produktbündel, die den Kunden gesamthaft mit Telekommunikations- sowie IT-Dienstleistungen versorgen.

3.2. Risiken

Das Geschäft der Haubner IT GmbH unterliegt mittelfristig folgenden Risiken:

- Momentan ist eine hohe Konzentration des Geschäftsvolumens auf einige wenige Kunden feststellbar. Der Verlust eines dieser Großkunden würde somit zu einem deutlichen Rückschlag für den eingeschlagenen Wachstumskurs führen. Die Haubner IT trägt diesen Risiken durch eine fortlaufende Verbreiterung der Kundenbasis sowie durch den vertrieblichen Schwerpunkt auf wiederkehrendes Vertragsgeschäft Rechnung, insbesondere bei Cloud- und On-Premise-Services.
- Das geplante Geschäftswachstum erfordert parallel auch ein entsprechendes Wachstum der Belegschaft. Die Rekrutierung von Fachkräften insbesondere im IT-Umfeld gestaltet sich jedoch zunehmend schwierig. Die Haubner IT ist dabei als kleiner, regionaler Arbeitgeber in besonderem Maße mit dem Fachkräftemangel konfrontiert. Verzögerungen bei der Personalrekrutierung können somit gegebenenfalls ein Wachstumshemmnis darstellen.
- Der sichere Betrieb des eigenen Rechenzentrums im Stammsitz der Haubner IT in Köln-Rodenkirchen ist dauerhaft problematisch, da die Räumlichkeiten baubedingt Risiken und Begrenzungen der Kapazität enthalten. Deshalb wird in den ersten beiden Quartalen 2017 ein fast vollständiger Umzug der Systeme – eigene, wie kundenseitige – ins Rechenzentrum von NetCologne nach Köln-Heimersdorf angestrebt. Neue Kunden werden grundsätzlich dort angesiedelt und betrieben.

3.3. Prognose

Ein Vergleich des Geschäftsjahres 2016 mit dem vorausgegangenen Wirtschaftsplan für 2016 zeigt ein Ergebnis vor Steuern über dem Niveau des Planwerts. Wie geplant erwirtschaftete die Gesellschaft ein EBT in Höhe von 0,8 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus deutlich höheren Handelsumsätzen in 2016. Zudem fiel der Personalaufwand leicht geringer aus als im Wirtschaftsplan 2016 angenommen. Für das Jahr 2017 rechnet die Gesellschaft mit weiterem deutlichem Umsatz- sowie Ergebniswachstum.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
NetAachen GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der NetAachen GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	34.864
Sonstige betriebliche Erträge	0
Kosten Fremdleistungen	-17.294
Personalaufwand	-4.529
Abschreibungen	-1.101
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.637
Finanzergebnis	-296
Beteiligungsergebnis	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.007
Steuern	-588
Jahresüberschuss	1.419

FINANZPLAN

EINNAHMEN

Jahresüberschuss lfd. Jahr	1.419
Eigenmittel aus Abschreibungen	1.101
Darlehensaufnahme	0
Abbau(+) / Aufbau (-) von Liquidität	104
 Summe Einnahmen	 2.624

AUSGABEN

Investitionen (einschl. Desinvestitionen)	707
Gewinnausschüttung (Vorjahresergebnis)	1.217
Darlehensstilgungen	700
 Summe Ausgaben	 2.624

STELLENÜBERSICHT

Personen

Gesamtzahl der Mitarbeiter	93

Bilanz der NetAachen GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Immaterielle Vermögensgegenstände	36	56	312	646	904
Sachanlagen	13.932	14.637	14.729	13.220	10.667
Finanzanlagen	0	0	0	0	60
Umlaufvermögen:					
Vorräte	1.798	1.830	1.841	6.107	5.180
Forderungen	4.830	7.234	5.981	4.499	3.889
Flüssige Mittel	3.227	2.205	2.521	1.377	2.282
Rechnungsabgrenzung	192	141	451	592	618
Bilanzsumme	24.016	26.104	25.835	26.442	23.602
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	30	30	30	30	30
Kapitalrücklage	8.428	8.428	8.428	8.428	8.428
Gewinnrücklage	0	1.705	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.766	1.596	1.705	1.805	630
Su.	11.760	11.760	10.164	10.263	9.088
Rückstellungen	2.071	1.874	2.894	1.938	1.299
Verbindlichkeiten	10.863	11.782	12.681	14.167	13.151
Rechnungsabgrenzung	858	688	96	73	64
Bilanzsumme	24.016	26.104	25.835	26.442	23.602

GUV der NetAachen GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Umsatzerlöse	34.872	34.491	36.073	33.602	32.914
Sonst. betriebl. Erträge	476	194	253	292	384
Materialaufwand	-17.212	-16.708	-18.037	-16.000	-16.848
Personalaufwand	-4.510	-4.646	-4.758	-4.705	-4.703
Abschreibungen	-1.161	-1.529	-1.552	-1.399	-1.410
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-9.493	-9.202	-9.168	-9.128	-9.504
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0
Finanzergebnis	-337	-345	-353	-186	-225
Ergebnis vor Steuern	2.635	2.371	2.457	2.477	606
Ertragsteuern	-853	-754	-736	-654	40
Sonstige Steuern	-16	-20	-16	-17	-17
Jahresüberschuss bzw. - fehlbetrag	1.766	1.596	1.705	1.805	630

Lagebericht 2016
der
NetAachen GmbH

1. Geschäftsmodell

Die NetAachen GmbH wurde im Rahmen eines Joint Venture-Vertrages zwischen der NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Köln (Anteil 84% an der NetAachen GmbH) und der Stadtwerke Aachen AG, Aachen (Anteil 16% an der NetAachen GmbH) mit Wirkung zum 01. Januar 2009 gegründet. Oberstes Mutterunternehmen ist die Stadtwerke Köln GmbH, Köln, in deren Konzernabschluss die NetAachen einbezogen wird.

NetAachen ist ein regionales Telekommunikationsunternehmen mit Sitz in Aachen; das Betätigungsgebiet umfasst den Kreis Heinsberg, die Stadt Aachen, die Städteregion Aachen sowie Stadt und Kreis Düren. Weiterhin ist NetAachen an der NetRegio GmbH, Köln, mit 0,1% beteiligt.

NetAachen ist in den Geschäftsfeldern Privatkunden, Geschäftskunden und Wohnungswirtschaft aktiv. Die Produktpalette umfasst Telefonieprodukte und -dienstleistungen, Mobilfunk, Internetprodukte und -dienstleistungen, Datendienste und TV-Versorgung.

NetAachen verfügt über eine eigene Netz-Infrastruktur und vermarktet im Kundengeschäft u.a. Vorprodukte des Hauptgesellschafters NetCologne. Diese werden ergänzt durch eigene Dienstleistungen und Infrastrukturangebote, insbesondere im Geschäftsfeld Geschäftskunden. Neben dem eigenen glasfaserbasierten Breitbandnetz verfügt NetAachen über weitere Netz-Infrastruktur durch Anmietung und Nutzung bei den beiden Gesellschaftern und anderer kommunaler Netzbetreiber. Dies auch vor dem Hintergrund, die Unabhängigkeit von Teilnehmeranschlussleitungen der Deutschen Telekom AG weiter zu forcieren.

Über den Mehrheitsgesellschafter NetCologne ist NetAachen auch in den Segmenten Wholesale & Kooperation aktiv. Die Aktivitäten der NetCologne für die NetAachen insgesamt sind in Dienstleistungsverträgen zwischen den beiden Unternehmen geregelt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wies 2016 ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum auf. Dank der relativen Wettbewerbsstärke und einer sehr starken Binnennachfrage (die privaten Konsumausgaben stiegen um 2,6%) konnte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,9% gegenüber dem Vorjahreswert zulegen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland betrug in 2016 durchschnittlich rund 43,8 Mio. und stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 1 % an. Die Arbeitslosenzahl ist von 2,92 Mio. registrierten Arbeitslosen im Januar 2016 auf 2,57 Mio. zum Jahresende gesunken. Dies entsprach einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5,8% auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen im Dezember 2016.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie eine Steigerung der Reallöhne um durchschnittlich 1,8% (3.Quartal 2016) gegenüber dem Vorjahresquartal sorgten für eine Zunahme der Konsumbereitschaft der privaten Haushalte und eine stabile Konjunktur in

Deutschland. Die Zahl der überschuldeten Privatpersonen im Jahr 2016 ist relativ stabil geblieben. Die Schuldnerquote liegt bei 10,06% (2015: 9,92%); dies entspricht ca. 6,85 Mio. Haushalten in Deutschland.

Der Verbraucherpreisindex in Deutschland stieg insgesamt um 0,5%-Punkte. Preiserhöhungen sind in 9 Abteilungen des Preisindex zu verzeichnen. Preisrückgänge gab es im Verkehr sowie bei Energie und Nachrichtenübermittlung. Zur letzten Abteilung zählt auch die Telekommunikation. Dort gingen die Preise um 1,0%-Punkte zurück (Vorjahr: 1,3%-Punkte).

Die Entwicklung des 3-Monats-EURIBOR spiegelt die allgemein angespannte Wirtschaftslage einiger europäischer Länder wider. Der 3-Monats-EURIBOR ist seit Januar 2016 mit einem Monatsdurchschnittswert von -0,132% auf -0,313% im Dezember 2016 gestiegen.

Die IT- und Telekommunikationsbranche (inklusive digitaler Unterhaltungselektronik) ist nach wie vor ein bedeutender Faktor für die deutsche Volkswirtschaft. Nach Schätzung des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) setzte dieser Markt in 2016 ein Volumen von ca. EUR 160 Mrd. um und beschäftigte bei hoher Wertschöpfung rund 1.030.000 Personen.

Aus einer Studie der Beratungsgesellschaft DIALOG CONSULT und des Branchenverbands VATM geht hervor, dass der nationale Umsatz für Telekommunikationsdienste inkl. TV in 2016 um 0,8 % auf EUR 60,5 Mrd. leicht gestiegen ist. Die Bereiche Breitband-Kabelnetz sowie TK-Festnetz trugen im Wesentlichen zu der positiven Umsatzentwicklung bei. In Summe erzielten Sie eine Umsatzsteigerung von rd. EUR 0,6 Mrd. (+1,8 % gegenüber Vorjahr). Ein Grund für diese Entwicklung ist unter anderem die leicht steigende Anzahl an Breitbandanschlüssen in Höhe von 31,2 Mio (+1,6 % gegenüber Vorjahr). Der Bereich Mobilfunk hingegen sank leicht um 0,1 Mrd. gegenüber dem Vorjahr.

2.2. Geschäftsverlauf 2016

In 2016 konnte sich die NetAachen GmbH in einem nach wie vor schwierigen, dynamischen und hochregulierten Telekommunikationsmarktumfeld, das durch intensiven Wettbewerb und hohen Preisdruck gekennzeichnet ist, erfolgreich behaupten.

Das Geschäftsjahr 2016 war durch folgende Besonderheiten geprägt:

- Weiterer Ausbau FttC (Fibre to the Curb)
- Bitstream Access

FttC

Der Glasfaserausbau bis ins Gebäude (FttB) ist in Gebieten bei geringer Einwohnerdichte - speziell im ländlichen Raum, aber auch im Stadtrandgebiet – aktuell nicht wirtschaftlich darstellbar. Als sinnvolle Alternative bzw. Vorstufe dazu hat sich die Ausbautechnologie FttC - Glasfaserausbau bis zum Kabelverzweiger - bewährt.

Die neuen Netze ermöglichen eine Breitbandversorgung in Kombination mit dem Einsatz der VDSL-Vectoring-Technologie mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s und sind ein zunehmend starker Standortfaktor für Städte und Gemeinden. Für den Vectoring-Ausbau hat die Bundesnetzagentur Regeln für die Erschließung durch einen ersten Netzbetreiber inkl. Vorleistungsverpflichtung auf Bitstream Access für andere Netzbetreiber erlassen.

In 2016 konnten weitere FttC-Ausbauprojekte im Aachener Süden und in Alsdorf sowie in Übach-Palenberg-Holthausen und im Gewerbegebiet Aachener Kreuz mit in Summe ca. 18.000 Haushalten und Gewerbeeinheiten abgeschlossen werden. In Baesweiler wurde ein weiteres Projekt mit ca. 8.400 Haushalten bearbeitet. Der Abschluss erfolgt zu Beginn des Jahres 2017. Der Ausbau erfolgte teils in Eigenregie, teils mit einem Kooperationspartner.

Weitere Ausbauprojekte in Aachen (Eilendorf, Laurensberg, Richterich, Schmithof, Sief, Hahn, Friesenrath) mit in Summe ca. 26.500 Haushalten und Gewerbeeinheiten sind für 2017 in Arbeit.

Bitstream Access

Um auch in Gebieten, in denen aufgrund der Vectoring-Entscheidung ein anderer Netzbetreiber den VDSL-Ausbau voran treibt, eigene Endkundenprodukte anbieten zu können und damit den Wechsel der Kunden zu anderen Netzbetreiber zu vermeiden werden seit Ende 2014 Kundenzugänge mit einer Bandbreite von bis zu 100 Mbit/s auch über Bitstream Access als Vorprodukt realisiert. In 2016 hat die Deutsche Telekom weitere Gebiete mit VDSL erschlossen, in denen damit für die NetAachen das Vorprodukt zur Verfügung steht.

2.3. Wirtschaftliche Lage

2.3.1. Ertragslage

Die NetAachen GmbH konnte im Geschäftsjahr 2016 in einem Marktumfeld, das weiterhin durch starken Wettbewerb geprägt ist, die Ergebnisse der beiden Vorjahre trotz massivem Netzausbau stabil halten.

Die Gesamtleistung der Gesellschaft stieg in 2016 im Vergleich zum Vorjahr (Vj.) um TEUR 546 auf TEUR 35.348 (Vj. TEUR 34.802).

Davon entfallen auf die Produktlinien

Breitband:	TEUR	8.147 (Vorjahr TEUR 10.621)
NetPhone:	TEUR	6.551 (Vorjahr TEUR 6.568)
NetLine:	TEUR	5.533 (Vorjahr TEUR 6.007)
NetDSL/NetOnline:	TEUR	3.819 (Vorjahr TEUR 3.497)
NetTV:	TEUR	1.170 (Vorjahr TEUR 1.163)
Cable:	TEUR	1.251 (Vorjahr TEUR 1.221)
FttC:	TEUR	2.479 (Vorjahr TEUR 1.119)
FttB:	TEUR	1.248 (Vorjahr TEUR 1.049)
BSA:	TEUR	958 (Vorjahr TEUR 214)

Die Umsatzerlöse lagen im Wesentlichen aufgrund höherer Umsätze im Privatkundengeschäft und im Netzbau über dem geplanten Zielniveau.

Der Materialaufwand beträgt TEUR 17.212 (Vj. TEUR 16.708) und liegt mit - TEUR 64 fast auf Planniveau. Damit ergibt sich ein Rohertrag von TEUR 18.136 (Vj. 18.094) und eine Erhöhung von 0,2% zum Vorjahr. Die Rohertragsquote beträgt 51,3% und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (52,0%) um 0,7 Prozentpunkte. Dies ist auf die gestiegenen Netzbauaktivitäten im Vergleich zum Vorjahr mit geringer Marge zurückzuführen.

Der Personalstand (einschl. Geschäftsführer) zum Jahresende beträgt 95 Mitarbeiter (Vj. 99 Mitarbeiter). Der entsprechende Bestand an Personalkapazitäten beträgt 84,03 (Vj. 90,06) und damit rund 9,5 unterhalb der Personalplanung. Der Personalaufwand inklusive Sozialabgaben beträgt in 2016 TEUR 4.510 (Vj. TEUR 4.646), das sind 4,7% weniger als in der Planung vorgesehen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr TEUR 9.493 (Vj. TEUR 9.202). Im Vergleich zur Planung wurden TEUR 77 höhere Ausgaben getätigt. Die Überschreitung betrifft vor allem die Externen Dienste und die Forderungsausfälle.

Wesentliche Posten beim sonstigen betrieblichen Aufwand sind die Dienstleistungsverträge mit NetCologne (TEUR 5.316, Vj. TEUR 5.297), Werbe- und Sponsoringaufwendungen (TEUR 1.272, Vj. TEUR 1.333), Händlerprovisionen (TEUR 140, Vj. TEUR 347) und externe Dienste (TEUR 729, Vj. TEUR 394).

Aus den vorstehenden Aufwands- und Ertragsposten ergibt sich ein operatives Ergebnis vor Abschreibung, Zinsen/Finanzaufwand, und Steuern EBITDA von TEUR 4.133 (Vj. TEUR 4.245). Dies entspricht einer Reduzierung des EBITDA um 2,6% zum Vorjahr.

Das Investitionsvolumen für Sachanlagen und immaterielles Vermögen beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr TEUR 571 (Vj. TEUR 1.206). Wesentliche Investitionsprojekte waren der Glasfaserausbau in der Stadt Aachen und kunden- bzw. projektbezogener Netzbau.

Die Investitionen führen in Kombination mit dem bereits bestehenden Anlagenbestand zu Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.161 (Vj. TEUR 1.529). Per Saldo verringerte sich das Anlagevermögen um TEUR 725 auf TEUR 13.969 (Vj. TEUR 14.694).

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -337 (Vj. TEUR -345) und ist um TEUR 20 schlechter als geplant. Der Zinsaufwand resultiert im Wesentlichen aus der Bedienung bestehender Darlehen aus Vorjahren.

Damit ergibt sich ein Ergebnis vor Ertragssteuern, dass mit TEUR 2.636 um TEUR 265 über Vorjahresniveau (TEUR 2.371) liegt. Das Ergebnisziel i. H. v. TEUR 1.012 vor Steuern konnte damit deutlich übertroffen werden.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen im Geschäftsjahr TEUR 853 (Vj. TEUR 754), die sonstigen Steuern TEUR 16 (Vj. TEUR 20).

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von TEUR 1.766 (Vj. TEUR 1.596).

2.3.2. Finanzlage

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergibt sich im Geschäftsjahr 2016 ein Mittelzufluss i. H. v. TEUR 3.391 (Vj. TEUR 3.349), welcher gegenüber dem Vorjahr um TEUR 42 gestiegen ist.

Die Veränderungen im Nettoumlaufvermögen führen zu einem Mittelzufluss i. H. v. TEUR 185, nach einem Zufluss i. H. v. TEUR 706 im Vorjahr. Aus der Abnahme von bilanzierten Verbindlichkeiten ergibt sich ein Mittelabfluss i. H. v. TEUR 49, nach einem Zufluss im Geschäftsjahr 2015 i. H. v. TEUR 523.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit liegt bei TEUR 567 (Vj. Abfluss TEUR 1.197).

Im Bereich der Finanzierungstätigkeit kam es im Jahr 2016 zu einem Mittelabfluss von TEUR 1.802 (Vj. Abfluss TEUR 2.468). Aufgrund von Tilgungen von bestehenden Finanzverbindlichkeiten ergibt sich ein Mittelabfluss i. H. v. TEUR 700 (Vj. TEUR 830). Des weiteren erfolgte ein Mittelzufluss i. H. v. TEUR 2.199 nach einem Abfluss im Vorjahr i. H. v. TEUR 1.638 gegenüber der Stadtwerke Köln GmbH. Die Gewinnausschüttung lag im Geschäftsjahr 2016 bei TEUR 3.302 (Vorjahr TEUR 0).

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit liegt bei TEUR 567 (Vj. Abfluss TEUR 1.197).

Im Bereich der Finanzierungstätigkeit kam es im Jahr 2016 zu einem Mittelabfluss von TEUR 1.802 (Vj. Abfluss TEUR 2.468). Aufgrund von Tilgungen von bestehenden Finanzverbindlichkeiten ergibt sich ein Mittelabfluss i. H. v. TEUR 700 (Vj. TEUR 830). Des weiteren erfolgte ein Mittelzufluss i. H. v. TEUR 2.199 nach einem Abfluss im Vorjahr i. H. v. TEUR 1.638 gegenüber der Stadtwerke Köln GmbH. Die Gewinnausschüttung lag im Geschäftsjahr 2016 bei TEUR 3.302 (Vorjahr TEUR 0).

2.3.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der NetAachen beträgt TEUR 24.016 (Vj. TEUR 26.104).

Die Aktivseite besteht mit TEUR 13.969 (Vj. TEUR 14.694) zu 58,2 % (Vj. 56,3 %) aus Anlagevermögen und mit TEUR 9.856 (Vj. TEUR 11.270) zu 41,0 % (Vj. zu 43,2 %) aus Umlaufvermögen, die restlichen 0,8 % (Vj. 0,5 %) sind aktive Rechnungsabgrenzungsposten.

Das Anlagevermögen verteilt sich im Wesentlichen auf das firmeneigene Grundstück und Gebäude mit TEUR 1.811 (Vj. TEUR 1.876) und andere Anlagen TEUR 619 (Vj. TEUR 779). Das Anlagevermögen für technische Anlagen erhöhte sich aufgrund der Fertigstellung weiterer FttB-Ausbaugelände auf TEUR 10.849 (Vj. TEUR 11.491).

Die Vorräte sanken leicht auf einen Bestand i.H.v. TEUR 1.798 (Vj. TEUR 1.830). Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sanken von 3.365 TEUR aus dem Vorjahr um TEUR 2.196 auf TEUR 1.169.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sanken auf TEUR 3.633 (Vj. TEUR 3.827). Der Bestand an liquiden Mitteln außerhalb der Konzernverrechnung beträgt TEUR 3.227 (Vj. TEUR 2.205).

Die Eigenkapitalquote verminderte sich auf 42,6 % (Vj. 45,0 %) aufgrund des gesunkenen Eigenkapitals.

Die Steuerrückstellungen betragen TEUR 92 (Vj. TEUR 84).

Die sonstigen Rückstellungen betragen TEUR 1.979 (Vj. TEUR 1.790). Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Erhöhung der übrigen Rückstellungen (+ TEUR 93) sowie der Erhöhung der Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen (+ TEUR 96).

Finanzverbindlichkeiten bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 8.700 (Vj. TEUR 9.400). In 2016 wurden keine neuen Darlehen aufgenommen; bestehende Darlehen wurden im Rahmen der Darlehensvereinbarungen planmäßig getilgt.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 1.874 (Vj. TEUR 2.004). Die sonstigen Verbindlichkeiten werden mit TEUR 289 (Vj. TEUR 378) bilanziert.

2.3.4. Gesamtlage

Die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr war insgesamt trotz schwieriger Rahmenbedingungen positiv. Die Unternehmensziele wurden erreicht und im Ergebnis deutlich übertroffen.

2.3.5. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Steuerungsgröße der Gesellschaft ist das Ergebnis vor Steuern (EBT). Außerdem gehören der Umsatz pro Kunde sowie die Rohertragsmarge zu den weiteren wesentlichen Steuerungsgrößen. Der Vergleich von Ergebnis und Prognose erfolgt unter dem Abschnitt Prognosebericht.

Die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft zeigt sich nicht nur in wirtschaftlichen Kennzahlen. Um in einem wettbewerbsintensiven Umfeld weiterhin bestehen zu können, werden Service- und Qualitätsstandards definiert, welche kontinuierlich überwacht und fortentwickelt werden.

3. Nachtragsbericht

Nach dem Ende des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse eingetreten, die eine besondere Bedeutung auf die Finanz- und Vermögenslage der NetAachen GmbH haben.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1. Chancen

Der Telekommunikationsmarkt bietet für NetAachen mittelfristig, trotz starken Wettbewerbs und weiterhin anhaltendem Preisdrucks, Chancen für eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung:

- NetAachen als lokaler Anbieter im regionalen Markt Aachen, Düren und Heinsberg hat durch Präsenz vor Ort nach wie vor die Chance einer langfristigen Kundenbindung mit hohem Identifikationspotenzial.
- Mit eigenem FttB- und Kabel-Netz HFC (Hybrid Fiber Coax) in der Stadt Aachen ist NetAachen für den wachsenden Bandbreitenbedarf in der Zukunft gut gerüstet. Im Kabel-Netz werden mittlerweile Bandbreiten bis zu 400 Mbit/s angeboten. Die eigene Hochleistungsinfrastruktur führt im streng regulierten TK-Markt zu stabilen Entgelten und vermindert die Abhängigkeit von der Deutschen Telekom. Dies wird ergänzt durch FttC-Netze und die Möglichkeiten Bandbreite über Bitstream Access von Vorlieferanten einzukaufen.

Der Markt unterliegt nach wie vor einer hohen Dynamik und ist offen für neue, an den Bedürfnissen der Kunden orientierte Produkte. Eine Vielzahl von Lebensbereichen bietet hier zusätzliches Wachstumspotential. Die wachsende digitale Vernetzung, die Anwendung moderner Kommunikationsformen sowie die starke Bedeutung immer datenintensiverer, komplexerer und integrierter Multimedia-Anwendungen in der Freizeit erfordern gemeinschaftlich hohe Bandbreiten. Smart Home, Health Monitoring, Video-on-Demand und digitale TV-Übertragungen in HD-Qualität, Videotelefonie und Videokonferenzen in HD-Qualität, Online-Gaming in Echtzeit mit Bewegtbilddarstellung in HD-Qualität, Cloudcomputing, Peer-to-Peer Networking, E-Learning und alle Formen von Online-Services sind solche zukunftsweisenden Produkte, um hier nur einige zu nennen.

- Der FttC (Fibre to the Curb)-Ausbau ergänzt um die Vectoring-Technologie bietet NetAachen die Chance, Bandbreiten mindestens von bis zu 100 Mbit/s anzubieten, was eine Verdoppelung der maximalen Geschwindigkeit darstellt, die heute die eingesetzte VDSL-Technik bewirkt. Die höheren Übertragungsraten sind auf die Reduzierung der gegenseitigen Störungen (Übersprechen) der Adernpaare eines TK-Kabels zurückzuführen. Der FttC-Ausbau durch Eigenbau oder Kooperation mit Städten, kommunalen Unternehmen und Energieversorgern, ermöglichen einerseits die Sicherung des Kundenbestandes innerhalb des bestehenden Versorgungsgebietes, andererseits die Erhöhung des Anschlussbestandes mit Skaleneffekten und zusätzlichen Deckungsbeiträgen in neuen Regionen.
- Bei Regulierungsentscheidungen besteht die Chance, dass die Bundesnetzagentur Entgelte für Vorleistungen wie Teilnehmer-Anschlussleitung (TAL), Festnetz- und Mobilfunkterminierung sowie Bitstream-Zugang im Sinne eines stärkeren Wettbewerbs reguliert bzw. neu festlegt und sich daraus positive Effekte für die Geschäftsentwicklung ergeben.

- Der wachsende Ausbau der FTTB-, FTTC- und HFC-Infrastrukturen macht die NetAachen als Vorleistungslieferant von BSA- (Bitstream Access) Leistungen für Wholesale-Partner zunehmend interessant. Die markteinheitliche Festlegung von Branchenstandards zu Prozessen und Schnittstellen wird von der Muttergesellschaft NetCologne in verantwortlicher Rolle mitgestaltet.
- Die im TK-Netz der NetAachen eingeführten neueren Technologien und die Dienstplattform auf IP-Basis bieten Chancen für neue Produkte und Dienste. Daraus können sich auch Möglichkeiten zur Senkung laufender Kosten und zur Umsatzsteigerung ergeben.
- Durch den Anteilskauf der Muttergesellschaft NetCologne an der Haubner IT GmbH kann die NetAachen künftig Geschäftskunden neben klassischen Telekommunikationsdienstleistungen auch IT-Services anbieten. NetAachen wird somit der verstärkten Nachfrage nach ICT-Komplettlösungen gerecht. Die Erweiterung des Produktportfolios unter anderem um Cloud-Dienste und Dienstleistungen rund um die IT-Sicherheit bietet die Chance, den Umsatz der NetAachen zu steigern.

4.2. Risiken

Das Telekommunikationsgeschäft der NetAachen unterliegt mittelfristig folgenden Risiken:

- Beim Telekommunikationsmarkt handelt es sich um einen regulierten Markt, in dem die Bundesnetzagentur und zunehmend auch das Bundeskartellamt stark steuernd eingreifen. Es besteht das Risiko, dass Regulierungsentscheidungen negative Wirkungen auf die Geschäftsentwicklung haben können. Beispielsweise reduziert jede Absenkung der sogenannten Festnetz-Terminierungsentgelte die Umsätze pro Kunde. Es besteht grundsätzlich Unsicherheit darüber, wie künftige Regulierungsentscheidungen ausfallen können.
- Der Markt für Telekommunikation unterliegt bisher einer sehr hohen Dynamik. Er ist geprägt durch einen sehr starken Wettbewerb, großem Preisdruck, zunehmenden Bandbreitenbedarf und hohe Wechselbereitschaft der Kunden. Dies kann zum Verlust von Umsatzerlösen, Marktanteilen und zu Margendruck bei einigen Produkten führen. Bisher konnten Preisminderungen am Markt durch überproportionales Wachstum kompensiert werden. Angesichts eines hohen Sättigungsgrads, z. B. im DSL-Markt, ist diese Wachstumsdynamik inzwischen begrenzt.

Der starke Wettbewerb und die hohe Wechselbereitschaft der Kunden zwingen NetAachen zu höheren Aufwendungen für Maßnahmen zur Akquisition von Neukunden als auch für die Kundenbindung. Erweisen sich diese Maßnahmen als wenig effektiv, kann sich dies negativ auf das Ergebnis des Unternehmens auswirken.

Ferner besteht das Risiko der Substitution von klassischer Festnetztelefonie durch Telefonie über Mobilfunk, über Internet oder über Fernsehkabel.

- Telekommunikations- und IT-Produkte sind teilweise schnelllebig und unterliegen einer hohen Dynamik. Hieraus resultiert für NetAachen ein hoher Innovations- und Investitionsdruck bei deutlich verkürztem Zeitfenster für die Amortisationsphase. Die

Entscheidung für die Entwicklung zukunftsweisender und wettbewerbsfähiger TK-Produkte sowie die anschließende Realisierung dieser Investitionsmaßnahmen stellt daher eine Herausforderung dar, verbunden mit dem Risiko von Sonderabschreibungen für „veraltete“ Technik abzulösender Produkte.

- Im Rahmen der weiteren Entwicklung der NetAachen muss sich das Unternehmen im Hinblick auf personelle wie investive Maßnahmen an der Wettbewerbsfähigkeit des Marktes messen. Daher können nachgelagerte, temporäre Kapazitäts- oder Qualitätsprobleme nicht ausgeschlossen werden.

Zur Gewährleistung des langfristigen Fortbestands der NetAachen hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem installiert, welches sämtliche Risiken frühzeitig erkennt, systematisch erfasst und bewertet sowie anschließend Maßnahmen zur Risikoverminderung einleitet. Die Risikoberichterstattung erfolgt auf Basis der internen Risikorichtlinie, in der die Verfahrensweise der Risikoanalyse und Berichterstattung festgelegt worden ist. Bestandteil der Risikorichtlinie ist die Erfassung neuer Risiken bzw. Aktualisierung bereits bestehender Risiken in regelmäßigen Zeitabständen durch die Fachbereiche und Führungskräfte in einem formalisierten Risikobericht. Der Risikobericht beschreibt die spezifischen Risiken und untersucht sie auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit hin.

Für die internen Risiken wurden im Rahmen des Jahresabschlusses - soweit erforderlich - Rückstellungen gebildet. Bestandsgefährdende Risiken für NetAachen sind aktuell nicht zu erkennen. Auf Basis der Wirtschaftsplanung 2017 und der zur Verfügung stehenden Kreditlinien und Darlehen sind keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

4.3. Prognose

Die flächendeckende Versorgung mit breitbandigem Internet kommt in Deutschland nur stockend voran. Das von der Bundesregierung formulierte Ausbauziel für 2018 (100 % Abdeckung mit 50 Mbit/s) wird voraussichtlich nicht vollständig erfüllt. Trotzdem steigen die im Netz transportierten Datenmengen und damit die von Geschäftskunden und Haushalten nachgefragten Anbindungskapazitäten weiter stetig. Daher gilt es weiterhin, die Glasfaserinfrastruktur in Richtung Teilnehmer zu erweitern, vorhandene Accessnetze sinnvoll zu integrieren und zu ertüchtigen. Demzufolge wird NetAachen im Rahmen der Multi-Access-Strategie die Flächendeckung des Glasfasernetzes im Wirkungsgebiet weiter ausbauen, zusätzliche kompakte Wohnanlagen der Wohnungswirtschaft über hybride Glasfaser- und Koaxialnetze (HFC) erschließen sowie weitere FttC-Ausbauprojekte in Aachen und im Umland voran treiben.

Eine besondere Rolle spielen dabei Kooperationen mit Kommunen und Partnern aus der Energie- und Telekommunikationswirtschaft, die eine maximale Nutzung von Synergien versprechen. Solche Kooperationsmodelle sind im Geschäftsjahr 2016 weiter erfolgreich forciert worden. In technologischer Hinsicht bietet das neue Vectoring-Verfahren gerade in ländlichen Bereichen die Chance, die Übertragungskapazitäten von Kupferanschlussnetzen weiter zu erhöhen.

Die neu geschaffenen Netzkapazitäten werden gleichermaßen für die Versorgung von Privatkunden, Geschäftskunden sowie für den Wholesalemarkt im Sinne des Open Access vermarktet. Auch beim Aufbau von Mobilfunknetzen der neuesten Generation (LTE) bieten

die Glasfasernetze der NetAachen die Grundlage für leistungsfähige mobile Internetzugänge. NetAachen wird im Gegenzug das eigene Dienstleistungsportfolio im Mobilfunk durch die Intensivierung der Kooperationen mit Mobilfunkbetreibern erweitern.

Die neuen IP-Technologien sind im NetAachen-Netz eingeführt und können für neue innovative Anwendungen genutzt werden. Wichtige Ergänzung / Erweiterung der heutigen NGN-Strategie ist die zusätzliche Fokussierung hin zu Cloud-Diensten (Online Backup, Online Storage, ComCenter) und Media Services (Video on Demand, Interaktive Services, Gaming), letztere in Kooperation als Teil der neuen Wertschöpfungskette. Durch Einführung von neuen innovativen IP-VDSL Access-Systemen im FttC-Umfeld wird die Weiterentwicklung der NetAachen-Access-Strategie konsequent fortgesetzt.

Auch im FttB-Umfeld wird die Innovation nachhaltig weiter konsequent vorangetrieben. Mit Einführung von G.Fast werden künftig Bandbreiten bis zu 1000 Mbit/s im FttB-Bereich möglich sein.

Der planmäßige weitere Ausbau des Glasfasernetzes führt auch in den nächsten Jahren zu einem spürbaren Investitionsvolumen. Die Investitionen werden langfristig finanziert nach Fertigstellung von Ausbaugebieten oder als Umlandnetze verkauft und anschließend angemietet. Die weitere Investitionstätigkeit kann zu Bilanzverlängerungen in den nächsten Jahren mit der Folge einer leicht sinkenden Eigenkapitalquote führen.

Die Marktposition wird im NetAachen-Anschlussgebiet weiter ausgebaut werden, vor allem in den eigenen Ausbaugebieten.

Ein Vergleich des Geschäftsjahres 2016 und des vorausgegangenen Wirtschaftsplans 2016 zeigt im EBT eine deutliche Steigerung des Ergebnisses. Statt eines geplanten EBT in 2016 von TEUR 1.012 erwirtschaftete die Gesellschaft ein EBT in Höhe von TEUR 2.636. Dies resultiert im Wesentlichen aus einem stringenten Personal- und Sachkosten-Management im Geschäftsjahr 2016. Aus den Planungsrechnungen ergibt sich für das Jahr 2017 eine Bilanzsumme von TEUR 24.979 bei einem nominellen Eigenkapital von TEUR 9.877. Daraus errechnet sich eine Eigenkapitalquote von rund 39,5%.

Im harten Marktumfeld wird sich NetAachen weiter gut behaupten. Verglichen mit dem Ist 2016 sind für 2017 stabile Umsätze geplant. Für die darauffolgenden Jahre ist, trotz der erschwerten Marktsituation, ein leichtes Umsatzwachstum bei den Geschäftsbereichen eingeplant. Die Gesamtleistung wird aufgrund sinkender Netzbauaktivitäten ab 2018 in der Planung geringer ausfallen als 2017. Die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2017 schließt mit einem Ergebnis vor Steuern (EBT) in Höhe von TEUR 2.007. Das prognostizierte EBT-Ergebnis für das Jahr 2018 liegt bei TEUR 1.989. Hierbei spielt die geplante erfolgreiche Vermarktung der bestehenden FttB- und weiter im Ausbau befindlichen FttC-Netze eine wesentliche Rolle. NetAachen wird das strikte Kostenmanagement in Abhängigkeit von den Geschäftserfolgen fortführen.

5. Öffentliche Zwecksetzung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gegenstand der NetAachen GmbH ist die Versorgung der Öffentlichkeit im Raum Aachen, Düren und Heinsberg mit Telekommunikationsdienstleistungen aller Art unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden betrieblichen und technischen Ressourcen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Mit dem Bau eigener Hochleistungsnetze wie FttB bzw. HFC und FttC wird der Aufbau einer privaten Telekommunikationsinfrastruktur im Wirtschaftsraum Aachen vorangetrieben. Mit dem Ausbau trägt die NetAachen entscheidend zum Standortvorteil und zur Attraktivität des Wirtschaftsraums Aachen bei.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
NetRegio GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der NetRegio GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	10.324
Abschreibungen	-6.452
Finanzergebnis	-2.095
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.777
Steuern	0
Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages ausgeschütteter Gewinn	1.777
Jahresüberschuss	0

FINANZPLAN

EINNAHMEN

Jahresüberschuss lfd. Jahr	0
Eigenmittel aus Abschreibungen	6.452
Darlehensaufnahme	0
Abbau(+) / Aufbau (-) von Liquidität	9.871
Summe Einnahmen	16.323

AUSGABEN

Investitionen (einschl. Desinvestitionen)	11.595
Darlehenstilgungen	4.728
Summe Ausgaben	16.323

STELLENÜBERSICHT

Personen

Gesamtzahl der Mitarbeiter	0

Bilanz der NetRegio GmbH

	31.12.2016 €	31.12.2015 €	31.12.2014 €	31.12.2013 €	31.12.2012 €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Im. Vermögens-					
gegenstände	0	0	0	0	0
Sachanlagen	114.417.416	104.749.148	48.381.447	0	0
Finanzanlagen	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen:					
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen	0	8.120.824	575.622	1.284	0
Flüssige Mittel	4.917.197	2.089.724	80.024.724	24.852	24.976
Bilanzsumme	119.334.613	114.959.697	128.981.794	26.136	24.976
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
Kapitalrücklage	28.000.000	28.000.000	28.000.000	0	0
Verlustvortrag	0	-9.220	-9.220	-2.180	0
Jahresüberschuss/-					
fehlbetrag	0	9.220	0	-7.040	-2.180
Su.	28.025.000	28.025.000	28.015.780	15.780	22.820
Rückstellungen	14.807	10.000	4.500	2.000	2.000
Verbindlichkeiten	90.527.910	86.267.511	100.961.514	8.356	156
Rechnungs-					
abgrenzungsposten	766.896	657.185	0	0	0
Bilanzsumme	119.334.613	114.959.697	128.981.794	26.136	24.976

GuV der NetRegio GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	€	€	€	€	€
Umsatzerlöse	8.968.887	7.831.501	0	0	0
Sonst. betriebl. Erträge	160	9.444	252	188	0
Materialaufwand	-3.152	0	0	0	0
Personalaufwand	0	0	0	0	0
Abschreibungen	-5.828.705	-5.045.559	0	0	0
Sonst. betriebl.					
Aufwendungen	-10.848	-31.290	-36.129	-7.228	-2.180
Zinserträge u. ä.	4.655	19.533	0	0	0
Zinsaufwendungen u. ä.	-2.024.760	-2.066.758	0	0	0
Aufwand aus Ergebnis- abführungsvertrag	-1.106.236	-707.650	0	0	0
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	0	9.220	-35.877	-7.040	-2.180
Steuern	0	0	0	0	0
Ertrag aus der Verlustübernahme	0	0	35.877	0	0
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	9.220	0	-7.040	-2.180

Lagebericht 2016
der
NetRegio GmbH

1. Geschäftsmodell

Die NetRegio GmbH wurde im Jahr 2012 mit dem Ziel gegründet, im Versorgungsgebiet der beteiligten Gesellschafter zukunftsfähige Breitband-, Telekommunikations- und Internetversorgung zu fördern und zu entwickeln. Dem Gesellschaftszweck folgend hat die NetRegio GmbH im Jahr 2014 Netzinfrastruktur im Umland erworben und verpachtet diese ab dem Jahr 2015 an den Gesellschafter NetCologne GmbH.

2. Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Ertragslage

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Jahr 2016 ein Ergebnis vor Ergebnisübernahme von 1.106 TEUR. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der NetCologne GmbH wurde ein Gewinn von 1.106 TEUR abgeführt.

Finanzlage

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab sich im Geschäftsjahr 2016 ein Mittelzufluss von TEUR 7.438.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit lag bei TEUR 15.497.

Im Bereich der Finanzierungstätigkeit ergaben sich Zuflüsse i. H. v. TEUR 10.851.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der NetRegio GmbH nahm im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 4.375 auf TEUR 119.335 zu (Vorjahr TEUR 114.960).

Das Sachanlagevermögen erhöhte sich um TEUR 9.669 auf TEUR 114.418 (Vorjahr TEUR 104.749). Dies ist begründet durch den Ankauf von Netzinfrastruktur von der NetCologne GmbH (TEUR 15.501).

Gegenüber verbundenen Unternehmen besteht zum 31. Dezember 2016 keine Forderung (Vorjahr TEUR 8.121).

Die Guthaben bei Kreditinstituten erhöhten sich um TEUR 2.827 auf TEUR 4.917 (Vorjahr TEUR 2.090).

Auf der Passivseite beträgt das Eigenkapital unverändert 28.025 TEUR.

Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich um TEUR 5 auf TEUR 15 (Vorjahr TEUR 10).

Mit TEUR 1.106 sind sonstige Verbindlichkeiten bilanziert (Vorjahr TEUR 718).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind auf TEUR 81.136 (Vorjahr TEUR 85.550) gesunken.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt TEUR 767 (Vorjahr TEUR 657).

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2016 bei 23,5% (Vorjahr 24,4%).

3. Chancen-/ Risiko-/ Prognosebericht

Chancen

Aus der steigenden Nachfrage nach höheren Bandbreiten und damit der wachsende Ausbau der FTTC- und HFC Infrastrukturen können sich Chancen für die Gesellschaft ergeben.

Risiken

Beim Telekommunikationsmarkt handelt es sich um einen streng regulierten Markt, in dem die Bundesnetzagentur und auch das Bundeskartellamt stark steuern eingreifen. Einzelne Regulierungsentscheidungen können geschäftshemmend ausfallen. Des Weiteren besteht das Risiko der Substitution der klassischen Festnetztelefonie durch Telefonie über Mobilfunk, über Social Media Plattformen oder über Fernsehkabel.

Bestandsgefährdende Risiken für NetRegio sind aktuell nicht zu erkennen. Auf Basis der Wirtschaftsplanung 2017 und der zur Verfügung stehenden Kreditlinien und Darlehen sind keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

Prognose

Für das Jahr 2017 rechnet die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss von TEUR 1.776 vor Ergebnisabführung. Aus den Planungsrechnungen ergibt sich für das Jahr 2017 eine Bilanzsumme von rund TEUR 119.562 bei einem nominellen Eigenkapital von TEUR 28.025. Daraus errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 23,4%.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
BRUNATA-METRONA GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der BRUNATA-METRONA GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	107.571
Sonstige betriebliche Erträge	11.455
Materialaufwand	-16.011
Personalaufwand	-33.081
Abschreibungen	-25.037
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-27.696
Finanzergebnis	-125
Beteiligungsergebnis	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.076
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0
Gewinnabführung	-17.076
Jahresüberschuss	0

FINANZPLAN

EINNAHMEN

Periodenergebnis lfd. Jahr	17.076
Eigenmittel aus Abschreibungen	25.037
Darlehensaufnahme	0
Abbau (+) / Aufbau (-) von Liquidität	-611

Summe Einnahmen	41.502

AUSGABEN

Investitionen (einschl. Desinvestitionen)	24.426
Entnahmen der Gesellschafter	17.076
Darlehenstilgung	0

Summe Ausgaben	41.502

Stellenübersicht

Personen
534

Bilanz der BRUNATA-METRONA GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Immaterielle Vermögensgegenst.	1.120	1.215	1.141	1.220	1.258
Sachanlagen	14.438	15.266	16.107	16.320	17.083
Finanzanlagen	6.121	5.049	5.080	5.142	5.189
Umlaufvermögen:					
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen	32.499	24.245	17.372	21.696	17.311
Flüssige Mittel	8.789	7.612	14.233	7.369	4.663
Rechnungsabgrenzung	393	174	136	137	133
Bilanzsumme	63.361	53.560	54.069	51.884	45.637
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Stammkapital	11.000	0	0	0	0
Kapitalanteile der Kommanditistin	0	128	128	128	128
Kapitalrücklage	5.927	0	0	0	0
Gewinnrücklagen	0	15.732	15.732	15.504	13.957
Rückstellungen	20.907	19.234	19.577	18.495	17.406
Verbindlichkeiten	21.713	14.989	15.353	14.586	11.019
Rechnungsabgrenzung	3.814	3.476	3.279	3.171	3.127
Bilanzsumme	63.361	53.560	54.069	51.884	45.637

GuV der BRUNATA-METRONA GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
Umsatzerlöse	107.700	99.422	92.980	87.461	81.604
Sonst. betriebl. Erträge	17.011	14.702	12.403	11.209	11.407
Materialaufwand	-16.692	-15.169	-15.406	-14.343	-13.842
Personalaufwand	-30.209	-28.626	-26.279	-25.553	-24.453
Abschreibungen	-34.442	-31.027	-25.049	-20.779	-21.700
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-27.356	-24.622	-23.205	-22.339	-21.181
Zinserträge u.ä.	237	246	316	412	399
Zinsaufwand u.ä.	-387	-403	-372	-449	-495
Ergebnis vor Steuern	15.862	14.524	15.388	15.620	11.739
Steuern	-70	-2.732	-2.598	-2.633	-1.191
Ergebnis vor Abführung	15.792	11.793	12.790	12.987	10.548
Aufgrund EAV abgeführter Gewinn	-15.792	0	0	0	0
Jahresüberschuss	0	11.793	12.791	11.987	10.548
Gewinnverteilung an Kommanditist	0	-11.793	-12.562	-11.440	-8.453
Einstellung in Rücklagen	0	0	229	1.547	2.095
Bilanzgewinn	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
BRUNATA-METRONA GmbH

Allgemeines

Die BRUNATA-METRONA GmbH (nachfolgend BRUNATA genannt) ist zum 1. Januar 2016 durch identitätswahrenden Formwechsel aus der Brunata Wärmemesser-Gesellschaft Schultheiss GmbH & Co entstanden.

BRUNATA zählt zu den führenden Wärmemessdienstunternehmen auf dem deutschen Markt. Das Kerngeschäft umfasst den Verkauf und die Vermietung von Messgeräten zur Erfassung von Wärme und Wasser um hiermit die Dienstleistung der Erfassung von Verbrauchsdaten und die verbrauchsabhängige Abrechnung nach den Bestimmungen der Heizkostenverordnung durchzuführen. Aus dieser Kompetenz heraus liefert BRUNATA ihren Kunden zusätzliche Produkte und Dienstleistungen zur nachhaltigen Einsparung von Heizenergie. Hierzu gehören verbrauchs- und bedarfsbasierte Energieausweise sowie klima- und witterungsbereinigte Analysen des Heizenergieverbrauchs.

Eine hohe Bedeutung hat auch die von BRUNATA angebotene Ausstattung von Immobilien mit hochwertigen Rauchmeldern und die regelmäßige Überprüfung und Wartung dieser Geräte. BRUNATA sorgt damit einerseits für sichereres Wohnen und unterstützt andererseits die Hauseigentümer bei der Wahrnehmung ihrer Verkehrssicherungspflichten. Zur Ergänzung Ihrer Dienstleistungen rund um die Immobilie bietet BRUNATA in Zusammenarbeit mit akkreditierten Wasserlaboren auch die regelmäßige orientierende Prüfung von Trinkwasser auf Verkeimung durch Legionellen an.

Regional ist BRUNATA in Deutschland mit einem dichten Vertriebs- und Servicenetz von 10 Niederlassungen und 15 Handelsvertretungen in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Thüringen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Sachsen tätig.

Wirtschaftsbericht

Geschäftliche Rahmenbedingungen

Das Geschäft der BRUNATA wird wesentlich durch den Bestand an Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohneinheiten bestimmt. Der Wohngebäudebestand mit drei oder mehr Wohneinheiten hat sich gemäß den Veröffentlichungen des statistischen Bundesamtes in den für BRUNATA relevanten Bundesländern zum 31.12.2015 – und damit als Marktvolumen in 2016 verfügbar – um rund 5.600 Einheiten gegenüber dem 31.12.2014 erhöht, was einem Zuwachs von ca. 0,3 % entspricht. Treiber der Neubautätigkeit ist hauptsächlich der wachsende Wohnraumbedarf in Ballungszentren und eine steigende Anzahl von Singlehaushalten. Diese positive Entwicklung wird dadurch relativiert, dass in strukturschwachen Gebieten wie in den Vorjahren Wohnraumleerstand sowie auch der Rückbau von Wohngebäuden festzustellen ist. Für das verfügbare Marktvolumen ist außerdem zu berücksichtigen, dass Neubauten mit einem sehr hohen Standard zur Energieeinsparung teilweise nicht mehr zur verbrauchsabhängigen Abrechnung von Wärme und Warmwasser nach der Heizkostenverordnung verpflichtet sind.

Deutschland ist für Wärmemessdienstleistungen ein vollständig erschlossener und verteilter Markt, in dem nur durch Verdrängung die Möglichkeit besteht, weitere Anteile zu gewinnen.

Das führt zu erheblichem Wettbewerbsdruck was insbesondere im Großkundenbereich tendenziell rückläufige Preise zur Folge hat.

Positiven Einfluss auf das Geschäftsvolumen hatte eine erneut deutlich gestiegene Nachfrage nach Rauchmeldern einschließlich der Durchführung von jährlichen Wartungsleistungen hierfür. Die Nachfrage kam insbesondere aus Nordrhein-Westfalen, da hier zum 31.12.2016 die Übergangsfrist zur verpflichtenden Ausrüstung auch von Bestandsgebäuden mit Rauchmeldern ausgelaufen ist.

BRUNATA hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr sehr gut behauptet und konnte den Bestand an betreuten Gebäuden als auch Wohneinheiten weiter ausbauen. Die Bindung der Kunden an BRUNATA ist wegen des vollständigen Leistungsangebotes, hoher Qualitätsstandards und intensiv betriebener Kundenpflege sehr hoch. Langfristige Vermietungen von messtechnischer Ausrüstung zur Erfassung des Verbrauchs von Heizwärme und Wasser sowie von Rauchmeldern als auch zunehmend langfristige Dienstleistungsverträge mit Großkunden über Abrechnungsdienstleistungen und Rauchmelderwartungen sichern das Geschäft nachhaltig.

Zwischen der alleinigen Gesellschafterin der BRUNATA, der GEW Köln AG, Köln, als Organträgerin und der BRUNATA als Organgesellschaft wurde am 12.09.2016 rückwirkend zum 01.01.2016 ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Außerdem ist mit notariellem Vertrag vom 12.09.2016 die bis dahin als Schwestergesellschaft der BRUNATA geführte METRONA GmbH, Hürth, durch Sachkapitalerhöhung von der GEW Köln AG in die BRUNATA eingebracht worden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die wesentliche Steuerungsgröße ist das Jahresergebnis, dieses wird maßgeblich durch den Umsatz bestimmt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Umsatzerlöse der BRUNATA stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 107,7 Mio. € und lagen damit um 8,3 Mio. € über dem vergleichbaren, aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetzes angepassten Vorjahreswert (+ 8,3 %).

Die Mehrerlöse resultieren insbesondere aus Steigerungen im Kerngeschäft bei Gerätevermietungen für die Erfassung von Wärme und Wasser, den Abrechnungsdienstleistungen, und dem Verkauf und der Vermietung sowie der Wartung von Rauchmeldern.

Das Ergebnis vor Ertrags- und Ergebnissteuern der BRUNATA erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahr 15,8 Mio. € und lag damit um 1,3 Mio. € über dem Vorjahreswert. Positiven Einfluss auf das Ergebnis hatten insbesondere die höheren Umsatzerlöse, negativ wirkten sich vor allem deutlich gestiegene Abschreibungen auf in das Vermietvermögen getätigte Investitionen und höhere Personalaufwendungen aus.

BRUNATA hat im Berichtsjahr in noch höherem Umfang als bisher in Messgeräte (Heizkostenverteiler, Wasserzähler, Wärmezähler sowie Rauchmelder) investiert, die im Rahmen des Mietgeschäftes operativ eingesetzt werden. Diese angeschafften Messgeräte haben zu einem großen Anteil Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von jeweils bis zu 150 € und werden im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben. Die getätigten Investitionen wurden teilweise erfolgswirksam refinanziert.

Die Vermögenslage hat sich gegenüber dem Vorjahr durch die im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung erfolgte Einbringung der METRONA GmbH um rund 1,0 Mio. € verbessert. Gleichzeitig ist im Rahmen des Formwechsels eine Verschiebung der Eigenkapitalbestandteile zugunsten einer Stärkung des Stammkapitals erfolgt. Immaterielle Vermögensgegenstände sowie Sachanlagen der Gesellschaft sind vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die Bilanzsumme hat sich, insbesondere durch den Anstieg der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen aus Finanzanlagen auf Konzernkonten und dem Anwachsen von liquiden Mitteln um 9,7 Mio. € auf 63,4 Mio. € erhöht.

Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 18,9 Mio. € sowie die Einzahlungen aus den Refinanzierungen wurden größtenteils für Investitionen in das Vermietvermögen verwendet. Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31.12.2016 auf 8,8 Mio. €.

Die Finanzlage der BRUNATA ist geordnet; die Zahlungsfähigkeit für eingegangene Verpflichtungen ist durch vorhandene Liquidität sowie zusätzlich durch verfügbare nicht in Anspruch genommene Kreditlinien jederzeit gesichert. Für die Zukunft sind keine Engpässe erkennbar.

Forschung und Entwicklung

Zusammen mit den rechtlich und wirtschaftlich unabhängig von BRUNATA in Hürth arbeitenden BRUNATA-Gesellschaften in München und Hamburg wird in einer gemeinsam gehaltenen Gesellschaft, der METRONA Union, München, Forschung, Entwicklung und teilweise Produktion für neue Messgeräte und Messverfahren betrieben. Die Entwicklungsarbeiten konzentrierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf die Weiterentwicklung des BRUNATA Produktprogramms.

Der Aufwand für Forschung und Entwicklung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 1,6 % vom Umsatz.

Chancen- und Risikobericht

BRUNATA ist in das Risikofrüherkennungssystem der GEW Köln AG und damit in das der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) eingebunden. Es finden vierteljährliche Risikoinventuren auf Geschäftsleitungs- und Abteilungsleitungsebene statt, deren Ergebnisse nach Auswertung und Beurteilung an das zentrale Risikomanagement des Konzerns gemeldet werden.

Bei Identifizierung von Einzelrisiken, welche ohne Berücksichtigung einer Eintrittswahrscheinlichkeit einen Risikowert von > 0,5 Mio. € haben, werden diese detailliert inklusive der geplanten oder durchgeführten Gegenmaßnahmen dargelegt. In 2016 wurde hierunter

fallend ein bereits 2015 identifiziertes Risiko als Folge einer Mitte 2015 durch das Bundeskartellamt eingeleiteten Sektoruntersuchung für den Bereich Submetering wegen des Verdachts von marktmachtmissbräuchlichem Verhalten der Branchenunternehmen fortgeschrieben. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes liegen noch keine Ergebnisse über das Ergebnis dieser Untersuchung vor. Ein BRUNATA -spezifischer Risikoatlas und die Risikodokumentation unterliegen der ständigen Weiterentwicklung.

Als weiteres Risiko ist der durch Wettbewerbstätigkeit bedingte, anhaltend hohe Preisdruck, der insbesondere im Großkundenbereich wirksam ist, zu sehen. Durch den gesättigten Markt ist es absehbar, dass sich diese Situation auch mittelfristig nicht ändern wird. Tendenzen zur Selbstabrechnung insbesondere von großen Kunden werden von BRUNATA intensiv beobachtet. Hier besteht das Risiko, dass sich einzelne Kunden zur Selbstabrechnung entschließen um Deckungsbeiträge aus der Abrechnung in das eigenen Unternehmen zu leiten, wenngleich die wirtschaftlichen Erfolgsaussichten eher als gering einzuschätzen sind. Wie im Vorjahr prognostiziert, ist es in 2016 wegen des Auslaufens von Übergangsfristen für die Ausrüstungspflicht mit Rauchmeldern bei Bestandsliegenschaften zu einer sehr hohen Nachfrage gekommen, die auch noch im ersten Halbjahr 2017 zu spüren sein wird, insgesamt aber im Verlauf des Jahres deutlich zurückgehen wird.

Währungssicherungsgeschäfte wurden im Geschäftsjahr 2016 nicht durchgeführt.

Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems ergab sich im Geschäftsjahr 2016 weder aus Einzelrisiken noch aus der Gesamtbetrachtung eine Bestandsgefährdung für BRUNATA.

Prognosebericht

Dem Wettbewerbsdruck begegnet BRUNATA mit ihrer Strategie der Qualitätsführerschaft, einer vollständigen, modernen Geräte- und Dienstleistungspalette und mit Kundennähe. Dieser bereits seit mehreren Jahren erfolgreich beschrittene Weg wird weiterhin verfolgt, regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Vor diesem Hintergrund wird die in 2015 begonnene und in 2016 nach Plan umgesetzte Anpassung der Strukturen des Außenvertriebs und des Kundenservice in 2017 weiter fortgesetzt.

Das IT-Projekt zur Erneuerung sowie zur Zusammenführung bisher dezentral betriebener Softwarelösungen für die Unterstützung der kundennahen Vertriebs- und Serviceprozesse wird fortgeführt.

Nachdem die Übergangsfrist für die Ausrüstung von Bestandsliegenschaften mit Rauchmeldern in Nordrhein Westfalen zum 31.12.2016 abgelaufen ist, werden in 2017 nur noch nachlaufende Ausrüstungsbedarfe zu befriedigen sein. Hierdurch bedingt ist zu erwarten, dass sich die erforderlichen Investitionen in das Vermietgeschäft verringern werden, was mit rückläufigen Sofortabschreibungen auf Geringwertige Wirtschaftsgüter und einer Verbesserung des Ergebnisses einhergehen wird.

Der geschäftliche Verlauf im Geschäftsjahr 2017 wird sich weiterhin auf hohem Niveau bewegen, mit einer weiteren Verbesserung des Ergebnisses ist zu rechnen. Das Geschäft der BRUNATA ist stabil und nachhaltig profitabel.

WIRTSCHAFTSPLAN
der
METRONA GmbH
für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. - 31.12.2017)

Wirtschaftsplan 2017 der METRONA GmbH

2017
Tsd. €

ERFOLGSPLAN

Umsatzerlöse	22.946
Sonstige betriebliche Erträge	376
Materialaufwand	-16.806
Personalaufwand	0
Abschreibungen	-702
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.060
Finanzergebnis	-195
Beteiligungsergebnis	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.559
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0
Gewinnabführung	-3.559
Jahresüberschuss	0

FINANZPLAN

Einnahmen	
Periodenergebnis lfd. Jahr	3.559
Eigenmittel aus Abschreibungen	702
Darlehensaufnahme	0
Abbau (+) / Aufbau (-) von Liquidität	198
Summe Einnahmen	4.459
Ausgaben	
Investitionen (einschl. Desinvestitionen)	900
Entnahmen der Gesellschafter	3.559
Darlehenstilgung	0
Summe Ausgaben	4.459

STELLENÜBERSICHT

Personen
0

Bilanz der METRONA GmbH

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
AKTIVA					
Anlagevermögen:					
Imm. Wirtschaftsgüter	0	0	0	0	0
Sachanlagen	294	258	178	191	172
Finanzanlagen	4.954	4.580	4.379	4.379	4.452
Umlaufvermögen:					
Vorräte	6.714	7.401	4.856	3.999	4.356
Forderungen	1.692	716	1.388	1.774	2.380
Flüssige Mittel	1.330	2.012	297	333	339
Bilanzsumme	14.984	14.967	11.097	10.676	11.699
PASSIVA					
Eigenkapital:					
Stammkapital	1.000	0	0	0	0
Kapitalanteile der Kommanditistin	0	26	26	26	26
Kapitalrücklage	1.207	0	0	0	0
Gewinnrücklagen	0	2.115	1.115	115	115
Rückstellungen	794	1.332	794	910	924
Verbindlichkeiten	11.883	11.395	9.068	9.549	10.562
Rechnungsabgrenzung	100	100	94	77	72
Bilanzsumme	14.984	14.967	11.097	10.676	11.699

GuV der METRONA GmbH

	31.12.2016 Tsd. €	31.12.2015 Tsd. €	31.12.2014 Tsd. €	31.12.2013 Tsd. €	31.12.2012 Tsd. €
Umsatzerlöse	33.157	28.265	23.590	19.034	19.689
Sonst. betriebl. Erträge	26	105	376	461	500
Materialaufwand	-23.918	-19.890	-16.493	-13.912	-13.178
Personalaufwand	0	0	0	0	0
Abschreibungen	-1.094	-686	-681	-585	-690
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-1.891	-1.709	-1.975	-1.922	-1.910
Zinserträge u.ä.	10	3	1	2	9
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	0
Zinsaufwand u.ä.	-204	-202	-213	-216	-227
Ergebnis vor Steuern	6.085	5.887	4.605	2.862	4.193
Steuern	2	-971	-766	-501	-646
Ergebnis nach Steuer	6.087	4.916	3.838	2.360	3.547
Aufgrund EAV abgeführter Gewinn	-6.087	0	0	0	0
Jahresüberschuss	0	4.916	3.838	2.360	3.547
Gewinnverteilung an Kommanditisten	0	-3.916	-2.838	-2.360	-3.547
Einstellung in die Rücklagen	0	1.000	1.000	0	0
Bilanzgewinn	0	0	0	0	0

Lagebericht 2016
der
METRONA GmbH

Allgemeines

Die METRONA GmbH, Hürth, (nachfolgend „METRONA“ genannt) ist zum 1. Januar 2016 durch identitätswahrenden Formwechsel aus der METRONA Wärmemesser-Gesellschaft Schultheiß GmbH + Co. entstanden und in die bis dahin als Schwestergesellschaft geführte BRUNATA-METRONA GmbH, Hürth, (nachfolgend „BRUNATA“ genannt) eingebracht worden. Die METRONA GmbH wird weiterhin mit der BRUNATA in Personalunion geführt. Die METRONA ist vor allem für die Materialbeschaffung und Zulieferung an die BRUNATA tätig und nimmt als Gesellschafterin mit einem Anteil von 44 % an der METRONA Wärmemesser Union, München, die Forschungs- und Entwicklungs- sowie die Fertigungsinteressen der BRUNATA wahr. METRONA betreibt außerhalb des regionalen Kernarbeitsgebietes der BRUNATA in Deutschland auch ein eigenständiges Wärmemessdienstgeschäft. Darüber hinaus hält METRONA 100 % der Anteile an der METRONA POLSKA Sp. z o.o., Warschau, (nachstehend METRONA POLSKA genannt) und 44 % der Anteile an der METRONA S.r.l., Rom.

Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der Geschäftsgang der METRONA ist weitgehend an den der BRUNATA gekoppelt, für die METRONA die Beschaffungsaktivitäten durchführt. Das gewachsene Volumen an Zulieferungen für BRUNATA insbesondere durch Rauchmelder und der im Geschäftsjahr durch erhöhte Bautätigkeit angewachsene Bestand an Geschosswohnungen waren bestimmend für den Verlauf des Geschäftsjahres 2016.

An dem Umstand, dass der Markt für Wärmemessdienste in Deutschland gesättigt ist, hat sich keine Änderung ergeben. Hierdurch bedingt wird ein intensiver Wettbewerb, insbesondere im Bereich von Großkunden hervorgerufen.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die wesentliche Steuerungsgröße ist das Jahresergebnis, dieses wird maßgeblich durch den Umsatz bestimmt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Umsatzerlöse der METRONA erreichten im Geschäftsjahr 2016 die Höhe von 33,2 Mio. € und lagen damit um 4,9 Mio. € (+17,3 %) über dem vergleichbaren, aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetzes angepassten Vorjahreswert. Die Umsatzausweitung ist weitgehend auf das gestiegene Liefervolumen an BRUNATA zurückzuführen. Auch ein Anstieg des Eigengeschäftes mit direkten Kunden hat zum gestiegenen Geschäftsvolumen beigetragen.

Durch das gestiegene Umsatzvolumen bei gleichzeitig aber überproportional gestiegenen Aufwendungen für Materialeinsatz und für Abschreibungen hat sich das Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Berichtsjahr um 0,2 Mio. € auf 6,1 Mio. € erhöht (+3,4 %). Im Vergleich zur Planung hat sich das Ergebnis um 0,2 Mio. € verbessert.

Im Rahmen des erfolgten Formwechsels wurde das Stammkapital auf 1,0 Mio. € erhöht. Das der Gesellschaft zum Bilanzstichtag insgesamt zur Verfügung stehende Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahreswert nur geringfügig verändert. Gegenüber dem Vorjahr ist die Bilanzsumme mit knapp 15 Mio. € nahezu gleich geblieben.

METRONA finanziert sich aus der vorstehend genannten Eigenkapitalbasis sowie über ein mit der Muttergesellschaft BRUNATA bestehendes Verrechnungskonto.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 0,8 Mio. € wurde insbesondere für Investitionen in das Sachanlagevermögen und für Ausleihungen an die METRONA S.r.l., Rom, zur Betriebsmittelfinanzierung für den weiteren Geschäftsausbau verwendet. Der Finanzmittelfonds lag mit 1,3 Mio. € stichtagsbedingt deutlich unter dem Wert des Vorjahres.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft ist stabil. METRONA ist jederzeit in der Lage, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Für die Zukunft sind keine Engpässe erkennbar.

Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten werden von den rechtlich und wirtschaftlich unabhängig arbeitenden BRUNATA-Gesellschaften in einer gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft, der METRONA Union, München, betrieben. METRONA ist mit einem Gesellschaftsanteil von 44 % an der METRONA Union beteiligt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr stand die Weiterentwicklung von Heizkostenverteilern mit der zugehörigen Funkübertragungstechnik sowie von produktnahen Softwarelösungen im Entwicklungsschwerpunkt.

Chancen- und Risikobericht

METRONA ist in das Risikofrüherkennungssystem der GEW Köln AG und damit in das der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) eingebunden. Es finden vierteljährlich Risikoinventuren statt, deren Ergebnisse nach Auswertung und Beurteilung an das zentrale Risikomanagement des Konzerns gemeldet werden. Die Risikoinventuren und -meldungen decken auch die Tochtergesellschaft METRONA POLSKA ab.

Das für die BRUNATA schon in 2015 identifizierte Risiko, welches sich aus der Durchführung einer Sektoruntersuchung durch das Bundeskartellamt für den Bereich Submetering ergibt, gilt gleichermaßen für METRONA. Ein Bericht des Bundeskartellamtes hierzu liegt zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor. Wie in den zurückliegenden Jahren ergeben sich außerdem aufgrund der engen Verflechtungen des METRONA-Geschäftes mit der Muttergesellschaft BRUNATA Preis- und Mengenrisiken aus dem gesättigten Markt und der hieraus resultierenden starken Wettbewerbstätigkeit um Marktanteile. Bei Identifizierung von Einzelrisiken die ohne Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit einen Risikowert von > 0,5 Mio. € aufweisen, sind diese detailliert inklusive der geplanten oder durchgeführten Gegenmaßnahmen darzulegen. Mit Ausnahme des beschriebenen Risikos aus der Sektoruntersuchung wurde diese Grenze im Berichtsjahr von METRONA in keinem Fall

erreicht. Ein unternehmensspezifischer Risikoatlas und die Risikodokumentation unterliegen der ständigen Weiterentwicklung. Wie im Vorjahr prognostiziert, ist es in 2016 wegen des Auslaufens von Übergangsfristen für die Ausrüstungspflicht mit Rauchmeldern bei Bestandsliegenschaften zu einer sehr hohen Nachfrage gekommen, die auch noch im ersten Halbjahr 2017 zu spüren sein wird, insgesamt aber im Verlauf des Jahres deutlich zurückgehen wird. Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems ergab sich im Geschäftsjahr 2016 weder aus Einzelrisiken noch aus der Gesamtbetrachtung eine Bestandsgefährdung für METRONA.

Prognosebericht

Die in der Muttergesellschaft BRUNATA für 2017 geplanten Wachstumsmaßnahmen werden in der METRONA zu einer stabilen Umsatz- und Ertragsentwicklung führen. METRONA geht von insgesamt stabilen, Beschaffungspreisen aus.

Die Gesellschaft erwartet für das kommende Geschäftsjahr ein deutlich positives, wenngleich aber wegen des voraussichtlich geringeren Volumens an Zulieferungen für Rauchmelder an BRUNATA, unter dem Niveau des Berichtsjahres liegendes Ergebnis.